LINKER ANTISEMITISMUS?

herausgegeben von Gerhard Hanloser

mandelbaum *kritik & utopie*

Mit CamScanner gescannt

MS 3400 H241

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
Universitätsbibliothek
ZU BERLIN

© mandelbaum *kritik* & *utopie*, wien, berlin 2020
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Elvira M. Gross
Satz: Kevin Mitrega
Umschlag: Martin Birkner
Druck: Primerate, Budapest

HUlib2020-23083

Inhalt

7 Vorwort

GERHARD HANLOSER
9 Betrachtung des »linken Antisemiten«
Eine kontextualisierende Bestandsaufnahme

GERHARD HANLOSER
89 »Linker Antisemitismus«
Kursorischer Blick auf kursierende Begriffsdefinitionen

KARIN WETTERAU
111 Antisemitismus und die Neue Linke um 68

GERHARD HANLOSER
141 Die Frühphase des »bewaffneten Kampfs« in Deutschland und der Antisemitismusvorwurf
Eine Gegen-Skizze

PETER MENNE
191 Fassbinders »Reicher Jude«
Rückblick auf einen Theaterskandal

MARKUS MOHR
233 Die Israel-Palästina-Parolen der Hafenstraße in der Extremismusfalle

KARL REITTER
261 Marxisierende Konstruktionen des linken Antisemitismus am Beispiel von Moishe Postones »Nationalsozialismus und Antisemitismus«

MOSHE ZUCKERMANN
277 Metamorphosen des »selbsthassenden Juden«
Von einer Diagnose moderner Pathologie zur Denunziationsformel gegenüber kritischen Juden und Israelis

ILSE BINDSEIL
291 Antisemitismus als Beute der Intellektuellen

303 Autorinnen und Autoren

Mit CamScanner gescannt

Vorwort

Ein Gespenst geht um in der Presse jeglicher politischer Couleur: der linke Antisemit. Er wird als Gefahr beschworen, scheint überall greifbar zu sein und überlagert zuweilen das alte Bild einer Linken, die der Emanzipation, der Revolution, der allgemeinen Gleichstellung verpflichtet ist. Heute spulen SozialwissenschaftlerInnen, MedienvertreterInnen wie VerfassungsschützerInnen das schnelle Urteil ab, wonach sich Antisemitismus bei französischen Frühsozialisten gefunden habe, bei Anarchisten wie Bakunin, in der stalinistischen UdSSR, im Antizionismus der DDR wie auch der westdeutschen radikalen Linken. Zuweilen wird behauptet, dass die Häuserkampfbewegung antisemitisch motiviert gewesen sei, dass Rainer Werner Fassbinders Theaterstück *Die Stadt, der Müll und der Tod* ein Beispiel für modernen literarischen Antisemitismus darstelle und in allerhand reformistischem wie personenbezogenem Antikapitalismus ein personalisierender Judenhass latent wirksam sei. Bis heute sei eine linke »Israelfeindschaft« immer wieder antisemitisch durchtränkt. Linke, die die transnationale politische Boykottkampagne Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) unterstützen, wollten damit als Parteigänger eines palästinensischen Nationalismus lediglich Israel zerstören. Jüdischen MenschenrechtsaktivistInnen, die Teil von BDS sind oder der Boykottforderung etwas abgewinnen können, um die Besatzungspolitik Israels zu beenden, wird von einigen ein »Selbsthass« unterstellt.

Diese Beobachtungen, Setzungen, Behauptungen und Denunziationen scheinen längst zur Ideologie geronnen zu sein und konstituieren eine Glaubensgemeinschaft, die sich auch nicht von Tatsachen irritieren lässt, wie sie etwa aus den Statistiken aus den beiden bislang vorgelegten Antisemitismusberichten des Bundesinnenministeriums hervorgehen. So ist im Antisemitismusbericht 2017 nachzulesen, dass von den in den Jahren 2001 bis 2015 erfassten rund 23.000 antisemitischen Straftaten etwas über 21.000, sprich knapp über 94 Prozent, von Rechtsradikalen und Nazis begangen wurden. Für den gleichen Zeitraum landeten als »Linke« ausgemachte StraftäterInnen mit 61 Straftaten, sprich mit 0,3 Prozent in diesem Ranking weit abgeschlagen, unter »ferner liefen«.

Der hier vorliegende Sammelband möchte Diagnosen des »Antisemitismus von links« nachvollziehen, wo ihnen Realitätsgehalt zukommt, und ihnen widersprechen, wo sie schlicht einer politischen Delegitimierungsstrategie folgen. In einer kontextualisierenden Bestandsaufnahme geht der Herausgeber der langen Geschichte des Antisemitismusvorwurfs an die Linke nach, nicht ohne auf die merkwürdige Formveränderung des Vorwurfs zu sprechen

Mit CamScanner gescannt

zu kommen. Denn wenn es früher der – rechte und antisemitische – Vorwurf gegenüber politischen Gegnern, Institutionen, Geisteshaltungen und insbesondere gegenüber der Linken war, etwas sei »jüdisch« oder »verjudet«, dann erfüllt heute der umgekehrte Vorwurf, etwas sei antisemitisch, dieselbe Funktion: die Diskreditierung des Gegners.

Die Einzelbeiträge dieses Sammelbands haben die Neue Linke ab 1967/68 zum Inhalt. Karin Wetterau skizziert vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um einen »neuen Antisemitismus« den linken Antizionismus um 1968. Sie kommt darin zum Ergebnis, dass der linke und linksradikale Internationalismus dieser Zeit kaum im antisemitische Licht gerückt werden kann. Ergänzend dazu werden drei prominent in der Literatur herangezogene Beispiele antisemitischen Wirkens im »linksterroristischen Milieu« diskutiert: der versuchte Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus 1969, die Entführung einer Flugzeugs nach Entebbe 1976 und die Erhärtung von Ulrike Meinhof zum Anschlag auf die israelische Sportmannschaft in München 1972. Peter Menne stellt detailliert Inhalt wie Rezeption des skandalisierten Theaterstücks von Rainer Werner Fassbinder dar, um die Antisemitismusvorwürfe gegen Stück und Verfasser zu entkräften. Markus Mohr zeigt auf, wann weshalb der Staatsschutz- und Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit einem antiimperialistischen und pro-palästinensischen Wandbild der besetzten Hafenstraße in Hamburg das Verdikt des »Antisemitismus« ventiliert wurde und welche Effekte hier innerlinke Polemiken auf Definitionen des Verfassungsschutzes hatten. Schließlich analysiert Karl Reitter den für eine marxistische Antisemitismustheorie zentralen Text von Moishe Postone zu »Antisemitismus und Nationalsozialismus«, der dazu einlädt, Antisemitismus und sogar den Vernichtungsantisemitismus von Auschwitz ursächlich einer konkreten Kapitalismuskritik und einer »antikapitalistischen Revolte« zuzuordnen. Moshe Zuckermann weist nach, dass im aktuellen Tagesgeschäft die auf Theodor Lessing zurückgehende Diagnose des »jüdischen Selbsthasses« nichts mehr als eine Propagandafloskel darstellt und Kritik an der Besatzungspolitik Israels, die von israelischer oder jüdischer Seite formuliert wird, abwehren soll. In einem Rückblick auf die eigene Geschichte stellt Ilse Bindseil die linken Intellektuellen an den Pranger, die sich des Antisemitismus gleichsam als Beute bemächtigt haben, wobei der Antisemitismus als Sache und Begriff auf der Strecke bleiben musste.

Berlin, im Februar 2010

GERHARD HANLOSER

Betrachtung des »linken Antisemiten«

Eine kontextualisierende Bestandsaufnahme

Im von Wolfgang Benz herausgegebenen Handbuch des Antisemitismus findet sich ein Eintrag unter dem Stichwort »Linker Antisemitismus«. Darin erklärt der Autor Martin Kloke, dass »der Hass auf ›die Juden‹« das »älteste Ressentiment der Menschheitsgeschichte« sei und »vor keiner sozialen Gruppe Halt« mache, auch nicht vor der zeitgenössischen Linken.[1] Zwar seien Anhänger der Linksparteien sowohl in der Kaiserzeit als auch in der Weimarer Republik weniger anfällig für antisemitische Ressentiments gewesen, doch hätten sie »immer wieder Konzessionen an einen antijüdischen Zeitgeist« gemacht.[2] Gleich darauf erklärt Kloke: »Der linken Antisemitismus sucht sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts vom traditionellen Antisemitismus abzugrenzen«, um – so Klokes Unterstellung – ihren originären Hass auf Juden in einen »Radau-Antizionismus« zu transformieren, dem ehemalige »SDSler mit ihren agitatorischen Sandkastenspielen« den Boden bereitet hätten. In der Folgezeit seien »linksalternative Publizisten der Faszination begrifflicher Tabubrüche« erlegen, in der Hoffnung, »Antifaschismus und Antisemitismus miteinander zu versöhnen«.[3]

Diese sehr rasch aufeinanderfolgenden Setzungen machen stutzig. »Die Linke« ist je weniger eine »soziale Gruppe«, sondern markiert eine diffuse politische Strömung. Angeblich auf die Sitzordnung von Abgeordneten bei den Generalständen in Frankreich zurückgehend, aber auch auf das deutsche Paulskirchenparlament, in dem die republikanischen Vertreter links Platz genommen haben, verweist der Begriff zum einen auf den Inhalt einer egalitären Bewegung gegen Standesprivilegien und monarchische Herrschaftslegitimation, scheint zum anderen allerdings stark an Republikanismus und Parlamentarismus gebunden. »Links« löste sich in der weiteren Verwendung allerdings von dieser Ursprungsbedeutung und umfasst mittlerweile sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische wie anarchistische politische

1 Martin Kloke, »Linker Antisemitismus«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Begriffe, Theorien, Ideologie, Berlin/New York 2010, S. 192–195, hier: 192.

2 Ebenda.

3 Ebenda, S. 193 und S. 194.

Mit CamScanner gescannt

Ideen. Ihnen gemeinsam ist die Interpretation der großen Parolen der Französischen Revolution: als egalitäre und universell geltende. Neben der parlamentarischen Linken gab und gibt es eine außerparlamentarische, neben den auf Staatsebene agierenden Linken existierte auch immer eine antiautoritäre Linke. Diverse Schattierungen im linken Spektrum wurden durch Komposita verdeutlicht wie: Linksradikalismus oder Reformsozialismus. Spätestens mit der Verfolgung und Ermordung von Kommunisten durch Kommunisten in der Ära von Stalin wird deutlich, dass »links« keinesfalls ein unschuldiger, Einheit und Identität markierender Begriff sein kann.

Dies müsste so auch Folgen für eine Begriffsdefinition des »linken Antisemitismus« haben: Während der stalinistische Antisemitismus eine weitgehend klar definierte und erforschte Tatsache darstellt, die aus antisemitischen politischen Maßnahmen und einer ideologisierten Sprache und Semantik besteht, so lässt sich kaum generalisierend von »anarchistischem Antisemitismus«, »kommunistischem Antisemitismus«, »sozialdemokratischem Antisemitismus« oder »grünem Antisemitismus« sprechen. Sinnhafter ist es, den Antisemitismus in Bezug auf die genannten Strömungen zu untersuchen, wie es folglich auch in der Literatur gemeinhin geschah, beispielsweise Antisemitismus in Anarchismus und Frühsozialismus.

Auch wäre zu klären, ob man den verschiedenen Strömungen der Linken ein ungenügendes Verständnis von und ein fehlerhaftes Umgehen mit Antisemitismus vorhält oder bei ihnen selbst antisemitische Ideologie vorliegen sieht. In der Skizze des Handbucheintrags von Kloke erscheinen zuerst Teile der Linken lediglich zu Konzessionen an einen antisemitischen Zeitgeist bereit gewesen zu sein, der als »Hass auf die Juden« bestimmt wurde. Einen Satz weiter wird dann die Existenz eines originär linken Hasses auf die Juden schlicht behauptet, ohne dass dieser definiert und ausgewiesen wurde. Er soll sich nur auf unbestimmte Art und Weise vom traditionellen Antisemitismus abzugrenzen versucht haben. Während Kloke zum 19. Jahrhundert kein Wort verliert, steht im Fokus seines Begriffseintrags die Neue Linke mit ihrer Haltung zu Israel und ihrer Palästina-Solidarität. Diese Schwerpunktsetzung ist für einen Beitrag zum »linken Antisemitismus« allerdings recht eng und hätte eher unter dem Stichwort »Antisemitismus in der linken Palästinasolidarität« oder »linker Antizionismus und Antisemitismus« abgehandelt werden müssen. Die sich »antizionistisch« bezeichnenden Kampagnen der frühen 50er Jahre in der Sowjetunion mitsamt ihres Ausstrahlens auf die »Bruderländer« und die dort vorherrschende Eigenlogik eines Antisemitismus wird dagegen lediglich in drei Sätzen abgehandelt, dabei sollten sie von dem neulinken »Antizionismus« der 1968-Bewegung unterschieden werden.[4] Einem

4 Mario Keßler ist dies überzeugend in seinem Wörterbucheintrag zu »Antizionismus« gelungen, in dem er »jüdischen Antizionismus«, »rechtsradikalen Antizionismus«, »stalinistischen und poststalinistischen Antizionismus« und »islamistischen Anti-

Wörterbucheintrag unangemessen finden sich pejorative Bemerkungen zur Politik der Neuen Linken, wenn der Autor von »SDS-ler mit ihren agitatorischen Sandkastenspielen« spricht.[5] Kloke konstatiert in diesem Kontext einen »Radau-Antizionismus« in der radikalen Linken, der sich allerdings seit den späten 80er Jahren auf einem Rückzug befinde. Diese Wortschöpfung ist neu und orientiert sich an der historischen Begrifflichkeit des Radau-Antisemitismus.[6] Eindringlich, allerdings inhaltlich recht nebulös, schreibt Kloke:

> Unter schmerzvollen kathartischen Zerreißproben setzte sich in Teilen der Linken die Einsicht durch, dass der Kampf gegen das Unrecht auch monströse Züge annehmen kann.

Und in Anführungszeichen setzt der Autor eine ihm wohl als Ausdruck des »linken Antisemitismus« erscheinende Haltung, der vom Autor allerdings kein Sprecher zugeordnet wird:

> Je »böser« die Israelis gezeichnet werden, desto »besser« können »wir« uns fühlen – dann war der Holocaust, wenn wir ihn schon nicht leugnen können, wenigstens nicht einzigartig.

Ist damit tatsächlich ein »linker Antisemitismus« umrissen? Und wenn ja: In welcher Publizistik und durch welche AutorIn wurde er derart artikuliert? Kloke verweist darauf, dass die »Leitung des Kommunistischen Bundes« (gemeint ist die von 1971–1991 bestehende, hauptsächlich im norddeutschen Bereich angesiedelte maoistische Gruppe mit ihrer Zeitung *Arbeiterkampf*) zum Kampf gegen den »internationalen Zionismus« aufgerufen habe und erklärt weiterhin:

> Nicht zuletzt linksalternative Publizisten erlagen der Faszination begrifflicher Tabubrüche; triumphierend witterten sie die Gelegenheit, Antifaschismus und Antisemitismus miteinander zu versöhnen. In einer beispiellosen historisch-psychologischen Entlastungsoffensive bezeichneten sie die Palästinenser als die »neuen Juden« und setzten die israelischen Invasoren mit den Nazis gleich.[7]

Gegen Ende seines kurzen Eintrages hält Kloke fest, dass Boykottaufrufe gegen die chinesische Regierung wegen der Besetzung Tibets oder Vergleichbares »die Israel-Boykotteure indes nicht« interessieren würden und endet mit dem Bekenntnis:

zionismus« voneinander unterscheidet. Er macht darin deutlich, dass der links-jüdische Antizionismus (der marxistischen Gruppe Matzpen), der Israel zugunsten einer sozialistischen Nahost-Föderation aufgelöst sehen wollte, »unter westlichen Linken noch immer vertreten« werde, wo er in Israel längst bedeutungslos geworden ist. Vgl.: Handbuch, a. a. O., S. 21–24, hier: S. 22.

5 Martin Kloke, Handbuch, a. a. O., S. 193.

6 Ebenda, S. 194.

7 Ebenda.

Mit CamScanner gescannt

> Die Schlüsselfrage an den Antisemitismus in Teilen der Linken lautet nicht, ob »Israelkritik« »erlaubt« ist – sondern, ob Kritiker ein faires, kritisch-differenzierendes oder aber verzerrtes Israelbild zeichnen.[8]

Klokes Eintrag zum »linken Antisemitismus« in einem renommierten Fachbuch ist insofern ein Symptom, da er zum einen auf eine klare Definition des »linken Antisemitismus« verzichtet, sachfremde Positionen, Bemerkungen und Meinungen aufruft und einstreut und letzten Endes mehr mit moralischen (und zuweilen psychologistischen) Unterstellungen operiert, denn mit historischen Fakten arbeitet.

Wesentlich genauer legt im selben Handbuch Mario Keßler in dem von ihm vorgenommenen Eintrag zum »Sozialismus« dar, wie sich Vertreter und Strömungen des Sozialismus zum Antisemitismus verhielten. Er stellt heraus, dass judenfeindliche Denkströmungen, »obgleich den Grundanliegen des Sozialismus widersprechend«, seit Beginn des Sozialismus als politische Strömungen nachweisbar sind. Er verweist auf Marx' Schrift zur Judenfrage und auf dessen Ausfälle gegenüber Ferdinand Lassalle in Briefen an Engels. Antijüdische Stereotype finden sich außer bei Marx auch bei etlichen anderen wichtigen deutschen Sozialisten. Nur Eugen Dühring kann dabei als »rabiater Antisemit« bezeichnet werden, dem Engels allerdings öffentlich entgegentrat. Keßler weist auf verbreitete Tendenzen der Judenfeindlichkeit im französischen, belgischen, russischen Anarchismus und Sozialismus hin. Der Dreyfus-Prozess 1894 habe dabei die Wende gebracht, und die Linke positionierte sich mehrheitlich gegen den Antisemitismus, Militarismus und die Demokratiefeindlichkeit der französischen Rechten. Engels, Bebel, Kautsky und Bernstein sprachen sich selbst prominent gegen den Antisemitismus aus. Die Verurteilung des Antisemitismus in Kombination mit einem Aufruf zum Sturz des Zarenregimes mit seinen pogromartigen Herrschaftsmitteln prägte die Zweite Internationale.

> Fortan – und bis zum stalinistischen Antisemitismus – waren judenfeindliche Auffassungen in allen Strömungen der Arbeiterbewegung verpönt.[9]

Judenfeindschaft als Kampfinstrument gegen links

Bevor dem »linken Antisemitismus« als Tatsache und Konstrukt nachgegangen wird, sollte erst einmal daran erinnert werden, dass »die Linke« und »der Antisemitismus« tatsächlich in einem anderen Verhältnis zueinander stehen als die politische Strömung der Rechten und die Ideologie des Antisemitismus. Schließlich war die Linke selbst über Jahrzehnte, wenn nicht sogar ein ganzes Jahrhundert lang, Objekt antisemitischer Angriffe von rechts. Vice versa wurde den Juden von antisemitischer Seite unterstellt, »vaterlandslos« und anational zu sein, ein Vorwurf, den sie sich mit der Arbeiterbewegung als den

8 Ebenda, S. 195.

9 Mario Keßler, Sozialismus, in: Benz (Hg.), Handbuch …, a. a. O., S. 306 f.

»vaterlandslosen Gesellen« teilen durften. Das Bild vom »linken Juden«, dem »jüdischen Sozialisten« oder wahlweise Bolschewiken, befeuerte reaktionäre, konservative und konterrevolutionäre Fantasien, die in den schlimmsten Gewaltexzessen des 20. Jahrhunderts kulminierten. Nicht erst die Nazi-Bewegung und der Faschismus des 20. Jahrhunderts wollten Sozialismus und Arbeiterbewegung als »undeutsch«, »internationalistisch« und von Juden beherrscht diskreditieren; im propagandistischen Arsenal der kämpferischen nationalistischen Konservativen und Verteidiger der alten Ordnung war immer das Angstbild des »zersetzenden internationalistischen Weltjudentums« zugegen, wovon das wichtigste Dokument des Antisemitismus auf widerliche Weise Zeugnis ablegt: die gefälschten Protokolle der Weisen von Zion. Diese Protokolle präsentieren die antisemitische Verschwörungstheorie par excellence. Eine im Verborgenen und über die Grenzen des Nationalstaates hinaus wirkende Gruppe von Juden habe sich verschworen, um die Macht zu übernehmen – oder besitze diese bereits. Alle Schalthebel der modernen Gesellschaft seien von ihr in Besitz genommen: die Presse, die Politik, die Wirtschaft – und hier besonders die Börse. Dem Antisemiten und Automobilunternehmer Henry Ford dienten die Protokolle dazu, das Amerika der 20er Jahre als jüdisch unterwandert darzustellen.[10] In seiner Schrift über den »internationalen Juden« erklärte Ford, die bolschewistische Revolution stelle ein sorgsam vorbereitetes Unternehmen vonseiten der internationalen jüdischen Finanz dar. Nun drohe der Bolschewismus, seine Macht über die Vereinigten Staaten zu bringen. Ford benutzte den Antisemitismus als lupenreine Gegenkonstruktion zum Klassenkampf und als Ablenkungsmanöver von Klassengegensätzen:

> Der wahre Kampf hier geht nicht zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen jüdischem und nichtjüdischem Kapital. Hierbei stehen die Führer des »Weltverbandes der Industriearbeiter«, die Führer der Sozialisten, die kommunistischen Führer und die Arbeiterführer fast einhellig auf Seiten der jüdischen Kapitalisten. Welche Kapitalisten werden von diesen Arbeiterführern am schärfsten angegriffen? Niemals findet man einen jüdischen Namen darunter![11]

10 Literatur zu den Protokollen der Weisen von Zion: Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München 2007; Alexander Stein, Adolf Hitler. Schüler der »Weisen von Zion«, Karlsbad 1936; Neuausgabe herausgegeben und eingeleitet von Lynn Ciminski und Martin Schmitt, Freiburg 2011.

11 Henry Ford, Der internationale Jude (1920/1933 im Leipziger Hammer Verlag in Deutsch veröffentlicht), online findet sich die Schrift hier: http://www.mosaisk.com/Martin-Hohmann/Der-Internationale-Jude.htm. Martin Hohmann bezog sich als CDU-Bundestagsabgeordneter am 3. Oktober 2003 positiv auf diesen antisemitischen Schlüsseltext, 2004 kam es zum Parteiausschluss, nun ist Hohmann Mitglied der AfD.

Mit CamScanner gescannt

Dieser nationalistische Antisemitismus will eine klassenübergreifende nationale Gemeinschaft schaffen. Klassenkämpferische Sozialisten, ob jüdisch oder nichtjüdisch, stören bei diesem Unternehmen. Als Ablenkobjekt wird ein »jüdisches Kapital« konstruiert, gegen das sich die nicht mehr einem Klasseninteresse verpflichteten Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam mit »ihrem Unternehmer« wenden sollen. Die für Ford bedrohlichen klassenkämpferischen Kräfte sollen als Kräfte der Aggression erhalten bleiben, aber mittels Nationalismus und Judenfeindschaft gegen die konstruierte Gegenidentität des »jüdischen Kapitals« kanalisiert werden.

Die jüdische Herkunft von Karl Marx reizte die nationalistischen Antisemiten, ob Henry Ford oder Adolf Hitler, schon immer und motivierte diese Antikommunisten dazu, den Marxismus selbst als jüdisch zu bezeichnen und zu denunzieren. Tatsächlich verorteten sich nicht wenige Juden intellektuell linkssozialistisch im Marxismus oder in anderen Sozialismen und sahen sich sozial als Teil der Arbeiterbewegung.

Auch wenn die sozialistischen Juden in Deutschland nur eine Minderheit darstellten und sich im 19. und 20. Jahrhundert die meisten der gebildeten Juden zu loyalen und dem Vorherrschenden oft unkritisch gegenüberstehenden StaatsbürgerInnen entwickelten, wurden den Juden von den Antisemiten doch eine bedrohliche Rolle und verborgene subversive Macht attestiert. So auch auf einem Plakat aus dem Umfeld der Deutschnationalen Volkspartei, auf dem zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die Spartakisten, neben USPD, MSPD und DDP, als jüdische »Kohn-Sorten« ausgemacht und typisch antisemitisch karikiert wurden. Der jüdische Rechtsanwalt Oskar Cohn (USPD) steht stellvertretend für Anhänger der Weimarer Republik; Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind mit Pistolen in der Hand an der Spitze abgebildet; ihnen wird damit als »Spartakus-Sozis« eine besondere Gefährlichkeit attestiert.[12] Das in der Novemberrevolution geborene »Weimarer System« wird damit als jüdisch abgelehnt, die Vertreter eines Rätemodells als »undeutsch« etikettiert. Beide Demokratieentwürfe, ob rätedemokratisch oder parlamentarisch, wurden von den Verfechtern der alten Ordnung häufig als »jüdisch« verworfen und attackiert. Bereits während der Nachkriegsumbrüche mischten sich in die konterrevolutionären Aufforderungen von Frontsoldaten und anderen antidemokratischen Kräften, die Führer der Spartakisten zu ermorden, mit aggressivem Antisemitismus. Die Dolchstoßlegende, die von der realen Kriegsmüdigkeit der Soldaten und der deutschen Niederlage ablenken sollte, war antisemitisch unterlegt, machte man doch in der Regel ominöse jüdische Kräfte für den praktischen Antimilitarismus der Soldaten und Matrosen verantwortlich. Schließlich wurden auch prominente jüdische SozialistInnen ermordet – allein im Jahr 1919 die

12 Vgl. den Wikipedia-Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Antisemitismus_(bis_1945)#/media/File:Antisemitismus_1919.JPG.

bekannte Marxistin Rosa Luxemburg, der in der Münchner Räterepublik aktive Anarchist und Sozialphilosoph Gustav Landauer, der antimilitaristische USPD-ler Hugo Haase, der aus dem Rat der Volksbeauftragten zurücktrat, weil die Regierung gewaltsam gegen die Volksmarinedivision vorging, oder auch Eugen Levinė, KPD-Aktivist während der leninistischen zweiten Phase der Münchner Räterepublik.

Die Russische Revolution und die autoritär-sozialistische Politik der Bolschewiki rief eine Flut an teils hassgetriebener, teils angstbesetzter antisemitischer Agitation hervor. Globale Bedeutung als Hass- und Angstfiguren der konservativen und reaktionären Antisemiten stellte das Zweigespann Lenin, dem zuweilen eine jüdische Herkunft angedichtet wurde, und Trotzki dar. Besonders der aus einer jüdischen Familie stammende Trotzki zog die geballte Wut der antijüdischen Konterrevolutionäre auf sich. Trotzki war auch einer der wenigen bolschewistischen Theoretiker, die nach seinem Bruch mit Stalin in den 30er Jahren auf die Funktion und Rolle des Antisemitismus im Nationalsozialismus hinwiesen.[13] 1937 kritisierte er die Haltung, allein Hitler-Deutschland als das »absolute Königreich des Antisemitismus« darzustellen und die UdSSR als »Vaterland der nationalen Harmonie« zu imaginieren, und arbeitete heraus, dass besonders in Stalins Kampagnen gegen die innerbolschewistische Opposition der anfänglich geächtete Antisemitismus wieder bestärkt und instrumentell eingesetzt worden sei, und zwar in dem Maße, wie der revolutionäre Impetus durch Bürokratisierung und Cliquenherrschaft zurückgedrängt wurde.[14]

In dieser Tradition des leninistisch-bolschewistischen Erbes, mit Orientierung an der Weltrevolution und linker Stalin-Kritik, stand auch der aus einem jüdisch-orthodoxen Elternhaus stammende, kommunistische Stalin- und Trotzki-Biograph Isaac Deutscher, der natürlich auch den Zionismus als nationale Bewegung, die dem Gebot der Weltrevolution nicht folgen und dem »Juden raus!«-Geschrei durch Migration nach Palästina nachgeben würde, scharf attackierte.[15]

Ebenso fanden sich in der anderen, antistaatlich ausgerichteten Strömung der Arbeiterbewegung, dem Anarchismus, etliche Juden, um gegen jede Verfolgung, Unterdrückung und Ausbeutung zu agieren. Gelegentlich wurde jüdisch-messianischer Philosophie und anarchistischer globalen Herrschaftskritik

13 Wichtige kurze Textauszüge von Trotzki, die seine Warnungen vor dem Antisemitismus zeigen, hat Iring Fetscher zugänglich gemacht in: Iring Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974, S. 179–190.

14 Leo Trotzki, Thermidor und Antisemitismus (22. Februar 1937), in: Iring Fetscher (Hg.), Marxisten gegen …, a. a. O., S. 179–188.

15 Am eindrucksvollsten dokumentiert in der im Englischen 1968 verlegten, von Eike Geisel und Mario Offenberg neun Jahre später ins Deutsche übersetzten Veröffentlichung: Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin 1977.

Mit CamScanner gescannt

eine Wahlverwandtschaft attestiert. So machte Michael Löwy darauf aufmerksam, dass viele jüdische Intellektuelle eine Verweigerungshaltung gegenüber allen Nationalismen herausbildeten und anstelle eines spezifisch jüdischen Nationalismus, des Zionismus, eine »romantische, antikapitalistische Utopie« entwickelten, »die im Internationalismus die einzige Möglichkeit sieht, soziale und nationale Ungleichheit radikal auszumerzen. Anstelle des Zionismus votierten sie für den Anarchismus, den Anarchosyndikalismus oder eine romantische und libertäre Interpretation des Marxismus«.[16] Löwy hat hier insbesondere Gustav Landauer, Ernst Bloch, Walter Benjamin, aber auch Franz Kafka mit seiner literarischen Bürokratismuskritik vor Augen, sieht aber auch in Martin Bubers Linkszionismus deutliche messianisch-anarchistische Züge.

Dem »Revolutionary Yiddishland«, das sich niemals auf Zion beschränken wollte und konnte, sondern in Form revolutionär gesonnener Juden auch in der Sowjetunion sich behauptete und im Spanischen Bürgerkrieg an der Seite anderer Antifaschisten kämpfte, haben zwei Historiker in einer beispiellosen Oral-history-Arbeit gelauscht.[17]

Die Migrationswellen Anfang des 20. Jahrhunderts in Kombination mit der Erfahrung der Russischen Revolution löste weltweite Angst vor der »roten Gefahr« (*red scare*) aus, in der die Juden stets als besonders gefährliche und mit dem Virus der Revolution versehene Gruppe projiziert wurden. So artikulierte sich in den USA die *red scare* gegen Sozialisten, Anarchisten und verschiedene Migrantengruppen wie die Italiener.[18] Da es ein recht kleines, aber umtriebiges Milieu von italienischen sowie von yiddischen Einwanderern in den USA gab, die sich beispielsweise in dem militant agierenden Syndikat Industrial Workers of the World (IWW) engagierten, konnte die Obrigkeit auf deren Gefährlichkeit hinweisen und ging mittels verschiedener legaler wie extralegaler Methoden gegen sie vor.[19] Antikommunismus und Antisemitismus amalgamierten sich und sollten als Gegenwelle zur »roten Flut« global wirken. Gerald Messadié machte so auf den Antisemitismus und Antibolschewismus, der bis nach Argentinien ausstrahlte, aufmerksam. Dort wurde nach einem landesweiten Generalstreik gegen die aus Russland eingewanderten Juden unter der Vorhaltung gehetzt, unter ihnen sollen sich besonders viele kommunistische Rädelsführer befunden haben. Der Antisemitismus in Argentinien habe viele Jahre überdauert, trotz Perón, der ab 1949 versucht habe, ihn unter Kontrolle zu halten:

16 Michael Löwy, Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken, Berlin 1997, S. 55.

17 Alain Brossat, Sylvia Klingberg, Revolutionary Yiddishland. A History of Jewish Radicalism, London 2017.

18 Helke Rausch, Red Scare: Bodenwellen der russischen Oktoberrevolution in den USA 1919/20, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017, Berlin 2017, S. 131–148.

19 Vgl.: Kenyon Zimmer, Immigrats against the State. Yiddish and Italian Anarchism in America, Illinois 2015.

> Mit der Errichtung der Militärdiktatur im Jahre 1976 flammte der Antisemitismus wieder auf. Auf der Liste derer, die unter den Generälen Viola und Gualtieri »verschwunden« sind, stehen auch die Namen von 20.000 Juden.[20]

Nicht nur die Alte Linke, die Arbeiterbewegung mit ihrer Vielzahl von unterschiedlichen Gruppen, Parteien und Vereinen, sah sich also mit dem Vorwurf, sie sei jüdisch unterwandert und gelenkt, konfrontiert, sondern auch die ab den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts sich erneuernde Linke, die stärker von antiautoritären Impulsen und einer Kritik der westlichen Wohlstandsgesellschaften geprägt war. Ein bedeutender 68er-Aktivist, der für die deutsche wie französische Außerparlamentarische Bewegung gleichermaßen wichtig war, der aus einer jüdischen Familie stammende damalige Anarchist Daniel Cohn-Bendit, wurde von den Rechten auf der Straße »nach Dachau!« geschickt.[21] Noch zehn Jahre nach der Revolte berichteten das Branchenblatt *epd/Kirche* und der Rundfunk über die Zuschauerreaktionen einer ORF-Diskussionssendung über die Revolte mit Dutschke und Cohn-Bendit von folgenden Statements: »Genickschuß für Cohn-Bendit« lautete etwa ein Zuschauer-›Vorschlag‹, oder: »Cohn-Bendit muss vergast werden«, oder: »Der üble Geruch großmäuliger Juden dringt sogar aus dem Fernsehgerät«, »Ins KZ mit diesem Gesindel«, »Cohn-Bendit und Dutschke gehören aufgehängt«.[22] Daniel Cohn-Bendit als bekannter jüdischer Aktivist war keine Ausnahme, denn schließlich hatten sich nicht wenige Kinder jüdischer EmigrantInnen und Überlebender des Holocaust in erstaunlich großer Zahl in den diversen 68er-Bewegungen engagiert. In der französischen, sehr einflussreichen maoistischen Bewegung spielten jüdische Aktivisten wie André Glucksmann eine wichtige Rolle. Auch für ein kleines Land wie Österreich ist überliefert, dass für einige maoistische Aktivisten als Kinder jüdischer Remigranten der »Antirevisionismus« Maos und der damit verbundene Pro-Stalinismus als Bekenntnis zum »gerechten Krieg der Sowjetunion« gegen Nationalsozialismus

20 Gerald Messadié, Verfolgt und auserwählt. Die lange Geschichte des Antisemitismus, München/Zürich 2001, S. 260.

21 So zuletzt wiedergegeben in einem Artikel, der über eine ganz dem Zeitgeist entsprechende Konferenz berichtet, in der es hauptsächlich um die Defizite der Achtundsechziger in ihrem Verhältnis zu den Juden ging: Michael Stallknecht, »Wie hält es die Linke mit dem Antisemitismus?« Wie Jürgen Habermas und Daniel Cohn-Bendit über das Verhältnis der Achtundsechziger zu den Juden debattieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 7. 2011. Am Ende wird der 1968 als Jude und roter Aufrührer attackierte Cohn-Bendit angesichts der Verengung der Fragestellung auf den etwaigen Antisemitismus der APO mit den verständlichen Worten zitiert: »Ich habe, ich gebe es zu, die Nase voll. Ich weiß nicht, warum alle dieses 68er-Bashing betreiben.«

22 Dutschke und Cohn-Bendit erregen die Österreicher, in: epd/Kirche und Rundfunk vom 21. 6. 1978, H. 46, S. 12.

Mit CamScanner gescannt

gewertet werden kann.[23] Bei einem Kongress der »Students for a Democratic Society« (SDS) aus den USA, so wird die New Yorker Historikerin Atina Grossmann wiedergegeben, sollen »46 Prozent der Delegierten« Mitte der 60er Jahre »jüdisch gewesen sein, und zwei Drittel der ›Freedom Riders‹, die Anfang des Jahrzehnts in den Südstaaten unter Einsatz ihres Lebens gegen die Rassentrennung agitierten, waren Juden«.[24] Und Grossmann stellt darauf ab, dass dieser Linksaktivismus von der Emphase getragen war: »Wir wollen nie wieder gute Deutsche sein«, was soviel bedeutete, sich nicht wie gehorsame BefehlsempfängerInnen zu verhalten, die als Mittäter des Unrechts oder als die Augen verschließenden Mitläufer agieren. Die herausragende Bedeutung von militanten Aktivisten mit jüdischem Familienhintergrund, die sich bei der Stadtguerillagruppe Weathermen, die aus dem Zerfall des US-amerikanischen SDS hervorgingen, ist überliefert.[25] Interessanterweise wurden diese Gruppen der Linken von der Vertretern der konservativen Ordnung wie beispielsweise der Young America's Foundation (YAF), einer 1969 gegründeten konservative Jugendorganisation, die sich zur Aufgabe machte, sicherzustellen, dass »immer mehr junge Amerikaner die Ideen der individuellen Freiheit« hochhalten, als »antisemitisch« bekämpft. Diese Neue Linke bestehe aus Gesetze brechenden Faschisten, so gelte es, sie mit allen harten Bandagen zu bekämpfen.[26] Dass die öffentlich auf Akzeptanz dringende konservative Kritik am emanzipatorischen oder revolutionären Aufbegehren nach Holocaust und Zweitem Weltkrieg die Linke nicht mehr mit deutlich antisemitischen Invektiven überzog, sondern den Antikommunismus vom Antisemitismus entschlackte und in einer beispiellosen Diskursverschiebung der Linken nun selbst »Antisemitismus« vorhielt, wurde von den Protagonisten damals durchaus wahrgenommen, wie das Kapitel von Rudi Dutschke in seinem Aufsatz aus dem Sammelband *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition* zeigt, der mit »Vom Antisemitismus zum Antikommunismus« überschrieben ist.[27]

23 So einer der damaligen Protagonisten in einem sehr aufschlussreichen Interview in: Felix Wemheuer, Maos rote Sonne über Wien: Erinnerungen an den Maoismus in Österreich, in: Sebastian Gehrig, Barbara Mittler, Felix Wemheuer (Hg.), Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2008, S. 53–75, hier: S. 71.

24 Richard Herzinger, Flucht in den Messianismus. Eine Tagung in Schloss Elmau beleuchtet die Rolle jüdischer Denker in den Sechzigern: Wie kam es, dass sich deutsche Linke selbst als die ›besseren Juden‹ sahen, in: Die Welt, 1.7.2011.

25 Vgl.: Gerhard Hanloser, Rezensionsessay: Dan Berger, Kampf im Herzen der Bestie. Militanter Widerstand in den USA, Hamburg 2011, bei Radio Dreyeckland Freiburg am 22.8.2011. https://www.freie-radios.net/42658.

26 Vgl.: Kenneth J. Heineman, Campus Wars: The Peace Movement At American State Universities in the Vietnam Era, New York/London 1993, S. 198.

27 Vgl.: Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre und Bernd Rabehl (Hg.), Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968.

Die eigentlichen Wurzeln des Verdikts »linker Antisemitismus« reichen also bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück und entstammen dem politischen Boden des Konservativismus.

Internationalistische Linke – nationalistische Rechte[28]

Historisch existiert eine enge Verklammerung von Konservativismus, Nationalismus und Antisemitismus. Dahingegen positionierte sich die sozialistische Bewegung, sowohl in ihrer marxistischen wie in ihrer anarchistischen Ausprägung, internationalistisch und bildete eben auch zwei konkurrierende Internationalen heraus. Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts speiste sich Distanz, Kritik und Ablehnung der jüdischen Nationalbewegung, des Zionismus, durch Linke aus einer sozialistischen Ablehnung des Nationalismus, der eine weltweite Klassensolidarität unterlaufe. Internationalismus, Assimilation und Klassenbezug war die Trias der Linken, zu der der Antikolonialismus hinzukam. Die politische Rechte bekämpfte dies alles.

Im ersten präfaschistischen »Berliner Antisemitismusstreit« ab 1879/80, dem das nationalistisch-rassistische, pseudowissenschaftlich begründete »Feindbild Jude« den damals positiv konnotierten Begriff verdankt, sollte Antisemitismus als genuiner Bestandteil einer gemeinschaftsstiftenden Ideologie im damals noch jungen Nationalstaat des Deutschen Kaiserreichs implementiert werden. Konservativ-nationalistische Kreise kämpften gegen die »Verjudung« und versuchten, die jüdische Konkurrenz, den »jüdischen Einfluss« in Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, zurückzudrängen oder ganz auszuschalten. Verhaltene Stimmen, die sich gegen diesen grassierenden Antisemitismus wandten, kamen ausschließlich aus dem sozialistischen und liberalen Lager und – was vielfach dasselbe war – von den betroffenen jüdischen Intellektuellen selbst. So betont der Rabbiner des reformierten Judentums, Leo Baeck, in seiner Schrift *Das Wesen des Judentums* die universalen Werte der Aufklärung und verweist auf die auch in der Thora enthaltene Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen – ungeachtet ihrer Herkunft – und verknüpft dies mit einem »Begriff der Humanität in ihrem wahrsten Sinne […] der Achtung der Menschenwürde, vor dem Göttlichen in allem, was Menschenantlitz trägt«.[29]

Im Mainstream der zeitgenössischen Publizistik avancierte die »Judenfrage« jedoch zu einer Frage des nationalen Überlebens, an der »wir Germanen – wenn auch nicht von heute auf morgen […] zu Grunde gehen«[30] oder

28 Dieser Abschnitt beruht auf Ausarbeitungen von Karin Wetterau.

29 Leo Baeck, Das Wesen des Judentums. Berlin 1905, zit. nach: Hajo G. Meyer, Tragisches Schicksal. Das Judentum und die Wirkung historischer Kräfte. Eine Übung in angewandter Geschichtsphilosophie, Berlin 2008, S. 165.

30 Otto Glagau, Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin (1876), zit. nach: Hajo G. Meyer, Tragisches Schicksal, a. a. O., S. 152–160, hier: S. 153.

Mit CamScanner gescannt

in den Worten des konservativen Historikers Heinrich von Treitschke, der triumphierend feststellt: »… bis in die Kreise höchster Bildung […] ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!«[31] Die Zuschreibungen schwankten zwischen üblen Hasstiraden gegen die »degenerierte Rasse« und ambivalenter Hochachtung: »Es lässt sich durchaus nicht leugnen, dass der […] Schachergeist der Juden zum Emporblühen des Handels und der Industrie in Deutschland viel beigetragen hat.« Aber »das glatte, listige, elastische Judentum […] mit seinen ganzen realistischen Begabungen intellektuell, das heißt was die Intelligenz der Schlauheit betrifft«, habe eine »jüdische Fremdherrschaft« über das »staatlich germanische Element« errichtet – die Herrschaft eines fremden Volkes, »welches alljährlich […] die rituellen albernen Phrasen wiederholt: ›auf Wiedersehen im nächsten Jahr in Jerusalem‹« – und damit sich selbst als »fremdes Volk« definiert. »Die Juden sind und bleiben ein Volk im Volk, ein Staat im Staat, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse.«[32]

Bemerkenswert ist der Vorschlag des Judenhassers und eher anarchistischen Publizisten, Gründer der *Antisemitenliga,* Wilhelm Marr, zur Lösung der selbst gestellten »Judenfrage«. Um »das deutsche Vaterland vor der vollständigen Verjudung« zu bewahren, empfiehlt er die Auswanderung der Juden nach Palästina und appelliert an seine nichtjüdischen Zeitgenossen:

> »… machen wir die Fehler unserer Vorfahren wieder gut und erobern den Juden ihr Vaterland zurück […] Voilà! – da habt ihr eure Heimat, euer Vaterland wieder. Kultiviert es. Ihr könnt in Palästina Orthodoxe, Reformjuden, Indifferente, Konfessionslose sein. Zeigt eure Arbeitskraft, Kapitalien habt ihr ja mehr als genug […] Ihr seid so hoch talentiert durch Schlauheit und Rührigkeit alles zu erobern […] Schafft dann die selbstständige semitische Kultur, ohne unsere Fronarbeit. Erobert Asien, eure Heimat, wie ihr uns erobert habt.«[33]

In gewisser Weise ist hier die Idee des politischen Zionismus vorformuliert – fast zwei Jahrzehnte vor dem ersten Zionistenkongress 1897 in Basel und 70 Jahre vor der israelischen Staatsgründung – aus antisemitischer Perspektive. Spiegelbildlich scheinen hier die Mythen auf, die die zionistische Alijah und die Gründung des Staates Israel begleitet haben und die derzeitige Politik des israelischen Staates legitimieren: Die Vorstellung eines angestammten Vaterlandes, in das die Diaspora-Juden zurückkehren, die Ignoranz und die Rücksichtslosigkeit gegenüber einer seit Jahrhunderten dort ansässigen nichtjüdischen Bevölkerung, die Vorstellung eines Raums ohne Volk, der für ein Volk ohne Raum zur freien Verfügung steht, die Vorstellung eines wüsten

31 Heinrich von Treitschke. Unsere Aussichten (1879), zit. nach Meyer, a. a. O., S. 158.

32 Glagau, zit. nach: Meyer, a. a. O., S. 153.

33 Wilhelm Marr, Vom Jüdischen Kriegsschauplatz (1879), zit. nach: Meyer, a. a. O., S. 156.

Landstrichs, der nach biblischem oder säkularem Auftrag in das Gelobte Land, Erez Israel, in dem Milch und Honig fließen, verwandelt wird.

Diese Symbiose von Antisemitismus und Pro-Zionismus entsprach den Interessen der damaligen Großmächte im Nahen Osten und sie ist kennzeichnend für die Ideologien nationalistischer und imperialistischer Politiker. So übernahmen konservative deutsche Politiker während des Ersten Weltkriegs die Forderung eines von prominenten Juden und Nichtjuden gebildeten »Pro-Palästina Komitees« und erklärten die Errichtung ein jüdischen Staatswesen in Palästina offiziell zu einem deutschen Kriegsziel.[34] Neben dem Exodus jüdischer MitbürgerInnen erhoffte man sich, den Zustrom osteuropäischer Juden von Deutschland nach Palästina umlenken zu können. Zionistische Organisationen, die die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten, wurden selbst von den Nazis noch bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs geduldet, was diese Organisationen ihrerseits dazu veranlasste, sich gegen einen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland auszusprechen, der von jüdischen und nichtjüdischen Vereinigungen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten als Antwort auf die antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 organisiert worden war.[35]

Die neo-nationalistische, migrations- und fremdenfeindliche Neue Rechte bedient sich aus diesem Reservoir des Nationalismus und einer propagierten »Reinheit von Kulturen und Nationen«. Ihre Rede vom »Ethnopluralismus«, dem zufolge jede Ethnie und Kultur nach eigener Fasson selig werden soll – segregiert, exkludiert und auf angestammten Territorium –, folgt derselben Logik und ist antisemitisch grundiert. Die erstaunlichen Allianzen der israelischen Politik mit radikal rechten, offen antisemitischen Populisten vom Schlage Victor Orbàns, HC Straches, Donald Trumps oder auch der AfD haben hier – neben der machtpolitischen Komponente – die ideologische Gelenkstelle eines übersteigerten ultrarechten Nationalismus.

Sonderform Rasse- und NS-Antisemitismus

Einst erklärte der linke Schriftsteller Gerhard Zwerenz im April 1976 kategorisch: »Linker Antisemitismus ist unmöglich«, denn die Linke könne nicht »rassistisch, biologistisch, nationalistisch argumentieren«.[36] Später verdeutlichte Zwerenz diese Aussage, die er im Streit mit dem rechten Publizisten Joachim Fest von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* fallen ließ. Fest behauptete in einer Polemik gegen den linken Filmemacher Rainer Werner Fassbinder, »die junge Linke« beziehe das gute Gewissen für ihren angeb-

34 Vgl.: Francis R. Nicosia, Ein nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 37/3 (1989), S. 367–400.

35 Nicosia, a. a. O., S. 377.

36 Gerhard Zwerenz, Linker Antisemitismus ist unmöglich, in: Die Zeit Nr. 16/1976.

Mit CamScanner gescannt

lichen Antisemitismus aus der Feindschaft Moskaus gegen Israel und wandele auf neu-nazistischen Wegen. Dagegen erklärte Zwerenz, dass Fest mit diesen Invektiven »vollkommen daneben« lag, »nicht nur weil diese jungen Leute nichts und gar nichts mit der traditionellen Politik der Kommunisten und der Sowjetunion zu tun hatten, sondern auch aus dem Grunde einverständiger Abwesenheit jeglichen Rassismus. Rasse und Rassismus waren im ideologischen Erscheinungsbild nicht existent.«[37] Damit hat Zwerenz sicherlich recht, dennoch ist die Ablehnung von Rassismus noch keine hinreichende Begründung, dass auch von einer Abwesenheit des Antisemitismus auszugehen ist. Denn der Rasse-Antisemitismus ist nur *eine* Spielart des modernen Antisemitismus.

Es gilt also vorerst zu definieren, was unter Antisemitismus verstanden wird und inwiefern ein linker Antisemitismus (auch ohne Rassismus) möglich ist.

Der Antisemitismus emanzipierte sich vom religiösen Antijudaismus, ererbte aber Elemente des in der Volkstradition verwurzelten Judenhasses. Dieser bot sich traditionellen Herrschern stets als Teile-und-herrsche-Instrumentarium an »wegen der Verschiebungsmöglichkeit der Affekte, die sich primär gegen die drückende Herrschaft richten«.[38] Insgesamt etablierte sich der moderne Antisemitismus als Ideologie in der bürgerlichen Gesellschaft und fungierte als weltanschauliches Erklärungsmodell in den neuen abstrakteren ökonomischen Verhältnissen:

> Die Ökonomie, ein rationales, über Sachen und sachliche Verhältnisse (Eigentum und Tausch) vermitteltes Machtverhältnis, erfaßt alle menschlichen Beziehungen. Gleichwohl lebt, im Denken und Fühlen der Zeitgenossen, die Vorstellung persönlicher Machtverhältnisse fort. Gerade weil die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse sich nicht ohne Leiden durchsetzte und darum auch nicht widerstandslos hingenommen wurde, heftete sich der antiökonomische Affekt, wie seit dem Mittelalter Tradition und Vorurteil, an die Juden. Sie waren keineswegs die einzigen Vermittler in Handel und Geldverkehr, aber die Juden waren die einzige Gruppe, die sich identifizieren ließ. Darum konnte die Vorstellung von der Rolle und der Macht des Geldes mit der Person des Juden, mit dem Charakter des jüdischen Volkes verschmelzen.[39]

Hier, in diesem ökonomischen Grund des Antisemitismus, sah noch in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts Gerhard Zwerenz, der mitnichten so einfältig war, Antisemitismus nur in seiner rassistischen Form zu kennen, das Einfallstor für antisemitische Ressentiments bei den Linken:

37 Gerhard Zwerenz, Die Rückkehr der toten Juden nach Deutschland, Ismaning bei München 1986, S. 16.

38 Detlev Claussen, Vom Judenhass zum Antisemitismus. Material einer verleugneten Geschichte, Einleitungsessay, S. 7–46, hier: S. 19.

39 Ebenda, S. 29.

So, wie wir die zugleich fleißige wie träge deutsche Nachkriegsbürgerlichkeit verachteten und ihrem ungeläuterten Wirtschaftswundertum unseren angeekelten Spott entgegensetzten, so verachteten wir auch die jüdischen Geschäftsleute und Spekulanten, die sich für uns in nichts von ihren nichtjüdischen Geschäftspartnern unterschieden. Es wollte uns nicht in den Kopf, wie man nach diesem Krieg, nach solchen Untergängen, nach Auschwitz und Maidanek einfach wieder seinen Geschäften nachgehen könne, als sei die Welt in Ordnung.[40]

Und Zwerenz räumt der Kritik an der Linken eine gewisse Berechtigung ein, man habe in »unserer überheblichen sozialistischen Art« »unbewußt etwas von den antisemitischen Klischees übernommen, wonach es unfein und gesellschaftsschädigend sei, Geschäfte zu machen«.[41] Wenn es also um die Frage eines möglichen Antisemitismus in der Linken geht, müsste zuallererst dieser ökonomische Antisemitismus untersucht werden, als personalisierender antikapitalistischer Reflex, der das Geschäfte- und Kassemachen moralisierend anzuklagen trachtet. Vor Auschwitz kommt ein Ineinssetzen von »Geld« und »Jude« durchaus auch in der politischen Linken vor, in sozialen Bewegungen und Revolten mit antikapitalistischer Motivation ebenfalls. Nach Auschwitz ist diese Verbindung nicht nur bei Linken, sondern in der Mehrheitsgesellschaft diskursiv tabuisiert. Allerdings musste die Linke, die den Faschismus als eine Form des Kapitalismus zu begreifen gelernt hatte, durch einen realen Juden, der sich prokapitalistisch gerierte, provoziert fühlen. Wie konnte, so das Sentiment, jemand, der Opfer des Nationalsozialismus war oder hätte sein können, sich genau jenen Strukturen andienen, die doch im Denken des antikapitalistischen Linken für den Nationalsozialismus verantwortlich waren: den kapitalistischen Strukturen? Ein Gutteil des schwierigen Verhältnisses zwischen Juden und Linken im Nachkriegsdeutschland speiste sich aus dieser Konstellation. Wenn sich hier ein Antisemitismus als genuin linker Antisemitismus artikulierte, dann unterscheidet sich dieser Antisemitismus, der als Ressentiment, als Grollen und Vorurteil unter Umständen manchen Linken erfasste, vollständig vom biologistisch-rassistischen, im Vernichtungskrieg der Wehrmacht exekutierten Erlösungsantisemitismus der Nazis. Auschwitz und Maidanek stehen als Namen für die Vernichtung um der Vernichtung willen. Diese erfolgte nicht alleine aus dem Antisemitismus, sondern aus einer zugespitzten Form der rassistischen Nicht-Anerkennung.

Die Logik der Nicht-Anerkennung traf Polen, Russen und viele Völker Ost- und Mitteleuropas, das Band jedoch, das ideologisch alle Untaten zusammenhielt, blieb der Antisemitismus, auch im sogenannten

40 Zwerenz, Rückkehr, a. a. O., S. 17.
41 Ebenda.

Mit CamScanner gescannt

Kommissarbefehl, der Bolschewismus und Juden als einen einheitlichen Feind bezeichnet.[42]

Ein antisemitisches Ressentiment kann, muss aber nicht zur Drangsalierung, Verfolgung oder gar Ermordung von Juden führen. Ob ein Linker dazu in der Lage ist, wird durch anderes entschieden als durch ein mögliches antijüdisches Ressentiment: durch Barbarisierungsbereitschaft, totalitäre Feindschaftserklärung und autoritäre Dispositionen. Dass Linke – befeuert von einer Utopie der Säuberung – in der Vergangenheit gezeigt haben, dass sie drangsalieren, verfolgen und ermorden können, ist hinlänglich aus der Geschichte des Stalinismus bekannt.[43] Nur war hier das Objekt des Hasses weitgehend ein anderes, es war der Kulak, der Intelligenzler, der Saboteur, erst gegen Ende der Stalinischen Herrschaft rückten Juden in den Fokus der Bedrohung.[44] Dies war freilich im deutschen Faschismus anders. Das auf Raubkrieg, Vertreibung, Entvölkerung und Vernichtung abstellende Modell einer deutsch-arischen Vorherrschaft über Europa kulminierte notgedrungen in der Vernichtung »unwerten« Lebens, »unnützer Esser« und aller als undeutsch Markierten. Ebenso war ihm die lange Tradition eines deutsch-nationalen und rassistisch unterfütterten Antisemitismus eingeschrieben. Um diesen Plan leidenschaftlich oder auch nur bürokratisch auszuführen, konnte man, musste man aber kein veritabler Antisemit sein.[45] Ohne Antisemitismus kein Holocaust, so die heute jedem einleuchtende Bemerkung; wogegen die Einsicht, ohne imperialistischen und rassistischen Krieg kein Holocaust, nahezu verschüttet ist. Dies zeitigt mehrfache Folgen: Die Linke, der man den nazistischen Völkermord nun bei allem Versagen angesichts des Durchmarsches des Faschismus beim besten Willen nicht aufs Schuldkonto verbuchen kann, wehrt sich natürlich – den in Auschwitz kulminierenden Vernichtungsantisemitismus vor Augen – wenn von etwaigem Antisemitismus in ihren Reihen die Rede ist. Zu Recht, wenn es um den Rasse-Antisemitismus geht. Gleichzeitig wird die Dynamik und Struktur des deutschen Vernichtungsantisemitismus dekontextualisiert, aus der Geschichte von Antikommunismus, imperialistischer Raumgewinnung, rassistischer »Umvolkung« und Besiedlungsplänen isoliert.

42 Detlev Claussen, Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1994, S. 215.

43 Vgl.: Gerd Koenen, Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin 1998.

44 Vgl.: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main 1986, hier besonders die strategisch eingesetzte Verschwörungstheorie und Präsentation »absterbender Klassen«, S. 557 ff.

45 Eine solche Debatte hat angeregt: Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München/Zürich 2006. Sie wurde auch mit diesen Untersuchungen der planenden NS-Elite angereichert: Götz Aly, Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung, Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt am Main 1991.

Auch Hannah Arendt wies 1945 darauf hin, dass der Faschismus »dieses eine Mal besiegt« worden sei, »aber wir haben noch lange nicht das Erzübel unserer Zeit ausgerottet. Denn diese Wurzeln sind stark, und sie heißen – Antisemitismus, Rassismus, Imperialismus«.[46] Zugespitzt lässt sich sogar sagen, dass ohne die im Kern kriegerische, ultranationalistische und imperialistische Politik des NS-Faschismus der Antisemitismus als Ideologie sich überhaupt nicht in der bekannten barbarischen Form hätte materialisieren können. Die politische Rechte, zu der eine militaristische, nationalistische und imperialistische Politik historisch und begrifflich gehört und die sie stets gegen die sozialistische, antimilitaristische und antiimperialistische Linke durchsetzen musste, findet mit der Reduktion von Auschwitz auf Antisemitismus bloß eine argumentative Figur zum Weißwaschen vor.

Antikapitalismus, alte Linke und Antisemitismus

Trotz aller Ablehnung von Nationalismus und den Klassenkampf trennenden Ideologien war das antikapitalistische Lager der Linken nicht frei von Antisemitismus. Bereits der Anarchist Joseph Proudhon war ein veritabler Antisemit und schöpfte sein Ressentiment gegen »den Juden« aus halbierter Kapitalismuskritik. Kleinbürgerliche Sozialismusvorstellungen, die Identifizierung des Ursprungs der Ausbeutung in der Zirkulationssphäre[47] und Personalisierung der Zirkulationsvorgänge im »Juden«, der als verächtliche Figur bezeichnet wird, gehen hier Hand in Hand.[48] Mögliche Parallelen zu dem frühen antikapitalistischen Programm der NSDAP und dessen damaligem »Wirtschaftstheoretiker« Gottfried Feder, der die »Brechung der Schuldknechtschaft« propagierte und diese als »jüdisch« markierte, sind offensichtlich.[49] Dennoch, »etwas unklar bleibt die Antwort auf die Frage, ob man bei Proudhon wie bei Feder von einer Unterscheidung von ›raffendem‹ und ›schaffendem‹ Kapital ausgehen kann; Proudhon unterscheidet zwar ebenfalls zwischen ›schaffenden‹ Produzenten und ›raffenden‹ Kapitalisten, allerdings bleibt bei Proudhon nicht auszuschließen, dass industrielle Kapitalisten, also Produzenten auf einer höheren Ebene, nicht als Person mit Zinsnehmern, Finanzkapitalisten identisch sein können. Auch gibt es sehr wohl eine Proudhonsche Kritik der Lohnarbeit, was von den Kritikern seiner Reformvorschläge gerne übersehen wird«, urteilt Frédéric Krier über Ähnlichkeiten und Unterschiede von Proudhon und dem Frühfaschisten Feder.

46 Hannah Arendt, Antisemitismus und faschistische Internationale, in: dies., Israel, Palästina und der Antisemitismus, Berlin 1991, S. 95–107, hier: S. 107.

47 Vgl.: Nadja Rakowitz, Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie, Freiburg 2000, S. 53–87.

48 Gerhard Hanloser, Krise und Antisemitismus. Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute, Münster 2003, S. 24–27.

49 Ebenda, S. 75–79.

Mit CamScanner gescannt

Außerdem habe Feder Proudhon als »Verneiner des Privateigentums und Propagatoren [!] des Kommunismus« gesehen:

> Von einer direkten Geistesverwandtschaft zwischen Proudhon und dem nationalsozialistischen Programm der »Brechung der Zinsknechtschaft« können wir also nicht ausgehen.[50]

Das sagt freilich wenig über den Antisemitismus von Proudhon aus, der notorisch und endemisch ist und nicht zuletzt auch mit einem aggressiven Antifeminismus auftritt.[51] Kann Proudhon also als »linker Antisemit« gelten? Links war Proudhon nicht, weil er diese auf den Parlamentarismus bezogene Einteilung sicherlich abgelehnt hätte. Er war aber eine wichtige Bezugsfigur für den revolutionären und antistaatlichen Teil der Arbeiterbewegung, die allerdings an Proudhon ganz anderes schätzte als seinen Antisemitismus, wie Rudolf Rocker deutlich machte.[52]

Der Wortführer des politischen Antisemitismus im deutschen Kaiserreich, Wilhelm Marr, entstammt ebenso dem Milieu der linken republikanischen Demokraten. Er sah sich als Anarchist und Atheist, gründete den geheimen Schweizerischen Arbeiterbund und gab die junghegelianisch-atheistischen *Blätter der Gegenwart für sociales Leben* in den Jahren 1844/45 heraus. In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts behauptete er, Juden seien unfähig zur Assimilation. Sie bildeten aufgrund ihres religiösen Exklusivitätsanspruchs einen »Staat im Staate«. Aufgrund seiner antiliberalen Grundhaltung und seines Antisemitismus attackierte er das angeblich Wirtschaft, Politik und Staat dominierende Judentum. Dazu gründete er im September 1879 die »Antisemitenliga« und gab deren Zeitschrift *Die neue deutsche Wacht* heraus. Der Begriff »Antisemitismus« geht als Positivbezeichnung der ressentimentgetriebenen Strömung auf ihn zurück. Bei Marr verfließen rasse-antisemitische, vulgär-antikapitalistische und pseudo-atheistische Invektiven gegen die Juden zu einem giftigen Antisemitismus.[53]

Auch später waren die revolutionäre Arbeiterbewegung und linke radikale Strömungen nicht frei von Antisemitismus. Bereits der prominente Gegenspieler der Anarchisten, der »wissenschaftliche Sozialist« Friedrich En-

50 Frédéric Kreit, Sozialismus für Kleinbürger. Pierre Joseph Proudhon – Wegbereiter des Dritten Reiches, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 59 f.

51 Dominique Trimbur, *Proudhon, Pierre-Joseph*, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Bd. 2: Personen. Berlin 2009, S. 657 f.

52 Rudolf Rocker, Über den Begriff des Kleinbürgers, Aufsatzsammlung Bd. 2 (1949–1953, Frankfurt 1980, S. 104–105. Darin spricht Rocker über Proudhons Herkunft aus der Arbeiterklasse, seine radikale Kritik des Bestehenden und seine Unbestechlichkeit.

53 Vgl.: Werner Bergmann: Ein »weltgeschichtliches ›Fatum‹«. Wilhelm Marrs antisemitisches Geschichtsbild in seiner Schrift: Der Sieg des Judentums über das Germanenthum, in: ders./Ulrich Sieg (Hg.), Antisemitische Geschichtsbilder, Bd. 5, Essen 2009, S. 61–82.

gels, erklärte in einem Interview vom 1. April 1892, in dem er sich negativ zu terroristischer und insurrektionistischer Praxis von Anarchisten in Frankreich und Deutschland äußerte, dass einige Aufrührer und Anstifter gewaltsamer Demonstrationen »Antisemiten waren, die den Hunger einiger armer Teufel auszunutzen suchten, um sie ›Nieder mit den Juden!‹ schreien zu lassen«.[54] Ist dies als Quelle verbürgt oder handelt es sich nur um einen der üblichen Fraktionsstreite innerhalb der frühen Arbeiterbewegung? Dass Marx und Engels auch vor Polemik nicht zurückschreckten, um ihre anarchistischen Gegner innerhalb der sozialistischen Bewegung zu marginalisieren und in ein schlechtes Licht zu rücken, ist bekannt – und müsste zumindest heutzutage bedacht werden, wenn man diese Aussagen auswerten, bewerten oder sich zu eigen machen mag. Dennoch ist die Existenz von Antisemiten in gewalttätigen Protesten und Unruhen keinesfalls etwas, das Engels erst hätte konstruieren müssen. Ein solcher Antisemitismus in Revolten ist tief im 19. Jahrhundert verwurzelt. In dem Maße, in dem die Logik der frühindustriellen Revolten von einer »moralischen Ökonomie« (E. P. Thompson) geprägt war, konnten die Protestierenden sich neben der Empörung über einen neuen Brotpreis oder unanständige Spekulationsmanöver auch von einem antijüdischen Ressentiment tragen lassen, besonders wenn die ausgemachten Verantwortlichen der sozialen Verschlechterung tatsächlich Juden waren. So wäre auf die dunkle Seite der Proteste im Vormärz zu verweisen. Hier tauchte zuweilen Judenhass in Kombination mit Unruhen auf. Nicht immer mussten diese Unruhen einen positiven Bezug auf die Obrigkeit herstellen. Einige Bauern und Gemeinden agitierten beispielsweise in der Krise von 1846/47 gegen »Feudalaristokratie« und »Geldaristokratie«. In diesem Kontext tauchte 1847 ein Flugblatt auf, das die Odenwälder Bauern zur Revolution aufrief:

> 1. Der Adel muss vernichtet werden. 2. Die Juden müssen aus Deutschland vertrieben werden. 3. Müssen alle Könige, Herzöge und Fürsten weg und Deutschland ein Freistaat wie Amerika werden. 4. Müssen alle Beamten ermordet werden. Dann wird es wieder gut in Deutschland.[55]

Republikanismus und Antisemitismus schlossen sich also nicht aus. In der Durchsetzungsphase des Kapitalismus schien antisemitischen Bekundungen zuweilen sogar antifeudaler Charakter zuzukommen. Und so lassen sich auch militante Aktionen gegen den grundbesitzenden Adel nicht lupenrein trennen von solchen antijüdischen Revolten, die beispielsweise im Rheinland von Geschäftsleuten und Großbauern unterstützt wurden. Antifeudale Kämpfe konnten in antisemitische Unruhen ausarten, und Proteste gegen die Judenemanzipation konnten in Aktionen gegen den großgrundbesitzenden Adel

54 Interview mit Friedrich Engels, in: Gespräche mit Marx und Engels (herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger), Frankfurt am Main 1973, S. 647.

55 Zit. nach Helmut Berding, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988, S. 75.

Mit CamScanner gescannt

übergehen. Warum? Ein Historiker gibt die flapsige, wenn auch treffende Antwort: »Salopp formuliert könnte man sagen, der Erfolg im ›neuen‹ System brachte Prügel im ›alten‹ ein.«[56] Der Zusammenhang von antisemitischen Aktionen und Volksunruhen kann schwerlich systematisch auf einen Nenner gebracht werden. Die Verwobenheit von Unruhe und gegen Juden gerichteten Aktionen im Vormärz stellt sich historisch und regional recht unterschiedlich dar. Auch ist Adressatenbezug wie subjektiver Sinn der Akteure nicht immer eindeutig auszumachen. So gibt es zeitgenössische Aussagen, wie aus dem Bereich des Bezirksamt Mosbach im Odenwald, die ›Hass‹ als Anlass zur Judenverfolgung angeben, ein Hass, der über die konkrete soziale Stellung der einzelnen Juden hinausging und sich nur auf der Meinung gründete, die Juden ganz allgemein seien Wucherer. Auf der anderen Seite liegen Berichte vor, wie über zwei badische Gemeinden, in denen sehr gezielt und offensichtlich ohne religiöse Vorurteile oder Judenhass gegen tatsächliche Wucherer vorgegangen wurde:

> In Ettlingen und Richen jedenfalls gingen am 13. März [1948] die Bauern sehr gezielt vor. Sie stürmten die Häuser nur jener Juden, die als »Wucherer« und »Erpresser« einen schlechten Ruf genossen. Die allermeisten der über 30 ansässigen jüdischen Familien blieben von den Ausschreitungen verschont.[57]

Dass es möglich sei, eine trennscharfe Linie zwischen antisemitischen Aktionen und sozialem Protest im Vormärz zu ziehen, mag vielleicht der Wunschgedanke einiger links positionierter HistorikerInnen sein, die den Revolte mit einiger Sympathie begegnen.[58] Auf die Problematik der Kategorisierung und der kritisch zu reflektierenden Definitionsmacht der HistorikerInnen macht beispielsweise auch Wirtz aufmerksam, indem er sagt:

> Der Zwang, bestimmte Kategorien zu verwenden und wenn möglich zu aggregieren, ist vermutlich der »wundeste« Punkt der jüngsten Konflikt- und Protestforschung, insbesondere dann, wenn sie sich im wesentlichen auf quantifizierende Methoden verläßt, die notwendigerweise für

56 Rainer Wirtz, Widersetzlichkeit, Excess, Crawalle, Tumulte und Skandale: soziale Proteste und gewalthafter Protest in Baden 1815–1848, Frankfurt am Main 1981, S. 238.

57 Berding, Antisemitismus, a. a. O., S. 77.

58 Tatsächlich rekurrieren aber die meisten linken Sozialhistoriker und radikalen Kapitalismuskritiker, die sich mit der Sozialgeschichte auseinandersetzten, auf diese Problematik; vgl. beispielsweise Hellmut G. Haasis, Spuren der Besiegten, Reinbek bei Hamburg 1984. Bd. 1: Freiheitsbewegungen von den Germanenkämpfen bis zu den Bauernaufständen im Dreißigjährigen Krieg, und Bd. 2: Von den Erhebungen gegen den Absolutismus bis zu den republikanischen Freischärlern 1848/49. In beiden Bänden der insgesamt drei Bände werden antisemitische Aktionen deutlich als solche markiert und herausgestellt. Auch Ahlrich Meyer macht darauf aufmerksam: Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789–1848, Berlin 1999.

diese Zwecke zugeschnittene Kategorien einführt. [...] Gewiß können Protestaktionen gegen die Bundestagsbeschlüsse 1832 als »politisch«, Ausschreitungen gegen Juden als »antisemitisch« und Konflikte um Deutsch-Katholiken als »religiös« bezeichnet werden, nur muß immer auch bedacht werden, daß der subjektive Sinn, den die unmittelbar Handelnden in ihrem Tun sahen, ein anderer sein kann, als uns das »objektive« Protestziel oder -objekt nahelegt.[59]

Tatsächlich konnte sich der Marxismus in dem Maße, wie er die Volksunruhen des Vormärz als »mittelalterlich« und wenig fortschrittlich zurückwies und sich auf die entstehende Arbeiterschaft der großen Industrie stützte, von dem buntscheckigen Protestuniversum lösen, dem der Anarchismus noch länger verpflichtet blieb. Die Arbeiterbewegung sollte im Kapitalisten als Träger des Profits und Organisator der Ausbeutung ihren Gegner finden. Der Kampf mit dem Krämer, welcher Herkunft oder Religion auch immer, war kein sozialistisches Programm. Aus den gleichen Gründen, aus denen der klassische Marxismus die Gefahr des Antisemitismus unterschätzte, galt er ihm auch als (nicht ernst zu nehmender) Gegner, man hielt ihn für eine nahezu überwundene Angelegenheit; so in den Worten Friedrich Engels, der den Antisemitismus als eine »Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft« definierte. Engels begriff die moderne Gesellschaft als »wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern« bestehend. Der Antisemitismus »dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus, und damit können wir nichts zu schaffen haben«.[60] Auch in der ambivalenten Rede von August Bebel zum Vorschlag einer Resolution zum Thema Antisemitismus und Sozialdemokratie wird der Antisemitismus definiert als »eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung«[61], ebenso wie bei Kautsky, der von einem »Produkt des Verzweiflungskampfes niedergehender Volksschichten« sprach.[62] In dem Maße, wie sich der Anarchismus mit Bakunin noch auf die rebellischen Volkskräfte stützen wollte, war er freilich strukturell weit offener für antisemitisch-antikapitalistische Revolteformen. Tatsächlich und irritierenderweise konnte auf der anderen Seite jedoch eine Industriearbeiterfixierung ebenfalls nicht *per se* gegen Antisemitismus immunisieren wie das Beispiel des französischen Syndikalismus

59 Wirtz, Widersetzlichkeit, a. a. O., S. 233.

60 Friedrich Engels im Jahre 1890, Über den Antisemitismus, in: Fetscher, Marxisten gegen Antisemitismus, a. a. O., S. 54–57, hier: S. 55.

61 Kölner Parteitag der Sozialdemokratischen Partei 1893, zit. nach Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1959, S. 195.

62 Karl Kautsky 1992, zit. nach: Rosemarie Leuschen-Seppel, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich: die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S. 75.

Mit CamScanner gescannt

zeigt, wo eine ähnlich gelagerte Fortschrittsemphase vorherrschte wie bei Engels und seinen Anhängern, und der dennoch tief in Semantik, Ideologie und Aktion des französischen Antisemitismus verstrickt war.[63]

Von Marx und Bakunin – den großen Gegenspielern innerhalb der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts – lassen sich gleichermaßen antijüdische Invektiven finden (bei Marx z. B.: »Jüdel«, »Baron Itzig«, »Ephraim Gescheit«, »Jüdischer Nigger«), so wie man in ihren Schriften sicherlich einiges zu Tage befördern kann, was man heutzutage als kolonial-rassistisch, eurozentristisch, germanozentriert und antifeministisch bezeichnen würde.[64] Die in Briefen überlieferten Ausfälle von Marx gegenüber Lassalle oder Paul Lafargue verweisen zwar nicht auf eine geschlossene antisemitische Weltanschauung oder Ideologie hin. Doch auch die Gründungsväter des Kommunismus schöpfen aus der kulturellen Semantik ihrer Zeit und waren nicht frei von der weitverbreiteten antijüdischen Idiosynkrasie, die allerdings mit dazu führte, dass sowohl Marx also auch Engels sich »nicht und schließlich nur nebenbei mit dem Problem des Antisemitismus beschäftigten«.[65] Marx bekundete eine tiefe persönliche Antipathie gegenüber der jüdischen Religion, die er in einem Brief an Arnold Ruge vom März 1843 offenbarte, und auch Engels benutzte 1847 Klischeevorstellungen der damaligen Zeit über den »Wucherjuden«, um damit das Habsburger Unterdrückungssystem anzuprangern.[66]

Natürlich muss in diesem Kontext auch Marx' Schrift *Zur Judenfrage* genannt werden, eine Frühschrift, in der die Juden als die Inkarnation der modernen kapitalistischen Ausbeutung, als Symbol von Schacher und Schwindel schlechthin dargestellt werden, um über Religionskritik hinaus eine erste materialistische Bestimmung von menschlicher Befreiung zu formulieren. Nicht nur müsse sich das Judentum von der Religion befreien, in der sie dank neuer kapitalistischer Ökonomie ohnehin nicht mehr befangen sei, sondern die Menschheit müsse sich vom »Judentum« begriffen als Chiffre für Geldwirtschaft befreien. Auch wenn Marx in diesem Text das antijüdische Schacher-Stereotyp reproduzierte, so werden doch keine tragenden

63 Worauf Micha Brumlik in einem sehr kursorischen Aufsatz hinwies: Micha Brumlik, Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus, in: ders., Doron Kiesel, Linda Reisch (Hg.), Der Antisemitismus und die Linke, Frankfurt am Main 1991, S. 7–16.

64 Eine relativ frühe Kritik eines Marxisten stellt dar: Roman Rosdolsky, Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der »geschichtslosen« Völker, Hamburg 1979.

65 Wulf D. Hund, Der ›jüdische Nigger‹ Lassalle. Marginalien zu einem Brief von Karl Marx, in: Sozial.Geschichte Online 24 (2018), S. 103–130, hier: S. 111.

66 Vgl.: Francois Melis, Karl Marx und Friedrich Engels: Ihr ambivalentes Verhältnis zum Judentum, Philosophische Gespräche Heft 58 der Hellen Panke e. V., Berlin 2019, S. 30.

antisemitischen Denkstrukturen angeboten. Vielmehr spricht sich Marx im ersten Teil des Textes für die allgemeine Emanzipation der Juden aus, wozu er sich 1843 ja auch bereiterklärte, dementsprechende Petitionen an den Rheinischen Provinziallandtag zu stellen. Marx und Engels befürworten auch während der Revolution 1848/49 in Kommentaren der *Neuen Rheinischen Zeitung* die Gleichstellung der Juden in Europa. Thomas Haury geht in einem kontextualisierenden Aufsatz zu Marx' Judenfrage von der Annahme aus, dass sich weder Verschwörungstheorie noch Manichäismus und auch keine Konstruktion der Gemeinschaft »Volk« gegen die zum »Anti-Volk« erklärten Juden finden lasse, allerdings die »semantische Verbindung von Juden mit Geld und Handel« reproduziert werde »sowie der These von den damit einhergehenden Charaktereigenschaften wie Eigennutz und Egoismus« das Wort gesprochen werde.[67] Dennoch kommt er zu dem Urteil, dass nach seinem Begriff von modernem Antisemitismus dieser Text von Marx »nicht als antisemitisch zu klassifizieren« sei.[68] Und entgegen anderslautenden Vermutungen und Urteilen[69] scheint besonders angesichts eines heftigen Antisemitismus bei anderen Linkshegelianern und Arbeiterbewegungstheoretikern wie Bruno Bauer oder Eugen Dühring, der von Marx und Engels mehr beiläufig als dezidiert abgelehnt wurde, das relativierende Urteil zuzutreffen:

> Trotz des unreflektierten Sprachgebrauchs, der von einem dumpfen kulturellen Antijudaismus gespeist ist, ist der Antisemitismus-Vorwurf gegenüber Marx nicht haltbar.[70]

Auch jüngste Umdeutungen der Geschichte und des Wirkens der Sozialdemokratie wie durch Götz Aly, der sie in kritisch gemeinter Absicht als »antibürgerliche Kraft« markiert und ihr vorhält, »zum Neid« aufgestachelt zu haben, überzeugen nicht. Der für Tabubrüche bekannte Berliner Historiker wollte in dem Kapitel »Volkskollektivismus im Vormarsch« seines 2011 herausgegebenen Buches über Antisemitismus der Sozialdemokratie eine Verwandtschaft zu antisemitischer Agitation unterstellen, weil sie mit den »kollektivistischen Begriffen Klasse, Klassenkampf, Klassenhass und Klassenfeind« ihre Anhänger »an ein politisches Denken und Handeln, das die Eindeutigkeit

67 Thomas Haury, Zur Judenfrage (1843/44): Bruno Bauer und Karl Marx – Eine Textgeschichte, in: Nicolas Berg (Hg.), Kapitalismusdebatten um 1900 – Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen. Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur, Bd. VI 2008, Leipzig 2008, S. 141–179, hier: S. 162.

68 Ebenda, S. 166.

69 Vgl.: Micha Brumlik, Karl Marx: Judenfeind der Gesinnung, nicht der Tat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2014, S. 113–120.

70 Michael Schmidt-Salomon, »Mythos Marx?« Artikelreihe Teil 4, in: Humanistischer Pressedienst, online: https://hpd.de/artikel/mythos-marx-15555; ein gleiches Urteil stammt von: Hauke Brunkhorst, War Marx Antisemit? Die falsch gestellte Frage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2014, S. 110–118.

Mit CamScanner gescannt

der Freund-Feind-Optik bevorzugte«, gewöhnt habe.[71] Der Ludwig-Börne-Preisträger von 2012 verortet im Streben nach sozialer Gleichheit, das sich unter anderem bei der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert herausbildete, ein deutsches »kollektivistisches Glücksstreben«, das sich schlussendlich gegen die Juden gerichtet habe. In diesem, von der Fachwissenschaft kaum ernst genommenen, obwohl bei der Bundeszentrale für politische Bildung verlegten Buch markiert Aly den Sozialdemokraten Franz Mehring als besonders gefährlichen Antisemiten, ein Urteil, das der Historiker in seiner polemischen Kolumne der *Berliner Zeitung* wiederholt: Beim Abräumen von historisch belasteten Straßennamen müsse dieser »abgefeimte SPD-Antisemit« »fällig« sein. Mehrings Position, die so abgefeimt antisemitisch nicht war, ist nicht schwer zu erkennen. 1891 erklärte der Sozialdemokrat:

> Auf der anderen Seite aber ist der Philosemitismus um kein Haar besser als der Antisemitismus. Wenn dieser den Kapitalismus zu bekämpfen behauptet, indem er die Juden verfolgt, so behauptet dieser, die Juden zu schützen, indem er den Kapitalismus durch dick und dünn vertheidigt.

Dabei betonte Mehring, dass für die klassenbewussten Arbeiter der »›Gegensatz‹ zwischen Anti- und Philosemitismus nie irgend eine Bedeutung gehabt« habe und zitierte aus dem Programm der Internationalen, in dem festgehalten ist, dass »die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anerkennen«. Ironisierend und aus polemischen Zwecken übernahm er oft die Semantik der Antisemiten, um ihre Aussagen ad absurdum zu führen, dabei überbetonte er allerdings den »Antikapitalismus«, der nach Mehrings Ansicht im zeitgenössischen 19.-Jahrhundert-Antisemitismus der Handwerker und Bauern Triebfeder sei und auf den er affirmativ einwirken wollte. Mehrings politisches Interesse war, auf keinen Fall zusammen mit den Liberalen diskursiv den Stab über antisemitisch sich gerierende untere Schichten zu brechen. Verharmlosung gegenüber Antisemitismus und ein taktisches Verhältnis zu den antisemitisch eingestellten Kleinbürgern, die er gerne für die Sozialdemokratie gewonnen hätte, finden sich in seinen Schriften. Beides mag man rückblickend als skandalös empfinden. Der Sozialdemokrat machte allerdings in seiner kondensierten Schrift mit dem Titel »Anti- und Philosemitisches« deutlich, dass der Antisemitismus für jene prokapitalistischen Philosemiten »nicht mehr übel« rieche, »wenn er als Hilfstruppe verwandt werden kann

71 Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933, Frankfurt am Main 2011, S. 131 f.

im Kampfe gegen die Arbeiterklasse«.[72] In diesem Urteil war Mehring sogar prophetisch. Die Gleichzeitigkeit von Antikommunismus und Antisemitismus wie die gesamte Geschichte der armen und proletarischen JüdInnen, die sich immer einer besonderen Anfeindung ausgeliefert sahen, ist nicht ohne Grund eine Leerstelle beim Hartz-IV-Verteidiger Götz Aly. Während dieser ganz philosemitisch ein ständiges »Loblied auf die so intelligenten, beruflich erfolgreichen, patriotischen und tüchtigen deutschen Juden« anstimmt,[73] so kolportiert er in einer seiner polemischen Kolumnen in der *Berliner Zeitung*, Mehring habe unter anderem »Juden und Philosemiten als Leute, ›die den Kapitalismus durch dick und dünn verteidigen‹« beschimpft. Alys publizistisches Urteil: »Die Zeit drängt: Mehring muss weg!«[74] Auch hier dient die Chiffre des »linken Antisemitismus« einem eminent politischen Interesse.

Nun gab es viele Juden, die sich nicht ohne Grund der Arbeiterbewegung, den diversen Spielarten des Sozialismus und Kommunismus anschlossen, weil sie gerade darin eine universelle Emanzipationsbewegung erblickten. Dass Proudhon, Marx und Bakunin in unterschiedlicher Schwere Anteil am antijüdischen und antisemitischen Diskurs ihrer Zeit hatten, wog für diese jüdischen Sozialistinnen und Sozialisten offensichtlich nicht so schwer im Vergleich zu ihren theoretischen wie praktischen Leistungen, eine herrschafts- und ausbeutungsfreie Welt ohne Nationalismus theoretisch und praktisch angestrebt zu haben, von der sie sich wiederum eine Emanzipation von der beständigen Drohung aggressiver und defensiver Identitätskonstruktionen erhofften. So kann auch auf die zweifelsfrei anti-antisemitischen Aussagen von Friedrich Engels hingewiesen werden, der in seinem Aufsatz »Über den Antisemitismus« festhielt, dass der Antisemitismus ein »Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur« sei. Und niemand Geringeres als der russische Revolutionär Lenin, aktivistischer Nachfolger von Marx und Engels, agitierte

72 Franz Mehring, Anti- und Philosemitisches, *Die neue Zeit*, IX. Jg., Bd. 2 (1890–1891), Nr. 45, S. 585–588, online: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/mehring/1891/xx/philo-anti.html.

73 Wie auch Wolfgang Wippermann kritisieren muss: Wolfgang Wippermann, Reiner Neid? Anmerkungen zu Götz Alys Versuch, den deutschen Antisemitismus zu erklären, in: Jüdische Allgemeine vom 15. 8. 2011, online: https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/reiner-neid/.

74 Götz Aly, Grüner Angriff auf Berliner Straßennamen, in: Berliner Zeitung vom 11. 3. 2019. In ihrer kritischen Rezension macht Stefanie Schüler-Springorum darauf aufmerksam, dass Alys Buch von einer kaum haltbaren Sonderwegsthese getragen und von Groll auf den »Lieblingsfeind« der Sozialdemokratie Götz Aly bestimmt wird: Stefanie Schüler-Springorum, Rezension: Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass, Frankfurt am Main 2011, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 (2012), S. 189 f.

Mit CamScanner gescannt

auf Aufklärungsschallplatten, die im analphabetischen Bauernland Russland als Massenagitationsmittel eingesetzt wurden, gegen den Antisemitismus – Tonträger, die seit der Stalin-Zeit aus dem Handel verschwunden sind. Der Text beginnt mit dem Satz: »Antisemitismus nennt man die Verbreitung der Feindschaft gegen die Juden.«[75] Eine so einfache wie klare Definition. Diese Feindschaft wurde von der zaristischen Herrschaft aktiv befeuert, um Fortschritt, Veränderung und Revolution abzuwehren. Der Antisemitismus sollte noch lange nach den Umbrüchen in der russischen Geschichte wirken. Während der Russischen Revolution waren »zwar viele Revolutionäre Juden, jedoch relativ wenige Juden Revolutionäre«, wie es Orlando Figes prägnant formulierte.[76] Er unterstrich, dass die Hetzjagd auf die Bolschewiki, die unter anderem von der rechten Boulevardpresse während der Zeit der Provisorischen Regierung ausging, eine starke antisemitische Tendenz hatte.[77] Nach der Machtübernahme durch die roten Bolschewiki stellte die weiße Propaganda das bolschewistische Regime als jüdische Verschwörung dar und

> verbreitete den Mythos, daß all seine wichtigsten Führer mit Ausnahme Lenins Juden seien. […] Die gesamte weiße Bewegung war von dem Gedanken besessen, daß die Verfolgung der Juden gleichsam als populäres Mittel der Konterrevolution gerechtfertigt sei.[78]

Konterrevolutionär und antisemitisch eingestellte Schwarzhundert-Verbände verprügelten bereits vor dem roten Oktober bolschewistische Arbeiter. Gegenrevolutionäre Terrorbereitschaft und antisemitische Denunziation begleiteten die Umbrüche nach der Februarrevolution.

> Ehrbare Bürger der Mittelschicht fanden sich in verschiedenen rechtsgerichteten Gruppen zusammen, die Rußlands Unglück auf die Juden schoben und nach der Wiedereinsetzung des Zaren oder eines anderen Diktators riefen, der Rußland vor der Katastrophe retten solle.[79]

Allerdings wurde auch im Kontext des bolschewistischen Putsches und der Oktoberrevolution kolportiert, dass der Vorsitzende der Provisorischen Regierung, Alexander Fjodorowitsch Kerenski, Jude sei, »was in dem antisemitischen Klima, das die gesamte Epoche der Revolution begleitete, für sein Ansehen in der Öffentlichkeit außerordentlich schädlich war.«[80]

75 Wladimir Iljitsch Lenin, Über die Pogromhetze gegen die Juden, in: Marxisten gegen Antisemitismus, a. a. O., S. 169.

76 Orlando Figes, Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russische Revolution 1891–1924, Berlin 1998, S. 98; dennoch ist die Oktoberrevolution bis heute Projektionsfläche von antisemitischen Verschwörungstheorien, vgl.: Wolfgang Benz, Die Oktoberrevolution als Projektionsfläche von Verschwörungstheorien, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017, a. a. O., S. 169–184.

77 Figes, a. a. O., S. 459.

78 Ebenda, S. 716.

79 Ebenda, S. 467.

80 Ebenda, S. 506.

Im Bürgerkrieg zwischen Roten und Weißen wurde eine Vielzahl von Juden durch Pogrome getötet, ein Dokument aus dem Jahr 1920 spricht von mehr als 150.000 Toten und bis zu 300.000 Opfern, zählt man teils schwer Verletzte dazu.[81] Die anarchistische Historiographie legte Wert darauf herauszustellen, dass die anarchistische Machno-Bewegung in der Ukraine gegen Pogrome und Judenverfolgung vorging und der Antisemitismus hier »nicht etwa ein Ergebnis der Revolutionsepoche oder der Aufstandsbewegung, sondern ein Erbe der Vergangenheit« gewesen sei.[82]

Betrachtet man die Geschichte des russischen Bolschewismus, so kann festgehalten werden, dass dieser vor allem zu Beginn den Volksantisemitismus stark bekämpfte und im Bürgerkrieg veritablen Antisemiten aufseiten der Weißen (zuweilen auch in den diversen antibolschewistischen Bauernbewegungen der Grünen) gegenüberstanden. In der Konsolidierung ihrer Macht versuchten die russischen Kommunisten angesichts eines tiefgreifenden Volksantisemitismus den relativ hohen Anteil von jüdischen Funktionären in ihren Reihen zu verschweigen. Das Beschweigen jüdischer Identität passte allerdings auch zu der eigenen Wahrnehmung vieler Revolutionäre aus jüdischen Familien, die schlichtweg Religion und Herkunft überwinden wollten. Im Zuge des innerbolschewistischen Fraktionskampfes und dann der stalinistischen Dominanz wurde jedoch Antisemitismus als Herrschafts- und Propagandamittel zusehends reaktiviert. Trotz der Judenemanzipation der Revolution trat die Sowjetunion unter Stalin schließlich das Erbe des russischen Antisemitismus an.[83] So beklagte Stalins Gegenspieler im Bolschewismus, Leo Trotzki, implizit auf dem letzten von ihm besuchten Plenum des Zentralkomitees im Oktober 1923, dass auch antijüdische Vorurteile die Opposition zu ihm in der Partei bewegen würden. Der Sowjetunion-Historiker Orlando Figes kommentiert dies mit der Aussage: »Für jemand, der sich nie als Jude empfunden hatte, war dies ein Zeichen dafür, wie allein er jetzt dastand.«[84] Der spätere staatsoffizielle Antisemitismus, den in seinem Kampagnencharakter auch Hannah Arendt beschrieb und der ihre Theorien totalitärer Herrschaft untermauerte, erfolgte nicht ohne Grund in der »Niedergangsphase der Arbeiterbewegung, die ihren augenfälligsten Beweis im Sieg des Stalinismus in der Komintern fand«, nun »traten Solidarität und Internationalismus hinter Chauvinismus, Judenfeindschaft und d[er] Reaktivierung eingefleischter Vorurteile zurück«, wie Mario Kessler als Resümee seiner Arbeit zu »Antisemitismus, Zionismus

81 Vgl.: ebenda, S. 718.

82 Peter A. Arschinoff, Geschichte der Machno-Bewegung, Münster 1998, S. 220; dieses Urteil muss sicherlich erheblich relativiert werden.

83 Vgl.: Detlev Claussen, Die antisemitische Erbschaft in der Sowjetunion, in: Micha Brumlik, Doron Kiesel, Linda Reisch (Hg.), Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt am Main 1991, S. 83–95.

84 Orlando Figes, a. a. O., S. 848.

Mit CamScanner gescannt

und Sozialismus« urteilte.[85] Schließlich wurde der Antisemitismus »von Stalin bereits in den zwanziger Jahren selektiv zur Bekämpfung seiner politischen Gegner eingesetzt«.[86]

Angesichts der im Stalinismus kulminierenden Politik des Nationalismus, des Verabschiedens von Internationalismus und Revolutionsemphase, der Reaktivierung rückschrittlicher und vormals als »reaktionär« gescholtener Politik im Feld des Kulturellen, der Familienpolitik, des Religiösen kann die Frage gestellt werden, inwiefern die Sowjetunion unter Stalin und die ins stalinsche Licht getauchte »kommunistische« Politik, die den nationalen Interessen Moskaus unterworfen war, originär »links« war.[87] Dies tangiert auch die Analysen, die den Antisemitismus in der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Gegenstand machen.

Schließlich entwickelte sich in der Sowjetunion der Marxismus-Leninismus als Weltanschauung und Legitimationsideologie der Sowjetunion mit ihren nationalen und imperialen Ambitionen. Klaus Holz hat den »Antizionismus« des Marxismus-Leninismus vornehmlich der 40er und 50er Jahre als Semantik eines nationalen Antisemitismus analysiert; dieser »Antizionismus« sei lediglich Camouflage, wenn er »Völker- und Rassenhaß im Namen von Klassenkampf und Internationalismus« ablehne.[88] Der Antisemitismus sei umgeschrieben worden, um neue Feindbilder anbieten zu können. Anhand der Slánský-Prozesse kann gezeigt werden, wie »Jude« durch »Zionist« ersetzt wurde, um nationale Verräter an den Volksdemokratien markieren zu können und ihnen ein verborgenes Wirken mit ausländischen Mächten unterstellen zu können. Gleichzeitig konnte als Herrschaftsstrategie die Existenz eines national gefassten werktätigen Volks affirmativ beschworen werden, das einer ewigen und unfassbaren Gefährdungslage ausgesetzt sei. Im Gegensatz zum Vernichtungsantisemitismus eines Hitler bestand im staatstragenden Marxismus-Leninismus als Weltanschauung die Möglichkeit, dass Juden auch zum »Wir« dazugerechnet werden können; auch die Tatsache, dass er die Camouflage wählen musste, bringt paradoxerweise »ein[en] letzte[n] Rest der aufklärerischen Theorietradition zur Geltung, die keine größere Verdrehung ihrer selbst hervorgebracht hat als den Marxismus-Leninismus«.[89] Diese Entwicklung im Marxismus-Leninismus wiederum tangiert auch

85 Mario Kessler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993, S. 7.

86 Ebenda, S. 12.

87 Generell gilt für den stalinistischen Antisemitismus, was Leon Poliakov festgehalten hat, er ist Ideologie und Strategie in einem: Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlev Claussen, Freiburg 1992.

88 Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001, S. 431–482, hier: S. 440.

89 Ebenda, S. 482.

das Urteil zum möglichen Wirken antisemitischer Semantiken zur Zeit der SED-Herrschaft in der DDR.

Die KPD und der Antisemitismus

In der insgesamt rührig inszenierten deutschen Serie *Babylon Berlin* findet sich in der zweiten Staffel eine merkwürdige Szene: Nach dem Blutmai 1929, als die Berliner Polizei unter der Verantwortung des Polizeipräsidenten Karl Friedrich Zörgiebel (Thomas Thieme) und des preußischen Innenministers Carl Severing (beide SPD) ein Massaker an kommunistischen Arbeitern verübte, wird eine proletarische Freundin der jungen Berlinerin Charlotte Ritter (Liv Lisa Fries) angestiftet, August Benda (Matthias Brandt) als Regierungsrat der Polizei mit einer Rohrbombe zu töten. Benda ist Jude und wird deshalb regelmäßig von hochrangigen Generälen verbal angegriffen. Er wird als sympathischer, aufrichtiger Beamter gezeichnet, unterstützt die Hauptperson Gereon Rath (Volker Bruch) bei dessen Ermittlungsarbeit. Bei der Übergabe der Rohrbombe malträtiert ein junger Kommunist eine Frau namens Greta (Leonie Benesch), die als Hausmädchen bei Benda arbeitet, einen von der Polizei ermordeten kommunistischen Freund hatte und nun die Bombe scharf machen soll, in erpresserisch-aggressiver Weise: Sie soll die Tat ausführen – es treffe ja nur eine »Judensau«. Die wenigsten Zuschauer werden hier gestutzt haben, traut man doch einem Kommunisten in Deutschland im Jahr 2018 alles zu, vor allem eine solch widerwärtig antisemitische Beschimpfung. Später entpuppt sich der bombenübermittelnde Kommunist in einer alptraumhaften Sequenz, halb Realität halb Ahnung, von Greta als Braunhemd tragender Nazi – das vom Linksradikalen artikulierte antisemitische Schimpfwort war hufeisentheoretisch ganz rechts angekommen.

Diese Szene entspricht einem in politischer Bildung, Verfassungsschutzämtern, neueren historischen Abschlussarbeiten und Medien gepflegtem Bild, wonach auch die KPD der Weimarer Republik als deutlich antisemitisch zu kennzeichnen sei. Rot-gleich-braun, kommunistischer Antisemitismus diffundiert in nationalsozialistischen Antisemitismus.

Nun würde man vollständig irren, wollte man per se die Kommunistische Partei Deutschlands von jedem Antisemitismus freisprechen. Besonders in der kurzen nationalistischen Episode des »Schlageter Kurses«[90], aber ebenso kurz vor der Machtübernahme der Nazis finden sich nationalistische und auch gegenüber der Antisemitenpartei NSDAP opportunistische Aussagen und Agitationsversuche. Dies fiel selbst zeitgenössischen Beobachtern auf: Die französische unabhängige Linkssozialistin Simone Weil stützt die Beobachtung eines befremdlichen nationalistischen Kurses der KPD knapp vor

90 Vgl.: Ralf Hoffrogge, Der Sommer des Nationalbolschewismus? Die Stellung der KPD-Linken zum Ruhrkampf und ihre Kritik am »Schlageter-Kurs« von 1923, in: Sozial.Geschichte Online 20 (2017), S. 99–146.

Mit CamScanner gescannt

dem endgültigen Durchmarsch der NSDAP in ihren eindrucksvollen aus dem Sommer 1932 stammenden schriftlich fixierten Reiseeindrücken, die in der französischen linkskommunistischen Zeitschrift *La Révolution prolétarienne* vom 25. August 1932 abgedruckt wurden. Die junge Lehrerin, die dem revolutionären Syndikalismus zuneigte, beobachtet nicht nur den Aufstieg des deutschen Faschismus, sondern interpretiert auch das Versagen der großen Arbeiterbewegungen, die aus der Zweiten und Dritten Internationale hervorgegangen sind. Im Kern sieht sie neben einem strategischen Bündnis der Sowjetunion mit deutschen nationalistischen Kreisen ein kurioses ideologisches Hofieren der Nationalisten und Nationalsozialisten vonseiten der Parteikommunisten, das schließlich dazu führte, dass die KPD gar nicht mehr von den NSDAP zu unterscheiden war. In Weils Reisebeobachtungen wird festgehalten, wie erstaunlich ansteckend die Naziideologie sei. Sie bezieht

sich auf das Beispiel der offiziellen KP-Parteizeitung *Welt am Abend*, in der auf die antisemitischen Anwürfe der Nazis gegen Clara Zetkin, sie sei »marxistische Jüdin«, von KP-Genossen geantwortet wurde, diese sei zum einen keine Jüdin und auch Rosa Luxemburg sei »*obwohl Jüdin* eine ganz ehrliche Person« gewesen.[91] Diese Beobachtung offenbart für Weil den Konformismus und ein Anbiedern der Kommunistischen Partei an die nationalsozialistische Bewegung. Weil geht sogar so weit zu sagen, dass die »KPD gegen die Sozialdemokraten seit langem eine Art Einheitsfront mit den Nazis« betreibe.[92] Die französische Revolutionärin, der ihr Jüdisch-Sein ebenso wenig wichtig war wie Trotzki und anderen Revolutionären, bemerkt und kritisiert in den 30er Jahren eine den Antisemitismus bedienende und gleichzeitig hilflos ihn revolutionär transzendieren wollende Strategie, die bereits ab den frühen 20er Jahren verfolgt wurde. Simone Weil bezeichnet die NSPAP als revolutionär erscheinende Arbeiterpartei. Die NSDAP ist für sie die Partei »unbewußter und unverantwortlicher Revolutionäre«.[93] Die Parteiführung folge dem Nationalismus der Hitlerbewegung, sodass die Losungen der nationalen Volksbefreiung zuweilen stärken seien als die Losungen des sozialen Kampfes. Dabei liegt in diesen Bemühungen ein fundamentaler Widerspruch, und so habe die KPD, die »von der russischen Bürokratie mit der Theorie des ›Sozialismus in einem Lande‹ ausgestattet« ist, alle Mühe, »gegen eine Bewegung zu kämpfen, die sich die ›Partei der deutschen Revolution‹ nennt«.[94] Die kommunistischen Arbeiter selbst, so eine interessante Behauptung von Weil, seien indes überhaupt nicht nationalistisch.

91 Simone Weil, Erste Eindrücke, in: Unterdrückung und Freiheit. Politische Schriften, S. 31 f.

92 Weil, Deutschland in Erwartung. August- und Septembereindrücke. Pol. Sch., S. 44.

93 Weil, ebenda, S. 37.

94 Ebenda, S. 47.

Aber diese Politik entwaffnet sie in den Diskussionen mit NS-Arbeitern, da man den Eindruck hat, daß es ihnen nicht gelingt, den Grund der Meinungsverschiedenheit zu finden. Man könnte sagen, die KPD unternimmt alles, um in den Augen weniger gebildeter Arbeiter den Charakter ihres Gegensatzes zur Hitlerbewegung zu verbergen – bis auf ihre äußerste Schwäche. Das Resultat dieser ganzen Politik ist die vollständige Isolierung der KPD innerhalb der Arbeiterklasse.[95]

Von den drei Parteien, die die deutschen Arbeiter mit Hilfe der Fahne des Sozialismus locken, ist eine in der Hand des Großkapitals mit dem ausschließlichen Ziel, gegebenenfalls durch eine systematische Ausrottung, die revolutionäre Bewegung aufzuhalten. Die andere ist, gestützt auf die Gewerkschaften, durch die Bürokraten mit dem Staatsapparat der herrschenden Klasse verkoppelt. Die dritte mit einer ausländischen Staatsbürokratie, die ihre Kasteninteressen und nationalen Ziele verteidigt.[96]

Für diese dritte Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands, verliert Weil alle Sympathien, weil sie erkennt, dass der Kontrast zwischen »ihren revolutionären Phrasen und ihrer totalen Passivität« »zu skandalös« ist.

Warum dieses lange Referieren einer abseitigen KPD-kritischen Position einer mehr oder weniger unbekannten Sozialistin des 20. Jahrhunderts? Die Worte von Simone Weil sprengen in Duktus, Inhalt und in der Intention die heutigen Diskurse über den »linken, kommunistischen oder linksextremen Antisemitismus«. Zum einen spricht hier eine Vertreterin einer linkskommunistischen Strömung, die heutzutage selbst unter »Extremismusverdacht« stehen würde. Zum anderen kritisiert sie die KPD mit ihrer nationalistischen und antisemitischen Anbiederei ans falsche Bewusstsein von einem revolutionären Standpunkt aus. Zum dritten geht es ihr mitnichten um das isolierte Skandalisieren von »Antisemitismus« allein – vielmehr sieht sie diesen im Kontext einer opportunistischen, die Herrschaft und die Barbarei zementierenden Politik in einer komplexen Gemengelage. Damit ist Simone Weil eine Zeugin dafür, dass sich Antisemitismus »nur im Kontext mißglückter Befreiung verstehen« lässt, wie es Detlev Claussen vollkommen richtig formulierte: »Der emanzipatorische Theoretiker muß die Möglichkeit der Befreiung unterstellen, weil er das Denken nicht in Buchhaltung verwandeln will.«[97] Was aktuelle Kritiker des angeblichen oder tatsächlichen linken Antisemitismus heute betreiben, ist jedoch isolierte Skandalisierung von Aussagen, die sie kaum noch historisch einzuordnen, hermeneutisch zu lesen und auf ihren kritischen oder affirmativen Gehalt hin zu befragen vermögen. Buchhaltern gleich möchten sie einzelne als antisemitisch erachtete

95 Ebenda, S. 44 f.

96 Ebenda, S. 47.

97 Detlev Claussen, Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1994, S. 82 f.

Mit CamScanner gescannt

Aussagen auf ein Minuskonto der Linken verbuchen. Nicht der falschen Ordnung, der die – zum Nationalismus, Antisemitismus oder zu anderen Ideologien greifenden – alternativen Kräfte in verheerender Weise noch verhaftet sind, gilt ihre Kritik; vielmehr soll über Herrschaft und Ordnung gar nicht mehr gesprochen und ihre Gegner nur noch ob antisemitischer Entgleisungen als extremistisch markiert werden.

Nun dürfte eine Aussage der zeitweilig die Leitung der Berliner KPD innehabenden Ruth Fischer das prominenteste Beispiel für »linken« oder »kommunistischen Antisemitismus« in der Frühphase der Weimarer Republik darstellen. Seit der historischen Studie über die Kampfzeit der KPD des Historikers Werner Angress wurde es immer wieder herbeizitiert. Die ultralinke KPD-Vorsitzende Ruth Fischer hatte nach Angaben verschiedener Beobachter aus dem mit der KPD verfeindeten Milieu der Sozialdemokratie
40 und der Rätekommunisten 1923 gegenüber völkischen Studenten in agitatorischer Absicht erklärt:

> Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner?[98]

Auch der KP-Aktivist Hermann Remmele spielte auf dieser Klaviatur, als er am 2. August in Stuttgart vor Kommunisten und Nationalisten eine Veranstaltung abhielt. Darin bediente er weitgehend den Antisemitismus seiner Zeit, indem er auf finanziell potente jüdische Viehhändler zu sprechen kommt. Später steigerte sich seine Rede zu einem ähnlich wie bei Ruth Fischer vorliegenden Versuch, den gegen die jüdische Hochfinanz gerichteten Antisemitismus auf das Industriekapital auszuweiten.

> Sie, die Faschisten, geben nun an, das jüdische Finanzkapital zu bekämpfen. Schön. Tun sie das! Einverstanden! (Stürmischer Beifall bei den Faschisten.) Aber Sie dürfen eines nicht vergessen, das Industriekapital! (Zuruf bei den Faschisten: »Bekämpfen wir genauso!«)[99]

Nicht nur die halsbrecherische Strategie der KPD, den Antisemitismus revolutionär zu radikalisieren, sondern auch die dokumentierten Zwischenrufe vonseiten der faschistischen Zuhörer sollten einiges Erstaunen hervorrufen. Diese den Antisemitismus akzeptierende und hofierende Aussage von überzeugten Kommunisten wurden von der zeitgenössischen rechtsradikalen Presse deut-

98 Bislang findet sich diese Aussage am besten historisch situiert und kontextualisiert in: Mario Kessler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln 2013, S. 129 ff.

99 Die beiden Beispiele sind gut dokumentiert und kontextualisiert in: Werner Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 374–376.

lich beantwortet wie beispielsweise vom *Völkischen Beobachter*, der vor diesen »neuen Verführern« warnte, die »unter der Maske des Vaterlandfreundes die völkische Bewegung unter die nationalbolschewistische, jüdische Führung zu bringen« versuche.[100] Die Aussagen von Fischer und Remmele stehen für einige AutorInnen in einem größeren Kontext von antisemitischer Ideologie und Diskurspraxis im kommunistischen Milieu und stellen Musterbeispiele linken Antisemitismus dar, wie für den Hamburger Historiker Olaf Kistenmacher, der ein methodisch fragwürdiges wie quellenkritisch kenntnisloses Buch zum Antisemitismus in der KPD-Parteizeitung *Rote Fahne* vorgelegt hat.[101] Tatsächlich lässt sich für die hilflose Agitation der Kommunisten, die auch immer eine Konkurrenzveranstaltung zum Todfeind der völkischen Bewegung um Unzufriedene war, sagen, dass sie »um eine konfessionelle Gleichstellung innerhalb des kommunistischen Antikapitalismus bemüht« war,[102] man wolle jüdische wie christliche Kapitalisten enteignen, man verachte die jüdischen, aber auch die christlichen Kapitalisten. Der aggressive Antisemitismus der völkischen Bewegung wurde so sicherlich verkannt oder zuweilen als halbierter Antikapitalismus rezipiert. Die rhetorischen und propagandistischen Figuren, die die Kommunisten vor diesem Hintergrund entwarfen, lassen sich nur aus dem Kontext der Zeit und nicht vor dem Hintergrund der heutigen diskursiv erlaubten Sprachmodule und einer revolutionäre Agitation per se als skandalös empfindende Grundhaltung verstehen. Denn setzt man sich mit den Intentionen hinter Fischers (neben anderen) platter, historisch teils wirkungsloser, teils folgenschwerer Agitation auseinander, so wird man erkennen, dass auch hier der klassenkämpferisch motivierte Fehlglaube wirkte, man könne antisemitische Ideologie und Ressentiments von den Juden weg auf die Kapitalistenklasse als allgemeineres Angriffsobjekt lenken. Oft wurde so getan, als seien Juden selbst bloß ein Teil der Kapitalistenklasse, wodurch man die proletarische Existenzsituation vieler Juden einfach negierte, oder es wurde das ohnehin vorhandene Bild vom »Juden als Kapitalisten« bestärkt. Diese Strategie stellt jedoch keinen veritabel verblendeten, also wirklich geglaubten Antisemitismus dar, sondern ist eine unterkomplexe Interpretationen des Antisemitismus und somit das verkürzt klassenkämpferische Pendant

100 Nach: Mario Kessler, Ruth Fischer, a. a. O., S. 130.

101 Olaf Kistenmacher, Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik, Bremen 2016, kritisch dazu: Gerhard Hanloser, Sozial.Geschichte Online, zu den Phänomenen des KPD-Antisemitismus treffend: Mario Kessler, Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: UTOPIE kreativ, H. 173 (März 2005), S. 223–232.

102 Dissertation von Alexander Bischkopf, »Aufbruch« zwischen den Fronten? Der »Fall Scheringer« in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential, eingereicht im Geisteswissenschaften Institut der Technischen Universität Berlin zur Erlangung des akademischen Grades, Berlin 2013, unveröffentlicht; S. 196.

Mit CamScanner gescannt

zum bürgerlichen Toleranzverdikt: ein fehlgehender und letztlich historisch hilfloser Anti-Antisemitismus, der die antisemitische Ideologie nicht frontal angreift, sondern noch in der Abwehr besondere Ideologiefermente des Antisemitismus bekräftigt.

Sicherlich: Man findet antisemitische und judenfeindliche Aussagen in dem Zentralorgan der KPD *Rote Fahne*, die sich nach Auschwitz besonders skandalös lesen. Und doch organisierten sich viele Juden wie die bereits erwähnte Ruth Fischer oder ihr ebenfalls weit links in der KPD stehender Genosse Werner Scholem in der kommunistischen Bewegung und führten zuweilen als KPD-Abgeordnete einen mutigen Kampf gegen die von allen möglichen Parteien getragene rassistische und antisemitische Mobilisierung gegen migrierende Ostjuden, wie es der Berliner Historiker Ralf Hoffrogge in seiner Biographie von Werner Scholem eindrucksvoll illustriert.[103] Hoffrogge geht den Reden und Zwischenrufen des KPD-Parlamentariers im Preußischen Landtag nach und legt besonderes Gewicht auf die dokumentierten Parlamentsdebatten über die »Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland« Anfang der 20er Jahre. Scholem verleugnete nie seine jüdische Herkunft, auch wenn er sich zum Atheismus und zum radikalen Säkularismus bekannte. In der Debatte um die Rolle der Ostjuden, die entweder von den konkurrierenden Parteien als nationales »Fremdenproblem« behandelt oder vom völkisch-rechtsradikalen Lager mit offenem Antisemitismus beantwortet wurde, fokussierte er auf den proletarischen Standpunkt und sprach über Arbeitsmigration im Nachkriegseuropa. Scholem weigerte sich, über ein »Judenproblem« oder eine »Rassenfrage« auch nur zu diskutieren, und sprach beständig von einwandernden »ostjüdischen Proletariern«. Die KPD bestand auf einen bedingungslosen Internationalismus und torpedierte alle nationalen Abschottungspläne. Die »Überfremdungsängste«, die bis in die allerdings ebenfalls den Antisemitismus ablehnende SPD reichten, sind den Kommunisten gänzlich fremd. Folgt man Scholems Reden und den hasserfüllten Reaktionen, die er aufseiten der Rechten hervorrief, so wird unmittelbar deutlich, warum die KPD genauso wie die SPD unter Völkischen als »Judenschutztruppe« oder selbst jüdisch durchwirkt und nicht gerade als Partei »linker Antisemiten« galt.[104]

103 Ralf Hoffrogge, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz/München 2014, S. 206–217.

104 Vgl. auch: Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1971. Knütter macht darin auf den interessanten Aspekt aufmerksam, dass sich auch viele kommunistische Juden in der sogenannten Roten Hilfe wiederfanden und sich dort eigenständig organisierten.

Die DDR und der Antisemitismusvorwurf

Die DDR hatte schlechte Startbedingungen. Als selbstständiger Staat konnte sie sich nicht entfalten, war sie doch »Stalins ungebliebtes Kind« (Wilfried Loth) und verblieb bis zur Ära Gorbatschow in Abhängigkeit zur Sowjetunion; als demokratische Gesellschaft blieb sie immer unvollkommen, gingen doch die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der aus dem sowjetischen Exil zurückkehrenden stalinistischen Führung und jene der Mehrheit der in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Bevölkerung stark auseinander, vor allem aber als sozialistisches Experiment war sie zu Beginn mit den Überresten der NS-faschistischen Selbstformierung der Deutschen konfrontiert und hatte am Ende mit dem weitaus stärker prosperierenden und glamouröseren Westen als Konkurrenzmodell zu kämpfen. Aus dem »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawn) geboren und im »Bann der Gewalt« (Enzo Traverso) stehend, waren die Entwicklungsmöglichkeiten dieses realsozialistischen Staates von vornherein durch die post-faschistischen Zustände der deutschen Gesellschaft und durch den sich rapide und zugespitzt im besetzten Deutschland entfaltenden Kalten Krieg limitiert. Eine historische Beurteilung dieses linken Projekts, sofern man der DDR als autoritärer Formation in Abhängigkeit zur spätstalinistischen Sowjetunion eine aufklärerische Zielvorstellung und somit das Etikett »links« zugestehen möchte, müsste diesen schwierigen Startbedingungen zuallererst Rechnung tragen.

Mittlerweile hat es sich eingebürgert, der DDR das rasche Etikett des Antisemitismus aufzukleben,[105] ohne auf die historischen und gesellschaftlichen Kontexte zu reflektieren. Dass in den spontan 1945 sich formierenden Verfolgtenverbänden der sogenannten Ostzone, in denen meistens die Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten führend waren, die Überzeugung vertreten wurde, »daß die rassisch Verfolgten zwar, wie die Vertriebenen, Bombengeschädigten und Kriegswitwen, Opfer des NS-Regimes seien, als passive Opfer jedoch keinen Anspruch auf bevorzugte soziale Fürsorge hätten«,[106] mag von heute aus als moralisches Versagen erscheinen. Denn so wurden zwei Opferkategorien aufgebaut: Kämpfer gegen den Faschismus

105 Dies erfolgt besonders häufig unter Bezugnahme auf das Buch von Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002. Im Kern argumentiert Haury in den diesbezüglichen Kapiteln seiner Arbeit differenzierter als an anderer Stelle, benennt auch eine nichtantisemitische Haltung an der Spitze der SED und sieht die antizionistischen Kampagnen aus dem Geist einer stalinistischen Säuberungslogik resultierend. Unterrezipiert ist dagegen: Anglika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern, Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und dem Staat Israel, Berlin 1997.

106 Olaf Groehler, SED, VVN und Juden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Wolfgang Benz (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 3., Berlin 1994. S. 282–302, hier: S. 282.

Mit CamScanner gescannt

und zweitklassige, wehrlose Opfer. Wer jedoch meint, den Umgang der SED mit der jüdischen Minderheit der klaren Begrifflichkeit des Antisemitismus zuordnen zu können, geht ebenfalls fehl.[107] Vor allem würde sich ein vergleichender Blick auf den Umgang mit Opfern und Tätern in der Westzone und der BRD lohnen.

Antisemitismus in der DDR gab es als tradiertes Vorurteil und ressentimenthafte Ideologie in der Mehrheitsbevölkerung, die jedoch durch »verordneten Antifaschismus« in Schach gehalten wurden. Daneben existierte eine an den Antisemitismus bewusst oder unbewusst anschließende Politik der semantischen und tatsächlichen Negativmarkierung von Dissidenten und »Feinden« als Staatspolitik und nationalistisches Herrschaftsmittel. Thomas Haury kommt zu dem treffenden Urteil:

> Der [stalinistische, G. H.] Antizionismus generell wie auch seine ostdeutsche Ausprägung gingen maßgeblich aus dem kommunistischen Herrschaftssystem selbst hervor, seiner Herrschaftspraxis, seinen Legitimationsproblemen und Legitimationsweisen, das heißt aus Marxismus-Leninismus, kommunistischem Nationalismus und deren Feindkonstruktion.[108]

Die spätstalinistischen »Säuberungen« und die offen antisemitischen Prager Slánský-Prozesse erfuhren auch in der DDR ihren Widerhall. SED-Parteimitglieder jüdischer Herkunft standen unter dem Verdacht des »Kosmopolitismus« und »Zionismus«, unverhohlene Passepartout-Begriffe für antisemitische Vorhaltungen, wonach Juden national unzuverlässige Elemente darstellen würden. So erhielten jüdische SED-Mitglieder in den internen Kaderakten den Eintrag »Jude«. Der Druck auf diese war äußerst stark. Der jüdische Kommunist Georg Krausz sollte beispielsweise über die Prozesse im Parteiorgan *Neues Deutschland* berichten. Krausz war an der Räterevolution in Ungarn beteiligt, wurde als Vertreter der kommunistischen Jugend der KP Tschechoslowakei festgenommen, nach Österreich überstellt und in Wien in politische Haft genommen. Nach Berlin umgezogen und als Mitglied der KPD wurde er 1922 Journalist der *Roten Fahne*. Er war von 1929 bis 1933 Mitarbeiter von verschiedenen kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften. Wegen antifaschistischer Widerstandstätigkeit kam er als »politischer Jude« ins KZ Buchenwald. Der ehemalige Buchenwaldhäftling wurde nach der Befreiung 1945 durch einen NKWD-Offizier festgenommen, durch sowjetische Offiziere verhört und der amerikanischen Spionage verdächtigt. Im November und Dezember 1952 wurde ihm die Möglichkeit eingeräumt, vom Slánský-Prozess zu berichten. In seinem Artikel »Die zionistische Agentur des USA-Imperialismus« finden sich alle Stereotypen des marxistisch-leninistischen »Antizionismus«, denen zufolge »die Zionisten« sich nicht mit

107 Ebenda, S. 300.
108 Haury, Antisemitismus von links, a. a. O., S. 465.

dem »tschechoslowakischen Volk« verbunden hätten, »sondern ihrer jüdisch-nationalistischen Gesinnung und ihrer bürgerlichen Abstammung entsprechend« würden sie sich »mit der Kapitalistenklasse, insbesondere mit den Kapitalisten jüdischer Abstammung, die ebensolche Feinde der volksdemokratischen Republik sind wie alle anderen Kapitalisten«, verbunden fühlen.[109] Gegen Ende des Artikels nimmt sich Krausz viel Raum, um zu betonen, dass »die Entlarvung und Unschädlichmachung zionistischer Agenturen des amerikanischen Imperialismus mit antisemitischen Gedankengängen nicht das mindeste zu tun« habe, und er zitiert Friedrich Engels, Lenin und dem damaligen Kanon des Marxismus-Leninismus entsprechend auch Stalin aus dem Jahr 1931, um zu verdeutlichen, dass die Kommunisten »überzeugte und unversöhnliche Feinde des Antisemitismus« seien. Der letzte Satz des Artikels lautet: »Nach den Gesetzen der Sowjetunion steht streitbarer Antisemitismus unter Todesstrafe.«[110] Damit hatte sich Krausz selbst an der Camouflage des »Antizionismus«, der nichts weiter als nationalistisch-antisemitischer Kampagnen-Antisemitismus war, beteiligt,[111] allerdings vor dem Hintergrund eigener Bedrohung. Als kommunistischem Juden, der den Weg der Anpassung an den realen Sozialismus wählte, dem die Logik der nazistischen Verfolgung wie des damit verbundenen Antisemitismus bekannt war, war ihm die Möglichkeit, im Massenorgan der SED eben diesen Antisemitismus mit den kommunistischen Klassikern zurückzuweisen, mit Sicherheit ein wichtiges Anliegen. Andere verließen in dieser Situation die DDR. Ein Gutteil der antijüdischen Anfeindungen ist für die Auswanderung von Juden aus der DDR verantwortlich. So ging auch die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden bis 1989 sukzessive und sogar in dramatischen Sprüngen zurück.[112]

Tragisch sind die Schicksale überzeugter jüdisch-kommunistischer Remigranten zu nennen, wer sich hier ein Bild machen möchte, sei auf die Literatur von Barbara Honigmann verwiesen. Einen erhellenden kurzen Beitrag hat auch Anetta Kahane über ihren Vater Max verfasst, der sich in der sozialistischen Aufbauarbeit in der DDR engagierte – voller Treue zur Partei,

109 Georg Krausz, Die zionistische Agentur des USA-Imperialismus, in: Neues Deutschland Nr. 285 vom 6.12.1952, S. 2, zum Kontext vgl.: Thomas Haury, Antisemitismus von links, a. a. O., S. 438–455.

110 Ebenda.

111 Dafür griff er auch zum Mittel der Denunziation, vgl.: Paul Merkers Brief an Wilhelm Pieck vom 30. November 1952, in dem er sich über »Verleugnungen« des »Genossen Georg Krausz« empört, wonach dieser mit Slánský eine direkte Verbindung habe, nach: Mario Kessler, Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien, herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 6, S. 156).

112 Vgl.: Das Material in: Andreas H. Apelt und Maria Hufenreuter (Hg.), Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle (Saale) 2016.

Mit CamScanner gescannt

aber auch unter Wahrung des Tabus, in der DDR die Juden als besondere Opfergruppe des eliminatorisch-antisemitischen Nationalsozialismus nicht hervorzuheben. Die der DDR verbundenen Juden wie Kahanes Vater konnten dank einer einfachen marxorthodoxen Erklärung des deutschen Faschismus und seines Antisemitismus aus Klassenlagen und Imperialismus und der Zuweisung dieser Ideologie und Praxis zum Kapitalismus »in das neue Deutschland« zurückkehren, »doch die Wut und die Angst vor den alten Tätern teilten sie mit allen Opfern«.[113]

Nun müssen vor diesem Hintergrund die propagierten »antifaschistischen und humanistischen Ideale« der DDR sicherlich eine starke Relativierung erfahren, hat doch die rituelle Betonung des antifaschistischen Widerstandskampfes im offiziellen DDR-Geschichtsbild alle anderen Dimensionen des Faschismus einschließlich des nazistischen antisemitischen Vernichtungseifers und der defizitären Auseinandersetzung mit den Wurzeln der Massenloyalität der Bevölkerung gegenüber den Nazis im »Dritten Reich« überwölbt und nachgeordnet.[114] Bereits 1992 hatte in der Zeitschrift *konkret* der ehemalige Professor für Neue Deutsche Geschichte an der Ostberliner Akademie der Wissenschaften Olaf Groehler »Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge« der SED-Führung in Bezug auf Judentum, Juden und das Gedenken an die besondere Verfolgungs- und Vernichtungspraxis des NS konstatiert und damit eine kleine Kontroverse in der Linken ausgelöst.[115]

Abgesehen von diesen frühen und kundigen Kritiken der DDR existieren auch weniger überzeugende, zeitgenössische mediale und wissenschaftliche Anstrengungen, den »Antisemitismus in der DDR« als negatives Charakteristikum herauszuschälen. Diese neue DDR-Kritik bekämpft nicht nur den DDR-Antifaschismus als »Antifaschismus ohne Juden«, sie kritisiert eine »universalisierende Faschismus-Kritik der DDR-Führung« und sieht eine solche selbst noch in der linken DDR-Opposition walten.[116] Friktionen, Brüche, Tabuisierungen und Enttabuisierungen, gar die im Kalten Krieg er-

113 Anetta Kahane, Wirkung eines Tabus: Juden und Antisemitismus in der DDR, in: Enrico Heitzer, Martin Jander, Anetta Kahane, Patrice G. Poutrus (Hg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt am Main 2018, S. 39–47, hier: S. 43.

114 Elemente dieser Kritik finden sich in dem Sammelband: Werner Benz (Hg.), Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, Berlin 2018.

115 Olaf Groehler, »Aber sie haben nicht gekämpft!«, in: konkret 5/1992, S. 38; mit wenig tragfähigen Argumenten antworteten die beiden DDR-Historiker Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler, die in ihren Texten einen Antisemitismus in der DDR schlichtweg bestreiten.

116 Vgl.: Martin Jander, Antifaschismus ohne Juden. Der Kollaps der DDR und die linke DDR-Opposition, in: Heitzer, Jander, Kahane et al., Nach Auschwitz, a. a. O., S. 206–219, hier: S. 211.

folgte Wiedereinsetzung von Nazis in entscheidenden Machtpositionen der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft dürften hier ebenso wenig ins Bewusstsein treten wie die erst in harten Kämpfen erfolgte Erinnerung an die NS-Verbrechen und die Würdigung der Opfer im westlichen Deutschland (Holocaust-Sendung, Auschwitz-Prozesse, Fritz Bauers Bemühen, die Täter vor Gericht zu ziehen, die Konfrontation mit andauernden Kontinuitäten in Justiz und Polizei in den 60er Jahren).

Fluchtpunkt dieser neuesten Geschichtsschreibung ist die Delegitimierung der DDR und sogar der DDR-Opposition, die noch 1989/1990 im Umbruch und Aufbruch auf eine Eigenstaatlichkeit setzte. Überhaupt einen anderen Weg anzustreben als den Weg nach Westen in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, erscheint bereits als Skandal. So zeichnet beispielsweise der Historiker Martin Jander ein geschichtsfernes und idealistisch-naives Bild einer Bundesrepublik, die den Nationalsozialismus »durch den Aufbau demokratischer Institutionen und die Verbreitung einer demokratischen Werteüberzeugung ›internalisiert‹« habe, damit dieser angeblich von Anfang an »als negativer Vergleichsmaßstab für die demokratische Ordnung« gedient habe.[117] Demgegenüber habe die DDR inklusive der sie reformieren wollenden Opposition bis zum Ende der DDR den Nationalsozialismus »unter den Kategorien ›Faschismus‹ und ›Kapitalismus‹ […] den kapitalistischen, westlichen Gesellschaften sowie Israel und ihren Ideologien zugerechnet«.[118] Selbst Robert Havemann und Wolf Biermann werden mit ihren linken Ideen vor diese Kulisse geschoben: »Solidarität mit Juden in der DDR, mit Israel, mit Überlebenden des Holocaust in anderen Ländern spielte für sie [gemeint sind die prominenten Oppositionellen, G. H.] kaum eine Rolle.«[119] Besonders an Havemann kritisiert Jander, dass für ihn die DDR einen entscheidenden Fortschritt in der deutschen Geschichte darstelle und er mit diesem östlich-sozialistischen Teil Deutschlands und den darin propagierten humanistisch, antifaschistisch, sozialistischen Ideen die Hoffnung verbunden habe, Kapitalismus und Faschismus zu überwinden. Dass Havemann in Jad Vaschem als »Gerechter unter den Völkern« geehrt wird und sehr wohl mutigen Einsatz für Juden im Nationalsozialismus zeigte, muss Jander dabei genauso verschämt in eine Fußnote abschieben wie die Bemerkung, dass im Februar 1990 der amtierende DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in einem Brief an die israelische Regierung die Verantwortung aller Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus anerkannte.[120] Selbst DDR-BürgerrechtlerInnen hält der Publizist vor, dass in ihren Gründungstexten kein Bezug genommen werde auf »Nationalsozialismus, Antisemitismus, Juden und Is-

117 Jander, ebenda, S. 206.
118 Ebenda, S. 207.
119 Ebenda, S. 211.
120 Vgl.: S. 211, Fußnote 8; S. 208, Fußnote 2.

Mit CamScanner gescannt

rael«. Allein diese begriffliche Reihung ist merkwürdig. Sie sind wohl bloße Chiffren des Autors, dem diese undifferenzierte Begriffsansammlung als ein Stöckchen gilt, über das alle auf ihrem Weg in den bundesrepublikanischen Westen zu springen haben, um »Re-demokratisierung und Re-zivilisierung, die im Westen der vereinigten Bundesrepublik unter wesentlicher Hilfe der westlichen Alliierten und insbesondere der USA initiiert wurden«,[121] endlich auch nach 1989 erfahren zu können.

Das Mantra über das angebliche Beschweigen des Holocaust in der DDR scheint einer wohlfeilen Siegergeschichtsschreibung zu gehorchen. Und es lebt vom Verschweigen. Wer erinnert sich schon, dass beispielsweise das anspruchsvolle und anfänglich redaktionell von Hilde Eisler betreute DDR-Unterhaltungsmagazin *Das Magazin* einige jüdische Themen behandelte, sogar anlässlich des 750-jährigen Berlin-Geburtstags eine Reihe über wichtige Berliner Juden und Jüdinnen präsentierte?[122] Dass die Gewissheiten über eine vergangenheitsverdrängende oder gar antisemitisch durchdrungene DDR sich an so vielen lebensweltlichen Erfahrungen bricht, macht diese kurze Erinnerung deutlich, die der DDR-Oppositionelle Thomas Klein notierte:

> Doch was ich über den nazistischen Massenmord an den europäischen Juden weiß, habe ich in der DDR gelernt – lange bevor die »Holocaust«-Serie die Bundesbürger aus dem Schlaf der Verdrängung riss. Für das Massenpublikum waren da in der DDR Filme, wie »Professor Mamlock«, »Sterne«, »Jakob der Lügner«, »Der Aufenthalt«, »Planke«, »Die Schauspielerin« und andere mehr – schon als Jugendlicher habe ich derartiges gesehen. Wer damals in der DDR den Fernseh-Vierteiler »Die Bilder des Zeugen Schattmann« von 1972 nach dem Roman von Peter Edel gesehen hat, wer die szenische Lesung von Peter Weiss' »Die Ermittlung« im DDR-Fernsehen sah, wer Hochhuths »Stellvertreter« im Theater geboten bekam und anderes mehr, war über dieses Thema besser informiert, als der gemeine Bundesbürger. Gerade der »Schattmann-Film« wäre geeignet, an der »Shoa-Marginalisierungs-Legende in der DDR« zweifeln zu lassen. Die Nachordnung des Holocaust ggü. dem antifaschistischen Widerstand insbesondere der Kommunisten in der DDR-Geschichtspolitik steht natürlich außer Zweifel. Der Schattmann-Film ist völlig aus dem Blickfeld verschwunden. Vielleicht ist auch die Erwähnung des Falls Globke im Schattmann-Film der Grund dafür, dass er heute im öffentlich-rechtlichen Fernsehen (soweit ich weiß) nicht ausgestrahlt wird – obwohl der MDR andererseits jeden Scheiß DFF-Propagandafilm wiederaufführt. Als DVD ist der Schattmann-Film erhältlich – nur eben nicht im Publikumsfernsehen. Das würde übri-

121 Ebenda, S. 219.

122 Vgl.: Manfred Gebhardt, Jüdisches Leben, jüdische Freunde, in: ders. Die Nackte unterm Ladentisch. Das Magazin in der DDR, Berlin 2002, S. 143–147.

gens dazu passen, dass es eine veritable zeitgenössische Zensur gewisser DDR-Produktionen im ör-Fernsehen gibt: Etwa Frank Beyers »Rottenknechte« und »Gewissen in Aufruhr« (kastriert um jeweils zwei Teile). Und jenseits des Massenpublikums waren da insbesondere die Forschungen von Kurt Pätzold zum NS – darunter seine 1975 erschienenen Habilitation »Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung«, die Dokumentation »Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung« oder die Bände »Pogromnacht 1938« sowie »Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942« – das hat mein Wissen als junger »Erwachsener« bereichert. […] Ich ziehe den »verordneten Antifaschismus« in der DDR immer noch dem »verordneten Antikommunismus« im Westen vor, der dort eigentlich gar nicht verordnet werden musste, sondern an eine Tradition anknüpfte und in dessen Dienst heute das Ideologem vom »Antisemitismus in der DDR« gestellt wird.[123]

Diese kämpferischen Auslassungen eines DDR-Oppositionellen, dem sicherlich kein Interesse an einem geschönten Blick auf die DDR-Gesellschaft unterstellt werden kann,[124] entsprechen durchaus den bereits 1989 in der pädagogischen Fachliteratur konstatierten Befunden, wonach die Erinnerung an »Auschwitz« einen nennenswerten Bestandteil der Friedenserziehung in der DDR einnahm.[125] Im letzten Jahr ihres Bestehens formulierte die DDR-Pädagogin Christa Uhlig, dass es »zu einer guten Tradition geworden« sei, »daß Schüler der achten Klasse, in Vorbereitung auf ihre Aufnahme in den Kreis der Erwachsenen durch die Jugendweihe, ehemalige Konzentrationslager auf dem Territorium der DDR besuchen, Buchenwald, Ravensbrück, Sachsenhausen …« Sie verband dies mit der Feststellung: »Die Auschwitzlüge hat in der DDR keine Chance.«[126] Zur Erinnerungskultur in der DDR bemerkte der Autor Eugen Ruge:

> Tatsächlich kam in der DDR kein »Holocaust« vor, denn dieser Begriff wurde hier erst mit dem gleichnamigen amerikanischen Film bekannt; in der DDR hieß der Begriff »Völkermord« – und war insofern um einiges konkreter. Mir ist aus den westlichen Medien gut in Erinnerung,

123 E-Mail von Thomas Klein an den Autoren vom 25.1.2019, ähnlich argumentiert auch Daniela Dahn in: Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung, Hamburg 2019.

124 Vgl. z.B.: Thomas Klein, Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung, in: telegraph. Sondernummer Herbst '89 Nr. 135/136 2019/2020, S. 55–106.

125 Christa Uhlig, Auschwitz als Element der Friedenserziehung in der DDR, in: Hanns-Fred Rathenow/Norbert H. Weber (Hg.), Erziehung nach Auschwitz, Pfaffenweiler 1989, S. 89–97.

126 Ebenda, S. 90 f. Interessanterweise fehlt dieser Aufsatz »aufgrund der historischen Entwicklung in der DDR«, wie vermerkt wurde, in dem Sonderdruck der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin von 1990.

Mit CamScanner gescannt

welches Entsetzen und Erstaunen der Film in der BRD auslöste. Insofern wäre zu fragen, was dort, in der BRD, eigentlich an Auseinandersetzung mit dem Thema bis 1979 stattfand. Das will ich hier aber nicht beurteilen.[127]

Zumindest ist die Bilanz der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf antifaschistische Erziehung nicht ohne die kämpferische Position einzelner wie Fritz Bauer oder der Außerparlamentarischen Linken (APO) zu würdigen, die »Bewältigung« des Nationalsozialismus kam hier auch lange Jahrzehnte ohne angemessene Erinnerung an Auschwitz aus.[128] Die zeitgenössischen historischen Untersuchungen zum Antisemitismus, die DDR-Historiker leisteten, blieben dabei kaum hinter denjenigen der bundesrepublikanischen FachkollegInnen zurück, auch wenn sie natürlich in ideologischer Terminologie verfasst sind und die kommunistische Bewegung von jedem antisemitischen Makel befreien wollen.[129] Allerdings stagnierte aufgrund der ideologischen Überdeterminierung die wissenschaftliche Forschung in der DDR, die sich in Bezug auf den Nationalsozialismus einer einfachen antimonopolistischen Agententheorie verschrieben hat. Dies war auch mit dem Selbstbild der DDR, die als Gesellschaft mit sozialistischer Aufbauarbeit und Friedenssicherung den Faschismus überwunden zu haben glaubte, verknüpft. In der Jugend- und Sozialarbeit, als pädagogische Aufgabe und für die Justiz konnte es demnach nicht geben, was es nicht geben durfte: anhaltenden Antisemitismus und Neofaschismus. Erst jüngst machte der ehemalige DDR-Anwalt Gregor Gysi darauf aufmerksam, dass Hakenkreuz-Schmierereien und aktenkundige offen antisemitische Äußerungen von Mitgliedern der SED-Jugendorganisation FDJ bewusst nur milde bestraft wurden:

> Die DDR wollte diese Dinge strafrechtlich nicht verfolgen, denn dann hätte man einräumen müssen, dass es auch hier eine Neonazi-Szene und Antisemitismus gibt.[130]

Die wohl stärkste und deutlichste aktuelle Anklage eines DDR-Antisemitismus erfolgt durch den US-amerikanischen Historiker Jeffrey Herf, der das Agieren der DDR, die Unterstützung der PLO und arabischer Staaten im Nahostkonflikt, nicht etwa auf die Logik des Kalten Krieges mit seiner Blockbildung und seinen Stellvertreterkriegen und -konflikten zurückführt, sondern

127 Eugen Ruge, Erinnerungskultur in der DDR. Völkermord statt Holocaust. Interview in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 22. 11. 2018.

128 Vgl.: Brigitte Reich/Wolfgang Stammwitz, Antifaschistische Erziehung in der Bundesrepublik? Von den Schwierigkeiten einer pädagogischen ›Bewältigung‹ des Nationalsozialismus, in: Rathenow/Weber, Erziehung nach Auschwitz, a. a. O., S. 98–108.

129 Vgl. z. B.: Walter Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Ost-Berlin 1972.

130 Johanna Christner, Gregor Gysi und die DDR: Statt »Juden« sagten sie »Zionisten«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 12. 2019, online: https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/gregor-gysi-ueber-juedisches-leben-in-der-ddr-16517541.html.

auf einen fortgesetzten deutschen Vernichtungswunsch gegenüber Juden. So zeigt er, dass die DDR bis 1989 eine Vielzahl von Waffensystemen an die arabischen Staaten und die bewaffneten palästinensischen Organisationen lieferten. Nach der Shoah, so der Impetus des Buches, war erneut ein deutscher Staat an einem Krieg gegen Jüdinnen und Juden beteiligt, der sich gezielt auch gegen jüdische ZivilistInnen inner- und außerhalb Israels richtete. Zwar war die DDR-Führung nicht direkt an der Planung und Ausführung von terroristischen Mordaktionen beteiligt, doch sie war darüber bestens informiert, nahm diese in Kauf und deckte sie sogar aktiv. Dies mag zutreffen. Doch zeigt es auch eine antisemitische Motivlage? Herfs Darstellung determiniert die von ihm konstatierte »antizionistische Allianz« von PLO, DDR und radikaler westdeutscher Linken als begriffliche Rehabilitation des »Totalitarismus«-Verdikts.[131] Bereits in seinem Vorwort wirft er die Frage auf, ob »das ostdeutsche Regime womöglich die zweite antisemitische Diktatur des 20. Jahrhunderts war«.[132] Der Historiker Alexander Sedlmayer macht in einer Rezension des erstmalig 2016 erschienenen Buches darauf aufmerksam, dass aus der DDR stammende Waffenlieferungen an arabische Staaten oder Palästinenser während des Kalten Krieges nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtlieferungen darstellten und sich Herf nicht darum bemühe, diese Zahlen zu kontextualisieren und mit anderen, zeitgleich erfolgten Waffenlieferungen aus Israel, den Vereinigten Staaten oder Westdeutschland zu vergleichen. Herfs Standpunkt sei ein moralisierender: Deutsche – in Form der DDR und der radikalen Linken Westdeutschlands – positionierten sich gegen Israel im Bestreben, den jüdischen Staat auszurotten. Überlegungen zur Motivlage der Solidarität mit der Dritten Welt und zum Kampf der Palästinenser als einer von vielen Stellvertreterkämpfen in der Logik des Kalten Krieges werden eingeebnet zugunsten des scheinbar alles erklärenden Hinweises auf den Antisemitismus der deutschen Linken und einen antiwestlichen Totalitarismus, der die antizionistische neue Linke wie die DDR gleichermaßen geprägt habe, wobei auch hier Differenzen verwischt werden.[133] Mit Angelika Timm lässt ebenfalls sich einwenden, dass im April 1970 das SED-Politbüro für die Entwicklung der Beziehungen zur PLO festhielt, dass »nationalistische Konzeptionen der pa-

131 Jeffry Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, Göttingen 2019, zum »Totalitarismus«: S. 486. In Rezensionen großer deutscher Tageszeitungen wurde Herfs rhetorische Frage, ob die DDR als »zweite antisemitische Diktatur« zu bezeichnen ist, allerdings nicht weiter hinterfragt, vgl.: Ludger Heid, Arafats Komplizen. Jeffrey Herf erklärt die antizionistische und antisemitische Agitation der DDR und BRD-Linker, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. 11. 2019; oder: Rainer Hermann, Besorgniserregendes Kapitel deutscher Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 10. 2019.

132 Ebenda, S. 24.

133 Alexander Sedlmayer, Bookreview in: Journal of Modern History 90,1 (2018), S. 236–238.

Mit CamScanner gescannt

lästinensischen Widerstandsorganisationen, die eine Liquidierung des Staates Israel beinhalten«, nicht unterstützt würden. Timm weiter:

> Interne Informationen über Gespräche mit Arafat aus den Jahren 1974 und 1975 belegen Versuche der SED, die PLO-Führung in genannter Richtung zu beeinflussen.[134]

Bereits 1992 hatte auch Groehler in *konkret* weit nüchterner als Jeffry Herf das Verhältnis der DDR zu Israel auf den Punkt gebracht:

> Zwar hat die DDR in ihrer Außenpolitik das Existenzrecht Israels auch gegen das Ansinnen arabischer Staaten, die immerhin mit einer frühzeitigen Anerkennung der DDR lockten, bejaht, doch mit den Waffenlieferungen für arabische Staaten seit Mitte der sechziger Jahre und den 1969 mit der PLO geschlossenen Abkommen über auch waffentechnische Lieferungen stellte die Außenpolitik der DDR letztendlich doch das Existenzrecht Israels wieder in Frage.[135]

Viel schwerer als diese in erster Linie vor dem Hintergrund des Kalten Krieges angemessen zu würdigende feindselige Position der DDR zu Israel wiegt in Hinblick auf den Antisemitismus die Frage, inwieweit auch in der DDR eine Ideologie und ein semantisches Freund-Feind-Denken wirkte, in dem vor dem Hintergrund der postfaschistischen deutschen Vergangenheit »Feinde des Volkes« konstruiert wurden. Mit einem ideologisierten und propagandistischen »Ticket-Denken« (Adorno/Horkheimer), in dem wahllos im verborgenen wirkende Feinde des Fortschritts, Friedens und des Volkes beschworen wurden, die noch dazu als national fremd und mit ausländischen Mächten in Verbindung stehend imaginiert wurden, walteten ideologische Staatsapparate der DDR willentlich oder unwissend mit an einer Konservierung und Aktivierung tragender autoritärer Denkmuster, die bereits in der NS-Zeit eingeübt worden waren. Diese mit leninistischer Klassenkampfrhetorik hantierenden Verschwörungstheorien stellten teilweise offen-aggressiv eine antisemitische Umwegkommunikation dar, wenn gegen vermeintliche »Zionisten« Front gemacht wurde und diese als anational und mit dem ausländischen Kapital in Verbindung stehend ausgemacht wurden. Sie konnten aber auch bloß im Andeutungsbereich verbleiben und suggestiv lanciert werden, beispielsweise wenn anlässlich der Aberkennung der Staatsbürgerschaft Wolf Biermanns im Neuen Deutschland vom 17. November 1976 erklärt wurde, sein persönliches Eigentum werde ihm, »soweit es sich in der DDR befindet«, zugestellt. In dieser kurzen Paraphrase konnte jenseits des juristischen Gehalts der Wendung bei den LeserInnen ein ganzer Assoziationsraum von »Eigentum«, »Ausland«, »Verletzung staatsbürgerlicher Pflichten« eröffnet werden, der den Verstoßenen einem Gegen-Wir zuordnet. Am Ende wird man wohl nicht umhinkommen festzustellen, dass es der DDR trotz aller nach wie vor

134 Angelika Timm, Hammer, a. a. O., S. 277 f.

135 Olaf Groehler, »Juden erkennen wir nicht an«, in: konkret Nr. 3/1993, S. 50.

zu würdigenden Anstrengungen ebenso wenig wie »der organisierten Arbeiterbewegung« gelang, den »aus vielen Quellen gespeisten, ›volkstümelnden‹ Antisemitismus, mochte er aus religiösen Vorurteilen, aus dumpfem Antikapitalismus, aus sozialer Fremdheit, aus Distanz zur Intellektualität und Weltoffenheit vieler Juden herrühren, restlos abzustreifen«.[136]

Die Neue Linke, Israel und der antiimperialistische Antizionismus

Als Neue Linke der 60er und 70er Jahre begegnet uns eine antistalinistische und außerparlamentarische Linke, die sich antikolonial positionierte und ihr antiimperialistisches Schema des Vietnamkrieges auf den Israel-Palästina-Konflikt übertrug.

Zeithistorisch wie quellenkritisch jegliche unbeleckte und desinteressierte wissenschaftliche Redlichkeit vermissen lassende Bemerkungen über den internationalistisch und weltrevolutionär motivierten Antizionismus, der lediglich Antisemitismus darstelle, gibt es in Dutzendware. Sie kommt aus dem Hause Springer: »Antizionismus in diesem Lande ist gleich Antisemitismus« (Die Welt, 12. 11. 1969), allerdings auch aus der Feder Jean Amerys, wonach der linke Antizionismus bloß eine Form des »ehrbaren Antisemitismus« darstelle, in dem die Barrikade sich mit dem Spießer-Stammtisch gegen den Staat der Juden verbünde.[137]

Noch heute findet das alte Urteil seine Bestätigung, wiederum aus dem Verlagshaus Springer:

> Der Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 endete nicht nur mit dem Sieg Israels, sondern mit der Niederlage der sowjetischen Waffen. Danach begann die Sowjetunion einen beispiellosen Propagandakrieg gegen Israel und im eigenen Land eine massive antisemitische Kampagne. Diese Propaganda wurde von den damaligen kommunistischen Parteien in Westdeutschland wie der DKP oder KPD zuerst in die Universitäten getragen, dann im gesamten linken Spektrum verbreitet. Noch heute propagiert die Linke verzerrte Narrative über den Nahostkonflikt und scheut – zu einem Teil – nicht einmal die Nähe zu islamistischen Terrororganisationen wie der palästinensischen Hamas.[138]

Dieser Vorwurf der »Nähe zu islamistischen Terrororganisationen« wird immer noch in unterschiedlicher Weise und in verschiedenen Spektren des politischen Milieus – vornehmlich jedoch von rechts – wiederholt. So erklärt das ehemalige Mitglied des maoistisch inspirierten Kommunistischen Bundes,

136 Ebenda.

137 Jean Amery, Der ehrbare Antisemitismus, in: Die Zeit Nr. 30 vom 25. 7. 1969.

138 Abschnitt unter der Unterüberschrift »Linke Propaganda«: Analyse zur Schock-Studie der EU: Woher kommt das antisemitische Virus? Melody Sucharewicz, in: Bild-Zeitung vom 15. 12. 2018, online: https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/analyse-zur-eu-studie-woher-kommt-das-antisemitische-virus-58982784.bild.html.

Mit CamScanner gescannt

der dann nach der Wiedervereinigung zu einem meinungsstarken Vertreter der »antideutschen« Linken wurde, die in *Bahamas* und *Jungle World* publiziert, Uli Krug:

> Die Avantgarden des Marxismus-Leninismus, von RAF bis KBW, deren gemeinsame Losung »Dem Volke dienen« lautete, hatten mit ihren schrillen Tönen vorgepfiffen, während die DKP, damals eine Partei mit an die 50.000 Mitgliedern, die dumpferen Töne aus der DDR echote, in der der Ministerrat am 7. Oktober 1973 verlautbart hatte: »Israel und diejenigen imperialistischen Kräfte, die es seit Jahren in seiner Aggressionspolitik unterstützen, tragen die volle Verantwortung für die gegenwärtige gefährliche Lage und alle sich daraus ergebenden Folgen.«[139]

Dies also sei die Haltung des linken Milieus bis in die SPD-nahen Jugendorganisationen gewesen. Der *Campus*-Autor Dietrich Schwanitz meint in

ähnlicher Absicht das Verhältnis der Linken zu Antisemitismus und Israel folgendermaßen auf den Punkt bringen zu können:

> Die kulturkritische Identifikation der heillosen Moderne und des westlichen Materialismus mit dem Geist des Geldes und den Zerstörern aller traditionellen Bindungen, den Juden, fand eine neue Entsprechung in linken Konspirationstheorien über Israel als dem Flugzeugträger des US-Imperialismus und die Weltverschwörung zwischen Wall-Street-Plutokraten, Ölindustrie und Zionismus.[140]

Die deutsche Linke habe sich zuletzt 1991 anlässlich des Irakkrieges mit »arabischem Heldentum und arabischer Opferbereitschaft« identifiziert und »all diese Motive nicht als faschistoid erkannt, sondern [sei] ihrerseits halb bewußt, halb unbewußt« darauf angesprungen, was Schwanitz zu dem Urteil kommen lässt: »In ihr hat die Mentalität, die den deutschen Faschismus trug, zum Teil überlebt.« Die Linke sei nun das Problem, denn »aus rechtem Antisemitismus wurde linker Antizionismus, und aus der anti-materialistischen Kulturkritik der Rechten wurde anti-kapitalistischer Anti-Amerikanismus der Linken.«[141]

Im Grunde sind es mittlerweile vorrangig Positionen innerhalb der Linken zum Nahost-Konflikt, die von den »Linken-Antisemitismus«-Kritikern als »antisemitisch« skandalisiert werden. Sie sprechen von einem »antizionistischen Antisemitismus« oder von einem »antizionistisch ausgerichteten Antisemitismus«, der innerhalb der Linken grassiere.

139 Uli Krug, Störfaktor Israel, Im Jom-Kippur-Krieg zeigte sich, dass die Reeducation der Deutschen gescheitert war, Bahamas Nr. 80, 2018, online: http://redaktion-bahamas.org/artikel/2018/80-stoerfaktor-israel/.

140 Dietrich Schwanitz, Das Shylock-Syndrom, oder: Die Dramaturgie der Barbarei, München/Zürich 1998, S. 362 f.

141 Ebenda, S. 364.

Neben Polemiken gibt es aber auch ernstzunehmende Kritik. Immer wieder wurde auf den Sachverhalt hingewiesen, dass die Linke weltweit den nationalen Befreiungskampf von mancherlei »Völkern« unterstützte, jedoch eine erschreckend ignorante Beharrlichkeit zeige, auch den Juden eine nationale Heimstädte zuzugestehen. Michael Walzer versuchte in einem Gespräch dieses Phänomen zu erklären:

> Die Juden waren ausersehen, die linke Position in ihrer reinsten Form zu realisieren; im Namen des Prinzips wurden wir angehalten, sämtliche Nachteile der Staatenlosigkeit zu ertragen. Alle anderen aber wurden entschuldigt, allen anderen wird zugestanden, Staatlichkeit anzustreben und sich dafür zu engagieren. Ich weiß nicht, ob das Antisemitismus ist, es mag sich auch um eine merkwürdige Form von Philosemitismus handeln – als ob die Juden eine höhere, universelle Moralität repräsentieren würden. In jedem Fall läuft da irgend etwas schrecklich falsch.[142]

Eine Inflationierung von absolut unzutreffenden Faschismus- und NS-Begriffen (»Völkermord«) ist sicherlich dem agitatorischen Überschwang der Neuen Linken geschuldet gewesen. Ob Antisemitismus als Motiv solcher fehlgehenden Aussagen von Linken zu diagnostizieren ist, müsste allerdings erst bewiesen und analysiert werden. Erst wenn in den NS- und Faschismusvergleichen eine klare Schuldabwehrstrategie – im Rahmen eines sekundären Antisemitismus – erkennbar ist, die Israelis als »neue Nazis« konstruiert werden, um die deutsche Schuld zu schmälern, wenn relativierende Absichten vorliegen, kann auch von einem Schuldabwehr-Antisemitismus ausgegangen werden.

> Hier muss man den Sprecher, den Kontext und den Subtext kennen, um zu wissen, ob die Äußerung antisemitisch ist oder nicht. Sichere Methode und Fingerspitzengefühl sind unbedingt erforderlich.[143]

Eine Untersuchung, die ein solches Fingerspitzengefühl noch besitzt, stellt das 1990 erschienene Standardwerk *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses* dar, das als Band 20 in der Schriftenreihe des *Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V.* erschienen ist.[144] In dieser Schrift kommt der Autor Martin Kloke zu der Aussage:

> Unsere Untersuchung hat den hohen Stellenwert internationalistischer Motive für den Antizionismus neulinker Segmente herausgestellt, deren subjektive Lauterkeit hier nicht in Abrede gestellt werden soll […][145]

142 Michael Walzer, Über linke Israel-Kritik. Ein Gespräch, in: Rabinovici, Speck, Szaider, a. a. O., S. 52–59, hier: S. 53.

143 Moshe Zimmermann, Im Arsenal des Antisemitismus, in: Rabinovici, Speck, Szaider, a. a. O.,S. 294–309, hier: S. 305.

144 Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main 1990 (2. erweiterte Auflage: 1994).

145 Ebenda, S. 182.

Mit CamScanner gescannt

Das Buch bietet bis heute eine gute und empirisch gehaltvolle Zusammenstellung des im Titel erwähnten schwierigen Verhältnisses. Es zeichnet die antisemitischen Entgleisungen nach, die Spezifika maoistischer Gruppen, bei denen sich antiisraelische und antisowjetischen Schmähungen gegenseitig überboten. Kritisch könnte man vermerken, dass die Schrift an einigen Stellen dazu tendiert, einer spät-grünen Realpolitik das Wort zu reden und damit dem Wissenschaftsbetrieb der Zeit entsprechend den revolutionär sich positionierenden Gruppen der Nach-68er-Zeit wenig Verständnis entgegenbringt. Besonders die neueren Ausführungen des 1959 geborenen Politikwissenschaftlers würden einen um Hermeneutik bemühten Zeitgenossen zwingen, Klokes Positionen selbst einer ideologiekritischen Untersuchung zu unterziehen, kommt doch in Invektiven wie den hier folgenden ein handfestes Anti-68er-Ressentiment zum Ausdruck, das in seiner Dissertation noch angenehm abwesend ist: So schmäht er »die verkopften SDS-›Außenpolitiker‹ mit ihren agitatorischen Sandkastenspielen«, die »seit den späten 60er Jahren ihrem antizionistisch verbrämten Judenhass freien Lauf ließen« und lediglich »wohlfeilen antiimperialistischen Erklärungsmustern« verfallen gewesen seien. Für Kloke »vertrat der SDS bis zu seiner Selbstauflösung im Jahre 1970 eine Politik der revolutionären Unschuld, in der unter antizionistischen Vorzeichen auch Fragmente eines linken Antisemitismus virulent wurden«.[146]

In einigen sozialwissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten wird – neben dem bekannten Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus in West-Berlin im November 1969 durch eine linksradikale Gruppe, dem Akt der Luftpiraterie nach Entebbe 1976 durch die Revolutionären Zellen (RZ), den Israel-Boykott-Parolen an den Häusern der Hafenstraße 1988, den Diskussionen um den Libanon-Krieg 1982 – vor allem die Stellungnahme der RAF zu der Aktion des Schwarzen September während der Olympiade in München im September 1972 als prägnantes Beispiel eines linken Antisemitismus bis zum Ende der DDR genannt. In seinem Aufsatz über »Antisemitismus von links« spricht der Politikwissenschaftler Daniel Kilpert von »positiven Reaktionen der RAF und linksradikaler Gruppen auf die Ermordung israelischer Olympiasportler

146 Martin Kloke, Antisemitismus in der deutschen Linken. Ein Blick in die Frühzeit der APO, in: Tribüne Nr. 177 vom 31. 3. 2006, S. 123–128. Kloke ist nicht der einzige Autor in seiner langen Publizistentätigkeit, der gegensätzliche Positionen und sich widersprechende Urteile zum Thema fällt, dies ist auch bei Peter Ullrich oder Thomas Haury zu beobachten, auch der Autor dieser Zeilen muss zugeben, dass er in der Vergangenheit in unterschiedlichen Publikationen Aussagen über die militante und radikale Linke und ihren angeblichen Antisemitismus tätigte, die er so nicht mehr unterschreiben kann. Diese Beobachtungen und Selbstbeobachtungen sollten dazu animieren, im Urteilen über die Linke und den Antisemitismus umso mehr Vorsicht walten zu lassen.

1972 in München«.[147] Der Wiener Politikwissenschaftler Stefan Grigat, der der antideutschen Szene zuzurechnen ist und dennoch eine hohe wissenschaftliche Reputation geniest, spricht sogar von »Lobeshymnen der RAF und anderer linker Gruppen anlässlich der Ermordung israelischer Sportler 1972 in München«.[148] Und auch Jeffry Herf spricht völlig generalisierend davon, dass die »westdeutsche radikale Linke« nicht nur »dem Staat Israel, sondern auch den Juden in Westdeutschland« gedroht habe.[149]

Halten wir erst einmal fest: Zwei der oben genannten antisemitischen Aktionen waren mit einer spezifischen Praxis verbunden, in den Worten des Verfassungsschutzes: dem Terrorismus, in den Worten der Protagonisten: dem »bewaffneten Kampf« beziehungsweise der »direkten Aktion«. Juden unterlagen durch diese beiden Aktionen einer direkten Todesdrohung. Das Skandalöse und Erschreckende dieser Taten muss nicht extra betont werden. Die drei weiteren als antisemitisch gewerteten Stellungnahmen aus der radikalen Linken bewegen sich auf der Text- und Bekundungsebene, zum einen handelt es sich um eine Wandparole im öffentlichen Raum, zum anderen um eine Erklärung, die aus einem bundesdeutschen Gefängnis heraus geschrieben wurde, und zum dritten handelt es sich um »Diskussionen«, die in den Zeitschriften der Linken geführt wurden. Eine direkte Bedrohung für Juden ging folglich von diesen Texterklärungen nicht aus, auch das ist banal, muss aber dennoch aufgrund der zuweilen haltlosen Skandalisierung festgehalten werden. Insgesamt erscheint bei der Sichtung der neulinken Texte und entgegen aller mittlerweile hegemonialen Antizionismus-ist-Antisemitismus-Rufe der Antizionismus-Begriff der Neuen Linken wie eine Reaktivierung des leninistischen Sprachgebrauchs mit seiner weltrevolutionären und auf Klassenkampf drängenden Praxisseite. Dass der alte leninistische Antizionismus passé ist, dass Antizionismus als revolutionäres Programm, wie beispielsweise beim 1897 gegründeten Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund oder anderen internationalistisch gestimmten Sozialisten, Geschichte ist, reflektierte die Neue Linke nicht. Die Transformation von »Antizionismus« von einem klassenkämpferischen Universalismus zu einer ab den frühen 50er Jahren durch die Sowjetunion benutzen, eindeutig antisemitisch ausgerichteten Propagandafloskel zur stalinistischen und poststalinistischen Disziplinierung und nationalistischen Agitation, hatte die Mehrzahl der Neuen Linken ebenfalls noch

147 Daniel Kilpert, Antisemitismus von links? Das ist vielen auch heute noch neu. Er zeigt sich u. a. als kompromisslose Parteinahme für die Palästinenser und im teilweise antisemitischen Vokabular der Globalisierungskritiker, auf: Bundeszentrale für politische Bildung online vom 26. 11. 2006: http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33604/antisemitismus-von-links?p=all.

148 Stefan Grigat, Links und gegen Juden? Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken, online: http://ldn-knigi.lib.ru/JUDAICA/SGrigat-Links.htm.

149 Jeffry Herf, Unerklärte Kriege, a. a. O., S. 484.

Mit CamScanner gescannt

nicht diskutiert, geschweige denn theoretisch durchdrungen. Man hielt es in der Frühphase der Revolte mit dem universalistischen Antizionismus von *Matzpen* und blendete weitgehend aus, dass »Antizionismus« in der arabischen Welt auch als kaschierter Antisemitismus und liquidatorische Anti-Israel-Haltung existierte. Die Aufarbeitung des stalinistischen Antisemitismus jenseits legitimatorischer Interessen im Kalten Krieg steckte damals noch in den Kinderschuhen.[150] Bemerkenswert ist allemal, dass mit Erich Fried, Eike Geisel, Mario Offenberg und Daniel Cohn-Bendit dezidiert antistalinistische Linke die Stichworte für den linken Antizionismus lieferten. Nicht immer und für jeden galt Améry als eine in der Sache des »linken Antisemitismus« nicht zu hinterfragende Autorität. In einem Beitrag zum zehnten Todestag von Jean Améry würdigte Franz Lerchenmüller Amérys schriftstellerisches und politisches Wirken, erwähnte aber auch, dass in einem »verglichen mit

Amérys geschliffenen Texten ungelenken Beitrag über Antisemitismus und Antizionismus« Erich Fried ein paar »schlichte historische Tatsachen« aufgezählt habe, die das »geschönte Israelbild Amérys einigermaßen zurechtrücken«. Lerchenmüller bilanziert: »Und der Leser, plötzlich ernüchtert, merkt, wie groß die Gefahr ist, über Amérys leidenschaftlicher Rhetorik das eigene kritische Denken einzustellen.«[151] Dessen ungeachtet gehört Amérys Verdikt des ehrbaren linken Antisemitismus bis heute zur immer wieder angerufenen Distanzierungsfloskel und zur sprachlichen Figur, um den linken Antizionismus herabzusetzen. Mit der Chiffre des »ehrbaren Antisemitismus« wird angezeigt, dass die kritisierten Protagonisten zwar etwas Gutes wollen oder zumindest als »gut« erscheinen wollen, allerdings ein anderes Interesse aus ihnen spräche als das vorgegebene; sie sich gleichsam nur den Anschein von Aufklärung, Kritik, linkem Denken geben würden, aber eigentlich etwas anderes beabsichtigten –zumindest müssen sie als Referenzen für ganz andere dunkle Gelüste herhalten.

Tatsächlich präsentierte sich die Haltung der bundesrepublikanischen Linken gegenüber Israel und den Palästinensern als spiegelverkehrt zur Politik der Bundesrepublik, die zwar zuweilen auf ökonomische Interessen wie arabische Wirtschaftskooperationen Rücksicht nehmen sollte, aber dennoch in einem durchaus gebrochenen, weil oftmals verlogenen positiven Verhältnis zu Israel stand. Da nicht wenige Vertreter der politischen Rechten der BRD sich in einem ostentativen Philosemitismus gefielen, das offizielle Bonn Israel militärisch und politisch unterstützte und die Bestrebungen der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung abwehrte, galt den Kritikern

150 Ein Standardwerk ist: Mario Kessler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1994. Ein zeitgenössisches Dokument wie Francois Fetjö, »Judentum und Kommunismus – Antisemitismus in Osteuropa« von 1967 wurde in der APO nicht rezipiert.

151 Franz Lerchenmüller, Links-Stehen, in: konkret Nr. 9, September 1988, S. 56 ff.

der BRD-Verhältnisse eine scharfe Kritik Israels, gar eine »antizionistische« Positionierung in der postfaschistischen BRD als kaum verdächtig und problematisch. »Antizionismus« war als Begriff wie als Inhalt kein Bestandteil oder Merkmal der antisemitischen Stimmen der postfaschistischen BRD-Gesellschaft.

Statt eines aus Erinnerungsabwehr geborenen »sekundären Antisemitismus« der Linken handelte es sich um eine aus Konfrontationslust mit der vorherrschenden BRD-Wirklichkeit geborene einseitige Positionierung auf der Seite der als Underdogs und berechtigt Kämpfende rezipierten Palästinenser in einem komplexen Konflikt um Land und nationale Anerkennung. Eine Ausweitung der kritisch-theoretischen Begrifflichkeit »sekundärer Antisemitismus« auf die nach dem Sechs-Tage-Krieg erfolgte Kehrtwende der Neuen Linken hinsichtlich ihrer einseitigen Identifikation mit Akteuren des Nahen Ostens und ihres Antizionismus, der entweder Übernahme palästinensisch/arabischer Perspektiven war oder eine Wiederaufnahme von vergangenen sozialistischen oder kommunistischen Positionen darstellte, lässt sich nicht sinnvoll begründen. Die Theorie von der Schuldabwehr, wird sie nicht am einzelnen Material von 68er-Akteuren verifiziert, sondern auf die gesamte Neue Linke bezogen, folgt einem ideologisch präformierten Interesse an moralischer wie politischer Herabwürdigung ebendieser.

Der linke Antizionismus bezog sich auf wichtige Elemente einer Nationalismuskritik und insbesondere Zionismuskritik der alten Linken wie Lenin und Trotzki. Die Nationalismuskritik war jedoch eine halbierte, sie wies Israel die Rolle einer »unterdrückenden Nation« beziehungsweise einer imperialistischen Nation zu und sah Drittwelt-Nationalismus als Moment eines weltweiten revolutionären Befreiungskampfes. Zudem kulminierte diese Kritik in einem eigentümlichen Exzeptionalismus, denn keinem anderen Land oder Staat wurde vonseiten der Linken die Existenz bestritten.[152] Diese Zuweisungen erfolgten allerdings in der gesamten und globalen Revolte-Bewegung um 1968 – auch die US-amerikanische, die italienische und die japanische Studenten- und Jugendbewegung, mitsamt ihren bewaffnet kämpfenden Ausläufern, vertraten einen radikalen befreiungsnationalistisch motivierten Antizionismus.

Sicherlich muss berücksichtigt werden, dass der gesamte Erinnerungsdiskurs der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren, wenn nicht sogar bis in die 80er Jahre, die Leerstelle Auschwitz aufzuweisen hatte. Wilfried Mausbach erwägt, dass die studentische Linke sich nun selbst der Leerstelle bemächtigt habe, die der bisherige Erinnerungsdiskurs offen gelassen hatte:

152 Dies wurde auch von der sog. autonomen LUPUS-Gruppe zum entscheidenden Kritikpunkt ihrer Antizionismus-Kritik erhoben: Autonome LUPUS-Gruppe, Die verlorene Unschuld – zum Teufel mit den Opfern, in: dies., Geschichte, Rassismus und das Boot. Welcher Kampf gegen welche Verhältnisse, Berlin 1992.

Mit CamScanner gescannt

> Als »konkrete Juden« und aktive Widerstandskämpfer definierte die Protest- und Provokationselite sich aus der Täternation hinaus.[153]

Gänzlich fehl gehen Mausbachs der 68er-Revolte angetragene normative Verpflichtungen jedoch, wenn er schreibt, der linke Antizionismus stelle »ein beschämendes Kapitel des selbstgerechten Ausstiegs aus historischer Verantwortung dar«, eine »angemessene Aufarbeitung des Nationalsozialismus« sei nicht geleistet worden und der »Akt einer wachrufenden Erinnerung« sei nicht ernst genommen und verpasst worden.[154] Der Impetus und die Absicht des linken Antizionismus muss zuvörderst im Zusammenhang mit Revolte und Revolutionsversuchen diskutiert werden. Die Erkenntnis, dass die Revolte gehemmt werde, wenn sie sich mit der Aufarbeitung des monströsesten Verbrechens der Menschheit beschäftigte, ist von Rudi Dutschke überliefert:

> Wenn wir das anfangen, verlieren wir unsere ganze Kraft. Eine solche Kampagne ist von unserer Generation nicht zu verkraften, aus dieser Geschichte kommen wir nicht mehr heraus. Man kann nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen.[155]

Selbstgerecht ist an diesen Aussagen nichts, vielmehr ist ihr eine richtige Erkenntnis über die Aporien von Aufbegehren, Selbstemanzipation und revolutionären Utopien auf der einen, Aufarbeitung, Schuldbekenntnis und rückblickendem Räsonnement auf der anderen Seite eingeschrieben. Und dennoch musste der APO-Aktivist Detlev Claussen zur Zeit des Libanonkriegs 1982, der bei einem Teil der Linken heftige Reaktionen auslöste, feststellen:

> Die neue Linke versuchte aus dem Haus des Henkers, in dem sie groß geworden war, auszubrechen, um im Haus der Revolution unterzuschlüpfen. So begann sie sich nur auf der Besucherterrasse des Revolutionshauses aufzuhalten – und einen Blick in den Keller zu vermeiden.[156]

153 Wilfried Mausbach, Wende um 360 Grad? Nationalsozialismus und Judenvernichtung in der ›zweiten Gründungsphase‹ der Bundesrepublik, in: Christina von Hodenberg und Detlef Siegfried (Hg.), Wo ›1968‹ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006, S. 15–47, hier: S. 34.

154 Ebenda, S. 37, 38, 39.

155 Zitiert nach: Peter Schneider, Rebellion und Wahn. Mein 68. Eine autobiographische Erzählung, Köln 2008, S. 190. Dass sich Dutschkes Position zur »deutschen Frage« keinesfalls als nationalistisches Sentiment oder revisionistisches Anliegen interpretieren lässt, macht – gegen eine Flut halbwissenschaftlicher und polemischer Schriften ab den 90ern – deutlich: Matthias Stangel, Die Deutsche Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Baden-Baden 2013, S. 364–466.

156 Detlev Claussen, Im Haus des Henkers, in: Dietrich Wetzel (Hg.), Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt, Frankfurt 1983, S. 113–125, hier: S. 118.

In den späten Siebzigern entwickelten sich die Neuen Sozialen Bewegungen mit Demonstrationen und sozialen Kämpfen gegen Atomkraft, Häuserzerstörung und für Abrüstung und Frieden. Diese Bewegungen umfassten unterschiedliche Milieus, Schichten und Klassen und sprengten zuweilen auch die klare Zuordnung, rein linke Bewegungen zu sein. Regionalismen und populäre bis populistische Elemente spielten in diesen von unten getragenen Protesten eine wichtige Rolle. Ein wichtiger Protagonist der im süddeutschen »Dreiländereck« tätigen Anti-Atom-Bewegung, der Aktivist, Publizist und Liedermacher Walter Moßmann, recherchierte später selbst zu den lokalen Traditionen des Antisemitismus. Auslöser waren wiederholte Überfälle auf jüdische Friedhöfe wie 1990 im südbadischen Ihringen. Moßmann zitiert in seiner historischen und journalistischen Recherche einen älteren Herrn »mit großen Verdiensten aus den Kämpfen gegen das AKW Wyhl« mit eindeutig antisemitischen Aussagen zu der Friedhofsschändung, die der ältere Anti-AKW-Aktivist den Juden selbst in die Schuhe schieben möchte.[157]

Walter Moßmann selbst war linksradikaler Aktivist der 70er Jahre, diskutierte in der Zeitschrift *Autonomie,* ob sich regionalistische Strömungen zu einer antagonistischen Kraft entwickeln könnten, und blickte ab den 80er Jahren kritisch auf antisemitische Einstellungen der älteren Generation seiner Region, die sich durchaus auch gegen die ortsfremden, naturzerstörerischen AKWs erregten. In einem späten Interview gab Moßmann zu bedenken, dass es schon immer Antisemitismus in der Region rund um das Kernkraftwerk Wyhl und im Kaiserstuhl gegeben habe, er aber nicht dominant war:

> Er gehört zur europäisch-abendländischen Kultur. Die entscheidende Frage ist immer nur: Spielt es eine Rolle, bestimmt er die Regeln? Ja, es gab ziemlich viele alte Leute, die aus der Napola kamen, und sich gern erinnerten – trotzdem, es spielte keine Rolle. Die Rechten standen ziemlich bald am Rand. Außerdem – meine große Illusion – ich dachte in den siebziger Jahren, das hätte sich nun langsam von alleine erledigt.[158]

Wechseln wir von der Provinz in die Metropole. In dem Spielfilm *Berlin Chamissoplatz* von Rudolf Thoma aus dem Jahre 1980 findet sich eine interessante Szene gleich zu Beginn. Die linke Studentin Anna, die in einem Haus des

157 Vgl.: Walter Moßmann, Ein Pfahl im Löß. Über Antisemitismus in einer Region. Unbekannte Täter. Abschaum. Fremde, in: Andreas Foitzik, Rudolf Leiprecht, Athanasios Marvakis, Uwe Seid (Hg.), »Ein Herrenvolk von Untertanen«. Rassismus – Nationalismus – Sexismus, Duisburg 1992, S. 95–112, hier: S. 96.

158 »Reibungen können lästig sein. Oder produktiv. Oder beides …« Interview mit Walter Moßmann, Mitbegründer der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen von Gerhard Hanloser, in: Neues Deutschland, 19. 3. 2005, online: https://www.neues-deutschland.de/artikel/69163.reibungen-koennen-laestig-sein-oder-produktiv-oder-beides.html.

Mit CamScanner gescannt

Kreuzberger Kiez wohnt, das abgerissen werden soll, interviewt den mit Abriss und Sanierung betrauten Architekten Martin. Sie klagt die wohnungspolitischen Maßnahmen des Senats an, versucht nachzuweisen, dass der Senat eine längerfristige Marktbereinigung von Wohnraum anstrebe, gegen Randgruppen und billige Mieten vorgehe, um die attraktiven Innenstadtgebiete für ein anderes, reicheres BewohnerInnenklintel attraktiv zu machen. Der Architekt, der sich im weiteren Verlauf der Handlung in die kritische Studentin verlieben sollte, antwortet:

> Ich glaube, Sie personalisieren Systemzwänge und Sachzwänge. Leute ihresgleichen tun das leider nur allzu häufig, bauen einen Feind auf, hinter dem sie alle möglichen dunklen Machenschaften vermuten. Als würden sie ihn brauchen.[159]

Die Szene ist in Hinblick auf das Thema »linker Antisemitismus« verstörend.
62 Denn der Regisseur Rudolf Thome zeichnet hier zu Beginn seines Films einen angepassten mittelalten Mann, der vorurteilsbeladene Stereotypen über die Hausbesetzerbewegung von sich gibt, aber im weiteren Verlauf der Handlung, nicht nur durch seine Affäre zu der Aktivistin Anna, sondern durch die konkrete Anschauung der Stadtpolitik, die einer kapitalistischen Interessenspolitik folgt, und der oppositionellen Gruppen, die sich mit den als Sachzwänge ausgegebenen falschen Machtstrukturen anlegen, seine Position überwindet. Heutzutage wird die im Film als affirmativ gekennzeichnete Position wieder geltend gemacht: Personalisierte die Häuserkampfbewegung nicht, wenn sie gegen Spekulanten agitierte? Rückblickend wird der Hausbesetzerszene in ihrem Kampf gegen Wohnungsspekulation so »verkürzte Kapitalismuskritik« unterstellt. Selbst in Publikationen linker Organisationen wie Attac wird behauptet: »Der Kampf gegen Häuserspekulanten (jüdische) zum Beispiel reflektierte nicht die Wurzeln des eigenen politischen Handelns.«[160]

Inwiefern das antisemitische Bild vom »reichen Juden« oder vom »jüdischen Spekulanten« in der Hausbesetzerszene der späten 70er und der 80er Jahre zirkulierte, ist in verschiedenen Erfahrungsberichten und Analysen nachgegangen worden. So weist die Frankfurter Häuserkampfaktivistin Ulrike Heider auf die unangenehme Häufung des Begriffs »Spekulant« in Flugblättern hin, allerdings ohne dass in ihnen die antisemitische Markierung vorgenommen worden sei, der dann allerdings wenig sensibel die Namen der

159 Rudolf Thome, Berlin Chamissoplatz, 1980, Minute 3:50.

160 Diese suggestive Bemerkung entstammt ausgerechnet einem Reader der globalisierungskritischen NGO Attac, die den selbst sich eingehandelten Antisemitismusvorwurf an ihre Finanzmarktkritik zurückweisen will: Heinz Düx, Anti- und philosemitische Einstellungen in deutschen ›linken Bewegungen‹, in: Attac-Reader, Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac, Reader Nr. 3 des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland, Frankfurt am Main, 2004, S. 35–45, hier: S. 40.

zuweilen tatsächlich jüdischen Immobilienspekulanten folgten. Ebenso berichtet die Zeitzeugin von eine Episode aus einem besetzten Haus, in dem es zu einem Rausschmiss eines jüdischen Mitbewohners kam, der darin gründete, ihn zum Sündenbock für allerhand Fehlerhaftes im Haus zu machen, was Heider als »unbewussten Antisemitismus« wertet. Im Laufe der Gespräche unter den Hausbesetzern

> über den Verfolgungswahn, der Simi traf, erkannte ich, dass der Neid auf seinen BMW und die Ledergarnitur einer verzerrten Version der sozialistischen Forderung nach Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln entsprang. Was aber außerdem noch dahintersteckte, dämmerte mir erst allmählich im Laufe der 80er Jahre. Wie Schuppen fiel es mir eines Tages von den Augen: In den deutschen Tiefen des Unbewussten dieser Hausbesetzer war Simi zum hassenswerten reichen Juden, zum jüdischen Kapitalisten und Spekulanten geworden, zum Juden, der den Brunnen vergiftet und dessen pure Anwesenheit zersetzend wirkt.[161]

Allerdings will Ulrike Heider jenseits dieser Einzelbeispiele der kompletten Häuserbewegung keine antisemitischen Motive unterstellen.

> Uns, den Hausbesetzern, wurde in den Tagen unseres Aktivismus der Vorwurf der Judenfeindlichkeit von den Eigentümern der umkämpften Häuser selbst an den Kopf geschleudert. Er kam auch von CDU-Politikern und vom Oberbürgermeister Rudi Arndt, dem von uns bestgehassten SPD-Politiker der Stadt. Der hatte Häuserkämpfer mit SA-Männern verglichen. Wir fühlten uns über solche Anwürfe erhaben, denn keiner empfand sich als Antisemit, und eine ganze Reihe Juden, von Daniel Cohn-Bendit bis zu Simi Posner, gehörten zu uns. Ein Spekulant sei ein Spekulant, hieß es, ob er Christ, Jude oder Moslem sei. Auch war die Diffamierung der radikalen Linken als einer potenziell faschistischen Bewegung nicht neu. Zu Beginn der Studentenbewegung kamen solche Vorwürfe gewöhnlich von rechts.[162]

Abschließend zu diesem Komplex kommt die Protagonistin Heider in der Rückschau zu diesem Ergebnis:

> Ich denke bis heute, dass die Besetzung leer stehender Häuser nichts mit Antisemitismus zu tun hatte. Doch schlichen sich im Zuge der Popularisierung der Bewegung gegen Zerstörung von Wohnraum Vokabeln und Bilder der Agitation vergangener Epochen ein, die entweder schon zur Zeit ihrer Entstehung vom »Sozialismus der dummen Kerls« infiziert waren oder im Laufe der Zeit etwas davon angenommen hatten.[163]

Im Kontext des Häuserkampfs entstand auch ein umstrittenes Theaterstück von Rainer Werner Fassbinder. In eindeutiger Absicht konstatierte der FAZ-

161 Ulrike Heider, Keine Ruhe nach dem Sturm, Berlin 2018, S. 190.
162 Ebenda, S. 191.
163 Ebenda.

Mit CamScanner gescannt

Redakteur Joachim Fest im Zusammenhang mit der geplanten Aufführung von Fassbinders Stück *Die Stadt, der Müll und der Tod* einen linken Antisemitismus. In einer Nebenbemerkung seines Kommentars, der bemüht ist, zu kolportieren, dass Fassbinder ein Antisemit und links sei, ließ Fest en passant fallen, dass »auch der Antisemitismus der linksradikalen Gruppen in der Bundesrepublik« sich »freilich im Anschluß an die sowjetrussische Sprachregelung als Antizionismus auszugeben« pflegt. Im Zentrum von Fests Polemik steht freilich die oft zitierte Bemerkung von Gerhard Zwerenz im Zusammenhang mit der Fassbinder-Debatte, dass ein linker Antisemitismus unmöglich sei.[164] Später schob er nach, dass sein Ausspruch, wonach linker Antisemitismus unmöglich sei, missverständlich war:

> Man unterschob mir dabei, östliche Staaten oder auch bestimmte linke Gruppierungen im Westen zu meinen [...] Links ist, wo die Aufklärung wirksam gemacht wird. In diesem Sinne ist ein linker Antisemitismus unmöglich.[165]

Noch weniger bekannt ist eine Fassbinder selbst zuzuordnende Bemerkung, die Zwerenz kolportierte:

> Aber, hör mal, diese politisch Siebengescheiten sich doch mit dem Stück auch wieder nicht zufrieden, finden es unmoralisch, sogar dreckig, und das Schlimmste: antisemitisch, die Saubermänner von der DKP – da brauchts nicht mehr viel, und wir sind wieder beim gesunden Volksempfinden.[166]

Aus den Zitaten geht hervor, dass die Anklage, das Stück sei antisemitisch, nicht nur von dem Konservativen Fest, sondern in verstörender Weise auch aus dem Milieu der Moskau-orientierten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) kam.

Wie unterschiedlich das Stück von Fassbinder gelesen werden kann, macht folgendes *Spiegel*-Streitgespräch zwischen Ignatz Bubis und Daniel Cohn-Bendit über Juden in Frankfurt und den Fassbinder-Streit deutlich:

> BUBIS: Mit diesem Stück ist der Schuldige gefunden worden. Jetzt weiß jeder, wer schuld ist an der Zerstörung des Westends: die »reichen Juden«.
>
> COHN-BENDIT: Der Polizei-Präsident.
>
> BUBIS: Der »reiche Jude«. Der Polizei-Präsident deckt ihn nur. Der Oberbürgermeister will es. Aber der Handlanger, der Zerstörer, ist der »reiche Jude«. Das ist das Antisemitische daran.

164 Joachim Fest, Linke Schwierigkeiten mit links. Ein Nachwort zu R. W. Fassbinder, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 4. 1976, S. 21. Gerhard Zwerenz hat dazu bereits in »Die Rückkehr ...« (a. a. O., S. 109–115) geschrieben, »daß Fassbinder bestimmte antisemitische Sätze seiner Müll-Gestalten ihm selbst, dem Autor als eigene Meinung unterschoben wurde, führte zum Debakel.«

165 Zwerenz, a. a. O, S. 213 f.

166 Gerhard Zwerenz, Der langsame Tod des Rainer Werner Fassbinder, München 1982, S. 85.

COHN-BENDIT: Sie machen es sich zu einfach. Fassbinder ist allegorisch. Fassbinder packt alles rein. Wie Christo Häuser und Brücken, packt er Frankfurt und die Spekulation ein. Es gibt ja drei zentrale Figuren in diesem Stück: Es gibt die Nutte, es gibt einen Homosexuellen, und es gibt einen Juden. Diese drei Figuren, drei Außenseiter, klassische Außenseiter vor dem Zweiten Weltkrieg, werden in eine gesellschaftliche Konfrontation gebracht mit zum Teil völlig absurden und verkehrten Rollen. Ich meine: Daß ein ehemaliger Nazi seinen Lebensunterhalt als Transvestit verdient – da wird mir keiner sagen, daß das eine Realität ist. Und das Spannende bei Fassbinder ist, daß er den Juden und den Homosexuellen in eine harte Konfrontation bringt. Das hat Geschichte in Deutschland, denn Juden und Homosexuelle, sie mußten beide dran glauben im KZ. Das ist eine typische Fassbinder-Umkehrung von Geschichte.

BUBIS: So weit, so gut. Nur, Fassbinder hat in der Person des Juden einen Typus übernommen, in dem er den »reichen Juden« geschaffen hat, der für all das einsteht. Wenn er nur einen Juden geschaffen hätte, einen Juden mit Namen, wie den Homosexuellen Oscar von Leiden. Aber so akzeptiere ich das nicht, daß man Fassbinder die Rolle zuschreibt, er habe sich immer der Minderheiten angenommen und damit auch der Juden. Für Fassbinder ist der arme Jude eine Minderheit, der verfolgte Jude eine Minderheit. Der reiche Jude ist für Fassbinder keine Minderheit.

COHN-BENDIT: Stimmt nicht.

BUBIS: So sehe ich es. Das ist das, was ich persönlich Fassbinder zum Vorwurf mache.[167]

Um die schwierige Debatte um Fassbinders Stück transparent zu machen, erschien 1985 die Flugschrift »Deutsch-jüdische Normalität … Fassbinders Sprengsätze«, herausgebracht von der Frankfurter *Pflasterstrand*-Redaktion. Darin finden sich Ausführungen zum Häuserkampf im Frankfurter Westend, einer Chronologie des Streits, Darlegungen von libertären Verteidigern einer Aufführung des Stücks wie Daniel Cohn-Bendit, es kommen auch Micha Brumlik mit einer Solidaritätsnote für Ignatz Bubis und Dan Diner mit einer Ausführung über pseudosozialkritische Elemente des historischen Antisemitismus, der Reichtum mit Judentum assoziiert, zu Wort.[168]

1985 trafen sich Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, ein Beispiel neuer deutscher revisionistischer Gelüste, sich unter die Opfernationen des Zweiten Weltkrieges einzuordnen. Der jüdische, linksradikale Frankfurter Moishe Postone

167 *Spiegel*-Streitgespräch »Wir haben eine Leiche im Keller«. Ignatz Bubis und Daniel Cohn-Bendit über Juden in Frankfurt und den Fassbinder-Streit, in: Der Spiegel vom 11. 11. 1985.

168 Pflasterstrand Flugschrift 1: »Deutsch-jüdische Normalität … Fassbinders Sprengsätze«, Frankfurt am Main 1985.

Mit CamScanner gescannt

schrieb einen Brief an die westdeutsche Linke, in dem er auf die in Bitburg präsente »Vision einer ehrhaften Versöhnung mit der Nazi-Vergangenheit« hinwies und unter der Hand die antiimperialistisch motivierten Kampagnen der autonomen und antiimperialistischen Linken gegen die NATO vor eine dunkle Kulisse schob:

> Die Bewegung gegen die NATO kann nur dann progressiv sein, wenn sie gleichzeitig mit dem Versuch gekoppelt ist, ein neues, anderes Deutschland zu schaffen. Wenn dies nicht geschieht, wird die historische Rolle der Linken in diesem kritischen Augenblick eine verheerende gewesen sein. Das Ergebnis wäre die Schlechteste aller möglichen Welten: eine Ablehnung der NATO; nicht aufgrund ihres Militarismus, sondern als Teil einer traditionellen deutschen Ablehnung des Westens, einhergehend mit der Rückkehr zu jenen teutonischen Tugenden, die Deutschland in der Vergangenheit zur Geißel der Erde gemacht haben.[169]

Die Neue Linke hatte sich in den 80er Jahren erheblich verändert. Die noch in der Dekade der 70er Jahre präsenten maoistischen Gruppen, Bünde und Parteien waren weitgehend verschwunden, ab Ende der 70er Jahre waren die vielfältigen Neuen Sozialen Bewegungen mit dem Fokus auf Frauenemanzipation, Anti-Atomenergie und Frieden entstanden, gleichzeitig existierte ein weitverzweigtes Milieu der Alternativbewegung mit Unternehmensstrukturen. Ab den frühen 80er Jahren formierte sich die Partei *Die Grünen*, die sich zunächst als Anti-Parteien-Partei konstituierte und den neuen Bedürfnissen, die sich in den außerparlamentarischen Bewegungen artikulierten, Rechnung trug und vorgab, sie parlamentarisch bündeln zu wollen. Neben einigen rechten Einzelfiguren, fanden sich auch viele Vertreter des westdeutschen Maoismus der K-Gruppen-Zeit und der Frankfurter Spontis in dem Projekt wieder.[170]

Diesem sich neu formierenden Konglomerat der außerinstitutionellen Linken wurde ebenfalls Antisemitismus unterstellt wie anlässlich einiger Delegationsreisen der Grünen Partei 1984 in den Libanon, nach Syrien und Jordanien, als bekannt wurde, dass man laut Grünen-Arbeitspapier Kontakte mit offiziellen Vertretern des Staates Israel so weit wie möglich minimieren wolle. Ein handfester Antisemitismus war dem allerdings nicht eingeschrieben.[171] Die Zionismus-kritische Haltung innerhalb der Grünen nahm auf jeden Fall in dem Maße ab, wie die Regierungsverantwortungs-

169 Moishe Postone, Bitburg: 5. Mai 1985 und danach. Ein Brief an die westdeutsche Linke, in Postone, Deutschland, die Linke, a. a. O., S. 51–58, hier: S. 58.

170 Vgl.: Markus Mohr/Gerhard Hanloser, Der westdeutsche Maoismus und die Partei Die Grünen, in: Klaus Kinner (Hg.), Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011, S. 200–216.

171 Auch wenn eine parteinahe Veröffentlichung aus dem Jahre 1991 dies suggerieren mag: Wolfgang Schenk, Nicht alles sagen, was man denkt. Die grüne Partei und der jüdische Staat, in: Ralf Fücks (Hg.), Sind die Grünen noch zu retten? Reinbek bei Hamburg 1991, S. 116–127.

bereitschaft zunahm.[172] Der letzte größere Antisemitismus-Skandal traf den ehemaligen RAF-Anwalt, linken Grünen und Internationalisten Christian Ströbele aus Berlin. Er soll zur Golfkriegszeit 1991 gegenüber seinem Parteikollegen, dem Tübinger Grünen-Mitglied Christian Vogt-Moykopf, erklärt haben, dass der Frieden am Golf ihm eine Million toter Juden wert sei, als dieser sich um eine Solidaritätserklärung der Grünen mit dem von Saddam Hussein bedrohten Israel bemühte.[173] In diversen deutschen Zeitungen wurde Ähnliches kolportiert. Ströbele bemühte sich um Gegendarstellungen und bestritt, jemals eine solche Äußerung getätigt zu haben.[174] In einem langen Essays von Henryk M. Broder Ende April 1991 im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* legte dieser allerdings nach und behauptete:

> Diese neue deutsche Unschuld, die linke Variante der Gnade der späten Geburt, hat auch Hans Christian Ströbele dazu gebracht, einen Satz zu sagen, den er noch heute inhaltlich für richtig und nur für unglücklich formuliert hält: »Die irakischen Raketenangriffe auf Israel sind die logische, fast zwingende Folge der israelischen Politik.«[175]

In einer Replik dementierte Ströbele nicht diesen letzten Satz, stellte aber heraus, dass die von Vogt-Moykopf kolportierte Wendung, er nehme für die Bewahrung des Friedens eine Million toter Juden in Kauf, nie gefallen sei; deshalb »habe ich gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen«. Darüber hinaus zeigte sich Ströbele davon überzeugt, dass es Broder »um sein persönliches Tribunal gegen die Friedensbewegung« gehe, wobei er »sich der Technik

172 Doch auch ein realpolitisch ausgerichteter Grüner wie Joscha Schmierer, der von 1973 bis in die frühen 80er Sekretär des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) war, kommt zwar, rückblickend auf die revolutionär-internationalistische Stimmung der APO angesprochen, zum Urteil der »Gedankenlosigkeit«, wenn man den »Opfern der Opfer« als Kinder der Täter voller Scham zur Seite springen wollte, weist aber das neulinke Konzept und Selbstverständnis »als antirassistisch und deshalb antizionistisch-antiimperialistisch« aus: Joscha Schmierer, Der Zauber des großen Augenblicks. 1968 und der internationale Traum, in: Lothar Baier u. a., Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988, S. 107–126, hier: S. 121.

173 Henryk M. Broder, Party member alleges: Greens man felt Gulf peace was worth a million Jews, in: Jerusalem Post vom 8. 3. 1991.

174 Hans Christian Ströbele, Gegendarstellung,: »In der Ausgabe des General-Anzeigers vom 9./10. März 1991 wird unter der Überschrift ›Ströbele in Israel erneut im Zwielicht‹ berichtet über einen Exklusivbericht der Jerusalem Post, nach dem ich gesagt haben soll: ›Wenn ich eine Eskalation des Krieges damit verhindern könnte, dass eine Million Juden sterben müssten, würde ich das in Kauf nehmen.‹ Der Bericht der Jerusalem Post ist falsch. Ich habe einen solchen Satz nie gesagt. Berlin, d. 11. 3. 1991 Hans Christian Ströbele«, in: Bonner Generalanzeiger vom 14. 4. 1991, S. 17.

175 Henryk M. Broder, Unser Kampf, in: Der Spiegel Nr. 18 vom 29. 4. 1991, S. 255–267.

Mit CamScanner gescannt

des Rufmordes nach dem Muster des US-Senators McCarthy im Kalten Krieg der fünfziger Jahre gegen sogenannte antiamerikanische Umtriebe« bediene.[176] Mitte Juni 1991 erging unter Aktenzeichen 27 O 158/91 die Entscheidung einer Kammer des Berliner Landesgerichts, in der Christian Vogt-Moykopf unter Androhung einer Geldstrafe in Höhe von bis zu 500.000 D-Mark oder bis zu einem halbem Jahr Haft im Falle einer Zuwiderhandlung dazu verurteilt wurde, seine Aussage zu Ströbele fortan zu unterlassen.[177]

> Nach Angaben der Berliner Justizsprecherin Uta Fölster konnte Vogt-Moykopf vor dem Gericht nicht nachweisen, daß Ströbele sich tatsächlich so in einem Telefonat geäußert habe. Er sei so »beweisfällig« geblieben und müsse seine Äußerung künftig unterlassen.[178]

Dennoch ist die Causa Ströbele bis heute eines der prominentesten Beispiele eines »linken Antisemitismus« im wiedervereinigten Deutschland. Ähnlich trifft die Friedensbewegung seit den frühen 80er Jahren und zugespitzt während des Golfkriegs 1991 wiederholt der stets polemisch und wenig stichhaltig konstruierte Vorwurf des Antisemitismus. Dieser Vorwurf geht von dem Milieu der sogenannten Antideutschen aus, reicht über die Wochenzeitung *Jungle World* und wird auch von pro-atlantizistischen oder nach rechts abgewanderten Publizisten wie Henryk M. Broder erhoben. Der Polemiker Wolfgang Pohrt wandte sich spätestens mit dem Irakkrieg 2003 von dieser Polemik ab, blieb aber für das Milieu der Antideutschen und sich intellektuell munitionierenden Friedensbewegungskritiker ein wichtiger Referenzpunkt, hatte er doch der links geprägten Friedensbewegung der 80er Jahre vorgehalten, »deutschnationale Erweckungsbewegung« zu sein.[179] Sein publizistischer Kollege, der ebenfalls aus der radikalen APO-Linken stammende Eike Geisel hielt der Friedensbewegung das Propagieren eines neuen Patriotismus vor und der Linken, dass sie in ihrer Theoriefeindlichkeit zum antisemitischen Ressentiment gegen das »Abgehobene«, Intellektualistische neige:

> Was man vor Jahren noch kritisieren konnte, dass nämlich der neue Patriotismus notwendig antisemitische Züge annehmen werde, das kann man heute nur noch registrieren wie den virulenten Hass auf alles Fremde und das heftige Ressentiment gegen Theorie.[180]

176 Hans-Christian Ströbele, Broders Spiegelfechtereien, in: Der Spiegel Nr. 21 vom 20. 5. 1991, S. 251–254.

177 Vgl.: Ströbele siegt im Golfkrieg-Streit, in: die tageszeitung (taz) vom 21. 6. 1991.

178 Ströbele gewinnt Prozeß um umstrittenes Zitat, in: Der Tagesspiegel vom 22. 6. 1991. Die Hinweise auf den Broder-Ströbele-Streit und die diesbezüglich angegebene Literatur verdanke ich Markus Mohr, der dazu forscht.

179 Wolfgang Pohrt, »Ein Volk, ein Reich, ein Frieden«, in: ders., Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation, Berlin 1983, S. 71–76, hier: S. 71.

180 Eike Geisel, »Familienzusammenführung«, in: ders., Lastenausgleich, Umschuldung, Berlin 1984, S. 53–62, hier: S. 53.

Eine wichtige Funktion als Avantgardist im Skandalisieren eines »linken Antisemitismus« nahm der streitbare Publizist Henryk M. Broder ein, der bereits im Jahre 1976 der Linken antisemitische Ressentiments attestierte.[181] Er konstatierte auf dünner Quellenbasis einen antizionistischen Antisemitismus von der DKP bis zur KPD/ML und kontrastierte einige Quellenfunde mit nicht näher beleuchteten Zitaten aus dem *Völkischen Beobachter* und dem *Neuen Deutschland*.[182] Broders Thesen wurden vom deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e. V. in der Schriftenreihe unter dem Titel *Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik* in modernisierter Form abgedruckt, ihnen wurde in ihrer Zuspitzung allerdings auch von anderen Autoren deutlich widersprochen.[183] So sah Heinz Brandt in der Linken in der Nachfolge der Aufklärung und verankert in der europäischen Arbeiterbewegungstradition keinen Antisemitismus als geschlossene Ideologie wirken, sondern erblickte eine solche geschlossene Ideologie im »stalinistisch-poststalinistischen Kreml«, wo sie unter dem Stichwort »Marxismus-Leninismus« firmiert und das Wahnbild »Volksfeind« gepflegt wird, in dem unterschwellig populistisch auch die Markierung »Juden« einen konstitutiven Platz hat, womit er die späteren Diagnosen von Klaus Holz vorwegnahm.[184]

Linke Antisemitismusstreite um Antiimperialismus – Angriffe und Selbstanklagen

In der autonomen und antiimperialistischen Bewegung inklusive der bewaffneten Gruppen wie der späteren Generation der RAF, die schließlich als isolierte Gruppe in der BRD der 80er Jahre agierte, hielt sich ein vehementer Antizionismus, der zum milieukonstituierenden Sprachgestus wie Habitus wurde. Gleichzeitig muss konstatiert werden, dass das theoretische Niveau in diesen Gruppen weit hinter demjenigen der Post-68er-Neuen-Linken zurückblieb. Ein dezidierter Antistalinismus, wie noch bei den 68er-ProtagonistInnen

181 Vgl.: Henryk M. Broder, Antizionismus – Antisemitismus von links?, Erstausstrahlung am 20. 2. 1976 auf NDR 3, der Beitrag kam in Printform aus in die politikwissenschaftliche Fachzeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APUZ), Nr. 24 vom 12. 6. 1976, S. 31–46.

182 Den kaum überzeugenden Ausführungen Broders ist nachgegangen: Markus Mohr, Protagonisten I: Henryk M. Broder. Streckenwärter der ›Judenselektion‹, in: ders. (Hg.), Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion, Münster 2016, S. 249–278.

183 Karlheinz Schneider/Nikolaus Simon (Hg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Schrift Nr. 9 des deutsch-israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., Berlin 1987.

184 Heinz Brandt, Broder kämpft gegen Windmühlenflügel: Die deutsche Linke ist nicht antisemitisch; schlimmer: Sie ist philo-kremlistisch, in: Schneider/Simon, Solidarität, a. a. O., S. 99–120, hier: S. 101.

Mit CamScanner gescannt

wie Dutschke, Cohn-Bendit und Erich Fried war ebenso abwesend, zuweilen konnten sich auch stalinistische Sprachformeln einschleichen. Gleichwohl wurden diese Gruppen von dem Intifada genannten Volksaufstand 1987/88 in den besetzten Gebieten befeuert. Die israelische Armee ging brutal gegen die jugendlichen Aufrührer vor, im Kontext der damaligen Antiapartheid-Kämpfe in Südafrika wurde der Konflikt in Israel als ein weiteres Feld kolonialistischer, rassistischer und imperialistischer Auseinandersetzung rezipiert, die Bilder der Steine werfenden palästinensischen Jugendlichen boten Identifikationsmöglichkeiten für die ebenso in den westdeutschen Metropolen auf Konfrontation und Aufstand setzenden AntiimperialistInnen an.

Die jeweils lokal ausgefochtenen Streite um den extremen Antizionismus dieser autonomen Gruppen verliefen auf einem polemischen und inhaltlich recht unterschiedlichem Niveau, ohne große Lernprozesse und im Kontext von Barrikadenpositionierungen. In Hamburg lösten die bekannten Wandparolen der besetzten Hafenstraße, in denen Boykottforderungen gegenüber Israel mit der Setzung des israelischen Staates in Anführungszeichen verbunden war, einen Antisemitismusstreit aus. In Freiburg legte sich mit polemischer Überzeichnung die sich kritisch theoretisch verstehende Initiative Sozialistisches Forum (ISF) mit autonomen Flugblattschreibern des mao-autonomen Zirkulars *Immer rebellieren!* an. Der KB, der sich in aufklärerischer Absicht gegen den extremen Antizionismus positionierte, weigerte sich im Januar 1988, an einer Solidaritätsdemonstration verschiedener Gruppen in Hamburg teilzunehmen, öffnete aber auch seine *Arbeiterkampf*-Seiten den Kontrahenten der Autonomen Nahostgruppe oder dem in diesem Milieu prominenten Karam Khella. Während die Freiburger ISF ein beachtliches Bündnis vom Kabarettisten Matthias Deutschmann bis zur *Stadtzeitung für Freiburg* hinter sich vereinen konnte, suggerierte sie jedoch, die antiimperialistischen Gruppen seien ohnehin aufklärungsresistent, weil antisemitisch präformiert. Und so bemerkt die Anti-Nato-Gruppe im Mai 1988 auch in Richtung ISF, dass deren Argumentation nur durch Auslassung wichtiger Kontexte und Sinnzusammenhänge beim Zitieren aufrechterhalten werden kann.

> Ansonsten greift ihr auf den dummen Trick des Psychologisierens zurück, sehr gut wissend, daß man sich gegen diese Art von Unterstellung nicht wehren kann. Wie soll man schon argumentieren auf die Behauptung, die Solidarität mit dem palästinensischen Aufstand beruhe auf antiimperialistischem Verfolgungswahn und einer Verschwörungspsychose, auf der Sehnsucht nach einer nationalen Identität, auf Judenhaß nicht trotz, sondern wegen Auschwitz.[185]

185 Anti-Nato-Gruppe, Flugblatt, dokumentiert in: Redaktion Arbeiterkampf (Hg.), Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, Hamburg 1988, Der Reader ist eine hervorragende Dokumentation des besagten Streit in der radikalen Linken, hier: S. 65.

Dennoch gerieten die AntiimperialistInnen ab dem Golfkrieg 1991 in eine argumentative Defensive. Die intellektuelle und akademische Linke rückte von einem generalisierenden »Antizionismus« ab, auch die militante Linke löste sich davon, spätestens nach den Debatten um die selbstkritischen Erklärungen der militant agierenden Revolutionären Zellen (RZ). Ein Teil der deutschen Linken machte sich die Antisemitismuskritik an links zum identitären Anliegen: die sogenannten »Antideutschen«, die wie die Hamburger Gruppe K mehrheitlich ihren Auszug aus dem KB und dem *Arbeiterkampf* angetreten hatte und sich um das Theorieorgan *Bahamas* neu konstituierte.[186] Die Freiburger Initiative Sozialistisches Forum mit ihrer Zeitschrift *Kritik und Krise* stellte den theoretischen Bezugspunkt der sich formierenden antideutschen Szene dar – und wo im *Arbeiterkampf*, der sich bald *analyse und kritik* nannte, noch rational gestritten und debattiert wurde, entkoppelte sich die Polemik gegen tatsächliche und vermeintliche Fehler der Linken vollständig von einem rationalen und auf Aufklärung abzielenden Projekt.[187] Wiederholt entdeckt man die von Jean Améry der Neuen Linken und ihrem Antizionismus entgegengeschleuderte Formulierung des »ehrbaren Antisemitismus«. Einige Selbstanklagen prominenter Linker befeuerten diesen Diskurs, zu nennen ist hier die ab 1979 in Köln lebende Ingrid Strobl. Sie arbeitete von 1979 bis 1986 als Redakteurin der Zeitschrift *Emma*, dann selbstständig als freie Autorin. 1989 wurde Strobl wegen eines Weckerkaufs, der für eine Bombe gegen den Bekleidungshersteller Adler verwendet worden sei, der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, gemeint sind die mit der radikalfeministische Frauenguerilla *Rote Zora* verbundenen *Revolutionären Zellen*, angeklagt und wegen Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag zu fünf Jahren Haft verurteilt. 1994 sprach sie bei einem Vortrag in der Roten Fabrik Zürich, »Das unbegriffene Erbe«, über Antisemitismus in der Linken und kolportierte, dass »auch in den Hinterköpfen von Linken der Verdacht, ›die Juden‹ seien alle reich«, spuken würde.[188] Angesichts des Fassbinder-Streits »quollen aus linken Mündern Sottisen, die auf lange unterdrücktes Ressentiment schließen lassen«.[189] Zu guter Letzt behauptet Strobl, der Antizionismus der Neuen Linken wäre ohnehin nur ein Abklatsch des antisemitischen Kampagnen-»Antizionismus« im Ostblock:

186 Hierzu: Bernhard Schmid, Deutschlandreise auf die »Bahamas«. Vom Produkt der Linken zur neo-autoritären Sekte, in: Gerhard Hanloser, »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004, S. 15–64.

187 Vgl.: Gerhard Hanloser, Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs, Münster 2019.

188 Ingrid Strobl, Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: Strobl, Das Feld des Vergessens, Jüdischer Widerstand und deutsche ›Vergangenheitsbewältigung‹, Berlin/Amsterdam 1994, S. 106.

189 Ebenda, S. 109.

Mit CamScanner gescannt

> Ein Großteil der »Informationen«, die in den Broschüren und Flugblättern der deutschen Linken der 1970er und 80er Jahre verwendet wurden, um »den Zionismus« zu entlarven, ist nichts als die jeweils aktualisierte Fortschreibung der Anklagen in den antisemitischen Kampagnen, die in den sozialistischen Ländern Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre und Ende der 60er Jahre inszeniert wurden.[190]

Strobl kommt so zu dem apodiktischen Urteil:

> So übernahm die neue deutsche Linke zusätzlich zu dem quasi ererbten »bürgerlichen« Antisemitismus den als Antizionismus verkleideten Antisemitismus Stalins und seiner Nachfolger.[191]

Eine weit folgenschwerere Selbstanklage als diejenige der Publizistin Ingrid Strobl stellt die recht wirkungsmächtige Erklärung der Revolutionären Zellen vom Dezember 1991 dar. Bezugnehmend auf die vielen Linken 1991 völlig unbekannte Entebbe-Entführung von 1976 distanzierten sie sich von ihrer antiimperialistischen und antizionistischen Ideologie der 70er Jahre. Sie attestierten sich selbst völkische und antisemitische Vorstellungen und Praktiken. Auch aus dem Umfeld der Hamburger Monatszeitung *konkret* hörte man solche Selbstanklagen in der Auseinandersetzung mit Henryk M. Broders Kritik des »linken Antisemitismus«:

> Broder [kann] tatsächlich [über den linken Antisemitismus] nur die halbe Wahrheit schreiben, weil die Zitatfetzen, die ihn aus ein paar Publikationen erreichen, nur ein Ausschnitt aus der Realität sind. [...] Wir [...] wissen, daß er eher untertreibt als übertreibt, und brausen auf, weil wir uns ertappt fühlen. Denn wir wissen ja auch, dass es, wenn die Parolen der Flugblätter, die wir in den siebziger Jahren verfasst oder verteilt haben, verwirklicht worden wären, Israel heute nicht mehr gäbe: Der »zionistische Staat« wäre längst unter anhaltende[m] Beifall von links, vom palästinensischen Volk »zerschlagen«. Schon darum hatte Broder Recht, als er Ströbele und den Grünen ihre Israel-Tournee vermasselte.[192]

Zu guter Letzt trat der aus der antideutschen Linken stammende Publizist Matthias Küntzel, der die Faschismus-Analogie zur Beschreibung des Phänomens des Islamismus besonders intensiv nutzt, vor einschlägigem Publikum der rechtskonservativen Anti-Defamation-League auf, die ihm den Ehrlich-Schwerin-Menschenrechtspreis verlieh, und erklärte in seiner Dankesrede, er selbst sei in seiner linken Phase im Kommunistischen Bund antisemitisch eingestellt gewesen:

190 Ebenda, S. 111.

191 Ebenda, S. 113.

192 Oliver Tolmein, Detlef zum Winkel, Herr P und die Bombe. Vom Krieg der Polemiker, Hamburg 1991, S. 100.

> Sie glauben nicht, was für einen Schock ich empfand, als ich erstmals im meinem Leben eine jüdische Person traf. Im Sommer 1983 saß ich in einem Bus in New York zufällig neben einer jungen und sehr schönen Frau. Auf meine Bemerkung »Ich bin aus Deutschland« erwiderte sie: »Ich bin jüdisch«. Dieser Satz muss mich wie ein Schlag getroffen haben. Das einzige, was ich nach einigem Schweigen herausbrachte, war die Frage, warum Israel die Palästinenser so grauenvoll behandele. Erst Jahre später wurde mir klar, was sich in jenen Sekunden in mir abgespielt haben muss. Ich empfand es offenkundig als eine Aggression, von jener Begleiterin aus heiterem Himmel mit meinem virulenten Schuldgefühl konfrontiert zu werden und inszenierte reflexhaft den Gegenangriff.

Der aus dem Kommunistischen Bund stammende, antifaschistische Publizist Küntzel gestand sich ein, »Fehler« begangen zu haben, »weil ich mich mit dem Holocaust in eigener Anstrengung nicht befasst hatte, weil es keine ›Holocaust-Awareness‹ gab.« »Viele meiner deutschen Mitstreiter und Freunde freuen sich über diesen Preis«, schließt Küntzel, »meine guten Freunde von der ›Stop the Bomb‹-Kampagne gegen Ahmadinejads Iran sowie an all meine lieben Kolleginnen und Kollegen in den USA und anderswo, die mit mir die Leidenschaft teilen, den Antisemitismus nicht nur erforschen, sondern auch überwinden zu wollen. Ich danke Ihnen vielmals«.[193] Künzel präsentiert sich dem rechtskonservativen Publikum der Anti-Defamation-Leage als reuiger Deutscher, der sich nun aber in den neuerlichen antifaschistischen Kampf gegen den Iran begeben will. Diese publikumswirksamen Behauptungen, es gebe einen linken Antisemitismus, man kenne ihn selbst oder habe ihn einmal vertreten, entstammen zu einem Gutteil der KonvertitInnen- und RenegatInnen-Literatur, der ein gerüttelt Maß an Opportunismus beigemischt ist. Diese Literatur, zu der manche Schriften sogenannten »antideutscher« Publizisten zu zählen sind und in der »ehemalige Linke ihren politischen Gesinnungswandel auch mit dem Vorwurf des Antisemitismus an ihre früheren Mitstreiter vollzogen und rechtfertigten«,[194] ist mittlerweile uferlos, aber nicht weniger wirkungsvoll.

Die Partei Die Linke und der Antisemitismus

Aus dem Milieu der »Antideutschen«, die besonders laut den Antisemitismusvorwurf gegen links ventilieren, entstammen auch zwei Sozialwissenschaftler, Sebastian Voigt und Samuel Salzborn, die mit ihrer vorgeblichen

193 Matthias Küntzel, Dankesrede aus Anlass der Verleihung des ADL Paul Ehrlich-Günther K. Schwerin-Menschenrechtspreises am 11. Februar 2011 in Palm Beach, Florida, online: http://www.matthiaskuentzel.de/contents/ueber-die-verleihung-des-adl-menschenrechtspreises-2011.

194 So Mario Kesslers Urteil über die Schriften von Henryk M. Broder, in: Mario Kessler, Die SED und die Juden, a. a. O., S. 15.

Mit CamScanner gescannt

Studie zum Antisemitismus in der Partei Die Linke unter dem Titel: »Antisemiten als Koalitionspartner?« Furore machten.[195]

Darin geben sie vor, sich im Rahmen einer »kritischen Extremismusforschung« zu bewegen und mit ihrer Studie an einem Tabu zu kratzen: dem des linken Antisemitismus. Nun ist die Diagnose eines Antisemitismus in der Linken wie gesehen beileibe kein Tabu mehr, sondern seit den frühen Attacken von rechter Seite rund um 1968 im öffentlichen Diskurs und auch in wissenschaftlichen Studien wie jener von Martin Kloke zu Israel und der deutschen Linken erforscht. Bemerkenswerterweise versuchen Voigt und Salzborn ihre Überlegungen aus dem »Blickwinkel einer kritischen Extremismusforschung« zu entfalten, damit finden sie Anschluss an eine die Totalitarismustheorie beerbende Pseudo-Wissenschaft, die antikommunistisch grundiert ist und normativ die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft absolut setzen will. Seit Ende der 80er Jahre betreiben beispielsweise die beiden Forscher Eckhard Jesse und Uwe Backes popularisierte Extremismusforschung, die stets mit organisations- und finanzkräftiger Hilfe der Agenturen der Inneren Sicherheit vonstatten ging und dabei dem Ideal freier Wissenschaft Hohn spottet.[196] Wie sich dieser interessegeleitete Anspruch, der die vorherrschende Ordnung als Ideal und Norm anruft, »kritisch« wenden ließe, dürfte das Geheimnis von Salzborn und Voigt sein. Liest man die Teile der »Studie« der beiden Sozialwissenschaftler, die beispielsweise von der *Frankfurter Rundschau* online gestellt wurden, so zeigen willkürliche Aneinanderreihungen im Text wie »›*Die Linke*‹ und andere orthodoxe Linksradikale« einen journalistisch-saloppen Umgang mit wissenschaftlich klar definierten Begriffen. Kritisch ist an diesem Verfahren nichts. Der Die Linke diffamierenden Praxis des Verfassungsschutzes, Beobachtungen durch die Verfassungsschutzorgane wiederholt mit der angeblich mangelnden Achtung der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« zu rechtfertigen und sie in der Öffentlichkeit als »radikal« und »extremistisch« zu bezeichnen, kommt die Veröffentlichung der beiden Wissenschaftler jedenfalls deutlich entgegen.

Auch fällt bei den Ausführungen von Voigt und Salzborn auf, dass sie auf eine eindeutige eigene Definition des Antisemitismusbegriffs verzichteten. Begrifflich herrscht ein hoher Grad an Konfusion vor – was bei einem so sensiblen Thema wie Antisemitismus besonders unverzeihlich ist. So wird auf

195 Samuel Salzborn, Sebastian Voigt, »Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit«, in: Frankfurter Rundschau vom 18. 5. 2011, online: http://www.fr-online.de/blob/view/-/8467798/data/5567673/-/Studie+Antisemitismus+in+der+Linkspartei.

196 Vgl. z. B.: Bodo Kahmann, Extremismustheorie als Vergangenheitsbewältigung. Über die geschichtspolitischen Motive eines politikwissenschaftlichen Netzwerks, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 42 (168) 2012, S. 483–499; Markus Mohr und Hartmut Rübner, Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der ›inneren Sicherheit‹, Münster 2010.

eine eher diskursiv-habituelle Strategie der Verdächtigung und der Streuung von Gerüchten zurückgegriffen, die wissenschaftliche Standards weit hinter sich lässt, ja diese sogar selbstbewusst unterläuft. Letzteres darf darauf zurückgeführt werden, dass sich beide Autoren einer Strömung verpflichtet sehen oder von ihr geprägt sind, die mittels sogenannter »antideutscher« Publikationspolitik seit einigen Jahren nichts anderes zu tun pflegt, als – aus der Linken kommend – diese immer wieder und recht haltlos des Antisemitismus anzuklagen. Samuel Salzborn zeichnete sich in der Vergangenheit als Autor von Artikeln in der Berliner Zeitschrift *Bahamas* aus, einem der polemischsten und aggressivsten Organe des »antideutschen« Milieus. Sebastian Voigt ist Gründungsmitglied des Bundesarbeitskreises (BAK) Schalom innerhalb der Partei Die Linke, einem Netzwerk erklärter pro-israelischer Linker, die vom »antideutschen Diskurs« und seinen Organen wie der Berliner Wochenzeitschrift *Jungle World* entschieden geprägt sind. Voigt und Salzborn definieren sich pro-israelisch und anti-links. Die Partei Die Linke ist ihnen schon länger ein rotes Tuch, wie Interviews in *Die Welt*, Beiträge in der Wochenzeitung *Jungle World* und andere jeweils die Partei Die Linke attackierende Interventionen beider Autoren zeigen.[197] Unmittelbar nach den und zu den Vorwürfen gegen die Partei meldeten sich Wolfgang Gehrke, Jutta von Freyberg, Harri Grünberg mit dem Band *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahostkonflikt. Eine notwendige Debatte* von 2009 zu Wort und einer zweiten Schrift *Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken* von Moritz Blanke und Marcus Hawel in der Reihe Schriften der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Jahre 2015 legte der Die-Linke-Politiker Wolfgang Gehrke eine Gegenstreitschrift unter dem Titel *Rufmord. Die Antisemitismus-Kampagne gegen links* im PapyRossa Verlag vor.

Wenn schon diesen und anderen Publikationen kein Antisemitismus attestiert werden kann, so verlegen sich die Kritiker auf die Skandalisierung von Einzelstimmen. Zu nennen wäre hier der skandalisierte Boykottaufruf gegenüber Produkten aus den besetzten Gebieten Israels, ein Aufruf, den lediglich Minderheiten der Parteibasis der Linken teilten und der von der Parteispitze abgelehnt wurde. Weil hier die antisemitische »Kauft nicht bei Juden«-Assoziation anklinge, distanzierte sich der Parteivorstand und die Mehrheit der Partei Die Linke von dieser Forderung, die im Übrigen von israelischen Antikriegs- und Friedensaktivisten erhoben wurde.[198] Boykottaufrufe gegen Israel bei einem Linke-Kreisverband seien untragbar, erklärte Fraktionschef Gregor Gysi kategorisch. Hier könnte man allerdings die Boykott-Aktivisten aus dem Umkreis der Bremer Linksfraktion gegen die eigene Parteiführung in Schutz

197 Samuel Salzborn, »Weltfremd, ignorant, dumm«. Die Linke wird ihr Problem nicht mehr los, in: Jungle World 21, 26. 5. 2011.

198 Vgl.: Wolfgang Gehrke, Rufmord. Die Antisemitismus-Kampagne gegen links, Köln 2015, S. 107–112.

Mit CamScanner gescannt

nehmen: Denn die Boykottaufforderung, die beispielsweise von der 2008 mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille ausgezeichneten israelischen Friedensgruppe »Anarchists against the Wall« erhoben wird, kann als Aktion im Rahmen einer konsumentenkritischen Protestpolitik verstanden werden, die sich auf ältere Boykottforderungen wie diejenige gegen das Apartheid-Südafrika berufen. Hier ist nicht der Ort, Sinn und Zweck eines solchen Aktionismus zu diskutieren. Die Frage muss allerdings erlaubt sein: Wo liegt die antisemitische Implikation vor, außer in Form der Assoziation zu der »Kauft-nicht-bei-Juden«-Propaganda der Nazis?

Besonders die Ereignisse rund um die Gaza-Flotille »Mavi Marmara« im Mai 2010 dienen als Argument für eine angeblich antisemitische Grunddisposition von Die Linke.[199] Zwar fällt es den Kritikern sichtlich schwer, die Teilnahme von einigen Die-Linke-Abgeordneten als antisemitisch motiviert auszuweisen, darum wird die maßgeblich an der Aktion zur Brechung der See-Blockade beteiligte türkische Hilfsorganisation IHH als antisemitisch beurteilt, damit über diesen Umweg der Antisemitismus im Spiel bleibt. Kontakte der IHH zu der vom Verfassungsschutz als antisemitisch eingeschätzten Milli Görüs würden eine solche Orientierung erschöpfend beweisen. Nun mag auch an dieser Stelle die Prägung der IHH durch einen grassierenden islamisierten Antisemitismus gar nicht bezweifelt werden – eine solche Beurteilung kann hier gar nicht Thema sein –, kurios ist jedoch, dass die auf dem Hilfsschiff anwesenden Linke-Abgeordneten Groth, Höger, Paech allein wegen dieser Kontakte des Antisemitismus bezichtigt werden. Man sieht sogar in diesen und durch diese Personen einen Trend manifest werden: der einer »links-jihadistischen Querfront«. Einziger, wissenschaftlich alles andere als bestechender Beweis hierfür sind die Referenzen auf einen *Jungle-World*-Redakteur und -Journalisten, der eine »Mavi-Marmara-Linke« am Entstehen sieht und vor eben einer solchen »links-jihadistischen Querfront« warnte.[200] Nun mag innerhalb der Linken – der Partei, wie dem weiter gefassten politisch-emotional-sozialen Milieu – die Existenz eines islamisierten Antisemitismus[201] negiert oder ignoriert werden oder schlicht unbekannt sein, daraus eine antisemitische Komplizenschaft zu konstruieren, folgt nicht wissenschaftlichen Erhebungen und Erkenntnissen, sondern resultiert aus Unter-

199 Eine die Aktion apologetisch behandelnde Publikation stellt dar: Moustafa Bayoumi (Hg.), Mitternacht auf der Mavi Marmara – Der Angriff auf die Gaza-Solidaritäts-Flottille, Hamburg 2011.

200 Salzborn/Voigt, a. a. O. mit positiv-unkritischem Bezug auf: Ivo Bozic, Die Entstehung der Mavi-Marmara-Linken. Die links-jihadistische Querfront ist keine Schnapsidee einiger verwirrter Antiimperialisten mehr. Seit dem Auslaufen der ›Mavi Marmara‹ ist sie Realität, in: Jungle World vom 5. 5. 2010.

201 Vgl. zu diesem Begriff: Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002.

stellungen. Auch mögen sich anachronistisch anmutende, antiimperialistische Ideologien in Der Linken gehalten haben. Aber zuallererst müsste eine Kritik an diesen artikulierten Vorstellungen und Bewusstseinsformen überprüfen, ob diese im Rahmen der Diktion ihrer Träger (beispielsweise einer marxistischen und leninistischen oder imperialismuskritischen) adäquat die tatsächlichen Dominanz-, Herrschafts- und imperialen Interessen abbilden und kritisieren oder ob sie diese sozialen Verhältnisse in Israel/Palästina aus eigenen Interessen und Bedürfnissen – die unter Umständen als antisemitisch zu interpretieren sind – überzeichnen und mit Semantiken und Diskursen vermengen, die Antisemitismus verraten lassen. Nichts davon haben Salzborn und Voigt in ihrer »Studie« geleistet. Gerade SozialwissenschaftlerInnen, die sich mit dem Phänomen des Antisemitismus auseinandersetzen, sollten allerdings eine gewisse Sensibilität herausbilden für die unabsehbaren wie absehbaren Folgen der Logik des Gerüchts.

Antisemitismusvorwurf als Ordnungsruf

Interessant ist nun, wie das Objekt des Gerüchts sich demgegenüber verhält; wie die Linke auf die unhaltbaren Vorwürfe reagierte. Denn die aus der Luft gegriffenen Befunde der beiden Sozialwissenschaftler, ihre Behauptung, dass die »Dämonisierung Israels«, »einseitige Parteinahme zugunsten der Palästinenser« und »Solidarisierung mit den terroristischen Kräften innerhalb dieses Spektrums«, wie Voigt und Salzborn postulieren, seit Anfang des Jahres 2010 zunehmend konsensfähige Positionen der Bundespartei geworden seien, hatten zur Folge, dass die in die Ecke gedrängte Partei Die Linke die üblichen hegemonialen bundesrepublikanischen Vermeidungsstrategien wählte. So wurde eine begrifflich wie inhaltlich eindeutige Kritik an israelischer Staatspraxis auch in der »Verteidigungsrede« von der Linken-Abgeordneten Luc Joachimson am 25. Mail 2011 im Bundestag schlicht aufgegeben.[202] In ihren Ausführungen wie in anderen Verlautbarungen der Partei wurde nicht mehr die wichtige aufklärende Unterscheidung zwischen fortschrittlicher Kritik an der israelischen Regierung auf der einen und Antisemitismus auf der anderen Seite, der sich eine solche Kritik bloß als Vorwand nimmt, vorgenommen, vielmehr folgte man der Logik des Bekenntnisses und der Tabuisierungen. Auch erging man sich in der Hoffnung, man könnte sich in Der Linken doch im Konzert mit allen anderen demokratischen Parteien auf einen Konsens des Anti-Antisemitismus beziehen. Hier scheint sich der alte pro-bürgerliche Volksfrontglaube hartnäckig gehalten zu haben, der historisch allerdings schon immer an dem ideologisierten Antikommunismus scheiterte – und im Übrigen ein stalinistisches Erbe darstellt. Im Kern bedeutet heutzutage

202 Dokumentiert in: Gehrke, Rufmord, a. a. O., S. 66–70. Die Abschrift zeigt allerdings sehr deutlich die parteipolitisch motivierten Anklagen in Zwischenrufen hauptsächlich von CDU- und FDP-Politikern, die jede Sachlichkeit vermissen lassen.

Mit CamScanner gescannt

für bürgerliche und/oder konservative Akteure Anti-Antisemitismus bezogen auf den Nahostkonflikt: »Solidarität mit Israel«. Der »Anti-Antisemitismus der dummen bürgerlichen Kerls«, so könnte man hier augenzwinkernd formulieren, lautet: gar keine Kritik an Israel. Kritische Antisemitismusforscher könnten hier nachbohren und würden hinter diesem ostentativen Anti-Antisemitismus, der »Juden« und »Israel« identisch setzt, unter Umständen einen eigenartig künstlichen Philosemitismus entdecken, der in seiner Gesamtkonstruktion wiederum nicht weit vom Antisemitismus entfernt ist. Für einen Kritiker des Bestehenden – und ein solcher müsste die Situation in den besetzten Gebiete, die Landnahme usw. kritisieren wie andere Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf der Welt ebenso – ist dies genauso inakzeptabel wie wegen der antisemitisch motivierten Verdammung von Handel, Geld, Börse, Zins nun einfach einen Lobgesang auf diese Momente der kapitalistischen Produktionsweise anzustimmen, bloß um Antisemitismus scheinbar am vehementesten zu vermeiden oder angeblich fundamental zu kritisieren.

Trotz der im Kern also antikritischen Vorgehensweise Der Linken werden durch interessierte Medien Positionen, die aus dem Spektrum Der Linken kommen und keinesfalls als klar antisemitisch zu werten sind, unumwunden als solche etikettiert. Es dürfte klar sein, wie sich eine politische Gruppierung, die die Tradition einer Rosa Luxemburg ernst nehmen will, zu diesem Sachverhalt stellen sollte: aufklärerisch, internationalistisch und vor allem den vollkommen anders gelagerten Diskursrahmen der Linken betonend. Doch Die Linke scheint sich weniger an der marxistischen Klassenkämpferin Rosa Luxemburg zu orientieren als an der bürgerlichen Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Im Kern waren Reaktionen der Parteispitze nicht von dem Interesse getragen, tatsächlich Klarheit über das Themenfeld »Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus« zu gewinnen, sondern folgten der Logik der Skandalvermeidung und der Imagewahrung. Mehr noch: Die Reaktionen der Parteispitze, am 7. Juni 2011 autoritär eine Resolution zu verabschieden, in der selbst die Forderung nach einer Ein-Staat-Lösung in die Nähe des Antisemitismus gerückt wird und alle persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie Fraktionsmitarbeiter dazu verpflichtet werden, von Boykottforderungen und der Teilnahme an der »Gaza-Flottille« abzusehen, stellt tatsächlich das dar, was die AG Medien/Rote Reporter der Partei Die Linke in Hamburg als Missbrauch von Juden und ihrer Verfolgungsgeschichte »als Argument für innerparteiliche Ränkespiele und Züchtigungsinstrument für selbsterniedrigende Gehorsamkeitsübungen vor bürgerlichen Medien und umworbenen Koalitionspartnern« kritisierte.[203] Tatsächlich deutete sich eine solche Gehorsamseinübung bereits in der Rede von Gregor Gysi am 14. April 2008 auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung an, als er die »Solidarität

203 AG Medien/Rote Reporter der Partei Die Linke Hamburg, »Im permanenten Befehlsnotstand«. Dokumentation, in: Junge Welt, 28. 6. 2011.

mit Israel« als »deutsche Staatsräson« bezeichnete. Gysi und die realpolitisch auf Regierungsbeteiligung um jeden Preis setzenden »Reformer« innerhalb der Linken scheinen die »Solidarität mit Israel« als außenpolitische Zugangsbedingung zur Regierungsmacht zu verstehen. Damit wird nicht nur jegliche kritische Reflexion auf tatsächlichen Antisemitismus Hohn gesprochen, sondern auch der gesamte Nahostkonflikt vor die Folie bundesrepublikanischer Befindlichkeiten und parteipolitischer Machtpolitik gezerrt. Die Reaktionen der Parteispitze haben so dem nur mühsam als wissenschaftliche Studie kaschierten diffamierenden Ordnungsruf der beiden antikommunistischen und pro-israelischen Sozialwissenschaftler Folge geleistet – mit verheerenden Folgen für eine adäquate Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Antisemitismus und dem Nahostkonflikt sowie für eine universalistische, jegliche Herrschafts-, Ausbeutungs- und Dominanzverhältnisse kritisierende und attackierende Linke.

Die Wirkung des Antisemitismusvorwurfs als Ordnungsruf zeigt sich generell an einer sich bei den Attackierten einschleichenden Haltung, den Vorwurf von sich zu weisen, indem man andere Linke als die schlimmeren Antisemiten bezeichnet.

Ein gutes Beispiel stellt eine Broschüre der zivilgesellschaftlichen Nicht-Regierungsorganisation Attac dar, die sich für eine Besteuerung auf Finanzmarkttransaktionen ausspricht und deshalb von sich meist als »antideutsch« bezeichnenden, innerhalb der linken Debattenkultur recht einflussreichen PublizistInnen eines »strukturellen Antisemitismus« bezichtigt wurde. Ungeachtet der Haltlosigkeit dieses Vorwurfs wurde von dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac der Ordnungsruf erhört. In einer Broschüre unter dem Titel »Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac« von 2004 wurde sogleich der vielzitierte Text von Moishe Postone kommentarlos abgedruckt, außerdem finden sich neben der politisch braven Rechtfertigung, Attac wolle Zinsen nicht abschaffen, allerdings reformerisch »durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen auf nationaler wie globaler Ebene«[204] regulieren, auch die Zuweisungen des Antisemitismus an radikale Linke. So weiß beispielsweise der Rechtsanwalt Heinz Düx aus Frankfurt, dass der »Kampf gegen (jüdische) Häuserspekulanten [...] nicht die Wurzeln des eigenen politischen Handels« reflektiert habe, die ja, so die Suggestion, nicht etwa in Wohnungsnot, Streit um Wohnraum und Freiräume bestanden haben soll, sondern im »strukturellen Antisemitismus« – einen Begriff, den die Attac-Vertreter von ihren Kritikern kritiklos übernahmen.[205] In eben diesem Artikel behauptet der Autor, die gesamte Neue Linke nach 1967, vor allem die militante Linke, sei »sekundär antisemitisch« und geschichts-

204 Elmar Altvater, Eine andere Welt mit welchem Geld?, in: Attac-Reader, a. a. O., S. 24–34, hier: S. 34.

205 Heinz Düx, Attac-Reader, a. a. O., hier: S. 40.

Mit CamScanner gescannt

vergessen gewesen. Weil Linksradikale der bundesdeutschen Justiz nicht die Abstrafung der Nazis überlassen wollten und den Stellenwert des Justiziellen vernachlässigt hätten, hätten sie sich »durch Abwehrhaltung im Rahmen eines sekundären Antisemitismus in den eliminatorischen Antisemitismus verstrickt«.[206] War im historischen Antisemitismus stets eine Dimension der Ablenkung anwesend, so hat sich eine »Haltet-den-Dieb!«-Gesinnung als Folge des autoritären Ordnungsrufs und reaktives Muster angesichts der Politik des Gerüchts auch aufseiten der Linken etabliert und verselbständigt.

Die deutsche und israelische Staatsräson und der »israelbezogene Antisemitismus«

Deborah Lipstadt, bekannte Forscherin zum Holocaust und mutige Streiterin gegen Geschichtsrevisionismus und Holocaustleugnung, hat in einer neueren Veröffentlichung unter dem Titel *Der neue Antisemitismus* dankenswerterweise alle Vorurteile gegenüber der Linken und alle Vorhaltungen en passent präsentiert, wohlgemerkt: nicht ausgeführt, denn die öffentliche Anklage des »linken Antisemitismus« lebt von der Andeutung, Behauptung und dem Raunen. In einer fiktiven E-Mail-Kommunikation beantwortet sie aktuelle Fragen zum wieder erstarkenden Antisemitismus. Hier wird ausführlich auf die neuen bedrohlichen antisemitischen Terrorakte der durch Donald Trump befeuerten Neonazitruppen in den USA verwiesen. Sie sieht auch, dass in diesem Milieu der extremen Rechten »Hass gegen Muslime, absolute Verachtung von Afroamerikanern und Latinos, Befürwortung von Rassentrennung und ein tiefsitzenden Antisemitismus« sich die Hand reichen.[207] Gleichzeitig macht Lipstadt deutlich, dass in der Debatte um den neuen Antisemitismus erhebliche Probleme bestehen:

> Ein Großteil der Öffentlichkeit kann ihn nicht definieren. Selbst Experten gelingt es nicht, sich auf eine präzise Definition zu einigen.[208]

Wenn die Autorin aber der Definition der Soziologin Helen Fein folgt, wonach Antisemitismus darauf ziele, sich von Juden als Juden zu distanzieren, sie zu vertreiben oder zu vernichten, stellt sich die Frage, warum sie zu einem so verheerenden Urteil über die politische Linke kommt, wo diese Haltung hier doch wohl eher die Ausnahme darstellt. Es könnte in der Unkenntnis und eigenen Vorurteilsstruktur der sich als »der politischen Mitte« entstammend und verpflichtend sehenden Historikerin liegen, die ihr haltlos pauschale Sätze entlockt wie die hier folgenden:

206 Ebenda, S. 43. Zur Kritik der Vorwürfe und der von Attac vorgetragenen Verteidigung vgl.: Gerhard Hanloser, Attac, Globalisierungskritik und strukturelle Antisemitismus, in: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte, Nr. 13, Frühjahr 2005, S. 4–10.

207 Deborah Lipstadt, Der neue Antisemitismus, München 2018, S. 51.

208 Ebenda, S. 26.

> Die politische Linke […] beschuldigte alle Juden, sie seien von Eigentum besessene Kapitalisten, die sich dem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Armen und der Arbeiterklasse entgegenstellen.

Wen meint sie? Wo lässt sich das nachlesen? Ähnlich verhält es mit dem von ihr diagnostizierten »obsessiven Hass der extremen Linken auf Zionismus, Zionisten und Israel«.[209] Und vollends dunkel muss ihre Behauptung bleiben, dass der Antisemitismus »aufseiten der Linken« im Gegensatz zum rechten »eher institutionalisiert« sei.[210] Selbst in der Labour Party, in der mit dem Vorsitzenden Corbyn ein Dulder und mit Ken Livingston ein antisemitische Diskurse führender Lokalpolitiker eine entscheidende Rolle spielt, ist der Antisemitismus keinesfalls Teil der Parteiinstitution, auch wenn sich antisemitische Skandale häuften. 2018 wurde Livinston, der zurecht scharf von Lipstadt als »Softcore-Leugner« kritisiert wird, schließlich auch wegen antisemitischer Äußerungen auf unbestimmte Zeit aus der Partei ausgeschlossen.[211]

Was bleibt also? Ein bestimmtes Milieu wird sich zur Überprüfung seiner liebgewonnenen Einsichten ohnehin schwer durchringen können. Man ist offensichtlich schon längst Teil einer Glaubensgemeinschaft geworden, die nicht zuletzt aus antideutschen Publizisten besteht, von denen einer moderat bekundet:

> Mittlerweile hat sich in Deutschland die Erkenntnis durchgesetzt, dass es Antisemitismus nicht nur im Milieu der extremen Rechten gibt. Viele Studien haben darauf hingewiesen, dass Judenfeindschaft in der sogenannten Mitte der Gesellschaft ebenso existiert wie in der politischen Linken.[212]

Welches Gewicht diese konstatierte »Judenfeindschaft« in linken Gruppen, im linken Weltbild, im linken Selbstverständnis hat, muss gewollt offen gehalten werden oder jenseits jeglicher definitorischen Stimmigkeit konstruiert und immer wieder konstatiert werden. Wer am Lack der Scheinkonstruktionen

209 Ebenda, S. 84.

210 Ebenda, S. 251.

211 Politisch durchsichtig sind auch die von politisch rechter Seite lancierten Bekundungen zu diesem Thema, wenn beispielsweise der Historiker Niall Ferguson eine Lanze für den Brexit und Tory-Nationalkonservativismus bricht und jubelt, »das Beste an Boris' Sieg war die Rolle, die hier die Enthüllungen über den Antisemitismus innerhalb der Labour-Party spielten. Während der letzten vier Jahre hat die Linke versucht, den Populismus, der den Brexit hervorgebracht hat, als rassistisch darzustellen. Doch wie sich herausstellte, waren Corbyn und Co. die eigentlichen Rassisten. Und die Wähler aus der Arbeiterklasse haben das erkannt. Gott sei's gedankt!«, Vgl.: Niall Ferguson, Der Sieg Boris Johnsons bedeutet eine politische Wende mit globaler Strahlkraft: Es ist der Sieg des Sozialkonservatismus über die gute alte Sozialdemokratie, in: Neue Züricher Zeitung vom 16. 12. 2019.

212 Olaf Kistenmacher, Anregung für eine pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus in Hamburg, in: Beratungsnetzwerk Hamburg, Sonderausgabe zum Thema Antisemitismus, Newsletter 1/2018, S. 7–13, hier: S. 8.

Mit CamScanner gescannt

eines »israelbezogenen Antisemitismus« kratzt oder die Tragfähigkeit von im politischen Handgemenge gerne gegen links in Anschlag gebrachten Definitionen infrage stellt, wird gelegentlich selbst als »Antisemit« markiert. So sieht Samuel Salzborn in einem Gutachten der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Hilfsorganisation medico international, die der IHRA-Definition kritisch auf den Zahn fühlt, eine Form der »Umwegkommunikation« wirken und unterstellt den Autoren nicht nur Ignoranz von Forschung, sondern auch Verharmlosung des Antisemitismus.[213]

Besondere Sicherheit gewinnen die Anklägerinnen eines »neuen Antisemitismus«, wenn es um politische AkteurInnen geht, die sich einseitig für die Sache der Palästinenser und gegen Israel als Besatzungsmacht aussprechen und dafür praktische Schritte unternehmen wollen. Der verdammungswürdige »linke Antisemit« taucht für einige in der Gestalt von BDS wieder auf, so wenn Deborah Lipstadt von einem »marxistischen Antisemitismus und Antizionismus« spricht, als dessen »direkte Erbin« die BDS-Bewegung zu betrachten sei.[214] Die geheimdienstlich operierenden Verfassungsschutzorgane hatten diese Boykottbewegung des zivilen Ungehorsams 2017 in einem dem »Sonderthema Antisemitismus« gewidmeten sechsten Kapitel ihres jährlichen Berichts gelistet:

> BDS steht für »Boycott, Divestment and Sanctions« und zielt auf eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Isolation Israels ab. Die BDS-Kampagne, bei der es sich nicht um eine einheitliche Bewegung handelt, war bislang vor allem im englischsprachigen Raum aktiv. Mit ihren Forderungen nach einem uneingeschränkten Rückkehrrecht für Palästinenser und der Gleichsetzung Israels mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime, stellen Teile von BDS das Existenzrecht Israels in Frage und unterstellen Israel in Gänze eine rassistische Prägung.[215]

Was den angeblich antisemitischen Gehalt dieser Boykottbewegung anbelangt, so will sich der Verfassungsschutz bei seinen Ausführungen auf den Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages beziehen. Dieser möchte die klassischen und wissenschaftlichen Bestimmungen von Antisemitismus erweitern und »neueren Ideologieformen des Anti-

213 Vgl.: Samuel Salzborn, Antisemitismus nach dem Halle-Anschlag. War da was?, in: die tageszeitung (taz) vom 5. 12. 2019. Es ist hier offensichtlich, dass der Anschlag von Halle auf die Gefahr eines verschwörungstheoretisch-neonazistischen Antisemitismus verweist, der von den entgrenzten rechtsradikalen Diskursen befeuert wird. Dass Salzborn anlässlich dieses Anschlags prominent auf »den Antisemitismus in den […] linken Kontexten, der sich zumeist gegen Israel wendet«, eingehen muss, könnte ebenfalls als »Umwegkommunikation« beschrieben werden: Über Antisemitismusanklagen soll linke Kritik an Israel unterbunden werden.

214 Deborah Lipstadt, a. a. O., S. 200.

215 Verfassungsschutz Berlin 2017, S. 179.

semitismus« nachgehen.[216] Dabei bezieht sich die Expertenkommission des Bundestags auf den 3-D-Test für Antisemitismus von Natan Scharanski, Ariel Scharons Vizepräsident von 2001 bis 2005, wonach Antisemitismus vorliege, wenn eine Dämonisierung des Staates Israel angestrebt, ein Doppelstandard angelegt und/oder eine Delegitimierung Israels betrieben werden. Dennoch muss der Bericht kritisch nachschieben:

> Im Einzelfall ist die Einschätzung, ob Äußerungen zu Israel lediglich kritisch oder antisemitisch zu verstehen sind, jedoch deutlich problematischer. Der Fokus sollte in diesem Zusammenhang daher weniger auf der Frage liegen, ob eine Äußerung antisemitisch gemeint war oder nicht – dies lässt sich in vielen Fällen nicht eindeutig klären. Stattdessen sollte das Bewusstsein im Zentrum stehen, dass kritische Äußerungen zu Israel unter Umständen sowohl als kritische Positionierung als auch als Antisemitismus verstanden werden können. Es kommt daher darauf an, wer, was, wann sagt und ob die Kritik ohne Zuschreibungen an ein unterstelltes jüdisches Kollektiv erfolgt oder ob im Sinne einer »Umwegkommunikation« Israel nur an die Stelle »der Juden« quasi als Legitimierung antisemitischer Einstellungen tritt.[217]

Bei all diesen schwammigen Begriffen gerät die Expertenkommission aber in einige Schwierigkeiten:

> Die Besonderheiten der neueren Ideologieformen des Antisemitismus zeigt sich darin, dass in einigen Fällen nur schwer zwischen kritischen und antisemitischen Äußerungen unterschieden werden kann.[218]

Dennoch wird immer wieder BDS als im Wesen antisemitisch markiert. Auch von dem Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, der an prominenter Stelle verdeutlicht: »[D]ie BDS-Bewegung ist in ihren Handlungen und Zielen antisemitisch.«[219] Schließlich waren sich alle Parteien im Deutschen Bundestag am 17. Mai 2019 auch darin einig, dass die Aktivitäten von BDS aus Antisemitismusverdacht eingeschränkt werden müssen, BDS selbst wurde als antisemitisch eingestuft und die Fraktion der AfD forderte sogar eine bundesweites Verbot der gewaltfreien Boykottinitiative.

Dem widerspricht die Adorno-Preisträgerin Judith Butler:

> Es ist nicht antisemitisch, die Taktiken des Boykotts, der Desinvestitionen und der Sanktionen (BDS) als gewaltfreie politische Maßnahmen gegen

216 Expertenkommission des Bundestags zum Antisemitismus, S. 27, online: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf.

217 Expertenkommission, a. a. O., S. 28.

218 Ebenda, a. a. O., S. 27.

219 Felix Klein im Interview: »BDS ist im Kern antisemitisch«, Felix Klein über »Israelkritik«, Boykotte und die Ruhrtriennale, in: https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/bds-ist-im-kern-antisemitisch/.

Mit CamScanner gescannt

eine Kolonialmacht zu verteidigen, die staatliche Gewalt einsetzt, um die politischen Rechte seiner Minderheiten zu untergraben. Den Antisemitismusvorwurf zu verwenden, um Israel vor Kritik zu schützen, bedeutet, diesen Vorwurf zu unmoralischen und illegitimen Zwecken zu benutzen.[220]

Auch der Antisemitismusforscher Moshe Zimmermann und der Historiker Gerd Koenen urteilen, es handele sich bei dieser um eine »aus linke[r] oder liberale[r] Ethik gespeiste internationale Solidaritäts- und Boykottbewegung gegen die israelische Besatzungspolitik« und mit der ideologischen Kategorie des israelbezogenen Antisemitismus gerate die Kampagne Boykott, Divestment and Sanction (BDS) oder die BDS-nahen Kritiker der israelischen Politik in den Mittelpunkt des neuen Antisemitismusstreits, parallel zur Marginalisierung des »klassischen Antisemitismus« im rechtskonservativen Lager.[221] Selbst Natan Sznaider sieht in der BDS-Bewegung eher »politische Idioten« als Antisemiten wirken und verweist darauf, dass sie von einem antikolonialen »Narrativ« der »Dritten Welt, der arabischen Welt und eines linksradikalen Milieus« wirklich bewegt und angetrieben werden.[222]

Gegen BDS lässt sich vieles einwenden: die Verstiegenheit ihres Politaktivismus, die Perspektive des Totalboykotts, der im akademischen und künstlerischen Feld gerade notwendige Begegnungen und den Austausch behindert, ein Kaprizieren von politischem Engagement auf vehemente und ausschließliche »Israelkritik«. Sicherlich lassen sich auch bei einzelnen mehr oder weniger prominenten VertreterInnen Aussagen finden, die die reale Situation in und rund um Israel völlig verzeichnen und tatsächlich antijüdischen Ressentiments entsprechen.[223] Doch für die gesamte Bewegung und Organisation trifft eine solche Diagnose eben nicht zu. Der Sänger und Komponist Roger Waters, 1965 Gründer der Pink Floyd, nimmt als aktivistischer Popstar eine wichtige Rolle für BDS ein. Als er im Juni 2018 in Berlin gastierte, nutzte er die Gelegenheit, um in einer Erklärung dem im April desselben Jahres be-

220 Judith Butler, Antisemitismus und Rassismus. Für eine Allianz der sozialen Gerechtigkeit, in: Christian Heilbronn, Doran Rabinovici, Natan Sznaider (Hg.), a. a. O; S. 73–91, hier: 73 f.

221 Moshe Zimmermann, Postskriptum Herbst 2018 zu: Im Arsenal des Antisemitismus, S. 451–456. Und Gerd Koenen, Postskriptum Herbst 2018 zu: Mythen des 19., 20. und 21. Jahrhunderts, in: Christian Heilbronn, Doran Rabinovici, Natan Sznaider (Hg.), a. a. O., S. 121–127, hier: S. 125.

222 Natan Sznaider, Wenn der Messias kommt, in: Der Tagesspiegel vom 23. 8. 2019, S. 20.

223 Einige dieser Entgleisungen präsentiert folgender Artikel, der allerdings auch kaum mehr als eine einseitige Komplettverdammung liefert: Sebastian Leber, Des Ungeistes Kinder. Sie rufen zum Totalboykott gegen Israel aus. Setzen Künstler, Firmen und Forscher unter Druck. Auch in Berlin geben sich BDS-Aktivisten friedlich – und brüllen dann Holocaust-Überlebende nieder, in: Der Tagesspiegel vom 13. 11. 2017, S. 3.

rufenen ersten »Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland«, dem Diplomaten Felix Klein, zu applaudieren für seine Aufgabe, den Antisemitismus »zu zerschlagen«, denn Antisemitismus sei »obszön und widerlich«. Darauf gab es viel Applaus vonseiten des Publikums. Walters führte aber weiter aus, er habe einen klaren Einwand: Klein, seit dem 1. Mai 2018 im Amt, habe versucht zu erreichen, dass Konten bei deutschen Landesbanken, die etwas mit der Bewegung »Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen« (BDS) zu tun haben, gesperrt werden. BDS, deren Aktivisten er als seine »Brüder und Schwester« bezeichnet, sei eine »globale zivilgesellschaftliche Bewegung«, die versuche, die israelische Regierung zum Nachdenken darüber zu bringen, »die Pariser Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 einzuhalten«.[224] Daraufhin wurde Waters von allen großen Berliner und überregionalen Medien heftig attackiert und die ARD sagte sogar eine geplante Übertragung von Konzerten ab.[225]

Wenn nun allerdings ein der Staatsräson Deutschlands verpflichteter Staatsbeamter einem menschenrechtlich motivierten internationalen Rockstar und Politaktivisten, der per se eher dem (Musik-)Markt auf der einen und seinem eigenen Gewissen auf der anderen Seite und nicht staatlichen Interessen, zumal nicht jenen des deutschen Staates, gegenübersteht, ist eine interessante Konstellation markiert. Dass Waters in besonderer Form Israel in den Fokus seiner Kritik nimmt, wie ihm unterstellt wird, entspricht schlicht nicht den Tatsachen. So zeigte sich der musikalische Frontmann im Jahre 2010 begeistert, als der kommerziellste Hit seiner Band, »Another Brick in the Wall«, zur Protesthymne für iranische Jugendliche umgeschrieben wurde. Er erklärte, Künstler würden von ihm ständig ermutigt, den Song zum Widerstand gegen Unterdrückung zu verwenden. Die Adaption zweier iranischer Brüder dichtete den Titel zu »Hey, Ayatollah, leave those kids alone!« um, ein Video, das sich auf YouTube schnell verbreitete. Waters argumentierte universalistisch: Er habe den Widerstand von Schulkindern in Südafrika unterstützt ebenso wie die palästinensischen Kinder im Gazastreifen und im Westjordanland. Die kanadische Nachwuchsband spiele nun eine wichtige Rolle beim Widerstand gegen das Regime in Teheran, er könne dies nur gutheißen.[226]

In der Bundesrepublik aktive BDS-AktivistInnen entstammen oft akademischen Migrationsmilieus aus dem arabischen Raum, viele UnterstützerIn-

224 Hier nachzuhören: Auf der Seite der linken Musikzeitschrift Melodie und Rhythmus: https://www.youtube-nocookie.com/embed/_en2lPcdRzM?rel=0&showinfo=0.

225 Michael Hanfeld, Rogers Waters und die ARD: Lied des Antisemiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. 11. 2017.

226 Nach: Hamburger Abendblatt vom 11. 8. 2010, online: https://www.abendblatt.de/kultur-live/article107835394/Ayatollah-leave-those-kids-alone-Waters-unterstuetzt-Song.html.

Mit CamScanner gescannt

nen sehen sich als Teil der Linken, der menschenrechtlichen Zivilgesellschaft oder des humanistischen und auf Verständigung ausgerichteten Judentums. Zuweilen wird letzteren ProtagonistInnen das Etikett »selbsthassende Juden« verpasst. Dies hat auch unmittelbare Folgen für die politische Betätigung kritischer Juden und ihrer Organisationen: Im Sommer 2019 kündigte die Bank für Sozialwirtschaft der Organisation »Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost« das Konto, nachdem sie sich geweigert hatte, sich von BDS zu distanzieren und sich Befragungen zu dem ihr vorgeworfenen Antisemitismus auszusetzen. In einem kaum Objektivität vorgebenden Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unterstellte Thomas Thiel der gewaltfreien BDS-Bewegung, mit der man nicht in einen Dialog eintreten dürfe, einen indirekten Vernichtungswunsch, insofern sie

> jede Verhandlung und friedliche Lösung ablehnt und ein Ziel vorgibt, das nur mit kriegerischen Mitteln zu erreichen ist. Man sagt nicht: Wir wollen Israel oder die Juden vernichten, man sägt lieber an ihrer Existenzgrundlage und lässt andere den blutigen Rest verrichten.[227]

Dass auch hier die zentralen Forderungen der Kampagne, nämlich der vollständige Abzug aus den besetzten Palästinensergebieten und die Anerkennung gleicher Rechte für alle, verschwiegen wird, passt zu der regelrechten Gegenkampagne, der BDS und Kritiker der rechten israelischen Regierung generell ausgesetzt sind. Ihr hatte sich schließlich auch der Direktor des Jüdischen Museums, Peter Schäfer, zu beugen, der am 14. Juni 2019 von seinem Posten zurücktreten musste, nachdem er wegen der Ausstellung »Welcome to Jerusalem«, die sich einer national-religiösen Ideologie, wonach Jerusalem die ungeteilte Hauptstadt der Juden zu sein habe, entzog, wegen »Einseitigkeit« kritisiert wurde. Gegenüber dem Iran und den fundamentalistisch-muslimischen Sprachregelungen, wonach eine »Islamophobie« grassiere, sei das Museum zu tolerant gewesen. Als ein Mitarbeiter des Museums über Twitter am 6. Juni auf die Kritik von Hunderten israelischen und jüdischen Intellektuellen am sogenannten BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages verwies, wurde Schäfer Opfer einer Medienkampagne, an dem sich auch der mehrheitlich rechte Zentralrat der Juden in Deutschland, der israelische Botschafter in Deutschland und der US-Botschafter Richard Grenell beteiligten.[228] Das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten

227 Thomas Thiel, Wegbereiter des Judenhasses. Die Bewegung BDS sagt, sie kritisiere Israel – in Wahrheit liefert sie die israelischen Juden einem Umfeld aus, das sie vernichten will, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 7. 2019, S. 9.

228 Auch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde noch nach dem Rücktritt Schäfers eine einseitige Kritik der Ausrichtung des Jüdischen Museums unter dem scheidenden Direktor präsentiert. Dieses habe sich neben dem Zentrum für Antisemitismusforschung zu sehr auf eine Kritik des antimuslimischen Rassismus verlegt, dessen Existenz in dem Artikel unter der Hand schlicht bestritten wird: »Wer von antimuslimischem Rassismus spricht, erkennt Muslimen die Möglichkeit ab, über ihre

will auf die internationale Berichterstattung über Israel erheblichen Einfluss nehmen. Der Journalist und Nahost-Experte, Korrespondent verschiedener Zeitungen bei den Vereinten Nationen in Genf, Andreas Zumach, berichtet, Israel habe 2011 eine Stabsstelle mit einem mehrstelligen Millionen-Etat eingerichtet, die speziell für die Anti-BDS-Kampagne zuständig sei.[229] Veranstaltungen, die dem Ansehen Israels schaden könnten, sollen bereits im Vorfeld verhindert werden – durch direkte Interventionen vor Ort und entsprechende Medienkampagnen im Netz oder in der Presse, mit denen Personen, Organisationen und Institutionen, die im Verdacht stehen, BDS zu unterstützen oder sich nicht hinreichend von BDS abzugrenzen, diskreditiert werden. Ab Anfang November 2019 wurde diese Kampagne mit dem in die sozialen Netzwerke eingespeisten Online-Hinweis auf einen Text unter dem Titel »Hinter der Maske – Enthüllung des Antisemitismus in der BDS-Bewegung« massiv verstärkt. Laut Zumach kommt Schützenhilfe von einem Teil der israelischen Presse, genauer gesagt von der in englischer und französischer Sprache erscheinenden Tageszeitung *Jerusalem Post*, in Deutschland vom Zentralrat der Juden und AktivistInnen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und – so ist hinzuzufügen – aus dem politischen Umfeld der sogenannten »Antideutschen«, die sich die »bedingungslose Israel-Solidarität« auf eben die Fahne geschrieben haben, die ihren Weg von ganz links nach ganz rechts begleitet hat. Oft treten die AutorInnen namentlich nicht in Erscheinung, sondern verbergen sich hinter fantasievollen Namen wie »Ruhrbarone« oder »Salonkolumnisten« und betreiben auf ihren Blogs erfolgreiche Denunziations- und Schmähkampagnen gegen MenschenrechtsaktivistInnen, KirchenvertreterInnen, KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, unter ihnen auch viele Juden und Israelis, die die Politik Israels kritisieren.

Reiner Bernstein, in den 70er Jahren Generalsekretär und Leiter der Bundesgeschäftsstelle der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bonn und bis 2011 Vorsitzender der »Initiative Stolpersteine für München e. V.«, sieht das kritisch:

> Dass in der Bundesrepublik Vertreter jüdischer Gemeinden in offenkundiger Abstimmung mit der israelischen Regierung sowie unter Assistenz ihrer nichtjüdischen Mitläufer massiven Druck mit dem Ziel einsetzen, die israelische Politik missbilligende Veranstaltungen unter den Generalverdacht des Antisemitismus und der Delegitimierung des Staates Israel zu stellen, greift nicht nur in die vom Grundgesetz garan-

religiöse Zugehörigkeit frei zu entscheiden«, vgl.: Thomas Thiel, Der Kurswechsel wird zum Kraftakt, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 12. 2019, S. 11.

229 Dieser Hinweis auf Andreas Zumach und seinen Vortrag an der Münchner Universität am 7. 11. 2018 stammt dankenswerterweise von Karin Wetterau, ebenso einige Informationen zu der hier protokollierten Kampagnenpolitik.

Mit CamScanner gescannt

tierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein, sondern soll für die Akzeptanz der Annexion palästinensischer Gebiete sorgen.[230]

Auch der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik betont in Hinblick auf die Anti-BDS-Kampagne:

> Das ist Teil einer Strategie der amtierenden israelischen Regierung. Es wird zwar immer betont, natürlich ist es legitim, die Politik zu kritisieren, aber wenn es dann tatsächlich passiert, dann ist man sehr schnell mit dem Hammer des israelbezogenen Antisemitismus zur Hand. Wir sind auf der Ebene von Gerüchten und wozu Gerüchte politisch führen können, das haben wir ja in den 50er-Jahren in den USA erlebt, das nennt man heute McCarthyismus.[231]

Selbst eine Israel-freundliche und der Linken nicht gewogene Zeitgenossin wie Deborah Lipstadt, merkt an:

> Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob man gegen die Politik der israelischen Regierung ist oder ob man Antisemit ist. Wir alle, die wir diese Plage bekämpfen wollen, tun uns keinen Gefallen damit, automatisch alle Ideen, mit denen wir nicht übereinstimmen, als antisemitisch zu brandmarken. Zu oft fallen einige jüdische Organisationen und ihre Anführer reflexhaft auf diese Anschuldigung zurück.[232]

Diese Erkenntnis sollte also bleiben, ob dann allerdings noch viel von dem scheinbar allgegenwärtigen und übermächtigen »linken Antisemiten« übrigbleibt, ist stark in Zweifel zu ziehen.

230 Reiner Bernstein, Wie alle Völker …? Israel und Palästina als Problem der internationalen Diplomatie. Köln 2018, S. 269.

231 Vgl.: Michael Hollenbach, Antisemitismusvorwurf. Umstrittene Stimme, 7. 3. 2019 auf Deutschlandfunk, online: https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismusvorwurf-umstrittene-stimme.886.de.html?dram:article_id=442886

232 Deborah Lipstadt, a. a. O., S. 233.

GERHARD HANLOSER

»Linker Antisemitismus«

Kursorischer Blick auf kursierende Begriffsdefinitionen

Antisemitismus ist Feindschaft gegen oder Ablehnung von Juden, weil sie Juden sind oder dafür gehalten werden. Die Feindschaft, die auch als spezifische gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezeichnet werden kann, beruht auf einem Ressentiment, das unzulässig verallgemeinerte Realbezüge (Juden als Geldverleiher = Wucherer = Finanzkapitalist …) haben kann, aber auch ohne solche auskommt und sich zu Wahnvorstellungen oder irrationalen Verschwörungstheorien verdichtet und mittels bestimmter Stereotype tradiert und aktiviert werden kann. Antisemitismus ist ein modernes Phänomen. Er tauchte in seiner als klassisch erachteten Form im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auf. Moderner Antisemitismus wurde in jüngerer Zeit sehr prägnant von Dan Diner folgendermaßen definiert:

> Er bebildert die Abstraktionen der Moderne mit den verzeichneten Zügen der Juden. Sein Wesen ist die Vorstellung von der Verschwörung; ihr Movens die vermeintlichen Machenschaften der Juden. Sie beherrschen die Geldmärkte, manipulieren die Börse, kontrollieren die Banken. Letztlich sind sie es, die Mangel und Not verursachen.[1]

Anstatt im Kapitalismus als System und sozialem Verhältnis die Ursachen für Ausbeutung, Unterdrückung und Not zu lokalisieren, wird in der antisemitischen Ideenwelt eine Gruppe verschwörerischer Akteure ausgemacht, die das »Volk«, zu dem man sich selbst zählt, täuschen, ausbeuten und aussaugen. Im jeweiligen historisch-politischen Kontext hat das Ressentiment eine Funktion und kann auch auf eine Tradition des Antijudaismus aufbauen: Es liefert (Pseudo-)Erklärungen für unbegriffene Bedrohungen und Katastrophen (die Pest, den Kapitalismus, die Zumutungen der Moderne, die »rote Flut« …). Diese »Sündenbockfunktion« kann in soziale Bewegungen von unten Eingang finden oder als Herrschaftsinstrument von oben genutzt werden. In Hinblick auf andere Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist der Antisemitismus kombinierbar und anschlussfähig. Nationalismus und

1 Dan Diner, der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines »neuen Antisemitismus«, in: Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Natan Sznaider (Hg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt am Main 2004, S. 310–329, hier: S. 326.

Mit CamScanner gescannt

Antisemitismus befinden sich dabei in einer engen Wechselwirkung.[2] Auch Rassismus und Antisemitismus können sich überlappen, es ist aber nicht zwingend. Während der Rassismus eher eine »Minderwertigkeit« des Objekts seiner Aggression behauptet, imaginiert der Antisemitismus eine Übermächtigkeit »des« beziehungsweise »der Juden«.

Der Antisemitismus entstand auch als Gegenbewegung zur starken, noch revolutionär gesonnenen Sozialdemokratie und gegen den Klassenkampf, der die Kapitalistenklasse in den Fokus der praktischen Kritik nahm. Nach Jean Paul Sartre ist die linke Arbeiterbewegung der Antagonist der Antisemitenbewegung.[3] Dies wird auch deutlich, wenn man sich die historischen Kämpfe der »Marxisten gegen Antisemitismus« vor Augen führt.[4]

In Wissenschaft, Medien und Verfassungsschutzerklärungen wurden in unterschiedlicher Gewichtung drei Formen des Antisemitismus ausgemacht und meist parallelisiert: der rechte, der islamische (oder: islamistische) und der linke. Im Rahmen der Extremismustheorie hat Armin Pfahl-Traughber in einem vielbeachteten, wenn auch im öffentlichen Diskurs folgenlosen Aufsatz darauf hingewiesen, dass »Judenfeindschaft im Linksextremismus allenfalls bei einzelnen Aktivisten auszumachen ist«. Demgegenüber gehört Antisemitismus konstituierend zum Rechtsextremismus und auch, wenn auch anders motiviert, zum Islamismus. Der »Linksextremismus« als »politisches Lager versteht sich als anti-antisemitisch«. Gleichwohl existiere dort eine ausgeprägte Israelfeindschaft, allerdings, wie Pfahl-Traughber betont, »im Sinne eines Antiimperialismus« und nicht eines Antisemitismus.[5]

Dennoch findet sich sowohl in der medialen Berichterstattung als auch in Bereichen der Polizeiwissenschaft und sogar in der politischen Bildung immer wieder die Diagnose eines »linken Antisemitismus«, der als allgegenwärtig und omnipräsent erachtet wird. Auch der Expertenbericht zu Antisemitismus der Bundesregierung verweist auf einen »Antisemitismus«, der konstitutiv mit anderen Feldern wie dem Antiimperialismus verknüpft sei. Interessant ist dabei der Verweis auf die Forschung, die solche »Erweiterungen« eines klassischen Antisemitismusbegriffs vornehme:

2 Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001.

3 Jean-Paul Sartre, Überlegungen zur Judenfrage, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 28 f.

4 Vgl.: Iring Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974.

5 Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Ideologie, Agitation und Gewalthandlungen, in: Martin H. W. Möllers, Robert C. Van Ooyen (Hg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/13, Frankfurt am Main S. 147–165; wiederabgedruckt in einem Band, der in seinen sonstigen Beiträgen diesen Befund untermauert: Reiner Diederich, Peter Menne (Hg.), Der Müll, die Stadt und der Skandal. Fassbinder und der Antisemitismus heute, Frankfurt am Main 2015, S. 101–127, hier: S. 121.

> Insbesondere die deutsche Antisemitismusforschung versteht Antisemitismus z. T. noch deutlich breiter als ein viel komplexeres ideologisches Phänomen, das sich aus weiteren Verschwörungstheorien speist. Hier werden v. a. der Antiamerikanismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus und die Globalisierungskritik ins Spiel gebracht.[6]

Durch diese definitorische »Breite« werden Antikapitalismus und Antiimperialismus als »Verschwörungstheorien« markiert, womit die Bestimmung des Antisemitismus nebulös bleibt, da dieser als Phänomen dargestellt wird, das sich aus eher linkspolitischen Ansichten ableite. Vor allem bleibt unreflektiert, aus welchen Quellen diese Behauptungen und Setzungen sich speisen. Welche »deutsche Antisemitismusforschung« ist gemeint? In der Tat entstammen die meisten der präsentierten Erkenntnisse aus einem wissenschaftskarrieristisch recht erfolgreichen kleinen Segment der bundesdeutschen Linken beziehungsweise ehemaligen Linken: den sogenannten »Antideutschen«, die mit Samuel Salzborn, Sebastian Voigt und Lars Rensmann Referenzen des Expertenkreises darstellen und deren vornehmliches politisches Ziel es war und ist, die historische Linke, aus der sie selbst kommen, zu desavouieren.

Dennoch präsentieren sich Behauptungen und Untersuchungen des »linken Antisemitismus« meist unter Vermeidung klarer politischer Selbstpositionierung und mit umso größeren theoretischen Anstrengungen und Verrenkungen. Ein so heraufbeschworener »linker Antisemitismus« ist häufig mit zwei Themenfeldern verknüpft: einer bestimmten Form unzulänglicher Kapitalismuskritik und einer bestimmten Form von Kritik an Israel.

»Linker Antisemitismus« und Herrschafts-, Ausbeutungs- und Kapitalismuskritik

Folgende Schlagworte sind in diesem Zusammenhang eng miteinander verbunden und verweisen teilweise aufeinander:

»*Struktureller Antisemitismus*«: jede Form der Zins-, Finanzmarkt- und Geldinstitutionskritik sei »strukturell antisemitisch«, auch wenn gar keine Juden – wie beispielsweise im klassischen modernen Antisemitismus nach der Gründerkrise von 1873 – als Subjekte dieser wirtschaftliche Sphäre beziehungsweise dieser Institutionen ausgemacht werden. So wurde der globalisierungskritischen Initiative Attac vorgehalten, strukturell antisemitisch zu agieren, weil sie sich auf eine Kritik der Finanzmärkte kapriziere.[7] Andere versuchen

6 Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970, S. 70, online: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf.

7 Vgl.: Attac-Reader Nr. 3 des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland, Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac, Frankfurt am Main 2004; zur Kritik: Gerhard Hanloser: Attac, Globalisierungskritik und »struktureller Antisemitismus«, online: http://www.grundrisse.net/grundrisse13/13gerhard_hanloser.htm.

Mit CamScanner gescannt

mit Thomas Haury[8] dem Marxismus-Leninismus als Weltanschauung strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem antisemitischen Weltbild zu attestieren. In einer daran anschließenden Bestimmung meint der ansonsten um Differenzierung bemühte Berliner Politologe Peter Ullrich den Marxismus-Leninismus und Lenin selbst strukturell antisemitisches Denke zu attestieren:

> [...] er ist grenzenlos in seinem manichäischen Hass gegen die Feinde des Kommunismus oder gegen »Abweichler« von seiner Position, die er immer hart bekämpft – und das alles auf Basis seiner orthodoxen Theorie mit absolutem Geltungsanspruch.[9]

Das kann und darf aber nicht eine hinreichende Definition von Antisemitismus sein, sonst würde jeder nichtrelativistische und nichtliberale Diskurs als strukturell antisemitisch bezeichnet werden können. Thomas Haury urteilt in seiner Arbeit wesentlich vorsichtiger:

> Finden sich bei Lenin insbesondere auf der strukturellen Ebene zahlreiche Affinitäten und Nähen [!] zu antisemitischen und nationalistischen Denkmustern, so darf sein Denken dennoch keineswegs mit dem spätstalinistischen Antizionismus oder mit Antisemitismus gleichgesetzt werden. Zu zahlreich sind die graduellen wie qualitativen Unterschiede, die Ambivalenzen und Gegentendenzen.

Und in einer Fußnote, die gerne übersehen wird, schreibt Haury zurecht:

> So kann es begrifflich kaum sinnvoll sein, von »Antisemitismus« zu sprechen, solange Juden in keiner Weise diskriminiert oder verfolgt werden; aufgrund dieser Differenz wird hier deshalb von »strukturellen Affinitäten« gesprochen.[10]

»Strukturelle Affinitäten« ist allerdings kaum eine zufriedenstellende Diagnose, um bereits von einem endemischen »linken Antisemitismus« zu sprechen.

»*Verkürzter Antikapitalismus*«: Jede Kapitalismuskritik, die nicht bis zu einer an Marx oder an seinen Theorien anschließenden (wie neo-marxistische Wertkritik, Neue Marxlektüre, Moishe Postone) Kritik der »Basisstrukturen« des Kapitals vordringen und ihre Kritik an Oberflächenphänomenen festmachen (beispielsweise an einzelnen Kapitalisten, einzelnen Sphären des kapitalistischen Gesamtzusammenhangs), stellt eine »Verkürzung« dar, die notgedrungen zum »strukturellen Antisemitismus« führen müsse oder tendieren könne. Wichtigster Bezugspunkt ist hierfür der Aufsatz »Antisemitismus und Nationalsozialismus« von Moishe Postone. In diesem kuriosen strukturmarxistischen Aufsatz wird der NS-Antisemitismus als eine »antikapitalistische Revolte« interpretiert, die die Gesellschaft durch das fabrik-

8 Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg 2002.

9 Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2008, S. 90.

10 Haury, Antisemitismus von links, a. a. O., S. 252.

mäßige Töten der Juden von der abstrakten Tauschwertseite befreien wollte. Damit wird negiert, dass antisemitische Argumentationsfiguren zwar einem verkürzten Antikapitalismus folgen *können*, wenn beispielsweise die Negativ-Figur des »jüdischen Kapitalisten« in propagandistischer Absicht oder ideologischer Form entworfen wird, aber nicht jeder vermeintlich oder tatsächlich verkürzte Antikapitalismus, der sich jenseits von Struktur- und Basisanalysen bewegt, antisemitisch argumentieren *muss*. Wird lediglich ein Einzelkapitalist kritisiert und angegriffen, so mag dies personalisierend und kapitalismusanalytisch ungenügend sein, antisemitisch ist dies noch lange nicht.[11]

Personalisierung abstrakter Verhältnisse: Jede Personalisierung der als unpersönliche und sachliche Herrschaft im Kapitalismus vorgestellten gesellschaftlichen Machtverhältnisse tendiere zum Antisemitismus. Wer mit antikapitalistischem Interesse Namen und Anschrift von konkreten Personifikationen kapitalistischer Verhältnisse vorlegt, tendiere wiederum in Richtung des »verkürzten Antikapitalismus« beziehungsweise des »strukturellen Antisemitismus«. Das Unrecht hat also keinen Namen und keine Adresse mehr.[12]

In der historischen Perspektive scheint diesen theoretisch falschen, ideologisch verkehrten Bestimmungen ein Wahrheitskern zuzukommen; denn sie können sich auf Folgendes beziehen: auf die Existenz von Antisemitismus in antikapitalistischen Revolten, Aufstandsbewegungen und sozialen Bewegungen (mit Spitzen in der Frühen Neuzeit und dem Vormärz).[13]

So war beispielsweise der Anarchist Pierre-Joseph Proudhon als Vertreter einer sozialistisch-antikapitalistischen Strömung, die nicht die marxistische Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus teilte, ein veritabler Antisemit: In seinen Aussagen erschienen Juden als Statthalter der von ihm moralisch kritisierten Finanzwelt. Proudhon steht damit nicht alleine, eine solche antikapitalistisch motivierte und antisemitisch-generalisierende Attacke auf »die Juden« als »Kapitalisten«, »Spekulanten«, »Finanzmogule« finden sich auch bei anderen Vertretern, die der linken oder sozialistischen Tradition entstammen. Selbst bei Karl Marx sind antijüdische Semantik und Invektiven zu finden.[14] Wobei seine Zentralschrift *Das Kapital* mit ihrer ausgearbeiteten

11 Zur Kritik: Gerhard Hanloser, Deutscher Vernichtungsantisemitismus – eine von »Antikapitalismus« angetriebene »Revolte«? in: Gerhard Hanloser (Hg.), Deutschland.Kritik, Münster 2015, S. 64–101.

12 Zur Kritik: Holger Schatz, »Die Welt aushalten lernen«. Neoliberale Formierung des Selbst und linke Marktapologetik, in: Gerhard Hanloser (Hg.), »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004, S. 226–246.

13 Material liefert u. a. Helmut Berding, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.

14 Eine im Kern überzeugende Darstellung liefert u. a. Thomas Haury zu Marx' Text zur Judenfrage, der von verschiedenen Autoren als »antisemitisch« gewertet wurde: Thomas Haury, Zur Judenfrage (1843/44): Bruno Bauer und Karl Marx – Eine Text-

Mit CamScanner gescannt

Fetischismuskritik und Aufdeckung des Mehrwerts als Quelle der Ausbeutung als implizite Kritik aller falschen Anklagen von Übervorteilung und Ungerechtigkeiten sowie fehlerhaften Verkürzungen gelesen werden kann.

Im Kern standen aber linke TheoretikerInnen und AutorInnen, sowie PolitikerInnen und AgitatorInnen gegen die Antisemitenbewegung, die sie als reaktionär und rückschrittlich bekämpfte. Die Gleichheitsvorstellungen der Französischen Revolution weitertragend, setzten sie sich für die Judenemanzipation ein und kämpften gegen die judenhassenden GegnerInnen und KritikerInnen der Gleichstellungspolitik; Marx' Schrift zur Judenfrage stellt nicht zuletzt eine Gegenrede zur judenfeindlichen Schrift des Hegelianers Bruno Bauer dar.[15]

Diverse MarxistInnen verfassten Analysen und historische Darstellungen des Antisemitismus und versuchten, diesen zu widerlegen oder als Relikt der Vergangenheit und Ausdruck zukunftsfeindlicher Gesinnung zu kritisieren.

Dennoch wird durch Verfassungsschutzpublikationen, wie im Berliner Verfassungsschutzbericht 2017 frei assoziierend und jenseits jeglicher begrifflichen Schärfe eine »antisemitische Traditionslinie« im »deutschen Linksextremismus« behauptet:

> [...] ausgehend von den Frühsozialisten und der Arbeiterbewegung über die marxistischen Klassiker und den linksextremistischen Terrorismus bis heute. Dieser Antisemitismus ist zum einen antikapitalistisch motiviert und basiert historisch auf einer Gleichsetzung von »Juden« und »Kapital«.[16]

Dieser Satz resultiert aus Kenntnislosigkeit, es darf aber bei einem Inlandsgeheimdienst, der schon immer Sozialisten, radikale Teile der Arbeiterbewegung und des Marxismus bekämpfte, angenommen werden, dass hier eine für staatliche Verfolgungspraxis passende und lügenhafte Definition in Anschlag gebracht wurde.

»Linker Antisemitismus« und Kritik an Israel

Zwei Formen werden hier zuweilen als neuer Antisemitismus beschrieben, der auch die Linke beträfe:

- *Antizionismus als Form des Antisemitismus*
- *»Israelbezogener Antisemitismus«*

Die Standards in der Auseinandersetzung setzende Dissertation von Martin W. Kloke *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses* benennt keinen »linken Antisemitismus«. Sie präsentiert »israel-

geschichte, in: Nicolas Berg (Hg.), Kapitalismusdebatten um 1900 – Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen. Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur Band VI 2008, Leipzig 2008, S. 141–179.

15 Vgl.: Hermann-Peter Eberlein, Bruno Bauer. Vom Marx-Freund zum Antisemiten, Berlin 2009.

16 Jahresbericht Verfassungsschutz Berlin 2017, S. 191.

feindliche Ressentiments« und »israelfeindliche ›Antiimperialisten‹«, auch ist von »antisemitischen Entgleisungen« die Rede, die jedoch als Sonder- und Ausnahmefälle markiert sind. Klokes Analyse der neuen Linken entdeckt keinen originären »linken Antisemitismus« in Bezug auf Israel.[17] Erst in den darauffolgenden Jahren und Jahrzehnten wurde in polemischer und deutlich politisch interessierter Abrechnung mit »der Linken« auch im Wissenschaftsbetrieb von einem originäre und Strukturmerkmale aufweisenden linken Antisemitismus in Hinblick auf linke Kritik an Israel gesprochen. Dabei wurden zuweilen die Unterschiede zwischen Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik verwischt.[18] Wenige der Kritiker des vermeintlich linken Antisemitismus gingen den unterschiedlichen Facetten des Antizionismus als einer Haltung, Bewegung oder Ideologie, die das jüdische staatliche Projekt (in Palästina oder generell) ablehnt, nach. Eine wesentliche Voraussetzung für eine klare Abgrenzung von Antizionismus ist die Auseinandersetzung mit seinen historischen Formen.

- So gab es zum Beispiel einen innerjüdischen religiös motivierten Antizionismus und einen weltrevolutionär argumentierenden Antizionismus (vom BUND bis Lenin), der kaum als »antisemitisch« etikettiert werden kann, zumal die Bolschewiki selbst erhebliche Anstrengungen unternahmen, um gegen den Antisemitismus und die Pogrome gegen Juden vorzugehen.[19]
- Unter Stalin und in den stalinistischen Regimes des Ostblocks gab es die Reaktivierung des klassischen russischen oder osteuropäischen Volksantisemitismus zu nationalistischen Herrschaftszwecken und zur konservativen Absicherung der Macht in der Sowjetunion. Bekanntestes Beispiel ist hier die Kampagne gegen ein angebliches Komplott von Medizinern vor allem jüdischer Herkunft, die sogenannte Ärzteverschwörung. In dieser paranoiden Kampagnenpolitik stand »der Zionist« als Passepartout-Begriff für »Jude« im Zentrum der Anklage. Der stalinistische Antizionismus als Form des marxistisch-leninistisch ummantelten Antisemitismus ergriff auch einige Ostblockländer (beispielsweise die Tschechoslowakei zur Zeit der Slánský-Prozesse oder Polen 1968); als links im Sinne einer sozialen

17 Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main 1990.

18 Vgl. z. B.: Moshe Zuckermann, Jenseits deutscher Reflexe. Resümee über Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik, in: Gerhard Hanloser (Hg.), Deutschland. Kritik, Münster 2015, S. 102–125.

19 Vgl.: Detlev Claussens Kommentar unter dem Titel »Antisemitismus in der Revolution« zu Lenins Ansprache »Über die Pogromhetze gegen die Juden«, in: Detlev Claussen, Vom Judenhaß zum Antisemitismus. Material einer verleugneten Geschichte, Darmstadt 1987, S. 160–164.

Mit CamScanner gescannt

Vertiefung der Aufklärungsidee können diese Staaten wohl kaum gelten, dies berührt aber wiederum das Feld des Sozialismusverständnisses.[20]

– Im arabischen Raum artikulierte sich ein Antizionismus, der mit der Existenz Israels und dem Nahostkonflikt verschränkt ist. Hier werden die unterschiedlichen Anteile von antijüdisch-antisemitischem Movens auf der Seite von (arabischen oder muslimischen) Ländern, Bewegungen oder Sprechern, antikolonialer Motivation derselben und herrschaftslegitimatorischer gegenseitiger Denunziation und Feindschaftsbezichtigung kaum auseinandergehalten. Mittlerweile hat sich dort ein islamisierter Antisemitismus etabliert, der den Juden nicht nur im arabischen Raum ihre Existenzberechtigung und dem »jüdischen Staat« Israel als »Figur des Dritten« jegliche Legitimität abspricht. Der Antisemitismus hat im Islamismus als politischer Bewegung einen festen ideologischen Platz.[21]

– Es entfaltete sich nach 1967 in der Neuen Linken ein »Antizionismus«, der teilweise von global zirkulierenden weltrevolutionären Ideen begleitet war.[22] Teile dieser neulinken Theorie bezogen sich unkritisch auf den Marxismus-Leninismus (ohne willentlich den Antisemitismus des nationalistischen Stalinismus zu übernehmen). Andere rezipierten den Antizionismus der arabischen Länder oder dortiger Gruppierungen als vornehmlich sozialrevolutionär motiviert, eine Fehlrezeption, die das in diesen Ländern oder Gruppierungen anzutreffende nationalistisch-antijüdische Sentiment nicht oder zu wenig wahrnahm. Aus mangelnder Kritik und Fehlrezeption jedoch auf eine konstitutive Nähe und ideologische Waffenbruderschaft zu schließen ist wenig plausibel.

Tatsächlich existiert bis heute ein verschwörungstheoretisch unterfütterter Anti-Israelismus oder ein zuweilen paranoid unterfütterter Antizionismus von sich links fühlenden ProtagonistInnen. Betrachtet man den Kontext ihres Antizionismus, so ist ein oft irrationaler Israelhass zu konstatieren, Unkenntnis marxistischer Theorie und Abwesenheit materialistischer Unter-

20 Vgl. z. B.: Jan Gerber, Prager Perspektiven. Der Slánský-Prozess 1952, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts/Simon Dubnow Institute Yearbook 9 (2010), S. 575–620; Leon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg im Breisgau 1992; Hans-Christian Dahlmann, Antisemitismus in Polen 1968. Interaktion zwischen Partei und Gesellschaft, Osnabrück 2013.

21 Vgl. die beiden Einträge von Michael Kiefer zu »Islamisierter Antisemitismus« und »Islamismus«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3: Begriffe, Theorien, Ideologie, Berlin/New York 2010, S. 133–138.

22 Wie beispielsweise in Israel selbst: Lutz Fiedler, Matzpen: Eine andere israelische Geschichte (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Bd. 25, Berlin 2017; zu BRD und Westdeutschland: Gerhard Hanloser, Der linke Antizionismus in Westdeutschland und Westberlin, in: Markus Mohr (Hg.), Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion, Münster 2016.

suchungen sowie ein herrschaftsförmiger und autoritärer Souveränismus. Verschwörungstheorien ersetzen Gesellschaftstheorie. Die USA werden auf »Wall Street« reduziert. Israel wird als in böser Absicht agierender, machtvoller Block gezeichnet.[23] Entweder ist dieser Antizionismus camouflierter Antisemitismus oder er teilt wesentliche Motivlagen und Elemente des klassischen modernen Antisemitismus wie die Erklärung komplexer Sachverhalte durch Verschwörungsdenken.

Der »*Israelbezogene Antisemitismus*« ist dennoch alles andere als eine wissenschaftlich gesicherte Definition, wie auch die offene und kontroverse Debatte um den »neuen Antisemitismus« zeigt.[24] In dem Band *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*[25] finden sich in dieser Hinsicht wagemutige und spekulative Ableitungskategorien. Den meisten Beiträgen dieses Bandes wird zu Recht attestiert, »mit einem diffusen Antisemitismusverständnis« zu arbeiten.[26]

Auch um die EU-Definition des Antisemitismus gibt es einen politischen und wissenschaftlichen Streit. Diese »EUMC-Arbeitsdefinition« wertet als Antisemitismus:

- das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung im Zusammenhang mit dem Staat Israel, z. B. durch die Behauptung, der Staat Israel sei ein rassistisches Projekt;
- die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und verlangt wird;

23 Hier könnte auf einige publizistische Akteure rund um das Kölner Zeitungsprojekt »*Neue Rheinische Zeitung*« verwiesen werden oder auf die Mahnwachenbewegung 2014/15 mit ihrer entgrenzten Blog-Kultur des »Web 2.0, wo jede Meinung, wie begründet oder bizarr auch immer, ihr Forum finden kann und zugleich … Empörung und Echauffieren zum Grundton gehören«, vgl.: Peter Ullrich, Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche, Wiesbaden 2017, S. 217–251, hier: S. 234 f.

24 Vgl.: Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Natan Sznaider (Hg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, a. a. O. Eine Kritik des verselbständigten Begriffs formuliert auch jüngst Moshe Zimmermann im Folgeband: Moshe Zimmerman, Im Arsenal des Antisemitismus, in: dies., Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer Debatte, Berlin 2019, S. 431–458, hier: S. 455 f.

25 Der Band entstand nach einer Diskussion über antisemitische Aussagen auf der Mailingsliste der Hans-Böckler-Stiftung und versammelt auch einige Vertreter der sogenannten »antideutschen« Szene. Matthias Brosch, Michael Elm, Norman Geißler, Britta Elisa Simbürger, Oliver von Wrochem (Hg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007.

26 Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus, a. a. O.

Mit CamScanner gescannt

- Antisemitismus als das Bestreben, alle Juden kollektiv für Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen;
- die Anwendung klassisch-antisemitischer Symbole und Bilder (z. B. der Vorwurf, dass Juden Jesus töteten, oder die Behauptung von Blutopfern) für die Charakterisierung Israels oder der Israelis;
- der Vergleich der aktuellen Politik Israels mit jener der Nazis.

Allerdings kann eine Kritik an Israel dann nicht als antisemitisch eingestuft werden, wenn sie in ähnlicher Weise auch gegenüber anderen Ländern geäußert wird. Die EU-Definition ist umstritten und gilt nicht als allgemeinverbindlich.[27] So muss auch ins Kalkül gezogen werden, dass die historische wie die aktuelle Linke mindestens seit 1967/68 schnell mit dem Faschismus- und Rassismusvorwurf zur Hand ist – und dies nicht nur gegenüber Israel. Außerdem verstärkt die zionistische und nationalreligiös motivierte Politik Israels mit ihrer Ineinssetzung ihres Agierens und »den jüdischen Interessen« sowie der antidemokratischen Etikettierung des Staates Israel als »jüdischem Staat« die bei uninformierten Zeitgenossen sich aufdrängende Haltung, es bestehe eine Deckungsgleichheit von Juden und dem Staat Israel. Eine Politik, die sich besonders unangenehm bis gefährlich für diasporische Juden auswirkt, aber im Sinne einer tatsächlichen Unterscheidungsmöglichkeit durch jüdische Kritiker israelischer Politik konterkariert wird. Letztere wiederum werden sowohl von unkritischen Verfechtern israelischer Politik als »selbsthassende Juden« geschmäht wie von der offiziellen (bundesrepublikanischen) Politik kaum wahrgenommen, teilweise sogar marginalisiert.

Viele Kritiker der antizionistischen oder internationalistischen Linken mit ihrer Israel-Kritik beziehen sich auf die »Arbeitsdefinition Antisemitismus«, die ihre Annahme und Verbreitung durch die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) seit dem Jahr 2016 erfahren hat. Diese lautet in der deutschen Übersetzung:

> Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Peter Ullrich kommt in einem Fachgutachten für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu dem die Arbeitsdefinition kritisierenden Urteil:

> Die Schwächen der Arbeitsdefinition sind das Einfallstor für ihre politische Instrumentalisierung, etwa um gegnerische Positionen im Nahostkonflikt durch den Vorwurf des Antisemitismus moralisch zu diskreditieren. Dies hat relevante grundrechtliche Implikationen. Die zunehmende Imple-

27 Vgl.: Armin Pfahl-Traughber, Die EUMC-Arbeitsdefinition Antisemitismus in der Kritik, in: hagalin.com. Jüdisches Leben, online: http://www.hagalil.com/2017/07/eumc-arbeitsdefinition-antisemitismus/.

mentierung der »Arbeitsdefinition« als quasi-rechtliche Grundlage von Verwaltungshandeln suggeriert Orientierung. Stattdessen ist sie faktisch ein zu Willkür geradezu einladendes Instrument. Dieses kann genutzt werden, um Grundrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit, in Bezug auf missliebige israelbezogene Positionen zu beschneiden. Anders als die Bezeichnung »Arbeitsdefinition« suggeriert, findet auch keine Weiterentwicklung der Definition statt, um diese Schwächen zu beheben.[28]

Es liegen Unmengen von verschiedenen Untersuchungen zur »Israelkritik« durch Wissenschaftler vor. Einige sind von dem klaren Interesse geprägt, Kritik an der Politik Israels zu dämonisieren. So kommt beispielsweise ein Wissenschaftler in seinem Text mit der Überschrift »Was ist ›Israelkritik‹?« zu dem Ergebnis, es handele sich dabei um »narzisstische Selbstbestätigung«, sie sei das Gleiche wie Antizionismus und intendiere den »Tod des jüdischen Staates«. Der Autor endet mit den Worten: »Auf diejenigen, die die Macht dieser mörderischen Fantasie spüren, wirkt sie berauschend.«[29] Dankenswerterweise desavouieren sich solche Ausfälle schon von selbst und können nur schwer »Wissenschaftlichkeit« für sich reklamieren. In kaum einer Ausführung zum Themenkomplex »Israelkritik« werden die Erkenntnisse einer Studie von 2005 gewürdigt, wonach der mit 36 Prozent größte Prozentsatz der in Deutschland geäußerten Kritik an Israel als »menschenrechtsorientierte Israelkritik« zu werten sei: Die in dieser Gruppe zusammengefassten Menschen zeigten sich nicht nur mit am besten über den Israel-Palästina-Konflikt informiert, sondern auch fast komplett frei von antisemitischen wie anderen, namentlich palästinenser- und islamfeindlichen, Vorurteilen.[30]

Und erst jüngst machte Tony Judt darauf aufmerksam: der »höchste Grad an Sympathie für die Palästinenser in einem europäischen Land ist in Dänemark festgestellt worden, wobei Dänemark zugleich eines der am wenigsten antisemitischen Länder in Europa ist …«[31]

28 Peter Ullrich, Gutachten zur »Arbeitsdefinition Antisemitismus« der International Holocaust Remembrance Alliance, Berlin 2019, online: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf.

29 Beispielsweise: Alvin H. Rosenfeld, Was ist »Israelkritik«?, in: Marc Grimm/Bodo Kahmann (Hg.), Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston 2018, S. 51–63, hier: S. 62.

30 Wilhelm Kempf, Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche, Berlin 2015, besonders, S. 81 f.

31 Tony Judt, Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus, in: Christian Heilbronn/Doron Rabinovici/Natan Sznaider, Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer Debatte, Berlin 2019, S. 63–72, hier: S. 66.

Mit CamScanner gescannt

In Hinblick auf eine antiimperialistische Kritik Israels wird einigen linken Protagonisten auch gerne ein »*sekundärer Antisemitismus*« unterstellt.[32] Mit dieser Begrifflichkeit, die den Kritisierten eine aus Erinnerungsabwehr geborene feindliche Haltung gegenüber Juden attestiert, beziehen sich die Kritiker auf eine Studie von Peter Schönbach[33] und Bemerkungen von Theodor W. Adorno[34]. Demnach seien stereotype Argumentationsmuster bei sich mit ihren Nazieltern identisch fühlenden Kindern folgendermaßen gelagert: Täter-Opfer-Verkehrung (»Die Juden sind ja auch selbst (mit) schuld« oder »Die Juden hatten zu viel Macht«), Verdrängung (»Das mit Auschwitz haben wir nicht gewusst«) oder eine Schlussstrich-Mentalität (»Wir können nicht ewig mit einem Schuldkomplex herumlaufen«) beziehungsweise die Sehnsucht nach »Normalität«. Mit »sekundärem Antisemitismus« ist die legitimatorische Haltung ehemaliger aktiver und überzeugter Nazis und deren Übertragung auf die mit ihnen sich verbunden fühlenden Kinder gemeint.

Eine solche Haltung nun vornehmlich bei den revoltierenden Kindern der Tätergeneration auszumachen, birgt immer das Problem der kaum begründbaren Psychologisierung und möglichen Unterstellung fremder Motive. Nicht umsonst verschwimmen den Autoren, die mit dem »sekundären Antisemitismus« in Hinblick auf die linksrevolutionären 68er-Protagonisten operieren, auch ansonsten die Begriffe. So findet sich sowohl bei Philipp Gessler die wenig aussagekräftige und verwirrende Figur des »grundierten Antisemitismus« beziehungsweise bei Wolfgang Kraushaar die Rede vom »antisemitisch grundierte(n) Terrorismus« bewaffneter Gruppierungen wie RAF, RZ und Bewegung 2. Juni.[35] Nimmt man diese mit dem schwachen Verb »grundieren« verbundene Sprachformel als Bild ernst, so hätten die Protagonisten dieser Gruppierungen den Antisemitismus als erste Farb- oder Lackschicht und Untergrund ihrer weiteren Tätigkeit und Praxis aufgetragen. Was man sich darunter vorstellen darf, bleibt vollkommen offen, tatsächlich sprechen alle seriösen Studien über »linken Terrorismus« und bewaffneten Kampf eine andere Sprache.

Dennoch und bei aller theoretischen (und politisch interessegeleiteten) Unzulässigkeit und Ungenauigkeit der hier vorgestellten Kritik eines »linken

32 Z. B.: Philipp Gessler, Antisemitismus und Antizionismus in der bundesrepublikanischen Linken bis 1989/90 und ihr Fortleben bis zur Diskussion über den Libanon-Krieg 2006, in: Brosch et al. (Hg.), Exklusive Solidarität, a. a. O., S. 347–365, hier: S. 362.

33 Peter Schönbach, Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60, Frankfurt am Main 1961.

34 Theodor W. Adorno, Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 20.1, Darmstadt, S. 360–383, hier: S. 362.

35 Wolfgang Kraushaar, Abspaltung und Potenzierung. Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus in der militanten Linken der Bundesrepublik, in: Brosch et al. (Hg.), Exklusive Solidarität, a. a. O., S. 325–346, hier: S. 346.

Antisemitismus« finden sich historische und aktuelle Übergänge von Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik unter Linken oder Personen, die sich der Linken zugehörig fühlen. Im Gegensatz zu rechten, reaktionären und per se Gleichheit ablehnenden politischen Strömungen, Lagern und Gruppierungen ist Antisemitismus in der Linken tatsächlich ein Skandal und eine – gemessen an den eigenen Prämissen – nicht zu tolerierende Abweichung von den aufklärerischen Zielen dieser Bewegung.

Es hat Antisemiten in der Linken gegeben, und Fälle und Beispiele von Antisemitismus kann es in Parteien, Bewegungen und Strömungen der Linken geben, aber von einer strukturellen Affinität, natürlichen Wahlverwandtschaft oder gar einer (Teil-)Identität auszugehen, folgt einem eminent politischen Ziel: der Desavouierung linker Haltungen, Geschichte, Prinzipien und Politik. Hans Keilson ist in einem in seiner Differenziertheit unübertroffenen Aufsatz von 1988 in der psychologischen Fachzeitschrift *Psyche* der Frage nach einem originär »linken Antisemitismus« nachgegangen. Darin hält er fest, dass Antisemitismus im direkten Widerspruch zu der aus der Aufklärung stammenden Ideologie des Sozialismus steht, »der ja die Befreiung des Menschen von sozialen und politischen Vorurteilen auf seine Fahne geschrieben und die Sache der Juden zu der seinen gemacht hatte«.[36] In seiner Skizze kommt Keilson zum Ergebnis, dass zwar einzelne Vorkämpfer der alten historischen Linken antisemitische Äußerungen getätigt hätten, dass insgesamt eine große »Hilflosigkeit« bei der alten Linken in Hinblick auf die Persistenz des Antisemitismus zu beobachten ist. Die zionistische Lösung sei im sozialistischen und kommunistischen Lager »ein einziges Fragezeichen oder gar Ärgernis gewesen«.[37] In der Weimarer Republik habe es dann ein taktisches Spielen mit Antisemitismus durch die KPD gegeben. Außerdem sei in diesem Lager in besonderem Maße ein rebellisch-autoritärer Charaktertyp nach Erich Fromm anzutreffen gewesen. Ambivalente Gefühlseinstellungen und Projektionen seien auch bei der Neuen Linken der 60er zu beobachten, wo eine Haltung, die Juden betreffend, vorrangig gewesen sei, die aus dem alten Sündenbock einen Tugendbock und im Modus einer tiefen Enttäuschung den »alt-neuen Sündenbock« schuf:

> Ihr, die ihr wissen könntet, was es heißt, Opfer von Gewalttätigkeiten zu sein, hättet besser aus eurer Erfahrung lernen müssen.[38]

Doch trotz all dieser Bemerkungen und Überlegungen bleibt Keilson vorsichtig im Urteil und lässt das Fragezeichen hinter »linkem Antisemitismus« stehen, auch in Hinblick auf die Neue Linke und ihre Israelkritik:

> Wir wissen nicht, um welche Gruppierungen es sich bei diesen »antizionistischen Aktionen« handelt. Sind es die von Fromm beschriebenen

36 Hans Keilson, Linker Antisemitismus?, in: Psyche 9/1988, S. 769–794, hier: S. 770.
37 Ebenda, S. 784.
38 Ebenda, S. 791.

Mit CamScanner gescannt

»rebellisch-autoritären Charaktertypen« mit ihrer ideologisch-politischen Unzuverlässigkeit, oder ist es der Kern der »neuen Linken«, die wie die linkssozialistischen Israelis die Entwicklung einer aktiv aggressiven Außen- und Siedlungspolitik im Widerspruch sehen zu den hohen Idealen der Moral und Menschlichkeit des ursprünglichen zionistischen Konzepts und im Widerspruch zum Geist des sozialistischen Experimentes, wie er mit den Kibbuzim so eindrucksvoll der Welt präsentiert wurde.[39]

Keilsons Resümee:

> Daß die sozialistischen Bewegungen den Antisemitismus nie in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben, steht fest; daß sie im Gegenteil ihn als fortschrittsfeindlich empfunden und abgewiesen haben, ist sicher; daß ihre Definition des Fortschritts jedoch ideologisch präokkupiert war, ist ebenso sicher.[40]

Die Diagnose des »linken Antisemitismus« ist im wissenschaftlichen Feld also ebenso umstritten, wie sie in der politischen Arena von interessierter Seite herumgereicht wird. Folgt man allen beliebigen Bestimmungen, Verkürzungen und Ineinssetzungen einer Vielzahl der gegen die Linke mit Vorurteilen operierenden, oft staatsloyalen und offiziellen Antisemitismusforscher, die dem von Angela Merkel bis Gregor Gysi (und aus ganz eigenen Gründen auch von der AfD) geteilten Diktum, oberste Staatsräson sei »Solidarität mit Israel« walten zu lassen, dann ist natürlich jegliche Kritik an der deutschen Außenpolitik und seines Verbündeten Israel »antisemitisch«. Waren elaborierte Theorien des modernen Antisemitismus in Anschluss an Horkheimers und Adornos Aufsatz »Elemente des Antisemitismus«[41] aus der *Dialektik der Aufklärung* darum bestrebt, diesen als Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft kenntlich zu machen, als ambivalent zu betrachtendes Phänomen des Fortschritts im Sinne von Fortschreiten einer herrschaftlichen und von Ausbeutung gekennzeichneten Gesellschaft, so scheint eine Vielzahl von aktuell virulenten »Antisemitismustheorien« der Extremismustheorie verpflichtet zu sein – und verstärkt darum bemüht, die bürgerliche Gesellschaft vor ihren konstruierten wie realen Feinden zu schützen.[42] Der Aufruf zur Be-

39 Ebenda, S. 788.

40 Ebenda, S. 787.

41 Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung, in: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 1998, S. 177–217.

42 Ein in der Linken wirksames Sonderphänomen ist dabei die Kombination aus vehementer Ablehnung der Extremismustheorie und der Selbstpositionierung als Kritiker des »linken Antisemitismus« ohne Extremismusverdacht; dabei werden alle oben skizzierten fehlerhaften und nebulös gehaltenen Bestimmungen von Antisemitismus gegen eine »antiimperialistische Linke« in Stellung gebracht, wobei man sich schlicht auf diskursive Konsensfiguren des linken antideutschen Milieus bezieht. Damit betreibt man Antisemitismuskritik als Fraktionskampf innerhalb der Linken,

folgung einer »Staatsräson« ist dabei weit willkürlicher als beispielsweise das Grundgesetz mit seinen Paradigmen. Staatsräson ist folglich ein autoritärer Ordnungsruf und kann mit einem linken Selbstverständnis, das zuweilen in der Nachfolge anarchistischer oder neulinker Positionen nach 68 antiautoritär ist, nicht identisch sein. Als willkürlicher Herrschaftsanspruch droht diese Staatsräson aufgrund ihrer nebulösen Allgemeingültigkeit schließlich auch grundgesetzliche Bestimmungen wie die Meinungsfreiheit auszuhebeln.

Literatur

Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung, in: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 1998.

Theodor W. Adorno, Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: ders.: Gesammelte Schriften, Band 20.1, Darmstadt.

Götz Aly, Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt am Main 1991.

Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933, Frankfurt am Main 2011.

Jean Amery, Der ehrbare Antisemitismus, in: Die Zeit Nr. 30 vom 25. Juli 1969.

Werner Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973.

Andreas H. Apelt und Maria Hufenreuter (Hg.), Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle (Saale) 2016.

Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main 1986.

Hannah Arend, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München/Zürich 2006.

Hannah Arendt, Israel, Palästina und der Antisemitismus, Berlin 1991.

Peter A. Arschinoff, Geschichte der Machno-Bewegung, Münster 1998.

Attac-Reader, Globalisierungskritik und Antisemitismus. Zur Antisemitismusdiskussion in Attac, Reader Nr. 3 des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland, Frankfurt am Main 2004.

Autonome LUPUS-Gruppe, Die verlorene Unschuld – zum Teufel mit den Opfern, in: dies., Geschichte, Rassismus und das Boot. Welcher Kampf gegen welche Verhältnisse, Berlin 1992.

Moustafa Bayoumi (Hg.), Mitternacht auf der Mavi Marmara – Der Angriff auf die Gaza-Solidaritäts-Flotille, Hamburg 2011.

Werner Benz (Hg.), Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, Berlin 2018.

Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung, München 2007.

Wolfgang Benz, Die Oktoberrevolution als Projektionsfläche von Verschwörungstheorien, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017.

Helmut Berding, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.

vgl.: diverse Ausführungen von Tom Uhlig, Kurator der Frankfurter Ausstellung »Das Gegenteil von Gut« über linken Antisemitismus und Mitherausgeber des Buches *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*, Berlin 2019.

Mit CamScanner gescannt

Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970, S. 70, online: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf.
Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre und Bernd Rabehl (Hg.), Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968.
Werner Bergmann, Ulrich Sieg (Hg.), Antisemitische Geschichtsbilder, Band 5, Essen 2009.
Reiner Bernstein, Wie alle Völker …? Israel und Palästina als Problem der internationalen Diplomatie, Köln 2018.
Alexander Bischkopf, »Aufbruch« zwischen den Fronten? Der »Fall Scheringer« in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential, DISS Geisteswissenschaften der Technischen Universität Berlin zur Erlangung des akademischen Grades, Berlin 2013.
Henryk M. Broder, Antizionismus – Antisemitismus von links?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) Nr. 24 vom 12.6.1976.
Matthias Brosch, Michael Elm, Norman Geißler, Britta Elisa Simbürger, Oliver von Wrochem (Hg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007.
Alain Brossat, Sylvia Klingberg, Revolutionary Yiddishland. A History of Jewish Radicalism, London 2017.
Micha Brumlik, Doron Kiesel, Linda Reisch (Hg.), Der Antisemitismus und die Linke, Frankfurt am Main 1991.
Micha Brumlik, Karl Marx, Judenfeind der Gesinnung, nicht der Tat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2014.
Hauke Brunkhorst, War Marx Antisemit? Die falsch gestellte Frage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2014.
Detlev Claussen, Vom Judenhass zum Antisemitismus. Material einer verleugneten Geschichte, Darmstadt/Neuwied 1987.
Detlev Claussen, Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1994.
Detlev Claussen, Im Haus des Henkers, in: Dietrich Wetzel (Hg.), Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt, Frankfurt 1983.
Hans-Christian Dahlmann, Antisemitismus in Polen 1968. Interaktion zwischen Partei und Gesellschaft, Osnabrück 2013.
Daniela Dahn, Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung, Hamburg 2019.
Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus (herausgegeben und eingeleitet von Eike Geisel und Mario Offenberg), Berlin 1977.
Reiner Diederich, Peter Menne (Hg.), Der Müll, die Stadt und der Skandal. Fassbinder und der Antisemitismus heute, Frankfurt am Main 2015.
Hermann-Peter Eberlein, Bruno Bauer, Vom Marx-Freund zum Antisemiten, Berlin 2009.
Friedrich Engels, in: Gespräche mit Marx und Engels (herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger), Frankfurt am Main 1973.
Iring Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974.
Lutz Fiedler, Matzpen: Eine andere israelische Geschichte (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Band 25), Berlin 2017.
Orlando Figes, Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russische Revolution 1891–1924, Berlin 1998.

Henry Ford, Der internationale Jude (1920/1933 im Leipziger Hammer Verlag veröffentlicht), online: http://www.mosaisk.com/Martin-Hohmann/Der-Internationale-Jude.htm.
Ralf Fücks (Hg.), Sind die Grünen noch zu retten?, Reinbek bei Hamburg 1991.
Manfred Gebhardt, Die Nackte unterm Ladentisch. Das Magazin in der DDR, Berlin 2002.
Sebastian Gehrig, Barbara Mittler, Felix Wemheuer (Hg.), Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2008.
Wolfgang Gehrke, Rufmord. Die Antisemitismus-Kampagne gegen links, Köln 2015.
Jan Gerber, Prager Perspektiven. Der Slánský-Prozess 1952, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts/Simon Dubnow Institute Yearbook 9 (2010).
Marc Grimm, Bodo Kahmann (Hg.), Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston 2018.
Olaf Groehler, SED, VVN und Juden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Wolfgang Benz (Hg), Jahrbuch für Antisemitismusforschung Band 3, Berlin 1994.
Hellmut G. Haasis, Spuren der Besiegten, Band 1: Freiheitsbewegungen von den Germanenkämpfen bis zu den Bauernaufständen im Dreißigjährigen Krieg; Band 2: Von den Erhebungen gegen den Absolutismus bis zu den republikanischen Freischärlern 1848/49, Reinbek 1984.
Gerhard Hanloser, Krise und Antisemitismus, Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerzeit über die Weltwirtschaftskrise bis heute, Münster 2003.
Gerhard Hanloser (Hg.), Deutschland.Kritik, Münster 2015.
Gerhard Hanloser, Der linke Antizionismus in Westdeutschland und Westberlin, in: Markus Mohr (Hg.), Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion, Münster 2016.
Gerhard Hanloser, Die Rote Fahne und der Antisemitismus, in: Sozial.Geschichte Online: https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00043277/06_Hanloser_Rote_Fahne.pdf.
Gerhard Hanloser, Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs, Münster 2019.
Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
Thomas Haury, Zur Judenfrage (1843/44), Bruno Bauer und Karl Marx – Eine Textgeschichte, in: Nicolas Berg (Hg.), Kapitalismusdebatten um 1900 – Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen. Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur Band VI 2008, Leipzig 2008.
Ulrike Heider, Keine Ruhe nach dem Sturm, Berlin 2018.
Christian Heilbronn, Doran Rabinovici, Natan Sznaider (Hg.), Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Frankfurt am Main 2004/Berlin 2019.
Kenneth J. Heineman, Campus Wars: The Peace Movement At American State Universities in the Vietnam Era, New York/London 1993.
Enrico Heitzer, Martin Jander, Anetta Kahane, Patrice G. Poutrus (Hg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt am Main 2018.
Jeffry Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, Göttingen 2019.
Ralf Hoffrogge, Der Sommer des Nationalbolschewismus? Die Stellung der KPD-Linken zum Ruhrkampf und ihre Kritik am »Schlageter-Kurs« von 1923, in: Sozial. Geschichte Online 20 (2017), S. 99–146.

Mit CamScanner gescannt

Ralf Hoffrogge, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz/München 2014.
Klaus Holz, Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001.
Wulf D. Hund, Der ›jüdische Nigger‹ Lassalle. Marginalien zu einem Brief von Karl Marx, in: Sozial.Geschichte Online 24 (2018).
Tony Judt, Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus, in: Christian Heilbronn, Doron Rabinovici, Natan Sznaider, Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer Debatte, Berlin 2019.
Hans Keilson, Linker Antisemitismus?, in: Psyche 9/1988.
Wilhelm Kempf, Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche, Berlin 2015.
Mario Keßler, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln 2013.
Mario Keßler, »Antizionismus«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologie, Berlin/New York 2010.
Mario Keßler, »Sozialismus«, in: Wolfgang Benz (Hg.) Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologie, Berlin/ New York 2010.
Mario Keßler, Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Utopie kreativ, H. 173 (März 2005).
Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien, herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Band 6).
Mario Keßler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1994.
Mario Keßler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993.
Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002.
Michael Kiefer, »Islamisierter Antisemitismus« und »Islamismus«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologie, Berlin/New York 2010.
Olaf Kistenmacher, Arbeit und ›jüdisches Kapital‹. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung *Die Rote Fahne* während der Weimarer Republik, Bremen 2016.
Thomas Klein, Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung, in: telegraph. Sondernummer Herbst '89 Nr. 135/136 2019/2020, S. 55–106.
Martin Kloke, »Linker Antisemitismus«, in: Wolfgang Benz (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 3: Begriffe, Theorien, Ideologie, Berlin/New York 2010.
Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Frankfurt am Main 1990.
Martin Kloke, Antisemitismus in der deutschen Linken. Ein Blick in die Frühzeit der APO. in: Tribüne Nr. 177 vom 31. 3. 2006.
Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1971.
Eike Geisel, »Familienzusammenführung«, in: ders.: Lastenausgleich. Umschuldung, Berlin 1984.

Gerd Koenen, Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin 1998.
Frédéric Kreit, Sozialismus für Kleinbürger. Pierre Joseph Proudhon – Wegbereiter des Dritten Reiches, Köln/Weimar/Wien 2009.
Rosemarie Leuschen-Seppel, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich: die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978.
Deborah Lipstadt, Der neue Antisemitismus, München 2018.
Michael Löwy, Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken, Berlin 1997.
Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1959.
Wilfried Mausbach, Wende um 360 Grad? Nationalsozialismus und Judenvernichtung in der »zweiten Gründungsphase« der Bundesrepublik, in: Christina von Hodenberg, Detlef Siegfried (Hg.), Wo »1968« liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2006.
Franz Mehring, Anti- und Philosemitisches, in: Die neue Zeit, IX. Jg., Bd. 2 (1890–1891), Nr. 45, S. 585–588, online: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/mehring/1891/xx/philo-anti.html.
Francois Melis, Karl Marx, Friedrich Engels, Ihr ambivalentes Verhältnis zum Judentum. Philosophische Gespräche Heft 58 der Hellen Panke e.V., Berlin 2019.
Gerald Messadié, Verfolgt und auserwählt. Die lange Geschichte des Antisemitismus, München/Zürich 2001.
Ahlrich Meyer, Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789–1848, Berlin 1999.
Hajo G. Meyer, Tragisches Schicksal. Das Judentum und die Wirkung historischer Kräfte. Eine Übung in angewandter Geschichtsphilosophie, Berlin 2008.
Markus Mohr, Hartmut Rübner, Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der »inneren Sicherheit«, Münster 2010.
Markus Mohr, Gerhard Hanloser, Der westdeutsche Maoismus und die Partei Die Grünen, in: Klaus Kinner (Hg.), Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011.
Markus Mohr (Hg.), Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion, Münster 2016.
Walter Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Ost-Berlin 1972.
Walter Moßmann, Ein Pfahl im Löß. Über Antisemitismus in einer Region.Unbekannte Täter. Abschaum. Fremde, in: Andreas Foitzik, Rudolf Leiprecht, Athanasios Marvakis, Uwe Seid (Hg.), »Ein Herrenvolk von Untertanen«. Rassismus – Nationalismus – Sexismus, Duisburg 1992.
Francis R. Nicosia, Ein Nützlicher Feind. Zionismus im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37/3 (1989).
Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Ideologie, Agitation und Gewalthandlungen, in: Martin H. W. Möllers, Robert C. Van Ooyen (Hg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/13, Frankfurt am Main.
Pflasterstrand Flugschrift 1: »Deutsch-jüdische Normalität … Fassbinders Sprengsätze«, Frankfurt am Main 1985.
Wolfgang Pohrt, »Ein Volk, ein Reich, ein Frieden«, in: ders.: Endstation. Über die Wiedergeburt der Nation, Berlin 1983.

Mit CamScanner gescannt

Leon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus (mit einem Vorwort von Detlev Claussen), Freiburg 1992.
Moishe Postone, Bitburg: 5. Mai 1985 und danach. Ein Brief an die westdeutsche Linke, in: Moishe Postone, Deutschland, die Linke und der Holocaust, Freiburg 2005.
Nadja Rakowitz, Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie, Freiburg 2000.
Hanns-Fred Rathenow, Norbert H. Weber (Hg.), Erziehung nach Auschwitz, Pfaffenweiler 1989.
Helke Rausch, Red Scare: Bodenwellen der russischen Oktoberrevolution in den USA 1919/20, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017, Berlin 2017.
Redaktion Arbeiterkampf (Hg.), Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, Hamburg 1988.
Rudolf Rocker, Über den Begriff des Kleinbürgers, Aufsatzsammlung Band 2 (1949–1953), Frankfurt 1980.
Roman Rosdolsky, Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der »geschichtslosen« Völker, Hamburg 1979.

Jean-Paul Sartre, Überlegungen zur Judenfrage, Reinbek bei Hamburg 1994.
Bernhard Schmid, Deutschlandreise auf die »Bahamas«. Vom Produkt der Linken zur neo-autoritären Sekte, in: Gerhard Hanloser, »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004.
Joscha Schmierer, Der Zauber des großen Augenblicks. 1968 und der internationale Traum, in: Lothar Baier, u. a., Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988.
Peter Schneider, Rebellion und Wahn. Mein 68. Eine autobiographische Erzählung, Köln 2008.
Karlheinz Schneider, Nikolaus Simon (Hg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Schrift Nr. 9 des deutsch-israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., Berlin 1987.
Peter Schönbach, Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60, Frankfurt am Main 1961.
Stefanie Schüler-Springorum, Rezension: Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass, Frankfurt am Main 2011, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 (2012).
Dietrich Schwanitz, Das Shylock-Syndrom, oder: Die Dramaturgie der Barbarei, München/Zürich 1998.
Alexander Sedlmayer, Bookreview zu Jeffry Herf, in: Journal of Modern History 90,1 (2018).
Matthias Stangel, Die deutsche Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Baden-Baden 2013.
Alexander Stein, Adolf Hitler. Schüler der »Weisen von Zion« (herausgegeben und eingeleitet von Lynn Ciminski und Martin Schmitt), Freiburg 2011.
Ingrid Strobl, Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: Strobl, Das Feld des Vergessens, Jüdischer Widerstand und deutsche »Vergangenheitsbewältigung«, Berlin/Amsterdam 1994.
Anglika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und dem Staat Israel, Berlin 1997.
Oliver Tolmein, Detlef zum Winkel, Herr P und die Bombe. Vom Krieg der Polemiker, Hamburg 1991.

Dominique Trimbur, »Proudhon, Pierre-Joseph«, in: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus, Band 2: Personen, Berlin 2009.
Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2008.
Peter Ullrich, Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche, Wiesbaden 2017.
Simone Weil, Erste Eindrücke, in: Unterdrückung und Freiheit. Politische Schriften, München 1983.
Rainer Wirtz, Widersetzlichkeit, Excess, Crawalle, Tumulte und Skandale: soziale Proteste und gewalthafter Protest in Baden 1815–1848, Frankfurt am Main 1981.
Kenyon Zimmer, Immigrats against the State. Yiddish and Italien Anarchism in America, Illinois 2015.
Moshe Zimmerman, Im Arsenal des Antisemitismus, in: Christian Heilbronn, Doron Rabinovici und Natan Sznaider, Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer Debatte, Berlin 2019.
Moshe Zuckermann, Jenseits deutscher Reflexe. Resümee über Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik, in: Gerhard Hanloser (Hg.) Deutschland.Kritik, Münster 2015.
Gerhard Zwerenz, Linker Antisemitismus ist unmöglich, in: Die Zeit Nr. 16/1976.
Gerhard Zwerenz, Der langsame Tod des Rainer Werner Fassbinder, München 1982.
Gerhard Zwerenz, Die Rückkehr der toten Juden nach Deutschland, Ismaning bei München 1986.

Mit CamScanner gescannt

KARIN WETTERAU

Antisemitismus und die Neue Linke um 68

In den 60er Jahren, fünfzehn bis zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, sind die Vorstellungen von den Ursprüngen und den Erscheinungsformen des modernen Antisemitismus nicht ohne den Bezug auf das Ende, die Schrecken von Auschwitz, den Genozid an den europäischen Juden und den Rassen- und Vernichtungswahn der Nazis zu denken. Selbst eingefleischte Antisemiten distanzierten sich von der mörderischen Konsequenz ihres rassistischen Weltbildes und behaupteten, »davon« nichts gewusst, geschweige denn dies gewollt zu haben. Antisemitismus unterliegt seither einem allgemeinen Tabu, ist damit aber keineswegs überwunden. Alle Umfragen weisen im Gegenteil manifest antisemitische Einstellungen bei mindestens 20 Prozent der deutschen Bevölkerung nach und latent antisemitische Einstellungen sogar bei über 50 Prozent (Rosen 1985: 264) und zwar in beiden deutschen Teilstaaten, ungeachtet einer unterschiedlich ausgerichteten Vergangenheitspolitik und unterschiedlicher Wege, die zur »Vergangenheitsbewältigung« beschritten wurden. Dem Gründungsmythos der DDR zufolge hatte die »antifaschistische Staatsgründung« der NS-Herrschaft einschließlich ihrer antisemitischen Ideologie ein Ende bereitet, indem sie ihr die kapitalistische Basis entzogen hatte, sodass unterschwellig fortexistierender Antisemitismus in der Bevölkerung ignoriert werden konnte. Im Westen ersetzten die öffentliche Ächtung und ein »hilfloser Antifaschismus« (Haug 1967) die tiefergehende Auseinandersetzung. Vergröbernd könnte man sagen: Im Westen war Antisemitismus verboten, im Osten galt er als überwunden, in beiden Fällen wurde er rechtsaußen verortet und mit der Verbrechensgeschichte des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Die Neue Linke und die 68er-Bewegung unter Antisemitismusverdacht zu stellen, wäre 1968 nicht einmal ihren vehementesten Gegnern eingefallen. Erst in den 90er Jahren und verstärkt seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts tauchen solche Vorwürfe in einigen (selbst-)kritischen Rückblicken auf 68 auf und bereichern das allgemeine 68er-Bashing um eine weitere Dimension.

Grund ist dabei nicht eine veränderte Quellenlage, sondern eine Erweiterung des Begriffs, in dessen Fokus nun nicht mehr oder nicht nur die jahrhundertealte Judenfeindschaft oder der rassistische Antisemitismus der Moderne als eine gegen Minderheiten gerichtete Form von Menschenfeindlichkeit steht, sondern ein kritisches Verhältnis zur Politik des israelischen

Mit CamScanner gescannt

Staates. »Israelkritik« sei die Tarnung, die sich der alte rechtsradikale Antisemitismus zugelegt habe, indem er aus Opfern und Überlebenden des Holocausts Täter mache und mit Nazi-Vergleichen das Menschheitsverbrechen zu bagatellisieren oder gar zu rechtfertigen versuche. Die »Israelkritik« der Linken folge hingegen einem anderen, einem psychologischen Motiv: Hier handele es sich um einen »sekundären Antisemitismus«, der nicht »trotz Auschwitz« weiter existiere, sondern »wegen Auschwitz« (Benz 2015: 13) in der Opfer-Täter-Umkehr nach der Entlastung von deutscher Schuld suche. Dieses Entlastungsmotiv, meinen insbesondere jüdische KritikerInnen dieses Ansatzes, rufe allerdings viel häufiger einen gegenteiligen Effekt hervor, nämlich Sprachlosigkeit und den weitgehenden Verzicht auf notwendige Kritik einschließlich eines schuldhaften Beschweigens der völkerrechtswidrigen und menschenrechtsverletzenden Politik des israelischen Staates gegenüber den »sekundären Opfern« des Holocausts, den Palästinensern. Die Erinnerung an Auschwitz werde instrumentalisiert, um Kritik an dieser Politik mundtot zu machen. Die Herausgeber des Bandes *Neuer Antisemitismus?* bemerken dazu:

> Alle Beteiligten arbeiten mit der Rhetorik des Verdachts, […] dass das Gesagte nicht das Gemeinte ist – dass Kritik an Israel nur ein Vorwand ist, um antisemitische Ideen und Gefühle zu artikulieren, bewusst oder unbewusst. Die andere Seite hingegen argwöhnt, dass der Antisemitismusvorwurf nur dem Interesse Israels dient, legitime Kritik an Israels Politik gegenüber den Palästinensern zum Schweigen zu bringen. (Rabinovici u. a. 2004: 9)

In diesem Spannungsverhältnis bewegt sich der derzeitige Antisemitismusstreit, der auch dort, wo er sich wissenschaftlich und akademisch gibt, alles andere als akademisch ist. Es handelt sich um eine hoch emotionalisierte, interessengeleitete Debatte, um ein Minenfeld, das viele aus den oben genannten Gründen lieber gar nicht erst betreten und andere zur machtvollen Positionierung in einem höchst aktuellen asymmetrischen Konflikt für sich nutzen. Antisemitismus zu erforschen, als wenn es den Nahost-Konflikt nicht gäbe, und den Nahost-Konflikt zu betrachten, als wenn es keinen Antisemitismus gäbe, bleibt ein frommer Wunsch beider Disziplinen. Stattdessen erleben wir eine Eskalation der politischen Auseinandersetzung, die in der bundesdeutschen Öffentlichkeit mehrheitlich als Kampf gegen Antisemitismus wahrgenommen wird und von einer kritischen jüdischen und nichtjüdischen, überwiegend akademischen Minderheit national und international als Verfall der liberalen politischen Kultur und als Rückkehr des McCarthyismus (Brumlik: 2019) gebrandmarkt und mit dem allgemeinen Rechtsruck in Europa und den USA in Verbindung gebracht wird.

Ein solcher Wandel bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die historischen Narrative und die Deutung der Vergangenheit: Gab es innerhalb der Neuen Linken um 68 antisemitische Tendenzen? Wie vertragen sich solche nachträg-

lichen Zuschreibungen mit dem Selbstverständnis der Betroffenen, und welche Bedeutung hatte das Thema für die politische Agenda der Neuen Linken? Die vorliegenden Ausführungen stützen sich auf die Auswertung biografischer Interviews, die im Rahmen einer Buchrecherche zu 68 mit ProtagonistInnen der Neuen Linken und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes West-Berlins geführt wurden (Wetterau 2017/2018). Dabei ging es um Kontinuitäten und Brüche an der Nahtstelle von Geschichte, Familiengeschichte und politischem Engagement und die Konstituierung einer politischen Generation »aus dem Geist der NS-Kritik« (Frei 2008).

Die Neue Linke und die bundesdeutsche Erinnerungskultur

Der Antisemitismusverdacht gegenüber der Neuen Linken erstaunt, da die weltweit als vorbildlich geschätzte historische und politische Aufarbeitung der NS-Verbrechensgeschichte und des Vernichtungsantisemitismus der Nazis gerade als besonderes Verdienst der Neuen Linken und der 68er-Bewegung gilt; wenn auch nicht zu Hochzeiten der Revolte in den Jahren 1967–1969, sondern als Teil ihrer Vorgeschichte seit den ausgehenden 50er Jahren und in deren zeitlicher und thematischer Folge in den 70er und 80er Jahren.

Die Ungeheuerlichkeit und das wahre Ausmaß des Zivilisationsbruchs waren seit den späten 50er Jahren immer stärker ins Bewusstsein der Nachgeborenen getreten, während die Täter ungenannt und unbehelligt und ihre Taten ungesühnt blieben. Die erste Alterskohorte, die nicht mehr unmittelbar und persönlich in die Verbrechensgeschichte des Nationalsozialismus involviert war, über familiäre Bindungen, nationale Zugehörigkeit und externe Zuschreibungen jedoch in enger Verbindung dazu stand oder gesehen wurde, war mit einem historischen Erbe konfrontiert, das kaum zu schultern war. Das Entsetzen über den Mord an den europäischen Juden und die desaströse Beteiligung der Eltern- und Tätergeneration, verstärkt durch deren Intransigenz, sich dieser Vergangenheit zu stellen, wurde für viele 68erInnen zum mächtigen Impuls einer persönlichen und politischen Rebellion. Dabei wurde das Vergangene als durchaus gegenwärtig erlebt. Denn das Kartell von Verschweigen, Verleugnen und Verdrängen im privaten und im öffentlichen Bereich und die beispiellose Selbstamnestie der Justiz hatte personelle Kontinuitäten der NS-Funktionseliten ermöglicht, die bis heute nicht vollständig ausgeleuchtet sind und mentale und ideologische Strukturen tradiert haben, die 1968 noch überall sinnlich erfahrbar waren: in autoritären Familienstrukturen, in Schulen, in Universitäten, bei Polizeieinsätzen, bei einem Teil der Presse, vor Gericht und vor allem im Alltagsrassismus der Bevölkerung. In diesem politischen Klima, überdies aufgeheizt durch die Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges und einen militanten Antikommunismus, war die Neue Linke ein Reiz- und Störfaktor, gegen den in der heißen Phase der Revolte eine regelrechte Pogromstimmung entfacht wurde. Die daraus resultierende Befürchtung innerhalb der Neuen Linken, man gewärtige einen

Mit CamScanner gescannt

neuen Faschismus, erscheint aus heutiger Sicht überzogen, vor dem unmittelbaren Erfahrungshintergrund der nachgeborenen Generation und als Kritik an der damaligen Geschichts- und Vergangenheitspolitik war sie jedoch durchaus plausibel.

Die zugespitzte, aus dem historischen Kontext gelöste Rhetorik der Neuen Linken bietet auch ansonsten Angriffsflächen, die vom Vorwurf der moralischen Anmaßung und Überheblichkeit bis zur Kritik des politischen Etikettenschwindels reichen. So hätten sich die 68erInnen das Mäntelchen der NS-Kritik lediglich ex post umgehängt, um ihrer Bewegung politisches Gewicht zu verleihen und um sich selbst auf der moralisch richtigen Seite zu positionieren (Jureit/Schneider 2010). Sie hätten für sich den Status des Opfers reklamiert, während sie den wirklichen Opfern des Faschismus und des Holocaust mit eisiger Empathielosigkeit begegnet seien. Häufig angeführtes

Indiz, die Parole des Pariser Mai 68, mit der gegen die Ausweisung des bekannten Wortführers der französischen und deutschen 68er-Bewegung, Daniel Cohn-Bendit, protestiert wurde: *Nous sommes tous des juifs allemands* – Wir alle sind deutsche Juden.

Der in Frankreich geborene Cohn-Bendit entstammt einer jüdischen Familie, die 1933 vor den Nazis aus Deutschland hatte fliehen müssen und dessen Verwandte im Holocaust umgekommen sind. Indirekte Folge von Verfolgung und Flucht war, dass Cohn-Bendit nicht die französische Staatsbürgerschaft besaß, sie wurde ihm erst 2015 zuerkannt, sodass seine Ausweisung rechtlich möglich war, zwar nicht als Jude, sondern als politisch missliebige Person. Die Form der Solidarisierung mit dem Rebellen jüdischer Herkunft mag im Rückblick als Selbstüberhöhung der Beteiligten und als Bagatellisierung der NS-Verbrechen erscheinen, was sie faktisch auch ist. Die Intention dieser rhetorischen Figur, die auch aus anderen Zusammenhängen – *Je suis Charlie* – bekannt ist, war jedoch eine andere.

Dramatisierung, unreflektierte Parallelisierungen und ein geradezu inflationärer Gebrauch von NS-Vergleichen war allerdings keine Domäne der Neuen Linken, sondern an der medialen Tagesordnung. Prominentestes Beispiel sind die unausgesetzten Diffamierungskampagnen der Springerpresse, bei der die protestierenden StudentInnen als »rot lackierte Nazis« oder »SA-Horden der Gegenwart« attackiert wurden, was schließlich aus Sicht der betroffenen Neuen Linken die Schüsse eines Rechtsradikalen auf Rudi Dutschke vorbereitet hat. »Bild hat mitgeschossen!«, hieß es und weiter in einem zeitgenössischen Flugblatt:

> Jetzt sind wir die Gejagten! Die Studenten, Schüler und Arbeiter sind Deutschlands Juden im Jahre 1969! Uns will man vergasen, über die Mauer werfen und vernichten. (Seitenbecher 2013: 273)

Ein historisch inakzeptabler Vergleich, der allerdings Volkes Stimme zitiert, die den Protestierenden bei jeder Demonstration vom Straßenrand aus entgegenschallte und die wahlweise die Sprüche intonierte: »Geht doch nach

drüben!« oder »Euch hat man wohl vergessen zu vergasen!« Bezeichnend für das politische Klima ist auch die bemerkenswerte Distanzierung eines Nazis von entsprechenden NS-Vergleichen in der lokalen Presse:

> Als ehemaliger alter SA-Führer verwahre ich mich schärfstens im Namen meiner Kameraden gegen Ihren Artikel »Linke SA« […] Wir weisen es zurück, mit den Teufels, Dutschkes und anderen ungewaschenen, verkommenen LSD-Schluckern in einen Topf geworfen zu werden. Die SA war der Aufstand der Anständigen gegen den damals auf allen Gebieten zutage getretenen Zerfall. (Der Spiegel vom 22.1.1967)

Erst ein Jahrzehnt später erzeugt die Hollywood-Serie *Holocaust* in der deutschen Mehrheitsgesellschaft eine gewisse Sensibilität gegenüber dem Schicksal jüdischer Menschen und dem Mord an den europäischen Juden. Die in der Folge von 68 und unter maßgeblicher Beteiligung von 68erInnen etablierte Erinnerungs- und Gedenkkultur stellt daher eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte dar.

Mit der von rechtsaußen geforderten »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad« und der europaweit und inzwischen weltweit zunehmenden Rechtsradikalisierung droht auch dies Geschichte zu werden: Während die Lautsprecher und Promotoren der nationalistischen Rechten auf der einen Seite den Vernichtungsantisemitismus der Nazis bagatellisieren und die Erinnerung daran tilgen wollen, geben sie sich auf der anderen Seite besorgt um das Schicksal und die Sicherheit von Jüdinnen und Juden in Deutschland und in Europa, die durch einen »importierten Nahost-Konflikt« und die damit einhergehende Judenfeindlichkeit gefährdet sei. Unschwer, das eigentliche Ziel dieser Doppelstrategie zu erkennen: Mit ihrem vergifteten Anti-Antisemitismus bringt die nationalistische Rechte das Tabu in Stellung, das sie selbst bricht, um Islamophobie, Migrations- und Fremdenfeindlichkeit in weiten Teilen der Bevölkerung voranzutreiben.

Wer Antisemitismus bis dato für eine spezifische Form illiberaler, rassistischer »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« (Heitmeyer 2002–2011) gehalten hat, die sich gegen alles tatsächlich oder vermeintlich Jüdische richtet, eben weil es als jüdisch definiert wird, der staunt über die neue Gemengelage, in der sich rechte Rassisten als besorgte Beschützer jüdischen Lebens in Deutschland aufspielen und klassisch linke Themen wie die soziale Frage und Kapitalismuskritik adaptieren, um sie nationalistisch zu wenden; während umgekehrt antisemitische Stereotype in linken Diskursen ausgemacht werden beziehungsweise linke Diskurse, Fragestellungen und Argumentationsmuster mit großem interpretatorischen Aufwand, oft wenig plausibel und vielfach in denunziatorischer Absicht auf klassisch antisemitische Stereotype zurückgeführt und entsprechend skandalisiert und sanktioniert werden. Dem steht eine Rechtsprechung gegenüber, die in Wahrnehmung rechtsstaatlicher Prinzipien nicht selten offenen, rechtsextremen Antisemitismus als denkbare Form von Israel-Kritik durchgehen lässt und unter den Schutz des Grund-

Mit CamScanner gescannt

rechts auf Meinungsfreiheit stellt. Überkommener Antisemitismus scheint mithin ortlos geworden zu sein und eine Motivwanderung quer durch die Zeiten und die politischen Lager angetreten zu haben. Fest steht hingegen: 96 bis 98 Prozent aller antisemitischen Übergriffe und Straftaten sind wie eh und je dem rechtsradikalen Milieu mehrheitsdeutscher Provenienz zuzurechnen.

Antijüdische Ressentiments und israel-bezogener Antisemitismus

Dem aktuell konstatierten Wandel der Erscheinungsformen des modernen Antisemitismus und dem Anstieg antisemitisch motivierter Übergriffe und Straftaten entspricht eine Ausweitung des Begriffs, in manchen Fällen bis zum Paradoxon der definitorischen Entgrenzung:

Während der moderne Antisemitismus parallel zum Siegeszug der modernen Naturwissenschaften die traditionelle, religiös geprägte Judenfeindschaft durch eine pseudowissenschaftliche Rahmung ablöst, indem er alle Negativ-Stereotype unentrinnbar auf »Rasse« zurückführt, verzichtet heutiger Antisemitismus in der Regel auf biologistische Begründungen. Die vom Deutschen Bundestag zur Antisemitismusbekämpfung übernommene und von der IHRA [International Holocaust Remambrance Alliance] entwickelte Definition charakterisiert Antisemitismus hingegen als »eine Wahrnehmung von Juden«, die sich als Judenhass äußern könne und »sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen« richtet. Diese im Kern tautologische Definition sagt nichts über Entstehung, Substanz und Funktion von Antisemitismus und nichts über den soziokulturellen, ideologischen und politischen Kontext, in dem Antisemitismus wirksam wird. Die Klassifizierung von Antisemitismus als »Wahrnehmung« deutet zwar eine definitorische Nähe zum Ressentiment an, das sich bekanntlich durch irrationale und unzulässige Verallgemeinerungen subjektiver Wahrnehmungen auszeichnet, aber auch ganz auf den Bezug auf objektiv gegebene empirische Realität verzichten kann. Denn Kern des Ressentiments sind nicht die »Wahrnehmung« und das Wahrgenommene, sondern die subjektiven Wahrnehmungsmuster, die der Realität – aus welchen Motiven auch immer – übergestülpt werden. Die Schwäche der vorliegenden Definition liegt aber nicht nur in der mangelnden Konkretion, sondern in der impliziten Gleichsetzung von Judentum und israelischem Staat beziehungsweise der Konstruktion von »Israel als jüdisches Kollektiv«, wie sie der sogenannte »3D-Test« (Scharanski 2004) vornimmt, der die definitorischen Lücken schließen und Antisemitismus dingfest machen soll: **D**elegitimierung des Staates Israel, **D**ämonisierung des Judentums und die Behauptung einer jüdischen Weltverschwörung und **D**oppelstandards in der Beurteilung der israelischen Politik im Vergleich zu der anderer Staaten.

Eine Kritik an Israel, die sich auf einem Niveau bewegt, wie sie ein beliebiges anderes Land treffen könnte, ist nicht als antisemitisch anzusehen.

> Wenn aber auf Israel als jüdisches Kollektiv doppelte Standards angelegt werden, beispielsweise was Maßnahmen zur Selbstverteidigung betrifft, oder der demokratische jüdische Staat als rassistisches Regime dämonisiert wird, dann wird die Grenze zum Antisemitismus überschritten. […] Antisemitisch ist es auch, wenn Juden beispielsweise in Europa für Handlungen des Staates Israel verantwortlich gemacht werden.

Letzteres leuchtet unmittelbar ein: Der Nahost-Konflikt kann und darf nicht auf Berliner Straßen oder in Pariser Banlieus als Hass und Aggression gegen einzelne Menschen, Gruppen oder Einrichtungen ausgetragen werden, nur weil sie jüdisch sind oder für jüdisch gehalten werden. Jüdische Menschen in aller Welt dürfen nicht für die israelische Politik verantwortlich gemacht oder gar deswegen attackiert werden! Für die Kontrahenten im Nahost-Konflikt versteht sich eine solche Einsicht allerdings nicht von selbst. Die Überwindung kollektiver Feindbilder, die als Begleiterscheinungen des Konflikts auf beiden Seiten existieren, setzt vielmehr große zivilisatorische Anstrengungen und intensive politische Bildung voraus, die durch die demokratietheoretisch ohnehin fragwürdige Identifizierung von »Israel als jüdischem Kollektiv« geradezu konterkariert wird. Sie reproduziert spiegelbildlich, was sie im Fall der Übergriffe zu Recht als antisemitisch kritisiert: Die Gleichsetzung von Juden und israelischem Staat.

Die undifferenzierte und tautologische, gleichwohl für verbindlich erklärte Antisemitismusdefinition verdeckt ein weiteres Problem:

Religiöse, ethnische, soziale und kulturelle Homogenität als Grundlage nationalstaatlicher Verfasstheit ist auch im Fall Israels ein Mythos, der die Vielfalt moderner Gesellschaften, auch die der israelischen, ignoriert und den universalen Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten in der Tendenz zuwiderläuft. Ethno-Demokratien neigen per definitionem zur Ausgrenzung. Die IHRA-Definition erklärt darüber hinaus jüdische Menschen, selbst Opfer oder Nachfahren von Holocaust-Überlebenden, zu Antisemiten, sofern sie eine abweichende Haltung zur regierungsoffiziellen israelischen Politik einnehmen wie viele jüdische Intellektuelle, beispielsweise der jüdische, der Neuen Linken zuzurechnende Israel-Kritiker und Dichter Erich Fried, von dem weiter unten noch die Rede sein wird. Umgekehrt wären die, die eine solche Stigmatisierung jüdischer Menschen vornehmen, laut IHRA ebenfalls Antisemiten, da sie »sich in Wort oder Tat gegen jüdische […] Einzelpersonen« richten.

Um solche Paradoxien aufzulösen, wird häufig auf die Hilfskonstruktion des »jüdischen Selbsthasses« (vgl. dazu Moshe Zuckermann in diesem Band) zurückgegriffen. Der Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte und von Anfang an strittige Begriff bezieht sich auf einen psychischen Mechanismus, der in Gewaltverhältnissen unterschiedlicher Art auftreten kann, etwa bei Opfern von Gewaltverbrechen oder im Kontext von Rassenunterdrückung. »Jüdischer Selbsthass« ist demnach das Ergebnis eines gewaltsamen Anti-

Mit CamScanner gescannt

semitismus: Ausgegrenzte, verfolgte und diskriminierte jüdische Menschen verinnerlichen im Streben nach Zugehörigkeit die negativen Zuschreibungen ihrer feindlichen Umwelt und lehnen in einem Prozess der Identifikation mit dem Aggressor die eigene jüdischen Identität ab – und produzieren so selbst Antisemitismus. Abgesehen davon, dass dem eine nicht näher explizierte normative Vorstellung von jüdischer Identität zugrunde liegt, die so nicht gegeben ist, sind die Voraussetzungen jüdischen Lebens in der Diaspora nicht mit denen des »jüdischen Kollektivs« des israelischen Staates zu vergleichen. Die Konstruktion überdeckt vielmehr – wie auch die IHRA-Definition – die Selbstverständlichkeit, dass jüdische Identität nicht erratisch und homogen ist, sondern mit unterschiedlichen Identitätsentwürfen und kulturellen Zugehörigkeiten verbunden ist, je nachdem, ob das Judentum primär säkular oder religiös-orthodox, zionistisch oder kosmopolitisch, israelisch, aschkenasisch, sephardisch, mizrachisch, west- oder osteuropäisch, süd- oder nordamerikanisch akzentuiert ist. Es erscheint daher höchst fragwürdig, den für die Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten geprägten Begriff von Antisemitismus als eine Form »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« auf einen machtvollen staatlichen Akteur zu übertragen, der sich als Repräsentant eines »jüdischen Kollektivs« darstellt.

Auch die Gegenüberstellung von jüdischem Zionismus und antijüdischem Antizionismus geht nicht auf. Das zionistische Projekt des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit der Zielvorstellung eines jüdischen Nationalstaats war von Anfang an umstritten und zog anfangs nur wenige jüdische Menschen an – aus unterschiedlichen Gründen: Für assimilierte Jüdinnen und Juden war ein jüdischen Nationalstaat trotz der Verfolgung, der sie in ihren Heimatländern ausgesetzt waren, keine Option. Aus liberaler oder sozialistischer Perspektive lehnten sie den politischen Zionismus als eine Variante des überlebten und diskreditierten Nationalismus ab, während ultra-orthodoxe Jüdinnen und Juden den Zionismus und die Gründung des Staates Israel, dessen BürgerInnen sie heute sind, nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus Glaubensgründen auf Basis eines religiösen Fundamentalismus für verwerflich erklärten. Höchst kontrovers waren auch die Vorstellungen zur territorialen Begrenzung und zur politischen Verfasstheit des neu zu gründenden Staates. Sie reichten von der Konzeption eines binationalen demokratischen Staates Palästina bis hin zu einer jüdischen Theokratie alttestamentarischen Zuschnitts.

Die Crux des 3-D-Tests ist, dass er die unausgesprochene Norm einer homogenen jüdischen Identität, die der IHRA-Definition zugrunde liegt, nicht auflösen kann, sondern verstärkt. Hinzu kommt, dass die vermeintlich klärenden Begriffe Delegitimierung, Dämonisierung, Doppelstandard selbst der Definition bedürften. Besonders deutlich wird dies am Antisemitismusvorwurf, der sich auf die Feststellung oder die Behauptung stützt, an Israel würden andere Maßstäbe angelegt als an andere Länder, abzulesen etwa an

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
Universitätsbibliothek
ZU BERLIN

einer angeblich obsessiven Beschäftigung mit dem Nahost-Konflikt, die auf einen sekundären Entlastungsantisemitismus schließen lasse oder an den Resolutionen der Vereinten Nationen, die unverhältnismäßig häufig gegen Israel Stellung bezögen (Feuerherdt/Markl: 2018) und damit die Dämonisierung und Delegitimierung Israels betrieben.

Zumindest aus deutscher Sicht – und damit lässt sich der Bogen zur Neuen Linken um 68 schlagen – ist Israel allerdings nicht »ein beliebiges anderes Land«, sondern die zutiefst konfliktreiche Antwort auf eine zweitausendjährige Verfolgungsgeschichte, die in der systematischen Ausrottung durch die Nazis ihren Höhepunkt erreicht hat. Das singuläre Verbrechen konstituiert eine singuläre Beziehungen zwischen denen, die dafür die historische Verantwortung tragen und denen, die Opfer dieser Verbrechen geworden sind – sowohl was die Intensität und den Fokus der Aufmerksamkeit als auch was die untergründigen irrationalen Motive und die politischen Schlussfolgerungen angeht.

Vor dem Hintergrund dieser besonderen Beziehung legt beispielsweise die deutsche Bundeskanzlerin doppelte Standards an, wenn sie von der immerwährenden Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels spricht und dies zur deutschen Staatsräson erklärt. Vor diesem Hintergrund wollen junge Menschen in den 50er und 60er Jahren die Nazi-Verbrechen sühnen und begegnen dem Vernichtungsantisemitismus der NS-Tätergeneration mit einer Überhöhung und Idealisierung des Jüdischen und der jüdischen Opfer und entwickeln einen enthusiastischen Philosemitismus. Sie begeistern sich für den jungen Staat Israel, der sich wie Phönix aus der Asche des Holocaust erhoben hat und sie schwärmen für die sozialistische Kibbuz-Idee, die viele Parallelen aufwies zu den Kommune-Bestrebungen innerhalb der Neuen Linken und den 68er-Diskursen zur Auflösung der bürgerlichen Familie, zu antiautoritärer Kindererziehung, Gleichstellung der Geschlechter, Konsumverzicht und Eigentumslosigkeit, kurz zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft durch Schaffung des »Neuen Menschen«. Es sind vielfach dieselben jungen Menschen, bei denen diese pro-israelische Euphorie umschlägt in einen entschiedenen Antizionismus, als spätestens mit dem Sechstagekrieg im Juni 1967 deutlich wird, dass die israelische Realität erheblich vom philosemitischen Ideal abweicht. »Ohne Sentimentalität« soll nun das Verhältnis zu Israel neu definiert werden (Wetterau 2018: 259), wobei die Desillusionierung nicht zwangsläufig ein realistischeres Israel-Bild hervorbringt, wohl aber eine verschärfte Aufmerksamkeit und Kritik. Diese Intensität ist nicht Ausdruck eines latenten Antisemitismus, sondern reflektiert die historisch einmalige Konstellation, die »Normalität« in den Beziehungen von vornherein und bis auf Weiteres ausschließt.

Mit CamScanner gescannt

Vom Philosemitismus zur kritischen Solidarität – die Neue Linke und ihr Verhältnis zu Israel Anfang der 1960er Jahre

Die 68er-Revolte war ein weltweiter, emanzipatorischer Aufbruch der jungen Generation, der unterschiedliche Beweggründe, unterschiedliche Weltdeutungen und unterschiedliche politische Strömungen in sich vereinte. Die hier fokussierte, sich selbst als undogmatisch und antiautoritär verstehende Neue Linke war Teil dieser heterogenen Bewegung, die allerdings zu Hochzeiten der Studentenbewegung von 1967 bis 1969 und in den Hochburgen Frankfurt und Berlin tonangebend gewesen ist. Nolens volens steht das deutsche 68 im Schatten der NS-Verbrechensgeschichte.

Die Beteiligung an der internationalen Protestbewegung gegen Rassismus, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, insbesondere gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam, wird im Kontext der deutschen Geschichte daher von den einen als befreiender Akt der Entidentifizierung erlebt, als Mittel, so einer der befragten 68er-Protagonisten, »aus einer verhassten Haut herauszukommen, der Haut, ein Deutscher zu sein« (Wetterau 2017: 234), während die Konfrontation mit den NS-Verbrechen, die bei vielen auch Teil der eigenen Familiengeschichte ist, bei anderen »eine Wunde hinterlässt, die so unglaublich schmerzhaft ist, dass sie rational nicht damit umgehen« können. Es habe einer analytischen Distanz bedurft, die am ehesten in den intellektuellen Zirkeln der Neuen Linken und im damaligen SDS entwickelt werden konnte, auch dank der Begegnung mit europäischen und in die USA emigrierten jüdischen Intellektuellen, wie sich Tilman Fichter, ehemaliger SDS-Aktivist, erinnert:

> Wir hatten viele solcher Vordenker, die aus rassistisch verfolgten Intellektuellenfamilien kamen […] am bekanntesten Herbert Marcuse – die uns immer wieder erklärten, sie kämen nur zu uns, weil wir so mutig revolutionär den Verhältnissen entgegenträten. […] Allerdings war der SDS kein philosemitischer Verein, der Mord an den Juden war für uns ein Hauptproblem, das uns die Vergangenheit aufgebürdet hat. Aber deswegen haben wir die Juden nicht idealisiert, wie das heute manche Leute machen. (Wetterau 2018: 149 f.)

Fichter, der vor seiner Berliner Studienzeit in London gelebt und gearbeitet hat, ist stark von der dortigen New-Left-Bewegung beeinflusst. 1963 wird er Mitglied im Berliner SDS und ist ab 1965 bis 1966 Erster Landesvorsitzender des Verbandes. Seine Erinnerungen sind geprägt sowohl von der persönlichen Involviertheit des beteiligten Zeitzeugen als auch von der analytischen Distanz des Zeithistorikers, der zusammen mit Siegward Lönnendonker die inzwischen zum Standardwerk avancierte *Geschichte des SDS* (2018) veröffentlicht hat. Im Interview nimmt er eine doppelte Positionierung vor: Die etwas abschätzig verwendete Kategorie »Philosemitismus« dient zur Abgrenzung im aktuellen Antisemitismusstreit, in der pro-israelische Positionen und »Israel-Kritik« unversöhnlich aufeinander treffen und

»Philosemitismus«, ursprünglich verstanden als besondere Wertschätzung gegenüber jüdischen Menschen und jüdischer Kultur, als blinde Idealisierung den Charakter einer positiven Diskriminierung annimmt und insofern als Kehrseite von Antisemitismus verstanden werden kann. Zum anderen bezieht sich Fichter auf die besondere Rolle der Neuen Linken in der Entwicklung der deutsch-jüdischen Beziehungen, die im Gegensatz zur politischen Kultur der damaligen Mehrheitsgesellschaft auf Annäherung und »Versöhnung« ausgerichtet war. Auf Initiative des SDS und unter maßgeblicher Beteiligung evangelischer Theologen wie dem der Studentenbewegung nahestehenden christlichen Sozialisten Helmut Gollwitzer wird 1957 an der Freien Universität die erste Deutsch-Israelische-Studiengruppe gegründet, die in ihrer ab 1960 mehrmals im Jahr erscheinenden Zeitschrift *DISkussion* folgendes Selbstverständnis artikuliert:

> Der innere Zusammenhang zwischen Problemen der deutschen Gesellschaft und Problemen der deutsch-israelischen Beziehungen ergibt sich aus dem Faktum der nationalsozialistischen Herrschaft. Eine Gesellschaft, die die faschistische Barbarei hervorbrachte, trug und ertrug, hat sich radikal fragwürdig gemacht; es gilt daher, den Ursachen der Katastrophe in den Traditionen, Normen und Institutionen der deutschen Gesellschaft nachzuspüren. […] Es gilt aber auch, gegenüber dem Volk der Opfer, soweit es die Katastrophe überlebte, die Konsequenz zu ziehen. Auschwitz ist nicht nur die Bankrotterklärung der deutschen politischen Tradition, sondern auch die unabweisbare Bestätigung des politischen Zionismus. Der von Deutschen praktizierte Nationalismus erwies die Legitimität des jüdischen Nationalismus. […] Die Position der Deutschen gegenüber Israel kann daher nur eine der Solidarität sein; Solidarität nicht im Sinne einer unkritischen Identifikation, sondern im Sinne der Mitverantwortung für die Existenz des jüdischen Staates. (Jenne 2016)

Diese Position wird sich im Laufe der nächsten Jahre in mehr als einer Hinsicht ändern, vorerst entwickelte die links ausgerichtete DIS auf dieser Basis ihr Programm. Einen Schwerpunkt bildeten die deutsch-jüdischen Begegnungen. Zu einer Zeit, als es noch keinen »Israel-Tourismus« gab und Israelis ihrerseits kaum Auslandsreisen unternahmen, schon gar nicht nach Deutschland,

> entsandte [die Berliner DIS] bereits 1957 und 1958 die ersten Gruppen nach Israel [wo] man vor allem an der gemeinsamen Arbeit und am gemeinsamen Leben der Kibbuzim teilnahm, das Land bereiste, sich um Kontakte zu offiziellen Stellen wie zu den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung bemühte und sich mit Studenten israelischer Hochschulen zu Diskussionen und Arbeitsseminaren traf. (Jenne 2016)

Auch zum 1961 in Jerusalem stattfindenden Eichmann-Prozess, der erstmalig eine weltweite Öffentlichkeit mit den jüdischen Opfern und Zeugen des Holocaust und ihren traumatischen Erfahrungen konfrontierte, entsandte sie eigene Beobachter, die nach Beendigung des Prozesses nicht nur DIS-intern, son-

Mit CamScanner gescannt

dern öffentlich auf Veranstaltungen im Auditorium Maximum der FU-Berlin über den Prozessverlauf und die Aufnahme dieses Geschehens in der israelischen Öffentlichkeit berichteten. Ihre politischen Forderungen richteten sich auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, die lange verzögert worden war, weil die Bundesregierung im Gegenzug eine Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten befürchtete. Erst im Mai 1965 erfolgt die offizielle Anerkennung Israels durch die Bundesrepublik Deutschland und die Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen beiden Staaten.

Ein weiterer Schwerpunkt war die wissenschaftliche Aufarbeitung des Antisemitismus, ein bis dato weitgehend ausgespartes Kapitel der historischen Forschung zum Nationalsozialismus. Die ersten wissenschaftlichen Veranstaltungen und das erste Antisemitismus-Seminar seit 1945 überhaupt finden Anfang der 60er Jahre im Umfeld des SDS und der DIS an der Freien

Universität Berlin statt, und zwar

> unter maßgeblicher Beteiligung von SDS-Mitgliedern […]. Unter der Leitung von Peter Furth und Margarita von Brentano. Wir haben uns als Erste darum bemüht, diese Sache wirklich aufzuarbeiten. Und das war ein sehr, sehr gutes Seminar. Walter Gerhard, Uta Gerhard, Klaus Dörner, Renate Dörner, Klaus Meschkat, Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug […], die mit zu den Spitzen des SDS hier in Berlin gehörten,

berichtet Urs Müller-Plantenberg (Wetterau 2018: 165). Besonders wichtig sei Raul Hilbergs umfassende und bis dato einzigartige, quellenbasierte Darstellung The *Destruction of the European Jews* gewesen, die allerdings nicht in deutscher Übersetzung vorlag, sondern erstmals zwanzig Jahre später in einem Westberliner Kleinstverlag der Neuen Linken übersetzt und unter dem Titel *Die Vernichtung der europäischen Juden* verlegt worden ist.

Die Editionsgeschichte dieser ersten Gesamtsicht der deutschen NS-Judenverfolgung und -vernichtung, die inzwischen als Standardwerk gilt, ist ein eigenes denkwürdiges Kapitel: Wegen geringer Absatzchancen fand Hilbergs 1955 als Dissertation vorgelegte Forschungsarbeit auch in den USA lange Zeit keinen Verlag. Yad Vashem lehnte die Unterstützung einer Veröffentlichung ab, da Hilbergs kritische Einschätzung des aktiven und passiven jüdischen Widerstandes beanstandet wurde. Hinzu kam, wie der Historiker Mommsen erläutert, dass zu

> Beginn der 50er Jahre […] fast alle Überlebenden, auch die jüdischen Verbände in den USA, sowie die internationale historische Forschung dazu [neigten], die Erinnerung an den Holocaust herunterzuspielen, ja zu verdrängen. (Mommsen 2002)

Die dringenden tagespolitischen Fragen und Notwendigkeiten einer zukunftsweisenden Konsolidierung des Staates sorgten dafür, dass auch in Israel wenig aktuelles Interesse an einer Dokumentation und Beschäftigung mit den Ereignissen des Holocaust bestand. Das Münchner Institut für Zeitgeschichte, dessen originäre Aufgabe die Aufarbeitung der NS-Geschichte

war, behinderte mit negativen Gutachten lange Zeit eine Veröffentlichung, wohl aus Angst »vor Hilbergs überzeugender Argumentation, die Angst vor der ganzen Wahrheit war«, wie Müller-Plantenberg vermutet (Aly 2017). Die Historiker des IfZ monierten, jüdische Kollegen brächten in die Debatte eine Leidenschaftlichkeit hinein, die »wesentliche außerwissenschaftliche Gründe« habe, und gingen davon aus, dass es ihnen besser als einem befangenen, in die USA emigrierten Juden gelänge, den Massenmord, stets umschrieben als »diese Vorgänge«, historisch verständlich zu machen.

Eine gemeinsame Veranstaltung von SDS, Argument-Club und Deutsch-Jüdischer Studiengruppe zur »Überwindung des Antisemitismus« findet im Februar 1960 mit etwa 140 Teilnehmern statt, die in einen (bildungs-)politischen Forderungskatalog mündete, in dem die Schaffung von Lehrstühlen zur jüdischen Geschichte und die Einrichtung entsprechender Bibliotheken postuliert wurden. Die Strafverfolgungsbehörden wurden angehalten, auch vom Osten vorgelegtes Material gegen ehemalige Nationalsozialisten zu prüfen und gegebenenfalls Ermittlungen einzuleiten. Und man forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der prüfen sollte, welche ehemaligen Nazis im öffentlichen Leben tätig waren und worauf die Verschleppung von Strafverfahren gegen NS-Gewaltverbrecher zurückzuführen war. Reinhard Strecker, der Initiator der bahnbrechenden Ausstellung »Ungesühnte Nazi-Justiz«, berichtet Jahrzehnte später, wie diese Arbeit auf allen Ebenen behindert wurde. Nur der Sorge um das internationale Ansehen der Bundesrepublik sei es zu verdanken, dass die Recherchen und die Veröffentlichung der Ergebnisse nicht gänzlich unterdrückt wurden. Zum ersten Mal sei es dabei auch um die Entschädigung von Opfern gegangen.

Während ehemaligen Nazis und ihren Hinterbliebenen aufgrund der geltenden Gesetzeslage zum Teil üppige Pensionen gezahlt wurden, sollten die

> wenigen überlebenden Opfer etwa aus dem KZ Ravensbrück, Opfer medizinischer Experimente, […] nur eine »Minimalrente« bekommen. Der Kampf darum wurde vom SDS und von der von SDSlern gegründeten DIS, der Deutsch-Israelischen-Studiengruppe, hier an der FU begonnen. (Strecker 1988)

Diese Zusammenarbeit jüdischer und nichtjüdischer Studierender im Vorfeld der Studentenbewegung ist prägend für viele SDS-Mitglieder. Allerdings, so berichtet Reinhard Strecker, tritt dies unter dem Einfluss der antiautoritären Neuen Linken um die »DDR-Abhauer« Dutschke und Rabehl und die situationistische Gruppe »Spur« ab 1965 wieder in den Hintergrund und führt dazu, diese und andere Initiativen zur Aufarbeitung der NS-Verbrechensgeschichte mehr oder minder aufzugeben.

Dieser Kurswechsel, der sich im SDS gegen den bis dato dominanten traditionalistischen Flügel richtet, wird vor allem von den Jüngeren getragen. Im Rückblick betonen diese – überwiegend männlichen – Zeitzeugen und

Mit CamScanner gescannt

Aktivisten die internationalistische Perspektive und die Zugehörigkeit zur weltweiten Protestbewegung, während die deutsche Vergangenheit für die politische Agenda von 68 und die eigene Politisierung eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Wenn von Faschismus die Rede war, ging es in aller Regel nicht um die Aufarbeitung der vergangenen Epoche des Nationalsozialismus, sondern um die »Entlarvung« des politischen Gegners und um die Kritik einer als bedrohlich erlebten Gegenwart und vor allem um »die Verbrechen der Amerikaner in Vietnam und die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der ›Dritten Welt‹« (Wetterau 2018: 320).

Den deutschen 68ern ist dies gelegentlich als Geschichtsvergessenheit und unzulässige Verabschiedung aus dem Schuldzusammenhang der deutschen Geschichte vorgeworfen worden, was als eine Art Schockstarre der Nachgeborenen angesichts der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen und ihrer Tabuisierung durch die Tätergeneration durchaus nachvollziehbar gewesen wäre. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die historische Verpflichtung »Nie wieder …« in dem universalen, radikalen und emphatischen Sinne des Adorno-Satzes gedeutet wurde:

> Mit dieser Welt gibt es keine Verständigung. Wir gehören ihr nur in dem Maße an, wie wir uns gegen sie auflehnen.

So jedenfalls ist auch eine Äußerung Rudi Dutschkes zu verstehen, die Peter Schneider in seiner autobiographischen Erzählung *Rebellion und Wahn* kolportiert. Er berichtet, Dutschke habe den Vorschlag des SDS-Genossen Tilman Fichter, es sei an der Zeit, eine politische Aktion des SDS »über den Judenmord« durchzuführen, mit großer Zurückhaltung und deutlicher Ablehnung aufgenommen. Damit sei der SDS überfordert, er müsse vielmehr alle Kräfte bündeln und »erst einmal etwas Positives gegen diese Vergangenheit setzen« (Schneider 2008: 190). Andernfalls verliere die Bewegung ihre

> ganze Kraft. Eine solche Kampagne ist von unserer Generation nicht zu verkraften. Man kann nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen. (Hanloser 2017: 29)

Vieles schwingt in dieser Aussage mit: Erschrecken und Scham angesichts deutscher Schuld, politischer Pragmatismus, die Betonung der Praxis und die Propagierung der Tat gegenüber der Bedeutung von kritischer Theorie und Reflexion, die Vorstellung einer Rangfolge gesellschaftlicher Haupt- und Nebenwidersprüche, die sich durch die Revolution auflösen werden und der utopische Überschuss, der Traum einer neuen Gesellschaft, einer besseren Welt, lasse sich hier und jetzt verwirklichen. Zynismus als Einfallstor eines »linken Antisemitismus« kann man an Dutschkes ablehnender Haltung jedoch nicht ablesen. Der ebenfalls von ihm kolportierte Satz, die Vergangenheit interessiere ihn »verflucht wenig«, ist gerade nicht als Geschichtsblindheit, sondern als Gegenwartskritik und Zukunftsorientierung zu verstehen.

> Wir jungen deutschen Mitglieder des SDS tragen nicht die Schuld an dem 2. Weltkrieg, tragen allerdings Verantwortung für unsere Zeit. Ob

wir da versagen, wie viele Generationen vor uns: Das wird sich erst noch zeigen. (Dutschke 1980: 39 f.)

Dies drückt sich auch darin aus, dass er entgegen anderer Tendenzen innerhalb des SDS stets am Existenzrecht Israels festhält, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird.

Revolution versus Aufarbeitung

Die strategische Entscheidung, Revolution versus Aufarbeitung, ergibt sich nicht nur aus der an Ernst Bloch geschulten Auffassung einer konkreten Utopie, sondern ist auch Ausdruck eines verkürzten, traditionalistisch-altlinken Faschismusverständnisses, das zunehmend Eingang findet in die Debatten und Strategiediskussionen der Neuen Linken. Die Besonderheiten des deutschen Nationalsozialismus werden unter dem allgemeinen Begriff bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft subsumiert, während der auf Vernichtung gerichtete Rassismus und die Ideologie des Rassenantisemitismus als kontingentes Beiwerk begriffen und ausgeblendet werden.

Alle Versuche, das Menschheitsverbrechen im Kontext marxistischer Gesellschaftsanalysen instrumentell als Herrschaftstechnik zu analysieren und den massenwirksamen Wahn im rationalen Kalkül aufzulösen, sind jedoch gescheitert oder wenig plausibel – mit dem Ergebnis, dass sich die Neue Linke mehr und mehr von diesem Phänomen abwendet, das sie mit ihrem Instrumentarium nicht begreifen kann.

Christian Semler, Jahrgang 1938, einer der wichtigsten Sprecher im Berliner SDS und späterer Mitbegründer der maoistischen KPD/AO, ist lange vor der Hochzeit der Studentenbewegung politisch aktiv und hat im Zuge seines bereits 1961 abgeschlossenen Jura-Studiums »sämtliche Nürnberger Prozessakten durchgearbeitet, die blauen und dann noch die grünen, das waren die Militärgerichtsprozesse …« und verfolgt den im selben Jahr in Jerusalem stattfindenden Eichmann-Prozess und den zwei Jahre später stattfindenden Frankfurter Auschwitzprozess. »Wir wussten schon Bescheid«, stellt er fest, betont aber im Rückblick selbstkritisch die faktische Verharmlosung und Relativierung des Massenmordes an den europäischen Juden durch einen »unheilvoll entleerten« Faschismusbegriff, der »den Nationalsozialismus um die spezifisch nationalsozialistische Dimension verkürzt« habe (Wetterau 2018: 254).

»Man muss sich ja genau erinnern, wie man das damals gesehen hat«, meint auch Rüdiger Safranski, der wie Semler zu den Gründungsmitgliedern der KPD/AO zählt und dieser maoistischen Gruppierung geraume Zeit angehört hat.

> Alle Fraktionen, Trotzkisten, Maoisten, es war alles noch sehr durchmischt. Es waren auch immer viele Gäste [in der WG], auch viele Palästinenser und ein Jude, der auf internationaler trotzkistischer Ebene mit palästinensischen Organisationen zusammenarbeitete. […] Und da saßen dann all diese Berufsrevolutionäre aus Palästina, anziehende, kluge,

Mit CamScanner gescannt

durch und durch intellektuelle Leute. Irgendwie war es selbstverständlich, dass man Israel als Agentur des internationalen Imperialismus gesehen hat. Das hat man so analysiert. Aber natürlich wurde auch immer gesagt, das hat aber überhaupt nichts mit dem alten Antisemitismus zu tun. Nein, nein!! Man muss das jetzt ohne Sentimentalität sehen: Israel ist ein Rammbock des internationalen Imperialismus in Palästina. Ja, das wurde allgemein so gesehen. Das fand man damals nicht sonderlich problematisch. Die Palästinenser waren doch nicht rassistisch. Wenn man da jetzt einen befreiten Staat schafft, dann finden die Juden da auch ihr Unterkommen. Man hatte mit dem Antizionismus kein Problem. Antizionismus heißt ja nur, man ist dagegen, dass Israel die Agentur des Imperialismus ist. Zionismus ist die speziell jüdische Variante des internationalen Imperialismus. Aber es ist natürlich kom-

plizierter. Diese Sichtweise war keine besondere deutsche Spezialität, da war man sich innerhalb der Linken in Frankreich und in Italien überall einig. Deswegen: Das als einfache Fortsetzung des alten Antisemitismus zu betrachten, wäre viel zu kurz gegriffen. (Wetterau 2018: 259 f.)

Diesem Fazit ist wenig entgegenzusetzen: Mit dem »altem Antisemitismus« nazistischer Prägung hatten der Antizionismus und die »Israel-Kritik« der Neuen Linken nicht das Geringste zu tun, und es ergibt auch wenig Sinn, innerhalb der internationalen und internationalistischen Protestbewegung nach sekundärem Antisemitismus zu suchen, nach latenten Motiven der Schuldentlastung, einem schwer nachweisbaren und überdies spezifisch deutschen Phänomen.

Strittig ist allerdings, ob der junge Staat Israel, der seine Existenz und fragile Sicherheit zweifellos den Interessen imperialistischer Mächte verdankt, zunächst den geostrategischen Interessen der Briten vor und im Zweiten Weltkrieg und im Zuge der Blockbildung des Kalten Krieges nach 1947 denen der USA, selbst als imperialistische Macht zu charakterisieren ist. Die Annahme einer »speziell jüdischen Variante des internationalen Imperialismus« erscheint vielmehr als Ausdruck einer ideologischen Positionierung und weniger als Ergebnis einer realhistorischen Analyse.

Ungeachtet der spezifischen Gründungsmythen des israelischen Staates und des politischen Zionismus ist die Staatsgründung von 1948 auch eine Begleiterscheinung der staatlichen Neuordnung in der Folge des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Beginnend mit der Auflösung der Vielvölkerreiche ab 1917 kommt es allein in Europa zur Bildung von zwölf neuen Nationalstaaten, deren Gründung, legitimiert durch das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, zu erbitterten Grenzstreitigkeiten, Kriegen, Besetzungen und zur erneuten Zerschlagung führt wie etwa im Polnisch-Sowjetischen Krieg 1919 bis 1921 oder im Polnisch-Litauischen Krieg im Oktober 1920. Israel geht aus der Zerfallsmasse des Osmanischen Reichs und der Auflösung des britischen Kolonialreichs hervor.

Der gleich nach seiner Gründung von den beiden Supermächten USA und UdSSR völkerrechtlich anerkannte Staat Israel verdankt sein Überleben in der Anfangszeit im Wesentlichen der sowjetischen und tschechoslowakischen Militärhilfe, mit der der noch in der Nacht nach der Unabhängigkeitserklärung im Mai 1948 von den sechs arabischen Staaten Ägypten, Syrien, Irak, Libanon, Saudi-Arabien und Jordanien erklärte fünfzehnmonatige Krieg zu Israels Gunsten entschieden wird. Die Sowjetunion geht aber noch unter Stalin auf Distanz zu Israel und setzt auf eine Zusammenarbeit mit der arabischen Seite, insbesondere mit Ägypten. Im politischen Machtpoker des Kalten Krieges, stets an der Grenze zur militärischen Eskalation und in Gestalt zahlloser Stellvertreterkriege auch als blutiger Konflikt ausgetragen, stehen junge Staaten wie Israel vor der Entscheidung, welchem Machtblock sie sich anschließen und die eigene Sicherheit anvertrauen sollen. Im internationalen, bipolar konzentrierten Konfliktsystem des Kalten Kriegs positioniert sich Israel an der Seite der USA und des Westens gegen den vom Ostblock unterstützten arabischen Gegner und wird damit aus Sicht der Neuen Linken zu einer »Agentur des Imperialismus« und zum »Brückenkopf der USA«. Die ursprüngliche pro-israelische Einstellung und offene Haltung der Neuen Linken gegenüber dem staatsbildenden Zionismus und jüdischen Nationalismus, der durch die »faschistische Barbarei« und den Holocaust eine nachträgliche, »unabweisbare Bestätigung« erhalten habe, wird ersetzt durch einen Antizionismus, der sich als Antiimperialismus versteht. Gleichzeitig tritt die bis dahin wichtige gegenwartskritische Aufarbeitung der NS-Verbrechen und die damit verbundene Analyse gesellschaftlicher Voraussetzungen und struktureller Ursachen in den Hintergrund.

Sowohl die ursprünglich pro-israelische wie die spätere israel-kritische, antizionistische Haltung der Neuen Linken blendet wesentliche Realitätssegmente aus und schenkt dem Doppelcharakter des politischen Zionismus in der Vorgeschichte und in den Anfängen der Staatsgründung wenig Beachtung: Als zunehmend militanter Siedlungskolonialismus richtet er sich einerseits gegen die ansässige palästinensische Bevölkerung, die ihrerseits nach der Auflösung der drei unter osmanischer Verwaltung stehenden Provinzen auf nationale Souveränität hofft. Die jüdische »Landnahme« erfolgt bis zu diesem Zeitpunkt überwiegend legal als »Landerwerb« in Kooperation mit der arabischen Oberschicht; dabei handelt es sich großteils um im Ausland lebende Großgrundbesitzer, die auf diese Weise die »Landlosigkeit« Tausender palästinensischer Pächter in Kauf nehmen, die das Land teilweise seit Generationen bearbeitet hatten. Andererseits agiert der politische Zionismus gegenüber der britischen Mandats- und Kolonialmacht im Stile einer nationalen Befreiungsbewegung, unterstützt durch paramilitärische Untergrundorganisationen und terroristische Anschläge, während er gleichzeitig mit den Briten kooperiert. Die nach deren Abzug erklärte Unabhängigkeit ist so gesehen das Ergebnis eines in sich höchst widersprüchlichen Dekolonisationsprozesses, der angesichts

Mit CamScanner gescannt

der Konstellationen im Zweiten Weltkrieg schließlich zur israelischen, aber nicht zur palästinensischen beziehungsweise panarabischen Staatsgründung führt. Dass Israel in den Augen der Weltöffentlichkeit und – wie gezeigt wurde – zunächst auch aus Sicht der Neuen Linken seine Legitimation aus der jahrhundertelangen Judenverfolgung und insbesondere aus dem singulären Genozid durch die Nazis bezieht, wird noch dadurch untermauert, dass die palästinensische Seite in Gestalt des Großmuftis von Jerusalem, al-Husseini, sich im Zweiten Weltkrieg an der Seite Hitlers positioniert und den Nazis ein gemeinsames Programm der Judenvernichtung vorgeschlagen hat. Der antiimperialistische Orientierungsrahmen blendet solche realhistorischen Gegebenheiten aus und ignoriert die Übereinstimmungen, die zionistischer und arabisch-palästinensischer Nationalismus aufweisen, nämlich das Streben nach nationaler, ethnisch begründeter Souveränität in einem angestammten beziehungsweise als solchem beanspruchten, aber umkämpften Territorium. Zu Recht kritisiert die Neue Linke den Nationalismus als Brutstätte von Rassismus und Imperialismus, konstruiert mit dem »Befreiungsnationalismus« im Zuge der Dekolonialisierung aber einen »guten Nationalismus«, auf den emanzipatorische und bis dato gescheiterte revolutionäre Erwartungen und Hoffnungen projiziert werden, ohne dass die völkische und damit reaktionäre Schlagseite des Nationalismus berücksichtigt würde. Aus einer ethnischen Kategorie wird eine soziale, Volk wird gewissermaßen mit Klasse gleichgesetzt. Der von Dutschke propagierte antiimperialistische Kampf in den westlichen Metropolen hat daher so gut wie gar nichts mit Antisemitismus, dafür aber viel mit revolutionärem Elan, illusionärer Verklärung und einem zwiespältigen Verhältnis zum Nationalismus zu tun. An die Stelle der kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, seinen Ursachen und seinen Folgen, treten nunmehr die »starken politischen Begriffe« wie Antikapitalismus und Antiimperialismus. Innerhalb der Neuen Linken setzt sich ein Faschismusbegriff durch, der die rassistische Komponente ausklammert und Faschismus ausschließlich als Form bürgerlicher Herrschaft betrachtet und »reduktionistisch als Diktatur des Kapitals« begreift. Selbstkritisch erkennen Rüdiger Safranski und andere ProtagonistInnen im Rückblick »eine richtige ideologische Verarmung und Verengung« und Erstarrung der linken Bewegung (Wetterau 2018: 172).

Die antizionistische Wende der Neuen Linken

Die antizionistische Wende der Neuen Linken erfolgt mit dem Sechstagekrieg 1967. Innerhalb von nur sechs Tagen, vom 5. bis zum 10. Juni, hatte das von seinen arabischen Nachbarn bedrohte Israel in einem Präventivschlag Ägypten, Syrien und Jordanien besiegt und deren gesamte Luftwaffe noch vor ihrem Einsatz am Boden zerstört. Israel eroberte die ägyptische Sinai-Halbinsel, die syrischen Golan-Höhen und das von Jordanien im Krieg von 1948/49 annektierte Ost-Jerusalem und das Westjordanland. In einem verzweifelten

Verteidigungskrieg gegen die panarabischen Auslöschungsabsichten und die Drohung, alle »Juden ins Meer« zu treiben, werden mit diesem militärischen Sieg und der anschließenden völkerrechtswidrigen Besetzung palästinensischer Gebiete aus israelischer Sicht die unabdingbaren Voraussetzungen für das Überleben des Staates Israel geschaffen. Israel verwandelt sich in diesem Kampf des in seiner Existenz bedrängten David gegen den arabischen Goliath zur militärisch führenden Regionalmacht, die sich freilich nicht ohne die Unterstützung der Hegemonialmacht USA behaupten kann.

Die Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit sind bemerkenswert. Während bei einem großen Teil noch immer manifeste antisemitische Einstellungen zu konstatieren sind, die sich fortlaufend auch in antisemitischen Straftaten niederschlagen, werden die militärischen Erfolge Israels in der medialen Öffentlichkeit begeistert gefeiert, allen voran von der Springer-Presse. Die pro-israelische Stimmung und Stimmungsmache bedient sich dabei zweifelhafter rhetorischer Anleihen. So titelt *Der Spiegel* in unverkennbarer Analogie zu 1939, dem deutschen Überfall auf Polen und der Invasion der Alliierten im Sommer 1944, »Israels Blitzkrieg« und lobt:

> Sie rollten wie Rommel, siegten wie Patton. […] In 60 Stunden zerschlugen die gepanzerten Söhne Zions den arabischen Einkreisungsring um Israel, scheuchten sie die panarabischen Propheten aus ihren Großmacht-Träumen, stürzten sie Ägyptens Nasser in ein niltiefes Jammertal. (Der Spiegel vom 12. 6. 1967)

Innerhalb der Neuen Linken gibt es den gegenteiligen Effekt: Gerade auch in Abgrenzung gegen die sich überschlagende Israelbegeisterung der Springer-Presse, aber auch gegen andere der Studentenbewegung feindlich gesonnene Medien, schlägt die »kritische Solidarität« der Studierenden mit Israel um in eine vorbehaltlose Solidarität mit dem »palästinensischen Volk«. In einer Verlautbarung zum Nahost-Konflikt und zum Sechstagekrieg erklärt der SDS anklagend:

> Die zionistische Kolonisierung Palästinas hieß und heißt bis heute: Vertreibung und Unterdrückung der dort lebenden eingeborenen arabischen Bevölkerung durch eine privilegierte Siedlerschicht. (Kloke 2007: 301–325)

Und auch der Dutschke-Freund Manfred Scharrer erinnert sich: »Die Sympathien sind ziemlich schnell, über Nacht, kann man fast sagen, auf die Seite der Palästinenser übergegangen.« Dabei habe es sich aber um eine explizit politische Position gehandelt, die »sich mit der Kritik an den Amerikanern vermischt hat. Mit Antisemitismus hatte das nichts zu tun«. In dieser Einschätzung sieht er sich bestätigt durch die Kritik, die gerade von jüdischen Intellektuellen an der Politik Israels geübt wurde, und verweist auf seine damaligen Gespräche mit Erich Fried, dem jüdischen, 1938 als Kind vor den Nazis nach England geflohenen Schriftsteller, dessen Vater von den Nazis vor den Augen des Kindes ermordet worden war. 1969 hatte Erich Fried den vom Attentat noch angeschlagenen Rudi Dutschke, der von Scharrer im Ge-

Mit CamScanner gescannt

nesungsprozess unterstützt wurde, in seinem Londoner Haus aufgenommen. Über die Situation in Israel wurde intensiv diskutiert:

> »Fried war in besonderem Maße betroffen. Er war in der Kritik viel härter, als ich es je gewesen bin«, sagt Scharrer. »Ich kann mich gut erinnern, ich war damals eher vorsichtig. Fried hat ja dieses Buch veröffentlicht ›Höre, Israel!‹ und ist daraufhin wegen seiner Israel-Kritik massiv angegriffen worden. Die FAZ und Reich-Ranicki haben jahrelang kein Gedicht mehr von ihm im Feuilleton abgedruckt.« (Wetterau 2018: 248)

Unmittelbar vor Ausbruch des Sechstagekriegs versucht der Schriftsteller Günther Grass, dem später als Verfasser eines nicht gelungenen, »israel-kritischen« Gedichts Antisemitismus vorgeworfen wird, auf einer Vollversammlung an der FU am 3. Juni 1967 vergebens, die Studierenden zu einer Solidaritätserklärung für das von seinen arabischen Nachbarn »tödlich bedrohte Israel« zu veranlassen. Die Studierenden lehnen es ab, sich mit diesem Thema zu befassen. Das sei aber kein Ausdruck von Antisemitismus oder Antizionismus gewesen, erinnert sich Günter Langer, sondern der aufgewühlten Stimmung geschuldet, die einen Tag nach der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Westberliner Polizisten Kurras bei der Anti-Schah-Demonstration die Studierenden erfasst habe. Die Ereignisse des 2. Juni 1967 in Berlin führten zu einer beispiellosen Massenmobilisierung, er ist das Initialdatum von 68.

> Ein Tag nachdem in Berlin gerade Benno Ohnesorg ermordet worden war und wir auf dem FU-Campus von der Polizei belagert und bedroht wurden. In dieser Situation trat Günter Grass auf. Uns war aber das Hemd näher als die Hose und wir weigerten uns, darüber zu diskutieren. (Wetterau 2018: 253)

Zwei Tage später nimmt der Bundesvorstand des SDS dann in anderer Weise Stellung, als von Grass intendiert. Er positioniert den Verband entlang der sowjetischen Linie im Nahost-Konflikt und erklärt Israel »bei aller Sympathie für die israelische Bevölkerung als Vortrupp amerikanischer imperialistischer Interessen« (Fichter/Lönnendoncker 2018: 182). Im SDS ist das umstritten. Dutschke interveniert beim Bundesvorstand mit dem Hinweis, dass die obige Erklärung durch keinerlei Votum einer Delegiertenkonferenz abgesegnet sei und inhaltlich überarbeitet werden müsse. In einer persönlichen Erklärung verweist er darauf, »dass man es nicht zulassen dürfe, dass sich die ›Antisemiten von gestern‹ heute als […] ›Stellvertreter israelischer Interessen aufschwingen‹«. Trotz aller geteilten Kritik an Israel als Handlanger amerikanischer imperialistischer Interessen hält er am Existenzrecht des Staates Israel fest, das »unbedingt erhalten bleiben« müsse (Seitenbecher 2013: 272).

> Die Gründung des Staates Israel war die politische Emanzipation des Judentums. Die Beseitigung des eigenen Herrschaftssystems, das als vorgeschobener Posten des amerikanischen und englischen Imperialismus

fungiert, und die Verbrüderung mit den arabischen Massen wäre die menschliche Emanzipation. (Dutschke 1967)

Letzteres allerdings sieht er gefährdet durch den »arabische[n] Großmachtchauvinismus« und die israelische Politik, und er appelliert an das israelische sowie an die arabischen Völker, sich von ihren Regierungen zu emanzipieren, sich vom gegenseitigen Hass zu befreien und sich den internationalen Befreiungsbewegung anzuschließen (Seitenbecher 2013: 272). Ein frommer Wunsch. In der »Geschichte des SDS« wird berichtet, dass Dutschkes Intervention fast zur Spaltung des SDS geführt habe:

> Auf der einen Seite der »alte« SDS, der noch führend gewesen war in der Aufarbeitung des nationalsozialistischen Antisemitismus […], der noch positiv zu den USA [als Befreiungsmacht] gestanden hatte […]. Große Teile der jüngeren Mitglieder nahmen dagegen zunehmend eine kritische Haltung gegenüber der israelischen Besatzungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten ein. (Fichter/Lönnendoncker 2018: 182)

Dass der Antizionismus dabei eine immer härtere Tonart anschlägt, hat einerseits mit der allgemeinen Radikalisierung der Bewegung zu tun, umgekehrt spiegelt sich darin die schon skizzierte ideologische Erstarrung. Die »starken politischen Begriffe« werden nicht in der realen politischen Auseinandersetzung gewonnen, sondern mit unerbittlicher Klarheit und unter erheblicher Komplexitätsreduktion geradlinig und monokausal aus vorgegebener Theorie und einer vorausgehenden einseitigen Sympathieverteilung abgeleitet. Dies schlägt sich in einer bis an die Grenze der Parodierbarkeit gehenden Sprache (Felsch 2015: 34) und einem Verbalradikalismus nieder, mit dem die »frisch entdeckten Wirklichkeiten von der Einheitssoße trockener, pseudowissenschaftlicher Politsprachen eingedickt […] und von Quartal zu Quartal abstrakter, radikaler, aggressiver« (Delius 2012: 68) formuliert wurden.

Im Rückblick erscheinen die leitenden Begriffe als realitätsarm, realitätsresistent, ahistorisch und plakativ: Das Spannungsverhältnis von Imperialismuskritik auf der einen und dem Entsetzen über die Shoah und dem singulären Zivilisationsbruch auf der anderen Seite lässt sich ohne Weiteres nicht in politische Eindeutigkeit übersetzen. Je nach politischer Positionierung führt es zum Verlust von Sensibilität gegenüber dem jüdischen Trauma oder zur Ausblendung des Unrechts gegenüber den »Opfern der Opfer«, den Palästinensern, die im Kontext der Siedlungs- und Besatzungspolitik seit nunmehr fünfzig Jahren in immer enger werdende Reservate abgedrängt werden.

Antizionismus und Antisemitismus

In der Auflösungsphase der Studentenbewegung nach 1969 spitzen sich die Gegensätze von Israel-Kritik und vorbehaltloser Palästina-Solidarität, verbunden mit der rhetorischen Identifizierung der Palästinenser als den »Juden von heute« zu und münden bei einem kleinen Teil der Bewegung in einen exzessiven terroristischen Antisemitismus. Den Auftakt bildete die ausgerechnet

Mit CamScanner gescannt

am 9. November 1969, dem 31. Jahrestag der nationalsozialistischen Reichspogromnacht, im Jüdischen Gemeindehaus in der Berliner Fasanenstraße deponierte und zuvor vom Verfassungsschutz und seinem V-Mann Peter Urbach gelieferte Bombe, die nur deshalb keinen größeren Schaden anrichtete, weil der Sprengsatz defekt war. Zu dem Anschlag bekannten sich die »Tupamaros Westberlin«. In einem »Offenen Brief aus Amman« rechtfertigte ihr Gründer Dieter Kunzelmann das gescheiterte Bombenattentat als Beginn einer Kampagne gegen den Zionismus und den Staat Israel. Vorausgegangen war eine Reise von fünf Aktivisten der Tupamaros Westberlin, unter ihnen Kunzelmann, der den Anschlag geplant, und Albert Fichter, der ihn ausgeführt hat, in ein palästinensisches Ausbildungslager in Jordanien. Dort durchliefen sie eine paramilitärische »Schulung« und kehrten laut Bommi Baumann (2013), einem frühen Aussteiger aus der Szene, mit dem entschiedenen Willen, die Militanz zu steigern, aus Palästina zurück.

Tilman Fichter, dessen Bruder das Bombenattentat ausgeführt hat – »ich hatte keine Ahnung, dass er in diesen Wahnsinn verwickelt war« –, forderte als zeitweiliger Redakteur des anarchistischen Blattes *agit 883* unmittelbar nach dem gescheiterten Anschlag eine entschiedene Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Günter Langer, ebenfalls Redakteur bei *agit 883* und »Haschrebell« bestätigt dies:

> In der »883« wurde die Aktion scharf verurteilt. Ich kannte Kunzelmann ziemlich gut, war quasi mit ihm befreundet. Kunzelmann hatte mit der Kommune 1 abgewirtschaftet und suchte Anschluss an eine neue Bewegung. Er hängte sich also an die Haschrebellen ran und konnte einige dazu bringen, vom »Knastcamp« in Ebrach in den Libanon bzw. nach Jordanien zu fahren. Ich befand mich zu der Zeit in London mit einer anderen Fraktion der Haschrebellen, um dort Rudi Dutschke zu besuchen, der zur Genesung bei Erich Fried weilte. Als die Orientfahrer wieder in Berlin auftauchten, riefen sie zur Gründung von Zellen nach dem Muster der Tupamaros in Uruguay auf. Doch dann kam das Attentat auf das jüdische Gemeindehaus. Ich empfand das als Schock, als einen groben politischen Fehler. Es wurde gemunkelt, dafür seien die Orientfahrer verantwortlich, also Kunzelmann. Prompt kamen dann auch die Kommandomeldungen und Kunzelmanns »Briefe aus Amman«, in denen die Aktion verteidigt wurde. Dort fand sich dann auch der Begriff »Judenknax«, sinngemäß also die These, die deutsche politische Klasse und auch die Linke könne aus Scham über die Verbrechen gegen die Juden in der NS-Zeit nicht mehr objektiv über die gegenwärtige Politik Israels reden bzw. urteilen. Wahr ist, dass im Deutschland jener Zeit öffentlich anders geredet wurde als privat. Es gab eine Schizophrenie des deutschen Bewusstseins in dieser Frage. (Wetterau 2018: 251)

Die von beiden geforderte Antisemitismuskritik fällt indes wenig überzeugend aus. Für Langer ist das Attentat »ein grober politischer Fehler«, weil

es der Linken schade oder, wie es in *agit 883* heißt, der »Konterrevolution nützt« und nicht weil es skrupellos das Leben unbeteiligter Menschen aufs Spiel setzt. Tilman Fichter reduziert in seinem 883-Artikel zur Frage »Was ist Antisemitismus?« (agit 883, 41/1969) Judenfeindschaft auf die jeweilige ökonomische Rolle des Judentums und bringt die Ausbreitung des Antisemitismus im 20. Jahrhundert in simpler Anwendung marxistischer Kategorien mit der Angst des Kleinbürgertums vor Proletarisierung durch jüdische Konkurrenz in Verbindung, die vom Monopolkapital und dessen faschistischer Agentur, dem NS-Staat, geschürt und instrumentalisiert worden sei. Antisemiten, das sind die anderen. Unvermittelt und unter Verzicht auf jedes Argument schließt der Artikel dann mit einer höhnischen Volte gegen den »aggressiven Zionismus in Israel«, die in Inhalt und in Stil eher antisemitische Stereotype transportiert, als dass sie geeignet wäre, Antisemitismus in den eigenen Reihen zu thematisieren. Mangelndes Problemverständnis äußert sich auch, wenn Fichter bezweifelt, dass der objektiv antisemitische Terrorakt seines Bruders antisemitisch motiviert gewesen sei und nicht vielmehr Ausdruck eines wirren Aktionismus unter Drogeneinfluss. Als »die LSD-Sache abgeklungen« sei, habe sein Bruder jedenfalls die Beteiligung an einer weiteren von Kunzelmann geplanten antisemitischen Straftat verweigert: Das Denkmal für ermordete KZ-Häftlinge mit der Parole »Juden raus aus Israel« zu beschmieren, habe er als antisemitisch abgelehnt. Fichter, der seinem Bruder nach dem Anschlag zur Flucht verholfen hat, steht im Nachhinein möglicherweise unter Rechtfertigungsdruck. So jedenfalls deutet der Historiker Seitenbecher Fichters anschließende thematische Hinwendung zur Kultur des mahnenden Erinnerns. Aus seiner Sicht kann Fichter als »Vorreiter linker Aufarbeitung des Holocausts wie auch der Aussöhnung mit dem Judentum gelten« (Seitenbecher 2013: 281), der sich unter anderem führend im Förderkreis für das Berliner Holocaust-Mahnmal engagiert hat.

In seinem Buch *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus* hat sich Wolfgang Kraushaar (2005) mit dem Attentat befasst und allerhand Spekulationen über Hintergründe und Einzelheiten des Bombenattentats, inklusive der Verwicklungen des bundesdeutschen Verfassungsschutzes, angestellt. Von diesem terroristischen Akt auf grundlegend antisemitische Tendenzen innerhalb der Neuen Linken zu schließen, hält aber selbst Kraushaar als Kritiker »Linker Geisterfahrer« (2001) nicht für zulässig. Die »Tupamaros Westberlin« mit ihren kaum mehr als fünfzehn Mitgliedern waren keineswegs repräsentativ für die gesamte Bewegung, wie auch die politische Bedeutung von Kunzelmann, der »als Happening-Künstler gewisse Provokationselemente in die deutsche Nachkriegsgeschichte« eingebracht hat (Wetterau 2018: 247) und sich als »Politclown« stets einer großen medialen Aufmerksamkeit erfreuen konnte, nicht nur äußerst umstritten gewesen ist, sondern oft auch deutlich überschätzt wurde, nicht zuletzt von ihm selbst (Kunzelmann 1998). Der gewalttätige, von Vernichtungsfantasien

Mit CamScanner gescannt

begleitetet Antisemitismus Einzelner im Kontext vermeintlich revolutionärer Strategien des »bewaffneten Kampfes« bleibt eine erschreckende Randerscheinung, die allerdings nicht gänzlich von der antizionistischen Orientierung der Neuen Linken abzukoppeln ist.

Das zeigt in tragischer Weise der Weg Ulrike Meinhofs, die anders als Kunzelmann gerade in den Anfängen und zu Hochzeiten der Studentenbewegung als die politische und moralische Instanz galt, der auch nach ihrem Abtauchen in die Illegalität viele Sympathien erhalten blieben. Noch im Sommer 1967 formulierte sie als *konkret*-Kolumnistin:

> Die europäische Linke hat und hatte nie einen Grund, ihre Solidarität mit den rassistisch Verfolgten aufzugeben. Für sie wurde der Nationalsozialismus nicht erst durch die Judengräuel kompromittiert, nicht durch Wiedergutmachung wieder gut. Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart und schließt den Staat Israel ein, den britische Kolonialpolitik und nationalsozialistische Judenverfolgung begründet haben. (Meinhof 1986: 100)

Umso unverständlicher und erschreckender ihre Auslassungen nach dem Attentat auf die israelische Olympia-Mannschaft 1972, bei dem insgesamt 17 Menschen ums Leben kommen. Die palästinensische Organisation »Schwarzer September« hatte mit einer Geiselnahme palästinensische Gefangene und auch die zu dieser Zeit in Stammheim einsitzenden Baader und Meinhof freipressen wollen. In Kenntnis des tödlichen Ausgangs lobt Ulrike Meinhof den Anschlag als »antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch« und erklärt in einer an Zynismus kaum noch zu überbietenden Verdrehung der Schuldfrage: »Israel verliert Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden« (Meinhof 1997: 151/173). Mit der Vernichtungsmetapher von Auschwitz konstruiert sie eine Wesensgleichheit von Zionismus und Faschismus und legitimiert den menschenverachtenden Terrorakt als antifaschistische Heldentat und als Kollateralschaden des antiimperialistischen Kampfes, den man nicht selbst zu verantworten hat, sondern der auf das Konto des Gegners geht.

Dieser erschreckende Verlust von moralischem und politischem Urteilsvermögen bei der einstigen moralischen Autorität der Bewegung mag Ausdruck ihrer zunehmenden Entfremdung und Isolation unter den Bedingungen von Haft und Illegalität gewesen sein. Gleichzeitig verweisen skrupelloser Rigorismus und Fanatismus, mit dem politische Überzeugungen exekutiert werden, auch auf die düsteren Schatten der Vergangenheit. Nicht wenige, die das »faschistische Schweinesystem« der Bonner Republik mit den Mitteln der Terrors bekämpft haben, kommen aus Nazi-Familien wie der Mitbegründer der RAF, Horst Mahler, der sich seit vielen Jahren als Antisemit und Holocaust-Leugner hervortut und dies mit der Liebe zu seinem Vater begründet, der seinerseits Hitler über alles geliebt habe. Weniger bekannt ist,

dass auch die Ziehmutter Ulrike Meinhofs, Renate Riemeck, eine Nazi-Vergangenheit hat, die sie allerdings stets verheimlicht hat. Als Studentin tritt Riemeck der NSDAP bei und gehört dem NS-Studentinnenbund weit über ihre eigentliche Studienzeit hinaus an. Als wissenschaftliche Assistentin an der Universität Göttingen arbeitet sie an der Seite des »NS-Rassenpapstes«, auch »Rassen-Günther« genannt, der die wissenschaftlichen Beweise für die Minderwertigkeit der »jüdischen Rasse« und anderer Rassen zu erbringen versucht. Nach 1945 hat Riemeck diese Verstrickungen mit Erfolg in eine Form von Widerständigkeit umgedeutet (Jungen 2018), eine Form von Opportunismus und Schuldverweigerung, die sie mit anderen prominenten moralischen Instanzen der frühen Bundesrepublik teilt. Was solche Familiengeheimnisse für die Nachgeborenen im Einzelnen bedeutet haben, darüber kann nur spekuliert werden. Bekannt ist hingegen, dass auch Nichtgesagtes, Unausgesprochenes intergenerationell Wirkung entfaltet. Vor diesem Hintergrund wirkt der radikale Humanismus Ulrike Meinhofs, der am Ende in sein Gegenteil kippt wie eine tragische Antwort auf eine deutsche Familiengeschichte, und macht deutlich, »dass historische Generationen sich niemals zur Gänze und hundertprozentig neu erfinden können« (Brumlik 2005), sondern bewusst abgelehnte Traditionen möglicherweise unbewusst fortführen.

Antisemitismus und Antisemitismuskritik

Der Vorwurf des Antisemitismus wiegt indes schwer. Vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechensgeschichte und des beispiellosen Zivilisationsbruchs der Shoah bezeichnet er kein biederes Ressentiment, sondern unterstellt den Betroffenen ein Ausmaß an Menschenverachtung und Vernichtungswillen, das ihre moralische Integrität kategorial infrage stellt und sie für jeden politischen Diskurs grundlegend disqualifiziert. Es wundert daher nicht, dass ungeachtet aller selbstkritischen Rückblicke alle befragten ProtagonistInnen das Stigma des Antisemitismus für die eigene Person wie für die politische Agenda der Neuen Linken entschieden zurückweisen. Es hätte das politische Aus innerhalb der Neuen Linken bedeutet, wenn jemand mit antisemitischen Positionen aufgefallen wäre, stellt Tilman Fichter noch im Nachhinein fest. Die Neue Linke war vielmehr Vorreiterin im Kampf gegen Antisemitismus, der von der Mehrheitsgesellschaft ignoriert und dessen Aufarbeitung lange Zeit verhindert worden ist. Sie hielt sich überdies für immun, weil sie im Gegensatz zur deutschen Mehrheitsgesellschaft »keine rassistischen Probleme« [und] keinen Antisemitismus zu bewältigen« hatte, wie der SDS-Bundesvorsitzende Reimut Reiche im Juni 1967 anlässlich des Sechstagekriegs im *Spiegel* erklärt. (Seitenbecher 2013: 269). Eine solche Fokussierung auf rassistische Judenfeindschaft greift jedoch zu kurz.

> Die Antisemitismusforschung [...] muss sich erweitern von der Untersuchung des speziellen Ressentiments und seiner Wirkungen zur allgemeinen und übergreifenden Problematik von Vorurteil und

Mit CamScanner gescannt

> Diskriminierung, Ausgrenzung von Minderheiten, Kulturrassismus und Xenophobie […], die Antworten auf komplexe Problemzusammenhänge sucht und die vielfältigen Feindbilder und Vorurteile in politischem, sozialem und kulturellem Zusammenhang analysiert. (Benz 2016: 247)

Die Entgrenzung des Antisemitismusbegriffs bei gleichzeitiger Fokussierung auf das Feld der »Israel-Kritik« beschreitet jedoch den umgekehrten Weg:

> Antisemitismus wird nicht als ein spezifisches Ressentiment begriffen, vergleichbar mit anderen Feindbildern in anderen Kontexten, wie sie etwa in der Verfolgung von Sinti und Roma durch die Nazis, den fremdenfeindlichen Brandanschlägen auf Asylbewerberheime im vereinten Deutschland oder den rassistischen und islamophoben Ausfällen eines amerikanischen Präsidenten zum Ausdruck kommen, sondern als das Ressentiment schlechthin, in dem sich alles bündelt, was der Komplexität der Moderne nicht gewachsen scheint, und auf das letztlich jedes Vorurteil zurückzuführen sei. Antisemitismus schlägt sich nach dieser Auffassung nicht darin nieder, dass alles Jüdische abgelehnt wird, weil es als jüdisch definiert wird, sondern umgekehrt alles, was abgelehnt wird, wird von Antisemiten als jüdisch identifiziert und diffamiert.

Der Sozialwissenschaftler Salzborn (2018) treibt diese Umkehrung auf die Spitze, indem er multilaterale Konflikte und die sie begleitenden Feindbilder auf einen einzigen Konflikt zurückführt, auf die Dichotomie von Judentum und Judenhassern. Als »die einzige Demokratie im Nahen Osten« verkörpere Israel die »liberale und aufgeklärte Welt« und die »Komplexität der Moderne« und ziehe daher weltweit den Hass der Antisemiten auf sich. Es drohe die Gefahr einer »antisemitischen Weltrevolution« und eines »antisemitischen Weltkriegs«, deren Auftakt die islamistischen Anschläge von 9/11 gewesen seien. Eine »antisemitische Weltrevolution« tritt bei ihm an die Stelle der »jüdischen Weltverschwörung«, Islamophobie an die Stelle von Antisemitismus. Dass dieser neue Anti-Antisemitismus eine weitere Stoßrichtung hat, zeigt sich, wenn die alte und neue Linke gleich mit abserviert werden, denn »einige der sich postkolonial gerierenden Gruppierungen« scheuten sich nicht, »gemeinsame Sache mit Islamisten und Neonazis [zu machen], wenn es nur gegen den gemeinsamen Feind [Israel] geht« (Salzborn 2018: 26). Da dies personell in der Regel nicht nachweisbar ist, verlegt man sich auf die Diagnose eines linken Antisemitismus, der sich strukturell in binären Argumentationsmustern und inhaltlich in der Anschlussfähigkeit an bestimmte antisemitische Stereotype nachweisen lasse. Nach diesen wird dann mit hermeneutischem Geschick und detektivischem Spürsinn gefahndet und – falls die Stereotype in Vergessenheit geraten sein sollten – werden sie so zu neuem Leben erweckt, mit dem eindrucksvollen Effekt, dass »Judenhasser allerorten« (Auernheimer 2018) ausfindig gemacht werden, während antisemitische Übergriffe und Straftaten von rechts zwar die Statistiken anführen, aber im Kontext des neuen Anti-Antisemitismus kaum Erwähnung finden.

Die Erfinder des strukturellen Antisemitismus (u. a. Grigat 2002) wenden sich stattdessen gegen links. Herausragendes Beispiel ist die Kritik an linker Kapitalismuskritik:

Der dagegen gerichtete Vorwurf wird mithilfe von Nazi-Vergleichen untermauert. Die NS-Ideologie verknüpfte bekanntlich antikapitalistische und antisemitische Ressentiments zu einem explosiven propagandistischen Gemisch, das allerdings nicht »den Kapitalismus«, sondern »die Juden« im Visier hatte. Mit der Unterscheidung zwischen dem guten arischen »schaffenden« Kapital und dem bösen jüdischen »raffenden« Kapital konnten antikapitalistische Vorbehalte auf antisemitische Ressentiments umgelenkt werden. Der dichotomen Gegenüberstellung von »raffend« und »schaffend« entspreche heute die marxistische Gegenüberstellung von Zirkulations- und Produktionssphäre oder in anderer Terminologie von Finanz- und Realwirtschaft. Sie sei strukturell antisemitisch, erst recht, wenn durch die Kritik an der Finanzwirtschaft das Stereotyp des »raffenden Geldjuden« aufgerufen werde und Kapitalismus in Gestalt »des Juden« personifiziert werde. Zwar liegt es im Auge des Betrachters, welche Bezüge er assoziiert oder nicht, ein völlig von Intentionen und Kontexten abgelöster Antisemitismusbegriff mutiert hingegen zur beliebig einsetzbaren Waffe im politischen Diskurs.

Lenkt man von hier aus den Blick zurück auf die Neue Linke von 68, dann wird deutlich, dass sich der Befund eines linken Antisemitismus über weite Strecken auf die fragwürdigen Konstrukte eines neuen Antisemitismus stützt. Diskurse zum neuen Antisemitismus, die inzwischen fast ausschließlich als Anti-Israel-Diskurse geführt werden und die Absurditäten des strukturellen Antisemitismus miteinbeziehen, bedienen sich gleichwohl der unausgesprochenen Implikationen und der moralischen Skandalisierung, die mit dem alten Rassenantisemitismus verbunden sind. Während der Antizionismus der Neuen Linken mitunter wenig Verständnis für das jüdische Trauma, die andauernde Bedrohungssituation Israels und die Sicherheitsbedürfnisse jüdischer Menschen aufgebracht hat, ist umgekehrt festzustellen, dass die »pro-israelische« Gegenseite Verletzungen internationalen Rechts und fortdauernde Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern aus ihrem Blickfeld verbannt und deren Benennung tabuisiert. Die antizionistische Kritik der Neuen Linken um 68 enthält problematische ideologische Zuspitzungen, antisemitisch war sie deshalb nicht, sondern orientierte sich im Idealfall an universalen Ideen und Werten, was nicht ausschließen soll, dass auch unter Linken antisemitische Einstellungen anzutreffen sind.

Literatur

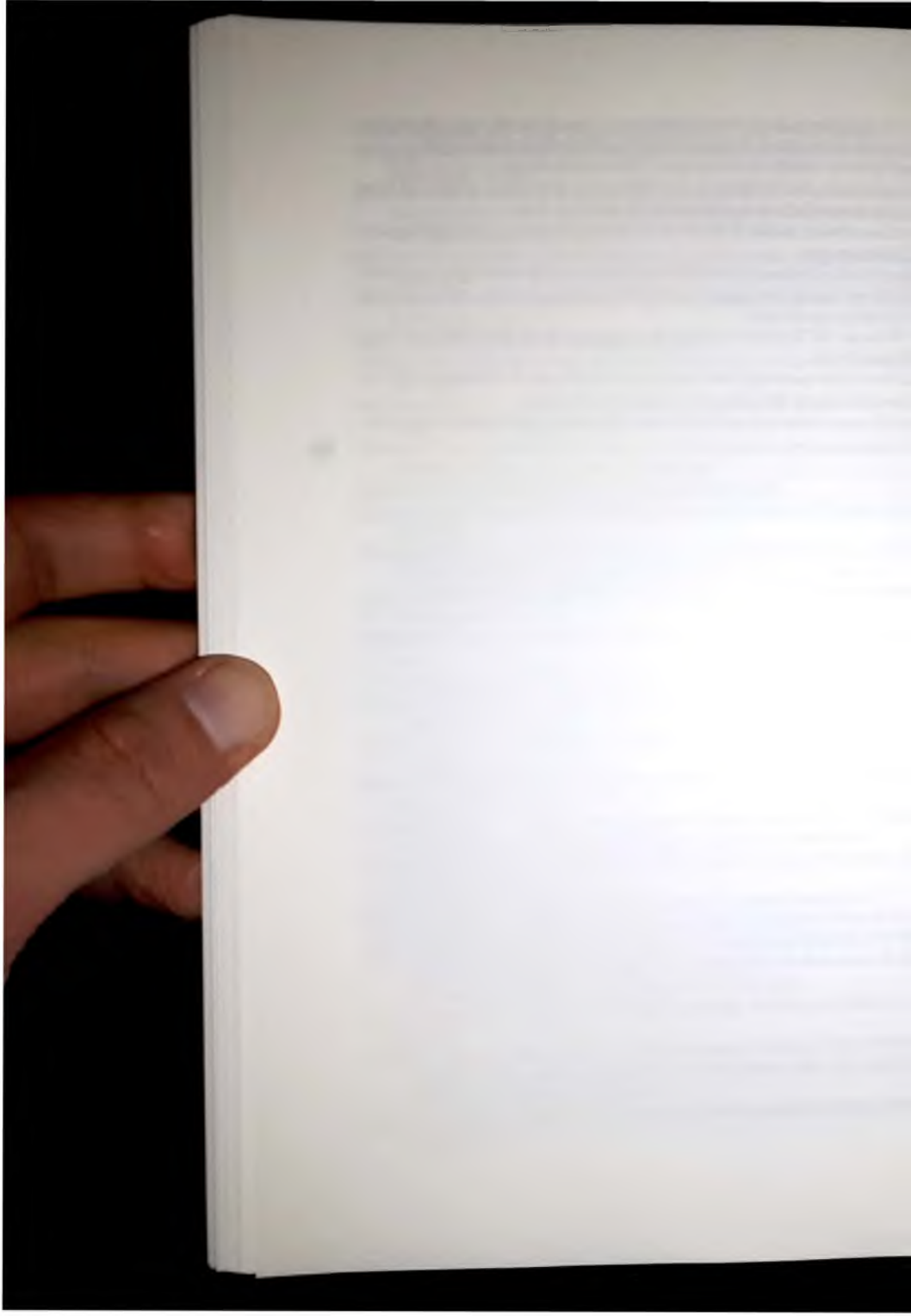
Götz Aly, Unser Kampf 1968. Ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main 2008.
Götz Aly, Angst vor der Wahrheit, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. 10. 2017.
Georg Auernheimer, Judenhasser allerorten?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2018. S. 33–36.

Mit CamScanner gescannt

Bommi Baumann, Im Nachhinein ist jeder schlauer, in: taz.de vom 13. 5. 2013.
Wolfgang Benz, Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments, 2. Aufl., Schwalbach/Ts. 2016.
Micha Brumlik, Generationen können sich nicht neu erfinden: Über antisemitische Tendenzen der 68er-Generation. Gespräch mit Hans-Joachim Wiese, Deutschlandfunk, auf: hagalil.com vom 26. 7. 2005.
Friedrich Christian Delius, Als die Bücher noch geholfen haben. Biografische Skizzen, Berlin 2012.
Rudi Dutschke, Erklärung zum 6-Tage-Krieg vom 7. 6. 1967, Archiv HIS, NL Dutschke, RUD 240,01, 1967.
Rudi Dutschke, Geschichte ist machbar, Berlin 1980.
Philipp Felsch, Der lange Sommer der Theorie. Geschichte einer Revolte, 3. Aufl., München 2015.
Alex Feuerherdt, Florian Markl, Vereinte Nationen gegen Israel: Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin 2018.
Tilman Fichter, Siegward Lönnendonker, Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund 1946–1970, Bielefeld 2018.
Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und Protest, München 2008.
Stephan Grigat, Antisemitismus und Antizionismus in der Linken, auf: hagalil.com vom 18. 4. 2002.
Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Frankfurt am Main 1967.
Gerhard Hanloser, Lektüre und Revolte. Der Textfundus der 68er Fundamentalopposition, Münster 2017.
Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folgen 1–10, Frankfurt am Main 2002–2011.
Hans Adolf Jacobsen, Der Weg zur Teilung der Welt, Koblenz/Bonn 1973.
Michael Jenne, DIS kam vor DIG, in: Deutsch-Israelische-Gesellschaft. Berlin Brandenburg (Hg.) vom 13. 7. 2016.
Ulrike Jureit, Christian Schneider, Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010.
Wilhelm Kempf, Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche, Berlin 2015.
Martin Kloke, Israel – Alptraum der deutschen Linken?, in: M. Brosch u. a. (Hg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007.
Wolfgang Kraushaar, Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke, Frankfurt am Main 2001.
Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der 68er-Bewegung, Stuttgart 2018.
Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand. Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998.
Ulrike Meinhof, RAF, Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.
Ulrike Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, Berlin 1986.
Hans Mommsen, Laudatio anlässlich der Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises am 2. Dezember 2002, Börsenverein des Deutschen Buchhandels, auf: geschwister-scholl-preis.de/preistraeger_2000-2009.
Doron Rabinovici u. a. (Hg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt am Main 2004.

Klaus-Henning Rosen, Vorurteile im Verborgenen. Zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985.
Samuel Salzborn, Globaler Antisemitismus, Weinheim/Basel 2018.
Natan Scharanski, Anti-Semitism in 3D. Differentiating legitimate criticism of Israel from the so-called new anti-Semitism, auf: aish.com. 2004.
Manuel Seitenbecher, Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung?, Paderborn 2013.
Reinhard Strecker, Bedeutung der Faschismusdiskussion in den 60er Jahren, in: Archiv APO und Soziale Bewegungen GLASNOST, Berlin 1992–2015, online: glasnost.de/hist/apo/apo882.html.
Karin Wetterau, 68. Täterkinder und Rebellen. »Familienroman« einer Revolte, 2. Aufl., Bielefeld 2018.
Heinz Wewer, Voraussetzungen des Friedens im Nahen Osten, in: DISkussion, Heft 22, Juni 1967. Zit. n. Michael Jenne, DIS kam vor DIG, 2016.
Gerhard Zwerenz, Linker Antisemitismus ist unmöglich, in: Die Zeit Archiv vom 9. 4. 1976.

Mit CamScanner gescannt



GERHARD HANLOSER

Die Frühphase des »bewaffneten Kampfs« in Deutschland und der Antisemitismusvorwurf

Eine Gegen-Skizze

Ein Blick zurück

Passend zum Deutschen Herbst erschien 1977 die Schrift *Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus* von Jillian Becker im Fischer Taschenbuch Verlag. Das Buch beinhaltet eine große Dankesliste, in der auch prominente Neue Linke erwähnt werden, und im Prolog wird die Überlegung aufgeworfen, ob die »Vorhut der kommunistischen Weltrevolution […] nicht ganz andere, persönliche Motive […] als Antrieb für ihre Gewalttaten« vorzuweisen habe.[1] Weiterhin verweist die 1932 in Südafrika geborene Journalistin auf den Entebbe-Entführer Wilfried Böse, den sie der »Baader-Meinhof-Gruppe« zurechnet. Sie kolportiert Bemerkungen, die dieser bei der Entführung der Air-Force-Maschine 1976 geäußert habe, wonach man der »marxistischen Weltrevolution« und nicht dem »Nazismus« verbunden sei, und kommentiert vielsagend: Ihr Buch werde es allen, die diesen Unterschied mit Böse reklamieren wollten, »nicht leichter machen«.[2] Der Leser ist gespannt und wird dann mit ironischem Unterton durch die Kulissen der Revolte von Westberlin 1967 geführt, um schließlich bei der Ermordung von Benno Ohnesorg zu landen. Was Becker dem neugierigen Leser jedoch präsentiert, unterscheidet sich nicht wesentlich von Ausführungen, die das wissenschaftliche Niveau der Sensationspresse haben:

> Bei einer Zusammenkunft im Büro des SDS in der Nacht des 3. Juni protestiert eine schlanke Blondine namens Gudrun Ensslin mit schriller Stimme, der »faschistische Staat« sei darauf aus, sie alle zu töten, und man müsse den Widerstand organisieren, da Gewalt nur mit Gewalt beantwortet werden könne. »Dies ist die Generation von Auschwitz – mit denen kann man nicht argumentieren!« schrie sie und steigerte sich in höchste Hysterie. Sie weinte so hemmungslos, daß ihr die schwarze

1 Jillian Becker, Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt am Main 1977, S. 12.

2 Ebenda, S. 15.

Mit CamScanner gescannt

> Wimperntusche über die Wangen lief […] Trauer, Zorn oder Exaltiertheit mögen auch die Empfindungen gewesen sein, die die hysterische Blondine überwältigten. Doch im Lichte der nachfolgenden Ereignisse scheint es auch möglich, daß ihre Tränen in jener Nacht aus Frustration vergossen wurden: daß hier geschehen war, was sie sich selbst bisher noch nicht gestattet hatte – die extreme und gewaltsame Tat.[3]

Besonders ein Vertreter der Kritischen Theorie, nämlich der marxistische und von der Lebensphilosophie inspirierte Sozialphilosoph Herbert Marcuse, habe die Studentinnen und Studenten in ihrem Bedürfnis besonders bestärkt, waren diese doch

> die verwöhnten Kinder des Wirtschaftswunders […], die nie Not und Unterdrückung kennengelernt hatten und die einfach unfähig seien, das zu würdigen, was ihnen die Väter vermachten. Privilegiert zu sein, frei, verhätschelt, gut ernährt, komfortabel behaust und gut gekleidet – das war wie eine Anklage! Da kam ihnen Herbert Marcuse zu Hilfe. Er besänftigte ihren Leidensneid. Er erzählte ihnen, daß sie im Grunde durch all den Überfluß und den Komfort und die Toleranz unterdrückt und unterjocht seien.[4]

Einer dieser mit Leidensneid erfüllten jungen Menschen findet Beckers tiefste Verachtung:

> Andreas Baader war dunkelhäutig, fast wie ein Zigeuner. Er protzte gerne. Er war frei von jedem moralischen Konflikt, immun gegen jegliche Skrupel. Er hatte weder Marx noch Marcuse noch Mao gelesen. Er hatte überhaupt nichts gelesen. Er hatte nichts mit Politik zu tun gehabt. Das war alles »Scheiße«. Er trotzte des Trotzes wegen.[5]

Einige Seiten weiter fand er dann »Rechtfertigungen für die Taten, die er leugnete […] in den Schriften der amerikanischen Negerführer und bei Herbert Marcuse«.[6] Hatte er nicht gerade eben überhaupt nichts gelesen, der hübsche Junge »mit seinen langen schwarzen Wimpern und den blauen spitzbübischen Augen«[7]? Abgesehen von diesen boulevardhaften Zeichnungen stellt sich beim Lesen der Lektüre wiederholt die Frage, was nun den Titel des Buches berechtigt und vor allem welcher Inhalt mit der Phrase von »Hitlers Kindern« ausgedrückt sein soll. Die Autorin macht auf die antifaschistischen studentischen Aktionen gegen den Muff von tausend Jahren aufmerksam, notiert, dass ein »Professor für Islamkunde, der nun den Talar trug, früher aber das Braunhemd von Hitlers SA«, sich erregte: »Sie gehören

3 Ebenda, S. 35.
4 Ebenda, S. 51.
5 Ebenda, S. 63.
6 Ebenda, S. 73.
7 Ebenda, S. 63.

alle ins Konzentrationslager.«[8] Die derart durch Hitlers willige Vollstrecker angefeindeten revoltierenden Kinder müssten sich, so die Intention der Autorin, doch irgendwie vor die Folie des Faschismus zerren lassen. Und so unterstellt die Autorin Ralf Reinders von der Berliner Bewegung 2. Juni, »ein sehr langhaariger Prophet des romantischen Ideals der Selbstverwirklichung durch das Verstümmeln, Blenden, Töten und Quälen anderer« zu sein, der geplant habe, eine Bombe in das Jüdische Gemeindehaus Berlins zu legen. Becker kennt auch die angebliche Begründung Reinders dafür: »Um diesen Knacks, den wir der Juden wegen seit der Nazizeit haben, loszuwerden.«[9] Was ist davon richtig recherchiert? So gut wie nichts. Ralf Reinders hat mit der Bombe im Jüdischen Gemeindehaus nichts zu tun, das ihm zugeschriebene Zitat findet sich nirgendwo, es muss stattdessen Dieter Kunzelmann zugerechnet werden.

Von wenig überzeugender Tiefe sind auch Jillian Beckers Reflexionen über die Gemeinsamkeiten der ersten und zweiten Generation der RAF:

> Sie entstammten in der Regel den gleichen wohlhabenden Kreisen; sie hatten den gleichen Ehrgeiz, sich hervorzutun; den gleichen Drang, um des Trotzes willen zu trotzen; sie bedurften ebenso der Unterordnung unter die Autorität der Gruppe – und aus dem gleichen Gefühl der Langeweile, der Unzufriedenheit, des Hasses und der Verwirrung verübten sie ihre grausamen, zerstörerischen Taten und glaubten sie, sich ebenfalls durch den Bezug auf vage Ideale rechtfertigen zu müssen.[10]

Kann diese Prosa überzeugen – vor allem in Hinsicht auf die zentrale These, dass die »Terroristen« lediglich »Hitlers Kinder« im Sinne eines geistigen Abstammungsverhältnisses darstellen? Hatte denn der »Vater« auch bloß ein Gefühl von Langeweile und trotzte um des Trotzes willen? Becker greift ein wenig in die Philosophenmottenkiste, um ihre gefühlte Wahrheit zu erhärten:

> Sie sahen sich als von Leidenschaft getriebene Helden, die das Recht besaßen, brutale Gewalt anzuwenden: Mächtige, die viele unschuldige Blumen zertreten und viele Dinge auf ihrem Weg vernichten müssen, wie Gudrun Ensslins Vorfahr Hegel es einmal ausdrückte und wie es die Nazis fanatisch von sich selbst glaubten.[11]

Und so muss auch das RAF-Opfer Schleyer zu einem Demokraten mutieren – und die RAF zur Braunen Armee Fraktion gemacht werden:

> Es wurde beim Begräbnis nicht erwähnt, daß Schleyer Nationalsozialist gewesen und deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg drei Jahre lang interniert gewesen war. Aber er wurde von den jungen Terroristen nicht entführt, gequält und ermordet, weil er Nazi gewesen war – sondern eher, weil er über ein Vierteljahrhundert als Demokrat für Freiheit und

8 Ebenda, S. 134.
9 Ebenda, S. 214.
10 Ebenda, S. 244.
11 Ebenda, S. 255.

Mit CamScanner gescannt

Wohlstand seines Landes gearbeitet hatte und weil er als Industrieller zu Reichtum und Einfluß gelangt war. Was seine Mörder praktizierten, war Faschismus, nicht Widerstand.[12]

Dieses Pamphlet von Jillian Becker für Freiheit und Wohlstand, voller Empathie für alte, nun demokratisch gewendete Nazis und Verachtung für die Revoltegeneration von 68 wurde nicht umsonst von *Newsweek* zum Buch des Jahres 1977 nominiert.[13] Es hatte schließlich eine klare Agenda: Es sollte all jenen, denen in anderen europäischen Ländern noch der Schrecken des Nationalsozialismus in den Knochen steckte »und [die] in schlechter Erinnerung an das Dritte Reich ein generelles Mißtrauen gegenüber Deutschland bewahrt hatten«[14], zeigen, wer die wahren Faschisten sind.

Beckers Versuch, die RAF selbst zu Nazis zu machen, konnte natürlich in der zugespitzten Situation des Deutschen Herbstes, als vor dem Gefängnis in Stammheim Stuttgarter Bürger dem Staat anrieten, die Gefangenen »auf der Flucht zu erschießen«, eine eminent wichtige ideologische Rolle spielen. Doch diese simple Logik wollte sich in den darauffolgenden Jahrzehnten nicht durchsetzen, obwohl auch der Philosoph Jürgen Habermas bereits vor der Gründung der RAF der antiautoritären Studentenbewegung mit ihrem Sprecher Rudi Dutschke bescheinigte, eine Form des »linken Faschismus« darzustellen.[15]

Erst in jüngster Zeit können Gruppen, die sich in den 70er Jahren am Aufbau einer bewaffneten Fundamentalopposition versuchten, wenn auch nicht über den Faschismusbegriff, so über den Vorwurf des Antisemitismus als »Hitlers Kinder« imaginiert werden.

Die RZ und der schmerzlich überwundene internationale Antizionismus

Tatsächlich sind die dunklen Seiten der Politik des »bewaffneten Kampfes« in Westdeutschland der 70er Jahre seit der Entführung eines Passagierflugzeugs der Air France im Juli 1976 durch palästinensische und deutsche bewaffnete LuftpiratInnen bekannt und mit der Frage nach linkem Antisemitismus verknüpft. Die Maschine wurde auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda von israelischen Sicherheitskräften gestürmt. Alle sieben anwesenden

12 Ebenda, S. 258.

13 Und noch heute soll ein »unverändert wichtiger Erkenntniszusammenhang« durch dieses Buch erhellt werden, schreibt 2007 der konservative Historiker Stephan Scheiper, für den Beckers Buch »nach wie vor reichhaltige Denkanstöße, die über das Buch selbst hinausführen«, biete, vgl.: Stephan Scheiper, Traditionen des Terrors. Eine frühe britische Studie zur Roten Armee Fraktion (RAF), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 4 (2007), Heft 1–2, online: https://zeithistorische-forschungen.de/1-2-2007/4677.

14 Becker, Hitlers Kinder?, a. a. O., S. 259.

15 Vgl.: Eberhard Windaus, Frank Wolff (Hg.), Studentenbewegung 1967–69. Protokolle u. Materialien. Frankfurt am Main 1977, S. 76.

GeiselnehmerInnen wurden getötet. Drei der zuletzt noch 105 Geiseln, etwa zwanzig ugandische Soldaten sowie ein Offizier der israelischen Einsatzkräfte kamen bei Feuergefechten ums Leben. Die in einem Krankenhaus der nahen Hauptstadt Kampala zurückgelassene weitere Geisel Dora Bloch wurde später von ugandischen Offiziellen entführt und ermordet. Die deutschen EntführerInnen gehörten den Revolutionären Zellen (RZ) an, einer aus Frankfurt stammenden »Stadtguerilla-Bewegung«, die einen strategisch und inhaltlich anders gelagerten Weg als die Rote Armee Fraktion (RAF) gehen wollte. Schon ab 1976 hatte besonders Henryk M. Broder der deutschen Linken vorgehalten, die Augen davor verschlossen zu haben, dass diese »Genossen« den palästinensischen Terroristen geholfen hätten, anhand der Namen in den Pässen Juden von Nichtjuden zu separieren. »Es war die erste ›Selektion‹ nach 1945«, so Broders Urteil.[16] Auch der 68er-Historiker Wolfgang Kraushaar spricht von der Selektion von Juden und Nichtjuden in Entebbe, die fortan zum geflügelten Wort wurde.[17] Die traditionelle Forschungslage geht davon aus, dass mit der Entführung der Air France 1976 Juden als Juden attackiert wurden und es sich demnach um einen antisemitischen kriminellen und terroristischen Akt handelt, der von einem palästinensischen PFLP-Kommando unter Mithilfe der deutschen RZ-Mitglieder Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann verübt wurde. Die beiden HistorikerInnen Alexander Sedlmaier und Freia Anders sichteten die Quellenlage zu der Flugzeugentführung von Entebbe und kamen zu dem Ergebnis:

> Quellenlage und -befund bleiben uneindeutig: Es ist möglich, dass einzelne Geiseln ohne israelischen Pass über die Freilassung der übrigen Geiseln hinaus gegen ihren Willen festgehalten werden, und es ist wahrscheinlich, dass es auch zu besonderen Übergriffen gegen orthodox gekleidete Juden kam. Unzweifelhaft ist, dass israelische Staatsbürger, und damit auch Juden, festgehalten und mit dem Tode bedroht wurden. Zahlreiche Juden unter den übrigen Passagieren wurden jedoch freigelassen. Letzteres wird in der Regel verschwiegen und in das Bild der »Auschwitz-ähnlichen« Selektion und die problematische Analogie zwischen

16 Dieses Urteil wiederholte Broder noch mal anlässlich einer Abrechnung mit der Friedensbewegung rund um den 11. September 2001: Abschied vom Club der toten deutschen Seelen. Der Publizist Henryk M. Broder erinnert sich, wie mitleidlose Reaktionen von Intellektuellen auf 9/11 sein Bild von den Deutschen veränderte. Die Welt vom 31. 5. 2011, online: http://www.welt.de/politik/specials/911/article13404755/Abschied-vom-Club-der-toten-deutschen-Seelen.html.

17 Wolfgang Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail: Chronik 1946 bis 1995, Hamburg 1998, S. 556. Auch ich habe in meinem Beitrag »Bundesrepublikanischer Linksradikalismus in Israel – Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce« (in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII (2005), herausgegeben von Moshe Zuckermann) diese Formulierung übernommen.

Mit CamScanner gescannt

dem eliminatorischen Antisemitismus der Nationalsozialisten und dem Antizionismus der militanten Linken überführt.

Sie wehren sich damit gegen eine »politische Instrumentalisierung der Opferperspektive«, wobei Anders und Sedlmaier betonen, dass trotz aller zu leistenden Quellenkritik »die Erfahrungen, Assoziationen und Ängste der Opfer der Kritik enthoben sind«.[18]

Wer derartige Einsprüche und Relativierungen formuliert und das Recht auf freies Forschen für sich reklamiert, sieht sich schnell damit konfrontiert, als »Apologet des Israelhasses«[19] denunziert oder zum »späten Anhänger des bewaffneten Kampfes«[20] erklärt zu werden. Wer sich also den Urteilen der Deutungshoheit beanspruchenden APO-Forschung nicht anschließen mag, setzt sich nicht nur dem Verdacht aus, entweder den Antisemitismus klein oder die Geschichte des bewaffneten Linksradikalismus der späten 60er und frühen 70er Jahre schönzeichnen zu wollen. Er scheint damit auch anderen seine Weigerung zu signalisieren, Teil einer Glaubensgemeinschaft zu werden, die früher mittels des Faschismusbegriffs wie bei Jillian Becker oder heutzutage mittels der Antisemitismuszuschreibung das Böse exorzieren und bannen zu können meint.[21] Wegen des vorschnellen Antisemitismusverdikts, das Politikwissenschaftler wie Kraushaar über die fundamentalen GegnerInnen der BRD-Gesellschaft verhängen, entgehen ihnen wesentliche Motivlagen der ProtagonistInnen ebenso wie eine angemessene Würdigung der Verfasst-

18 Alexander Sedlmaier, Freia Anders, »Unternehmen Entebbe 1976«. Quellenkritische Perspektiven auf eine Flugzeugentführung, in: Markus Mohr (Hg.), Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion, Münster 2016, S. 31–49, hier: S. 49. Eine Kritik des Buches, die bekräftigt, dass es eine Aussonderung von Juden gegeben habe, stellt dar: Micha Brumlik, Terror und Quellenkritik, in: Jungle World vom 21. 6. 2017, online: https://jungle.world/artikel/2017/25/terror-und-quellenkritik.

19 Vgl.: Susanne Bressan, Die Selektion von Entebbe? Wer hat's erfunden? Zur Ausstellung in der Bildungsstätte Anne Frank (Frankfurt am Main), auf: hagalil vom 30. 11. 2016 (aktualisiert am 18. 1. 2017), online: http://www.hagalil.com/2016/11/entebbe/. In dieser ohne gesonderte Begründung »aktualisierten« Fassung wurde die ursprünglich erste Zwischenüberschrift: »Eröffnung mit einer Apologetin des Israelhasses« ersetzt durch die nichtssagende Floskel: »Eröffnung mit einer deutlichen Positionierung«. Dort, wo es dann weiter in der alten Textfassung hieß, mit Freia Anders als Referentin sei der »Apologie des Israelhasses zudem ein besonderes Gewicht« verliehen worden, ist diese ehrenrührige Beleidigung wie von Zauberhand getilgt worden.

20 Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der RAF, Stuttgart 2017, S. 287.

21 Dass dies besonders von ehemaligen Sympathisanten und Unterstützern des bewaffneten Kampfes wie Wolfgang Kraushaar heutigen von der Geschichte der RAF gar nicht tangierten HistorikerInnen, ForscherInnen und PublizistInnen vorgeworfen wird, macht deutlich, wie sehr hier noch eine weitere Dimension das Feld des Forschens überlagert.

heit der postfaschistischen BRD-Gesellschaft. Statt Hermeneutik zielen sie auf moralisches Verdammen ab, statt kritischer Situierung des »bewaffneten Kampfes« in einer dynamisierten und durch Krieg und Dekolonisierung im weltpolitischen Aufbruch befindlichen Nachkriegsgesellschaft, wird dieser nicht nur der Staatslogik verpflichtet als »Terrorismus« etikettiert, sondern noch mit einem intrinsischen Motiv des Antisemitismus versehen, das jedoch durch die Quellen selbst nur sehr lose gestützt wird.

Die aus Deutschland stammenden EntführerInnen der Air-France-Maschine von der hauptsächlich aus Frankfurt stammenden Stadtguerilla-Bewegung RZ verorteten ihre militante Politik in einem breiten Kosmos widerständiger Aktionen. Neben antiimperialistischen Aktionen, vornehmlich gegen den von den USA unterstützten Putsch in Chile, und Aktionen, die den Kämpfen von Arbeitern, Jugendlichen, Frauen weiterhelfen sollten, um ihre »Feinde« zu bestrafen und anzugreifen, nannte die Organisation ausdrücklich »Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD« als Feld ihres Wirkens.[22]

Die Zellen waren von den 70er Jahren bis in die frühen 90er Jahre hinein aktiv, verfolgten eine Doppelstrategie aus antiimperialistischen und sozialrevolutionären Aktionen. Später scheinen sich offensichtlich zwei stark unterschiedlich ausgerichtete und divergierende Flügel entwickelt zu haben: Während der eine sich auf das internationale Territorium begab und besonders die Palästinenser als kämpferische Bundesgenossen auserkor, setzte ein anderer sich stärker für eine Rückbindung der Aktionen an lokale autonome Strukturen ein.

1991 meldete sich eine Revolutionäre Zelle mit einer ungewöhnlichen Erklärung zu linkem Antisemitismus zu Wort. Statt wie später in linken Antisemitismusdebatten und -streiten üblich, die anderen zu überführen und anzuklagen, bezeichneten sie die antizionistischen Positionen des eigenen Verbands in den 70er Jahren als antisemitisch.

In der breit diskutierten Erklärung ging die Gruppe auch auf die Flugzeugentführung von Entebbe ein, durch die unter anderem palästinensische Gefangene freigepresst werden sollten. Folgt man der Erklärung der RZ von 1991, dann fand eine »Selektion entlang völkischer Linien« statt. Dort hieß es:

> Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser war umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeit des is-

22 Hierzu: Edition ID Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Hg.), Die Früchte des Zorns. Texte und Materialen zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Berlin 1993.

Mit CamScanner gescannt

raelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen.[23]

Eine andere Revolutionäre Zelle bestritt im Mai 1992 allerdings kategorisch: »Eine Auswahl von Jüdinnen und Juden hat es nicht gegeben.«[24]

Zwanzig Jahre später meldete sich in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* am 8. Juli 2011 Ilan Hartuv, eine der Geiseln, zu Wort. Er wolle dem tradierten Mythos von der Selektion entgegentreten, denn »Entebbe war nicht Auschwitz«.[25] Die Terroristen hätten anhand der Pässe die Israelis von den Nichtisraelis getrennt, erklärte er. Einige der freigelassenen Passagiere seien Juden gewesen. Allerdings seien auch einige nichtisraelische Juden, die bei Tagesanbruch mit traditionellen Gebetsriemen zu beten begannen, den israelischen Staatsbürgern zugeordnet worden. Vor allem die deutsche RZ-Terroristin Brigitte Kuhlmann habe sich wie eine Nazifrau aufgeführt, erinnert sich Hartuv. Die Entführer hätten aber im Gespräch versichert, sie positionierten sich nicht gegen Juden, sondern gegen Israel.

Außerdem berichtet Hartuv von einem Wortwechsel mit RZ-Kopf Wilfried Böse. Einer der Entführten habe dem aus Frankfurter stammenden Linksradikalen seine KZ-Nummer gezeigt und ihm vorgehalten, dass er sich in der Vorstellung, es gebe eine anderes Deutschland, bitter getäuscht habe. Böse sei daraufhin erbleicht und habe zitternd geantwortet:

> Sie irren sich. Ich habe in Westdeutschland Terroranschläge verübt, weil das herrschende Establishment Nazis und Reaktionäre in seinen Dienst aufgenommen hat.[26]

Ihm sei auch bekannt, dass im September 1970 mehr Palästinenser durch Jordanier als durch Israelis umkamen, und syrische und christliche Milizen im libanesischen Bürgerkrieg die Palästinenser massakrierten – und nicht die Israelis. »Meine Freunde und ich sind hier, um den Palästinensern zu helfen. Sie sind die Underdogs. Sie leiden.«[27]

Das aus der Erinnerung eines Opfers wiedergegebene Gespräch zeigt bei aller Fragwürdigkeit, dass für den neulinken Antizionismus das Aufbegehren gegen den »wohlfühlig-wirtschaftswunderlichen Übergang vom NS-Grauen in die ›Normalität‹ der Bundesrepublik« tragendes Motiv war, wie der israeli-

23 RZ, »Gerd Albartus ist tot«, in: Die Früchte des Zorns, a. a. O., S. 20–34.

24 RZ, »Tendenz für die internationale soziale Revolution«, in: Die Früchte des Zorns, a. a. O., S. 58.

25 Yossi Melmann, Setting the record straight: Entebbe was not Auschwitz/On the anniversary of the daring Israeli raid to save hostages from the Air France plane hijacked to Uganda, survivor Ilan Hartuv seeks to set the record straight, in: Haaretz vom 8. 7. 2011, online: http://www.haaretz.com/weekend/week-s-end/setting-the-record-straight-entebbe-was-not-auschwitz-1.372131 (eigene Übersetzung).

26 Ebenda.

27 Ebenda.

sche Historiker Moshe Zuckermann festhält.[28] Bei allem Unverständnis über die grausame Aktion der Entführung sollten die Ausführungen von Hartuv zumindest bei denjenigen für Irritation sorgen, die allzu schnell diesen im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts sich kriegerisch positionierenden linken Antizionismus als bloßen Wiedergänger des alten deutschen Antisemitismus ausgemacht zu haben meinen. So möchte Wolfgang Kraushaar in einem populärwissenschaftlichen Sachbuch die Herkunft von Wilfried Böse aus dem fränkischen Bamberg als Hintergrund für die seines Erachtens objektiv antisemitische Aktion ins Feld führen und schreckt nicht davor zurück, bis ins Mittelalter mit Hostienschändungen und »Rintfleisch-Pogromen« zurückzublicken.[29] Am Ende kommt Kraushaar zu dem kaum adäquaten Urteil, es handele sich bei der Entführung des Air-France-Airbus, die schließlich Juden als Objekt der Erpressung mit dem Tod bedrohte, um eine »verbrecherische Aktion«, »deren Signatur […] eine nationalsozialistische gewesen ist«.[30] Damit allerdings unterhöhlt der Historiker und Sozialwissenschaftler Kraushaar in unzulässiger Weise den Begriff des Nationalsozialismus.

Vielleicht wollte Kraushaar in seinem populärwissenschaftlichen Werk des Klett-Cotta-Verlags mit diesem fehlgehenden Etikett lediglich Unverständnis und Abscheu signalisieren. Darin ist ihm natürlich beizupflichten, wenn man sich vorstellt, dass junge Deutsche, die sich subjektiv als Antifaschisten wahrnehmen, an einer Aktion teilnehmen, die ganz bewusst mit dem Leben von Juden spielt. Darüber hinaus ist die Geschichte der Revolutionären Zellen, die ein dezentrales klandestines Gruppenkonzept verfolgten, nicht frei von dem Vorwurf des Antisemitismus, und die Reaktionen der RZ-Angehörigen auf diese Vorwürfe scheinen diese eher zu bestätigen als zu entkräften. Bereits der unter Mithilfe des *Spiegels* und der Frankfurter Sponti-Szene aus der RZ ausgestiegene Hans-Joachim Klein hatte der RZ vorgeworfen, sie habe zwei Anschläge auf jüdische Vertreter in Deutschland geplant, auf Simon Wiesenthal und Heinz Galinski, den damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlins und langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.[31] Im Oktober 1978 hatte der kanadische Marxist Moishe Postone, unter seinem Pseudonym M. Lubetsky, in der *tageszeitung* (taz) einen kurzen Artikel veröffentlicht, in dem er jenes *Spiegel*-Interview mit dem RZ-Aussteiger

28 Moshe Zuckermann, »Linker Antisemitismus« im Visier«, in: Hintergrund Heft 3, 2011, online: https://www.hintergrund.de/feuilleton/zeitfragen/linker-antisemitismus-im-visier/.

29 Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der RAF, Stuttgart 2017, S. 251.

30 Ebenda, S. 298.

31 Diese Vorwürfe werden auch in seinem »Aussteigerbuch« erhoben: Hans-Joachim Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen. Mit einem Nachwort von Daniel Cohn-Bendit. Reinbek bei Hamburg 1979.

Mit CamScanner gescannt

Klein kommentiert. Darin erklärt er unter anderem, ein Grund seines Ausstieges sei der geplante Anschlag auf Wiesenthal gewesen.

> Nach der Lektüre des Interviews von Klein muß ein zusätzlicher Aspekt unterstrichen werden. Ich habe mich lange mit der Frage geplagt, wie sich deutsche Linke wie Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann dazu bereitgefunden haben, in einer Situation wie Entebbe Juden von Nicht-Juden auszusondern. Dann las ich in Kleins Interview, daß Böse einmal vorgeschlagen hat, Simon Wiesenthal zu töten (den Mann, der jahrzehntelang damit zugebracht hat, Informationen über die vergangenen Verbrechen und gegenwärtigen Aufenthaltsorte von Naziverbrechern zu sammeln) und davon nur von »Carlos« abgebracht wurde, der hervorhob, daß Wiesenthal ein Antinazi ist! Wie kann ein deutscher Linker einen solchen Vorschlag machen?[32]

150 Er könne sich dies nur dadurch erklären, so führt Postone weiter aus, dass das »Gefühl der Schuld, das die jüngeren Deutschen empfunden haben«, eine »Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit« blockiert habe. Der Kampf gegen die israelischen Juden im Zuge des Antizionismus habe sich in Deutschland zu einem Kampf gegen die Nazi-Vergangenheit transformiert. Es sei bezeichnend, dass Auslöser der antizionistischen Selbstpositionierung nicht das Leiden und die Vertreibung der Palästinenser gewesen seien, sondern »(d)er Blitzkrieg der Israelis, das war der Auslöser; was Rommel nicht geschafft hat: daß Panzer einrollen in Ägypten«. Das Resultat sei ein grotesker Zirkelschluss gewesen.

> Spätestens Entebbe zwingt uns, aus diesem Kreis auszubrechen – und das verlangt, mit der deutschen Vergangenheit umzugehen mit einem Gespür für persönliche und politische Verantwortlichkeit, nicht aus einem Gefühl der Schuld heraus.[33]

In seinem Text »Stammheim und Tel Zaatar. Versuch über Moral und Politik« erklärte der Frankfurter Marxist und Neue Linke Postone, der sich in der Zeit das Pseudonym Lubetsky gab, dass die Neue Linke die politischen Strategien von wichtigen Akteuren wie der PFLP, die mit spektakulären terroristischen Aktionen wie Flugzeugentführungen jegliche Lösungsbemühungen der Nahostfrage torpedieren wollten, nicht durchschaut habe. Getragen von der Idee eines militanten Internationalismus seien sie in der Kooperation mit diesen Kräften zu Hilfstruppen der nationalistischen Politik einer Verweigerungsfront arabischer Akteure verkommen. Postone spricht als scharfer Kritiker Israels:

> Wenn ich von Versuchen bestimmter palästinensischer Bewegungen spreche, mögliche Friedenspläne zu sabotieren, so sollte klar sein, daß Israel

32 M. Lubetsky, Vergangenheitsbewältigung, in: die tageszeitung (taz) Nr. 2, Oktober 1978.

33 Ebenda.

mit anderen, brutaleren Mitteln das gleiche Ziel verfolgt: gewaltsame Enteignung palästinensischen Landes, Besiedelung besetzter Territorien, Militärangriffe auf Palästinenserlager, Überfälle auf benachbarte Gebiete.[34]

Postone spricht sich – entgegen den radikal antizionistischen Positionen seiner Zeit – für die Akzeptanz eines palästinensischen Teilstaates als ersten Schritt einer Friedenslösung aus,[35] verteidigt die Palästinenser darüber hinaus gegen den Vorwurf des Nationalismus:

Ihr Nationalismus ist total verständlich, nicht nur moralisch, sondern auch materiell. Welche andere Haltung wäre denn möglich für Menschen, die vertrieben wurden und seither außerhalb jeder realen gesellschaftlichen Struktur gelebt haben: seit über einer Generation in Flüchtlingslagern, die permanent das Ziel brutaler israelischer Angriffe waren und von den arabischen Staaten in deren Konflikten untereinander als Spielball benutzt wurden?[36]

Vor diesem Hintergrund müsse eine linke Bewegung »zu einer kritischen Unterstützung antiimperialistischer Bewegungen kommen« und dies bedeute, den Konflikt in Palästina konkret zu untersuchen und zu erkennen, »daß Modelle wie Algerien oder, noch weniger, Vietnam, hier nicht funktionieren können, da die Situation eine total andere ist«. Außerdem sei auf »Glorifizierung des bewaffneten Kampfs im Ausland« ebenso zu verzichten wie auf das Springen von einem zum anderen »Identifikationsobjekt«.[37] Postone spricht hier als Linksradikaler und ehemaliger Zionist, der erst in der Folge eines Lern- und Erkenntnisprozesses zum Antizionisten wurde.

Nachdem ich einen langen und emotional schwierigen Lernprozeß in Bezug auf den Zionismus durchgemacht habe, habe ich keine Lust, den gleichen Fehler in Bezug auf andere Bewegungen zu wiederholen.[38]

Antizionismus gehöre zum Internationalismus der Neuen Linken dazu, und wenn

ein Kampf tatsächlich antizionistisch wäre, und sich nicht einfach gegen Juden, die in Palästina leben, richtet, dann müßte sich dieses Programm auch in den Aktionen selbst manifestieren.[39]

In seinem Aufsatz geht Postone auf drei Beispiele ein, in denen vornehmlich die PFLP mittels einer medienwirksamen und spektakulären Aktion – meis-

34 Moishe Postone (als M. Lubetsky), »Stammheim und Tel Zaatar. Versuch über Moral und Politik«, in: Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Nr. 10, 1/1978, S. 92–100, Wiederabdruck in: Moishe Postone, Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg 2005, S. 25. Nach dieser Ausgabe wird zitiert.

35 Postone, a. a. O., S. 36.

36 Ebenda, S. 37.

37 Ebenda, S. 33–38.

38 Ebenda, S. 33.

39 Ebenda, S. 35.

Mit CamScanner gescannt

tens einer Flugzeugentführung – Gespräche über Friedenspläne torpedieren wollte, wie Postone vermutet. Eines der Beispiele ist die Flugzeugentführung von Entebbe während des Bürgerkrieges im Sommer 1976 im Libanon. Postone spekuliert, dass eine israelisch-syrische Annäherung vom Verweigerungsblock, dessen Teil die PFLP war, verhindert werden sollte. Die Forderung nach Freilassung von politischen Gefangenen habe das eigentliche Ziel verschleiert: Gerechnet wurde von den Entführern mit einem massiven Angriff Israels auf den Libanon, der wiederum Syrien an die Seite der PLO und der PFLP gegen Israel geführt hätte, womit Verhandlungen vom Tisch gefegt worden seien. Postone führt weiter aus:

> Ich glaube, daß dieses Ziel die spezifische Form der Aktion erklärt. Zwei Tage nachdem die Air France-Maschine Entebbe erreichte, wurden die etwa 150 nichtjüdischen Passagiere freigelassen. Die etwa 100 jüdischen

> Passagiere wurden als die eigentlichen Geiseln festgehalten. Und unter denen, die die Selektion der Passagiere in jüdische und nichtjüdische vornahmen (nicht etwa israelische und nicht-israelische, was schlimm genug gewesen wäre), waren junge Deutsche: ich glaube nicht, daß dies ein Zufall war, sondern es war eine bewußte Inszenierung (ob die unmittelbar beteiligten Entführer dies nun realisierten oder nicht). Die Absicht war, so extrem zu provozieren, daß eine extrem gewalttätige israelische Reaktion ausgelöst würde. Der Welt wurde, wieder einmal, vorgeführt, wie Deutsche Juden und Nicht-Juden voneinander selektierten. Und so wurde es wahrgenommen (außer vielleicht in Teilen der Linken, dazu werde ich noch kommen). Eine ungeheure Welle traumatischer Erinnerungen brach überall auf. Alle kleinen Erfolge, die progressive Antizionisten bei ihrem Versuch, die enge Verbindung von jüdischem Selbstverständnis und Zionismus zu brechen, erzielt hatten – eine Verbindung, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer so allgemeinen wurde – waren weggefegt. Die Absicht war, eine Einheitsfront aller palästinensischen Gruppen und Araber gegen alle Israelis und Juden herzustellen, alle Konflikte innerhalb der jeweiligen »Lager« zu verkleistern, so daß jede Seite in der anderen die »wirklichen Nazis« sah – eine Absicht, die nichts mehr mit einer progressiven Befreiungsbewegung zu tun hat.[40]

In seiner bekannten Schrift »Antisemitismus und Nationalsozialismus«, die 1979 ebenfalls im Kontext der Neuen Linken zum ersten Mal veröffentlicht wurde, nämlich in der Frankfurter Studentenzeitschrift *Diskus* und in der oben erwähnten *Autonomie*, führt Postone eine von ihm konstatierte Sprachlosigkeit der Neuen Linken zu Entebbe an für einen merkwürdigen Prozess des »Lernen und Verdrängens beziehungsweise von Flucht und der Suche nach Identität«. Der Krieg 1967 habe die Neue Linke fast schlagartig antizionistisch gestimmt, ein »Prozeß psychologischer Umkehr« habe stattgefunden,

40 Ebenda, S. 26 f.

in dem die Juden als Sieger mit der Nazi-Vergangenheit identifiziert wurden – positiv durch die deutsche Rechte, negativ von der Linken: Umgekehrt wurden die Opfer der Juden, nämlich die Palästinenser, als Juden identifiziert.

Als sich die Palästinenser wehrten und Widerstand leisteten, wäre schließlich die Gelegenheit gegeben gewesen,

sich mit den »Juden« und mit ihrem Widerstand zu identifizieren. Der Kampf gegen Zionismus verwandelte sich in den langersehnten Kampf gegen die Nazivergangenheit – befreit von Schuld.[41]

Spätere Gruppen, die sich der Tradition der Revolutionären Zellen zuordneten, schienen dieser Kritik und anderen Einsprüchen gerecht werden zu wollen. In das Zentrum vieler Aktionen und Erklärungen der Revolutionären Zellen rückte tatsächlich die deutsche Vergangenheit. So kritisierten sie einen zu beobachtenden Antiamerikanismus in der Friedensbewegung und die dort verbreitete Ideologie, sich als Deutsche als Opfer der Supermächte zu stilisieren.[42] In diesem deutschlandkritischen Geiste, der von Antimilitarismus und Patriarchatskritik geprägt war, führte eine RZ auch am 15. Januar 1991 aus Protest gegen den Golfkrieg einen missglückten Anschlag auf die Berliner Siegessäule durch, die als herrschaftliches Triumphsymbol des deutschen Militarismus attackiert werden sollte. Damit entfernte sich diese RZ von einer populären Programmatik, und mit dieser Attacke auf die Tradition deutscher imperialer Herrschaft könnte sie augenzwinkernd als antideutsch motivierte linke Vereinigung bezeichnet werden. Ein Vertreter einer eher sozialrevolutionären Richtung der Stadtguerillagruppen, die auf Vermittelbarkeit eigener Aktionen Wert legte, der Berliner Bewegung 2. Juni, kommentiert rückblickend ironisch:

Der geplante Anschlag sollte übrigens darin bestehen, die Siegessäule auf dem Großen Stern, von den Berlinern »Goldelse« genannt, zu sprengen. Diesem »imperialistischen Monument« sollte es tatsächlich an den Kragen gehen. Damit hätte jene wahrhaft Revolutionäre Zelle sich auf einen Schlag eine gute Million Berliner (oder mehr) zu Feinden gemacht. Das nenne ich »dem Volke dienen«. Auf so eine Idee können wirklich nur zugereiste Westdeutsche kommen.[43]

Von der maoistisch inspirierten 70er-Jahre-Haltung, »dem Volke zu dienen«, hatten sich die RZ in den 80er Jahren tatsächlich verabschiedet. Sie verlegten

41 Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Postone, Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg, 2005, S. 175.

42 Vgl.: Revolutionäre Zellen, Krieg – Krise – Friedensbewegung. In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod, Dezember 1983, in: Die Früchte des Zorns, Bd. 2, a. a. O., S. 467–501.

43 Norbert »Knofo« Kröcher, K, Und der Verkehr, Erinnerungen an bewegte Zeiten. Erster Teil 1950–1989, Berlin 2017, S. 391.

Mit CamScanner gescannt

ihre Politik auf Aktionen gegen die deutsche Ausländerpolitik und restriktive Asylpraxis wie Sprengstoffanschläge auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber. Ihr Antiimperialismus nahm Fragestellungen der antirassistischen und feministischen Debatten auf. Die radikal-feministische Schwestergruppe »Rote Zora« mit ihrem Kampf gegen »Gen- und Reproduktionstechnologien«, »Sextourismus« und Ausbeutung von Textilarbeiterinnen im Trikont bot einen wichtigen Referenz- und Diskussionsraum.[44] Ende Dezember 1991 veröffentlichten dann Mitglieder der Revolutionären Zellen die erwähnte Erklärung, die mit den Worten »Gerd Albartus ist tot« überschrieben war. Dieser Genosse der RZ sei schon 1987 von einer palästinensischen Gruppe ermordet worden. In einem selbstkritischen Rückblick auf die eigene antiimperialistische Praxis urteilen die RZ in Bezug auf Entebbe:

> Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren, soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrunde legen, spielten in diesem Fall keine Rolle.[45]

Der Satz suggeriert, dass dies alles ausschließlich im Falle einer Juden betreffenden Entführung keine Rolle gespielt habe, also Antisemitismus Triebfeder war, ungeachtet der Tatsache, dass beim Terrorunternehmen Flugzeugentführung immer von sozialen, persönlichen und politischen Unterschieden der Entführten, die zum Objekt der Aggression und Erpressung gemacht werden, abstrahiert und abgesehen wird. Die RZ-Erklärung fand eine weite Verbreitung in den Organen der Linken, wo sie auch kontrovers diskutiert wurde – vor allem ihr Abschied von einem Antiimperialismus der nationalen Befreiung. Einige antiimperialistische Gruppen hielten den Verfassern vor, sich schlicht an die neuen weltpolitischen Verhältnisse anpassen zu wollen. Der *konkret*-Autor Wolfgang Pohrt sah in diesem Text eine »reumütige Bilanz«, welche »den eigenen Abgang mit Bedeutungsschwere zu befrachten« versuche:

> Hart und schonungslos klingt die folgende Passage, aber sie ist es nicht, weil das Wir aus einem bitteren Vorwurf ein weinerliches Geständnis macht, das rührselige Einheit nach der Devise stiftet, wir seien doch allesamt arme Sünder: »Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert.«[46]

44 Vgl.: Katharina Karcher, Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968. Berlin 2018.

45 »Gerd Albartus ist tot«, in: Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Bd. 1, Berlin 1993, S. 20–34, hier: S. 24.

46 Vgl.: Revolutionäre Zellen; Wolfgang Pohrt, »… sondern auch die schlimmsten Kräfte« und: »Heim ins Reich?«, in: konkret Nr. 2, 1992, S. 24 ff.

Der Text würde mehr verrätseln als erhellen, er arbeite mit »kalkulierten Leerstellen«:

> Wo radikale Enthüllung geboten wäre, weichen die Revolutionären Zellen aus und greifen zu Beschwichtigungsformeln. Sie sind damit auf dem besten Weg, sich rückwirkend jede Legitimation ihrer Praxis zu entziehen und, was dasselbe ist, ihre Heimkehr ins wiedervereinigte Deutschland vorzubereiten.[47]

Bei aller Kritik muss aber in Rechnung gestellt werden, dass die RZ bei einer deutlicheren Offenlegung der Umstände des Todes von Gerd Albartus des Verrats bezichtigt worden wären. Im Kontext der damaligen antiimperialistischen Linken war die in der Erklärung formulierte Antizionismuskritik durchaus überfällig und die RZ legte offen, welche theoretischen wie praktischen Konsequenzen sie aus der Niederlage in Entebbe gezogen hätten. In den 80er Jahren gab es eine Hinwendung zu Themen des Antirassismus, so war die sogenannte »Flüchtlingskampagne« der RZ ein Versuch, praktischen Antiimperialismus mit der sozialen Frage zu verbinden.

Im Mai 1992 schob eine Revolutionäre Zelle einen Text nach, in dem sie Gegenreden anderer RZ-Gruppen und Einzelpersonen ihre Kritik am linken Antizionismus absprachen: Dieser sei »keineswegs so unschuldig, wie er sich gibt. Er ist zu einem Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten subkulturellen Milieu der radikalen Linken geworden.«[48] Antizionismus gelte als Loyalitätstest, und in emanzipatorischer Absicht habe man sich von ihm zu verabschieden. Selbstkritisch konstatierte die Revolutionäre Zelle: »Wir sind mittlerweile davon überzeugt, daß in Sachen Antisemitismus für uns ein immenser Nachholbedarf besteht.«[49] So überzeugt von der Tragfähigkeit einer solchen Selbstentblößung scheinen allerdings andere Mitglieder der RZ nicht, wenn das ehemalige RZ-Mitglied Gerd Schnepel Folgendes festgehalten sehen will:

> Der psychologische Hintergrund für die Naivität oder das fehlende Gespür, wie die Medien und »der Feind« solche Dinge inszenieren, war, dass unser Engagement gegen Nazideutschland und gegen das kapitalistische und immer noch stark nazidurchgiftete Nachkriegsdeutschland so selbstverständlich war, dass uns jeder Antisemitismusvorwurf als bösartig und absolut taktisch motiviert erschienen ist.[50]

47 Wolfgang Pohrt, Heim ins Reich?, a. a. O.

48 Revolutionäre Zellen, Wir müssen so radikal sein, wie die Wirklichkeit, in: Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Bd. 1, Berlin 1993, S. 63–70, hier: S. 65.

49 Ebenda.

50 Interview mit dem ehemaligen RZ-Mitglied Gerd Schnepel aus dem Jahr 2001 (geführt von Wolf Wetzel), zit. nach: Roman Danyluk, Blues der Städte. Die Bewegung 2. Juni – eine sozialrevolutionäre Geschichte, Bodenburg 2019, S. 427.

Mit CamScanner gescannt

Auch die Geschichte der Revolutionären Zellen zeigt wie im Brennglas die Inversion eines Teils der radikalen Linken: vom die Nazi-Vergangenheit negierenden Sprung in neue globalisierte Weltrevolutionsbündnisse – die ausgerechnet in einer menschenfeindlichen Gewaltaktion wie einer Flugzeugentführung auch Juden als Opfer in Kauf nahmen – in Richtung Textkritik an vermeintlich Deutsch-Völkischem in der Friedensbewegung (Antiamerikanismuskritik) und nach dem Umbruch 1989/90 schließlich zu antimilitaristischen und antipatriarchal motivierten Attacken auf Männlich-Deutsches in Symbolform (Siegessäulenanschlag) bis zur späten Selbstanklage, völkisch und antisemitisch prädisponiert gewesen zu sein. Hinter der reumütigen späten Geste verschwand auch eine adäquate Darstellung der Verstrickungen der Spät-70er-RZ im internationalen Terrorismus mit seinen kalkulierten und manipulativen Strategien, eine Darstellung, wie sie Moishe Postone zeitgenössisch wagte. In der an das »Gerd-Albartus«-Papier anschließenden linken Rezeption wurden die darin aufscheinenden selbstkritischen Perspektiven der RZ in eine Eindimensionalität überführt, die hinter einer genauen Erklärung zurückblieb und auch nicht vollends überzeugte: »Sie waren linke Antisemiten.«[51]

Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus

Auch aus der Berliner Politsubkultur kam es zu einem antisemitischen Anschlag, weit früher, als die Entführung von Entebbe; die RZ stand also bei Leibe mit einer Juden attackierenden Aktion nicht alleine. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar zeigte in seinem bereits 2005 erschienenen Buch *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus* auf, dass es bereits am 9. November 1969 einen Anschlagsversuch auf das Jüdische Gemeindezentrum in Berlin gegeben hatte – ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht.[52] Opfer seien ältere Juden, meist Überlebende des Holocaust, gewesen. Die Bombe explodierte jedoch nicht. Über das tödliche Ausmaß des Sprengsatzes liegen unterschiedliche Angaben vor.[53] Diese Tat gilt mittlerweile einigen Sozialwissenschaftlern, Historikern und politischen Aktivisten als Beweis für eine durchgängig antisemitisch eingestellte Neue Linke in Deutschland. So be-

51 Vgl. beispielsweise: Jan Gerber, Auf der Suche nach Normalität. Der Antizionismus der westdeutschen Stadtguerilla, in: Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte, Heft 10, Halle 2001, S. 5–42

52 Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.

53 Vgl.: Günter Langer, »Kommando Peter Urbach« – ein Nachruf auf S-Bahn-Peter, auf: sds-website vom 20. 3. 2012, online: www.isioma.net/sds120323.html. In dem Unterkapitel »Die Urbach-Bombe revisted« diskutiert Langer in detaillierter Weise die tatsächliche Gefährlichkeit des Brandsatzes, und weist dabei einige der von Kraushaar in seinem Buch formulierten Annahmen, dass mehrere Hundert Menschen Opfer dieses Anschlages hätten werden können, zurück. Ob es sich dabei nur um eine legitimatorische Minimalisierung des Anschlags handelt, muss offen bleiben.

hauptet beispielsweise Michael Fischer in seiner Dissertation zu dem ehemaligen APO-Anwalt, RAF-Aktivisten und heutigen Neonazi Horst Mahler:

> Mit diesem gescheiterten, offen antisemitischen Attentat war noch eine andere Entwicklung des innerlinken Radikalisierungsprozesses deutlich geworden: Seit Sommer 1967 war ein zunehmend antisemitischer Antizionismus in der radikalen Linken hegemonial geworden.[54]

Es dürfte eine merkwürdige Vorstellung von »Hegemonie« sein, wenn sich diese in keiner Weise als wirkmächtig zeigt – bis auf die Tat selbst. Selbst die Redaktion der *agit 883*, in der die Bekennerschreiben dokumentiert wurden, distanzierte sich von Anfang an, ebenso wie alle wichtigen APO-Institutionen wie der Radikaldemokratische Club. Dies ignoriert auch Martin Kloke, der die »Israelfeindschaft der neuen Linken« zu einer geschlossenen Weltanschauung der Außerparlamentarischen Opposition erhebt.[55] Er wird wiederum für diese faktenverbiegende Ausweitung der Diagnose »Antiisraelismus« auf die gesamte Neue Linke von Kraushaar kritisiert. Knut Andresen hat allerdings in einem Aufsatz dargelegt, dass es 1969/70 tatsächlich eine heftige antizionistische Kampagne von Teilen der militanten Linken gab, in deren Verlauf zusehends die meist politisch konservativ bis rechts sich positionierenden Vertreter der jüdischen Gemeinden als »Feinde« markiert wurden.[56]

Dennoch ist Kraushaar in seinem Buch von 2005 darum bemüht herauszustellen, dass die von ihm untersuchte antisemitische Aktion eben nicht den Wesenskern der Neuen Linken offenbart. Als Initiator des von ihm untersuchten Anschlags auf ein Westberliner Jüdisches Gemeindehaus konnte Kraushaar den Linksprovokateur Dieter Kunzelmann, Mitbegründer der Kommune I, ausmachen. Eine Truppe, die sich »Schwarze Ratten/Tupamaros« nannte, erklärte sich für den versuchten Anschlag am 9. November 1969 verantwortlich. Der von Kraushaar als Drahtzieher des Anschlags dekuvrierte Kunzelmann steht für einen ins Antizionistisch-Antisemitische radikalisierten Neo-Antifaschismus, der laut Neuer Linker als Antiimperialismus praktisch-theoretisch durchzubuchstabieren sei. Die Erklärung zu dem missglückten, von einem Verfassungsschutzspitzel mitorganisierten, Anschlag brachte dieses Programm recht auf den Punkt. Man müsse sich nun Palästina nach dem Vietnamkrieg als neuem imperialistischen Schlachtfeld zu-

54 Michael Fischer, Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuche deutscher Schuldabwehr, Karlsruhe 2015, S. 259.

55 Martin Kloke, Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 163–183.

56 Knut Andresen, Antijüdische Aktionen der Neuen Linken 1969/70 und jüdische Reaktionen. Anmerkungen zu einem belasteten Verhältnis, in: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.), Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden 2003, S. 464–483.

Mit CamScanner gescannt

wenden und bedingungslos den dort aufgenommenen antiimperialistischen Kampf unterstützen:

> Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit »Schalom und Napalm« und »El Fatah« beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Bearbeitung des Nahostkonflikts ist Produkt des deutschen Schuldbewußtseins: »Wir haben eben Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren.«

Daraus müsse als »wahre(r) Antifaschismus« die »klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin folgen«.[57] Dazwischen findet sich

ein weniger klarer, dafür umso interessanterer Satz:

> Die neurotisch-historizistische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus.

Was soll das heißen? Nun ist bekannt, dass in der linksradikalen Subkultur, aus der die Verfasser dieser Zeilen stammen, eine Menge bewusstseinserweiternder und -trübender Mittel im Umlauf waren und konsumiert wurden. Vielleicht steht dieser Satz für etwas Unbewusst-Geahntes, vor allem aber für sehr viel Unverstandenes. Dass die Aufarbeitung deutscher Geschichte einer nicht nur aufgrund eigener familiärer Verstrickung *neurotischen*, sondern auch im Kalten Krieg strategisch-politischen Tabuisierung folge, ist gemeinhin bekannt. Eine *historische* Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte gab es im Jahre 1969 schlichtweg nicht, was mit *historizistisch* in diesem Kontext gemeint sein könnte, bleibt im Dunkeln. Unwahrscheinlich ist, dass die AutorInnen im Geiste Poppers den orthodoxen Marxismus als Weltanschauung kritisiert, demzufolge ja historische Abläufe klar bestimmt und vorhersehbar sind. Vielleicht will Kunzelmann Historizismus in der zionistischen Ideologie ausgemacht haben, derzufolge entweder der Antisemitismus eine ewige Zwangsläufigkeit besitze oder die ganze Geschichte des jüdischen Volkes auf den Staat Israel hinauszulaufen habe. Aber weder der Marxismus noch der Zionismus wurde öffentlich in der BRD der späten Sechziger aufgearbeitet. Dass als Objekt der unvollkommenen hegemonialen Aufarbeitung nicht der NS mit seinem Vernichtungsantisemitismus genannt wird, sondern ausgerechnet eine ominöse »geschichtliche […] Nichtberechtigung eines israelischen Staates«, zeigt, dass den Verfassern hier merklich die Dinge ihren Händen entgleiten. Denn ihren eigenen Antizionismus, der ja eine Nichtberechtigung des jüdischen Staates postuliert, können und wollen die Verfasser offensichtlich nicht reflektieren; er rückt in die Un-

57 Schwarze Ratten TW, Schalom + Napalm, in: agit 883, 13.11.1969, S. 9.

verständlichkeit, die sich in dem sinnfreien Satz bloß widerspiegelt. Ist dies ein Hinweis auf den »sekundären Antisemitismus« der AutorInnen? In der Erklärung formulieren sie:

> Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird.[58]

Stellt diese historisch unhaltbare und falsche Parallelisierung also eine unbewusste Entlastungsstrategie der Nachgeborenen der Tätergeneration dar? Entlastend sollten diese Vergleiche gerade nicht wirken, sondern aufstachelnd-agitatorisch, zumal im gleichen Kontext auch von der »faschistischen BRD« die Rede ist, der Faschismusbegriff also nicht nur in Hinblick auf Israel entgrenzt verwendet wurde. Die Erklärung selbst entzieht sich also einer zu schnellen Einordnung. Im Hinblick auf den Anschlag selbst ist die Einschätzung dennoch viel einfacher: Insofern hier Juden generell als »Zionisten« angegriffen wurden und ein jüdisches Gemeindehaus Objekt der Aggression wurde, ist er antisemitisch.

Auch der in Oxford lebende und lehrende Historiker Aribert Reimann, der allen Abgründen in der Biographie des Enfant terrible Dieter Kunzelmann nachgegangen ist, macht auf die Vielzahl von Logiken aufmerksam, die in dieser Aktion zum Zug kamen. Er hält auch unumwunden fest, dass sie einer antisemitischen Logik folgte. Wo ein jüdisches Gemeindehaus für die israelische Politik verantwortlich gemacht und Mord an den Besuchern billigend in Kauf genommen werden, herrschen antisemitische Identifizierung und Mordabsicht vor. Gleichzeitig stellt Reimann nüchtern fest, dass dieser linke Antisemitismus »nicht die Ursache, sondern die gewissenlose Folge einer globalisierten und historisch undifferenzierten Opfersolidarität« war.[59] Diese Verirrung resultiere allerdings gerade nicht aus »Schuldabwehr-Antisemitismus«. Kunzelmann und seine terroristische Truppe wollten nach eigenem Bekunden den »hilflosen Antifaschismus« der Protestbewegung überwinden. Bislang haben alle Kommentatoren und Historiker zu jenem in dem Anschlag erkennbar gewordenen »linken Antisemitismus« gewollt überlesen, dass in einem weiteren, ebenfalls Dieter Kunzelmann zugeordneten Rechtfertigungsschreiben eine ganz eigentümliche vergangenheitspolitische rhetorische Figur enthalten ist, die sich der damaligen bundesdeutschen Verdrängungskultur entgegenstellt, in welcher der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ausgeblendet oder dem zuweilen sogar die Legitimität entzogen wurde: Die Verfasser, die sich »Palästinafront. Tupamaros Westberlin« nannten, bezogen sich auf den schwäbischen Arbeiter und frühen Hitlerattentäter Georg Elser:

58 Schwarze Ratten TW, Schalom + Napalm, in: agit 883 Nr. 40, 13. 11. 1969, S. 9.

59 Aribert Reimann, Dieter Kunzelmann: Avantgardist, Protestler, Radikaler. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 188. Göttingen 2009, S. 301.

Mit CamScanner gescannt

> Die Bombe im jüdischen Gemeindehaus hat gezündet. Berlin dreht durch. Die Linke auch. Springer, Senat und die Galinskis wollen uns ihren Judenknax verkaufen. In das Geschäft steigen wir nicht ein. […] 25 Jahre nach der faschistischen Diktatur kommt den Herren noch mal ihre Vergangenheit hoch. Für ihre Bewältigung ist es schon lange zu spät. Alle haben damals mitgemischt, ausser einem: Georg Elser. Von den Alten hat uns sowieso keiner was zu sagen. Wir wissen schon selbst, wo wir unsere Bomben hinlegen.[60]

»Von den Alten hat uns sowieso keiner was zu sagen« – mit diesem Satz ist jede Gefühlserbschaft intentional ausgeschlagen, womit auch die These vom »sekundären Antisemitismus« infrage gestellt scheint. Nun könnte natürlich gerade aufgrund der heftigen Abwehr der älteren Generation gegenüber eine unbewusste Tradierung älterer Vorstellungswelten der Nazigeneration fortwirken. Dies ist allerdings spekulativ. Insofern die Attentäter die Identifizierung von »Juden« und »Zionisten« vornahmen, ist die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus objektiv und ohne Zweifel eine antisemitische Tat. Insofern ist die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus das, was Wolfgang Kraushaar für die Entführung von Entebbe geltend machen will, »ein Antisemitismus der Tat, der keiner weiteren Erläuterungen mehr bedarf«.[61] Umso irritierender ist es allerdings, dass an diesem »Antisemitismus der Tat« bundesdeutsche Geheimdienste beteiligt waren, wie auch Wolfgang Kraushaar wiederholt und sehr zur Beunruhigung heutiger Verfassungsschutzverantwortlicher betont: »Irgendjemand musste doch dafür verantwortlich sein«, so der Politikwissenschaftler auf einem Symposium zum Thema, nämlich dafür, dass der Verfassungsschutzagent Urbach, der in dem Milieu der Tupamaros Westberlin und der Bewegung 2. Juni agierte, »seinerzeit Waffen, Sprengstoff und Bomben im harten Kern der Szene verteilt hatte«. Seine Fragen seien von den heute Verantwortlichen mit Schweigen quittiert worden.[62] Müsste also fortan ein Aufsatz zum Thema »Linksradikaler Antisemitismus der Tat« den untertitelnden Zusatz bekommen: »Die geleugneten Dimensionen in der un-

60 Palästinafront (tw), Agitationsrede, unter distanzierender Vorbemerkung, es handele sich um »naiven« und »kleinbürgerlichen« Anarchismus, der zu ungeplanten und selbstmörderischen Aktionen führe, druckte das Redaktionskollektiv diese Abschrift zusammen mit zwei weiteren Erklärungen als Dokumente ab, in: agit 883 Nr. 41, 20.11.1969, S. 7.

61 Wolfgang Kraushaar, Antizionismus als Trojanisches Pferd. Zur antisemitischen Dimension in der Kooperation von Tupamaros West-Berlin, RAF und RZ mit den Palästinensern, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 676–695, hier: S. 693.

62 Wolfgang Kraushaar, Der Tabubruch. Vor 50 Jahren scheiterte ein Attentat auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin. Die Täter waren Linksterroristen, die Bombe kam vom Verfassungsschutz, in: die tageszeitung (taz) vom 9.11.2019.

freiwilligen Kooperation von Tupamaros West-Berlin mit bundesdeutschen Geheimdiensten«?[63]

Militanz, Subversion, Tabubruch ... Spritzgift Antisemitismus?

Kunzelmannn und der hinter dem Anschlag stehenden Gruppe ging es intentional um eine revolutionäre Feindbestimmung, Kenntlichmachung des politischen Gegners und den internationalistischen Aufruf zur direkten Aktion und revolutionären Militanz. Und es ging um einen von der Erfahrung der deutschen Geschichte gereinigten Antiisraelismus und eine Pro-Palästina-Haltung. Um revolutionär zu werden, kam es vor allem darauf an, wie Dieter Kunzelmann in einem angeblich aus Amman stammenden Brief an die linksradikale Zeitschrift agit 883 vom 27. November 1969 schrieb, die »Vorherrschaft des Judenkomplexes« in der Linken zu brechen:

> Mir haben die Israelis nicht das Haus weggesprengt. Ich bin nicht im Flüchtlingslager geboren. Aber eines steht fest: Palästina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. »Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heißen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft ist für Israel.« So einfach ist das. Und doch stimmt es hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie »Zionismus« zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat. Was heißt Solidarität? UNSEREN KAMPF AUFNEHMEN.[64]

Reimann sieht in diesen »skandalösen« Bekundungen eine internationalistisch-überdrehte Antwort voller militantem »Weltgefühl«. Attackiert werden sollte der Schuldabwehr-Philosemitismus der deutschen Politik, der die Solidarität mit Israel bereits damals zur Staatsräson erklärte und dem Schicksal der Palästinenser gleichgültig gegenüberstand. Damit verlief diese Aktion im Rahmen des avantgardistischen Tabubruchkonzepts gemischt mit internationalistisch-anti-

63 Bereits 2005 hatten Markus Mohr und Hartmut Rübner in einer Besprechung von Kraushaars Buch für die *Junge Welt* auf Sebastian Haffners zeitgenössische unbequeme Fragen im *Stern* aufmerksam gemacht. In dem *Stern*-Artikel unter dem Titel »Ein Fall Neubauer?« hatte der kritische Publizist den die APO heftig verfolgenden Innensenator und Dienstherren von Urbach, Kurt Neubauer, angegriffen: »Wenn es sich als wahr herausstellen sollte, daß [der Innensenator] durch einen seiner Agenten die Bombe im jüdischen Gemeindehaus hätte legen lassen [...], dann hätte er selbst eine schwere Straftat begangen – und zwar eine Tat, die dem Ansehen Berlins mehr Schaden zugefügt hat, als irgendein wirklicher oder angeblicher Apo-Exzeß.« Zitiert nach: Markus Mohr, Hartmut Rübner, »Der Feind ist deutlich«. Wie Dr. Wolfgang Kraushaar lernte, die Bombe zu lieben, in: Junge Welt vom 15. 10. 2005, S. 6.

64 Dieter Kunzelmann, Brief aus Amman, in: agit 883 Nr. 42, 27. 11. 1969, S. 5.

Mit CamScanner gescannt

imperialistischer Parteinahme. Reimann verfasste eine weniger um Wertung als um Hermeneutik bemühte sozial- und kulturhistorische Biographie. Darin stellt er Kunzelmann als das dar, was er zuvörderst war: ein radikaler Subversiver, den man als »Übersetzer und Transformator der europäischen Protestkultur« begreifen kann. In der Darstellung von Kunzelmanns Provokationen erhellt sich die kulturelle, politische und mentale Verfasstheit der Bundesrepublik, gegen die der 1939 in Bamberg Geborene anstürmte. Kunzelmann war so provinziell und gleichzeitig protest-globalisiert, wie viele seiner Generation. Aus einem engen katholischen Umfeld heraus, bestärkt durch tolerante Eltern und angestachelt von Filmen aus Frankreich wie denjenigen von Jean-Luc Godard, ging sein Sehnsuchtsblick in die städtischen Metropolen, um dort ein klassisches Bohemienleben zu führen. Er unterhielt bereits in den 50er Jahren über die Künstlergruppe SPUR Kontakte zu den französischen Situationisten aus Paris, knüpfte später Kontakte zu Studentenführern und Neomarxisten wie Dutschke und Rabehl in Berlin, verfocht ein aktionspolitisches Programm der medienwirksamen Subversion im Kontext der Kommune 1, radikalisierte sich wie viele aus diesem Milieu, was ihn in das Umfeld des bewaffneten Kampfes führte, fand dann – wie seinerzeit Horst Mahler – den Weg zu den neo-leninistischen K-Gruppen, um schließlich in der Berliner Alternativen Liste ein auch parlamentarisch agierender subversiver Störenfried zu sein.[65] Dieter Kunzelmann blieb, das sollte man erwähnen angesichts von so unterschiedlichen Biographien wie derjenigen von Joschka Fischer, der nach einem zeitgenössisch antizionistisch motivierten Besuch eines PLO-Solidaritätskongresses in Algier[66] seinen Weg an die Spitze des bundesrepublikanischen Staates gefunden hatte und an einer zivilgesellschaftlichen Staatsräson ideologisch wie praktisch mitwirkte, oder jene eines Horst Mahler, der schlicht rechtsradikaler Holocaust-Leugner wurde, unangepasst und links. Anfang der 80er Jahre war er einer der Veteranen der Berliner Hausbesetzerszene, agitierte gegen die Asylpolitik des damaligen Innensenators Lummer und engagierte sich besonders für ein uneingeschränktes Asylrecht für Palästinenser, denn diese seien »Opfer der Opfer« und deutsche Politik müsse sich besonders für sie einsetzen. Den Berliner Senat attackierte er 1985 als »kriminelle Vereinigung« und kehrte nach der Räumung besetzter Häuser 1990 durch den rot-alternativen Senat seiner Partei demonstrativ den Rücken.

65 Vgl.: Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand. Bilder aus meinem Leben. Berlin 1998; darin urteilt Kunzelmann über die Tat vom 9. November: »Jedem Linken hätte eigentlich klar sein müssen, dass eine derartige Aktion keinerlei Sympathien für die legitimen Anliegen der Palästinenser zu wecken vermochte; ganz zu schweigen davon, daß sie sich angesichts der deutschen Vergangenheit von selbst verbietet.«

66 Gut dokumentiert hier: SDS-Website, SDS-ler bei einer PLO-Konferenz Ende Dezember 1969 im Palais des Nations in Algier, online: https://www.isioma.net/sds0720r.html.

Auch in diesen letzten Aktionen spielte Kunzelmann stets mit dem Medieninteresse an spektakulärer Aktion, Provokation und Tabubruch. Das kritische Konzept der Situationisten, die die kapitalistischen Gesellschaften mit ihren Konsumimperativen und medial produzierten Scheinwelten als »Gesellschaft des Spektakels« attackierten, schien Kunzelmann ins Affirmative zu wenden: Spaß, »Gaudi« und Spektakel sollten sich die jungen Subversiven selbst zu eigen machen. Eine Reflektion auf die Gefahren einer linken Spektakelpolitik sucht man bei Kunzelmann vergebens. Interessant ist auch zu sehen, wie der ironisierende Revolutionsfilm *Viva Maria* von Louis Malle mit Brigitte Bardot und Jeanne Moreau gänzlich ernst genommen und als handlungsanweisende Revolutionsdramaturgie begriffen wurde. Die mediale Selbstinszenierung erfuhr schließlich in der Kommune 1, Märchenland für mediale Sexualphantasien einer trotz und wegen Oswalt Kolle verklemmt-gereizten Fernsehnation, einen vorläufigen Höhepunkt. Das subversive Talent ging Kunzelmann offensichtlich nicht verloren, 1998 verfasste er eine fingierte Traueranzeige um einem Haftantritt zu entgehen, worauf das Gerücht seines möglichen Freitodes die Runde machte.[67]

Tatsächlich scheint Kunzelmann eine denkwürdige Figur in der 68er-Bewegung gewesen zu sein. Der 2.-Juni-Aktivist Bommi Baumann attestierte Dieter Kunzelmann regional tradierten Antisemitismus, erklärte allerdings, dieser stelle ein Alleinstellungsmerkmal dar. Er urteilte über den Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in einem Interview mit dem Verfasser folgend:

> B: Das waren Kunzelmann, von Rauch, Abi Fichter. Die haben diese Aktion durchgeführt – andere haben von der nur über die Zeitung erfahren. Hinter dieser Aktion steht eindeutig Dieter Kunzelmann, und Dieter kann man wirklich als Antisemiten und Rassisten bezeichnen. Wenn der so Sprüche geklopft hat, dachte ich damals, der hat einen schrägen Humor, aber nein, er meinte es ernst!
>
> F: Kann man wirklich einen einzelnen für so eine Aktion verantwortlich machen? Oder steht diese antisemitische Aktion nicht im Kontext einer schlagartig und vehement antizionistisch agierenden Linken?
>
> B: Nein, Kunzelmann hatte wirklich eine Haltung, einer gegen alle, er wollte seinen Wahnideen frönen und hatte dafür ein paar Leute um sich gesammelt. Natürlich haben da andere mitgemacht, Lena Conradt hat das Flugblatt geschrieben, das Machwerk mit diesem Titel »Shalom und Napalm«.
>
> F: Nochmal: Ausnahme oder Spitze einer antizionistischen Neuen Linken, die linken Antizionismus nicht von Antisemitismus unterscheiden konnte?
>
> B: Nein, nochmal: Als der Sechs-Tage-Krieg ausgebrochen ist, bin ich noch ins jüdische Gemeindehaus und hab mich eingetragen in Listen

67 Vgl.: Reimann, a. a. O.

Mit CamScanner gescannt

»Solidarität mit Israel!«, das war anderthalb Jahre früher, auch Abi Fichter hat mal in einem Kibbuz gearbeitet. Wir waren alle für ein Existenzrecht Israels. Das wurde doch gar nicht hinterfragt. Dieser Palästina-Konflikt tauchte irgendwann mal Ende 1968, Anfang 1969 in unserem Bewusstsein auf, als palästinensische Studenten ein Teach-in veranstaltet haben. Das Interesse war doch gar nicht so groß an Palästina. Was da heutzutage konstruiert wird, Antisemitismus innerhalb der Linken, ist doch reiner Schwachsinn.

F: Wie konnte es dann aber zu einer solchen Aktion kommen?

B: Es war doch nur ein Grüppchen von vier, fünf Leuten, auf die niemand Einfluss nehmen konnte. Das waren doch nur einzelne wie Herr Kunzelmann, die ihren fränkischen Antisemitismus weiter ausagieren wollten.

F: Man hat schon den Eindruck, dass die anfängliche Israel-Solidarität innerhalb der Neuen Linken aufgrund des Sechs-Tage-Krieges groß gekippt ist.

B: Da ist nichts groß gekippt. In erster Linie gab es doch unheilvolle Verquickungen. Herr Springer hat doch in der Zeit groß losjubiliert angesichts der israelischen Siege. Und der war unser Gegner. Es fand doch eine riesige Diskussion nach dem 2. Juni statt. Auf dem Kuhdamm fanden sich zu der Zeit immer tausend Leute ein, die da miteinander diskutiert haben. Und einige Tage später fing dann der Sechs-Tage-Krieg an. Diese Themen haben sich dann vermischt. Für uns war das aber eher ein Störfaktor, wir wollten über unsere Probleme und nicht über die Probleme im Nahen Osten reden. Die Ermordung Benno Ohnesorgs stand doch ganz oben auf unserer Agenda.[68]

Ein anderer Zeitzeuge, der Bommi Baumann wiederum lediglich für einen »Schwätzer« und »Verräter« hielt, bemerkte in seiner Autobiographie zu dem Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus:

> Ein Teil der Tupamaros Westberlin ging nach Jordanien in ein Ausbildungslager der Al Fatah und driftete politisch auf einen seltsamen antisemitischen (antizionistisch gedachten) Trip ab, der schließlich zu einem – glücklicherweise misslungenen – Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in der Fasanenstraße führte (ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht). Die anschließenden Diskussion war heftig. Mein engeres Umfeld (Schwarze Hilfe, Schwarze Zelle Neukölln, Kreuzberg und Spandau) war der Meinung, dass es sich nur um eine Aktion der Bullen handeln konnte. Leider wurden wir eines besseren belehrt. Bei aller Sympathie für die Sache der Palästinenser ging uns das

68 Interview des Autors mit »Bommi« Baumann, für Radio Dreyeckland Freiburg, Oktober 2008, gekürzte Printfassung unter dem Titel: Terror, Rausch, Politik. »Bommi« Baumann über seine Drogensucht, linken Antisemitismus und Knast in der DDR, in: Neues Deutschland, 7.11.2008.

entschieden gegen den Strich. Es war unter gar keinen Umständen akzeptabel. Zumal die intensive Beschäftigung mit der Hitlerei und ihren ungeheuerlichen Verbrechen ein wichtiger Baustein unserer Politisierung war. Wer genau hinter dem Anschlag steckte, wurde nie vollständig ermittelt. Fakt ist, dass es in der »Jordanien-Fraktion« der Tupamaros Westberlin nur so von Junkies wimmelte, deren Gehirne durch Spritzgifte aufgeweicht waren.[69]

Dieter Kunzelmann, mit dem »Knofo« Kröcher lebenslang freundschaftlich verbunden blieb, bleibt medial weiterhin im Spiel. Seine Worte »… wann endlich beginnt bei Euch der organisierte Kampf gegen die heilige Kuh Israel?« geben auch den Titel der bislang neuesten Veröffentlichung von Wolfgang Kraushaar. Doch bereits im Untertitel dieses 2013 bei Rowohlt veröffentlichten Buches findet sich die Generalthese, wonach der linke »Terrorismus« in Deutschland antisemitische Wurzeln gehabt habe.[70]

Linksantisemitische Wellen, Wurzeln, Urszenen und Endmoränen des Zweiten Weltkriegs

Kraushaar geht in seinem Buch über »die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus« von 2013 insgesamt vier Anschlägen im Februar 1970 nach: der gescheiterten Entführung einer El-Al-Maschine durch ein palästinensisches Terrorkommando am 10. Februar, bei der ein Mensch getötet und elf Menschen schwer verletzt wurden, einem Brandanschlag auf die Israelitische Kultusgemeinde München am 13. Februar, bei dem sieben Bewohner getötet und neun verletzt wurden, einem Bombenanschlag am 21. Februar auf ein Flugzeug der Austrian Airlines ohne Verletzte und auf eine Maschine der Swissair in Richtung Tel Aviv, bei dem achtunddreißig Passagiere und neun Besatzungsmitglieder ums Leben kamen.[71] Für die beiden letztgenannten Aktionen werden palästinensische Terroristen verantwortlich gemacht. Der Brandanschlag auf die Israelitische Kultusgemeinde ist bis heute ungeklärt. Für Kraushaar ist er die Verlängerung des linken Terroranschlags vom 9. November 1969, die Täter macht er in der linksradikalen Subkultur rund um Fritz Teufel, Dieter Kunzelmann und den heutigen Schriftsteller Ulrich Enzensberger, die allesamt der Kommune 1 entstammen, aus. Letzterer meldete sich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) mit einer Erklärung zu Wort, wonach er mit den antisemitischen Anschlägen nichts zu tun

69 »Knofo« Kröcher, Verkehr, a. a. O., S. 155.

70 Wolfgang Kraushaar, Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel? München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek bei Hamburg 2013.

71 Wolfgang Kraushaar, ebenda.

Mit CamScanner gescannt

habe.[72] Tatsächlich konstruiert Kraushaar eine atemberaubende Indizienkette, die nicht nur Willi Winkler, Autor eines Sachbuches über die Geschichte der Roten Armee Fraktion, in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) animierte, Kraushaars Ausführungen eine »raunende Kriminalerzählung« zu nennen. Kraushaar könne nichts beweisen, hantiere unsauber mit Quellen herum, besonders mit Vernehmungsakten, und konstruiere eine Geschichte, an deren Ende er »mit aller Gewalt die Linke des Antisemitismus überführen« wolle.[73] Auch der mit Kritik an der bundesrepublikanischen Linken nicht sparende Historiker Gerd Koenen weist in der *Zeit* die Generalthese von Kraushaar zurück. Den Motivkern für den Aufbruch von 1968 und seine terroristischen Folgen in einem »primären Judenhass« auszumachen, gehe vollkommen fehl. Die Lektüre von Kraushaars Buch wandere über »Holzwege und Seitentreppen« und führe doch – nirgendwohin. Lediglich ein paar Indizien und allerhand
166 Spekulationen könne Kraushaar präsentieren. Den Kommunarden um den APO-Provokateur Fritz Teufel, die doch gerade aus der nachfaschistischen Gesellschaft und den belasteten Familien mit der Parole »Entwurzelt euch!« entfliehen wollten, ausgerechnet Wurzeln im Antisemitismus zu attestieren, habe wenig Erhellendes an sich.[74] Diese scharfe und durchaus treffende Kritik an Kraushaar verwundert, denn in der Vergangenheit hatte niemand Geringeres als Gerd Koenen sich mit der Parallelisierung von RAF-Geschichte und Nazi-Geschichte hervorgetan.

In seinem 2003 erschienenen Buch *Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus* hat sich Koenen in einer so genannten Dreiecksbiographie mit den Lebensläufen von Bernward Vesper, Gudrun Ensslin und Andreas Baader beschäftigt.[75] Vesper war nicht nur der Sohn des prominenten Nazi-Dichters Will Vespers, sondern auch der langjährige Lebensgefährte Gudrun Ensslins, bevor sie sich von ihm trennte und mit Andreas Baader eine bis in die noch heute ungeklärte Stammheimer Todesnacht reichende Beziehung aufnahm. Mit dem erklärten Ziel, den von »den 68ern neurotisch rekonstruierten und ausgemalten deutschen Familienroman anschaulich aufzublättern«, sucht Koenen anhand des von Vesper nach dessen Freitod im Jahre 1971 hinterlassenen Romanfragments *Die Reise* die Entwicklung der RAF nachzuzeichnen. Darin hebt er sich in der Geschichtsschreibung von

72 Ulrich Enzensberger, Ich habe nichts getan und nichts gewusst, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. 3. 2013. http://www.faz.net/linker-terror-und-antisemitismus-ich-habe-nichts-getan-und-nichts-gewusst-12102338.html.

73 Willi Winkler, Die Linke und der Antisemitismus: »Möglicherweise«, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. 2. 2013. http://www.sueddeutsche.de/kultur/die-linke-und-der-antisemitismus-moeglicherweise-1.1608113.

74 Gerd Koenen, Mutmaßungen über Fritz, in: Die Zeit vom 28. Februar 2013. http://www.zeit.de/2013/10/Wolfgang-Kraushaar-Linke-Antisemitismus-Terrorismus.

75 Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003.

jenen Darstellungen ab, die die Geschichte der Protagonisten der RAF als heldenhaften Entwicklungsroman schreiben wollen.[76] Allerdings erscheint bei Koenen vor allem der nicht bei der RAF assoziierte Vesper als ständig vom Schatten seines faschistischen Vaters Verfolgter. Sollte der Begriff der Revolte überhaupt Sinn ergeben, dann wären wohl gerade die Versuche der Brüche und Ausbrüche – so unvollständig und fehlerhaft auch immer – zu würdigen. Das in diesem Buch von Koenen besonders gerne genutzte Mittel der Psychologisierung soll aber die Protagonisten dorthin zurückstoßen, woraus sie ausbrechen wollten. Der familiären Prägung – so Koenens fast schon triumphale und gleichzeitig eminent gegen die Revolte selbst gerichtete Erkenntnis – kann man nicht entkommen.

> Während Vesper glaubt, die Sprache Cleavers oder Carmichaels zu sprechen, da sprach »es« aus ihm eher in der von Kindesbeinen an vertrauten Sprache eines Joseph Goebbels.[77]

In einer Vermutung werden zwei Dinge kurzerhand entsorgt: Zum einen wird der globale Charakter der Revolte, die in ihrer westdeutschen Ausprägung vor allem mit der bereits 1964/65 einsetzenden Revolte in den USA intensiv kommunizierte, geleugnet und damit eine anachronistisch nationale Einhegung der Bewegung um 67/68 betrieben. Zum anderen treibt man so die Objekte der 68er-Forschung, die sich nicht mehr wehren können, genau dorthin wieder zurück, woraus sie ausbrachen. In diesem Sinne ist die »Urszene« Koenens ähnlich der »Urhorde« Freuds eine sozialphilosophisch-anthropologische Spekulation – mit einem kleinen Unterschied: Bei Freud kommt es immerhin zum Mord am unumschränkt herrschenden Vater, bei Koenen rutscht der persönliche Vater ins »Es«, wird mit diesem identisch und man bekommt ihn nicht los. In diesem durch beliebige Analogiekurzschlüsse hergestellten Zusammenhang einer so psychologistisch gestimmten wie antitotalitär motivierten Extremismusdoktrin konfrontierte Koenen die Leser beleg- und quellenfrei mit Formulierungen wie denjenigen, dass die »Ehre« der RAF »Treue« hieß und die in Stammheim inhaftierten RAF-Mitglieder ihren Tod in Anlehnung an Hitler als »nibelungenhaften Untergang« in Szene gesetzt haben sollen.[78] Nun mag dies als spekulativ-provokante Geste erlaubt sein und die psychologistischen Vermutungen mögen unter Umständen eine gewisse Plausibilität aufweisen. Doch wie lässt sich

76 Vgl.: Jutta Ditfurth, Ulrike Meinhof. Die Biographie, Berlin 2007; vollständig unerklärlich ist, dass Ditfurth das Bild einer ungebrochenen und kaum kritikwürdigen Antifaschistin von Meinhof zeichnet, in dem auch die hanebüchenen Auslassungen zu Israel keine kritische Würdigung erfahren, in anderen Kontexten die Autorin mit dem Antisemitismusvorwurf, so gegen die Berliner 1.-Mai-Demonstration oder gegen eine Frankfurter Konferenzen, die die Okkupationspraxis Israels im Fokus hatte, nicht gerade geizt.

77 Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader a. a. O., S. 312 f.

78 Ders., S. 330 ff.

Mit CamScanner gescannt

dies überprüfen? Mit den gängigen Mitteln der Geschichts- und Politikwissenschaft wohl eher nicht. Von der methodischen Anlage bewegt sich Koenen mit diesem Buch zur RAF in den Fußstapfen von Jillian Becker, die beide »nichts anderes als die deutsche Seele« in ihren Büchern vor Gericht stellen.[79] Ein Schule machender Zugang zum linken »Terrorismus«: Wie in Götz Alys polemischer Streitschrift gegen die 68er[80] ist die Pointe in Koenens RAF-Buch, Aktionen der Studentenrevolte und der frühen RAF in die Nähe des NS-Terrors stellen zu können, eine Pointe, die mit etwas Verspätung dann Kraushaar erzählt. Und Letzterer bleibt als ein mit der Befürwortung des Kosovokrieges durch Rot-Grün hinzugekommener Renegat der Neuen Linken damit nicht alleine.

In das gleiche Horn stieß nämlich Dan Diner, Historiker an der Hebräischen Universität Jerusalem sowie Leiter des Simon-Dubnow-Instituts für Jüdische Geschichte und Kultur und Professor am Historischen Seminar der Universität Leipzig. Auch er sieht in Kunzelmann und Mahler keineswegs eine Ausnahme. Ihm ist die Kraushaar-These von den antisemitischen Wurzeln des linken Radikalismus spontan einsichtig. Und so erhebt er Kraushaar mit einem in der *Welt* platzierten Artikel vom 23. Februar 2013 in den Stand des erkenntnisfördernden Wissenschaftlers und Aufklärers.[81]

Mit Dan Diner spricht im Fall der Geschichte der Linken ein prominenter Zeitzeuge, denn er war selbst Teil der linksradikalen Szene Frankfurts. Dort setzte er sich gerne zwischen die Stühle: Weder redete er einer fundamentalen Kritik des zionistischen Staatsprojekts das Wort, die in weiten Teilen der radikalen Linken ab 1967 anzutreffen war, noch hielt er mit der linken und internationalistischen Kritik hinterm Berg, wonach die »zionistische Struktur« des israelischen Staates zurückgedrängt werden müsse, der sich in einem kolonialen Akt von Vertreibung und »ursprünglicher Akkumulation« im Nahen Osten platziert habe.[82]

Kaum ein anderer aus der westdeutschen Linken hatte so differenzierte und erhellende Beiträge zum Israel-Palästina-Konflikt und zum Verhältnis der deutschen Linken zu Israel beigesteuert wie Dan Diner. So verwundert es, dass für ihn in neuester Zeit die Geschichte der 70er und des linksradikalen Aktivismus und Terrorismus »eine versunkene, dem historischen Bewusst-

79 So die kluge zeitgenössische Bemerkung von Karlheinz Bohrer zu Beckers Buch in der FAZ: Karlheinz Bohrer, Die Kinder Hitlers? Eine englische Version der Baader-Meinhof-Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 9. 1977, S. 21.

80 Götz Aly, Unser Kampf 1968. Ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main 2008.

81 Dan Diner, Der linke »Judenknax« der 68er, in: Die Welt vom 28. 2. 2013, online: http://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article113994331/Der-linke-Judenknacks-der-68er.html.

82 Letzteres wird in seiner Dissertation besonders deutlich: Dan Diner, Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient. Königstein 1980.

sein gleichsam entschwundene Zeit«[83] gewesen sein soll. Ohne auch nur den Hauch einer Distanzierung unterstützt Diner Kraushaar bei dessen großer Generalthese, wonach der »linke Terrorismus« seine Wurzeln im Antisemitismus habe. Dafür muss der Antifaschistin Ulrike Meinhof, die immerhin zu den Gründervätern und -müttern der Roten Armee Fraktion gezählt wird, der Antifaschismus abgesprochen werden. Hier bezieht sich Diner auf eine »Aussage Ulrike Meinhofs, die im Prozess gegen Horst Mahler Ende 1972 als Zeugin geladen war«. Diner weiter:

> Sie forderte, das deutsche Volk von den Verbrechen »des Faschismus« freizusprechen – als Voraussetzung für dessen Mobilisierung für »unseren revolutionären Kampf«. Dabei wird dem Antisemitismus eine »seinem Wesen« nach antikapitalistische und durchaus positive Natur bescheinigt.[84]

Dies verwundert: Die linke Kommentatorin der *konkret*, Anklägerin des bundesdeutschen Alltags-Postfaschismus und tragische Aktivistin des »bewaffneten Kampfes«, Ulrike Meinhof, soll dem Antisemitismus eine positive Natur bescheinigt haben?

Besagte Passage findet sich in einer von unbekannten »Genossen der Roten Hilfe Westberlin« gefilterten Fassung, dokumentiert in den Arbeitspapieren des damals linksradikalen Berliner Merve-Verlags unter dem Titel »Plädoyers einer politischen Verteidigung«.[85] Dort stößt man auf fragmentarisch wiedergegebene Ausführungen zu Antisemitismus und Auschwitz von Meinhof im Moabiter Gerichtssaal: »Die Juden wurden mit ihren Geschäften identifiziert.« Sechs Millionen Juden wurden vernichtet, so werden die Worte Ulrike Meinhofs wiedergegeben, »als wären sie Geld oder Ware«. Dies ist eine merkwürdige und in der Reduktion abstoßende Bemerkung. In der damaligen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* findet sich ebenfalls eine sicherlich gefilterte Wiedergabe von Meinhofs Rede, in der sie erklärt haben soll:

> »Wie war Auschwitz möglich, was war Antisemitismus?« Das hätte man damals klären müssen, anstatt gemeinsam Auschwitz als Ausdruck des Bösen zu verstehen, meint Ulrike Meinhof. »Das Schlimmste ist, daß wir uns alle, Kommunisten und andere, darin einig waren.« Doch jetzt hat sie erkannt, daß Antisemitismus in seinem Wesen antikapitalistisch sei. Er mache sich den Haß der Menschen auf ihre Abhängigkeit vom Geld als Tauschmittel, ihre Sehnsucht nach dem Kommunismus zu eigen. »Auschwitz heißt, daß sechs Millionen Juden ermordet und auf

83 Dan Diner, Der linke »Judenknax«, a. a. O.

84 Ebenda.

85 Internationale Marxistische Diskussion, Arbeitspapiere Nr. 11: Schily/Stroebele, Plädoyer einer politischen Verteidigung, Reden und Mitschriften aus dem Mahlerprozess, Berlin 1973, S. 241 f.

Mit CamScanner gescannt

die Müllkippen Europas gekarrt wurden als das, als was man sie ausgab – als Geldjuden.«[86]

Wenn man diese Passagen liest, sollte daran erinnert werden, dass auch für andere Linksradikale, wie für den aus Frankfurt kommenden Moishe Postone, der NS-Antisemitismus einen »verkürzten Antikapitalismus« darstellte und er erstmals 1979 Auschwitz als eine Fabrik zur »Vernichtung des Werts« und somit die ermordeten Juden als Verkörperung einer abstrakten kapitalistischen Kategorie bezeichnete, später wurde dieser Text als Grundlagentext zum NS-Antisemitismus kanonisiert.[87] Damit wollte Postone eine marxistische Antwort auf der Höhe der damaligen Ideologiekritik geben, eine marxistisch-strukturalistische Antisemitismustheorie, die eine beachtliche akademische wie außerakademische Karriere durchlief und bestimmte Vorstellungen über einen »linken Antisemitismus« nahelegt, der angeblich

aus verkürzter Kapitalismuskritik und antikapitalistischer Revolte resultierte. Wie Postone auch will Meinhof in der antisemitischen Vernichtungstat antikapitalistische Motive erblicken:

Mit der Ermordung von 6 Millionen Juden wurde die Sehnsucht der Deutschen nach Freiheit von Geld und Ausbeutung selbst mit ermordet.

Meinhofs Impetus und Antrieb ist jedoch ein anderer als der von Moishe Postone. Die antikapitalistische Sehnsucht bewertet sie positiv. Verantwortlich für Faschismus und Vernichtung der europäischen Juden sei das deutsche Finanzkapital gewesen, der Vernichtungsantisemitismus habe sich »hinter dem Rücken« der älteren Generation ereignet und sei in erster Linie vom deutschen Kapital ausgegangen. An dieser Stelle spricht wieder die alte KPD-Aktivistin Meinhof, die darin der orthodox-marxistischen Faschismusbestimmung als höchste Form des deutschen Finanzkapitals folgte. Die nächste Überlegung Meinhofs kann dann als populistisch-aktivistisch bezeichnet werden, wenn sie die Frage, warum die APO-Revolte nur auf eine »radikale kleine Minderheit« begrenzt blieb, mit der Behauptung beantwortet: Die Revolte habe auf die ältere Generation nicht überspringen können, weil »wir« dieses »Problem (Faschismus, Judenvernichtung)« nicht bewältigt hätten, so benötige die ältere Generation auch einen Freispruch, sonst würde sie weiterhin in Passivität und politischer Initiativlosigkeit verharren. Meinhof endet: »Der harte Kern des Systems sind die Banken, da schleichen wir seit 50 Jahren drum-

86 Peter Jochen Winters, Ulrike Meinhof läßt sich nur die Stichworte geben. Heftiger Ausbruch der Zeugin vor Gericht/Mahler trägt aus seinem »Dokument« vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.12.1972.

87 Moishe Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt am Main 1988, S. 242–254. Kritisch dazu: Gerhard Hanloser, Deutscher Vernichtungsantisemitismus – eine von »Antikapitalismus« angetriebene »Revolte«?, in: Gerhard Hanloser (Hg.), Deutschland.Kritik, Münster 2015, S. 64–101; ebenfalls: Karl Reitters Kritik in diesem Band.

rum.«[88] Im FAZ-Bericht von Peter Jochen Winters wird noch eine weitere Wendung Meinhofs kolportiert:

> Die Deutschen waren antisemitisch, also sind sie heute Anhänger der RAF. Sie wissen es nur nicht, weil man vergessen hat, sie vom Faschismus, vom Judenmord, freizusprechen und ihnen zu sagen, daß Antisemitismus eigentlich Haß auf den Kapitalismus ist.[89]

Die ebenfalls im FAZ-Bericht wiedergegebenen Worte Meinhofs, sie fühle »eine ›historische Identität‹ mit den Juden im Warschauer Getto, die waffenlos einen Aufstand versuchten«, weisen wiederum eher nicht in die interpretatorische Richtung, dass Meinhof sich mit dem deutschen Volk und dessen Antisemitismus in eins setzen wollte. Im Rote-Hilfe-Bericht ist auch die viel passendere Passage zitiert, wonach Elemente des Antisemitismus von tragenden Institutionen der BRD-Gesellschaft in modernisierter Form gegen die Fundamentalopposition in Anschlag gebracht werden:

> Heute versuchen sie, neue Juden aufzubauen. Die Bildzeitung schreibt »Baader wühlt gerne in Geld« oder beschäftigt sich mit der Frage, wer mit wem gefickt hat [...][90]

Diese Bemerkung Meinhofs zeigt jenseits des offensichtlichen Bedürfnisses, sich als verfolgte Minderheit selbst zu präsentieren, dass sie das Wesen der wahnhaften Projektion, welche im Antisemitismus wirkt, der sich historisch ja tatsächlich mit pornografisch-sexualhysterischen Elementen auflud, durchschaute.

Einige Teile der hier präsentierten Ausführungen von Meinhof, sofern sie tatsächlich so gefallen sind, kann man schrecklich verkürzt finden, in ihrer Forderung nach Schuldbefreiung gegenüber der Nazigeneration vollständig falsch und in ihrer strukturmarxistischen Phraseologie verheerend. Aber lediglich der FAZ-Bericht, nicht die Protokolle aus der Roten Hilfe lassen sich in die Richtung lesen, dass Ulrike Meinhof dem Antisemitismus eine »positive Natur« bescheinigt habe, wie Diner festgehalten wissen will. Bevor weitgehende Befunde über eine antisemitisch eingestellte Ulrike Meinhof gefällt werden, sollten Quellenkritik und Kontextwissen herangezogen werden. Man kennt ein beides negierendes Zurechtstutzen linker Geschichte von hoffnungsvollen Nachwuchswissenschaftlern, für die die 70er Jahre tatsächlich eine versunkene Welt darstellen,[91] man kennt eine solche Darstellung

88 Zitate nach: Internationale Marxistische Diskussion, a. a. O.

89 Peter Jochen Winters, Ulrike Meinhof läßt sich nur die Stichworte geben, a. a. O. Es ist gut möglich, dass der FAZ-Journalist selbst lediglich Stichworte auffing und diese freihändig für seinen Bericht kompilierte. Der unumwunden positive Bezug auf die Mehrheit der postfaschistischen Bundesbürger ist in ausformulierten Texten von Meinhof nicht anzutreffen.

90 Meinhof, nach: Internationale Marxistische Diskussion, a. a. O., S. 142.

91 Vgl. z. B.: Timo Stein, Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken, Wiesbaden 2011, Arbeiten wie diese, mit denen der Prüf-

Mit CamScanner gescannt

auch von den sich als »Ideologiekritiker« imaginierenden sogenannten »Antideutschen«, die aus dem Antisemitismusvorwurf an die Linke ihre ganze politische Identität ziehen.[92]

Dan Diner hat selbst mal solche einfachen Antisemitismusvorwürfe an die Linke zurückgewiesen. In der Sponti-Zeitschrift *Autonomie* im Jahre 1979 schrieb er in Hinblick auf die Linke:

> Hat die herrschende Ideologie den Antisemitismus und die Judenvernichtung zum entscheidenden Kriterium der – wie es euphemistisch hieß – »nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« erhoben, um die gesellschaftlichen Kontinuitätslinien der Verhältnisse zu verschleiern sowie die Sicht auf eine persönliche Verantwortung der auch aktuell Herrschenden zu verstellen, so wurde durch den zwar notwendigen Rückgriff auf die verallgemeinerte Kapitalismuskritik der subjektive Ausgangspunkt verschüttet; nämlich die eigene antifaschistische Politisierungsgeschichte und die durchaus materialistisch erklärbare historische Besonderheit des Antisemitismus.[93]

Folglich könnte Dan Diner aus dem Jahre 1979 den gewendeten Diner von 2013 darüber aufklären, dass er mit seinen Zuweisungen des Antisemitismus nach links die wahren gesellschaftlichen Kontinuitätslinien verschleiert. Diner 1979 könnte Diner 2013 lehren, dass eine entscheidende Wurzel des »linksradikalen Terrorismus« die »eigene antifaschistische Politisierungsgeschichte« war. Und auch wenn die »durchaus materialistisch erklärbare historische Besonderheit« der linken Anti-Israel-Haltung der 70er zuweilen und in Einzel-

ling einen schnellen Doktortitel zum Thema »linksradikaler Antizionismus« erheischen konnte, und die im Grunde die ewig gleiche Literatur zitieren (Broder, Kloke, Kraushaar) und auf dünner Quellenbasis nichts Neues erforschen, gibt es mittlerweile zuhauf. So kommt auch der Rezensent Peter Ullrich zu dem Urteil über Stein: »Den größten Teil der Darstellung nimmt die Wiedergabe von Martin Klokes Dissertation ›Israel und die deutsche Linke‹ ein, die noch nicht einmal im Literaturverzeichnis erscheint und oft nur indirekt und irreführend über anderer Leute Darstellungen von Klokes Arbeit zitiert wird.« Manche Schlüsse von Stein »wirken willkürlich, viele Urteile unsystematisch und moralisierend.« Ullrichs Fazit lautet, es handele sich um »ein Buch, das sich in dieser Art der Darbietung als eigene Forschungsleistung an der Grenze zu Kolportage und Plagiat bewegt«, Peter Ullrich, Antizionismus, in: ak Nr. 565 vom 21.10.2011, online: https://www.akweb.de/ak_s/ak565/01.htm.

92 Gerhard Hanloser (Hg.), Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004; und: ders., Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs, Münster 2019. Einer dieser antideutschen Theoretiker, Jan Gerber, Autor für *Bahamas* und *Jungle World*, ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Simon-Dubnow-Institut, seit 2010 in leitender Funktion.

93 Dan Diner, Fragmente von unterwegs, in: Autonomie, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Nr. 14, Frankfurt 1979, S. 56.

fällen ins Antisemitische spielten mochte: Sie entstand eben nicht aus einer Wiedergeburt von 1933, sondern sie entstand in einer Gemengelage aus problematischer Reaktivierung des historisch gewordenen linken Antizionismus, der Wahl verheerender Bündnispartner im Geiste eines Drittweltismus und Internationalismus, einer Überforderung angesichts der deutschen Vergangenheit und Geschichte, in der man sich – natürlich – nur verstricken konnte, und zu guter Letzt dem Willen zum Bruch mit einer tabuisierenden Nachkriegsgesellschaft.[94]

Rewriting history

Irritierend sind die Reflexionen von Diner über Staatsgewalt, Staatsräson und linke Gewalt, die er am Ende seines Artikels in der *Welt* im Jahr 2013 vornimmt:

> Tatsächlich lassen sich in Deutschland angesichts der Verbrechen der Vergangenheit so etwas wie kontraphobische Reaktionsbildungen diagnostizieren. In letzter Konsequenz heißt dies die Anwendung von Gewalt gleichsam pauschal unter Kuratel zu stellen. Anders ausgedrückt: Es hatte sich ein unbedingter Pazifismus zu einem nationalen Charaktermerkmal verdichtet, der auch auf den legalen, maßvollen, angemessenen Einsatz von Gewalt übergriff. Damit freilich ging die Fähigkeit zur Unterscheidung ebenso verloren wie die sie begleitenden Tugenden Vernunft, Courage und Verantwortung. Dass die Anwendung von extralegaler Gewalt damals in demonstrativer Geste politischer Selbstermächtigung von terroristisch handelnden Gruppen als vorgebliche »Gegengewalt« gerne und nicht zuletzt auch martialisch ausgeübt worden war, vermag dieses Bild durchaus zu komplementieren.[95]

Diese Sätze muss man zweimal lesen, um ihren Aufforderungscharakter zu verstehen. Folgt man Diner, dann wurde die erste RAF-Generation direkt in die Resozialisierungswerkstätten und nicht in das Hochsicherheitsgefängnis Stuttgart-Stammheim verlegt. Kill-Fahndung hatte es offensichtlich aufgrund national-pazifistischer Charaktermerkmale der Deutschen nicht gegeben. Wie erklärt der Historiker seinem Publikum dann die vielen Dutzend Toten, die 1971 bis 1980 in der Bundesrepublik in unterschiedlichen Situationen – auf frischer Tat, beim Versuch der Festnahme oder auf der Flucht – von Polizeikugeln getroffen wurden? Und welchen logischen Ort im angeblich wehrlosen Nationalpazifismus der BRD hatten dann die geheimen großen und kleinen Krisenstäbe 1977? Von Ausnahmezustand ist bei der Beschreibung von Diner

94 Vgl.: Gerhard Hanloser, Der linke Antizionismus in Westdeutschland und Westberlin, in: Markus Mohr (Hg.), Legenden um Entebbe, a. a. O., S. 193–248.

95 Dan Diner, Der linke »Judenknax« der 68er, a. a. O.

Mit CamScanner gescannt

nichts zu lesen.[96] Diner verschleiert hier aber auch die postfaschistischen Kontinuitätslinien und die sublimierte Gewalt des NS-Faschismus in der BRD-Nachkriegsgesellschaft und in ihren Institutionen: ob in der Polizei, in der Justiz oder der Politik.[97]

So verwundert auch nicht, dass Diner recht merkwürdige Erklärungen zum Phänomen des »bewaffneten Kampfes« der 70er Jahre anzubieten hat. Die These des Historikers Norbert Frei aufnehmend, allerdings entscheidend verdrehend, dass sich terroristische Gruppen der radikalen Linken vor allem in den faschistischen Achsenmächten Deutschland, Italien und Japan formiert hätten,[98] will Diner nun die RAF als direkte Verlängerung des ideologischen Kampfes der Achsenmächte vorstellen,

> als folgten die Terroristen wie von unsichtbarer Hand gelenkt den Spuren der von den Nazis ausgelegten Fährte eines die Alliierten bekämpfenden »Werwolfs«. Bei der Choreografie dieses Terrors schien es sich um eine Endmoräne des Zweiten Weltkriegs zu handeln, die bis in die damalige Gegenwart hineinreichte.[99]

Man muss nicht der Selbsteinschätzung des RAF-Mitglieds Lutz Taufer folgen, wonach die Rote Armee Fraktion als eine Art verspätete Résistance

96 Wie es sich wirklich in der autoritär formierten BRD-Gesellschaft gestaltete, kann folgender Publikation entnommen werden: Johannes Hürter, Gian Enrico Rusconi (Hg.), Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982, München 2010.

97 Vgl. hierzu als jüngste couragierte Schrift: Willi Winkler, Das braune Netz. Wie die Bundesrepublik von früheren Nazis zum Erfolg geführt wurde, Berlin 2019.

98 Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, S. 163 f.: »Schon zeitgenössisch hat man darüber zu spekulieren begonnen, inwiefern der linke Terrorismus als ein spezifisches Problem der einstigen Achsenmächte des Zweiten Weltkriegs zu verstehen sei. Nur in diesen Gesellschaften, so der Gedanke, habe die Revolte der sechziger Jahre einen solchen Ausgang genommen. Auch wenn diese Überlegung den (freilich kurzlebigen) Terror der nordamerikanischen Weathermen ebenso außer Acht lässt wie die auf aktuellen Diktaturerfahrungen fußenden (und weitaus zäheren) Terrorismen Südamerikas, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, dass die Protestbewegungen in Japan, Italien und der Bundesrepublik immer wieder an vergangenheitspolitische Lasten rührten, die andernorts in dieser Schärfe tatsächlich nicht gesehen wurden. Eine ›unbewältigte Vergangenheit‹ – konkret etwa die Frage der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland und deren Konsequenzen für die einheimischen und immigrierten Juden – stand ›um 68‹ zum Beispiel weder in Frankreich noch in Holland zur Debatte. Ganz anders dagegen die Situation in Italien: Dort erschien der Faschismus in den Jahren der Revolte vielen nicht nur als eine drückende Last der Vergangenheit, sondern als ein dramatisches Problem der Gegenwart.«

99 Dan Diner, Die Welt 2013, a. a. O.

zu betrachten sei,[100] will man sie aber wie Dan Diner als das letzte Hitlerjugendbataillon vorstellen, erheben sich einige Fragen: Wer waren dann Siegfried Buback und Martin Schleyer? Warum gerieten sie in den Fokus des RAF-Terrorismus? Lutz Taufer präzisierte vor Kurzem seine Wahrnehmung der damaligen Zeit:

> Auschwitz und der Holocaust waren für mich und meine Generation eine elementare Schlüsselerfahrung, wie es sie in der damaligen Zeit für die kritische und rebellierende Nachkriegsgeneration weltweit nur einmal gab, in Deutschland.[101]

Die RAF zitierte in ihrer Anschlagserklärung auf den Hochsicherheitsknast Weiterstadt vom 30. März 1993 ein Statement von Lutz Taufer, wonach die Linke nun einmal das darstelle, »was der Faschismus nach dem Judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte«.[102] In seinem frühen, noch im Gefängnis Celle verfassten Aufarbeitungsdokument berichtete Taufer über die von ihm ähnlich wie von Bommi Baumann erfahrene Komplexität der Situation rund um den 2. Juni 1967, als sich zwei politische Großereignisse überlappten und die Linke ähnlich durchschüttelten wie spätere Generationen der Linken in längeren Abständen die Jahre 1989 bis 1991. Und auch damals stand die Solidarisierung mit Israel oder den Palästinensern im Fokus:

> Meine Träume von Freiheit und Gleichheit fanden ihren kühnsten Ausdruck in einer verschwitzt-romantischen Vorstellung von den israelischen Kibbuzim. Von Palästinensern wußte man nichts. Heuchelei des Philosemitismus – in den Schulbüchern kamen sie nicht vor. Morgens hatte ich im Radio vom drohenden Beginn des israelisch-arabischen Sechs-Tage-Kriegs gehört. Etwas bedrückt von dem Gedanken, die Israelis würden von den Arabern ins Meer getrieben werden – so die Medien – ging ich ins Stadtzentrum. An einem Alleebaum sah ich einen kleinen handgeschriebenen Zettel: »Student in Berlin von der Polizei erschossen.«[103]

Fortan kreuzten und überlagerten sich Antinazi-Haltung, Kampf gegen die Obrigkeit und Internationalismus, standen sich Studentenrevolte und BRD-Establishment antagonistisch gegenüber und konfigurierten ein politisches Feld, in dem Feindschafts- und Solidaritätserklärungen klar zugeordnet waren. Für die Zeit nach seiner Radikalisierung, als er nach seinem Enga-

100 Lutz Taufer, Gedanken gegen die Mauer, in: Pizza (Hg.), Odranoel. Die Linke zwischen den Welten, Hamburg 1992, S. 59–121.

101 Lutz Taufer, Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela, Berlin/Hamburg 2017, S. 121.

102 ID Archiv (Hg.), RAF, Anschlag auf den Knast Weiterstadt, Erklärung vom 30. März 1993, in: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 455–463, hier: S. 456.

103 Lutz Taufer, Gedanken gegen die Mauer, a. a. O., S. 66.

Mit CamScanner gescannt

gement im Heidelberger Sozialistischen Patientenkollektiv aus militanten Solidaritätsgründen zur RAF stieß und verhaftet wurde, schildert Taufer, wie der hessische Vollzug ihm als Hafterleichterung das gemeinsame Fernsehen mit Häftlingen wie Oswald Kadur oder Joseph Klehr anbot, die als ehemalige SS-Angehörige wegen ihrer mörderischen Arbeit in Auschwitz einsaßen. Taufer dazu:

> In Guantánamo wird versucht, die Identität muslimischer Gefangener zu brechen, indem man ihnen als einzige Nahrung Schweinefleisch vorsetzt. Mir setzten sie als einzigen Ausgang aus jahrelanger Isolationshaft diese infame Inszenierung vor. Ich rannte die ganze Nacht in meiner Zelle auf und ab, mein Herz schlug bis zum Hals, wilde Phantasien schossen durch meinen Kopf. Ich suchte nach einer Möglichkeit, das Messer in meiner Zelle an irgendeiner rauen Fläche so zu schärfen, dass ich damit zustechen könnte. Zum Glück funktionierte das nicht. Aber mit dieser Inszenierung war gleich zu Beginn klar: Sie wollen dich fertigmachen.[104]

Folgte man Dan Diner, so hätten sich die RAF-Gefangenen über eine solche Zusammenlegung der Brüder im Geiste freuen müssen. In der historischen Beurteilung der RAF unterscheidet sich Dan Diner nicht wesentlich von den späten und selbstlegitimatorischen Ausführungen des Rechtsextremisten Horst Mahler. Dieser hatte 1999 zusammen mit Reinhold Oberlercher und Günter Maschke eine »Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968« veröffentlicht. Darin setzten die rechten Autoren den SDS mit der Jenaer Urburschenschaft gleich und erklärten die RAF zum »Waffen-SDS«, der in einer nationalrevolutionären Tradition der militant-patriotischen Studenten des 19. Jahrhunderts gestanden habe. Auch zur Ermordung Schleyers äußerte sich Mahler, dieser sei zwar tragischerweise, aber nicht zu Unrecht vom »Waffen-SDS« ermordet worden, da er als ehemaliges SS-Mitglied die »Position der nationalrevolutionären Volksgemeinschaft zugunsten derjenigen des Anführers eines Klassenkampfverbandes verraten« habe.[105] Derart beteiligen sich sowohl rechtsradikale Agitatoren an der Umschreibung der Geschichte der Fundamentalopposition in der BRD als auch aus der Linken kommende offizielle Staatshistoriker[106] mit einem opportunistischen Widerwillen gegenüber der eigenen Geschichte, die einer Historisierung harrt.

104 Ebenda.

105 Horst Mahler, Günter Maschke, Reinhold Oberlercher, Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968, in: Staatsbriefe Nr. 1, 1999.

106 In seiner historischen Einordnung der Wiedergutmachungszahlungen kommt Dan Diner so auch zu einer realpolitisch-legitimatorischen Darstellung, die dem zeitgenössischen Empfinden nicht weniger Holocaustüberlebender widerspricht, aber auch neulinken Skandalisierungen, die darin einen »ersten Abschlag auf die Absolution von der faschistischen Vergangenheit« sahen (wie beispielsweise die beiden 70er-Jahre Linksradikalen Eike Geisel/Mario Offenberg). Dan Diner, Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015.

Vergleicht man die Selbstzeugnisse der ProtagonistInnen des bewaffneten Kampfes im Laufe der Zeit, so ist eine merkwürdige semantische und inhaltliche Veränderung ihrer Selbstlegitimationsschriften zu beobachten. Vor 1977 standen der Vietnamkrieg und die BRD als imperialistischer Sub-Staat im Fokus der bewaffneten KämpferInnen. Nach der Katastrophe von Stammheim kreisten lange Jahre die Themen der RAF um die NATO, den »militärisch-industriellen Komplex« und natürlich die Gefangenenfrage. Antisemitismus, der NS-Faschismus und die deutsche Vergangenheit waren weitgehend ausgeklammert. In einer Erklärung der RAF vom 13. Februar 1991, der die symbolischen Schüsse auf die US-Botschaft in Bonn zur Hochphase der Antikriegsbewegung gegen den US-Krieg am Golf gegen den Irak legitimieren sollte, schrieben die unbekannten VerfasserInnen:

> Die Waffe der psychologischen Kriegsführung, mit der von der Bundesregierung bis zur staatstragenden Linken all die als Rassisten und Anti-Semitisten denunziert werden, die gegen diesen Völkermord aufgestanden sind, muss stumpf gemacht werden.[107]

Gemeint waren wohl die Anklagen eines vermeintlichen Antiamerikanismus und Antisemitismus gegen die Friedensbewegung, die von unterschiedlichen Akteuren – von Wolf Biermann in der *Zeit* bis zur linken Zeitung *konkret* – reichte. Wenn diese VertreterInnen der Früh-90er-RAF von »Anti-Semitisten« sprechen, verrät diese Sprachlosigkeit nur die vollkommene Unkenntnis über Antisemitismus. Und tatsächlich spielten NS-Faschismus, Auschwitz und der Holocaust nach dem Tod der ersten RAF-Gründergeneration um Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Ulrike Meinhof in den strategischen und programmatischen Texten der Nachfolge-RAF keine entscheidende Rolle, es sei denn als Anklage einer naziähnlichen »Isolationsfolter« der Gefangenen.

Rückblickend kommt der ehemalige Gefangene aus der Bewegung 2. Juni, Klaus Viehmann, zu folgender Einschätzung des Verhältnisses von linksradikaler Stadtguerilla, Faschismus und Antifaschismus:

> Die kommunistische Antifa von 1945, die NS-Mörder gejagt und in einigen Fällen liquidiert hat, wurde totgeschwiegen und die Militanz der neuen Linken war aus der Sicht der DKP »Provokationen«. Stadtguerillaaktionen galten als »das Werk kleinbürgerlicher Abenteurer«, selbst wenn sich auch in der DKP oder VVN einige klammheimlich über Aktionen gefreut haben werden. Daß Militanz ein Bestandteil des Antifaschismus sein könnte, stand aber überhaupt nicht zur Debatte. Und die, die militant waren, revolutionäre Linke und Stadtguerilla, verstanden Antifaschismus wie gesagt als Kampf gegen den »faschistischen Staat der Notstandsgesetze«, gegen den »faschistischen Krieg in Vietnam«. Ihr Begriff von »faschistisch« hatte wenig mit einem Kampf gegen alte

107 RAF, Schüsse auf die US-Botschaft in Bonn, Erklärung vom 13. Februar 1991, in: ID Archiv (Hg.), RAF, a. a. O., S. 401–404, hier: S. 403.

Mit CamScanner gescannt

Nazis oder kaum zu sehende Neofaschisten zu tun. Die waren höchstens mit gemeint. Die damals entstehenden »neuen« rechten Ideologien oder Gruppen waren nur wenigen SpezialistInnen bekannt, und auch sie haben die nicht als eine in den 80er und 90er Jahren bedrohlich angewachsene Kraft voraussehen können. Eine Kurzsichtigkeit, die damals kaum zu vermeiden war. Ausnahmen von dem gesetzestreuen Antifaschismus kamen aus dem Ausland, Beate Klarsfeld ohrfeigte den Alt-Nazi und Bundeskanzler Kiesinger vor dem versammelten Bundestag und wanderte ein Jahr in den Knast. Sie und andere französische AntifaschistInnen versuchten in den 60er Jahren vergeblich, zwei deutsche Kriegsverbrecher, die hierzulande unbehelligt leben konnten, über die Grenze vor ein französisches Gericht zu schaffen. [...] Alte Nazis wirkten nicht so wichtig ... Mit einem heute noch gefangenen Genossen aus der RAF habe ich länger darüber diskutiert, und wir haben es beide bedauert, daß sich die Gruppen nicht mit den damals noch überall auffindbaren NS-Verbrechern befaßt haben. Einige waren im Ausland wegen ihrer Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, andere auf wichtigen Posten und so reich, daß sie als Tauschpfand für Zahlungen an NS-Opfer in Frage gekommen wären. Nichts davon ist damals geplant oder gar realisiert worden.[108]

Darin müsste sich Viehmann auch mit den Verfassern des »Albartus«-Textes einig sein, welche den fehlenden Bezug auf die israelische Linke thematisierten und in anderem Kontext zumindest andeuteten, dass es Ideen aus dem alten internationalistisch ausgerichteten Verband der Revolutionären Zellen gegeben habe, Angeklagte im Maydanek-Prozess nach Polen zu bringen, weil sie besser dort vor Gericht gestellt worden wären – als praktische Konsequenz aus Entebbe.[109]

Stefan Wisniewski, Sohn eines während des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland verschleppten polnischen Zwangsarbeiters, verwies rückblickend, selbstkritisch und einfordernd darauf, dass sich die RAF nicht ausreichend mit dem Schicksal der Zwangsarbeiter auseinandergesetzt habe.[110]

108 Klaus Viehmann, Vergebene Chancen 1977. Stadtguerilla und militanter Antifaschismus, in: Antifa Info Blatt Oktober 1997.

109 In dem Text »Rauchzeichen« schreiben einige RZ-Mitglieder über den »Schreck« über »antiisraelitische Verstrickung«, der schließlich »ein Projekt zur Überstellung einer Majdanek-Angeklagten nach Polen« auf den Plan rief – allerdings: »auch eines der Vorhaben, die nie durchgeführt wurden, und gerade dieses hat in der Tafel der Anschläge so sehr gefehlt!«, in: »Geschichten des Zorns«. In dem Artikel »Rauchzeichen« geben ehemalige RZ-Mitglieder einen Rückblick auf zwanzig Jahre Revolutionäre Zellen, in: Jungle World, Berliner Wochenzeitung, 20. 6. 2001.

110 Stefan Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent ... Ein Gespräch zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.

Wie man auch immer zu diesen retrospektiven Selbstkritiken stehen mag, so sind hier doch Positionen markiert, die sich der Zuweisung des bewaffneten Kampfes in die deutsche Dunkelkammer des Antisemitismus entziehen wollen. Es ist doch zumindest bemerkenswert, dass in Hinblick auf die Schuldverstrickung der deutschen Bevölkerung und ihrer Beteiligung an der Vernichtung der Juden in den zeitgenössischen, also den in den 70ern entstandenen, Erklärungen der bewaffneten Kleinstfraktion der Neuen Linken gänzlich unterschiedliche Urteile gefällt werden. Während wie dargestellt Ulrike Meinhof als Zeugin der Verteidigung im Prozess gegen Horst Mahler im Dezember 1972 meinte, man müsse das deutsche Volk vom Faschismus freisprechen, die Leute hätten ja nicht gewusst, was in den Konzentrationslagern vorging, denn nur so könne man sie für »unseren revolutionären Kampf« mobilisieren, hielten die Schwarzen Ratten/Tupamaros in ihrer Legitimation des Anschlags auf das Jüdische Gemeindehaus im November 1969 fest: Alle außer dem Hitler-Attentäter Elser hätten mitgemacht. Merkwürdig empört urteilt Wolfgang Kraushaar über Ulrike Meinhof als »RAF-Chefpropagandistin« und hält ihr vor:

> Der Gedanke, dass das NS-Regime auf einer Massenloyalität aufbauen konnte und erhebliche Teile des deutschen Volkes selbst schuldhaft in die NS-Verbrechen verstrickt gewesen sein könnten, scheint ihr jedenfalls völlig fremd gewesen zu sein.[111]

Mit diesem moralischen Urteil verkennt der APO-Historiker, der selbst als Frankfurter ASTA-Vertreter der frühen 70er Jahre voller RAF-Sympathien war, dass Meinhof damals eine Kampfperspektive von links unten formulierte – die unter den tatsächlichen postfaschistischen Verhältnissen verzerrt ausfallen musste. Auch ein Seitenblick auf den Stand der damaligen (Nicht-) Forschung zum NS-System unter besonderer Berücksichtigung der Massenloyalität würde den schrillen Ton der Empörung, den Kraushaar hier anschlägt, abmildern. Dass ein RAF-Sympathisant wie der Schriftsteller Christian Geissler (1928–2008), der vom Protestantismus über den Linkskatholizismus bis zur illegalen KPD seinen Weg als Kommunist schließlich zur kritischen Unterstützung der RAF ging, eines der wenigen Werke der Nachkriegsliteratur schuf, in dem ein Einzelgänger voller Ekel von der schuldverdrängenden Nazigeneration vorgestellt wird,[112] muss alle Behauptungen irritieren, die im bundesrepublikanischen bewaffneten Antiimperialismus lediglich Schuldabwehr und weitere typisch deutsche Ideologien wie Antisemitismus und Antiamerikanismus wirken sehen. Geisslers antifaschistisches, kommunistisches und antiimperialistisches Gewissen entzog sich diesen delegitimierenden

111 Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der RAF, Stuttgart 2017, S. 246.

112 Vgl.: Christian Geissler, Die Anfrage, Hamburg 1960; zum Autor: Detlef Grumbach (Hg.), Der Radikale. Christian Geisslers Literatur als Grenzüberschreitung, Berlin 2017.

Mit CamScanner gescannt

Denunziationen in deutlicher Weise, wenn er beispielsweise sein Vorwort zu der von der Autonomen Nahost Gruppe Hamburg herausgegebenen Schrift einer militanten Palästinenserin mit den Worten eröffnete:

> ich habe, da war ich ein kind, die gebrandmarkten menschen neben mir stehen sehen, am schlump, am hafen, am spritzplatz.
> sie waren für die verbrennung markiert.
> waren juden.
> auschwitz war imperialistische industrie.
> auf deutsch.
> kein deutscher, auch der jüngste nicht, und egal, in wie wichtiger solidarität, kommt unverletzt an diesem fakt vorbei.
> allerdings auch nicht, sofern er das internationale klassengewaltverhältnis einsieht, kommt er um jenen anderen fakt, der anschaulich ist in der region, aus der der nachfolgende text stammt. im nahen osten zeigt sich die faktische pervertierungskraft des imperialismus offen.[113]

Was man allerdings in Hinblick auf die hier diskutierten Grenzfälle militanter Aktionen kritisch und in Bezug auf das darin transportierte Geschichtsbild festhalten kann, ist dies: Zwischen populistischer Entlastung des gesamten deutschen Volkes, um sich selbst als volksnahe Guerilla zu stilisieren, und anarchischer Verdammung aller außer einem, um dem eigenen Kleinsttrupp die Entscheidung für die terroristische Tat überantworten zu können, pendelte offensichtlich der instrumentalisierte Zugang zur jüngsten Vergangenheit durch auf Guerillakampf setzende linksradikale Deutsche. Für sie wie für einen Großteil der Revoltegeneration stellte die jüngste deutsche Vergangenheit mit ihrem Menschheitsverbrechen an den Juden offensichtlich eine theoretische wie praktische Überforderung dar. Dass sie sich jedoch vollkommen anders als wohlstandssatt-verdrängend im westdeutschen Postfaschismus bewegt hat, sollte ihr durchaus positiv beschieden werden.

Meinhof und der »Schwarze September«

Dieses ambivalente Urteil lässt sich auch auf eine weitere Schrift beziehen, die stets als Beispiel für linken Antisemitismus herangezogen wird und deren Thema die gescheiterte Geiselnahme von israelischen Sportlern während der Winterolympiade 1972 in München war. Klaus Viehmann, verurteilt wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni, sieht die Aktion des palästinensischen Kommandos »Schwarzer September«, die die Geiselnahme von München durchführte, folgendermaßen:

> Die Aktion des Schwarzen September stieß in der Linken, bei allem Verständnis für die Forderungen der PalästinenserInnen, auf breite Kritik

113 Christian Geissler, Vorwort von: »Ich hoffe meine Tochter geht den gleichen Weg wie ich«. Eine Palästinenserin berichtet vom Befreiungskampf im Ghaza-Streifen (Hg.: Autonome Nahost Gruppe Hamburg), Hamburg 1987, S. 7.

und auch ein RAF-Papier von 1973, das diese Aktion verteidigte, stand ziemlich isoliert da.[114]

Hier bezieht sich Viehmann auf das Ulrike Meinhof zugeschriebene Strategiepapier »Die Aktion des ›Schwarzen September‹ in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes«, datiert auf November 1972. Tatsächlich wird dieses Papier als Beispiel eines linksradikalen Antisemitismus öfters zitiert, Jeffrey Herf behauptet in einem eigentümlich dialektischen Verständnis von Kanonisierung durch Unterrezeption sogar, dieser Text »wurde fester Bestandteil des Kanons linksextremen Antisemitismus in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte«.[115]

In einem Interview gelingt es der Meinhof-Biographin Jutta Ditfurth plastisch darzustellen, wie der Zustand der Anfang 1970 sich formierenden RAF zweieinhalb, drei Jahre nach Gründung aussah:

> Zwei Jahre hatte man kaum was von Meinhof gehört, im Mai 1972 gab es dann plötzlich innerhalb von 14 Tagen fünf Anschläge unter anderem auf US-Militäreinrichtungen mit vier Toten und 24 Verletzten, einen Anschlag auf das Springer-Hochhaus mit 17 Verletzten. Keine Woche später, verblüffend schnell, war Meinhof geschnappt. Sie hatte bei dem Lehrer Rodewald in Hannover übernachten wollen. Der hatte zugesagt, wusste aber dann nicht, wie er sich verhalten sollte. Er ging zu seinem Freund Oskar Negt, ließ sich von ihm beraten.
>
> *Sie meinen Professor Negt – Freund und später Berater von Kanzler Gerhard Schröder?*
>
> Ja. Negt sagte, es gebe keine »Zwangssolidarität«, und so ging der Lehrer zur Polizei.[116]

Tatsächlich macht diese Hintergrundgeschichte auch deutlich, was die Hauptstoßrichtung des Textes von Ulrike Meinhof ist: Sie will den legalistischen Teil der Außerparlamentarischen Opposition, für den ihres Erachtens Oskar Negt prototypisch steht, attackieren. Weite Teile des inkriminierten Papiers befassen sich auch gar nicht mit der Aktion des »Schwarzen September«, dem Kampf der Palästinenser oder dem Israel-Palästina-Konflikt. Stattdessen wird unter dem Stichwort »Opportunismus« ausführlich auf Oskar Negt eingegangen, den man zum Hauptfeind und Statthalter einer weit verbreiteten, um Anpassung bemühten und im legalen Rahmen verbleibenden Haltung innerhalb der Linken erkannt zu haben meint. Tatsächlich hatte Negt in Tex-

114 Klaus Viehmann, a. a. O.

115 Jeffry Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, Göttingen 2019, S. 214 f.

116 Jutta Ditfurth, Ditfurth über Meinhof: »Sie war die große Schwester der 68er«: in: Der Stern, https://www.stern.de/politik/geschichte/ditfurth-ueber-meinhof--sie-war-die-grosse-schwester-der-68er--3224064.html.

Mit CamScanner gescannt

ten und Reden prominent und öffentlich deutlich gemacht, was er von der durch ihn als Baader-Meinhof-Gruppe bezeichneten RAF hält:

> Die Arbeiterbewegung … hat in ihrer Geschichte einen unerbittlichen Kampf gegen den individuellen Terrorismus aus den eigenen Reihen und vor allem gegen jene Gruppen geführt, die sich den Arbeitern als Avantgarden aufzwingen wollten. Lenin hat unermüdlich immer wieder darauf hingewiesen, dass die Massen ihre Erfahrungen mit den Klasseninstitutionen selber machen müssen; dass sie Selbstbewusstsein und Selbsterziehung nur aus ihren eigenen Kämpfen gewinnen können.[117]

Meinhof, die offensichtlich der als Entsolidarisierung empfundenen Positionierung von Negt und möglicherweise deren Folgen ihre schnelle Verhaftung verdankt, richtet in fast einem Drittel des Textes ihre ganze Leidenschaft gegen den auf legalen Kampf setzenden Sozialisten Negt, den sie als »Charakter-

maske des in den imperialistischen Metropolen anzutreffenden Opportunismus« zeichnet. Gegen Imperialismus, Opportunismus und Faschismus, so ihr Aufruf, solle sich die Fundamentalopposition positionieren. Diese Aufforderung verbindet sie mit der Hoffnung, dass ausgerechnet »die Aktion des Schwarzen September« dies bewerkstelligen könne:

> Die westdeutsche Linke könnte an ihr [der Aktion] ihre eigene politische Identität wiederfinden – Antifaschismus – antiautoritäres Lager – antiimperialistische Aktion –, wenn sie noch nicht ganz der Springerpresse und dem Opportunismus verfallen ist, wenn Auschwitz, Vietnam und Abstumpfung der Massen hier durch das System sie noch was angeht.[118]

In den folgenden Abschnitten des Textes definiert Meinhof die Tat als »antiimperialistisch«, die

> Genossen vom »Schwarzen September« haben ihren eigenen Schwarzen September 1970 – als die jordanische Armee über 20.000 Palästinenser hingemetzelt hat, dahin getragen, wo dieses Massaker ursprünglich ausgeheckt worden ist: Westdeutschland – früher Nazideutschland – jetzt imperialistisches Zentrum.[119]

Auf den folgenden Seiten wird die Rolle der imperialistischen Politik hauptsächlich in Hinblick auf die in Arabien gelegenen Ölvorkommen unter Rückgriff auf FAZ-Lektüre dargestellt. Im Geiste der Vietnamkriegserfahrung behauptet die RAF beziehungsweise Meinhof, die versuchte Geiselnahme habe den »nur scheinbar lokalen Konflikt zwischen der imperialistischen Metropole Israel und Palästinensern von der Peripherie des Systems ins

117 Oskar Negt, Im Zeichen der Gewalt. Rede zum Angela-Davis-Kongress 1972, online: https://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0103.

118 RAF, Die Aktion des Schwarzen September in München, in: ID Archiv (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 151–177, hier: S. 152.

119 Ebenda.

Zentrum getragen«.[120] Etwas umständlich macht Meinhof im gleichen Abschnitt aber auch darauf aufmerksam, dass sie »Genscher als Geisel« passender gefunden hätte. Im nächsten Abschnitt über den Opportunismus in den imperialistischen Metropolen kann Meinhof nach den seitenlang sich hinziehenden Attacken auf Negt anknüpfen an ihre beißende Publizistik, wie man sie aus ihren Kolumnen für die Zeitung *konkret* Mitte und Ende der 60er Jahre kennt, allerdings mit Versatzstücken eines subkulturellen Sprachjargons angereichert:

> Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen eigenen Dreck zu ziehen, daß sie das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekt des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für's Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen, sie sich was anderes als ein Auto, eine Fernreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen könne.[121]

Demnach stellten »die Völker der Dritten Welt die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution« dar. Im unmittelbar darauffolgenden dritten, mit »Faschismus« überschrittenen Abschnitt kommt Meinhof dann zu der kuriosen Behauptung:

> Die Aktion des Schwarzen September war antifaschistisch. Sie hat den Zusammenhang zwischen dem alten NS-Faschismus und dem entfalteten Imperialismus als dem erst durch und durch faschistischen System hergestellt.[122]

Äußerlich sei dieser Zusammenhang hergestellt worden, indem die Aktion

> auf die Olympischen Spiele zielte, die die Erinnerung an 1936, Auschwitz und Reichskristallnacht auslöschen sollten, insofern sie die Fassade abgeben sollten für das, was gegenwärtig in Vietnam läuft, Palästina, Israels Gefängnissen, der Türkei, Uruguay, Brasilien, Griechenland, Persien.

Wenn diesem Text von Meinhof gerne »sekundärer Antisemitismus« unterstellt wird, wäre spätestens an dieser Stelle zu erläutern, wie Meinhofs Erinnerung an Auschwitz und die Nazi-Olympiade, so verdreht sie den Zusammenhang auch darstellen mag, zu dem ihr unterstellten Bedürfnis, die deutsche Schuldgeschichte »exkulpierend« zu behandeln, passen soll.

In dem vielbeachteten und wiederholt zitierten Aufsatz, den Thomas Haury in jungen Jahren im Freiburger Ça-ira-Verlag der antideutschen Gruppe ISF als Anhang zu der Veröffentlichung von Leon Poliakov publizierte, versucht er (anders als in anderen seiner Arbeiten zum Thema) sehr kursorisch

120 Ebenda, S. 159.
121 Ebenda, S. 166.
122 Ebenda, S. 167.

Mit CamScanner gescannt

und polemisch der »Logik des bundesrepublikanischen Antizionismus« auf die Schliche zu kommen.[123] Seines Erachtens manifestiere sich im Antizionismus

> nicht nur der Wunsch nach echter und kämpferischer Gemeinschaft, sondern auch das nie eingestandene Bedürfnis nach »deutscher Normalität«, nach Entlastung von der Vergangenheit des »eigenen« Kollektivs.[124]

Welches Kollektiv, außer das so existenziell aufgeladene wie äußerst prekäre »revolutionäre« der RAF, soll hier Meinhof als das ihre empfunden haben? Das westdeutsche Wirtschaftswunderkollektiv wohl kaum. Wenn Haury konstatiert, dass das antiimperialistische Weltbild in einer »unkritischen Identifizierung mit dem Volk und dessen Gleichschaltung mit dem ›guten Volksstaat‹ schließlich in seiner Tendenz, Politik und Ökonomie zu personalisieren – zahlreiche strukturelle Affinitäten mit dem antisemitischen Weltbild« aufweise, möchte man fragen, welchen »guten Volksstaat« Meinhof in dem vorliegenden Text denn angepeilt habe. Spricht aus den Worten Meinhofs wirklich »das Programm eines rebellischen Nationalismus von links«[125]? Und auch wenn Meinhof in ihrem Text verzerrend und der Inflationierung des Faschismusbegriffs in der Neuen Linken folgend vom »Moshe-Dayan-Faschismus – diesem Himmler Israels« spricht, mag es doch wenig überzeugen, dass hier ein Beweis vorliege, dass in der »Bekämpfung der deutschen Vergangenheit an Israel […] das Geschäft der Normalisierung und Restituierung des deutschen Nationalgefühls betrieben«[126] werde. Man kann Meinhof vieles vorwerfen, dass es ihr in dem Text darum ging, ein deutsches Nationalgefühl in Stellung zu bringen, ist schlicht an den Haaren herbeigezogen. Weiter attestiert Haury der RAF eine große »Begeisterung« für die Aktion des Schwarzen September.[127] Meinhof beendet ihren Text mit einer Klarstellung, die sich dem einfachen Bild einer auf den Tod von Juden abzielenden Begeisterung für Attentate, Morde und Terrorakte deutlich entzieht:

> Wer hat das Massaker in Fürstenfeldbruck gewollt? Die Sportler, die von der Olympiade abgereist sind, haben es nicht gewollt. Die Menschen, die bedrückt und erschrocken die Fortsetzung erlebt haben, die die ungeheuerliche Kaltschnäuzigkeit des IOC und der Springerpresse empfunden haben, haben es nicht gewollt. Idiotisch zu glauben, die Revolutionäre hätten es gewollt. Sie wollten die Freilassung der Gefangenen. Sie wollten das, was 100.000e in diesem Land immer noch wollen: daß nicht gefoltert wird – weshalb die politischen Gefangenen hier nicht gefoltert

123 Thomas Haury, Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Leon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992, S. 125–159.
124 Ebenda, S. 153.
125 Ebenda, S. 151.
126 Ebenda, S. 154.
127 Ebenda, S. 136.

werden, – daß Landraub, Mord, Napalm, Bombenterror gegen palästinensische Flüchtlingslager durch Israel nicht geschieht.[128]

»Begeisterung« artikuliert sich gemeinhin anders.

(Selbst-)Täuschungen, Verzerrungen, Idiotien, tragisches »Überschnappen« mögen erklären, wie eine scharfsinnige Publizistin wie Ulrike Meinhof, die sich als bewaffnete Revolutionärin selbst verkannte und nun mit düsterer Aussicht im Gefängnis saß, zu falschen und hanebüchenen Aussagen wie manche der oben zitierten hat hinreißen lassen. Sicherlich fand auch eine tatsächliche, wenn auch nicht intendierte Verdrängung des Antifaschismus statt, der vom antiimperialistischen Paradigma vollständig überlagert wurde.[129]

Denn mit der Proklamation, dass sowohl Antiimperialismus als auch Antifaschismus in der palästinensischen Terroraktion vorliegen würden, verzerrte der auf den Israel-Palästina-Konflikt und -Krieg projizierte Antiimperialismus das Erbe des Antifaschismus. Antisemitismus als artikulierter Hass auf Juden im Generellen lässt sich dennoch schwerlich, selbst in diesem erschütternden Dokument der intellektuellen Kapitulation der Kritikerin Meinhof, finden. Doch die von Karin Wetterau (in diesem Band) geäußerte Vermutung, dass sich Ulrike Meinhof unter Umständen in einer nicht aufgekündigten Gefühlserbschaft mit ihrer Ziehmutter Renate Riemeck, dem zeitweiligen NSDAP-Parteimitglied, befand, enthält eine gewisse Plausibilität. Der moralische Impetus und die politische Radikalität der Ziehtochter Meinhof entfaltete sich auf dem schwankenden Boden der politischen Verlogenheit der Ziehmutter, die sich in der Nachkriegszeit zu einer Widerständlerin umdeutete, wie es für viele Familien der Nachkriegszeit kennzeichnend war. Ihr vor Gericht an den Tag gelegter Impetus, in genossenschaftlicher Solidarität mit Horst Mahler die ältere Generation von der Schuld der Judenverfolgung entlasten zu wollen, weist in diese Richtung und legt nahe, dass hier möglicherweise auch familiär Verdrängtes wirksam wurde. Doch mit diesen möglichen Wünschen nach Entlastung wäre Meinhof Kind ihrer Zeit und eher Teil der bundesdeutschen Normalität, als dass das Urteil »linke Antisemitin und antisemitische Extremistin« greifen könnte. Dass sie in der Gesamtbetrachtung ihrer Biographie der bundesdeutschen Normalität allerdings angenehm entrückt war, könnten die Erinnerung Marcel Reich-Ranickis unterstreichen, der nach einem Gespräch mit der Journalistin Meinhof den Eindruck hatte,

128 RAF, Die Aktion des Schwarzen September. a. a. O., S. 176.

129 Eine angemessene Beurteilung des Verhältnisses von Erinnerungsdiskursen im Kontext von antiimperialistischem und antikolonialem Kampf im Kalten Krieg vor dem Hintergrund der Massenverbrechen des Zweiten Weltkrieges, insbesondere des Holocaust, wird hier ausgelotet: Michael Rothberg, Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization, Stanford 2009; und könnte auf die Geschichte der RAF bezogen werden.

Mit CamScanner gescannt

dass sie die Erste war, die sich für sein Verfolgungsschicksal und den Alltag und das Leben im Warschauer Ghetto interessiert habe.[130]

Resümee

Tatsächlich erklärungsbedürftig sind die einzelnen antisemitischen Taten wie der Anschlag auf die Jüdische Gemeinde, die von undogmatischen Neoanarchisten aus der linksradikalen Subkultur ausgingen. Und es bleiben die Fragen des Moishe Postone, wie erklärte antinazistische Linke – wie Böse und Kuhlmann – Teil einer mit Tötungsdrohung verbundenen Aussonderungsaktion sein konnten, deren Opfer Juden waren. Die Antwort, dass der neulinke Antizionismus nichts weiter als Antisemitismus, ob ehrbar oder nicht, gewesen sei, überzeugt in ihrer Schlichtheit nicht. Eine plausible Antwort wird biographische Hintergründe, die spezifische Situation der offiziell philosemitischen BRD und ihrer Opposition sowie die Aporien der antiautoritären Revolte, die in einer postfaschistischen Gesellschaft Revolution anstrebte und voller antiimperialistischer Drittwelt-Befreiungssehnsüchte war, in Rechnung stellen müssen – auch die absolute Überforderung durch die postfaschistischen Verhältnisse und eine erst in kümmerlichen Ansätzen anlaufende »Vergangenheitsbewältigung« sind zu beachten ebenso wie die verheerenden Auswirkungen einer unkritischen, weil distanzlosen Solidarität mit den Palästinensern – und höchstwahrscheinlich immer noch zu keinem eindeutigen Ergebnis kommen. Die Geschichte des linksradikalen »Terrorismus« ist eine versunkene Welt und stellt ein noch zu historisierendes und abzuschließendes Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte dar. Wer mit großen bannenden Gesten den Faschismus – »Hitlers Kinder« – oder den Antisemitismus als komplexitätsreduzierende Erklärungen bemühen möchte, kann sich sicher sein, seinen politischen Platz sehr nahe im Zentralfeld deutscher Staatsräson gefunden zu haben; ob er damit irgendetwas an dem Phänomen »Bewaffneter Kampf in Deutschland« begriffen hat, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Literatur

Götz Aly, Unser Kampf 1968. Ein irritierter Blick zurück, Frankfurt am Main 2008.

Knut Andresen, Antijüdische Aktionen der Neuen Linken 1969/70 und jüdische Reaktionen. Anmerkungen zu einem belasteten Verhältnis, in: Rainer Hering, Rainer Nicolaysen (Hg.), Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky, Wiesbaden 2003.

Jillian Becker, Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt am Main 1977.

Karlheinz Bohrer, Die Kinder Hitlers? Eine englische Version der Baader-Meinhof-Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 9. 1977, S. 21.

Micha Brumlik, Terror und Quellenkritik, in: Jungle World vom 21. 6. 2017, online: https://jungle.world/artikel/2017/25/terror-und-quellenkritik.

130 Vgl.: Marcel Reich-Ranicki, Mein Leben, Stuttgart 1999, S. 459 f.

Susanne Bressan, Die Selektion von Entebbe? Wer hat's erfunden? Zur Ausstellung in der Bildungsstätte Anne Frank (Frankfurt am Main), auf: hagalil vom 30. 11. 2016.
Henryk M. Broder, Abschied vom Club der toten deutschen Seelen, in: Die Welt vom 31. 5. 2011, online: http://www.welt.de/politik/specials/911/article13404755/Abschied-vom-Club-der-toten-deutschen-Seelen.html.
Roman Danyluk, Blues der Städte. Die Bewegung 2. Juni – eine sozialrevolutionäre Geschichte, Bodenburg 2019.
Dan Diner, Fragmente von unterwegs, in: Autonomie, Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Nr. 14, Frankfurt 1979.
Dan Diner, Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient, Königstein 1980.
Dan Diner, Der linke »Judenknax« der 68er, in: Die Welt vom 28. Februar 2013. http://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article113994331/Der-linke-Judenknacks-der-68er.html.
Dan Diner, Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015.
Jutta Ditfurth, Ulrike Meinhof. Die Biographie, Berlin 2007.
Jutta Ditfurth, Ditfurth über Meinhof: »Sie war die große Schwester der 68er«, in: Der Stern vom 18. 11. 2007, online: https://www.stern.de/politik/geschichte/ditfurth-ueber-meinhof--sie-war-die-grosse-schwester-der-68er--3224064.html.
Edition ID-Archiv (Hg.), Die Früchte des Zorns. Texte und Materialen zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Berlin 1993.
Edition ID Archiv (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.
Ulrich Enzensberger, Ich habe nichts getan und nichts gewusst, in: FAZ vom 4. 3. 2013, online: http://www.faz.net/linker-terror-und-antisemitismus-ich-habe-nichts-getan-und-nichts-gewusst-12102338.html.
Michael Fischer, Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuche deutscher Schuldabwehr, Karlsruhe 2015.
Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008.
Christian Geissler, Die Anfrage, Hamburg 1960.
Christian Geissler, Vorwort von: »Ich hoffe meine Tochter geht den gleichen Weg wie ich«. Eine Palästinenserin berichtet vom Befreiungskampf im Ghaza-Streifen (Hg.: Autonome Nahost Gruppe Hamburg), Hamburg 1987.
Jan Gerber, Auf der Suche nach Normalität. Der Antizionismus der westdeutschen Stadtguerilla, in: Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte, Heft 10, Halle 2001.
Detlef Grumbach (Hg.), Der Radikale. Christian Geisslers Literatur als Grenzüberschreitung, Berlin 2017.
Gerhard Hanloser, Bundesrepublikanischer Linksradikalismus in Israel – Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII (2005), herausgegeben von Moshe Zuckermann.
Gerhard Hanloser (Hg.), »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster 2004.
Gerhard Hanloser, Terror, Rausch, Politik. ›Bommi‹ Baumann im Interview über seine Drogensucht, linken Antisemitismus und Knast in der DDR, in: Neues Deutschland, 7. 11. 2008.
Gerhard Hanloser, Deutscher Vernichtungsantisemitismus – eine von »Antikapitalismus« angetriebene »Revolte«?, in: Gerhard Hanloser (Hg.), Deutschland.Kritik, Münster 2015.
Gerhard Hanloser, Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs, Münster 2019.

Mit CamScanner gescannt

Thomas Haury, Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Leon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992.
Jeffry Herf, Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, Göttingen 2019.
Johannes Hürter, Gian Enrico Rusconi (Hg.), Die bleiernen Jahre. Staat und Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien 1969–1982, München 2010.
Internationale Marxistische Diskussion, Arbeitspapiere Nr. 11: Schily/Stroebele, Plädoyer einer politischen Verteidigung, Reden und Mitschriften aus dem Mahlerprozess, Berlin 1973.
Katharina Karcher, Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968, Berlin 2018.
Hans-Joachim Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen. Mit einem Nachwort von Daniel Cohn-Bendit, Reinbek bei Hamburg 1979.
Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003.
Gerd Koenen, Mutmaßungen über Fritz, Die Zeit vom 28. 2. 2013, online: http://www.zeit.de/2013/10/Wolfgang-Kraushaar-Linke-Antisemitismus-Terrorismus.

Martin Kloke, Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004.
Wolfgang Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail: Chronik 1946 bis 1995, Hamburg 1998.
Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
Wolfgang Kraushaar, Antizionismus als Trojanisches Pferd. Zur antisemitischen Dimension in der Kooperation von Tupamaros West-Berlin, RAF und RZ mit den Palästinensern, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 1, Hamburg 2006.
Wolfgang Kraushaar, Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel? München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek bei Hamburg 2013.
Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der RAF, Stuttgart 2017.
Wolfgang Kraushaar, Der Tabubruch. Vor 50 Jahren scheiterte ein Attentat auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin. Die Täter waren Linksterroristen, die Bombe kam vom Verfassungsschutz, in: die tageszeitung vom 9. 11. 2019.
Norbert ›Knofo‹ Kröcher, K. und der Verkehr. Erinnerungen an bewegte Zeiten. Erster Teil 1950–1989, Berlin 2017.
Dieter Kunzelmann, Brief aus Amman, in: agit 883, Nr. 42, 27. 11. 1969.
Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand. Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998.
Günter Langer, »Kommando Peter Urbach« – ein Nachruf auf S-Bahn-Peter, auf: sds-website vom 20. 3. 2012, online: www.isioma.net/sds120323.html.
Horst Mahler, Günter Maschke, Reinhold Oberlercher, Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968, in: Staatsbriefe, Nr. 1 (1999).
Yossi Melmann, Setting the record straight: Entebbe was not Auschwitz. On the anniversary of the daring Israeli raid to save hostages from the Air France plane hijacked to Uganda, survivor Ilan Hartuv seeks to set the record straight, in: Haaretz vom 8. 7. 2011, online: http://www.haaretz.com/weekend/week-s-end/setting-the-record-straight-entebbe-was-not-auschwitz-1.372131.
Markus Mohr, Hartmut Rübner, »Der Feind ist deutlich«. Wie Dr. Wolfgang Kraushaar lernte, die Bombe zu lieben, in: Junge Welt vom 15. 10. 2005.

Markus Mohr (Hg.), Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion, Münster 2016.
Oskar Negt, Im Zeichen der Gewalt. Rede zum Angela-Davis-Kongress 1972, online: https://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0103.
Palästinafront (tw), Agitationsrede, in: agit 883, Nr. 41, 20.11.1969.
Wolfgang Pohrt, »...sondern auch die schlimmsten Kräfte« und: »Heim ins Reich?«, in: konkret 02/92.
Moishe Postone (als M. Lubetsky), Vergangenheitsbewältigung, in: die tageszeitung, Nr. 2, Oktober 1978.
Moishe Postone (als M. Lubetsky), Stammheim und Tel Zaatar. Versuch über Moral und Politik, in: Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Nr. 10, 1/1978, S. 92–100, Wiederabdruck in: Moishe Postone, Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg 2005.
Moishe Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Moishe Postone, Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg 2005.
Moishe Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt am Main 1988.
Marcel Reich Ranicki, Mein Leben, Stuttgart 1999.
Aribert Reimann, Dieter Kunzelmann: Avantgardist, Protestler, Radikaler. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 188, Göttingen 2009.
Michael Rothberg, Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization, Stanford 2009.
RZ, »Rauchzeichen« zu 20 Jahre Revolutionäre Zellen, in: Jungle World, Berliner Wochenzeitung vom 20.6.2001.
Stephan Scheiper, Traditionen des Terrors. Eine frühe britische Studie zur Roten Armee Fraktion (RAF), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 4 (2007), Heft 1–2, online: https://zeithistorische-forschungen.de/1-2-2007/4677.
Schwarze Ratten TW, Schalom + Napalm, in: agit 883, 13.11.1969.
SDS-Website, SDS-ler bei einer PLO-Konferenz Ende Dezember 1969 im Palais des Nations in Algier, online: https://www.isioma.net/sds07201.html.
Alexander Sedlmaier, Freia Anders, Unternehmen Entebbe 1976. Quellenkritische Perspektiven auf eine Flugzeugentführung, in: Markus Mohr (Hg.), Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion, Münster 2016.
Timo Stein, Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken, Wiesbaden 2011.
Lutz Taufer, Gedanken gegen die Mauer, in: Pizza (Hg.), Odranoel. Die Linke zwischen den Welten, Hamburg 1992.
Lutz Taufer, Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela, Berlin/Hamburg 2017.
Peter Ullrich, Antizionismus, in: analyse und kritik Nr. 565 vom 21.10.2011, online: https://www.akweb.de/ak_s/ak565/01.htm.
Klaus Viehmann, Vergebene Chancen 1977. Stadtguerilla und militanter Antifaschismus, in: Antifa Info Blatt Oktober 1997.
Willi Winkler, Die Linke und der Antisemitismus: »Möglicherweise«, in: Süddeutsche Zeitung vom 24.2.2013. http://www.sueddeutsche.de/kultur/die-linke-und-der-antisemitismus-moeglicherweise-1.1608113.

Mit CamScanner gescannt

Willi Winkler, Das braune Netz. Wie die Bundesrepublik von früheren Nazis zum Erfolg geführt wurde, Berlin 2019.
Eberhard Windaus, Frank Wolff (Hg.): Studentenbewegung 1967–69. Protokolle u. Materialien. Frankfurt am Main 1977.
Peter Jochen Winters, Ulrike Meinhof läßt sich nur die Stichworte geben. Heftiger Ausbruch der Zeugin vor Gericht. Mahler trägt aus seinem »Dokument« vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 12. 1972.
Stefan Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent … Ein Gespräch zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.
Moshe Zuckermann, ›Linker Antisemitismus‹ im Visier, in: Hintergrund, Heft 3, 2011, online: https://www.hintergrund.de/feuilleton/zeitfragen/linker-antisemitismus-im-visier/.

PETER MENNE

Fassbinders »Reicher Jude«

Rückblick auf einen Theaterskandal

Der Topos »Antisemitismus von links« hat einen klaren Ursprung: Joachim Fest prägte ihn in seiner Rezension »Reicher Jude von links« in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 19. März 1976, in der er sich erstmals mit avantgardistischem Theater befasste, indem er Rainer Werner Fassbinders Drama *Der Müll, die Stadt und der Tod* rezensierte.

Der Autor und Filmemacher Fassbinder lebte nur kurz in Frankfurt. Doch hinterließ er Spuren, insbesondere sein letztes Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod* (im Folgenden: *Müll–Stadt–Tod* oder MST).[1] Mit seinem Erscheinen 1976 begann die Warnung vor dem »Antisemitismus von links«. Später löste das Stück im Kleinen Saal des Frankfurter Schauspiels den größten Theaterskandal der deutschen Nachkriegsgeschichte aus – der sich als Farce in Rotterdam wiederholte.

Insofern Fassbinder und *Müll–Stadt–Tod* sowohl als »links« wie auch als »antisemitisch« eingeordnet wurden und angesichts des Wirbels, der um das Stück und seine Uraufführungen verursacht wurde, scheint es gerechtfertigt, den Theaterskandal als Paradebeispiel für das Gerücht vom »linken Antisemitismus« zu untersuchen. Zwei Texte verschiedener Gattung werden hier betrachtet: ein Feuilletonartikel von beachtlicher Wirkung und eine Dissertation. Verfasst von Menschen in unterschiedlicher Lebenssituation, doch beide sind Intellektuelle: FAZ-Herausgeber Joachim Fest brach zwar seine Dissertation ab, ist jedoch ausgewiesener Historiker. Literaturwissenschaftler Janusz Bodek promovierte zum Thema. In die Riege gehört auch der Psychoanalytiker Rolf Vogt mit seinem phantasievollen Aufsatz in der Fachzeitschrift *Psyche* – aus Platzgründen musste auf den Abschnitt verzichtet werden. Die jeweilige Motivation, sich dem Thema zu nähern, mag unterschiedlich sein; sie soll hier nicht gewürdigt werden. Hier soll es auf die Gemeinsamkeiten ankommen, die sich in den untersuchten Werken finden lassen. Sie strickten alle am Gerücht vom linken Antisemitismus und sahen vom eigentlichen Thema des Stückes ab, ja verdrehten es in seiner Intention.

1 Hier wird die Ausgabe *Der Müll, die Stadt und der Tod. Nur eine Scheibe Brot*, Frankfurt 1998, verwendet. Der Text ist derselbe wie in *Die bitteren Tränen der Petra von Kant. Der Müll, die Stadt und der Tod. 2 Stücke*, Frankfurt, 1. Aufl., 1984 – doch die Seitenzahlen weichen erheblich voneinander ab.

Mit CamScanner gescannt

Müll–Stadt–Tod ist ein Stück über die Kälte der Städte. Fassbinder hat die ihm wesentlich erscheinenden Momente modernen Stadtlebens in einem Modell verdichtet: Wie wirkt sich das marktwirtschaftliche System auf die menschliche Befindlichkeit aus, auf unser Zusammenleben? Fassbinders Antwort: Es generiert Ressentiments, Vorurteile gegen Minderheiten.

Müll–Stadt–Tod reiht sich damit ein in ein Werk, das die Verfolgung von Minderheiten drastisch darstellt, um sie anzuprangern. Das später verfilmte Theaterstück *Katzelmacher* zeigt die Ungerechtigkeit, mit der der griechische Gastarbeiter Jorgos verfolgt wird. Das Melodram *Angst essen Seele auf* protestiert gegen die Ausgrenzung des ungleichen Paares Ali und Emmy: dass ein Marokkaner eine ältere Deutsche liebt, wird von kleingeistiger Umwelt nicht geduldet. Die Parteinahme des Regisseurs gegen bornierte Kleingeister ist offensichtlich.

Müll–Stadt–Tod greift die Verfolgung von Juden auf. International wurde das Stück als eines rezipiert, das Antisemiten bloßstellt, zugleich einen Erklärungsversuch für die Entstehung von Antisemitismus liefert. Die vorangegangene deutsche Rezeption verlief völlig anders: Sie zirkulierte um den »Antisemitismus von links«. Ausländische Kritiker zeigten sich später darüber verwundert – doch die anfängliche deutsche Rezeption wurde dadurch bestimmt.

Inhaltsskizze

Müll–Stadt–Tod spielt nahezu durchgehend im Rotlichtmilieu. Im Zentrum des Geschehens stehen Huren, ihre Kunden und ein Zuhälter. Erzählt wird der Aufstieg und Fall der Hure Roma B., der stete Abstieg ihres Zuhälters Franz und die wechselhaft verlaufende Biographie eines Freiers. Von den sieben weiblichen Rollen sind fünf Huren. Hinzu kommen eine Varieté-Sängerin und die Mutter einer der Huren.

Vier von den elf Szenen zeigen Huren an ihrem Arbeitsplatz, und zwar je zwei bei der Akquisition auf der Straße (Szenen 1 und 3) und beim Bedienen von Freiern, nämlich des Reichen Juden in Szene 4 und Hans von Glucks in Szene 10. Vier weitere Szenen thematisieren das Verhältnis der Hure Roma B. zu ihrem Zuhälter Franz B.: In Szene 2 wütet er über ihren mangelnden Umsatz. In Szene 5 kann er ihren unerwarteten Erfolg nicht fassen; er verprügelt Roma auch dann, als sie ihm Geld abliefert. Weitere Szenen sind das Werben der Freier in Franz' und Romas Wohnung (Szene 7) und Franz' Trennung von Roma (Szene 9).

Zwei Szenen beleuchten die Eltern von Roma B.: Vater und Mutter Müller streiten (in Szene 6) über den Werdegang ihrer Tochter, während er »sich für seinen täglichen Auftritt als Transvestit zurechtmacht« (MST, Szenenanweisung[2], S. 63). In der anderen Szene steht Müller an seinem Arbeitsplatz – er singt in einem Varieté und unterhält die Gäste anschließend mit Small-Talk.

2 Sämtliche Zitate sind *zeichenidentisch*. Auf Anpassungen an reformierte Rechtschreibung wurde bewusst verzichtet.

Die letzte, elfte Szene ist deutlich länger als alle vorhergehenden. Hier wechselt der Ort dreimal: zunächst eine Lederkneipe – in der »alle« sind: »in Lederkostümen mit Orden und anderem Firlefanz« (MST, Szenenanweisung, S. 77). Offenbar handelt es sich um eine Sadomaso-Kneipe, denn in der nächsten Szenenanweisung heißt es: »Sie halten ihre Ketten und Peitschen bereit« (ebenda, S. 79). Nach heftigem Tumult wandelt sich der Ort zur Kathedrale und zuletzt »findet der Umbau auf das Zimmer des Polizeipräsidenten statt« (ebenda, S. 90).

Fassbinders Frauenwelt ist auf das Rotlichtmilieu verengt. Die zwölf Männerrollen sind differenzierter – wobei sie sich nach verschiedenen Kriterien differenzieren lassen. Mit fünf Freiern und einem Zuhälter gehört jedenfalls die Hälfte ebenfalls zum Rotlichtmilieu.

Jedoch lassen sich die Männer auch nach ihrer Position im Stadtgefüge unterscheiden. Zwei von ihnen sind Immobilienkaufleute, einer der Sohn des dritten Immobilienkaufmanns. Sie repräsentieren die wirtschaftliche Elite, der Polizeipräsident die staatliche Elite. Des Weiteren treten zwei Assistenten des einen Immobilienkaufmanns und ein hoher Polizeibeamter auf: insgesamt siebenmal die Oberschicht (wenn man die Assistenten hier mitzählt). Auf der anderen Seite steht die Unterschicht: ein schlecht bezahlter »Transvestit« (MST, S. 63), der Zuhälter, weiter ein »türkischer Straßenkehrer« (ebenda, S. 48) und noch zwei Freier: Achfeld und Jim. Jim beschreibt seine wirtschaftliche Situation so: »Ich komme grade über die Runden. Und samstags leiste ich mir: zwei Weiber!« (MST, S. 54).

Neben der ökonomischen ist auch eine andere Sortierung möglich: Unter den Figuren befinden sich ein Jude, mindestens zwei Nazis und eine Frau, die Marx und Lenin liest (MST, S. 78). Fassbinder nennt die jüdische Figur »den Reichen Juden«, später verdeutlicht der Verlag ihre Funktion als Projektionsfläche durch Abwandlung in »A., genannt der Reiche Jude«. Schon die Namensgebung reichte manchem Kritiker zum Verriss; einer nannte es »die kürzestmögliche Form des Antisemitismus«.

Annäherung: eine Metapher für Marktwirtschaft

Das Treiben im Rotlichtmilieu – lässt sich damit eine Stadtgesellschaft darstellen? Wie sollte sich die Funktionsweise einer ganzen Gesellschaft darin spiegeln? Nach wie vor ist Prostitution anrüchig. Seit 2002 ist sie in Deutschland nicht mehr sittenwidrig (während Schweden zuvor die Strafbarkeit von Freiern eingeführt hat). Doch zuzeiten der Stückentstehung und der Frankfurter Inszenierungsversuche 1984 und 1985 war sie ein sittenwidriges Geschäft. Prostitution galt eindeutig als unanständig; so unanständig, dass der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann versuchte, sie aus dem Bahnhofsviertel zu vertreiben und die Bordelle an andere Orte zu verlagern.

Gemeinhin geht man davon aus, dass Liebesgefühle das Steuerungsprinzip sind, das körperliche Intimitäten auslöst. Tatsächlich kommen auch andere Steuerungsprinzipien infrage, insbesondere die »Kommunikations-

Mit CamScanner gescannt

medien« (wie Luhmann sie nennt) Geld und Macht. Beider Wirkmechanismus ist einfach nachvollziehbar: Gegen Geld erfüllt ein Partner dem anderen die sexuellen Wünsche – das Steuerungsprinzip der Prostitution. Mit Macht und Gewalt demonstriert einer dem anderen seine Herrschaft, seine Überlegenheit: Das ist das Steuerungsprinzip der Vergewaltigung.

Mit dieser Vorüberlegung wird klar, wie Prostitution die Wirkungsweise von Marktwirtschaft spiegeln kann. Wobei es hier nicht um die Frage geht, wie moralisch oder unmoralisch sie ist. Entscheidend ist: Sie ist Dienstleistung auf Zeit. Horkheimer/Adorno hielten fest:

> Die bürgerliche Gesellschaft ist beherrscht vom Äquivalent. Sie macht Ungleichnamiges komparabel, indem sie es auf abstrakte Größen reduziert. (Dialektik der Aufklärung, S. 13)[3]

Damit folgen sie einem Gedanken von Marx/Engels über die Bourgeoisie:

> Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die *eine* gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. (Marx/Engels: Das Kommunistische Manifest, S. 35)

Handelsfreiheit ist das entscheidende Stichwort. Die Palette handelbarer Güter wird in und von der Marktwirtschaft stetig ausgeweitet – bis heute. Das Bürgertum musste darum kämpfen, dass Grund und Boden nicht mehr wie im Mittelalter als Lehen gegen Pflicht zur Treue vergeben, sondern verkaufsfähiges Gut wurde. Zu den neueren Gütern und Dienstleistungen zählt beispielsweise die aktive Sterbehilfe (in Belgien seit 2014 auch für Jugendliche zulässig).

Fassbinders Stadtgesellschaft greift das Erweitern Tauschwert-gesteuerter Interaktion auf: Hier ist selbst die Liebe auf ein ganz normales Warenverhältnis reduziert. Gefühle gefährden den, der sie zulässt: Er strauchelt (wie der Reiche Jude, der sich in Roma B. verliebt und ihr den letzten Liebesdienst erweist) oder fällt ins Bodenlose (wie Franz B., der seinen Lover küsst, daraufhin von seiner Umgebung erst verprügelt, dann zum Mörder gestempelt wird). Sämtliche liebesorientierten Beziehungen scheitern in der Stadt. Funktionsfähig bleibt allein die käufliche Liebe: Insofern zeigt die Stadt hier eine ins Extrem gesteigerte marktwirtschaftliche Gesellschaft.

Ergibt entfesselter Markt eine erstrebenswerte Gesellschaft? Wie passt solche Lebensform zur Idee der Menschenwürde? Ist so ein System gerecht? Der Autor beantwortet die Fragen eindeutig negativ, die erste Szenenanweisung lautet: »Auf dem Mond, weil er so unbewohnbar ist wie die Erde, speziell die Städte« (MST, S. 43).

3 »Bürgerliche Gesellschaft« ist die Gesellschaftsform des ökonomischen Systems »Kapitalismus«; »abstrakte Größe« meint den Tauschwert, der Gütern in kapitalistischer Wirtschaftsweise anhaftet und ihren Charakter als Ware ausmacht, vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Kap. 1.

Schon der Plural »Städte« stellt klar, dass es Fassbinder nicht (nur) um die konkrete Stadt Frankfurt geht, sondern um das Leben unter marktwirtschaftlichen Zwängen generell. Insbesondere beleuchtet er die Nebenwirkungen des Marktgeschehens:

- Glücklich lebt niemand in der Stadt.
- Angst beherrscht alle, auch die Eliten.
- Empathie und Solidarität können nicht marktmäßig getauscht werden – und kommen dementsprechend nicht vor (bis auf des Reichen Juden letzten Liebesdienst).
- Auf solchem Boden gedeiht das Ressentiment: Vorurteile gegen und Verfolgung von einer letztlich beliebigen Minderheit (im Stück insbesondere das Vorurteil gegen Juden, auch das gegen Homosexuelle).

Abriss der Entstehungs- und Aufführungsgeschichte

Die Rezeption der Veröffentlichung und die Aufführungsgeschichte verliefen in Deutschland gänzlich anders als im Ausland (mit Ausnahme von Rotterdam im November 1987). Hierzulande wurde der Autor Rainer Werner Fassbinder als »linker Faschist« gebrandmarkt – andernorts sein Stück gefeiert. »Oder hat man Fassbinder bei uns absichtlich falsch verstanden?«, fragte *Tagesspiegel*-Kritikerin Maike Albath nach der Mailänder Inszenierung im November 1998 (Albath, in: Tagesspiegel, 20.11.1998). Ihre Frage scheint berechtigt, zumal die Vorwürfe gegen die Verfilmung (von Daniel Schmid unter dem Titel *Schatten der Engel*) nicht erhoben wurden. Vielmehr war der Film offizieller deutscher Wettbewerbsbeitrag bei den Filmfestspielen in Cannes im Mai 1976 und wurde anschließend noch vor dem Kinostart im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendet.

Ein Blick auf die Eckdaten der Entstehungs- und Aufführungsgeschichte mit der ganz unterschiedlichen Wahrnehmung von Film und Theaterstück bestärkt den Verdacht, dass die Vorwürfe, die nicht nur an das Stück, sondern zugleich an die Person Fassbinders adressiert waren, weniger auf dem Text, sondern auf ganz anderen Motiven gründen.

Der Film entstand noch in demselben Jahr 1975, in dem das Drama geschrieben wurde. Das Drehbuch ist nahezu wortgleich mit dem Theaterstück. Beide entstanden in einer Zeit, in der sich in Frankfurt zwei Konflikte überlagerten: Zum einen tobte der Häuserkampf insbesondere im Frankfurter Westend. Zum anderen wurde um Mitbestimmung gekämpft – auch im Theater. Im Frankfurter TAT, dem »Theater am Turm«, war sie erkämpft. Das TAT wurde von einem Dreierdirektorium geleitet, dessen künstlerischer Leiter ab Herbst 1974 Fassbinder wurde. Der hatte sich einen Ruf als Filmemacher erworben; und er bekannte sich zur Mitbestimmung: Die Idee fand er ausdrücklich gut – konnte aber in der Praxis schlecht mit ihr umgehen. Unter seiner Ägide eskalierten die Konflikte im Ensemble.

Politisch wollte das Theater sein, gesellschaftskritisch. Was läge hier näher, als sich an der die Stadt beherrschenden Diskussion über die Um-

Mit CamScanner gescannt

strukturierung des Westends zu beteiligen? Mit einem Stück einzugreifen in die Debatte um Immobilienspekulation, das Besetzen und polizeiliche Räumen von entmieteten Häusern? Das TAT-Ensemble schrieb gemeinsam *Bahnhofsrevue* – ein Stück, das lediglich einmal aufgeführt wurde.

> Es war ein wirres Konglomerat von Fakten und Fiktion, und RWF ließ die Kollegen ungeschönt wissen, wie unsäglich er das Ganze fand. Und ohne ihn, das sehe man mal wieder, gehe es nicht. (Karlheinz Braun: Herzstücke, S. 374)

Wobei der künstlerische Leiter Fassbinder durch häufige Abwesenheit auffiel, zwischendurch zwei Filme drehte (Braun, a. a. O., S. 375) – dennoch seinen Ensemblekollegen vorführen wollte, wie Stücke-Schreiben gehe. Ergebnis: *Der Müll, die Stadt und der Tod*, im März 1975 im Flugzeug verfasst. Ob auf dem Rückflug von New York (so Fassbinders Verleger Karlheinz Braun) oder »wie in Trance« auf dem Rückflug von Dakar (so Filmemacher Daniel Schmid): Darüber gehen die Meinungen auseinander (vgl. Broder, in: taz, 30. 6. 1986).

Die Proben begannen im Mai; am 20. August 1975 sollte die neue Spielzeit mit *Müll–Stadt–Tod* eröffnet werden. Dazu kam es nicht, denn im Juli kündigte Fassbinder seinen Vertrag. Konflikte über Kleinigkeiten wie »die Gage des neu zu engagierenden Zwerges« (Braun, ebenda, S. 375) im defizitär arbeitenden TAT mögen dazu beigetragen haben, dass Fassbinder Frankfurt verließ und sich fortan auf Filme konzentrierte.

Gemeinsam mit dem Schweizer Regisseur Daniel Schmid überarbeitete Fassbinder das Stück zum Drehbuch – wobei der Text nahezu wortgleich blieb. In Wien wurde der Film unter dem Titel *Schatten der Engel* gedreht, mit Fassbinder in einer der Hauptrollen. Premiere war am 31. Januar 1976 auf dem Filmfestival Solothurn.

Nur wenige Wochen später, im März 1976 erschien das Drama als drittes Stück nach *Die bitteren Tränen der Petra von Kant* und *Das brennende Dorf (nach Lope de Vega)* in einem Sammelband von Suhrkamp. Überraschenderweise überließ FAZ-Herausgeber Joachim Fest das Sujet nicht dem von ihm eingestellten Literaturchef Marcel Reich-Ranicki, sondern betätigte sich selbst erstmals als Kritiker eines zeitgenössischen Theaterstücks – und löste mit seiner Rezension die erste heftige Debatte aus.

Im Mai 1976 war der Film *Schatten der Engel* deutscher Wettbewerbsbeitrag beim Filmfestival von Cannes. Hier kam es zu einem Eklat: Weil eine Sondervorführung für die israelische Delegation nicht zustande kam, reiste diese unter Protest ab. Ebenfalls im Mai 1976 wurde der Film im Dritten Programm des Hessischen Rundfunks ausgestrahlt. Am 8. August 1976 folgte seine Aufführung auf dem Filmfestival in Locarno. Anschließend startete er in den Kinos, in Frankfurt ab September 1976. Von Protesten wegen angeblichen Antisemitismus ist nichts bekannt (vgl. Chronik in Diederich/Menne, S. 153 ff.).

1979, noch zu Lebzeiten Fassbinders, inszenierte die Studiobühne des Musischen Zentrums der Ruhr-Universität Bochum *Müll–Stadt–Tod*. Auf der Bühne treten seit 1971 theaterbegeisterte Studierende aller Fachbereiche auf. Zunächst komplett von Studierenden organisiert, übernahm Günther Wille 1975 die hauptamtliche Leitung der Bühne (vgl. dessen Webseite www.mz.rub.de).

1984 folgten in Frankfurt zwei Inszenierungsversuche: Im Schauspiel sollte es unter der Regie von Peter Palitzsch laufen. Doch nach einem Gespräch mit der Jüdischen Gemeinde Frankfurt sagte der Intendant Adolf Dresen das Projekt ab. Einen zweiten Anlauf im selben Jahr unternahm Ulrich Schwab, Generalmanager der Alten Oper. Vor deren Haus wurde eine neue U-Bahn-Station gebaut – in deren Rohbau *Müll–Stadt–Tod* während der »Frankfurt Feste 1984« uraufgeführt werden sollte. Doch Proteste führten schnell zu einer nationalen Debatte in den Feuilletons. Der Aufsichtsrat untersagte die Inszenierung.

1985 wurde Günther Rühle, vormaliger Leiter des FAZ-Feuilletons, zum Schauspielintendanten berufen. Im September gab er bekannt, das Stück aufführen zu wollen – worauf eine Welle des Protests anschwoll. Die Behauptung, das Stück sei antisemitisch, wurde nicht nur von der Jüdischen Gemeinde erhoben, sondern auch von Kirchen repetiert. Die für den 31. Oktober 1985 geplante Premiere brachte Neues in die Theaterlandschaft: Zum ersten Mal wurde die Bühne besetzt – rund dreißig Männer und Frauen vor allem aus der Jüdischen Gemeinde entrollten dort das Transparent »subventionierter Antisemitismus« und verhinderten die Aufführung.

1987 wurde *Müll–Stadt–Tod* in New York aufgeführt – nicht am Broadway, sondern in dem kleinen, abgelegenen NoHo-Theatre. Für New York war Protest kein Thema, insbesondere nicht für die dortige Jüdische Gemeinde – die auf antisemitische Aktivitäten empfindlich und wirksam reagiert. Amerikanische jüdische Verbände sahen keinen Anlass zur Kritik; »auch die vier jüdischen Schauspieler fanden es nur ›fascinating‹« (Holst, in: Der Stern, 15. 5. 1987).

Doch in der deutschen Presse wurde die Aufführung breit diskutiert. Denn es gebe eine testamentarische Verfügung Fassbinders, wonach sein Stück nur in Frankfurt, New York oder Paris uraufgeführt werden dürfe. Was auch in New York zu einem Novum führte: Die Hälfte der Besucher war Ausländer – aus einer Gruppe, die sich wohl gut kannte: Die Angaben schwanken zwischen insgesamt vierzig Zuschauern, davon »mindestens zwanzig Vertreter der deutschen Presse« (von Uthmann, in: FAZ, 18. 4. 1987) und »gut 50 Zuschauer [...] etwa die Hälfte davon [...] deutsche Journalisten« (dpa-Meldung, nahezu wortgleich in: *Kieler Nachrichten*, *Rheinische Post*, *Saarbrücker Zeitung* und *Westdeutsche Allgemeine*, 18. 4. 1987).

Im Mittelpunkt der Rezensionen stand die sexuelle Dimension des Stücks. Dem Regisseur Nick Fracaro ging es darum, die Nebenwirkungen von Marktwirtschaft anzuprangern. Die Rezensenten diskutierten, ob er

Mit CamScanner gescannt

seine Intention erreicht oder verfehlt habe. So unterschiedlich die Kritiken werteten, eines ist allen gemeinsam: Der deutsche Antisemitismusvorwurf wird vielleicht zitiert – aber nicht erhoben. Manchmal wird er ausdrücklich verworfen, gar Unverständnis darüber geäußert: Die taz-Rezensentin zitiert einen inzwischen einheimischen Besucher:

> Peter Fürst, 77jähriger Korrespondent in New York, Jude, gebürtiger Berliner, Emigrant. [...] Die Juden hier ... würden sagen, die Deutschen sind merkwürdig, weil die das Stück boykottieren. (Freisinger, in: taz, 29. 4. 1987)

Deutsche Feuilletons diskutierten die Frage, ob das Stück nach der New Yorker Premiere jetzt auch für andere Bühnen frei sei. »Micha Brumlik plädiert dafür, das Stück in Grönland und Gabun, danach erst in der BRD aufzuführen« (Brumlik, in: taz, 18. 4. 1987).

Doch auch Brumlik wies darauf hin, dass die Verlagsinformation über eine »testamentarische Verfügung« Fassbinders irreführend sei. Tatsächlich: Nach der Frankfurter Bühnenbesetzung vom 31. Oktober 1985 gab es dort eine »Wiederholungsprobe« am 4. November 1985 vor 200 Gästen – ganz überwiegend Journalisten, die darüber berichteten. Presseöffentlichkeit war also gegeben, zumal eine deutlich höhere als etwa im New Yorker NoHo-Theatre. Was den Verlag noch im November 1985 dazu veranlasste, die Wiederholungsprobe nachträglich als Uraufführung zu werten. Vor der New Yorker Inszenierung 1987 war das in Vergessenheit geraten: Eine Vielzahl deutscher Journalisten reiste im guten Glauben über den Atlantik, hier der Welturaufführung beiwohnen zu können.

Angesichts der vielen abgesetzten Premieren erscheint es geradezu kurios, wenn nicht absurd, dass *Müll–Stadt–Tod* gleich dreimal uraufgeführt wurde: nicht nur in New York und in Frankfurt (mit der »Wiederholungsprobe«), sondern »am Montag erlebte das Stück [...] eine quasi Welturaufführung durch die Studiobühne des Musischen Zentrums der Ruhr-Universität« (Ruhr-Nachrichten, 24. 1. 1979) – und das noch zu Lebzeiten Fassbinders, mit seiner Zustimmung wie auch der des Verlags. In der alten Mensa der Ruhr-Universität handelte es sich um keine geschlossene, universitätsinterne Veranstaltung; die Premiere und nachfolgende Aufführungen wurden von der Lokalpresse angekündigt. Zwei Tage nach der Premiere erschien die Rezension »Geschehen auf drei Spielebenen abgespult. Studiobühne zeigte Fassbinders Theaterstück ›Der Müll, die Stadt und der Tod‹« in den *Ruhr-Nachrichten* (24. 1. 1979). Die Kernfrage lautete da: Wie angemessen sind die Dialoge der Huren? »Sehr überzeugend ist das Spiel der weiblichen Hauptakteure, die die schwierige Aufgabe zu lösen haben, die Sprache ›ihres‹ Milieus mit den oftmals überfrachteten Dialogen in Einklang zu bringen« (ebenda). Die Frage, ob das Stück antisemitisch sei, stellte sich nicht.

Doch sollte es nicht die einzige Absurdität in der Aufführungsgeschichte des Stücks bleiben. Im Rotterdamer Theater »de Lantaren« stand die Premiere

für den 18. November 1987 auf dem Spielplan. Wie in Frankfurt formierte sich vorher Protest, getragen von der Jüdischen Gemeinde und der Anne-Frank-Stiftung. 200 Menschen demonstrierten vor dem Theater (laut *taz* oder *Die Presse* vom 20. 11. 1987) – während drinnen »20 bis 30« (ebenda) oder 80 Demonstranten (General-Anzeiger, 20. 11. 1987) die Bühne besetzten und so die Aufführung wie in Frankfurt verhinderten. Was die holländische Situation von der deutschen unterschied, war ein Anwachsen neonazistischer Aktivitäten im Vorfeld der Aufführung: Hakenkreuzschmierereien, Morddrohungen gegen jüdische Bürger – am Ende wurde einer gar entführt, gefoltert und mit Hakenkreuzen beschmiert. Die nationale und internationale Öffentlichkeit war erschrocken und angewidert, die Polizei ermittelte – und kam im Januar 1988 zu überraschendem Ergebnis: Der Schauspieler Jules Croiset, einer der Wortführer der Aufführungsgegner, hatte seine Entführung mit allen Begleiterscheinungen selbst inszeniert (Weidemann, in: FAZ, 9. 1. 1988).

Die Aufführungen in Kopenhagen 1987 (wochenlang vor ausverkauftem Haus), Stockholm 1988, Göteborg 1993, New York 1994, erneut Stockholm 1995, Neapel 1996, erneut Kopenhagen 1997 und New York 1997 (anlässlich einer Retrospektive von Fassbinders Filmen im Museum of Modern Art) oder Mailand 1998 wurden gefeiert.

Zur Beantwortung des Antisemitismusverdachts sind drei Aufführungen aufschlussreich: 1997 im Großraum Los Angeles, 1998 in Berlin (abgesagt) und 1999 in Tel Aviv. In Santa Monica, einem Vorort von L. A., inszenierte das Aresis-Ensemble *Garbage, The City and Death*. Frederique Michel, die Regisseurin und künstlerische Leiterin des Ensembles, selbst Jüdin und Tochter eines Holocaust-Überlebenden, wie das *Jewish Journal* hervorhob (vgl. Pfeffermann, in: The Jewish Journal, 21. bis 27. 2. 1997), habe das Stück aufgrund der Vorwürfe lange nicht angefasst – doch als sie es gelesen habe, überrascht festgestellt, dass es den Antisemitismus verurteilt. Die antisemitischen Figuren seien widerwärtig und grotesk, so die Regisseurin, der Reiche Jude hingegen sei die einzige Figur, die zu lieben imstande sei (ebenda).

1988 scheiterte erneut ein Aufführungsversuch in Deutschland: Bernd Wilms wollte es im Berliner Maxim-Gorki-Theater zusammen mit *Berlin Alexanderplatz* inszenieren, doch schon ab der ersten Ankündigung hagelte es Proteste. Nachdem auch der regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen das Theater zum Verzicht aufforderte, setzte Intendant Wilms es wieder vom Spielplan ab. In den Feuilletondebatten wurden manche alten Gedanken und Vorurteile wiederholt. Einen wesentlich neuen Aspekt steuerte Micha Brumlik bei. Der spätere Pädagogik-Professor und Leiter des Fritz-Bauer-Instituts gehörte 1985 zu den Bühnenbesetzern. In zwei Interviews gab Brumlik zu erkennen, dass der Protest gegen die *Müll–Stadt–Tod*-Aufführungen auch eine Stellvertreterfunktion erfüllte: Hier, auf dem Gebiet des modernen Theaters, war Protest möglich und erlaubt. Daneben gab es Handlungen, die abfällig mit Juden in Deutschland umgingen, sie und ihre Würde missachteten –

Mit CamScanner gescannt

doch der Protest dagegen verhallte oder wurde abgebügelt. Brumlik über die Frankfurter Bühnenbesetzung 1985:

> Damals war ich entschieden dafür, die Aufführung des Stückes zu verhindern. Denn die obszöne Ehrung der SS-Gräber in Bitburg durch Bundeskanzler Kohl war gerade einmal ein paar Monate her. Das stand für mich im Kontext zu der beabsichtigten Aufführung [...] (»In Berlin sind die Empfindsamkeiten groß«. Micha Brumlik im taz-Interview, 1. 9. 1998).

Und zum Konflikt über den Berliner Spielplan 1998:

> Die jüdische Gemeinde in Berlin ist in letzter Zeit von der Berliner Stadtregierung vergleichsweise abfällig behandelt worden. Denken Sie an die Art und Weise, wie der Senat die Entlassung des Direktors des Jüdischen Museums betrieben hat [...] In Berlin geht es – wie vor dreizehn Jahren in Frankfurt – eigentlich um die Spannungen im Hintergrund. Das Fassbinder-Stück ist nur der Anlass. (»Eine heikle Beziehung«. Micha Brumlik im DAS-Interview, 18. 9. 1998).

1999 wurde *Müll–Stadt–Tod* in Tel Aviv aufgeführt, auf der kleinen Bühne der Schauspielschule von Yoram Löwenstein, selbstverständlich in der Landessprache Hebräisch. Wie schon in New York 1987 kamen zur Premiere überraschend viele Ausländer, insbesondere deutsche Journalisten (vgl. Joseph Croitoru, in: FAZ, 26. 4. 1999).

> Für Yoram Löwenstein ist Fassbinders Stück »ein Manifest gegen den Rassismus«, und der junge Regisseur Malka meint [...], der gegen dieses Bühnenstück gerichtete Antisemitismusvorwurf sei für jeden, der von Theater auch nur die geringste Ahnung habe, »absoluter Schwachsinn«. (ebenda)

Bernd Wilms hatte das israelische Ensemble zum Gastspiel nach Berlin eingeladen. Dagegen regte sich wieder Protest. Erst 2009 konnte *Müll–Stadt–Tod* in Deutschland aufgeführt werden: gemeinsam mit Fassbinders erstem Theaterstück *Nur eine Scheibe Brot* unter der Regie von Roberto Ciulli im Mülheimer Theater an der Ruhr. Exakt am 30. Jahrestag der Bühnenbesetzung gab es in Frankfurt zumindest eine szenische Lesung. Im Rahmen des Symposiums »Der Müll, die Stadt und der Skandal« im Gallus-Theater lasen im Wesentlichen genau die Schauspieler, die es dreißig Jahre zuvor im Schauspiel uraufführen wollten (vgl. Kalldewey, auf: hpd, 9. 11. 2015).

International wurde *Müll–Stadt–Tod* also länderübergreifend (bis auf die Farce in Rotterdam 1987) wahrgenommen als Stück über die Kälte marktwirtschaftlicher Lebensverhältnisse – und wie auf solchen Bedingungen das Ressentiment gedeiht: ein expressionistisch-plakativer Erklärungsversuch für das Entstehen von Antisemitismus beziehungsweise breiter: das Entstehen von Rassismus und autoritärem Vorurteil.

Die deutsche Wahrnehmung war überwiegend eine andere. Wie gezeigt, scheint es nicht unbedingt am Text zu liegen, sondern an anderen Bedürf-

nissen, die sich hinter dem Protest versteckten. Das können legitime und sehr respektable Bedürfnisse sein, wie sie beispielsweise Brumlik formuliert:

> 1985, als »Der Müll, die Stadt und der Tod« in Frankfurt am Main zum ersten Mal aufgeführt werden sollte, hatte Helmut Kohl gerade mit Ronald Reagan in Bitburg SS-Gräber geehrt. 1985 hatten wir, die winzige, nach wie vor schwer traumatisierte und existentiell beschämte jüdische Minderheit, unser »coming out« noch vor uns. Es waren Überlebende der Vernichtungslager, die damals auf offener Bühne zeigten, daß es Wichtigeres geben könne als die Freiheit der Kunst: Respekt vor dem Leiden. Im Protest gegen Fassbinders Stück [...] emanzipierten wir uns von damals. (Brumlik, in: Tagesspiegel, 3. 9. 1998)

Ob die anderen Motive ähnlich ehrenwert sind?

Fest – eine Rezension bestimmt die deutsche Debatte

Der FAZ-Mitherausgeber Joachim Fest prägte mit seiner Rezension »Reicher Jude von links« (in: FAZ, 19. 3. 1976) die deutsche Debatte. Es war nicht die erste Rezension von Fassbinders frisch bei Suhrkamp veröffentlichtem Drama – Helmut Schmitz beispielsweise war mit »Müllkutscher Fassbinder« in der *Frankfurter Rundschau* eine Woche schneller (FR,12. 3. 1976). Doch bestimmte Fest mit seiner Deutung über viele Jahre so stark die Debatte, dass es angemessen erscheint, die »journalistische Blitzreaktion« (Henrichs, in: Die Zeit, 26. 3. 1976) als sein drittes großes Werk neben die Speer- und Hitler-Biographie einzureihen.

Das mag überraschen, denn Fest hatte sich kaum um avantgardistisches Theater gekümmert. Sein klarer Schwerpunkt lag bei Hitler und Albert Speer, dem »Reichsminister für Bewaffnung und Munition«. Mit gewaltigem Abstand folgten Thomas und Heinrich Mann oder die italienische Renaissance (»Fest und seine Bücher« in: FAZ, 13. 9. 2006). Zu zeitgenössischem kritischen Theater hat Fest ansonsten nichts verfasst. Er verstand sich als Vorkämpfer eines bürgerlichen bis preußischen Konservatismus.

Fests Opus magnum ist *Hitler. Eine Biographie*, erschienen 1973 – bevor Fest bei der FAZ begann, jedoch nachdem er den Nazi-Rüstungsminister und Hauptkriegsverbrecher Albert Speer beim Verfassen von dessen Autobiographie unterstützt hat. Beides verwandte Themen – und gänzlich andere als Avantgarde-Theater. Dennoch gibt es einen engen Zusammenhang von den drei Publikationen.

In der »Hitler«-Bibliographie wird Albert Speer nur mit »Erinnerungen« (Fest 1973, S. 1167) benannt. Wichtiger scheint Fests Hinweis auf »ungedruckte Quellen, persönliche Mitteilungen etc.« (ebenda, S. 1157) – denn mit Speer kannte er eine Quelle persönlich, die an Hitlers Kabinettstisch gesessen hatte und Interna erzählen konnte. Speer und Fest kannten einander gut, arbeiteten eng zusammen. Bei der Verlagspräsentation von Fests *Hitler*-Buch war Albert Speer der Ehrengast (Süselbeck: https://literaturkritik.de/id/9999).

Mit CamScanner gescannt

Insofern darf davon ausgegangen werden, dass Fest die Quelle für sein Opus magnum ergiebig abgeschöpft hat.

Albert Speer war Favorit Hitlers, ab 1937 Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt und ab 1942 Rüstungsminister (»Reichsminister für Bewaffnung und Munition« – ein Ministerium, das sich selbst auch als »Reichsministerium Speer« bezeichnete). Speer gehörte zu den 24 Angeklagten des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher. Ihm gelang es, das Gericht davon zu überzeugen, dass er von den Nazi-Verbrechen nichts gewusst habe, bloß ein pflichtbewusster Technokrat gewesen sei. Speer wurde nur zu zwanzig Jahren Haft wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt, die er bis 1966 in Berlin-Spandau absaß.

Schon während der Haft begann Speer seine Autobiographie, ließ die Notizen nach draußen schmuggeln. Seine *Erinnerungen* erschienen erst 1969 – doch

> als er am 1. Oktober 1966 um Mitternacht aus dem Gefängnis kam, war er von der ersten Minute an ein Medienstar. Das erste Interview gab er dem Spiegel, er ließ sich dafür bezahlen. Am Ende des Gesprächs sagte er: »Das, was ich Ihnen hier – das Gespräch findet ja auf Ihren Wunsch hin statt – gesagt habe, soll auch das Letzte sein, was vorerst von mir zu hören ist.« (Neumaier, in: SZ, 7. 5. 2017)

Tatsächlich folgten aber weitere Interviews, das nächste schon sechs Tage später im *Stern* – und selbstverständlich gegen Honorar.

Zentral ist Speers Antwort auf die entscheidende Frage des *Spiegel*:

> Spiegel: Würden Sie die Kriegsschuld eindeutig bei Deutschland sehen?
> Speer: Nein, nicht bei Deutschland. Bei Hitler …
> Spiegel: … zumal er Österreicher war? (Der Spiegel, 7. 11. 1966)

Der Krieg und sämtliche Nazi-Verbrechen waren demnach nicht das Werk einer mitgliederstarken Partei mit zahlreichen Unterorganisationen und zahlungswilligen Spendern in Industrie und Bankenwelt – nein, es sei das Werk einer Einzelperson gewesen. Ein Werk, das zudem nicht mal zu sehen gewesen sei, selbst der Minister habe von nichts gewusst – so Speer weiter im *Spiegel*-Interview:

> Speer: … Es ist das Problem, das Sie bereits angeschnitten haben: Macht und Ohnmacht des Technikers in der Diktatur.
> Spiegel: Sie kümmerten sich um Produktionsziffern und sonst gar nichts …
> Speer: Das haben Sie mir ja schon in Ihrer Titelgeschichte vorgehalten. Es war in der Tat wie im Kastenwesen: Jeder kümmerte sich um das, was in seiner Kaste zu tun war, das andere war für ihn tabu.
> Spiegel: Und eine dieser Kasten beschäftigte sich eben mit der Judenvernichtung, was die anderen nichts anging. Meinen Sie das?
> Speer: Natürlich darf man diesen Vergleich nicht gelten lassen, auf gar keinen Fall. Ich habe immer die Verantwortung übernommen, auch für Handlungen, an denen ich nicht beteiligt war. Ja, ich gehe noch einen

Schritt weiter: Ich bekannte mich in Nürnberg auch für Verbrechen mitverantwortlich, von denen ich nichts wußte. Das ist auch heute mein Standpunkt. (ebenda)

Damit sprach Speer (zu) vielen Deutschen aus der Seele: Ja, er übernahm »Verantwortung« – welch heroische Selbstdarstellung. Doch was sollte diese Verantwortung sein? Mehr als ein Lippenbekenntnis – wenn schon im nächsten Halbsatz folgte, dass er persönlich selbstverständlich gänzlich unschuldig sei, sich bestenfalls vorwerfen müsse, nicht nachgefragt zu haben? Von persönlich gezogenen Konsequenzen ist nichts bekannt – abgesehen von der Vermarktung der eigenen Memoiren: »Allein für die Vorabdruckrechte der Tagebücher hat die ›Welt‹ 1975 die astronomische Summe von 600.000 Mark bezahlt« (Brechtken im Gespräch mit Frank, in: FR, 21. 9. 2017).

Speers Vortrag tat vielen Deutschen gut, ob Mitläufer oder Mittäter: Mussten, ja konnten sie ein schlechtes Gewissen haben, wenn selbst der Minister nichts gewusst habe? Wie hätten sie es besser wissen können als der Hitler-Vertraute? Solche Weltsicht war mit ein Grund für die 68er-Unruhen, in denen die nachwachsende Generation ihrer Elterngeneration ebendiese Vertuschung vorwarf.

Albert Speer: »die ganze Welt ging ihm auf den Leim« (Neumaier, a. a. O.). Selbstverständlich hatte er von Auschwitz gewusst, denn er hatte dort Erweiterungsbauten in Auftrag gegeben. Deutsche Männer an der Front: Als Rüstungsminister war Speer dafür verantwortlich, dass sie mit etwas um sich schießen konnten. Er musste ihnen die Munition liefern. Ins KZ abtransportierte Juden, Kommunisten, »Zigeuner«, weitere Arbeitssklaven nutzte Speer als »Produktionsmittel« sowohl für die Produktion von Munition und Kriegsgerät wie auch von Granit, den er für seine Monumentalbauten benötigte.[4] Nur in den 1960ern wollte das keiner wissen.

Auch Joachim Fest wollte es[5] nicht genauer wissen: 1967 hatte er Albert Speer kennengelernt. 1968 ließ Fest sich freistellen, um seine Hitler-Biographie zu schreiben. Das Opus magnum erschien erst 1973. Zwischendurch brauchte er Geld, auch um seine Familie zu ernähren (Fest im Gespräch mit Kölsch, Bayrischer Rundfunk, 8. 6. 2001). Was wäre thematisch näher liegend, als Al-

4 Das elsässische KZ Natzweiler-Struthhof wurde absichtlich in der Nähe eines Steinbruchs für roten Granit errichtet. Die Todesrate dort zählte zu den höchsten – auch ohne Giftgas, vgl. Florence Hervé (Hg.): »Natzweiler-Struthof – Ein deutsches KZ in Frankreich«, Köln 2017.

5 Damals; später ließ er mal fallen, dass Speer »allen eine Nase gedreht« habe. Konsequenzen habe Fest aus seiner Feststellung jedoch nicht gezogen, so der (präzisere) Speer-Biograph Magnus Brechtken, vgl.: »Über Albert Speer, den ›guten Nazi‹«, Magnus Brechtken im Interview mit Joachim Frank, in: Frankfurter Rundschau, 21. 9. 2017.

Mit CamScanner gescannt

bert Speers *Erinnerungen* zu redigieren und zu lektorieren?[6] »Ghostwrighting« wäre der neudeutsche Begriff: Als Autor der *Erinnerungen* und mehr noch der *Spandauer Tagebücher* war Speer international ein Star des Literaturbetriebs. »Es war Fest, der Speers erzählerische ›Rohmasse‹ mit stilistischer Eleganz versah« (Brechtken/Frank, a. a. O.), genauer: der wesentliche Teile davon verfasste (klw, in: Der Spiegel, 29. 7. 2017).

Fests Hitler-Biographie

Fests 1.190 Seiten dickes Werk beginnt so: »Die bekannte Geschichte verzeichnet keine Erscheinung wie ihn; soll man ihn ›groß‹ nennen?« (Fest: 1973, S. 17). Die Antwort folgt im nächsten Absatz: »Hitlers eigentümliche Größe ist ganz wesentlich an diesen exzessiven Charakter gebunden: ein ungeheurer, alle geltenden Maßstäbe sprengender Energieausbruch« (ebenda).

Dabei legt Fest Wert darauf, die Person Hitler zu entdämonisieren – doch Obacht: Das »Entdämonisieren« muss im engstmöglichen Sinn verstanden werden, nämlich dass Hitler kein von irgendeiner himmlischen Gestalt oder »göttlichen Vorsehung« gesandter Außerirdischer sei. Als unbezwingbaren Superhelden zeichnet Fest seine Hauptgestalt nämlich durchaus:

> Kein anderer hat, in einem nur wenige Jahre dauernden Alleingang, dem Zeitlauf so unglaubliche Beschleunigungen gegeben und den Weltzustand verändert wie er (ebenda).

Wortreich formuliert Fest Hitlers Sonderstellung:

> Die Frage ist aber, ob Hitler nicht der letzte Politiker gewesen ist, der das Gewicht der Verhältnisse und Interessen so weitgehend ignorieren konnte; ob nicht der Zwang der objektiven Faktoren zusehends stärker wird und gleichzeitig damit die historische Möglichkeit des großen Täters immer geringer. (ebenda, S. 23)

Fest ist es wichtig, seine Hauptfigur »von allen Auffassungen (zu) entfernen, die ihm übermenschliche Fähigkeiten attestieren« (ebenda, S. 22): »Hitler entfaltet sich vor einem dichten Muster objektiver Faktoren, die ihn prägten, förderten, vorantrieben und mitunter auch aufhielten« (ebenda, S. 21). Wer versagte, wird konkret benannt: »Demokratie und Parteienstaat, Gewerkschaften, internationale Arbeitersolidarität, das europäische Bündnissystem und der Völkerbund« (ebenda, S. 19). Doch sucht man die »objektiven Faktoren, die ihn … förderten«, nennt Fest beispielsweise »das eigentümlich unmutige ›Grau‹ über der Weimarer Republik« (ebenda, S. 21).

Das Muster zieht sich durch: Der selbsternannte Skeptiker (Fest/Kölsch, a. a. O.) behauptet und beansprucht, ein Hitler-Bild ohne »übermenschliche Fähigkeiten« (ebenda, S. 22) zu zeichnen – aber wo er das einlösen müsste, wird

6 Rudolf Neumaier: »Die Mär vom ›guten Nazi‹ Albert Speer«, in: Süddeutsche Zeitung, 7. 5. 2017, ebenso: »Speer hat gelogen – und mehr verraten, als er mußte«, Joachim Fest im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 25. 5. 2005, S. 32.

er abstrakt, wirkt sein wortreicher Text esoterisch entrückt. Nicht nationalistisches Ressentiment oder ökonomische Interessen beförderten den Führer, nein:

> es war ein riesiges, ungeordnetes Potential an Aggressivität, Angst, Hingabewillen und Egoismus, das bereitlag, aber doch erst des Weckrufs, der Bündelung und Inanspruchnahme durch eine gebieterische Erscheinung bedurfte. [...]
>
> Doch war Hitler nicht nur die Vereinigungsfigur so vieler Zeittendenzen; vielmehr hat er dem Geschehen auch Richtung, Ausdehnung und Radikalität verliehen. (ebenda, S. 1028.)

Mit diesem Tenor konnte Fest das Wunschbild vieler Zeitgenossen treffen. Dass die Nazis von einem fremden Stern gekommen, gelandet und dann wieder verschwunden seien – so wäre das zu märchenhaft formuliert, so lächerlich wollte man sich nicht äußern. Also galt es, die »übermenschlichen Fähigkeiten« expressis verbis zu bestreiten; zugleich aber Interessen und Mittäter zu verschweigen. Hitler wird zum Einzeltäter, letztlich doch zum unbezwingbaren Superhelden: »In seiner Person hat ein Einzelner noch einmal seine stupende Gewalt über den Geschichtsprozeß demonstriert« (ebenda, S. 28). Die Deutung des unfassbar großen Einzelnen hält Fest bis zum Ende durch: »Nahezu übergangslos, wie von einem Augenblick zum anderen, verschwand mit dem Tod Hitlers und der Kapitulation auch der Nationalsozialismus« (ebenda, S. 1027) – was begrüßenswerte Wunschvorstellung ist, behauptet Fest dagegen als Bestandsaufnahme.

Tatsächlich ist hinlänglich bekannt, dass es in der jungen Bundesrepublik keinen »Bruch« gab: Gar zu viele vormalige Nazis bauten die neuen Institutionen auf – vom führenden Grundgesetz-Kommentator, der zuvor den Kommentar der Nürnberger Rassegesetze verfasst hatte, bis zur »Organisation Gehlen«, in der vormalige Nazi-Spione ihr »Aufklärungswerk« unter neuem Etikett fortsetzten. Fests Werk ist wortreich – und phantastisch: Hitler »kam nicht nur aus dem Nichts« (ebenda, S. 1029), nein, er hat »Reiche zerstört und neuen Mächten zum Aufstieg verholfen, Revolutionen hervorgerufen, das Kolonialzeitalter zum Abschluß gebracht« (ebenda).

Das Kolonialzeitalter »zum Abschluß gebracht«? Statt schöner Worte der nüchterne Blick auf die Fakten: In Indochina versuchte Frankreich seine alte Kolonialmacht wiederherzustellen, bis es 1954 die Schlacht von Điện Biên Phủ verlor. Den Unabhängigkeitskampf mussten die Vietnamesen im zweiten Indochinakrieg gegen die USA fortsetzen, der bis nach der *Hitler*-Veröffentlichung andauerte. In Afrika erlangten die meisten Länder erst in den 60er Jahren ihre Unabhängigkeit – Hitlers Werk, wie Fest insinuiert? Wohl kaum; Hongkong blieb bis 1997 britische Kolonie.

Fest vermischt in wohlklingenden Schachtelsätzen Wertungen und Wunschvorstellungen. Fakten, wie eben beispielsweise die zum tatsächlichen Ende des Kolonialismus, hätte er kennen müssen – doch vermochten sie seinen Wortschwall nicht zu bremsen.

Mit CamScanner gescannt

Fest benennt zwar eingangs »die verbrecherischen Züge im Psychopathengesicht dieses Mannes« (ebenda, S. 19), doch zeichnet er ihn voller Empathie: Die vom »Leibarzt Morell« übermäßig verordneten Aufputschmittel und Sedativa werden ebenso ausgeführt wie Kuchenkrümel oder andere Essensreste auf dem Jackett (vgl. ebenda, S. 991). Sollte der Leser über den zahlreich ausgebreiteten Details vielleicht übersehen, dass Entscheidendes fehlt?

Denn es fehlt gar manches. Nicht dass Fest Hitlers Antisemitismus völlig verschwiegen hätte, doch beansprucht dieses Thema auffallend wenig Platz, wird bei Weitem nicht so ausführlich und konkret geschildert wie seine Vorliebe für Skizzen und Entwürfe von Monumentalarchitektur.

Die Nürnberger Rassegesetze vom 15. September 1935 fehlen völlig. Auch die »Reichskristallnacht« am 9. November 1938 erwähnt Fest mit keinem Wort. Und dennoch kann man Fest nicht vorwerfen, dass er die Judenverfolgung völlig verschweigen würde: Ohne Jahreszahl (aber über die Quellenangaben rekonstruierbar) nennt er einen ersten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933:

> Schon im März war es zu ersten antisemitischen Ausschreitungen durch [...] SA-Einheiten gekommen. [...] immerhin ließ er [Hitler] sich zu einem eintägigen Boykott überreden. Am Sonnabend, dem 1. April, standen vor den Türen jüdischer Geschäfte und Büros bewaffnete SA-Trupps [...] Die Aktion, die soviel Willkür und gesetzlose Eigenmacht offenbarte, blieb ohne die erhoffte Wirkung: die Bevölkerungskreise, so hieß es in einem späteren Stimmungsbericht aus dem Westen Deutschlands, »neigen vielfach dazu, die Juden zu bemitleiden [...] Der Umsatz der jüdischen Geschäfte, insbesondere auf dem Lande, ist in keiner Weise zurückgegangen«. Entgegen den Androhungen wurde der Boykott daraufhin nicht wiederaufgenommen. In einer enttäuscht klingenden Rede ließ Streicher durchblicken, daß das Regime vor dem Weltjudentum zurückgewichen sei. (ebenda, S. 576 f.)

Nota bene: Das Wort »Weltjudentum« wird von Fest weder als Nazi-Kampfbegriff noch als wörtliches Zitat gekennzeichnet. Statt der im Sinne des Nazi-Programms »Entjudung« einschlägigen »Reichskristallnacht« schildert Fest nur das deutlich weniger erfolgreiche Ereignis. Die Initiative dazu verortet Fest bei anonymen »SA-Einheiten« – während der »Führer« sich hier nur dazu »überreden« ließ! Die guten Deutschen haben (noch) nicht intensiv genug mitgemacht. Könnte das der Grund sein, lieber den Boykott vom 1. April 1933 statt des ungleich brutaleren vom 9. November 1938 zu schildern?

Auch der Umfang der Textpassage ist beachtlich: kaum länger, als Fest sich Raum nimmt, um absurde Erwägungen über einen jüdischen Großvater Hitlers zu referieren (ebenda, S. 31 f.).

Dass der Genozid an Juden und vielen anderen gänzlich fehlen würde, auch das kann man Fests Biographie nicht vorwerfen. Auffallend – und entscheidend – ist aber auch hier die Art der Schilderung ebenso wie ihr Um-

fang: Knapp viereinhalb Seiten (von S. 929 bis zum ersten Absatz der S. 933) genügen Fest für die »Endlösung der Judenfrage«, die bei Fest nicht sechs Millionen ermordete Juden umfasst, sondern nur »über fünf« (ebenda, S. 933). Viereinhalb Seiten: Das ist viermal so viel Platz, wie Fest den beiden Suizidversuchen der eifersüchtig gewordenen Hitler-Geliebten Eva Braun einräumt.[7]

»Ungeklärt ist bis heute, wann Hitler den Entschluß zur Endlösung der Judenfrage gefaßt hat, denn es existiert kein Dokument darüber« (ebenda, S. 929) – so beginnt Fest seine Erörterung der »Endlösung«. Wohl existiert eine einschlägige Rede, denn vom »Nachhall des Entsetzens« (ebenda, S. 930) bei Nazi-Größe Alfred Rosenberg weiß Fest dann doch zu berichten. Entsetzen worüber?, möchte man fragen, »denn aus allen jenen Jahren: aus den Tischgesprächen, aus Reden, Dokumenten oder Erinnerungen Beteiligter ist nicht ein einziger konkreter Hinweis auf die Vernichtungspraxis überliefert« (ebenda, S. 931). Auch »die endlosen Züge, die seit Anfang 1942 in allen Teilen Europas die systematisch erfaßte und zusammengetriebene jüdische Bevölkerung abtransportierten, fuhren mit unbekanntem Ziel los« (ebenda, S. 930).

Bei Fests Erzählweise fällt auf: Mit großem Einfühlungsvermögen schildert er (angebliches) Erschrecken über Verbrechen, die scheinbar keinem konkret bekannt gewesen sein sollen. Wirklich gewusst, wie präzise die barbarischen Befehle ausgeführt wurden, habe niemand – mit einer Ausnahme:

> Aus der hohen Führungsspitze des Regimes hat lediglich Heinrich Himmler Ende August 1942 einmal einer Massenexekution beigewohnt, doch wurde er dabei nahezu ohnmächtig und erlitt anschließend einen hysterischen Anfall. (ebenda, S. 931)

Voll Empathie fühlt Fest sich in den SS-Chef ein und konstatiert, ohne sich um die Perspektive der Opfer zu bemühen:

> Durch eine Kette hochorganisierter Mordwerkstätten wurde die Vernichtungsarbeit allmählich jedoch weitgehend den Augen der Bevölkerung entzogen, rationalisiert und auf Giftgas umgestellt. (ebenda, S. 932)

Wichtig ist ihm dagegen, die angebliche Unschuld der deutschen Bevölkerung herauszustellen:

> Es ist sicherlich wahr, daß die Mehrzahl der Deutschen von der Praxis in den Vernichtungslagern nichts gewußt hat und jedenfalls weit ungenauer darüber unterrichtet war als die Weltöffentlichkeit, die seit Ende 1941 in immer neuen Alarmrufen auf das Massenverbrechen aufmerksam gemacht worden war. (ebenda, S. 1039)

»Alarmrufe«, das waren zum Beispiel die Sendungen englischer und französischer Radiosender, deutschsprachig und auf Frequenzen, die die »Volksempfänger« empfingen. Dass die um ihre Söhne an der Front besorgten Familien sich aus-

7 »3 Stunden habe ich vor dem Carlton gewartet und mußte zusehen, wie er der Ondra Blumen kaufte und sie zum Abendessen eingeladen hat«, Zitat aus Eva Brauns Tagebuch, in: Joachim Fest: Hitler, S. 717.

Mit CamScanner gescannt

schließlich auf Goebbels' Propaganda verlassen hätten, unterstellt Fest ohne Beleg. Was meint er mit »Praxis in den Vernichtungslagern«? Das Wissen, dass es die chemische Verbindung Zyklon B war, mit der industriell ermordet wurde? Dieses Detail mag vielleicht tatsächlich unbekannt geblieben sein, dass aber die verhafteten und mit »endlosen Zügen« abtransportierten Nachbarn dauerhaft verschwunden waren und jedes Lebenszeichen von ihnen fehlte: Genau das verschweigt Fest durch seine subtile Formulierung.

Zusammenfassend sei festgehalten: Fests Hitler-Biographie ist mit 1.190 Seiten unbestreitbar opulent – doch die Beschreibung antisemitischer, rassistischer und weiterer Nazi-Verbrechen ist darin äußerst knapp bemessen. Sollten die Untaten im Wust der ausgewalzten Nebensächlichkeiten untergehen? Was das konkrete Tatgeschehen anbelangt, bleibt Fest wortkarg, beschränkt sich auf Statistik und wenige Zitate. Wenn es allerdings darum geht herauszustellen, dass keiner etwas gewusst habe, wird Fest ausführlicher, und gar mitfühlend, wenn Nazi-Größen ohnmächtig werden.

Mit seinem Bild einer alles überragenden Hitler-Figur traf Fest – genau wie Albert Speer wenige Jahre zuvor – das Bedürfnis vieler Zeitgenossen, sich zu exculpieren. Fest bescheinigt ihnen ausdrücklich, nichts gewusst zu haben – entgegen dem Offensichtlichen.

Einerseits wurde Fests Hitler-Biographie gefeiert. Das darin gezeichnete Bild war der Wirtschaftswunder-Gesellschaft hochwillkommen. Nur manchen fiel auf, dass Fests Protagonist zu heldenhaft geraten ist. Und das soll einem Autor unterlaufen sein, der preußisch stolz darauf war, bei den Nazis überhaupt nicht mitgemacht zu haben – weshalb er sich freiwillig zur NS-Luftwaffe gemeldet hatte? Deren Oberbefehlshaber war der Hauptkriegsverbrecher Hermann Göring – und Fests katholischer Vater ob des Sohnes freiwilliger Meldung entsetzt … (vgl. Süselbeck, a. a. O.).

Fest schien einen Bedarf zu sehen klarzustellen, dass er keinerlei Sympathien für Hitler und seine Schergen hege – und wo man die »wahren Faschisten« heute suchen solle …

Fests Rezension von *Der Müll, die Stadt und der Tod*

Suhrkamps Veröffentlichung von Rainer Werner Fassbinders *Der Müll, die Stadt und der Tod* bot Fest die ideale Gelegenheit zu solcher Klarstellung. Dessen Autor hatte Frankfurt gerade im Krach verlassen. Seine Stücke waren antiautoritär.

»Antiautoritär« lief nicht nur preußischer Disziplin zuwider; als die Linke sich im Laufe der 70er Jahre zerteilte, wurde »antiautoritär« der Linken zugerechnet, insbesondere der neuen undogmatischen, später der basisdemokratischen Variante. Wobei derlei Differenzierungen für Fest irrelevant waren, denn schon in *Hitler* hatte er bekannt, dass für ihn links gleich rechts sei. Im Schlusskapitel formulierte er Maximen, die er jetzt konkret anwenden konnte:

> Gleichwohl haben in Deutschland [...] faschistische oder verwandte Tendenzen überlebt: vor allem einige psychologische Prämissen, auch wenn sie keinen offen erkennbaren Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus besitzen oder gar unter [...] meist linken Vorzeichen auftreten (Fest, a. a. O., S. 1040) –

ein Vorzeichen, mit dem Fest gleichermaßen den Autor charakterisiert: »Rainer Werner Fassbinder [...] auch als fortschrittlich geltend« (Fest, in: FAZ, 19. 3. 1976).

Fest rezensiert Fassbinders Drama mit Methoden, die aus seinem *Opus magnum* bekannt sind: ausgiebiges Räsonieren mit unbestimmten, dafür emotional besetzten Begriffen. Manche Aspekte sind nicht direkt falsch; aber so massiv verzerrt wie seine oben zitierte These, »daß die Mehrzahl der Deutschen von der Praxis in den Vernichtungslagern nichts gewußt hat« (Fest: Hitler, S. 1039). Was immer die Praxis in den Lagern gewesen sein mag, die offensichtliche Praxis der Verhaftung und Verschleppung dorthin wird darüber verschwiegen. In ebensolcher Art wird auch so manches Zitat aus Fassbinders Drama aus seinem Zusammenhang gerissen.

Fest gibt Zitate einzelner, eindeutig unsympathischer Figuren als Aussage des Stücks wieder. Er vermischt Zitatfetzen mit eigenen Wertungen, um die daraus resultierende Mixtur als Haltung des Autors hinzustellen und zu verdammen.

Besonders wichtig ist Fest der geistige Nährboden, denn selbstredend stammt alles Böse aus Moskau: Da »sitzen selbstverständlich« die »Drahtzieher und Bewußtseinsvergifter« (Schütte, in: FR, 26. 3. 1976).

Verbreitet Fest eine Verschwörungstheorie? Schauen wir seine Kritik en détail an:

> Im Mittelpunkt steht ... die Figur des »reichen Juden«, der sich vorgenommen hat, »Rache (zu) üben an kleinen Leuten«. Er übt diese Rache, indem er alte Häuser aufkauft, abreißt, neue Häuser baut und teuer verkauft. (Fest, in: FAZ, 19. 3. 1976)

Das sind drei Fehler in zwei Sätzen. Natürlich ist der Reiche Jude eine der Hauptfiguren. Doch im Mittelpunkt steht das Marktgeschehen: ein System, das mehrerer Beteiligter bedarf. Dementsprechend ist der Freier Reicher Jude nur eine der Hauptfiguren neben der Hure Roma B. und ihrem Zuhälter Franz. Den Satz: »Bin ich ein Jud, der Rache üben muß an kleinen Leuten?«, spricht der Freier tatsächlich – doch ist er Leitmotiv für das Handeln des Reichen Juden? Fällt er im Zusammenhang mit seiner *job description*, wie Fest insinuiert? Oder im Zuge eines tatsächlich sehr gekünstelt formulierten Freiens:

> Hast du Madam gefragt, ob sie ein Stündchen Zeit für einen reichen Juden hat? Ich denke doch, sie hat, auch wenn mein Schwanz beschnitten ist. Das ist hygienischer, erklär ihr das ... (MST, der Reiche Jude vor Roma B. zum Zwerg, S. 56)

Mit CamScanner gescannt

Der Zwerg hilft – wie befohlen – Roma B. auf und bestreitet dabei des Reichen Juden Potenz: auch für einen »Hofnarren« ein starkes Stück. Beider Beziehung erläutert der Reiche Jude eine Seite zuvor:

> Und diesen Zwerg, dies Ungeheuer, den Gnom, ernähr ich, wenn ich gute Laune habe. Was leider häufig ist, denn die Geschäfte gehen gut, Madam, ich kann nicht klagen. (ebenda, S. 55)

Jetzt beleidigt der Zwerg seinen Chef an empfindlicher Stelle: seiner Potenz – und der kontert mit spitzer Gegenrede:

> Ihr könnt euch in die Betten schleichen und eure Vorhaut strapazieren. Nu – macht schon. Schert euch fort. Bin ich ein Jud, der Rache üben muß an kleinen Leuten?! (ebenda, S. 56)

Betrachtet man die dargestellte Situation, sind die »kleinen Leute« banal: Die eigenen Mitarbeiter sind gemeint. Der kleine Prinz soll mal erben, doch wie gut er aktuell entlohnt wird, steht in den Sternen. Der Zwerg: ein Hofnarr. Wie schlecht bezahlt Zeitungsvolontäre oder Büroboten mit ihrem Chefredakteur eng zusammenarbeiten, so verhält es sich auch hier. Ihr Habitus mag sich dem des Unternehmers annähern – doch wie es auf der Gehaltsabrechnung aussieht, lässt das Stück offen.

Geradezu überraschend ist Fests zweite Verknüpfung: »Er übt diese Rache, indem er alte Häuser aufkauft …« Die *job description*, die der Reiche Jude in der folgenden vierten Szene (S. 58) abgibt, ist ebenso nüchtern wie präzise: strikt marktwirtschaftliches Handeln. Ist daran etwas schlecht? Dann wären wir bei der Systemfrage (die Fassbinder stellt, aber Fest übersieht). Oder ist Marktwirtschaft Rache? An wem? Wofür? – Mit kurzen Rückfragen entpuppt sich Fests Räsonnement als aufgesetzt. Sollte ausgerechnet der überzeugte Preuße etwas an Marktwirtschaft auszusetzen haben?

»Die Szenerie dieser Moritat bildet zweifellos Frankfurt«, fährt Fest fort (Fest, in: FAZ, 19. 3. 1976). Zweifellos? Die Szenenanweisung lautet: »Auf dem Mond, weil er so unbewohnbar ist wie die Erde, speziell die Städte« (MST, S. 43). Plural »Städte«: Auf ein ihnen gemeinsames Moment kommt es dem Autor an. Wenn Fest in der abstrakten Skizze dennoch Frankfurt erkennen wollte, so müsste er es begründen. Dass er darauf verzichtet, legt nahe, dass es eine Projektion Fests ist. Hat er die eine oder andere unangenehme Seite Frankfurts doch nicht übersehen und ist erschrocken, als ihm diese vom Drama als gar nicht ungewöhnliche »externe Effekte« der Marktwirtschaft vorgeführt werden? »Und zweifellos gibt es in dieser Stadt ein organisiertes Ganoventum« (Fest, in: FAZ, a. a. O.), weiß Fest. Aber im Stück? Geht es da um gut organisierte Banden wie in Brechts Dreigroschenoper? Zuhälterei – ja, die kommt vor und ist kriminell. Doch im Stück ist der Zuhälter ein schlecht organisierter Einzeltäter, der scheitert. Oder meint Fest etwa, der Reiche Juden repräsentiere die »organisierten Ganoven«? Der marktwirtschaftliche Immobilienkaufmann sei ein Gangster? Von kommunistischer Postille könnte man so eine Interpretation erwarten – aber vom konservativen FAZ-Herausgeber?

Fest behauptet: »Der ›reiche Jude‹ wird als Blutsauger, Spekulant, Betrüger, Mörder und zudem als geil und rachsüchtig dargestellt« (ebenda). Das widerspricht diametral den oben zitierten Einschätzungen vieler Theatermacher, wonach der Reiche Jude die einzige liebenswürdig-sympathische Figur in dem Stück sei. Doch sind das Interpretationen der Inszenierungen – schauen wir also auf den Text:

»Blutsauger«: Zeichnet der Autor seine Figur als Vampir? Oder schimpft Hans von Gluck auf den erfolgreichen Immobilienkaufmann, der »immer einen Schritt schneller ist und den anderen nichts läßt als Almosen« (MST, Hans von Gluck zu Roma B., S. 76)? Jener erfolglose Konkurrent, den der Autor als abstoßenden Nazi und Hypochonder gezeichnet hat? Fest verwechselt die Aussage einer Figur mit der des Autors.

»Spekulant«: Die Berufsbezeichnung fällt nicht – ist für Immobilienkaufleute aber nicht ganz unüblich. Ignatz Bubis bemerkte dazu sehr treffend:

> Ich habe den Begriff »Spekulant« nie als Schimpfwort empfunden, nur wenn man gesagt hat, dass das »jüdische Spekulantentum« wieder am Werk sei, habe ich mich gewehrt. (Bubis im Gespräch mit Saul, in: taz, 21. 9. 1992)

»Betrüger«: Der Begriff fällt nirgends im Stück. Oder möchte Fest behaupten, Spekulation sei »Betrug«? Das wäre eine unerwartete Sicht auf Marktwirtschaft …

»Mörder«: Der Begriff unterschlägt, dass das Strafrecht Tötungshandlungen in vielen Abstufungen kennt: vom Totschlag bis zur Schwangerschaftsunterbrechung, darunter auch die »Tötung auf Verlangen« (§ 216 StGB). Heute wird Sterbehilfe unter dem Stichwort »Letzte Hilfe« diskutiert. Die Diskussion gab es zuzeiten der Stückentstehung noch nicht – wohl aber das Phänomen, dass jemand (depressiv oder warum auch immer) aus dem Leben scheiden will und einen anderen dazu um Hilfe bittet – Tatbestand des Paragraphen 216 StGB. Der Dialog zwischen Roma B. und dem Reichen Juden in der elften Szene stellt eindeutig klar, dass es ein letzter Liebesbeweis ist, für den der Reiche Jude sogar bereit ist, seine eigene Stellung (in der Stadt) zu gefährden – der aber nicht eines der Mordmerkmale erfüllt:

> Roma B.: Ja. Ich will sterben. […] Aber ich habe nicht die Kraft, es zu tun. […] Wollen Sie es für mich tun?
>
> Der Reiche Jude: […] Ich tue es für Sie. (MST, S. 89 f.)

Fest ignoriert den Text, verdreht ihn oder entwickelt abstruse Zusammenhänge: So belegt er seine Gesamtwertung als »nur noch billige, von ordinären Klischees inspirierte Hetze« (Fest, in: FAZ, a. a. O.). Doch das allein reicht nicht, denn dann wäre es ja bloß modernes Theater mit »ein paar ›progressiven‹ Versatzstücken. Pornographische Elemente zählen derzeit dazu« (ebenda), aber das fiele ja bloß ins Ressort »Literaturkritik«. Wenn der Herausgeber sich äußert, darf der weltpolitische Rundumschlag nicht fehlen, »der Antisemitismus sei ein Element der Weltrevolution« (ebenda) – dank »der Politik der Sowjetunion gegen den Staat Israel« (ebenda).

Mit CamScanner gescannt

Munter vermengt Fest Kritik am Staat Israel mit Antisemitismus: Klare Begriffe scheinen ihm ein Gräuel – anders als dem »Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus« des Deutschen Bundestags. Dessen Mitglied Armin Pfahl-Traughber untersuchte Ideologie- und Erscheinungsformen des Antisemitismus bei Islamisten, Linksextremisten und Rechtsextremisten:

> Beim [...] Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland lässt sich kein antisemitisches Selbstverständnis ausmachen. Ganz im Gegenteil, sehen die Anhänger dieses politischen Lagers in der Judenfeindschaft doch eine Einstellung der »Faschisten« und »Rechten« – und damit von deren erklärten politischen Feinden. [...] Somit lassen sich weder mit dem religiösen, dem politischen, dem sozialen, dem nationalistischen, dem rassistischen oder dem sekundären Antisemitismus inhaltliche Übereinstimmungen ausmachen. Anders verhält es sich bei der Einstellung zu Israel [...] (Pfahl-Traughber: Antisemitismus im Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus, S. 111)

Diese Einstellung untersucht Pfahl-Traughber gesondert; sein Ergebnis:

> Hinsichtlich des Linksextremismus kann [...] nicht von einem Antisemitismus in der Agitation gesprochen werden. Eine Feindschaft gegen Juden als Juden lässt sich auch bei der einseitigsten Kritik und wüstesten Verdammung des Staates Israel nur in Einzelfällen belegen. (ebenda, S. 119)

Vorurteilshaft behauptet Fest also einen Zusammenhang, der tatsächlich nicht existiert. Aber dem Feuilletonisten Fest kam es auch nicht auf wissenschaftliche Abhandlung an – wäre Diffamierung das richtige Wort? Die deutsche Debatte hat er mit seinen Unterstellungen und Fehldeutungen jedenfalls nachhaltig geprägt.

Warum der Experte für Hitler, Speer etc. sich einmal um avantgardistisches Theater gekümmert hat? In seinem Kernthema kam er seinen Helden auffallend nah. Ihm wurde vorgeworfen, die Nazi-Verbrechen zu verharmlosen. Ebenso, dass er die Legenden des Nazis Speer als authentische Quelle übernommen habe. Jürgen Habermas klagte nach dem Historikerstreit:

> Fest hat mir offenbar die Kritik an jenen Vordenkern des NS-Regimes übel genommen, die er in seinem Blatt rehabilitieren ließ. (Habermas, in: Orzessek, Deutschlandfunk, 12. 11. 2006).

Für die FAZ hatte Fest dies zurückgewiesen; aber der Eindruck, dass Fest persönlich Nazi-Größen (zu) positiv zeichne – der musste erst zerstreut werden. Nachdem Fest schon die Attentäter vom 20. Juli 1944 aufseiten der Linken verortet hatte[8] und die Sowjetunion der wahre Feind war; was läge näher, als den Teufel »Faschismus« mit dem Beelzebub »Kommunismus« zu vereinen? Zumal von einem innovativen, aber kleinen Theater – dem TAT –

8 »Schließlich die Gruppe der jüngeren Offiziere wie v. Stauffenberg, v. Tresckow oder Olbricht, die [...] freilich überwiegend Verbindung zur Linken suchten [...]« (Fest: 1973, S. 959).

und dessen gerade gegangenem künstlerischen Leiter wenig Widerstand zu erwarten war. *Der Müll, die Stadt und der Tod* war frisch gedruckt, als Joachim Fest es zu einem persönlichen taktischen Manöver mißbrauchte. Er hatte gerade ein Buch über Hitler geschrieben und sich viel zu weit auf Spekulationen über Hitlers vermeintliche Größe eingelassen. Die beste Methode, sich von seinem Helden zu befreien, war ihm offenbar die, sich als Ritter ohne Furcht und Tadel hinzustellen und das ekligste Ingrediens des Hitlerschen Faschismus dort nachzuweisen, wo es noch kein ernsthafter Mensch vermutet hatte: bei den Linken. Kurzerhand machte er aus dem anarchischen und eher unpolitischen Fassbinder einen Linken und aus dessen Stück ein antisemitisches Machwerk. (Boehlich, in: Der Spiegel, 4. 11. 1985, S. 294)

Bodek: Versuch einer wissenschaftlichen Bearbeitung

Das Gerücht vom »linken Antisemitismus« Fassbinders wird auch in der wissenschaftlichen Literatur verbreitet. Janusz Bodek verfasste die Dissertation: *Die Fassbinder-Kontroversen. Entstehung und Wirkung eines literarischen Textes. Zu Kontinuität und Wandel einiger Erscheinungsformen des Alltagsantisemitismus in Deutschland nach 1945, seinen künstlerischen Weihen und seiner öffentlichen Inszenierung*, die die Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft der Universität Bielefeld 1991 angenommen hat.

Bodeks Forschungsziel ist es, sowohl dem Drama *Müll–Stadt–Tod* wie auch dessen Autor Fassbinder Antisemitismus nachzuweisen. Dabei rechnet er Fassbinder zur Linken: »ein ›engagierter‹ Künstler« (Bodek, Die Fassbinder-Kontroversen, S. 16), »ausgewiesen durch gesellschaftskritische Inhalte« (ebenda). Weiter sieht er darin eine »bis in die Anfänge des Sozialismus zurückreichende antisemitische Gesellschaftskritik« (ebenda, S. 338), die »mit Marx, Lassalle, Kautsky u. w. bis in die Sozialdemokratie hineingetragen wurde« (ebenda, S. 158).

Bodek verortet Fassbinder nicht nur »in der allgemeinen Einschätzung politisch links stehend« (ebenda, S. 254), sondern hält ihn auch selbst für einen »progressiven Regisseur« (ebenda, S. 255) beziehungsweise einen »sozial- und gesellschaftskritischer Künstler« (ebenda, S. 157). Gleichzeitig behauptet Bodek, dass Fassbinder – wie schon Sozialisten und Sozialdemokraten – antisemitisch sei. Also nicht nur das eine Stück, sondern auch Fassbinder als Person: Bodek diagnostiziert eine »von Ressentiments belastete Einstellung eines Nachkriegskünstlers gegenüber Juden« (ebenda, S. 19) und sucht die Gründe dafür in dessen Biographie (vgl. ebenda).

Schon Fassbinders Kindheit vermag Bodek nicht so recht einzuordnen. Mehrfach fragt er, »woher ein 1945 in Deutschland, also *in einem Land ohne Juden*, geborener Autor Kenntnisse bezieht, die zur Grundlage der Komposition seiner jüdischen Figuren werden« (ebenda, S. 18, Hervorhebung P. M.) und stellt fest: »mangels einer realen Kenntnis über Juden und des Juden-

Mit CamScanner gescannt

tums« (ebenda). Das widerspricht jedoch dem von ihm zur Darstellung von Fassbinders Kindheit zitierten Hans Günther Pflaum: »›Amerikaner und Juden‹ wohnten im hinteren Teil der Wohnung, wo seine Großmutter eine Pension betrieb.« Fassbinders Aussage von der erzwungenen Freundlichkeit gegenüber Juden in seiner Kindheit scheint hierauf Bezug zu nehmen (ebenda, S. 188). Bodek führt aus, dass der kleine Rainer Werner vor allem von seiner Großmutter betreut wurde, wo er in dem angeblichen »Land ohne Juden« ebendiese – die wenigen Überlebenden, nur zu oft Displaced Persons (DPs) – durchaus kennengelernt hat, sogar sehr direkt, nämlich in der eigenen Wohnung.

Dem Ausdruck »Land ohne Juden« widerspricht übrigens auch Ignatz Bubis, langjähriger Vorsitzender erst der Frankfurter, dann der deutschen Jüdischen Gemeinde:

> Kohn: Wie sah denn das jüdische Leben in den Anfangsjahren in Frankfurt aus. Gab es schon die Synagoge?
>
> Bubis: Ja, sicher. Als ich Mitte der fünfziger Jahre nach Frankfurt kam, lebten schon fast 5.000 Juden in der Mainmetropole …
>
> (Bubis im Gespräch mit Kohn, in: FR, 23. 4. 1993)

Statt die Realität differenziert zu betrachten, wiederholt Bodek an vielen Stellen, Fassbinder würde »Juden als Träger des Fortschritts […] diffamieren« (Bodek, a. a. O., S. 185), neben dem »heftig umstrittenen antisemitischen ›Müll‹« (ebenda, S. 178) seien auch weitere Filme antisemitisch: »Fassbinders Fortsetzung seiner antisemitischen Thematik, ausgerechnet im alten Ufa- und Tobis-Gesellschafts-Illusionsfilmstil« (ebenda, S. 219) – bis hin zum andernorts unter dem Stichwort »Querfront« diskutierten Zusammenschluss von links mit rechts:

> Ein antisemitisches Filmprojekt führte den progressiven Regisseur und den konservativen Filmfunktionär […] zusammen.[9]

Bodek folgert:

> Da für beide[10] Kapitalismus durch Juden personifiziert wird, betreiben sie Kapitalismuskritik mit tradierten antisemitischen Hetzbildern und rücken sie in den neuantisemitischen Post-Holocaust-Kontext als »Opfer als Täter« ein. (ebenda, S. 254 f.)

Verzerrte Interpretation, untermauert mit falschen Zitaten

Wie kommt der Literaturwissenschaftler Bodek zu so einem Ergebnis? Zunächst durch eine eigenwillige, verzerrte Interpretation des Stücks. Wenn die verzerrte Sichtweise nicht ausreicht, zitiert Bodek falsch, um dann auf dem falschen Zitat aufbauend seine Deutung zu entwickeln. Den zugrunde-

9 Bodek, a. a. O., S. 225, über Fassbinders Kontakt mit dem »CSU-Medien-Experten Manfred Purzer«.

10 Gemeint sind Fassbinder und der Kölner Theaterregisseur Hansgünther Heyme.

liegenden Stoff über die Bauspekulation im Frankfurter Westend erachtet er für so zentral, dass er ihm sein erstes Kapitel widmet. Doch Bodek missachtet die Ergebnisse der Wirtschaftsgeographie und stellt den Stoff ins Unzutreffende verkürzt dar. Insgesamt wirkt die Arbeit schlampig recherchiert, was auch Bodeks zentrale neue These vom »Schuldabwehrantisemitismus« betrifft: Dieses Konzept hatte Henryk M. Broder bereits vor ihm entwickelt. Aber Bodek verschweigt die Quelle.

Bodeks »inhaltliche Skizze« folgt erst im dritten Unterkapitel (»c«) des zweiten Teils, Abschnitt: »V. Juden im Werk von Fassbinder, Kapitel 1. ›Der Müll, die Stadt und der Tod‹«. Spiegelt sich in der späten Position die Wichtigkeit, die Bodek seinem Gegenstand beimisst? Die Fehlerhaftigkeit seiner inhaltlichen Skizze lässt jedenfalls auf oberflächliche Lektüre schließen.

In der vierten Szene hält der Reiche Jude einen der drei Monologe des Stücks – den Bodek so verkürzt: »die Methoden und Grundsätze seiner Arbeit als Häuserspekulant. ›Roma B.‹ schweigt. Sie ist als Zuhörerin gemietet worden …« (Bodek, a. a. O., S. 152). Bodek verschweigt, wie der Reiche Jude beginnend mit seinen Ängsten seine Gefühlswelt ausbreitet, wie er die Beziehung zu verschiedenen Gruppen seiner (sozialen) Umwelt empfindet. Hier charakterisiert der Reiche Jude die Kälte der funktionalen Beziehungen: »Der Polizeipräsident ist mein Freund, was man so Freund nennt« (MST, der Reiche Jude zu Roma B., S. 58). Wie der Reiche Jude die Gefühlskälte der nur noch systemischen, nicht mehr menschlichen Beziehungen und die Amoralität des Geschäftslebens beklagt: Dieser Bereich scheint Bodek entgangen.

Über die dritte Szene berichtet Bodek noch: »Dabei erfährt die schweigende ›Roma B.‹, daß ›Der Reiche Jude‹ ungewöhnlich ›potent‹ ist, sein ›Schwanz beschnitten ist‹ und von der Quelle seines Reichtums« (ebenda, S. 152) – tatsächlich bestreitet der Zwerg des Reichen Juden Potenz: »Und die Potenz, die sagenhafte, ist ein Märchen. Da gibt es nichts zu fürchten.« (MST, der Zwerg zu Roma B., S. 56)

Dann behauptet Bodek, dass die Freier der Stadt ihre Huren zu ganz platonischer Liebe engagieren würden:

> Auch »Hans von Gluck«, ein Nazi und geschäftlicher Konkurrent »Des Reichen Juden«, mietet »Roma B.«. Ebenso wie dieser nicht ihren Körper, sondern als schweigende Zuhörerin. Der längere Monolog ist eine Haßtirade […] (Bodek, a. a. O., S. 153)

Einen Textbeleg für die Asexualität kann Bodek nicht anführen. Seine Deutung passt weder zum Text noch zu den Inszenierungen in New York, Los Angeles oder Mailand: In Los Angeles entblößte sich der mit einem Regenmantel bekleidete Hans von Gluck vor Roma B., um sich anschließend mit einem hochhackigen Frauenschuh selbst zu stimulieren (vgl. The Jewish Journal, 21. bis 27. Feb. 1997).

> Der mailändische Hans von Gluck aber sieht lächerlich aus […] und seine nörgelig herausgestöhnte Haßrede ist nichts als eine paranoide Pro-

Mit CamScanner gescannt

jektion. Roma lutscht dabei erfolglos an ihm herum, die antisemitischen Sentenzen sind umgemünzte Versagensängste und Furcht vor Impotenz. (Albath, in: Tagesspiegel, 20. 11. 1998)

Der Monolog des Reichen Juden dauert wenige Minuten – doch die Begegnung mit Roma B. währt über eine Stunde.[11] Davor bestellt er erst »eine mit dicken Brüsten« (MST, der kleine Prinz zu den Huren, S. 46), diskutiert dann den hygienischen Vorteil seiner Beschneidung. Während er und Roma B. abgehen, um ihr Vorspiel zu beginnen, singt Marie-Antoinette über Sex und Inzest. Auch wenn der Koitus von Roma B. mit dem Reichen Juden nicht auf offener Bühne vollzogen wird, ist klargestellt, dass es sich um die berühmte »Zigarette danach« handelt, die der Reiche Jude nach vollzogenem Beischlaf raucht (»ich rauche zuviel«, MST, der Reiche Jude zu Roma B., S. 59). Dementsprechend wurde in New York und Los Angeles inszeniert:

> Der Leiter des »Theaters der Diebe«, Nick Fracaro, ließ die dumpfe, gewalttätige Sexualität des Stücks ungehemmt ausspielen [...][12]

Was Bodek mit seiner Behauptung von der Asexualität der Begegnungen belegen möchte, erschließt sich hier nicht – doch offensichtlich handelt es sich dabei eher um private Vorlieben oder Phantasien denn um textbasierte literaturwissenschaftliche Interpretation.

Wie lassen sich die Figuren von *Müll–Stadt–Tod* gruppieren? Gibt es Ähnlichkeiten bezüglich sozialer Stellung, Wichtigkeit im Stück? Für Bodek »kristallisieren sich drei Kategorien heraus: 1. Außenseiter [...] 2. Mitläufer [...] 3. Repräsentanten« (Bodek, a. a. O., S. 165 f.). Was könnte man unter solchen Kategorien verstehen? Bodek verzichtet auf eine Definition, ordnet einfach zu:

- »Außenseiter« sind die Huren, von denen nur Roma B. namentlich genannt wird, und die Homosexuellen Franz B. und Oscar von Leiden.
- »Mitläufer« sind der kleine Prinz, der Zwerg, Kraus, Peter, Hellfritz, Tenor, Achfeld, Hans von Gluck, Herr und Frau Müller. Dabei unterscheidet Bodek zwischen »schlichten Mitläufern, Opportunisten der Macht wie ›Kraus, Peter‹ [...]« (ebenda., S. 165) und den »politisch machtlosen Nazis und Faschisten« (ebenda, S. 166).
- »Repräsentanten« sind die beiden Figuren »der Polizeipräsident ›Müller II‹ und der Häuserspekulant ›Der Reiche Jude‹« (ebenda). Bodek betont, dass »der Jude – ›existentieller Außenseiter‹ und ein Fremder durch Geburt – aus dem Außenseiterensemble im Stück ausgekreist« (ebenda) ist.

11 »Oh – verzeihen Sie, die Stunde ist um. Drei Minuten über der Zeit.« (MST, der Reiche Jude zu Roma B., S. 59).

12 Dpa-Meldung über die New Yorker Inszenierung 1987, wortgleich in *Kieler Nachrichten*, *Rheinische Post*, *Saarbrücker Zeitung* und *Westfälische Rundschau*, alle 18. April 1987.

Im nächsten Absatz präzisiert Bodek: »Der eigentlich Mächtige und Macht ausübende ist ›Der Reiche Jude‹. Er ist der sogenannte ›Täter‹« (ebenda). Später überformt er das Ganze auch noch religiös:

> Als »Reicher Jude« ist der Jude […] in »Müll« aus dem Außenseiter-Ensemble ausgegrenzt. Als Repräsentant der Macht bildet er den Kontrapunkt zur Ohnmacht der Außenseiter: der Huren und der Homosexuellen. Und da diese zugleich *das christliche Prinzip der Liebe und des Leidens* verkörpern, ist der Jude Repräsentant entgegengesetzter Werte, die ihn in doppelter Hinsicht disqualifizieren, einmal als den »ewigen Juden«, den »*Antichristen*« […]. (ebenda, S. 175, Hervorhebung P. M.)

Bodeks Kategorien sind nicht nachvollziehbar, und das nicht nur, weil sowohl Jim als auch Marie-Antoinette von ihm unterschlagen werden: zwei von neunzehn Rollen. Bei der Verwendung des Begriffs »Repräsentant« fragt man sich: Repräsentant wovon? Sind hier gewählte Repräsentanten wie beispielsweise Parlamentarier gemeint? Oder setzt er Repräsentanten mit »Täter« gleich?

Was genau sollte Hans von Gluck zum »Mitläufer« machen? Im Stück hält er einen der drei Monologe, spielt also eine der Hauptrollen. Als Immobilienkaufmann und Konkurrent des Reichen Juden gehört er derselben wirtschaftlichen Elite an, zu der Oscar von Leiden als Sohn eines dritten Kaufmanns sicher auch zählt. Ob er schon zu den Altnazis zu rechnen ist und wenn ja, welche Funktion er da innehatte, lässt das Stück offen.

»Mitläufer« ist eine von alliierten Entnazifizierungsausschüssen entwickelte Kategorie. Seit den Studentenunruhen der späten 60er Jahre, dem Protest der jungen Generation gegen ihre verdrängenden Eltern ist der Begriff emotional negativ besetzt. Das nutzt Bodek für acht Rollen – fast die Hälfte. Was der Kleine Prinz, Assistent des Reichen Juden, und Hellfritz, Tenor (»Er ist heute ein türkischer Straßenkehrer«, MST, Szenenanweisung, S. 48) gemein haben sollen, erschließt sich nicht.

Die Einordnung der Rollstuhlfahrerin Luise Müller als »Mitläuferin« sagt viel über Bodeks Denkweise aus. Denn er hat zur Kenntnis genommen, dass Frau Müller Marx und Lenin liest: Damit gehört sie zur Systemopposition. Gerade in den frühen 70er Jahren Deutschlands, geprägt von den Berufsverboten, zeugt das wohl vom Gegenteil eines »Mitläufertums«. Doch Bodek sieht es anders, wenn er schreibt,

> der Faschist in Wartestellung »Müller«, nebst seiner Lenin und Marx lesenden Frau, die sich mit ihrem Mann in puncto Antisemitismus einig weiß: »Wir werden uns nicht fressen lassen von den Bedingungen, die nicht die unseren sind, die andere ›Der Reiche Jude‹ machen, damit wir sie erleiden.« (Bodek, a. a. O., S. 165)

Also ist »links« gleich »rechts«, insbesondere sind die Linken auch Antisemiten. Wie Bodek zu dem Ergebnis kommt? Indem er in das Zitat kurzerhand »Der Reiche Jude« eingefügt hat. Für Bodek soll der Reiche Jude Schöpfer jener »Bedingungen« sein – obwohl im Stücktext das Gegenteil steht, nämlich dass

Mit CamScanner gescannt

der Reiche Jude vorgefundene Bedingungen akzeptieren muss, nur innerhalb der dadurch eröffneten Handlungsspielräume agieren kann (vgl. MST, S. 59). Damit negiert Bodek soziologische Forschungsergebnisse seit Marx: In der Soziologie ist anerkannt, dass soziale Verhältnisse sich unabhängig von einzelnen Personen entwickeln.

Wie Bodek sämtliche Nazis kurzerhand zu »Mitläufern« stempelt, ist absurd – insbesondere für einen Autor, der ansonsten klagt, dass Nazi-Verbrechen kleingeredet würden. Bei der Figur »Müller« ist sicher, dass sie zu den aktiven Nazi-Mördern zählt:

> Ich habe mich um den Einzelnen, den ich tötete, nicht gekümmert. Ich war kein Individualist. Ich bin Technokrat. (MST, Müller zu Roma B., S. 83)

Also hat Müller eine Vielzahl von Juden ermordet. Seine Selbstbezeichnung als

»Technokrat« kann auch als eine Anspielung auf Adolf Eichmann interpretiert werden: Der Prozess gegen den Organisator der »Endlösung« in Jerusalem 1961 stieß international auf reges Interesse. Insbesondere in Deutschland wurden darüber die Nazi-Verbrechen ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Wenn der Text Müller so eindeutig als mehrfachen Mörder charakterisiert, ist Bodeks Einsortierung als »Mitläufer« höchst begründungsbedürftig. Folgt Bodek etwa des Schreibtischtäters Eichmanns Selbsteinschätzung als Befehlsempfänger?

Müllers Job als Transvestit wird von Bodek nicht beachtet. Nach seiner eigenen »Kategorisierung« wäre Müller damit als »Außenseiter« einzusortieren (wie die anderen Sexarbeiter). Die Verkleidung als Frau – die so gar nicht zum Wertegerüst eines Nazis passt – bietet reichlich Material, etwa als Allegorie für die Wandlung zum »guten Christen«, die gar viele Nazis durchmachten, damit sie über die »Rattenline« des Vatikans in Argentinien untertauchen konnten (ebenso wie Eichmann). Bodek übersieht das.

Bodeks Kategorien sind offensichtlich unbrauchbar. Über sie fördert er seine Fehlinterpretation. Wenn verzerrte Interpretation nicht ausreicht, schreckt Bodek nicht vor falschem Zitieren zurück, etwa bei einer Passage, mit der er das Anbeten des Mammons als »neue Religiosität« des Reichen Juden zu beweisen sucht:

Sabbat ist dem »Reichen Juden« nicht der Tag der Ruhe und der Heiligung, der Erinnerung an die göttliche Weltschöpfung, sondern der Tag der Bilanzierung des Ertrags seiner Spekulationsaktivität: »Und baut mit den Händen, wer praktischen Lohn will am Freitag […]« (Bodek, a. a. O., S. 167)

Bodeks kurzer Kommentar und das darauffolgende Zitat erfordern eine längere Anmerkung:

Zum Ersten wird der Reiche Jude an keiner Stelle als religiöser Mensch beschrieben. Tatsächlich ist sein Name bloß Projektionsfolie, auf der das vorurteilsvolle Ressentiment der anderen Figuren aufscheint. Über eine Religiosität besagt das Stück nichts, streng genommen nicht einmal, ob die Figur tatsächlich jüdischen Glaubens ist.

Weiter verkennt Bodek, in wie unterschiedlicher Intensität Religion ausgelebt werden kann. Die verschiedenen Positionen markieren etwa das Verhalten orthodoxer Juden in Israel und das von Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden erst der Jüdischen Gemeinde Frankfurts, später der Jüdischen Gemeinde Deutschlands: Erstere, orthodoxe Fundamentalisten, nutzen am Sabbat weder Regenschirm noch Omnibus – weil ihre »heiligen Schriften« es verbieten würden. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde hingegen zeigt sich deutlich entspannter:

> Kohn: Wie sah bei Ihnen zu Hause jüdisches Leben aus, haben Sie am Sabbat das Sabbatessen gehalten?
>
> Bubis: Das haben wir eigentlich nie besonders beachtet. Unsere Tochter hat uns irgendwann mal gesagt, daß sie es vermißt hätte. […] (Bubis im Gespräch mit Kohn, a. a. O.)

So wie Bodek seinen Vorwurf formuliert, deutet alles darauf hin, dass er einer fundamentalistischen Variante des »Gotteswahns« (Richard Dawkins) anhängt.

Zum Zweiten ist der Freitag muslimischer Feiertag. Der Sabbat beginnt freitagabends erst nach Sonnenuntergang – wenn also die Arbeitswoche vorüber und der Wochenlohn längst ausbezahlt ist.

Zum Dritten setzt Bodek die »göttliche Weltschöpfung« nicht in Anführungszeichen, obwohl diese ein Topos religiöser Menschen ist. Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich – außer in der Theologie – die Evolutionstheorie durchgesetzt. »Gott« und »göttlich« sind weder Gegenstand der Sprach- und Sozial- noch der Naturwissenschaft (außer vielleicht als eine mögliche Quelle von Ideologie und Ressentiment).

Zum Vierten zitiert Bodek falsch. Korrekt lautet Fassbinders Text: »Und *Häuser* baut mit den Händen […]« (MST, der Reiche Jude zum Zwerg und dem Kleinen Prinzen, S. 81, Hervorhebung P. M.). Der Text spielt also auf Bauarbeiter an: gewerbliche Arbeitnehmer, die zur Zeit der Stückentstehung freitags ihre Lohntüte mit dem Wochenlohn in bar erhielten. Dass Arbeit über ein unbares Monatseinkommen vergütet wird, galt damals für Eliten wie den Polizeipräsidenten. Doch bis weit in die 80er Jahre war es verbreitet, gewerbliche Arbeitnehmer in bar (»Lohntüte«) auszuzahlen.[13]

> Vollständig lautet die Aussage des Reichen Juden:
>
> Und Häuser baut mit den Händen, wer praktischen Lohn will am Freitag, und ist der Rede weiter nicht wert. (ebenda)

Der Reiche grenzt sich damit von den Arbeitern ab. Sein »ist der Rede weiter nicht wert« klingt durchaus arrogant, zumal er aus einer Branche mit sehr hohem Anteil an Gewerblichen kommt. Der Satz kann also Anlass zur Inter-

13 Die BfG – die frühere »Bank für Gemeinwirtschaft« erwähnt Bodek ausdrücklich, z. B. S. 126. Die besondere Leistung der BfG beim Einführen von Arbeitnehmerkonten erwähnt er allerdings nicht.

Mit CamScanner gescannt

pretation geben – nur die von Bodek (Freitag = Sabbat, Tag der Bilanzierung oder einer göttlichen Schöpfung …) bleibt absurd.

Westend-Umstrukturierung: auf Populärwissenschaftliches reduziert

Noch bevor Bodek Fassbinders Text betrachtet, nimmt er sich vor, »jene Realität zu betrachten, die als Stoff literarisch gestaltet worden sein soll, konkret der Umstrukturierungsprozeß im Frankfurter Westend in den 1960er und 70er Jahren« (Bodek, a. a. O., S. 17). Indem er sein erstes Kapitel ebendieser Umstrukturierung widmet, unterstreicht er deren Stellenwert für seine Argumentation.

Tatsächlich ist Bodeks Darstellung unzulässig verkürzt. Er kann die Komplexität der stattgefundenen Prozesse nicht annähernd erfassen. Nicht nur eine Reihe von Einzelangaben ist falsch, sondern seine Darstellung ins-

gesamt. Der Befund ist nicht ganz überraschend, denn Bodek ignoriert die wissenschaftlichen Untersuchungen von Karl Vorlaufer und Gunnar Kade (Ersterer eine Koryphäe für Wirtschaftsgeographie). Mit deren Publikation *Materialien zur Bodenordnung I* bläht Bodek seine Bibliographie auf,[14] doch ausweislich der 51 Endnoten seines ersten Kapitels (ebenda, S. 349 f.) bezieht Bodek seine Erkenntnisse aus den politisch motivierten beziehungsweise populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen von Rudolf Appel, Jürgen Roth und Ernst Stracke. Weder Gunnar Kade noch Karl Vorlaufer tauchen in seinem ersten Hauptteil auf.

Kade/Vorlaufer unterscheiden vier Phasen der Westendumstrukturierung im Zeitraum von 1948 bis 1972 (vgl. Kade/Vorlaufer, a. a. O., S. 77): Erstens eine »Phase einer überdurchschnittlichen Mobilität (1951–1958)« (ebenda, S. 39), in der es um den »Wiederaufbau des kriegszerstörten Westends« (ebenda) ging. Zweitens eine Phase reduzierter Aktivität 1959 bis Ende 1967, während der die Bestlagen (»Strukturraum A«) zu »Zonen intensiver gewerblicher Nutzungen« (ebenda, S. 78) umgewidmet wurden. Drittens folgte 1968 bis 1971 »die spektakuläre und bis heute noch nicht abgeschlossene Umstrukturierung größerer Wohnzonen des Westends zu Standortbereichen gewerblicher Nutzungen« (ebenda, S. 77) und viertens ab 1971/72 das Übergreifen der Umwidmung von Wohn- zu Gewerberaum auf Nebenstraßen des Viertels (vgl. ebenda).

Bodek reichen schon zwei Phasen:

14 Korrektes Zitieren ist Bodek fremd: Er schreibt von einem »Selbstverlag des Seminars für Wirtschaft*swissenschaften* der Johann Wolfgang Goethe Universität« (Bodek, a. a. O., S. 404, Hervorhebung P. M.) – tatsächlich handelt es sich um das Seminar für Wirtschafts*geographie* des Fachbereichs Geographie (heute: FB 11 Geowissenschaften/Geographie), an dem der Doktor der naturwissenschaftlichen Fakultät Karl Vorlaufer lehrte und forschte. Dass nach *Materialien I* mindestens noch ein zweiter Band folgt, hätte einem Literaturwissenschaftler wie Bodek auffallen müssen.

Eingeleitet wurde dieser Nutzungswandelprozeß bereits in den 50er Jahren [...] Noch fügten sich die bereits mehrheitlich hinzugekommenen Betriebe des tertiären Sektors, vorläufig keine Verwaltungen von Banken und Versicherungen, in die bestehende Bausubstanz.

Die zweite Phase dieses Prozesses [...] begann zu Anfang der 60er Jahre [...] und dauerte zunächst bis Mitte der 70er Jahre (Konjunktureinbruch) an [...]. (Bodek, a. a. O., S. 24)

Bei den folgenden Details springt er unterschiedslos von den Jahren 1961 bis 1972, verweist auf den »sog. Lücke-Plan, [der] zur rechten Zeit kam« (ebenda).

Wo Kade/Vorlaufer noch den Wiederaufbau von Wohnraum beobachteten, behauptet Bodek einen deutlichen Wandel zu Gewerberaum, schließt dabei ausdrücklich »Banken und Versicherungen« aus. Tatsächlich war es die Alte Leipziger Versicherung, die 1952 ein Verwaltungsgebäude an der Bockenheimer Landstraße 42/Ecke Liebigstraße errichtete, das 1985 wieder abgerissen wurde. 1959 folgte die Albingia mit ihrem Haus an der Friedrich-Ebert-Anlage 32/Ecke Beethovenstraße (heute algerisches Generalkonsulat). Beide Gebäude hatten sieben Etagen, womit sie feuerpolizeilich als Hochhäuser galten.

1959 begann der Bau des Zürich-Hauses (Bockenheimer Landstraße, auf dem Gelände des heutigen Opernturmes), dessen zwanzig Etagen 1962 fertiggestellt wurden. Direkt neben dem 68 Meter hohen Haus erbaute die BHF-Bank von 1961 bis 1966 ihr Haus von 82 Meter = 23 Etagen (Sturm/Schmal, Hochhausstadt Frankfurt). Tatsächlich trifft also das Gegenteil von Bodeks Behauptung zu.

Bodek ignoriert die Bautätigkeit von Kapitalgesellschaften und reduziert das Spekulationsgeschehen auf natürliche Personen: nur Immobilienhändler beziehungsweise »einige Unternehmer [angeblich] jüdischer Zugehörigkeit« (Bodek, a. a. O., S. 75). Tatsächlich nutzen gerade Versicherungen – die wichtigsten Bodenaufkäufer der zweiten Phase (vgl. Vorlaufer, S. 28) – in der dritten Phase explodierender Bodenpreise die Gunst der Stunde, um Flächen wieder zu verkaufen und so Bodenwertgewinne zu realisieren.

Nicht einmal die populärwissenschaftlichen Werke wertet Bodek korrekt aus. So schreibt er:

1966 wurden die ersten beiden seit Jahren ausgearbeiteten Bebauungspläne für das Westend rechtskräftig, die Verdichtungszonen für gewerbliche Nutzungen im allgemeinen Wohngebiet auswiesen (Bodek, a. a. O., S. 26),

und belegt die Behauptung mit seiner Endnote 19: »Dokumentation S. 12 u. Appel S. 13–15« (ebenda, S. 349).

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die Verdichtungszonen wurden gerade nicht genehmigt. Das hätte Bodek auffallen müssen, denn in der »Dokumentation« heißt es in der Chronik S. 12 für 1966:

Genehmigung und Rechtskraft der Bebauungspläne NW 2 b und NW 2 d *mit Ausnahme* des Textteiles, in welchem auf die Verdichtungszonen hin-

Mit CamScanner gescannt

gewiesen wird. (Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Dokumentation zur Bodenspekulation 10/1975, Hervorhebung P. M.)

Auf den von Bodek benannten Seiten von Appel finden sich allgemeine Erläuterungen, woraus ein Bebauungsplan besteht: Festlegungen zur baulichen Nutzung, zur Geschoßflächenzahl etc. – aber nichts zu den konkreten Bebauungsplänen für das Westend 1966. Da hätte Bodek ein paar Seiten weiterblättern müssen, dann hätte er auf Seite 30 gefunden:

> Die Stadt wollte die Sonderregelung zum festen Bestandteil der Bebauungspläne NW 2 b und NW 2 d machen. […] Die ministerielle Entscheidung, daß so etwas *nicht* als Inhalt eines Bebauungsplans genehmigt werde, erging am 17. Oktober 1966 (NW 2 d) beziehungsweise am 2. November 1966 (NW 2 b). (Appel, a. a. O., S. 30, Hervorhebung P. M.)

Weiter diagnostiziert Bodek Korruption bei einer

> Gruppe von drei Firmen […], die bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen […] eine Vorzugsbehandlung genoß. […] Diese Firmen, die in Wahlkampfzeiten die entscheidungsrelevanten Politiker mit üppigen Spenden bedachten, gehörten […] anteilsmäßig den genannten Großbanken. (Bodek, a. a. O., S. 29)

Auch den Baudezernenten bis 1971 – gemeint: Hans Kampffmeyer – bezeichnet Bodek als korrupt (vgl. ebenda, S. 27), doch legt er dafür keinen Nachweis vor, weder Aktenzeichen etwaiger justizieller Verfolgung der Straftat(en) noch Presseberichte. Für ein wissenschaftliches Werk wie eine Dissertation ist das dünn. Da wären Tatsachenbehauptungen mit Fakten zu unterlegen. Doch bei Bodek: Fehlanzeige – nicht mal die Namen der vorgeblich korrupten Baufirmen nennt er.

Weitere falsche oder verkürzte Angaben lässt Bodek zu den Verkäufern der Westendgrundstücke und vielen weiteren Punkten folgen. Eine Auseinandersetzung mit den vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnissen findet nicht statt. Statt sich mit der komplexen, aber durchaus beschreibbaren beziehungsweise wissenschaftlich schon beschriebenen Realität auseinanderzusetzen, begnügt Bodek sich mit einem simplifizierten Bild – das sich allerdings hervorragend als Grundlage für weitere Verkürzungen eignet.

Wer hat den »Schuldabwehrantisemitismus« entdeckt?

Im »Schuldabwehrantisemitismus« sieht Bodek seine innovative Leistung. Das Konzept des Schuldabwehrantisemitismus formuliert er schon in der Einleitung:

> Zur Kontinuität des traditionellen Antisemitismus nach 1945, also *trotz* Auschwitz, kommt, in gewandelter Form, der Antisemitismus *wegen* Auschwitz hinzu. (ebenda, S. 18)

Das Wesentliche seines neuen Begriffs ist damit präzise zusammengefasst. Allerdings ist Bodeks Gedanke gerade nicht neu. Genau denselben »Antisemitismus *wegen* Auschwitz« formulierte Henryk M. Broder schon 1986, selbst die Kursivschreibung des Wörtchens »wegen« ist identisch:

Die Juden übersehen dabei, daß es Antisemitismus nicht *trotz*, sondern *wegen* Auschwitz gibt, weil die Täter permanent an ihre Untaten und zugleich an ihr Versagen erinnert werden. (Broder, in: Süddeutsche Zeitung, 18. 1. 1986, zugleich Nachdruck in: Liechtenstein [Hg.], S. 210–219)

Bodek weist nicht auf seine Quelle hin, keine Endnote kennzeichnet, dass die Formulierung von Broder stammt. In den 119 Endnoten von Bodeks Abschnitt »III. Der Schuldabwehrantisemitismus« (S. 358–362) wird Broder zwar zwölfmal zitiert, aber immer nur mit seinem Buch *Der Ewige Antisemit.*

Allerdings hat Bodek Broders Aufsatz gekannt (oder gibt vor ihn zu kennen). Denn in seinem Literaturverzeichnis nennt er Heiner Liechtensteins Aufsatzsammlung *Die Fassbinder-Kontroverse* (S. 412; übrigens mit falscher Ortsangabe »Frankfurt« statt des korrekten Erscheinungsortes »Königstein/Ts.«). Darin findet sich Broders Aufsatz auf den Seiten 210 bis 219. Weiter führt Bodek Broder mit insgesamt acht Titeln direkt in seiner angeblich »systematischen Bibliographie« auf, nämlich auf den Seiten 393, 429, 435 und 436. Broders *Antisemitismus – ja bitte!* ist einer der beiden Einträge auf S. 435.

Ob Bodek die Quelle der griffigen Formulierung bewusst verschweigt oder mit den Titeln nur seine Literaturliste aufgebläht hat, ohne die Texte zu lesen beziehungsweise zu verstehen, muss dahingestellt bleiben. Denn es fällt auf, dass Broder den Schuldabwehrantisemitismus nutzt, um Fassbinders Drama zu verstehen. Mithilfe dieses Konzepts interpretiert Broder Hans von Glucks abstoßenden Monolog so:

> Ich weiß nicht, ob Fassbinder ein Antisemit war, wahrscheinlich nicht, nehme ich an. Daß er in seinem Müll-Stück Antisemiten auftreten und antisemitische Sätze sprechen läßt, beweist gar nichts. »Und schuld hat der Jud', weil er uns schuldig macht, denn er ist da. Wär' er geblieben, wo er herkam, oder hätten sie ihn vergast, ich könnte heute besser schlafen. Sie haben vergessen, ihn zu vergasen. Das ist kein Witz, so denkt es in mir …« Besser, treffender läßt sich die Wut der Täter auf die überlebenden Opfer, deren Existenz eine schwer erträgliche Provokation ist, nicht beschreiben. Antisemitismus *wegen* Auschwitz – in den Worten des Hans von Gluck findet er seinen authentischen Ausdruck. (Broder, a. a. O.)

Damit ist das Konzept des Schuldabwehrantisemitismus schon von Fassbinder entwickelt worden, in »treffender« künstlerischer Formulierung – was so gar nicht zu Bodeks Forschungsziel passen will.

»Deutlich imaginärer Charakter«

Bodeks Ziel war, sowohl dem Autor Fassbinder wie auch dem Drama *Müll–Stadt–Tod* (sowie weiteren Filmen) Antisemitismus nachzuweisen. Dabei ordnete er die Person Fassbinder der Linken zu – und setzte selbstverständlich voraus, dass die Linken von frühen »französischen und belgischen Sozialisten« (Bodek, a. a. O., S. 158) bis zur deutschen »Sozialdemokratie« (ebenda) von Antisemitismus infiziert seien. Um seine Behauptungen zu stützen, schlägt Bodek eine verzerrte Interpretation vor, die dem Text offensichtlich nicht ge-

Mit CamScanner gescannt

recht wird. Reicht das nicht aus, zitiert Bodek falsch, um aus dem falschen Zitat die gewünschten Ergebnisse abzuleiten.

Entgegen dem Text (und vielen Kritikern) behauptet Bodek, das Drama sei als ein realistisches über Frankfurt und die Umstrukturierung des Stadtviertels »Westend« zu verstehen. Deshalb ist es ihm wichtig, mit dem zugrundeliegenden Stoff zu beginnen. Bodek gibt vor, die Entwicklung des Westends nachzuzeichnen, und ignoriert dabei die Ergebnisse vorliegender wirtschaftsgeographischer Untersuchungen. Stattdessen verlässt er sich insbesondere auf politische und populärwissenschaftliche Literatur, wobei er selbst deren Angaben ins Gegenteil verkehrt. Die Ausführungen seines ersten Abschnitts »Die Umstrukturierung des Westends – Ausgangspunkt der Kontroversen« sind nicht geeignet, um die tatsächlich abgelaufenen Geschehnisse in angemessener Komplexität zu rekonstruieren. Das entspricht Bodeks Umgangsweise mit dem literarischen Text.

Bodeks Vorgehen gleicht einem Vorurteil, wie es Theodor W. Adorno definiert. Über die Struktur des antisemitischen Vorurteils als besonderer Form des autoritären Vorurteils stellte dieser fest:

> Unsere Beispiele für den »funktionalen« Charakter des Antisemitismus und für die relative Leichtigkeit, mit der das Vorurteil von einem Objekt zum anderen gleitet, deuten in eine Richtung: das Vorurteil bezieht sich, seinem eigentlichen Inhalt nach, wenn überhaupt, nur oberflächlich auf die spezifische Natur seines Objekts. […] bestätigt wird das durch Aussagen, die entweder in sich offenkundig widerspruchsvoll oder mit den Tatsachen unvereinbar sind, oder die deutlich imaginären Charakter haben. (Adorno, Studien zum autoritären Charakter, S. 115)

Genau das trifft auf Bodeks Dissertation zu.

Im Ergebnis

Fassbinders *Der Müll, die Stadt und der Tod* wurde in Deutschland mehrfach breit diskutiert: anlässlich des Erscheinens im Druck 1979, anlässlich der Frankfurter Aufführungsversuche 1984 und 1985 (incl. Bühnenbesetzung und Wiederholungsprobe) und anlässlich der New Yorker Erstaufführung 1987. Es gehörte zu den wenigen Theaterstücken, die über das Feuilleton hinaus beachtet wurden und für einen Eklat sorgten: Erstmalig wurde einem deutschen Nachkriegsautor vorgeworfen, dass er antisemitisch schreibe.

Der Vorwurf wurde zudem an einen Autor adressiert, der für sein Engagement gegen die Diskriminierung von Minderheiten bekannt war, einen ausgewiesen progressiven Künstler, sowohl was seine (filmische) Formensprache als auch was seine gesellschaftspolitischen Ansichten betrifft.

War Rainer Werner Fassbinder ein Linker? Einfach weil der Begriff »Linker« zu unscharf ist, sollte die Frage in der Form nicht beantwortet werden: Dafür ist die Linke zu vielschichtig. Die Differenzen zwischen anarchisch orientierten Antiautoritären, »Spontis«, Mitgliedern von Parteien, parlamen-

tarisch Engagierten bis hin zu Vertretern autoritärer sozialistischer Konzepte sind so groß, dass eine um Würdigung der Person bemühte Annäherung differenzierter erfolgen sollte. Doch letztlich kommt es darauf nicht an; ausschlaggebend ist die Klassifizierung von Autor und Stück als »links« und zugleich als »antisemitisch« durch den Personenkreis, der seine vorurteilshaft gewonnene Meinung zu verbreiten sucht. Um es noch einmal herauszustreichen:

> Das Vorurteil bezieht sich, seinem eigentlichen Inhalt nach, wenn überhaupt, nur oberflächlich auf die spezifische Natur seines Objekts. (Adorno, a. a. O., S. 115)

Adorno weist damit auf ein Spezifikum des Vorurteils hin, das sowohl Fassbinder wie auch diverse Theatermacher und Theaterbesucher erleben mussten. Dem Vorurteilsvollen ist es letztlich egal, wie das Beurteilte tatsächlich beschaffen ist – wichtiger ist, was sich über den beurteilten Gegenstand beziehungsweise die Person zusammenreimen lässt: Allein das ist einstellungs- und handlungsrelevant.

Das empirische Material zu rigiden bis potenziell faschistischen Einstellungen in den *Studien zum autoritären Charakter* mag überaltert sein, doch die theoretischen Überlegungen zur Struktur des Vorurteils bleiben wertvoll. Für Adorno ist es grundlegend, »daß der Antisemitismus weit mehr als auf den wirklichen Eigenschaften der Juden auf subjektiven Faktoren und der allgemeinen Situation des Antisemiten basiert, und daß die Determinanten antisemitischer Einstellungen […] bei den Personen zu suchen sind, die sie äußern« (ebenda, S. 3). Der Gedanke lässt sich generalisieren: Der Vorurteilsvolle stellt Behauptungen auf, die er weder aus der Wirklichkeit gewonnen noch an der Wirklichkeit geprüft hat – die aber im Umkehrschluss Erkenntnisse über ihn selbst (den Vorurteilsvollen) erlauben.

Die Behauptung vom »linken Antisemitismus« ist genauso ein Vorurteil wie der Antisemitismus selbst. Wenn überhaupt, dann gibt es nur oberflächliche Berührungspunkte zu den insinuierten »Linken«. Die behauptete Eigenschaft »antisemitisch« lässt sich in der Wirklichkeit nicht nachweisen – stattdessen zeigen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten bei jenen, die das Vorurteil vom »linken Antisemitismus« äußern. Ohne das abschließend erörtern zu wollen, lassen sich folgende Elemente festhalten (die sich auch in der angeblich »behutsamen psychoanalytischen Interpretation« von Rolf Vogt nachweisen lassen [Vogt, in: psyche, S. 309]):

- Der vorliegende Text (beziehungsweise Sachverhalt) wird vom »Kritiker« nur oberflächlich oder stark verzerrt wahrgenommen, die Handlung als »vordergründig« ignoriert. Stattdessen wird eine »eigentliche Natur« oder »tiefere Bedeutung« behauptet. So bei Fest, der Zitate von einzelnen Figuren als Meinung des Autors ausgibt und das Stück als ein Element der letztlich aus Moskau gesteuerten »Weltrevolution«. Oder bei Bodek, der das Drama abwegig interpretiert und die zugrundeliegende Bauspekulation falsch darstellt und darüber hinaus hinter seinem Schuld-

Mit CamScanner gescannt

abwehrantisemitismus noch eine Wiederholung der Kreuzzüge gegen die »Antichristen« andeutet.

- Positiv gezeichnete Figuren werden als vermeintliche »Täter« geschmäht, ihre eigentlich normalen Handlungen werden als böse bis verbrecherisch denunziert. So ist Häuserkauf für Fest nicht einfach marktwirtschaftlicher Job, sondern Element einer (persönlichen) Rache und organisierte Kriminalität. Der letzte Liebesdienst wird als Mord verunglimpft. Auch für Bodek ist der Reiche Jude nicht einfach Marktteilnehmer, sondern »Täter« – changierend zwischen bloß kriminell und NS-Täter oder noch weiter gesteigert zum »Antichristen« (Bodek, a. a. O., S. 175).
- Echte Nazis werden geschont, seien es Nazis in der Wirklichkeit oder Figuren, die im Stück Nazis darstellen. Fests Mitgefühl gilt in seinem Opus magnum allen Satrapen Hitlers – nicht aber den echten Opfern, die in der Masse untergehen. Sogar für den »Führer« zeigt er Empathie, sobald dem unbezwingbaren Superhelden die Speisereste auf das Jackett kleckern. Bodek packt die Nazifiguren Hans von Gluck und Müller in die Kategorie der »Mitläufer« – obwohl der eine einen der drei großen Monologe hält und der andere sich als Mehrfachtäter zu erkennen gibt. Psychoanalytiker Vogt wiederum bemitleidet den Hypochonder Hans von Gluck.
- Wortreich-bildhafte Sprache kontrastiert mit mangelnder Faktentreue. Das Vertrauen auf das Einhalten wenigstens der Grundprinzipien wissenschaftlichen Arbeitens wird enttäuscht: Fest verwechselt die Meinung einer Figur mit der des Autors; Bodek zitiert falsch (Drama und Bebauungsplan) und führt untaugliche Kategorien für seine Figurenaufteilung ein.

Albert Blitz hat es auf den Punkt gebracht. Er ist Schauspieler und Jude, wollte die Rolle des Reichen Juden bei der Inszenierung in Rotterdam 1987 spielen – und konnte es nicht, weil die dortige Erstaufführung nicht nur den Protesten, sondern auch einer Farce[15] zum Opfer fiel. Jener Albert Blitz sagte:

> Ich bin ein Jude, und deshalb spiele ich die Rolle. […] Ich spiele außerdem in dem Stück, weil es mich angeht. Aus eigener Erfahrung weiß ich alles über die Angst, die durch den Krieg entsteht. Angst ist ein schlechter Ratgeber. *Ein Vorurteil ist schwieriger aus irgendeinem Hirn zu tilgen als ein bösartiges Geschwür.* (zitiert nach Siggi Weidemann, in: FAZ, 11. 11. 1987, Hervorhebung P. M.).

15 Zu weiteren Quellen über Jules Croisets eigenwillige Inszenierung vgl. die Presseschau in Peter Menne: Die Dramatisierung eines Romans, Bd. 2, S. 209–212. Harry Mulisch ließ sich von dem Fall zu seiner Erzählung »Das Theater, der Brief und die Wahrheit« inspirieren.

Literatur

Bücher und Buchbeiträge

Rainer Werner Fassbinder, Der Müll, die Stadt und der Tod. Nur eine Scheibe Brot, Frankfurt: Verlag der Autoren 1998.

Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt: Suhrkamp, 1973, Erstausgabe: Studies in Prejudice, New York 1949–50; deutsche Übersetzung von Milli Weinbrenner, 1973.

Rudolf Heinrich Appel, Heißer Boden. Stadtentwicklung und Wohnprobleme in Frankfurt am Main, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt 1974.

Janusz Bodek, Die Fassbinder-Kontroversen. Entstehung und Wirkung eines literarischen Textes. Zu Kontinuität und Wandel einiger Erscheinungsformen des Alltagsantisemitismus in Deutschland nach 1945, seinen künstlerischen Weihen und seiner öffentlichen Inszenierung, Frankfurt: Peter Lang 1991.

Karlheinz Braun, Herzstücke. Leben mit Autoren, Frankfurt: Schöffling & Co 2019.

Joachim Clemens Fest, Hitler. Eine Biographie, Berlin: Propyläen-Verlag 1973.

Florence Hervé (Hg.), Natzweiler-Struthof – Ein deutsches KZ in Frankreich/Un camp nazi en France, Köln: Papyrossa 2017.

Max Horkheimer, Theodor W. Adorno (1969), Dialektik der Aufklärung, Frankfurt: Fischer, Erstausgabe: Amsterdam: Querido 1947.

Heiner Liechtenstein (Hg.), Die Fassbinder-Kontroverse oder das Ende der Schonzeit, Königstein: Athenäum 1986.

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (Hg.), Dokumentation zur Bodenspekulation und zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Frankfurt am Main, Oktober 1975.

Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt, Berlin: Ullstein o. J., Text der 2. Aufl., Hamburg: Otto Meissner, 1872.

Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Westberlin: Verlag Das Europäische Buch, 2. Aufl. 1987.

Peter Menne, Die Dramatisierung eines Romans. Eine vergleichende Untersuchung zu Gerhard Zwerenz: »Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond« und Rainer Werner Fassbinder »Der Müll, die Stadt und der Tod«, Aschaffenburg: Alibri 2018.

Peter Menne, »Der Müll, die Stadt und der Tod«. Ein antisemitisches Stück oder ein Stück über Antisemitismus?, in: Reiner Diederich, Peter Menne (Hg.): Der Müll, die Stadt und der Skandal. Fassbinder und der Antisemitismus heute, Frankfurt: Nomen 2015.

Peter Menne, Vorurteil und Fehlwahrnehmung. Antisemitische Projektionen anlässlich der Umstrukturierung des Frankfurter Westends, in: Reiner Diederich, Peter Menne (Hg.): Der Müll, die Stadt und der Skandal. Fassbinder und der Antisemitismus heute, Frankfurt: Nomen 2015.

Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Ideologie, Agitation und Gewalthandlungen, in: Reiner Diederich, Peter Menne (Hg.): Der Müll, die Stadt und der Skandal. Fassbinder und der Antisemitismus heute, Frankfurt: Nomen 2015.

Philipp Sturm, Peter Cachola Schmal, Hochhausstadt Frankfurt. Bauten und Visionen seit 1945, München: Prestel 2014. Katalog zur Ausstellung »Himmelsstürmend. Hochhausstadt Frankfurt« im Deutschen Architekturmuseum, Frankfurt, 8. November 2014 bis 19. April 2015.

Mit CamScanner gescannt

Webseiten

http://www.aufbau-ffm.de/serie/Teilo/o-1.html – heute nicht mehr verfügbar, aber archiviert auf http://archive.fo/cn1xG und https://web.archive.org/web/20131216190319/http://www.aufbau-ffm.de/serie/Teilo/o-1.html

Geschichte des Musischen Zentrums und der Studiobühne der Ruhr-Universität: http://www.mz.rub.de/geschichte/index.html.de
http://www.mz.rub.de/theater/studiobuehne.html.de

Fachzeitschriften

Gunnar Kade, Karl Vorlaufer, Grundstücksmobilität und Bauaktivität im Prozeß des Strukturwandels citynaher Wohngebiete. Beispiel: Frankfurt/M.-Westend. Materialien zur Bodenordnung I, Frankfurt am Main: Selbstverlag des Seminars für Wirtschaftsgeographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main 1974.

Rolf Vogt, Rainer Werner Fassbinders »Der Müll, die Stadt und der Tod« – eine deutsche Seelenlandschaft, in: psyche. zeitschrift für psychoanalyse und ihre anwendungen, 4/1995, S. 309–372, Stuttgart: klett-cotta.

Karl Vorlaufer, Bodeneigentumsverhältnisse und Bodeneigentümergruppen im City-erweiterungsgebiet Frankfurt/M.-Westend. Materialien zur Bodenordnung II, Selbstverlag des Seminars für Wirtschaftsgeographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 1975.

Zeitungen und Publikumszeitschriften

(ap): »Verändertes« Fassbinder-Stück. Die Presse-Aufführung in Frankfurt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. 11.1985, S. 5.

(dpa): Nur Warnungen vor dem Fassbinder-Stück. »Der Müll, die Stadt und der Tod« in New York uraufgeführt, in: Kieler Nachrichten, 18. 4.1987, S. 23. Nahezu wortgleich in: Rheinische Post (Von nun an überall? Fassbinders »Müll« in New York uraufgeführt, 18. 4. 1987); Saarbrücker Zeitung (Die Proteste blieben aus, 18. 4. 1987, S. 5) oder Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ, Umstrittenes Fassbinder-Stück ohne Proteste in New York uraufgeführt, 18. 4. 1987).

Maike Albath: Als wär's ein Stück von Pasolini. Eine Aufführung von Rainer Werner Fassbinders »Der Müll, die Stadt und der Tod« wurde nach Protesten zuletzt auch in Berlin verhindert. Jetzt ist das umstrittene Schauspiel in Mailand zu sehen: ein Skandal?, in: Tagesspiegel vom 20. 11. 1998.

Bc., Müll, Stadt und Tod. Fassbinder-Premiere in Malmö, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 1. 1989, S. 23.

Albert Bechtold, Fassbinder-Stück bald auf anderen Bühnen? Der Verlag prüft alle Möglichkeiten – Erleichterung im Rathaus über die Absetzung, in: Südkurier vom 13. 11. 1985, S. 3.

Walter Boehlich, Frankfurt, Fassbinder und die Juden, in: Der Spiegel vom 4. 11. 1985, S. 294.

Georg Bönisch, Die deutsche Katastrophe, in: Der Spiegel vom 12. 3. 2007, online: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-50828283.html.

Magnus Brechtken, Über Albert Speer, den »guten Nazi«, Interview mit Joachim Frank, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 9. 2017, online: http://www.fr.de/kultur/ns-architekt-ueber-albert-speer-den-guten-nazi-a-1354494,0.

Henryk M. Broder, Antisemitismus – ja bitte! Ein Vorschlag für mehr Ehrlichkeit und weniger Heuchelei, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. 1. 1986, zugleich Nachdruck in Heiner Liechtenstein (Hg.): Die Fassbinder-Kontroverse oder das Ende der Schonzeit, Königstein: Athenäum 1986, S. 210–219.

Micha Brumlik, Krankfurt-Ballade in Manhattan. Nach der Uraufführung von »Der Müll, die Stadt und der Tod« ist Fassbinders umstrittenes Stück jetzt auch für andere Bühnen frei/Micha Brumlik plädiert dafür, das Stück in Grönland und Gabun, danach erst in der BRD aufzuführen, in: die tageszeitung vom 18. 4. 1987.

Micha Brumlik, Der Streit um Fassbinder. Das »Müll«-Stück: Spielen oder nicht?, Eine Umfrage, in: Der Tagesspiegel vom 3. 9. 1998.

Ignatz Bubis, »Mit einem Juden kann man nicht über Gas reden.« Über alten und neuen Rassismus in Ost- und Westdeutschland: »Früher wurde viel unter den Teppich gekehrt«, Interview mit Burkhard Saul, in: die tageszeitung vom 21. 9. 1992, S. 5.

Joseph Croitoru, Ein Kampf um Masken. Vergeblicher Enttabuisierungsversuch eines Tabus: Fassbinders »Müll«-Stück in Israel uraufgeführt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 4. 1999, S. 51.

Joachim C. Fest im Gespräch mit Jochen Kölsch, in: Bayerischer Rundfunk vom 8. 6. 2001, online: https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/joachim-fest-gespraech100.html.

Joachim C. Fest: Reicher Jude von links. Zu Fassbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 3. 1976.

Gisela M. Freisinger: Trash, the City and Death. Fassbinders umstrittenes Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod« wurde in New York uraufgeführt, in: die tageszeitung vom 29. 4. 1987.

Jürgen Habermas (1987), Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt. Erstveröffentlichung in: Die Zeit vom 11. 6. 1986, online: http://www.staff.uni-giessen.de/~g31130/PDF/Nationalismus/Habermas.pdf.

Benjamin Henrichs, Fassbinder, ein linker Faschist? Ein Dichter und ein Denker blamieren sich, in: Die Zeit vom 26. 3. 1976.

Georg Hensel, Der Täter als Opfer. Wie »Der Müll, die Stadt und der Tod« auf der Frankfurter Bühne aussieht. Keine Uraufführung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 11. 1985, S. 25.

Helmut Hetzel, Holland: Fassbinder-Stück nach Protesten abgesetzt, in: Die Presse vom 20. 11. 1987, S. 5.

Evelyn Holst, Hier ist mein Arsch, in: Der Stern vom 15. 4. 1987, S. 262–266.

Peter Iden, Das muß jetzt sichtbar werden für alle. Rainer Werner Fassbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod« uraufgeführt, in: Frankfurter Rundschau vom 5. 11. 1987, S. 8.

Boike Jacobs, »Oh, was für eine Dramaturgie!« »Der Müll, die Stadt und der Tod« in einer Exklusivvorführung für Journalisten, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 8. 11. 1985, S. 3.

Horst Jansen, Im Dickicht der Stadt. Zur Pressevorführung von Fassbinders Stück in Frankfurt, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. 11. 1985.

Rainer Jung und Angelika Ohland, Eine heikle Beziehung. Zwischen Juden und Nichtjuden gibt es viele Rituale. Und viele Abgründe. Nur Normalität ist rar. Interview mit Micha Brumlik, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 18. 9. 1998.

Oliver Kalldewey, Der Müll, die Stadt und der Skandal. Symposium zu Rainer Werner Fassbinder und zu Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit heute, in: Humanistischer Pressedienst vom 9. 11. 2015, online: https://hpd.de/artikel/12393.

Mit CamScanner gescannt

Klaus-Peter Klingelschmitt, »In Berlin sind die Empfindsamkeiten groß«. Micha Brumlik, für die Grünen im Frankfurter Stadtparlament, zum Streit um die Wiederaufführung des angeblich antisemitischen Fassbinder-Stücks »Der Müll, die Stadt und der Tod« in Berlin, in: die tageszeitung vom 1. 9. 1998, S. 2.

Henning Klüver, Alles nur Verlierer, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. 11. 1998.

Henning Klüver, Kein Skandal in Milano. Fassbinder als Therapeut, in: Basler Zeitung vom 21. 11. 1998 [gekürzte Fassung in: Süddeutsche Zeitung, 20. 11. 1998 unter: Alles nur Verlierer].

klw, Lachkrampf mit Albert Speer, in: Der Spiegel vom 29. 7. 2017, online: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-152378948.html.

Ewald König, Geht das Fassbinder-Stück nun an eine andere Bühne?, in: Die Presse vom 13. 11. 1985, S. 1.

Edith Kohn, »Ich war zu allem entschlossen«. Der Häuserkampf in Frankfurt, der Fassbinder-Konflikt und die jüdische Identität. Ignatz Bubis im Gespräch mit Edith Kohn, in: Frankfurter Rundschau vom 23. 4. 1993, S. 12.

James Leverett, Brave Bürgerkinder spielen Dekadenz. Die New Yorker Fassbinder-Premiere und das Elend eines Schulsystems, in: Frankfurter Rundschau vom 6. 5. 1987.

Giuseppina Manin, Fassbinder a teatro non è antisemita. Applausi ieri alla pièce-scandalo. Gli ebrei in platea: aiuta la nuova Germania a non dimenticare, in: *Corriere della Serra* vom 19. 11. 1998.

Golo Mann, Die Witterung des Geiers. Über Sebastian Haffner: »Anmerkungen zu Hitler«, in: Der Spiegel vom 24. 7. 1978, online: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40694126.html.

Eileen Myles, »City of the Damned«, *Native*, 20. 4. 1987.

Rudolf Neumaier, Die Mär vom »guten Nazi« Albert Speer, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. 5. 2017, online: https://www.sueddeutsche.de/kultur/zeitgeschichte-die-maer-vom-guten-nazi-albert-speer-1.3488568.

o. A., Der Müll, die Stadt und der Tod, in: Bochumer Anzeiger vom 22. 1. 1979.

o. A., »Die Bürde werde ich nicht mehr los«. Albert Speer im Spiegel-Interview, in: Der Spiegel vom 7. 11. 1966, online: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46414861.html.

o. A., Fassbinders »Müll«-Stück in Rotterdam abgesetzt. Heftige Diskussionen und Theaterbesetzung verhinderten Aufführung, in: General-Anzeiger vom 20. 11. 1987, S. 12.

o. A., Fest und seine Bücher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 9. 2006, online: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/joachim-fest-fest-und-seine-buecher-1354343.html.

o. A., Geschehen auf drei Spielebenen abgespult. Studiobühne zeigte Fassbinders Theaterstück »Der Müll, die Stadt und der Tod«, in: Ruhr-Nachrichten vom 24. 1. 1979.

o. A., Investitionsruine am Main, in: Die Zeit vom 11. 10. 1974, online: https://www.zeit.de/1974/42/investitionsruine-am-main.

o. A., Kein »Müll«-Stück in Rotterdam, in: die tageszeitung vom 20. 11. 1987, S. 6.

o. A., »Speer hat gelogen – und mehr verraten, als er mußte«. Joachim Fest im Interview mit der FAZ, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 5. 2005, S. 32, online: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/zeitgeschichte-speer-hat-gelogen-und-mehr-verraten-als-er-musste-1228868.html.

Arno Orzessek, Habermas. Fest und die »Rehabilitierung von Nazi-Denkern«, in: Deutschlandfunk vom 12. 11. 2006, online: https://www.deutschlandfunk.de/habermas-fest-und-die-rehabilitierung-von-nazi-denkern.691.de.html?dram:article_id=50141.

P. D., Nur »vorerst« verzichtet. Frankfurter Schauspiel setzt Fassbinder-Stück ab, in: Die Welt vom 13. 11. 1985, S. 25.

Naomi Pfeffermann, »Garbage, The City and Death«. Fassbinder's controversial last play, at one time denounced as anti-Semitic, opens at a Santa Monica theater, in: The Jewish Journal, Los Angeles, vom 21. bis 27. 2. 1997.

Renate Rehn, Hinter verschlossenen Türen. Fassbinders umstrittenes Stück als Probendurchlauf aufgeführt, in: Südkurier vom 6. 11. 1985.

Helmut Schmitz, Müllkutscher Fassbinder. Das Frankfurt-Stück des ehemaligen TAT-Direktors jetzt erschienen, in: Frankfurter Rundschau vom 12. 3. 1976.

Wolfram Schütte, Hinweis; und Einspruch gegen: Kurpfuscherei. Wie Joachim Fest »der Linken« ein häßliches Gesicht verpassen will, in: Frankfurter Rundschau vom 26. 3. 1976, S. 12.

C. Bernd Sucher, Von Schuld und Angst und Traurigkeit. Rainer Werner Fassbinders »Der Müll, die Stadt und der Tod« als Probe in Frankfurt, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. 11. 1985, S. 41.

Jan Süselbeck, Der verlorene Sohn. Joachim C. Fests Erinnerungen handeln vom zerrissenen Charakter seines Vaters. Seinem eigenen revisionistischen Geschichtsbild bleibt der Autor trotzdem treu, auf: Literaturkritik.de, https://literaturkritik.de/id/9999.

Michael Töteberg, Klage über die Kälte der Städte. Fassbinders »Müll«-Stück in Kopenhagen, in: Frankfurter Rundschau vom 20. 11. 1987, S. 7.

Jörg von Uthmann, Müllausfuhr am Lower Broadway. Fassbinders Stück ging in New York, fast unbeachtet, über die Bühne, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 4. 1987, S. 27.

Rainer Weber, Der reiche Jude in Manhattan, in: Der Spiegel vom 6. 4. 1987, S. 219.

Siggi Weidemann, Ein Jude für Fassbinder. Das »Müll«-Stück in Holland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 11. 1987, S. 27.

Siggi Weidemann, Streit um »Müll«. Eine geschlossene Vorstellung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 11. 1987, S. 29.

Siggi Weidemann, Täuschungsmanöver. Sensationelle Wende im Rotterdamer Fassbinder-Streit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 1. 1988, S. 21.

Konrad Wepfer, »Wir wollen keine Zensoren sein«. Warum Fassbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod« in New York keine Skandal provozierte, in: Jüdische Rundschau Basel vom 30. 4. 1987.

Gerhard Zwerenz, Linker Antisemitismus ist unmöglich, in: Die Zeit vom 9. 4. 1976.

Mit CamScanner gescannt

MARKUS MOHR

Die Israel-Palästina-Parolen der Hafenstraße in der Extremismusfalle

Boykottiert »Israel«!
Waren, Kibbuzim + Strände
PALÄSTINA – DAS VOLK
WIRD DICH BEFREIEN!
Revolution bis zum SIEG!
Parolen am Ostgiebel des Gebäudes St. Pauli Hafenstraße Nr. 106 vom 5. April bis 31. August 1988

Das Antisemitismus-Problem in der Linken (und weit darüber hinaus) spiegelt sich in Befindlichkeiten, die auf ein tief verwurzeltes Schema von Wahrnehmungen zurückgehen.
Martin Kloke, (Politikwissenschaftler) in einem Nachschlagewerk des BMI zum Extremismus, Juni 2004

Autonome Hausbesetzer in der Hamburger Hafenstraße stellten daneben eine Wandparole mit dem Slogan: »Boykottiert ›Israel!‹ Waren, Kibbuzim und Strände / Palästina – das Volk wird dich befreien / Revolution bis zum Sieg« zur Schau. Kritiker der antideutschen Szene sahen hierin wiederum deutliche Belege für einen ausgeprägten Antisemitismus von links.
Stefan Kestler, Vortrag auf einem Symposium des BfV am 5. Dezember 2005

Frei nach Motto des lateinamerikanischen Romanciers Eduardo Galeano, dass die Wand die Druckerei der Armen sei, konnte die Weltöffentlichkeit am Montagmorgen, dem 5. April 1988, ein mehr als 25 Meter hohes Wandbild an der Hafenstrasse Nr. 106 bestaunen. Eingefasst in die Gravur einer Fahne Palästinas und oben und unten mit zwei Schießprügeln einer AK 47 versehen, konnten nun Zehntausende von Hamburgerinnen, die sich alltäglich am Morgen durch die Hafenstrasse auf dem Weg zur Arbeit machen mussten, Folgendes lesen:

Boykottiert »Israel«!
Waren, Kibbuzim + Strände
PALÄSTINA – DAS VOLK WIRD DICH BEFREIEN!
Revolution bis zum SIEG!

Mit CamScanner gescannt

Die Parolen waren an dem dem Hafen zugewandten Ostgiebel des Hauses angebracht worden. Mit dem Argument, dass es »für 1,6 Millionen Hamburger unerträglich« sei, »in den Verdacht des Antisemitismus« zu geraten, und einer impliziten Räumungsdrohung sorgte der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau dafür, das dieses Wandbild am 31. August 1988 übermalt wurde.[1]

Die Parolen lösten heftige Kontroversen aus, die sich bis in die jüngste Gegenwart ziehen, und sie lassen auch heute niemanden kalt. So manchen gelten sie als antisemitisch, anderen auch als infam. Wieder andere sehen darin den Ausdruck einer internationalistisch-antiimperialistischen Solidarität mit der im Dezember 1987 eröffneten ersten Intifada in den besetzten Gebieten Palästinas, welche sich mit jedem Recht gegen den Staat Israel als Besatzungs- und Kolonialmacht gerichtet habe.

Mit einem Wort, zu den besagten Parolen gab es in unterschiedlichen

Kontexten unterschiedlich viele Aussagen, Bekenntnisse, Meinungen und Reflexe, und diese Diskussion hält bis heute an.[2]

In diesem Beitrag steht nicht die innerlinke Debatte darüber im Vordergrund, wie in einer auch heute noch notwendigen Palästina-Solidarität ein internationalistischer Bezug auf den dortigen Befreiungskampf gegen die israelische Okkupationspraxis noch klüger formuliert und ausgeübt werden kann.[3] Hier soll es vielmehr darum gehen, die Rezeption des besagten Wandbildes an der Hamburger Hafenstraße durch das Bundesinnenministerium (BMI) und seine nachgeordneten Behörden in der Zeit beginnend im Jahr 1988 bis in die jüngste Gegenwart nachzuzeichnen. Denn dass es sich beim BMI um einen ganz wesentlichen Player in der Innenpolitik der BRD handelt, erfahren nicht nur Autonome damals wie heute am eigenen Leib, das muss auch ein jeder Historiker wie jede Sozialwissenschaftlerin wissen, die auf sich hält. Evident ist hier allemal: Die Sicherheitsbehörden haben sich Zeit des

1 Rup, Voscherau verspricht: Parolen verschwinden/Kritik an der Lawaetz-Stiftung/Das Gerüst steht/Hafenstraße: Die Frist läuft ab, in: Hamburger Abendblatt vom 31. 8. 1988, S. 3.

2 Der Verfasser arbeitet aktuell an einem Buchprojekt unter dem Arbeitstitel: Denn was zeigt die Wand? Schleyers Kinder und die westdeutsch israelisch-jüdisch-palästinensische Gegenwart der Jahre 1987–1991.

3 Vgl. folgende Broschüren zu der Angelegenheit: Instruktiv, auch weil linkspluralistisch: Kommunistischer Bund, Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, Hamburg 1988. Anregend, weil einem leninistischen Antizionismus verpflichtet, der heutzutage kaum noch bekannt ist: Autonome Nahostgruppe Hamburg/Gruppe Arbeiterpolitik, Beiträge zur Diskussion: Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld, Bremen April 1989. Fundiert: Kommunistischer Bund, Redaktion Strassenmedizin, Zwei Jahre Intifada/Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven des palästinensischen Aufstands, Hamburg (Dezember) 1989. Irreführend, weil mit der Geschichte der außerinstitutionellen Linken brechend: Basisgruppe Geschichte, Calcül Nr. 6/Antisemitismus in der Linken, Göttingen 1999.

Projektes Hafenstrasse stets wenig freundlich dazu geäußert. Wie also haben sich die Sicherheitsbehörden zu dem Israel-Palästina-Wandbild damals wie heute geäußert? Eben das ist Gegenstand dieser Abhandlung.

Noch während der Barrikadentage vom November 1987 versuchte das Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg eine sich anbahnende Vertragslösung zwischen der Hafenstraße und dem regierenden Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit einem an die Presse gestreuten Papier zu hintertreiben. Darin wurde nicht ganz unzutreffend festgestellt, dass die besetzten Häuser als Symbol des »staatsfreien Teils der militant kämpfenden Linken« gelten.[4] Schon vorher hatten sich zunächst mit Friedrich Zimmermann und dann mit Wolfgang Schäuble zwei amtierende und mit Rudolf Seiters ein später eingesetzter Bundesinnenminister direkt – und wenig freundlich – zur Hafenstraße geäußert.

Das geschah allemal im Rahmen der Richtlinienkompetenz von Bundeskanzler Helmut Kohl, dem die Hafenstraße 1987 als ein »Herd der Gewalt« galt, die ihn allen Ernstes an »die Erfahrung der Weimarer Republik«[5] erinnerte. Und wenige Tage nach dem rassistischen Pogrom von Rostock fiel ihm im September 1992 in der Haushaltsdebatte des Bundestages die Hafenstraße als Ausdruck einer steigenden »Zahl gewalttätiger Ausschreitungen […] im Bereich der Extremisten von rechts und von links« ein. Er weigere sich »strikt dagegen, diesen Extremismus nur auf einer Seite zu sehen: Was in der Hamburger Hafenstraße in diesen Jahren passiert ist, geschah doch nicht durch Rechtsextremisten«.[6] In einem politikwissenschaftlichen Sinne war diese Aussage von Bundeskanzler Kohl, der noch zu Beginn des Jahres 1987 in einer Wahlkampfrede in Dortmund in der DDR »Konzentrationslager« entdeckt hatte,[7] so banal wie unpräzise, letzten Endes aber auf primitive Art und Weise richtig: Es ging um die Realisierung der schlichten politischen Absicht, die Aktivisten der Hafenstraße als »Linksextremisten« zu diskreditieren, die so ähnlich wie die Nazis von Rostock agierten.

4 O. N. (Hamburger Verfassungsschutz), Über »kämpfende« und »gemäßigte« Linke – Lagebericht des Hamburger Verfassungsschutzes über die Hamburger Hafenstraße vom 16. 11. 1887, dokumentiert in: ak Nr. 289 vom 14. 12. 1987, S. 10.

5 BT-Prot. 11/41 vom 24. 11. 1987, S. 2721/2.2.

6 BT-Prot. 12/103 vom 9. 9. 1992, S. 8742/3.

7 Vgl.: ban, Aufregung über ein Wort des Kanzlers/Rau: Kein Versprecher/Grüne: Völkisch-nationales Getöse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 1. 1987, S. 1. Kohl hatte auf einem Kongress seiner Partei gesagt: »Wer ja sagt zu dem Kontakt mit den Menschen, der muß ja sagen auch zu dem Gespräch mit der politischen Führung, ohne daß wir eine Minute vergessen, mit wem wir sprechen: eben nicht mit einer frei gewählten Regierung und auch mit einem politischen Regime, das immerhin 2.000 unserer Landsleute als politische Gefangene drüben in der DDR in Gefängnissen und Konzentrationslagern hält.«

Mit CamScanner gescannt

Für die führenden Innenpolitiker der Konservativen stellte sich die Hafenstraße in dieser Zeit als ein beunruhigender Ausdruck eines »rechtsfreien Raumes« dar oder gar als – wie es der spätere Bundesinnenminister Seiters formulierte – Ausdruck für eine schlimme »Erosion des Rechtsbewusstseins«.[8] Eingedenk der jahrzehntelang unter der Leitung ihres Vorsitzenden Helmut Kohl so umsichtig wie illegal besorgten Parteifinanzierung der CDU darf man unterstellen, dass die Besagten ziemlich gut und genau wussten worin die »Erosion des Rechtsbewusstseins« beziehungsweise ein »rechtsfreier Raum« bestand.[9]

In den Jahren 1986 bis 1991 war die Hafenstraße immer wieder Gegenstand der jährlichen Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Danach schien sie in Vergessenheit geraten zu sein, bis das BMI ab Mitte der 2000er Jahre etwas entdeckte, was ihr an dem Projekt Hafenstraße in den 80er und frühen 90er Jahren in doch bemerkenswerter Weise gar nicht aufgefallen war: Den linken Antisemitismus.

Die einschlägigen Veröffentlichungen des Bundesinnenministeriums und seiner nachgeordneten Behörden sind also zu befragen, ab wann am Projekt Hafenstraße ein »linker Antisemitismus« entdeckt wurde und warum erst so spät. Hier zeigt sich, dass es für die Sicherheitsbehörden nicht ganz einfach war, die für die Bonner Republik gültige Antitotalitarismus-Doktrin, die besagt, dass die Weimarer Republik nicht durch das tatsächlich aus der gesellschaftlichen Mitte heraus realisierte Bündnis zwischen den konservativen Eliten und der nationalsozialistischen Massenbewegung hinweggefegt, sondern durch die Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am Rand zerrieben wurde,[10] anschlussfähig für das Phänomen des Antisemitismus zu machen.

Soweit ersichtlich, geschah dies ungefähr Mitte der 2000er Jahre zunächst unter der Federführung von Bundesinnenminister Otto Schily und wurde dann diskursiv durch das BfV aufgenommen und weiter verfolgt. Parallel dazu trafen führende Vertreter der politischen Klasse in der BRD die Entscheidung, die noch stets ausgezeichnet funktionierenden bilateralen

8 BT-Prot. 11/41 vom 24. 11. 1987, S. 2708.

9 Vgl.: Hans Werner Kilz Flick, Die gekaufte Republik, Reinbek bei Hamburg 1984; Stephan Lamby, Egmont R. Koch, Bimbes, Die schwarzen Kassen des Helmut Kohl, SWR/ARD-Dokumentation, ausgestrahlt in der ARD vom 4. 12. 2017, online: https://www.swr.de/film/bimbes-die-schwarzen-kassen-des-helmut-kohl/-/id=5791128/did=20948908/nid=5791128/2jgl9u/index.html;, siehe auch: Hans Nütt, Späte Erkenntnisse: Die schwarzen Kassen des Helmut Kohl, auf: faz.net vom 3. 12. 2017, online: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/spendenaffaere-die-schwarzen-kassen-des-helmut-kohl-15322693.html.

10 Vgl.: M. Mohr, Vom Antifaschismus zur Extremismusprävention, in: Streifzüge Nr. 51 vom Mai 2011, online: https://www.streifzuege.org/2011/vom-antifaschismus-zur-extremismuspravention/.

Beziehungen zwischen der BRD und Israel unter die tückische Formel der »Staatsraison« zu subsumieren.

Auch das sollte nicht nur für die Partei Die Linke, sondern ebenso für die Wandparolen der Hafenstraße seine Folgen zeitigen.

Der »rechtsfreie Raum« Hafenstraße in der Perspektive des Bundesinnenministeriums in den 80er und 90er Jahren

Nach den tödlichen Schüssen eines Autonomen auf Polizeibeamte an der Starbahn-West in der Nacht vom 2. auf den 3. November 1987 war die Erregung allseits groß, und so nutzte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann die günstige politische Gelegenheit im Bundestag, Autonome als tötungsbereit zu kennzeichnen: Ihr »Hass, [die] Verwirrung und Missachtung menschlicher Werte [seien] nicht mehr steigerungsfähig«. Sie hätten zusammen mit den »Angehörigen des RAF-Umfeldes« nach einer Demonstration gegen den amerikanischen Präsidenten in Berlin vom Juni 1987 in einer »Manöverkritik« gesagt, »es seien zu wenige Polizeibeamte verletzt worden«. Und dann sei »am letzten Montagabend am Tor zur Startbahn-West, als die verletzten Polizeibeamten auf Tragbahren zu den Krankenwagen gebracht wurden, Beifall« aufgekommen, außerdem sei noch »gestern in der Hafenstraße« ein Transparent mit der Aufschrift: »Zwei Tote sind nicht genug« herausgehängt worden.[11] Ein paar Tage darauf rief Zimmermann auf dem CDU-Bundesparteitag unter zunächst lebhaftem Beifall der Delegierten viermal ein »Schluß« aus:

> Jetzt muß endlich Schluß sein mit dem vermummten Terror auf unseren Straßen. Nicht nur Schluß mit dem Schießen, auch Schluß mit Steinen und Molotowcocktails auf Polizisten. Schluß mit den rechtsfreien Räumen a la Hamburger Hafenstraße.[12]

Der CSU-Staatssekretär Carl-Dieter Spranger steigerte das Ganze von seinem Dienstherren gegen Autonome im Allgemeinen und gegen die Hafenstraße im Besonderen angestimmte Crescendo gegen die Hafenstraße noch einmal, als er auf der Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes in einem Grußwort Ende November 1987 auf die mutmaßlich ungeheure »Erregung und Empörung bei der Bevölkerung« verwies, die doch »immer wieder« miterleben müsse,

> wie schwarzvermummte Schlägerhorden durch Städte ziehen, sie wie in Berlin oder Göttingen verwüsten oder wie in Wackersdorf oder an der Startbahn West voll Haß und Brutalität die Polizei angreifen, verletzen, töten, Brand- und Sprengstoffanschläge öffentliches und privates Eigentum vernichten.

11 BT-Prot. 11/36 vom 5. November 1987, S. 2374, siehe auch: Bulletin der Bundesregierung vom 16. 11. 1987, online: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/1980-1989/1987/116-87_Zimmermann_1.html.

12 Friedrich Zimmermann, Grußwort auf dem 35. Bundesparteitag der CDU, 9. 11. 1987 in Bonn, Niederschrift S. 18.

Mit CamScanner gescannt

Und für die Hafenstraße hatte sich Spranger das Bonmot ausgedacht, dass sich dort

> Terroristen und ihr Anhang seit Jahren [...] verschanzen, »Krieg« – wie sie es nennen – gegen die Stadt und den Staat proklamieren und praktizieren, »Hochverrat« – wie es die FAZ nennt[,] betreiben und die politisch Verantwortlichen im Senat sich als unfähig erweisen, diesen Verbrechern Einhalt zu gebieten oder zur Rechenschaft zu ziehen.[13]

Mit Bemerkungen solcher Provenienz sind wahrlich alle Register der rhetorischen Ächtung des Feindes gezogen, wenn ausgerechnet autonome Hausbesetzern des »Hochverrates« bezichtigt werden.

Bei der Vorlage des Tätigkeitsberichtes des Bundesgrenzschutzes (BGS) für 1987 bezeichnete Zimmermann Anfang des Jahres 1988 unter Hinweis auf die »Exzesse der Gewalt in Berlin-Kreuzberg, an der Frankfurter Start-

bahn West und um die Hafenstraße in Hamburg« die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland als »angespannt«.[14] Kurz darauf informierte er vor der Polizei-Führungsakademie in Hiltrup die Anwesenden darüber, dass

> in teils heruntergekommenen Vierteln wie Berlin-Kreuzberg oder der Hamburger Hafenstraße [...] es anarchistischen Gewalttätern, Hausbesetzern, Alkohol- und Drogenabhängigen gelungen (sein soll) sich »staatsfreie« Räume zu schaffen.[15]

Ende Mai 1988 nutzte Zimmermann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 1987 noch einmal die Gelegenheit, die Hafenstraße explizit zu adressieren. Aus seiner Sicht hätten

> die Ausschreitungen von Linksextremisten im vergangenen Jahr und die Entwicklung in den besetzten Häuserblocks wie in der Hamburger

13 BKA; Kriminalitätsbekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe/Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes Wiesbaden vom 23. bis zum 26. November 1987, o.O. (Wiesbaden), o.J. (1987), S. 11/12. Eine Durchsicht für den Monat November 1987 ergab in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, anders als von Spranger behauptet, keinen Beitrag, in der die Hausbesetzer in der Hafenstraße des »Hochverrats« bezichtigt wurden. Selbst der allen linksradikalen Umtrieben fundamental abgeneigte Herausgeber Friedrich Karl Fromme verzichtete auch unter dem Eindruck der aufgeschichteten Barrikaden in der Hafenstraße auf diese Markierung. In einem Leitkommentar verwies er lediglich darauf, dass es doch »zweitrangig« sei, ob es zu einer Art »Friedensschluss« oder auch nur zu einem »Waffenstillstand zwischen den Hafenstraßen-Usurpatoren und dem Hamburger Senat« komme. Und dann beklagte er, »die sechs Jahre anhaltende Duldung eines Vorgangs, der in einem Rechtsstaat (das Wort fängt an, ein bißchen mulmig zu wirken) unerträglich ist.« Siehe: Friedrich Karl Fromme, Das ist Kein sicherer Friede, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.11.1987, S. 1.

14 CG, »Sicherheitslage angespannt«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.1.1988, S. 3.

15 AP, Auswüchse der Jugendrebellion, Zimmermann zu den Ursachen zunehmender Kriminalität, in: Bonner General-Anzeiger vom 12.2.1988, S. 3.

Hafenstraße und der Düsseldorfer Kiefernstrasse »unter Missachtung aller Rechtsnormen« […] ein »unerträgliches Maß« angenommen. Mehr noch: »Angehörige aus dem terroristischen Umfeld würden in den Gebäuden Unterschlupf finden.«[16] Allerdings ignorierte Zimmermann hier einen Zuruf aus der Springer-Zeitung *Die Welt* aus dem gleichen Monat. Ein Kommentar im Blatt hatte sich auch unter explizitem Hinweis, dass »an den früher städtischen Häusern an der Hafenstraße […] antiisraelische Hetzparolen hängen« einen »Hilferuf« der Deutschen Polizeigewerkschaft an die Bundesregierung zu eigen gemacht, dass nunmehr »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes« mit der Bundesexekutive vorzugehen sei.[17] So verpasste Zimmermann die gute Gelegenheit, sich auch einmal zu den Israel-Palästina-Wandparolen zu positionieren, wobei es ihm hier in Bezug auf den »Terror« wohl um Größeres ging. Auch als sich Zimmermann Ende Juni 1988 zu dem Angriff rechter Fußball-Hooligans auf die Hafenstraße äußerte, rutschte ihm kein Wort zu den Wandparolen heraus; dafür stellte er als überraschende Interpretation »eine Verbindung zwischen der Randale von Fußballfans und den angeblich ›rechtsfreien Räumen‹ in der Hamburger Hafenstraße und der Düsseldorfer Kiefernstrasse her«. Zusammengefasst sei, so Bundesinnenminister Zimmermann, »[d]ie ›Duldung‹ gewalttätiger Aktionen hier […] mitverantwortlich für die Ausschreitungen der Hooligans«.[18] In einem *Deutschlandfunk*-Interview zeigte er sich davon überzeugt, dass »die Duldung von rechtsfreien Räumen wie der Hamburger Hafenstraße […] nicht zu weniger, sondern zu mehr Gewalt geführt« habe.[19]

Anfang September 1988, gerade einmal zwei Tage, nachdem das Israel-Palästina-Wandbild übermalt worden war, fuhr sein Staatssekretär Carl-Dieter Spranger mit einem gepanzerten Dienst-Mercedes für gefühlte ewige zwei Minuten direkt vor die Häuser der Hafenstraße, um sich, so erzählte er es hinterher der Presse, über die Hafenstraße zu »informieren«. Zu dem Wandbild verlor er wie schon sein Minister kein Wort, allerdings war der informationshungrige Innenstaatsekretär so frei, die Einigung zwischen dem Hamburger Senat und HafenstraßenBewohnerInnen aus dem November

16 DPA, Die Rechtsextremisten werden aktiver. Verfassungsschutzbericht 1987 vorgelegt – Warnung vor KGB, Gewalt bei Demonstrationen, in: Bonner General-Anzeiger vom 27. 5. 1988, S. 3; siehe auch: ban, Zimmermann: Extremistische Gruppen gefährlich für innere Sicherheit, Mitgliederrückgang bei der DKP, Zahl politischer Gewalttaten gesunken, Verfassungsschutzbericht vorgelegt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. 5. 1988, S. 1.

17 ue Bahnsen, Hilferuf an Bonn, in: Die Welt-HH vom 7. 5. 1988, S. 23.

18 O. N., Holland ist Fußball-Europameister. Mit 2:0 siegten die Niederlande, in: die tageszeitung vom 27. 6. 1988, S. 1.

19 Sid, »Polizei nicht allgegenwärtig«: Zimmermann kritisiert Länder-Ministerien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. 6. 1988, S. 25.

Mit CamScanner gescannt

1987 in markanten Worten als einen »Friedensvertrag, der eine gewaltige Täuschung der Öffentlichkeit und Betrug« darstelle, zu bezeichnen, mehr noch: Es handele sich laut Spranger um »eine Kapitulation vor dem Recht […] eine Ermunterung für die Verbrecher-Cliquen«.[20]

Noch nicht einmal vom Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) unter der Leitung ihres ansonsten außerordentlich medienversierten Leiters Christian Lochte findet sich für die Öffentlichkeit – mit einer einzigen Ausnahme – eine Stellungnahme zu dem Israel-Palästina-Wandbild überliefert. Lediglich, als der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Erik Blumenfeld, mit der These, dass es doch die Palästinensische Befreiungsfront PLO sei, die mit »Geld« und Kontakten »hinter den anti-israelischen Aktionen an der Hafenstraße« stehe, die Öffentlichkeit aufzurütteln versuchte, da korrigierte ihn das LfV via *Hamburger Abendblatt* dahingehend, dass »die Aufrufe gegen Israel von den Hafenstraßen-Bewohnern und ähnlichen Gruppen selbst« ausgingen.[21]

Im Mai 1989 sah der neue Innenminister Wolfgang Schäuble mit Blick auf die »über Jahre hinweg geduldeten […] rechtsfreien Räume wie etwa in der Hafenstraße in Hamburg« bei den Bürgern den wachsenden Eindruck »mit Leib und Leben oder Eigentum dem Terror ausgeliefert zu sein«.[22] Und Mitte September 1990 beraumte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Überschrift »Planungen für terroristische Anschläge der RAF und der Hamburger Hafenstraße auf führende Politiker und Wirtschaftsführer« im Bundestag eine »Aktuelle Stunde« an, in der die Forderungen, »das Terroristennest« – so der Innenpolitische Sprecher der CDU Johannes Gerster – endlich auszuheben, nur so purzelten. Innenstaatssekretär Carl-Dieter Spranger meinte: »Das Projekt Hafenstraße als rechtsfreier Raum hätte schon lange vom Hamburger Senat beendet werden müssen.«[23]

20 bre/pum, Besuch aus Bonn an der Hafenstraße, Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (CSU): »Das ist eine Kapitulation vor dem Recht«, in: Hamburger Abendblatt vom 2. 9. 1988, S. 3.

21 HK, Hafenstraße Überfall, Wirte haben Angst, in: Hamburger Abendblatt vom 3. 9. 1988, S. 1 und 3.

22 BT-Prot. 11/142 vom 10. 5. 1989, S. 10502. Als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kam Schäuble noch im September 1993 in einer Bundestagsdebatte wieder auf »die Hafenstraße als rechtsfreie[m] Raum« zurück, die »immer noch nicht geräumt« sei. Und dazu assoziierte er in freier Rede »viele Plätze, insbesondere in großen Städten«, auf die man »zu vielen Tages- und Nachtzeiten nicht mehr hingehen kann« als Ausdruck eines »Rückzug[s] und eine Kapitulation des Rechtsstaates«, in: BT-Prot. 12/172 vom 8. 9. 1993, S. 14751.

23 BT-Prot. 11/225 vom 19. 9. 1990, S. 17772–17785; Siehe auch: DPA, Bundestag streitet um Hafenstraße, in: die tageszeitung vom 20. 9. 1990, S. 6; ban, Hamburg kündigt Räumung an, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 9. 1990, S. 4.

In Sachen Antisemitismus von links blieben die führenden Innenpolitiker der Union in den 80er Jahren also selbst dann stumm, wenn sich ihnen wie Spranger Anfang September 1988 eine günstige Gelegenheit bot, vollmundig dazu Stellung zu beziehen. Wie mögen in dieser Zeit nur die vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in ihren Jahresberichten prominent aufgenommenen Aktivitäten der Hafenstraße interpretiert worden sein? Der auf 200 bis 300 Seiten angelegte Jahresbericht lässt genug Platz für allerlei Mitteilungen; welche Rolle spielte also in den Jahren zwischen 1986 und 1990 dort der Antisemitismus im Linksextremismus im Allgemeinen und bei der Hafenstraße im Besonderen?

Erstmals wurde die Hafenstraße im Jahresbericht des Verfassungsschutzes explizit 1986 im Zusammenhang mit »terroristischen Aktivitäten sonstiger Gruppen« erwähnt. »Revolutionäre für ein feuriges Fest« hätten »in zeitlichem Zusammenhang mit einer gewaltbereiten Demonstration um den Erhalt der umkämpften Hafenstraße-Häuser« mit einer Serie von zwanzig Brandstiftungen in Hamburger Kaufhäusern, Einkaufszentren und Banken in der Weihnachtszeit »Konsum- und Finanztempeln« einen »Festbesuch« abgestattet. Ihre »Brandanschläge« seien »Antwort auf den Terror, die letzte Warnung vor der Räumung und Ausdruck ihrer praktischen Solidarität« mit den »Leuten in der Hafenstraße«. Sie seien gerne »Terroristen gegen das Gewaltmonopol des Staates«, zitiert der VS-Bericht sachlich aus dem Bekennerschreiben.[24]

Der Jahresbericht des Verfassungsschutzes aus dem Jahre 1987 kann im Kapitel über den Linksextremismus als eine einzige Hommage an die Hafenstraße gelesen werden. Es finden sich allein vier Abbildungen zu dem Objekt der Begierde, darunter auf fast einer ganzen Seite ein im Vierfarbdruck reproduziertes Plakat der Hafenstraße zur Solidarität mit der Revolution in Nicaragua. Hier ist es zweifellos ein großes Verdienst des BMI dieses beeindruckende Plakat in grafisch gelungener Aufmachung als ein Dokument überliefert zu haben, das ganz zu Recht an den weiten internationalistischen Horizont der Hafenstraßen-Aktivisten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erinnert. In dem Kapitel »Kampf um Freiräume« wurde die Hafenstraße von den Verfassungsschützer wie folgt gewürdigt:

> »Autonome« und »Häuserkämpfer« im ganzen Bundesgebiet solidarisierten sich mit den Bewohnern besetzter Häusern in Hamburg in der Hamburger Hafenstraße. Als die Besetzer in Hamburg im Herbst einen Pachtvertrag zunächst nicht abschließen wollten und zur gewaltsamen »Verteidigung« der Häuser rüsteten, reisten viele auswärtige Militante zur Unterstützung an; sie halfen die Objekte zu befestigen und Straßenbarrikaden zu bauen. Bei einem Protestumzug in Hamburg am 31. Oktober (insgesamt etwa 4.500 Teilnehmer) demonstrierten etwa 1.500 meist

24 VSB 1986, S. 136 f.

Mit CamScanner gescannt

> Vermummte, mit Lederjacken und Sturzhelmen ausgerüstete Personen ihre Kampfbereitschaft.[25]

Auch der VS-Jahresbericht 1988 wollte in dem Kapitel »Kampf um Freiräume« nicht auf ein illustratives Foto von einer Kletteraktion an einer Wand der Hafenstraße verzichten. Wie aber wurden die Israel-Palästina-Aktivitäten des Linksextremismus in jenem Jahr durch den Verfassungsschutz beurteilt? Um es gleich vorwegzunehmen: Antisemitismus, gar ein linker, war hier den Verfassungsschützern gar nicht aufgefallen. In einem langen Kapitel zu den »Aktionsfeldern« im Rahmen der »Dritte Welt Solidarität« heißt es hier lediglich, dass »parallel zu den Protesten gegen den IWF und Weltbank [...] Gruppen der ›Neuen Linken‹ auch ihre Solidarität für militante Palästinenser und für ›Befreiungsorganisationen‹ in der Dritten Welt, insbesondere in Südafrika und El Salvador« verstärkt haben. Und weiter wird ausgeführt:

> Im Dezember, zum Jahrestag des Beginns der Aufstandsbewegung der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (»Intifada«), beteiligten sich Linksextremisten in zahlreichen Städten an Solidaritätskundgebungen, sie forderten u. a. den Boykott israelischer Waren.

An anderer Stelle wird dem »Umfeld der Roten Armee Fraktion« attestiert »wie im Vorjahr« auch in »Zusammenarbeit mit anderen linksextremistischen Gruppen« den »palästinischen Befreiungskampf« als »ein weiteres Aktionsfeld« bearbeitet zu haben.

> Insbesondere zum Jahrestag zu Beginn der sog. Intifada, des von der PLO proklamierten Aufstands der Palästinenser in Israel und von ihm besetzten Gebieten, kam es zu zahlreichen Solidaritätsveranstaltungen. Dabei riefen Angehörige des RAF-Umfeldes nicht nur zur Bekämpfung des »Zionismus«, sondern auch zum Boykott israelischer Waren auf.

Erwähnung findet aber auch der Brandanschlag einer Gruppe der RZ auf das Verwaltungsgebäude einer Handelsfirma in Hamburg am 25. April 1988. Der Verfassungsschutzbericht referiert hier sachlich aus dem Bekennerschreiben, dass der Anschlag »mit deren Handelsbeziehungen zu Israel und Südafrika« begründet worden sei, und weiter:

> Beide Staaten verfolgten eine Apartheidpolitik, die eine enge Zusammenarbeit – etwa bei der Entwicklung und Herstellung gemeinsamer Waffen – mit sich bringe. Daher sei die Solidarität mit dem »Volksaufstand

25 VSB 1987, Die Abbildungen finden sich auf folgenden Seiten: S. 57 (Hafendemo vom 30. Oktober 1987 mit vielen vermummten und behelmten Aktivisten); S. 60 (Plakat der Hafenstraße zur Solidarität mit der Revolution in Nicaraguasolidarität); S. 67 (ein Foto, das eine Gruppe von Autonomen auf den Hausdächern der Hafenstraße zeigt); S. 68 (Foto von der mit Barrikaden versperrten Hafenstraße im November 1987). Das Kapitel »Kampf um Freiräume« findet sich auf S. 67 f.

im besetzten Palästina« und mit dem »Freiheitskampf« in Südafrika erforderlich.[26]

Auch in den beiden Folgejahren sucht man im Jahresbericht des Verfassungsschutzes im Abschnitt Linksextremismus den Begriff des Antisemitismus vergeblich. Die diesbezüglichen Einträge in den sogenannten Aktionsfeldern »Internationalismus Arbeit – Dritte Welt Solidarität« oder »Antiimperialismus«- und »Internationalismus«-Arbeit sind weitgehend identisch formuliert. 1989 kann man in Bezug auf ein Thesenpapier einer Palästina-Solidaritätsgruppe aus Hamburg vom August 1989 lesen:

> In der Palästina-Solidaritätsbewegung drängten Gruppen mit hohem Anteil »Autonomer« und »Antiimpis« auf einen strikten Anti-Israel-Kurs. Eine Unterstützung des palästinensischen Widerstands bedeute auch Kampf gegen die Grundlage des Staates Israel, gegen den »Zionismus«, die »Metropolen-Linke« dürfe sich nicht mit der Existenz dieses Staates abfinden.[27]

Ein Jahr später 1990 heißt es dann noch einmal knapp:

> Unter den Linksextremisten in der Palästina-Solidaritätsbewegung waren Autonome und »Antiimpis« mit ihrem strikt antiisraelischen Kurs weiterhin tonangebend; sie bestritten erneut das Existenzrecht des Staates Israel, der nur durch Expansion überleben könne; Israel sei der Kettenhund des Imperialismus gegen die arabischen Massen.[28]

Danach geriet das Projekt Hafenstraße im Allgemeinen und die in den Jahren 1988 bis 1990 geübte Palästina-Solidarität für die Sicherheitsbehörden der BRD für lange Jahre aus dem Blick. Das sollte sich dann aber im Verlauf der 2000er Jahre ändern. Die Notwendigkeit, die Geschichte linksradikaler Politik im Westdeutschland der 80er Jahre unter permanenten Verdacht zu stellen, besaß eine höhere Dringlichkeit, als sie einfach dem Vergessen anheimfallen zu lassen.

Fließende Übergänge, die Rhetorik des Verdachts und die Staatsraison – das BMI in den 2000er Jahren im Aufgalopp zum »linken Antisemitismus«

In einer längeren Abhandlung aus dem Jahre 2004 behandelt der Politikwissenschaftler Martin Kloke in einem vom BMI herausgegebenen Sammelband »Antizionismus und Antisemitismus« als eine mögliche Weltanschauung und als mutmaßlich existente »Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus«. Dabei stützt sich dieser Aufsatz, wie zuvor ein ähnlicher Beitrag in einem vom linken Hamburger Konkret-Verlag 2001 publizierten

26 VSB 1988. Das Foto von der Kletteraktion findet sich auf S. 78. Die weiteren Zitate finden sich auf folgenden Seiten: S. 75 f. (Dritte Welt), S. 89 (Umfeld der Roten Armee Fraktion) und S. 90 (RZ).

27 VSB 1989, S. 69.

28 VSB 1990, S. 54.

Mit CamScanner gescannt

Buch[29], wesentlich auf seine zunächst 1990 und dann 1994 ergänzte Doktorarbeit *Israel und die deutsche Linke*, die von ihm mehrfach in den Fußnoten herangezogen wird. Bemerkenswert ist dabei, dass der Verfasser sich hier explizit um eine begriffliche Unterscheidung zwischen Linksradikalismus und Linksextremismus bemüht, die im Ergebnis in eins mit der diesbezüglichen Definition der Sicherheitsbehörden fällt. Während nach Kloke der »Linksextremismus« dadurch gekennzeichnet sei, dass »mit totalitären Ansprüchen auftretende […] Gruppen« die parlamentarische Demokratie »mit mehr oder weniger ›revolutionärer Gewalt‹ zerschlagen« wollten, handele es sich beim »Linksradikalismus« »um eine noch verfassungskonforme Fundamentalkritik an angeblichen oder tatsächlichen Missständen in der offenen Gesellschaft«. Gleichwohl seien die Übergänge vom »Radikalismus« zum »Extremismus« fließend, zeigt sich Kloke überzeugt.

Wie hat aber nun der Autor versucht auszuweisen, was er unter Antisemitismus auf der einen beziehungsweise den Antizionismus auf der anderen Seite versteht? Handelt es sich hier um zwei völlig unterschiedliche Begriffe oder fallen sie letztlich doch in eins und wenn ja, warum? Die neugierigen Leser hätten hier allemal zu Beginn der Abhandlung eine Antwort verdient, handelt es sich doch um die beiden in diesem Aufsatz zentral zu dem Sachverhalt verhandelten Begrifflichkeiten.[30] Kloke hat sich aber dafür entschieden, eben das zu unterlassen. Was sich noch in dem Versuch einer Unterscheidung zwischen »Linksextremismus« zu »Linksradikalismus« als Problem stellt, nämlich dass die »Übergänge fließend« seien, wird hier zum Ausgangspunkt der Beschreibung: So nutzt Kloke seine Weigerung, hier eine sorgfältige Arbeit an den Begriffen vorzunehmen, in der Darstellung dazu, den Antizionismus mit dem Antisemitismus immer wieder mit mehr oder minder erfundenen feuilletonistisch anmutenden Formulierungen kreativ zu verknüpfen. So soll eine maoistische Gruppe aus der Neuen Linken Ende der 70er Jahre als Antwort auf die aufgeworfene Frage nach der Virulenz eines linken Antisemitismus erkannt haben, »dass ihr Antizionismus eine Platzhalter-Funktion für den gesellschaftsunfähigen Antisemitismus eingenommen hatte«, wodurch sie dann »auf Distanz zur ›Palästina-Solidarität‹« gegangen sei.[31] Der von

29 Martin Kloke, Zwischen Scham und Wahn, Israel und die deutsche Linke 1945–2000, in: Hermann L. Gremliza (Hg.), Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg 2001, S. 207–236.

30 Vgl. zur Unterscheidung: Moishe Zuckermann, Jenseits deutscher Reflexe. Resümee über Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik, in: Gerhard Hanloser (Hg.), Deutschland.Kritik, Münster 2015, S. 102–125.

31 Die von Kloke gewählte eigentümliche Formulierung eines mutmaßlich »gesellschaftsunfähigen Antisemitismus« entbehrt nicht ganz der Komik. Ist es denn nicht so, dass die Nazis mit ihrem Antisemitismus ab dem 30. Januar 1933 – umgangssprachlich formuliert – vielleicht nicht »Gesellschaft« aber eben doch einen ganzen Staat gemacht haben?

Kloke in weiterer Folge nicht einmal so unzutreffend bezeichneten »marginalisierten Linken« prophezeit er, dass in ihren Reihen »auch künftig ein Restbestand antizionistisch motivierter Protagonisten auftreten« werde. Um dann im nächsten Satz mit explizitem Bezug auf die Al-Aksa-Intifada und die Folgen des Terroranschlags auf die USA am 11. September 2001 zu formulieren:

> Nach allen Regeln historischer Erfahrung musste die antisemitische Saat genau in dem Moment aus dem kollektiven Unterbewussten aufgehen, als Rückschläge im nahöstlichen Friedensprozess das Bild des »hässlichen« Israeli zu zeichnen erlauben schien.[32]

Allerdings seien sich, so Kloke weiter,

> Teile der radikalen Linken […] durchaus der Gefahr bewusst, dass sie mit ihrem antizionistischen Eifer Gefahr laufen, in einem rotbraunen Morast zu versinken.

Am Schluss seiner Ausführungen raunt Kloke dann über »politisch-psychologisch unübersichtliche und ungewisse Zeiten«, in der das – wie er formuliert – »Antisemitismus-Problem in der Linken« letztlich zurückzuführen ist auf »Befindlichkeiten, die auf ein tief verwurzeltes Schema von Wahrnehmungen zurückgehen«.[33]

Lassen wir noch einmal eine Reihe von Begrifflichkeiten Klokes in Bezug auf den von ihm gezielt in den Antizionismus hineingerührten Antisemitismus Revue passieren, so vermengt der Politikwissenschaftler in seinen Ausführungen methodisch wie inhaltlich eine eigentümliche Mischung aus dem Bereich der Küchenpsychologie mit Formulierungen aus der Landwirtschaftskunde: Hier gedeihen dann in den »mentalen Landkarten des Antisemitismus« in einem »rotbraunen Morast« »antisemitische Saaten«. Und Kloke mag hier auch nicht darauf verzichten, in das Genre der Prognostik zu wechseln, wenn er der radikalen Linken für die Zukunft prophezeit, dass sie »noch stärker als bisher [versucht sein könnte] auf einem Antisemitismus-Ticket gesellschaftlich wieder Fuß zu fassen«.[34]

32 Diese Formulierungen hat Kloke fast direkt aus seinem Aufsatz in dem von Gremliza herausgegebenen Buch *Hat Israel noch ein Chance* recycelt. Dort schreibt er: »Der Autor dieser Zeilen [hat] […] immer wieder darauf hingewiesen, daß in einer marginalisierten Linken auch künftig ein Restbestand antizionistisch motivierter Protagonisten zu rechnen sein wird. Die antisemitische Saat geht stets dann aus dem kollektiven Unterbewussten auf, wenn Rückschläge im nahöstlichen Friedensprozess das Bild des ›hässlichen‹ Israeli zu zeichnen erlauben.« Kloke, Zwischen Scham und Wahn, a. a. O., hier: S. 223.

33 Martin Kloke: Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus, in: BMI (Hg.), Texte zur inneren Sicherheit, Extremismus in Deutschland, Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin, Juni 2004, S. 163–196. Die Zitate finden sich auf den Seiten: 164, 177, 182, 191, 195 und 196.

34 Martin Kloke, Antizionismus, a. a. O., S. 196.

Mit CamScanner gescannt

Die hier referierten Ausführungen Klokes stehen natürlich am dafür völlig geeigneten Ort, wenn man in Rechnung stellt, dass die Sicherheitsbehörden die außerinstitutionelle Linke selbstverständlich ständig unter Verdacht stellen; wobei ein von einem Anonymus oder ungenannten Autorenkollektiv verfasster Beitrag des BfV zum Linksradikalismus und dessen Position zur Nahost-Politik nicht fehlen darf.[35] Bundesinnenminister Schily, dem offenkundig in den 70er Jahren – als exzellentem Rechtsanwalt seiner Mandantin Gudrun Ensslin ab ihrer Verhaftung 1972 bis zum Ende des Stammheimer Prozesses – an der RAF auch nicht das Geringste in Sachen Antisemitismus aufgefallen ist,[36] würdigte diesen Sammelband als ein »Werk im Interesse der wichtigen Aufgabe einer nachhaltigen geistig-politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen«, das auch als »Nachschlagewerk« genutzt werden könne. Zwar war auch von Kloke hier schon mal der Ton einer Antisemitismusverquickung der radikalen Linken der BRD gesetzt – das Israel-Palästina-Wandbild der Hafenstraße, das sich aus seiner spezifischen Sicht ganz hervorragend zu Saatgut, rotbraunem Morast, Befindlichkeiten und mentalen Landkarten des Antisemitismus hätte hinzufügen lassen, war von ihm jedoch einer Erwähnung nicht für nötig befunden worden.[37] Dies wurde dann etwa zwei Jahre später von dem beim BfV angestellten Stefan Kestler nachgeholt. Auf einem Symposium des Bundesministeriums mit dem Titel »Antisemitismus und das linksextremistische Spektrum in Deutschland nach 1945« machte er sie zum Thema. Von Wolfgang Kraushaar, der von einem linksradikalen Frankfurter Sponti in den 70er Jahren zum Terrorismusforscher herabgesunken ist, ist von dieser Tagung und dem Auftritt von Kestler ein Bericht überliefert. Darin weist er darauf hin, dass sich das BfV

35 Vgl.: BfV, Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten, in: BMI (Hg.), Texte zur inneren Sicherheit, a. a. O., S. 197–210.

36 Eben das kann auch nicht in dem Kapitel »Hitlers Kinder? Der Antisemitismus und die neue Linke, in der instruktiven Schily-Biografie von Stefan Reinecke belegt werden«, in: S. Reinecke/Otto Schily: Vom RAF-Anwalt zum Innenminister, Biographie, Hamburg 2003, S. 115–122.

37 In seiner von Kloke mehrfach zitierten Dissertation finden auch die Hafenstraßen-Parolen sogar durch eine Abbildung des Titelcovers der KB-Broschüre vom Mai 1988 prominente Erwähnung. Zu diesem Zeitpunkt kritisierte er hier aber lediglich »volksmythologisch getönte Verlautbarungen« sowie einen »kruden Manichäismus«, in denen dem die autonomen Antizionisten realistische Politikkonzepte der »rechten« PLO-Führung abwechselnd als »liquidatorisch«, u. dgl. denunzieren würden. Mit dem Wandbild in der Hafenstraße würden »die militanten Autonomen bis heute ihre Sympathien für eine gewaltförmige ›Lösung‹ des Palästina/Israel-Konflikts auch mit grafischen Mitteln […] rigoros« zum Ausdruck bringen. Hier fiel Kloke dann »die von autonomen Akteuren mit buchhalterischer Sorgfalt betriebene optische Herabsetzung ›Israels‹ in Anführungszeichen« auf, in: Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt 1990, S. 155.

nach 9/11 entschieden habe, »seine Öffentlichkeitsstrategie zu ändern und seine interne Extremismusdebatte mit der von Fachleuten […] zusammenzuführen«. Aus diesem Grunde seien zu dieser in der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin-Pankow durchgeführten »Großveranstaltung […] Referenten aus dem universitären, dem journalistischen und dem geheimdienstlichen Bereich« eingeladen worden. Zusätzlich zu dieser von Kraushaar als ein »erprobte[r] Mix aus einem Drittel Wissenschaftlern, einem Drittel Journalisten und einem Drittel VS-Mitarbeitern« bezeichneten Versammlung von »Hunderten von Teilnehmern« seien noch der amtierende Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der Koordinator der Nachrichtendienste im Bundeskanzleramt, Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm, die jeweiligen Spitzen von BKA, BND und MAD, deren Kollegen aus anderen europäischen Ländern, insbesondere aus dem ehemaligen Ostblock, und neben Vertretern des Zentralrats der Juden in Deutschland auch der israelische Botschafter Schimon Stein anwesend gewesen. Aus der Sicht von Kraushaar sei dabei das »Extremismusfeld« Linksextremismus von Kestler hinsichtlich der »antisemitischen Bezüge« in einer Weise »abgearbeitet« worden, bei der ihm »schnell klar« geworden sei, dass daran »wenig auszusetzen« sei.[38]

Nachdem Kestler eine Publikation des in Coburg erscheinenden Magazins *Kult* aus dem Jahr 2002 mit ihrer Aufforderung »Don't buy Jewish!« als antisemitisch erkannt hatte, da sie »fatal an ähnlich lautende Parolen aus der NS-Zeit erinnerte«[39], fanden wohl erstmals in einer Publikation des Verfassungsschutzes die »Autonomen Hausbesetzer in der Hamburger Hafenstraße« eine diesbezügliche Markierung. Interessanterweise beließ es der Angestellte des BfV dabei, sich referierend auf »Kritiker der antideutschen Szene« zu beziehen. Er fasst hier einen Text des zuvor von ihm als »bekannten Exponenten der österreichischen Antideutschen« gewürdigten Politikwissenschaftlers, Stephan Grigat, zusammen, der in den Hafenstraßen-Parolen »deutliche Belege für einen ausgeprägten Antisemitismus von links« gesehen haben will. Weiter wird Grigat von Kestler folgendermaßen referiert: Der Staat Israel würde durch die in den Parolen vorhandenen Anführungszeichen delegitimiert, es fänden sich Anklänge an den nationalsozialistischen Judenboykott sowie »Begeisterung für Volk und Lebensraum«.

38 Wolfgang Kraushaar, Der Tabubruch: Vor 50 Jahren, am 9. November 1969, scheiterte ein Attentat auf das Jüdische Gemeindehaus in der Fasanenstraße. Ziel war die dortige Veranstaltung zum Gedenken an die Pogrome der Nationalsozialisten in der Nacht vom 9. November 1938. Die Täter waren Linksterroristen, die Bombe kam vom Verfassungsschutz, in: die tageszeitung vom 9. 11. 2019, S. 44 f.

39 Vgl. auch: o. N., Volksverhetzung. Aufruf zum Israel-Boykott: »Don't buy Jewish«, schrieb der Chefredakteur des Coburger Szene-Magazins ›Kult‹. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Volksverhetzung«, in: Der Spiegel vom 18. 4. 2002, online: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/volksverhetzung-aufruf-zum-israel-boykott-a-192330.html.

Mit CamScanner gescannt

Referiert der lohnabhängig Beschäftigte des BfV den antideutschen Kritiker nur oder übernimmt er das Referierte als seine eigene Position, pardon, als die seiner Behörde, deren Dienstrecht er unterliegt? Das lässt sich aus der zitierten Passage nicht beantworten. Dabei ist es Kestler selbst, der in dem Resümee seiner Abhandlung die gar nicht einmal unzutreffende Beobachtung einer allerdings komplizierten »innerlinken Debatte über das Auftreten von Antisemitismus« notiert, die dazu führe, dass, wie er weiter ausführt, »sich alle Diskutanten vorwiegend (und insbesondere im Falle des linken Antisemitismus) auf eine ›Rhetorik des Verdachts‹ [stützten]: Dass nämlich das, was gesagt wird, in Wirklichkeit anders gemeint sei, dass also Israelkritik lediglich als Vorwand diene, um antisemitisches Gedankengut zu verbreiten«.[40] Und mit diesem Wissen kolportiert der Verfassungsschutzmitarbeiter in aller Unbefangenheit die Zurufe eines »bekannten Exponenten der österreichischen Antideutschen« zur Hafenstraße.

Auf der anderen Seite ist es evident, dass man sich in eine logische Unmöglichkeit verrennt, wenn man an Texten von Geheimdienstmitarbeitern Parameter wie Offenheit, Richtigkeit und argumentative Transparenz anlegt. Die subjektive Wahrhaftigkeit der Staatsschutzaussagen erschöpft sich schließlich im Rahmen der gegen »Extremisten« wehrhaft (aber stets »marktkonform«) sich positionierenden parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Vor dem Hintergrund dieser Wehrhaftigkeit ist es den Staatsschützern aber immer erlaubt zu unterstellen, dass die manifeste Sprechintention von »Extremisten« eben nicht so gemeint sei, wie sie geäußert wird.

Der Staatsschützer Kestler zitiert hier einen als Quelle mehr als dubiosen Kombattanten im innerlinken Streit. Dessen Aussage wird in der Fußnote 162 mit Überschrift, wenn auch ohne Ort und Datum, aber mit einem Internetlink ausgewiesen.[41] Ruft man diesen heute auf, landet man leider im Nirgendwo. Gibt man Grigat als Autor mit der besagten Überschrift ein, findet man aber einen Text aus dem Jahre 2002 auf der Internetplattform hagalil.com,[42] wo sich das von Kestler Referierte auch so findet.[43]

Ende 2006 erfolgt erstaunlicherweise in einem von dem freien Journalisten Daniel Kilpert verfassten Beitrag auf der Onlineplattform der Bundes-

40 Stefan Kestler, Antisemitismus und das linksextremistische Spektrum in Deutschland nach 1945, in: BMI (Hg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs. Publikation der Vorträge des Symposiums des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 5. Dezember 2005, Berlin 2006, S. 75–107, hier: S. 48.

41 Vgl.: FN 162 Stephan Grigat, Antisemitismus und Antizionismus in der Linken, online: http://www.antisemitismus.net/antisemitis-mus/linke/einleitung-05.htm.

42 Vgl.: Stephan. Grigat, Antisemitismus und Antizionismus in der Linken, auf: hagalil.com 18. 4. 2002, online: http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/linker-antisemitismus.htm.

43 Stefan Kestler, a. a. O., S. 101.

zentrale für politische Bildung (BzpB) kein Hinweis auf einen mutmaßlichen Antisemitismus der Wandparolen.[44] Das ist in Bezug auf diesen Autor etwas überraschend, schließlich hatte er noch im Jahr 2004 in einem Zeitschriftenbeitrag über den »Antisemitismus und Antizionismus in der radikalen Linken« nach 1967 die Hafenstraße als eines der Beispiele von linkem Antisemitismus eingereiht neben: den Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Westberlin 1969, »die Lobeshymnen der RAF und linksradikaler Gruppen anlässlich der Ermordung israelischer Olympiasportler 1972 in München«, die »Selektion der Flugzeuginsassen [von Entebbe] in jüdische und nicht-jüdische« und die »Demonstrationen gegen den Krieg Israels im Libanon in den achtziger Jahren«.[45] Doch davon ist nun in dem auf der Onlineplattform der Bundeszentrale gleich zweimal verlinkten Beitrag keine Rede mehr. Schwer zu sagen, ob man Kilpert hier der Schlampigkeit bezichtigen soll, oder ob er für seinen im Internet publizierten Text Zeichenvorgaben zu erfüllen hatte, wo eben auch mal »weitere Beispiele« für das, was ohnehin unstrittig war, entfallen müssen.

So lässt sich zunächst einmal konstatieren, dass seitens des BMI Mitte der 2000er Jahre zwar der Antisemitismus im Linksextremismus – siehe Kloke – irgendwie und mit den stets unspezifisch gehaltenen Übergängen ›dingfest‹ gemacht wurde, die Markierung der Wandparolen der Hafenstraße in diesem Zusammenhang aber unklar geblieben ist. Das sollte sich ein paar Jahre später durch den ersten Mitte November 2011 vom »Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus« erstellten sogenannten Antisemitismus-Bericht gravierend ändern. Der besagte Expertenkreis war unter der Federführung des BMI in Folge einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsinnenausschusses vom Juni 2008 eingerichtet worden. Eine Zeit lang war dabei von dem presseöffentlich als »äußerst angriffslustigen Publizisten« bezeichneten Henryk M. Broder die Rede, der seitens der CDU/CSU »als Vorsitzender des Gremiums« installiert werden sollte. Doch dagegen habe es – so vermeldet der in vielfältiger Weise mit den Sicherheitsbehörden in der BRD vernetzte Journalist des *Tagesspiegels* Frank Jansen – reichlich Widerstand gegeben.[46]

In dem Anfang August 2009 von Innenminister Wolfgang Schäuble im Bundeskabinett vorgestellten zehnköpfigen »Expertengremium« tauchte Bro-

44 Vgl.: Daniel Kilpert, Antisemitismus von links: Antisemitismus von links? Das ist vielen auch heute noch neu. Er zeigt sich unter anderem als kompromisslose Parteinahme für die Palästinenser und im teilweise antisemitischen Vokabular der Globalisierungskritiker, auf: Bundeszentrale für politische Bildung vom 26. 11. 2006, online: http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33604/antisemitismus-von-links?p=all und auch hier: http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37960/antisemitismus-von-links.

45 Daniel Kilpert, Links und Judenfeindlich, Antisemitismus und Antizionismus in der radikalen Linken, in: Tribüne Nr. 169/2004, S. 119–132, hier: S. 120 ff.

46 Frank Jansen, Gut Ding hat Weile, Ein Expertengremium zum Thema Antisemitismus ist noch immer nicht berufen, in: Tagesspiegel vom 4. 6. 2009, S. 5.

Mit CamScanner gescannt

der dann auch tatsächlich nicht mehr auf. Allerdings wurde von Schäuble der bereits von Jansen angekündigte Professor Traughber in dieses Gremium berufen.[47] Jansen hatte diesen als »ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz« eingeführt, weil er sich »schon lange mit Antisemitismus und Rechtsextremismus befasst« habe.[48] Mitte September 2009 trat der Expertenkreis erstmals im Bundesinnenministerium zusammen.

Von einem antisemitischen Hintergrund zu antisemitischen Motiven – die Wandparolen in der Interpretation der Sicherheitsbehörden

Der Bericht des beim BMI angesiedelten Unabhängigen Expertenkreises wurde dann Mitte November 2011 sowohl als Broschüre des BMI als auch als Drucksache des Bundestages veröffentlicht. In ihm wurde – wenig überraschend – der Antisemitismus in das Schema der Extremismusdoktrin gepresst, die als die zentrale Matrix der Staatsraison in der BRD gelten kann. In nicht unwesentlicher Form, so kann vermutet werden, war für die Tätigkeit dieses Gremiums die Richtlinienkompetenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel bedeutsam. In ihrer Rede vom Juni 2009 bringt sie die aus den in Konzentrationslagern wie Buchenwald verübten faschistischen Bestialitäten erwachsenen »Verpflichtungen« für die Gegenwart gerade nicht auf die Formel: »Nie wieder Faschismus!«, sondern fasst sie zusammen als: »Wir gehen gegen Terror, Extremismus und Antisemitismus vor.«[49] In eben dieser Trinität wird der Antisemitismus nicht zentral dem Faschismus, sondern ganz allgemein dem »Terror« wie »Extremismus« zugeordnet. Und gerade die Hafenstraße stand, zumindest aus der Perspektive des BMI, schon in der zweiten Hälfte der 80er Jahre immer auch für »Terror« wie »Extremismus«. Autonome, wie beispielsweise die Hafenstraßen-Bewohner, im Staatsschutzjargon: »Linksextremisten« dürfen sich also von so einer Arbeitsgrundlage des beim Bundesinnenministerium angesiedelten Expertenkreises Antisemitismus direkt angesprochen fühlen.

So sind in dem Bericht den Rechts- und Linksextremisten sowie den Islamisten gleich zu Beginn dreißig lange Seiten gewidmet. Während es der aus der allerjüngsten Gegenwart hervorsprudelnde Antisemitismus des »Rechtsextremismus« dort auf gerade mal acht Seiten bringt, findet sich der als eigentümlich subtil verstandene Antisemitismus der außerinstitutionellen Linken

47 Vgl.: Matthias Meissner, Schäuble beruft Expertenkreis gegen Antisemitismus, in: Tagesspiegel vom 6. 8. 2009, S. 4.

48 Frank Jansen, Gut Ding hat Weile, Ein Expertengremium zum Thema Antisemitismus ist noch immer nicht berufen, in: Tagesspiegel vom 4. 6. 2009, S. 5.

49 Angela Merkel, Ansprache beim gemeinsamen Besuch der Gedenkstätte Buchenwald mit Präsident Barack Obama und Elie Wiesel am 5. Juni 2009 in Buchenwald, in: Bulletin 67-1 der Bundesregierung vom 8. 6. 2009, online: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/06/67-1-bk-obama.html.

unter Rückgriff auf ihre vierzig Jahre lange Geschichte und inklusive eines langen Fachgutachtens zur globalisierungskritischen Organisation Attac auf zwölf Seiten umfassend gewürdigt.

Die wesentliche Vorlage zu dem Kapitel »Antisemitismus und Linksextremismus. Eine Analyse zur Israel- und Kapitalismuskritik im öffentlichen Diskurs« wurde dabei von dem bis zum Jahr 2004 als Referatsleiter in der Abteilung II Rechtsextremismus im BfV tätigen Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber verfasst.[50] Danach erhielt er in die ebenfalls beim BMI angesiedelte Hochschule des Bundes einen Ruf als Professor, wo er heute noch tätig ist.[51]

Er war es denn auch, der in einer vorangegangen Veröffentlichung die Wandbilder der Hafenstraße entsprechend markierte. Dabei wurden in seinem für die Reihe *Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung* verfassten Beitrag die diesbezüglichen Zuweisungen etwas schärfer formuliert als in der dann im Antisemitismusbericht von den anderen Sachverständigen übernommene Fassung. Wenn Pfahl-Traughber deklamiert, dass »folgende Gesichtspunkte [...] für einen antisemitischen Hintergrund« der Hafenstraßen-Parolen sprächen, so wurde diese apodiktische Aussage vom

50 Vgl. zur beruflichen Vita von Pfahl-Traughber seine eigenen Angaben: o. N., Aus dem G-Gang zum Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. 10 Fragen an Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber!, Armin Pfahl-Traughber im Portrait, auf: www.uni.marburg vom 24. 8. 2010, online: https://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/alumni/ehemalige/alumniportraits/arminpfahltraughber.

51 Vgl. den Auftritt von A. Pfahl-Traughber auf der Homepage der Hochschule des Bundes, online: https://www.hsbund.de/SharedDocs/Kontaktdaten/4_Dozenten/Dozenten_ND_BfV/Pfahl-Traughber.html. Die Rolle und Bedeutung von Pfahl-Traughber in seiner Funktion als langjähriger Mitarbeiter in der Abteilung II Rechtsextremismus des BfV zusammen mit seinen Dienstkollegen Axel Minrath, Martin Thein, und Christan Menhorn bei der Entstehungs-, Formierungs-, und der Praxisphase des rechtsterroristischen »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) sowie in seiner nachträglichen minimalisierenden Interpretation kann kaum unterschätzt werden. Er war es, der bis zum November 2011 in einer Vielzahl von Beiträgen in Fachzeitschriften der Sicherheitsbehörden die Existenz von Nazi-Terror wider besseres Wissen verneint hat. Und er war es auch, der die gerade mal vier Wochen nach der Selbstenttarnung des NSU erteilte Marschroute der Bundesanwaltschaft, es handele sich beim NSU gerade nicht um ein »Netzwerk von Kameraden« wie es zutreffend im Selbstenttarnungsvideo hieß, sondern lediglich um ein »Trio«, in der Weise umsetzte, dass er eben dieses »Netzwerk von Kameraden« nicht als »Struktur«, sondern lediglich als isoliert agierende »Zelle« erklärte, die leider, leider durch die Sicherheitsbehörden nun wirklich nicht habe entdeckt werden können. Wenn man das weiß und in Rechnung stellt, dann soll sich jeder selbst einmal die Frage stellen, was von dem Urteil solcher »Sachverständigen« in Sachen »linker Antisemitismus« zu halten ist.

Mit CamScanner gescannt

Expertenkreis durch das Füllsel »möglicherweise« ein bisschen eingeschränkt. Für die Fassung des Expertenkreises wurde allerdings die Erwägung von Pfahl-Traughber übergangen, dass »die ideologischen Hintergründe für diese Parole angesichts der politischen Ausrichtung der Autonomen mehr im ausgeprägten Antiimperialismus denn in dezidierter Judenfeindschaft gesehen werden« müssten. Ein Grund dafür könnte gewesen sein, dass der Expertenkreis zu der Zeit noch nicht über genügend Zeit und Ressourcen verfügte, nun auch noch den gesamten Antiimperialismus als antisemitisch abzuhandeln, wie es die Logik anderer auch im Verfassungsschutzmilieu rezipierter Antisemitismuskritiker impliziert.[52] Der von Pfahl-Traughber vorgefertigte und dann vom Expertenkreis übernommene Merksatz zu den Wandbildern der Hafenstraße lautete sodann:

> Das Existenzrecht Israels wird mit den Anführungszeichen in Zweifel gezogen, die Boykottforderung erinnert an die NS-Parole »Kauft nicht bei Juden«, und die Anrufung des Volkes offenbart nationalistische Prägungen.[53]

Doch für den als Direktor des Berlin International Center for the Study of Antisemitism (BICSA) amtierenden Dr. phil. Clemens Heni, war diese Einschränkung völlig unakzeptabel. Schon einen Tag nach der Veröffentlichung des Antisemitismusberichts marschierte er, der sich wohl noch im Januar 2001

52 Zu verweisen ist hier auf die Auslassungen von Thomas Haury zu einer mutmaßlich »strukturellen Nähe« des Antiimperialismus zur »antisemitischen Logik«: Thomas Haury, Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken, in: Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Nathan Sznaider (Hg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt am Main, 2004, S. 143–166; Haury hatte diesbezügliche zum ersten Mal in einem recht schlicht geratenen Aufsatz von 1992 auf dünner Quellenbasis dem Antiimperialismus strukturell antisemitisches Denken nachweisen wollen: Thomas Haury, Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlev Claussen, Freiburg 1992, S. 125–159. Dieser Aufsatz darf ebenfalls als nachgezogenes Dokument eines innerlinken Fraktionskampfes zwischen Freiburger Antiimperialisten auf der einen und einer Fraktion von akademischen Ideologiekritikern aus dem Umfeld der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) gelesen werden.

53 Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus und Linksextremismus. Eine Analyse zur Israel- und Kapitalismuskritik im öffentlichen Diskurs; hier Kapitel 11: Die Auseinandersetzung von »Antideutschen« und »Antiimperialisten«, in: Helmut Fünfsinn, Armin Pfahl-Traughber (Hg.), Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus, Brühl 2011, S. 151–169, hier: S. 165 f. Die ansonsten gleichlautenden Aussagen finden sich in: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, 12558420 Bundestagsdrucksache 17/7700 vom 10. 11. 2011, hier: S. 26.

als Mitläufer der autonomen Szenerie in der Hansestadt Bremen zurechnete,[54] gegen den Bericht auf, um einen »links-autonomen-antiimperialistischen Antisemitismus« als Tatsache zu beschwören:

> Mehr noch: bei der Darstellung des links-autonomen, antiimperialistischen Antisemitismus schreibt der Bericht ernsthaft, […] [dass] dieser linke Antisemitismus, der für einen Israelboykott agitierte, […] nur »möglicherweise für einen antisemitischen Hintergrund« (sprache). »Möglicherweise«! Man muss sich bei solchen Worten vergegenwärtigen, dass 10 Experten, darunter renommierte Professoren und wissenschaftliche Angestellte mit jahrzehntelanger Erfahrung, diesen Bericht geschrieben haben.[55]

Wie mag aber nun der Expertenkreis seine gleichfalls wenig freundliche Sicht auf die Hafenstraße mit einem Begriff von Antizionismus in Bezug gesetzt haben? In dem Abschnitt zu »Antisemitismus – Kontext und Definition« führt er zum »antizionistischen Antisemitismus« unter anderem aus, dass dieser

> unter dem Deckmantel einer Ablehnung der Innen- und Außenpolitik des Staates Israel auf[trete], der im Kern aus einer besonderen ideologischen Verzerrung und pauschalen Diffamierung des jüdischen Staates besteht, die sich zugleich traditioneller antisemitischer Stereotype bedient. Dabei lässt sich das eigentliche Motiv für die Aversion gegen Israel einzig in der Tatsache der Existenz eines jüdischen Staates ausmachen.[56]

Eigentümlicherweise wurde aber vom Expertenkreis darauf verzichtet, diese Qualifizierungen einmal am Beispiele der Hafenstraßen-Parolen durchzuargumentieren. Von einiger Brisanz und letzten Endes auch nicht ohne Komik liest sich der in die Überlegungen zum antizionistischen Antisemitismus unvermittelt nachgeschobene Merksatz: »Nicht jede einseitige oder undifferenzierte Kritik an Israel ist jedoch antisemitisch.«[57] Wohl wahr: Hätte der Expertenkreis seine eigenen Überlegungen ernst genommen, dann hät-

54 Vgl. die von Heni auf seiner Homepage ins Netz gestellte Broschüre: »We don't like your love-song. Kritik des Antizionismus der Revolutionären Zellen – und anderer Linker heute«, o. O. (Bremen) o. J. (2001), zu der er sich als »Co-Autor« bekennt; siehe: http://www.clemensheni.net/we-dont-like-your-love-song-kritik-des-antizionismus-der-revolutionaeren-zellen-und-anderer-linker-heute/.

55 Direktor des Berlin International Center for the Study of Antisemitism (BICSA) Dr. phil. Clemens Heni, Ist eine »undifferenzierte« Neuseelandkritik OK? – Eine Kritik des Berichts des »Expertenkreises Antisemitismus«, veröffentlicht am 12. 11. 2011. Dieser Beitrag ist ohne Begründung nicht mehr auf der Website des Direktors des Berlin International Center for the Study of Antisemitism (BICSA) Dr. phil. Clemens Heni verlinkt. Man findet ihn aber im Netz unter: http://www.academia.edu/4450815/Experten_des_Deutschen_Bundestags_und_der_Antisemitismusbericht_-_eine_undifferenzierte_Neuseelandkritik.

56 Expertenkreis Antisemitismus beim BMI, a. a. O., S. 12.

57 Ebenda.

Mit CamScanner gescannt

ten die Hafenstraßen-Parolen in seinem Bericht natürlich gar nicht erwähnt werden dürfen. Dass sie dennoch prominente Aufnahme gefunden haben, ist eben auf die Wucht wie Reichweite der Extremismusdoktrin zurückzuführen, in dessen Schema nun auch der Antisemitismus gepresst zu werden hatte. Ganz folgerichtig fiel denn auch dem Expertenkreis in seinen »Handlungsempfehlungen« als erster Vorschlag ein, dass in dem vom BMI »herausgegebenen Verfassungsschutzbericht ebenso wie [in den] entsprechenden Berichte[n] der Länder künftig ein Kapitel zum Antisemitismus in linksextremen und islamistischen Gruppen und Zirkeln nach dem Vorbild des jährlichen Berichtsteils zum Rechtsextremismus im Bundesbericht« aufzunehmen sei.[58]

Pfahl-Traughber ließ es leider nicht bei seiner Markierung der Wandbilder in der Hafenstraße als »antisemitisch« im Jahre 2011 bewenden. Er drängte

ihn, sich noch einmal dazu ins Verhältnis zu setzen. Nun ging es nicht um jenseits aller Wirklichkeit angesiedelte Betrachtungen eines mutmaßlichen Antisemitismus im Linksextremismus sui generis wie noch in dem Bericht des Jahres 2011, nun musste dieser auch noch »im Vergleich« mit den »Rechtsextremisten« verhandelt werden, banales wie heimtückisches Motto hier: »Gemeinsamkeiten, Unterschiede in Ideologie, Agitation und Gewalthandlungen.« Und das alles auch noch auf einer Ende November 2015 im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V. und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V. in Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ausgerichteten Tagung zum Thema »Antisemitismus in der DDR und die Folgen«. Ist denn womöglich die Hamburger Hafenstraße Zeit ihres Bestehens in der DDR und gerade nicht im norddeutschen Raum lokalisiert gewesen?

Dabei lässt Pfahl-Traughber in einem Unterkapitel »Antisemitismus in der Agitation des Linksextremismus« die LeserInnen zwar einleitend wissen, dass sich eigentlich »beim gegenwärtigen Linksextremismus in der Bundesrepublik […] kein antisemitisches Selbstverständnis ausmachen« lasse, um dann gleichwohl in einem historischen Salto rückwärts noch einmal auf die Wandbilder der Hafenstraße zurückzukommen. Denn, so weiß er zu berichten, »bei der Einstellung zu Israel und der Frage nach einem möglichen antizionistischen Antisemitismus« verhalte es sich dann doch wieder anders, denn hier ahne man ja wohl um die »Grundlage für eine breit auszumachende feindliche Einstellung gegenüber dem Staat«. Um dann präzisierend fortzufahren:

> Mitunter gibt es Aussagen aus dem Linksextremismus, welche unterschiedliche Deutungen in diesem Sinne gestatten. Dies soll hier an einem Beispiel aus dem Bereich der »Autonomen« aufgezeigt werden: Mitte der 80er Jahre konnte man an einem besetzten Haus in der Hamburger

58 Ebenda, S. 185.

Hafenstraße folgende Parole in großen Lettern lesen: »Boykottiert ›Israel‹, Waren Kibbuzim + Strände. Palästina – das Volk wird dich befreien …« Und dann recycelte Pfahl-Traughber einfach seine Formulierung aus seinem 2011er-Text – allerdings mit einer kleinen semantischen Verschiebung:

> Folgende Gesichtspunkte könnten für eine antisemitische Motivation sprechen: Das Existenzrecht Israels wird mit den Anführungszeichen in Zweifel gezogen, die Boykottforderung erinnert an die NS-Parole »Kauft nicht bei Juden«, und die Anrufung des Volkes offenbart nationalistische Prägungen. Gegen eine solche Interpretation spricht aber der Hinweis auf die ideologische Grundeinstellungen und Hintergründe für diese Formulierung, die bei den Autonomen in einem ausgeprägten Antiimperialismus und nicht in dezidierter Judenfeindschaft besteht. Für letzteres lassen sich in dieser Szene keine verallgemeinerbaren Belege finden.[59]

Nun war Pfahl-Traughber statt eines »antisemitischen Hintergrunds« eher eine »antisemitische Motivation« der AktivistInnen der Hafenstraße in den Sinn gekommen. Wo also keine handfesten Hintergründe eruiert werden können, muss auf die viel weniger zu explorierenden möglichen Motive abgestellt werden – womit sich diese Forschung weiter in den Bereich der Psychologisierung oder Unterstellungen bewegt, denn von einer Interview-gestützten Studie Pfahl-Traughbers mit AktivistInnen der Hafenstraße ist nichts bekannt.

Dass man seitens des BMI in Sachen Interpretation der Wandparolen der Hafenstraße in eine noch tiefere Schublade als Pfahl-Traughber greifen kann, zeigt eine in ein »Dossier Antisemitismus« gerahmte Bildstrecke mit zwanzig Abbildungen zum Antisemitismus durch die Bundeszentrale für politische Bildung.[60] Das »Bild 15« zeigt die Wandparolen in einer ästhetisch durchaus ambitionierten Fotografie, die ein leicht industriell-romantisches Hafenambiente im Abendlicht mit folgender Unterschrift zeigt:

> Antisemitismus findet sich in allen Gesellschaftskreisen. Auch im linken Spektrum hat Antisemitismus eine Tradition. Diese reicht bis in die Zeiten des Frühsozialismus und die europäische Arbeiterbewegung hinein. Im linken Antisemitismus finden sich immer wieder Motive wie die »jüdischen Strippenzieher«, also der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, oder der »jüdische Großkapitalist«. Spätestens Ende der 60er Jahre entstand die Kritik an der Politik Israels gegenüber den Pa-

59 Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Links- und Rechtsextremismus im Vergleich. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Ideologie, Agitation und Gewalthandlungen, in: Andreas H. Apelt, Maria Hufenreuter (Hg.), Antisemitismus in der DDR und die Folgen, Halle 2016, S. 175–206, hier: S. 187 f.

60 Vgl.: Bilderstrecke zum Antisemitismus durch die BzpB im Dossier Antisemitismus, online: http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/269200/bildstrecke-antisemitismus.

Mit CamScanner gescannt

lästinensern, die auf das Verhalten des Juden »an sich« projiziert wird oder sich gegen den Staat Israel und letztlich seine jüdische Mehrheitsbevölkerung richtet. Dieser sekundäre Antisemitismus zeigt sich zum Beispiel in diesem antiisraelischen Graffiti an einer Hauswand in der Hamburger im Juli 1988. (© picture-alliance/AP)[61]

Glaubt man diesem eigentümlichen Textsalat, der irgendwo zwischen »Frühsozialismus«, »jüdischen Strippenziehern«, »der Politik Israels gegenüber den Palästinensern« und einem »sekundärem Antisemitismus« mäandert, dann soll all das der Wand abzulesen sein? Zumindest handelt es sich hier um eine – gelinde gesagt – beachtliche Interpretationsleistung.[62]

Nicht zufällig werden die Wandparolen in der »Bildstrecke Antisemitismus« von Abbildungen flankiert, die (»Bild 14«) die beiden Faschisten Martin Wiese und Alexander Maetzing in einem Strafprozess zeigen, in dem sie aufgrund der Planung eines Bombenanschlages auf die neue Synagoge in München am 9. November 2003 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.[63] Wiederum das Bild 17 zeigt das sogenannte »Pogromly«-Spiel – eine volksverhetzenden Variante des Spiels »Monopoly« –, das von den NSU-Terroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe produziert und zum Zwecke der Finanzierung ihrer Illegalität verkauft wurde. Die von der Bundeszentrale hierzu offerierten Informationen in der Unterschrift sind alle nicht falsch, gleichwohl handelt es sich hier um eine, sagen wir: verkürzte Rechtsextremismuskritik.[64] Was hat die Bundeszentrale hier nur daran gehindert, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass wenigstens sieben dieser Spiele vom honorigen Landesamt für Verfassungsschutz unter der Leitung von Helmut Roewer in Erfurt käuflich erworben wurden? Aus der Sicht der Mitglieder des ersten Thüringer Untersuchungsausschusses zum NSU, Katharina König und Dieter Hausold, ließ das Landesamt »den Untergetauchten

61 Bild 15, siehe: http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/269200/bildstrecke-antisemitismus. Das von der Bundeszentrale prominent gezeigte Bild hat auch in einem diesbezüglichen Beitrag in der Gazette *Jungle World* mit der allerdings etwas schlichteren Markierung: »Linker Antisemitismus ist seit Jahrzehnten virulent. Wandgemälde in der Hamburger Hafenstraße, 1988 (picture-alliance)« freundliche Aufnahme gefunden. Siehe: O. N., in: Jungle World Nr. 9 vom 1. 3. 2018, online: https://jungle.world/gallery/58772.

62 Die Frage nach einem namentlich zu benennenden Urheber des Textes wurde im Auftrag der »Stabsstelle Kommunikation« bei der Bundeszentrale von S. Juliana Stockheim, in einer E-Mail an den Verfasser vom 2. 7. 2018 dahingehend beantwortet, dass »nach Einsicht des Backends […] an der Bilderstrecke zuletzt dieses Jahr gearbeitet wurde. Nennen Sie als Urheber bitte die bpb.«

63 Vgl. Bild 14, siehe: http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/269200/bildstrecke-antisemitismus?show=image&k=13.

64 Vgl. Bild 17, siehe: http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/269200/bildstrecke-antisemitismus?show=image&k=16.

über den Erwerb von Pogromly-Spielen und zur Passbeschaffung Geld zukommen«. Es sei allerdings

> nicht ernsthaft anzunehmen, dass diese Maßnahmen der Ergreifung durch die Ermittlungsbehörden dienen sollten. […] Geht man aber davon aus, dass eine Möglichkeit des Kontaktes gesucht und Vertrauen aufgebaut werden sollte, dann erscheinen derartige Unterstützungsleistungen sinnvoll.[65]

Die Feuilleton-Redakteurin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Anna Prizkau, hat diese Feststellungen zu der »bösen Mutmaßung« veranlasst, einmal danach zu fragen, welchem Zweck eigentlich diese für 700 Mark erworbenen, im November 2011 im Landesamt aufgefundenen sieben Pogromly-Spiele letztlich dienten. Ihre Antwort: »Vielleicht weil die Beamten ab und an selbst mal ›Pogromly‹ gespielt haben.«[66]

Abschließende Überlegung zur »Staatsraison«

Die Unterstellung, das Israel-Palästina-Wandbild der Hafenstraße sei »antisemitisch«, wird von den Sicherheitsbehörden zwischenzeitlich zunächst einmal leichthändig getroffen. Insofern die AktivistInnen aus der Hafenstraße als »staatsfreier Teil der militant kämpfenden Linken« sich Zeit ihrer Existenz sowieso außerhalb jeder Staatsraison engagierten, haben sie sich folgerichtig eher im Kontext globaler Revolten gegen kapitalistische und imperialistische Verhältnisse denn in den diffizilen, vielfältig verdunkelten Fallstricken der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verortet. Warum hätte sich für sie die Situation angesichts der palästinensischen Intifada der 80er Jahre anders darstellen sollen? So ergibt sich aus dem Dargestellten der die Sicherheitsbehörden der BRD betreffende Verdacht, dass in ihrer Logik als Antisemit noch stets der- oder diejenige zu bezeichnen ist, der oder die außerhalb der hochrangig erklärten »deutschen Staatsraison« in Sachen Israel agiert. Wie es zu der von Bundeskanzlerin Angela Merkel wohl erstmals während der Haushaltsberatungen des Bundestages im September 2006 verwendeten Formel kam, wäre eine eigene Untersuchung wert.[67] Jedenfalls sah Hannah Arendt

65 Thüringer UA zum NSU Bd. III, S. 1778.

66 Anna Prizkau, NSU-Abschlussbericht: Wie kaputt ein Teil dieses Landes sein muss: Drei Bände, fast zweitausend Seiten, ein deutscher Roman: Der Thüringer Untersuchungsausschussbericht zum NSU liest sich wie ein großes literarisches Werk voller Widersprüche und Lügen, auf: faz.net vom 6. 9. 2014, online: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-nsu-abschlussbericht-als-literatur-gelesen-13138987.html.

67 Hier wäre es wirklich einmal weiterführend, wenn man einmal dazu Akten lesen könnte, die aber dazu auch wegen der 30-Jahres-Frist nicht einsehbar sind. Als Hypothese sei hier zunächst erwähnt, dass die Formel der »Staatsräson« in Sachen Israel in dem historischen Moment auf die Bühne tritt, als die unter der sozial-liberalen Regierung in Bonn in den frühen 70er Jahren entwickelte Position einer Vermittler-

Mit CamScanner gescannt

in ihrer Abhandlung *Eichmann in Jerusalem* eine Reihe von guten Gründen dafür vorliegen, sich gerade am Beispiel des Wirkens von SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann intensiv mit der antisemitisch angetriebenen und begründeten Vernichtungspolitik des NS als Staatsziel auseinanderzusetzen. In diesem Kontext kommt sie auch auf den Begriff der »Staatsraison« zu sprechen, der bedeute, dass für »das Handeln des Staates, der die Verantwortung für die Existenz des Landes und damit auch für die in ihm geltenden Gesetze trägt, nicht die gleichen Regeln gelten [können] wie für die Einwohner«. Und weiter führt Arendt aus:

> Ein Staat [mag], um seinen Bestand zu sichern, sich gezwungen sehen, Handlungen zu begehen, die gemeinhin als Verbrechen gelten, und zwar nicht nur im Kriegsfall und nicht nur in zwischenstaatlichen Verhältnissen. Solche verbrecherischen Staatsaktionen sind bekanntlich in der Geschichte auch zivilisierter Staaten häufig vorgekommen, […] Die

rolle der BRD zwischen Israel und Palästina zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter der Schröder-Fischer-Regierung aufgegeben wird. Eine Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten ergibt, dass die Formel der Staatsräson schon einige Jahre vor Merkel durch den grünen Außenminister Joschka Fischer in die politische Debatte eingeführt worden ist. Allerdings damals noch mit einer anderen und wirklich eigentümlichen Note. *Der Spiegel* berichtete Ende August 2001 über Fischers Vermittlungsbemühungen zwischen Israelis und Palästinensern und notierte dessen Aussage: »Die Israelis kennen Fischers Dogma, wonach ›Auschwitz für Deutschland Staatsräson‹ ist. Daraus folgte bei ihm noch stets eine Parteinahme für den Staat Israel.« Wenn man sich diese Aussage vor Augen führt, dann fragt man sich doch unwillkürlich, wie das nur zusammengehen mag: ein Leichenberg auf der einen Seite und eine stramm im Wind aufgestellte schöne Kokarde als fulminanter Ausdruck der Staatsraison? Wird Auschwitz so womöglich doch noch »ein niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte«, von dem Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, am 4. Oktober 1943 in seiner berühmt gewordenen Rede im Posener Rathaus vor rund hundert höheren Führen der SS sprach? Etwas schlichter wurde der Gedanke der Staatsraison von dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz Anfang April 2002 angesichts eines offenen Streites in seiner Partei über die Bewertung der harten Politik des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon gegenüber den Palästinensern ventiliert, als er erklärte, dass doch »die Union die unverbrüchliche Freundschaft zu Israel seit Konrad Adenauer zur ›Staatsräson‹ erhoben« habe. Nachdem sich im April 2005 der deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dressler, mit einem Essay zu Wort gemeldet hatte, in dem er sich zur gesicherten Existenz Israels als Teil der deutschen Staatsraison bekannte, sattelte Bundeskanzlerin Merkel auf diese in Umlauf gebrachte Formel fortwährend in der politischen Debatte auf. Dabei wurde diese von ihr das erste Mal während der Haushaltsberatungen des Bundestages im September 2006 verwendet. Sie wiederholte diese Formel dann ein Jahr später in einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, um dann Mitte März 2008 in einer Rede vor der Knesset in Jerusalem in Bezug auf die Sicherheit Israels zu erklären, dass die »historische Verantwortung Deutschlands […] Teil der Staatsraison meines Landes« sei.

> Staatsraison beruft sich – je nachdem zu Recht oder zu Unrecht – auf die Notwendigkeit, und die in ihrem Namen begangenen Staatsverbrechen, die auch im Sinne des jeweils herrschenden Rechtssystems durchaus kriminell sind, gelten als Notmaßnahmen, die von realpolitischen Erwägungen erzwungen sind, als Zugeständnisse, um sich an der Macht zu halten und damit das bestehende Rechtssystem im Ganzen zu sichern.[68]

Diese an Eichmann, der als ein wirkliches Musterexemplar der auf Antisemitismus verpflichteten Staatraison des Dritten Reiches gelten kann, vollzogenen Reflexionen liefern auch für die Zukunft einer Linken, die eine sein will, ganz ausgezeichnete Gründe dafür, sich stets gegenüber jeder »Staatsraison« als unzuverlässig zu erweisen. Eine Zukunft soll ihr wirklich nur dann beschieden sein, wenn sie kategorisch darauf verzichtet, Staatsverbrechen zu begehen und jeden Aufruf, vor Staatsfahnen gerade zu stehen und der Staatsraison zu parieren, sabotiert.

68 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1963, S. 60 f.

Mit CamScanner gescannt

KARL REITTER

Marxisierende Konstruktionen des linken Antisemitismus am Beispiel von Moishe Postones »Nationalsozialismus und Antisemitismus«

Der Artikel »Nationalsozialismus und Antisemitismus« von Moishe Postone kann als ein zentraler theoretischer Bezugspunkt einer politischen Haltung bezeichnet werden, die auf eine sehr spezifische und, wie ich zeigen möchte, problematische Weise mit Marx den Antisemitismus erklärt. Moishe Postones Schrift zu »Antisemitismus und Nationalsozialismus« beziehungsweise die überarbeitete Fassung unter dem Titel »Die Logik des Antisemitismus« wurde erstmalig im Juni 1979 in der Frankfurter Studentenzeitung *Diskus* publiziert. Im Oktober erschien sie dann in lediglich sprachlich leicht veränderter Form im letzten Heft der Sponti-Zeitschrift *Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft (Alte Folge)*, das sich schwerpunktmäßig dem Faschismus widmete. Diese Zeitschrift war eine der wichtigsten undogmatischen, linksradikalen Zeitschrift in dieser Zeit. Später, im Jahre 1982, erschien der Aufsatz im *Merkur* und wurde in identischer Form in dem von Dan Diner herausgegebenen Sammelband *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz* von 1988 abgedruckt. Nach der Wiedervereinigung erschien der Text in der Zeitschrift *Kritik & Krise* Nr. 4/5 vom Sommer 1991, einer Theoriezeitschrift der Freiburger ideologiekritisch-antideutschen Gruppe Initiative Soziales Forum (ISF). Diese brachte in ihrem Verlag Ça ira den Text als Bestandteil einer Aufsatzsammlung Postones in einer neu kompilierten Ausgabe »politischer Interventionen« unter dem Titel »Deutschland, die Linke und der Holocaust« im Jahre 2005 heraus. In der Zwischenzeit erschien der Aufsatz auch in weiteren wissenschaftlichen Sammelbänden zur Analyse des historischen Antisemitismus. Beispielsweise erschien er neben Schriften von Detlev Claussen und Zygmunt Baumann 1995 in dem von Michael Werz herausgegebenen Sammelband mit dem Titel *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt*. Der Text konnte sich also einer weiten Verbreitung erfreuen, die weit über das linke Milieu hinausgeht. In diesem allerdings, besonders in der sogenannten »antideutschen« Strömung, wurde er zu einem regelrechten »Kulttext« (vgl.: Hanloser 2015, S. 69; zu den Antideutschen vgl.: Hanloser 2004, Witt-Stahl/Sommer 2014).

Mit CamScanner gescannt

Ich zitiere hier aus jener Version, die auf der Webseite www.krisis.org veröffentlicht wurde.[1] Gerhard Hanloser schreibt über diesen Essay:

> Die Tatsache, dass Postone im mörderischen NS-Antisemitismus eine Form von subjektiv ernst gemeintem, verkürzten »Antikapitalismus« erkannt haben mag, macht die verstörende Wucht des Textes aus, die später und bis heute noch in einem vermeintlich kritischen Jargon über »strukturellen Antisemitismus« und »verkürzten Antikapitalismus« nachbebt.« (Hanloser 2015, S. 67)

Diese Schrift von Postone weist nach meiner Auffassung zwei gravierende Mängel auf. Erstens: Die Ideologie und Praxis des deutschen Antisemitismus wird nur sehr unzureichend und selektiv dargestellt. Zweitens: Die Berufung auf marxsche Kategorien ist befremdlich und erstaunlich willkürlich. Die selektive Lesart des marxschen Hauptwerkes korrespondiert mit einer Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, die der Wirklichkeit dieser Gesellschaft nicht gerecht wird.

Den ersten Punkt möchte ich nur kurz streifen. Es wäre nötig, dem Antisemitismus-Bild von Postone eine genaue historische Analyse des Nationalsozialismus entgegenzustellen, eine Aufgabe für HistorikerInnen, die ich hier nicht leisten kann. Drei Anmerkungen mögen genügen, um das von mir Gemeinte zu verdeutlichen. Postone nennt als Opfer der faschistischen Vernichtungsmaschine ausschließlich Jüdinnen und Juden und verwendet diese Exklusivität als Argument. Aber was war mit den Sinti und Roma, mit den Homosexuellen, mit den sogenannten geistig Behinderten, mit den politisch Unliebsamen, ja mit dem unwerten Leben überhaupt, das durchaus auch arische Großeltern haben konnte? Wäre es im Sinne der Opfer nicht angebracht gewesen, diese zumindest zu erwähnen? In dieselbe Kerbe der Exklusivität schlägt folgende Aussage von Postone:

> Die Nation war nicht nur eine politische Entität, sie war auch konkret, durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion bestimmt. In diesem Sinne erfüllten die Juden nach ihrer politischen Emanzipation als einzige Gruppe in Europa die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion. Sie waren deutsche oder französische Staatsbürger, aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen.

Tatsächlich war die moderne Nationenbildung mit der Unterdrückung von zahllosen kulturellen, religiösen und sprachlichen Minderheiten verbunden. Die spanische Nation wurde gegen die Basken und Katalanen durchgesetzt, die Bildung der Türkei war mit dem Völkermord an den Armeniern verbunden, die Kärntner Slowenen sind bis heute in den Augen so mancher keine »richtigen« ÖsterreicherInnen eben sowenig wie StaatsbürgerInnen mit

1 Moishe Postone (1979), »Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch«, Quelle: http://www.krisis.org/1979/nationalsozialismus-und-antisemitismus, ohne Seitenangabe.

türkischem Migrationshintergrund. Die »gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion« ist immer und überall ein Phantasma reaktionärer Kräfte. Gegenwärtig sollen es die »Parallelgesellschaften« sein, die die imaginierte Homogenität des Staatsvolkes bedrohen. Noch ein Drittes: Auch die »Ausrottung um der Ausrottung willen« ist tragischerweise kein ausschließliches Merkmal des deutschen Nationalsozialismus. Ein Beispiel: Welche ökonomische Notwendigkeit stand hinter dem Völkermord an den Herero und Nama in Südwestafrika? »Der entbrannte Rassenkampf ist nur durch die Vernichtung einer Partei abzuschließen«, proklamierte damals der Chef des Generalstabs Alfred Graf von Schlieffen mit Unterstützung Kaiser Wilhelms II. (nach: Kößler/Melber 2004, S. 47). Die Darstellung der historischen Gegebenheiten durch Postone wäre eine eigene Studie wert, ich möchte es bei diesen Fingerzeigen belassen.

Mein Hauptaugenmerk liegt auf der Rezeption marxscher Grundkategorien durch Postone. In seinem Text finden wir drei Themenkreise, die bis zur Gegenwart die marxisierende Konstruktion eines vorgeblich linken Antisemitismus bestimmen. Diese drei Themenkreise sind: Die Ersetzung des Gegensatzes von privat und gesellschaftlich bei Marx durch den Gegensatz von konkret und abstrakt. Die Interpretation der kapitalistischen Produktionsweise als in sich geschlossene Totalität, die jegliche Transzendenz ausschließt, sowie ein befremdliches Verständnis von sozialer Herrschaft als strukturell abstrakt.

Die Ersetzung des Gegensatzes von privat und gesellschaftlich bei Marx durch den Gegensatz von konkret und abstrakt

Postone formuliert einen hohen Anspruch. Im Gegensatz zu üblichen Erklärungsmustern will er den Antisemitismus keineswegs als Ressentiment gegen die Finanzsphäre deuten, sondern als Reaktion auf den Kapitalismus schlechthin.

> Meiner Deutung nach wurden die Juden also nicht nur mit dem Geld, das heißt der Zirkulationssphäre, sondern mit dem Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt.

Sein entscheidendes Argument, das streckenweise die gesamte Argumentation trägt, lautet:

> Ein Aspekt des Fetischs ist also, dass kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen nicht als solche in Erscheinung treten und sich zudem antinomisch, als *Gegensatz von Abstraktem und Konkretem*, darstellen. (Herv. K. R.)

Die kapitalistische Produktionsweise würde in fetischisierter Form als Gegensatz zweier scheinbar voneinander trennbarer Sphären erscheinen, als Sphäre des Konkreten und als Sphäre des Abstrakten. Der Antisemitismus würde nun die Sphäre des Abstrakten mit den JüdInnen identifizieren. »Diese Form des ›Antikapitalismus‹ beruht also auf dem einseitigen Angriff auf das Abstrakte.« Daher sei Antisemitismus substanziell verkürzte Kapitalismuskritik.

Mit CamScanner gescannt

Das wahrhaft Erstaunliche dabei, bei Marx findet sich keine Passage, die den Fetisch mit dem Gegensatz von konkret und abstrakt in Verbindung bringt. Wenn wir die entsprechenden Zeilen bei Marx lesen, finden wir eine gänzlich andere Entgegensetzung, nämlich jene zwischen privat und gesellschaftlich.

> Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die *gesellschaftlichen Charaktere* ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. [...] *Dies nenne ich den Fetischismus*, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist. (MEW 23, S. 86 f., Herv. K. R.)

Ich rekapituliere diese Bestimmung von Marx. Privat erzeugte Waren müssen sich als adäquater Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bewähren. Diese Gesellschaftlichkeit erscheint als bestätigte Werteigenschaft der Ware, das heißt, sie wird mittels des Tauschaktes mit Geld als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit anerkannt.

> Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austausches. Oder die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelst derselben die Produzenten versetzt. (MEW 23, S. 87)

Es ist also die Gesellschaftlichkeit der Privatarbeit, die als sachliche Werteigenschaft der Waren erscheint. Das versteht Marx unter Fetischismus. Ob und in welchem Ausmaß sich die Privatarbeit als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bewährt, zeigt sich im Tausch gegen mehr oder weniger Geld.

> [...] die unabhängig voneinander betriebenen, aber als naturwüchsige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit allseitig voneinander abhängigen Privatarbeiten [werden] fortwährend auf ihr gesellschaftlich proportionelles Maß reduziert [...], weil sich in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen ihrer Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam durchsetzt, wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt. (MEW 23, S. 89)

(Nur in Klammern sei hinzugefügt, dass Marx auch statt von reduziert auch von aufgewertet hätte sprechen können, vergleiche dazu Kapitel zehn des dritten Bandes des *Kapital*.) Wir sehen also, der Fetischbegriff bei Marx beruht auf dem Gegensatz von privat und gesellschaftlich. Dies zeigt sich auch bei den drei Eigentümlichkeiten der Äquivalentform. Die Äquivalentform, also jene Form, in der eine Ware zum Wertspiegel einer anderen wird, ist die

Keimform des Geldes. Jene Ware, die als Maß des Werts auftritt, nimmt drei spezifische Qualitäten an, die Marx im Zuge seiner Darstellung als die Qualitäten des Geldes ausweist. Diese drei Eigentümlichkeiten sind:

> Gebrauchswert wird zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts. [...] Es ist also eine zweite Eigentümlichkeit der Äquivalentform, daß konkrete Arbeit zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit wird. [...] Es ist also eine dritte Eigentümlichkeit der Äquivalentform, daß Privatarbeit zur Form ihres Gegenteils wird, zu Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form. (MEW 23, S. 70 ff.)

Nun könnte eingewendet werden, dass zumindest die zweite Eigentümlichkeit das Gegensatzpaar konkret/abstrakt beinhaltet. Nun verwendet Marx für die wertbildende Arbeit explizit mehrere synonyme Ausdrücke: Arbeit überhaupt, Arbeit an sich und eben auch abstrakte Arbeit. Wenn wir uns die marxschen Bestimmungen ansehen, so ist festzustellen, die abstrakte Arbeit ist so abstrakt auch wieder nicht. Wertschaffende Arbeit ist: »produktive Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand« (MEW 23, S. 58).

> Alle Arbeit ist einerseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakt menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. (MEW 23, 61)

Hinzuzufügen wäre, dass weder in den drei Bänden des *Kapital* noch in den *Grundrissen* der Ausdruck abstrakter Wert oder abstrakter Reichtum von Marx verwendet wird.[2] Geld, um es nochmals klar auszusprechen, ist für Marx nicht abstrakt, es ist gesellschaftlich. Im Geld sind die Beschränkungen der Privatarbeit überwunden, Geld ist Arbeit in »unmittelbar gesellschaftlicher Form«. (MEW 23, S. 73)

> Die wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der gegeneinander gleich-gültigen Individuen bildet ihren gesellschaftlichen Zusammenhang. Dieser gesellschaftliche Zusammenhang ist ausgedrückt im Tauschwert, worin für jedes Individuum seine eigne Tätigkeit oder sein Produkt erst eine Tätigkeit und ein Produkt für es wird; es muss ein allgemeines Produkt produzieren – den Tauschwert oder, diesen für sich isoliert, individualisiert, Geld. (MEW 42, S. 90)

Abstrakt und gesellschaftlich sind Begriffe, die Unterschiedliches ausdrücken. Abstrahieren meint Absehen von, Ausklammern von konkreten Inhalten. So verwendet Marx auch diesen Ausdruck. Wenn ich vom Inhalt der Schneider-

2 Wohl verwendet Marx den Begriff des »abstrakten Reichtums« in *Zur Kritik der politischen Ökonomie* heißt es: »Im Gegensatz zu den Waren, die das selbständige Dasein des Tauschwerts, der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit, des abstrakten Reichtums, nur vorstellen, ist Gold *das materielle Dasein des abstrakten Reichtums*.« (MEW 13, S. 102) Auch in seinen Vorarbeiten zum *Kapital*, die unter dem Titel *Theorien über den Mehrwert* veröffentlicht wurden, verwendet Marx noch diesen Ausdruck. Aber weder im *Kapital* noch in den *Grundrissen* kommt dieser Begriff vor.

Mit CamScanner gescannt

oder Tischlerarbeit abstrahiere, so verbleibt mir die Verausgabung von Muskel, Nerv und Hirn. Die Dimension der Gesellschaftlichkeit habe ich damit keineswegs thematisiert. Geld besitzt zudem mehrere Gebrauchswerte, es ist Maß der Werte, Zahlungsmittel und ermöglicht die Schatzbildung. Indem Postone den Begriff des Gesellschaftlichen durch den Begriff des Abstrakten ersetzt, ohne diese Ersetzung auszuweisen, erzeugt sein Text jene Effekte, die offenbar seine Attraktivität ausmachen. Ein Essay, der sozialphilosophische Bedeutsamkeit beansprucht, zugleich vorgibt, unmittelbar an die marxsche Analyse anzuknüpfen, müsste diese Verschiebung der Begrifflichkeiten klarstellen und begründen. Postone unterlässt dies, warum auch immer.

Im Kontext der Postone'schen Dichotomie von konkret und abstrakt drängt sich eine weitere Kritik auf: Das triviale Alltagsbewusstsein kann nicht so sein, wie Postone behauptet. Und es wird von Marx auch anders beschrieben. Postone meint, der Gegensatz von konkret und abstrakt würde sich im trivialen Alltag verfestigen und die Interpretation ökonomischer Gegebenheiten bestimmen. Es müsse so scheinen,

> als enthalte die Ware, die eigentlich sowohl Wert wie Gebrauchswert ausdrückt, nur letzteren, das heißt, sie erscheint als rein stofflich und »dinglich«.

Eine doch erstaunliche Behauptung: Dem Fetisch-Bewusstsein erscheint Ware bloß als Gebrauchswert ohne Tauschwerteigenschaft? Geld würde nicht als »entäußerte Erscheinungsform der Ware selbst« erkannt werden? Lesen wir eine weitere, verblüffende Behauptung Postones:

> Auf der logischen Ebene des Kapitals lässt der »Doppelcharakter« (Arbeits- und Verwertungsprozess) industrielle Produktion als ausschließlich materiellen schöpferischen Prozess, ablösbar vom Kapital, erscheinen.

Marx zeigt hingegen, dass Boden, Arbeit und Kapital notwendig als unabhängige Faktoren erscheinen müssen, deren Zusammenspiel die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums erst möglich machen. Nicht Abtrennung, sondern Verbindung kennzeichnet nach Marx das fetischisierte Bewusstsein. Für die »Religion des Alltagslebens« (MEW 25, S. 838) – Postone ignoriert diesem Ausdruck – wirken Boden, Arbeit und Kapital gleichermaßen bei der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums zusammen. So nimmt es nicht wunder, dass auch der deutsche Faschismus behauptete, ehrliche Arbeit und schaffendes Kapital seien eine harmonische Einheit. Im Gegensatz zu Postone lässt Marx nirgendwo anklingen, dass die kapitalistische Produktionsweise dem fetischisierten Bewusstsein als Gegensatz zweier aparter Sphären erscheinen würde, von expliziten Formulierungen ganz zu schweigen. Statt dessen verweist Marx auf die Tatsache, dass selbst dem trivialen Bewusstsein der permanente Formwechsel von Ware zu Geld und von Geld zu Ware eine Selbstverständlichkeit sein muss. Dies gilt bereits beim einfachen Warenverkauf. Der Verkäufer thematisiert die Ware hinsichtlich der Werteigenschaft, der Käufer hinsichtlich des Gebrauchswerts. »Alle Waren sind Nicht-Gebrauchs-

werte für ihre Besitzer, Gebrauchswerte für ihre Nicht-Besitzer.« (MEW 23, S. 100) Dass in der Ware das Geld schlummert, ist allen bekannt, was Marx in seiner polemischen Art so formuliert:

> Der Kapitalist weiß, dass alle Waren, wie lumpig sie immer aussehn oder wie schlecht sie immer riechen, im Glauben und in der Wahrheit Geld, innerlich beschnittne Juden sind und zudem wundertätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen. (MEW 23, S. 169)

Ich fasse zusammen: Der permanente Formwechsel Ware/Geld und Geld/Ware ist selbstredend im Alltagsbewusstsein fest verankert und findet tagtäglich seine Bestätigung. Ich kann die diesbezüglichen Ansichten von Postone, das fetischisierte Alltagsbewusstsein würde grundsätzlich die konkrete Warenproduktion vom Gelderwerb trennen, nur mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen.

Postone interpretiert die kapitalistischen Produktionsweise als in sich geschlossene Totalität, die jegliche Transzendenz ausschließt

Der Gegensatz von konkret und abstrakt sei notwendiger Schein, Effekt fetischisierter Verhältnisse, behauptet Postone. Aber wie verhält es sich nach Postone wirklich?

> Abstraktes und Konkretes werden nicht in ihrer Einheit als begründende Teile einer Antinomie verstanden, für die gilt, dass die wirkliche Überwindung des Abstrakten – der Wertseite – die geschichtlich-praktische Aufhebung des Gegensatzes selbst sowie jeder seiner Seiten einschließt.

Tauschwert und Gebrauchswert, Abstraktes und Konkretes seien nur zwei Seiten einer Medaille, meint Postone. Was das fetischisierte Bewusstsein trennt, gehöre in Wirklichkeit zusammen. Ich habe den Satz oben bereits zitiert:

> Auf der logischen Ebene des Kapitals lässt der »Doppelcharakter« (Arbeits- und Verwertungsprozess) industrielle Produktion als ausschließlich materiellen schöpferischen Prozess, ablösbar vom Kapital, erscheinen.

Ich habe zuerst gezeigt, dass das Fetisch-Bewusstsein diese Dimension keineswegs so radikal separiert, wie es Postone behauptet, im Gegenteil. Im trivialen Bewusstsein, sprich in der »Religion des Alltagslebens« (MEW 25, S. 838), muss das Kapital als notwendiges Moment des produktiven Arbeitsprozesses erscheinen.

Andererseits zeigt Marx, dass der materielle Prozess und seine Bedingungen durchaus von der kapitalistischen Produktionsweise ablösbar sind. Die Dimension des Gebrauchswerts und insbesondere der Produktivkraft der Arbeit besitzen den Kapitalismus transzendierende, überschreitende Momente. Aus der marxschen Perspektive muss der Aussage von Postone, Arbeit sei eine Tätigkeit, die »materiell von den gesellschaftlichen Beziehungen geformt wird«, widersprochen werden. Zweifellos ist der konkrete Arbeitsprozess von den Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmt, aber keineswegs in jener Totalität, die Postone suggeriert. Welche Aspekte des Arbeitsprozesses

Mit CamScanner gescannt

in einer freien Gesellschaft verändert werden müssen und welche beibehalten oder ausgebaut werden sollen, ist stets eine sehr konkrete Frage, die generalisierend nicht zu beantworten ist. Bei diesem Thema ist das Denken in Graden das angemessene. Ich kann mir zum Beispiel schwer vorstellen, dass in einer nachkapitalistischen Gesellschaft Bücher grundsätzlich anders produziert werden, als dies jetzt geschieht. Der konkrete Arbeitsprozess, die verwendeten Arbeitsmittel, Methoden und Gerätschaften besitzen mehr oder minder Aspekte, die es ermöglichen, eine freie Gesellschaft zu errichten. Gäbe es solche Aspekte nicht, wären alle Sprengungsversuche »Donquichoterie« (MEW 42, S. 93), und es verbliebe nur die Möglichkeit, dem schlechten Sein des Kapitalismus das gute Sollen des Kommunismus entgegenzusetzen. Die Transzendenz der Elemente der kapitalistischen Produktion weist Marx auch anhand der Maschine aus.

Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform übertragen lernt. (MEW 23, S. 452)

Was Postone dem antisemitischen Bewusstsein unterstellt, nämlich eine vom Kapital unabhängige Dimension des Produktionsprozesses erkennen zu wollen, ist für Marx objektive Tatsache:

> Wenn aber das Kapital in der Maschinerie und andren stofflichen Daseinsformen des capital fixe, wie Eisenbahnen etc. […] sich erst seine adäquate Gestalt als Gebrauchswert innerhalb des Produktionsprozesses gibt, so heißt das keineswegs, dass dieser Gebrauchswert – die Maschinerie an sich – Kapital ist oder dass ihr Bestehn als Maschinerie identisch ist mit ihrem Bestehn als Kapital; sowenig, wie das Gold aufhörte, seinen Gebrauchswert als Gold zu haben, sobald es nicht mehr Geld wäre. (MEW42, S. 595 f.)

Der Schlüssel für die Überwindung des Kapitalismus ist für Marx die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit; je höher diese ist, desto geringer die notwendige Arbeitszeit für die Produktion eines Gutes. Die von der kapitalistischen Produktionsweise notwendig vorangetriebene Produktivkraft der Arbeit soll es einer freien Gesellschaft ermöglichen, die notwendige Arbeitszeit massiv zu reduzieren und so das Reich der Freiheit aufblühen zu lassen. Methodisch besteht die Position Postones darin, den Gebrauchswert vollständig dem Tauschwert unterzuordnen, jegliche von ihm unabhängige Dimension zu bestreiten. Eigentlich müsste Postone entschieden gegen folgende schlichte, aber höchst bedeutungsvolle Aussage von Marx protestieren: »Ein Ding kann Gebrauchswert sein, ohne Wert zu sein.« (MEW 23, S. 55, ebenso S. 76) Umgekehrt hingegen gilt: kein Tauschwert ohne Gebrauchswert. Das Verhältnis zwischen Gebrauchswert und Tauschwert ist keineswegs in der Balance. Postone behauptet jedoch ihre Identität. Dieses Denken machte Schule. Das folgende Zitat von Dirk Braunstein ist sozusagen doppelt re-

präsentativ, als er in einfachen Anführungszeichen den antideutschen Vordenker Wolfgang Pohrt zitiert:

> Der Gebrauchswert »existiert real nicht als solcher, sondern nur innerhalb des Gegensatzes von Gebrauchswert und Wert«. (Braunstein 2011; 310)

Postone stellt die Dialektik der kapitalistischen Produktionsweise auf den Kopf. Wo es angebracht ist, Identität zu erkennen, vermeint Postone einen strikten Gegensatz zu sehen, wo hingegen Nichtidentität der Sache entspricht, behauptet Postone strikte Identität. Was meint diese Aussage? Im Grunde wurde es bereits dargelegt. Sprechen wir zuerst über Identität: Sowohl in der Realität als auch im Bewusstsein sind die Gegensätze des Gebrauchswerts und des Tauschwerts prozessual verbunden. Die Geldform geht in die Warenform über, die Warenform in die Geldform, jede Stockung bedeutet Krise. Dies ist auch dem trivialen Bewusstsein selbstverständlich, wie Marx zeigt. Tauschwert und Gebrauchswert sind als widersprüchliche Identität zu erkennen, schlichter formuliert, die Ware *ist* beides. Sprechen wir nun über die Nichtidentität: Tauschwert und Gebrauchswert sind auch als Nichtidentität zu erfassen. Die Dimension des Tauschwerts ist die exklusive Dimension der kapitalistischen Produktionsweise.[3] Die Dimension des Gebrauchswerts hingegen weist den Kapitalismus transzendierende Momente auf. Diese überschreitenden Momente will Postone nicht erkennen, ja er hält sie für Bildungsfaktoren des Antisemitismus. Dialektik, oder sagen wir es vorsichtiger, ein Moment der Dialektik besteht darin, die Verhältnisse sowohl in ihrer Identität als auch in ihrer Nichtidentität zu begreifen. Die entscheidende Frage ist, wann welcher Aspekt der bestimmende ist. Wo Identität bestimmt, vermeint Postone Nichtidentität zu erkennen, wo Nichtidentität relevant wird, behauptet Postone Identität. Die Nichtidentität ist ihm Schein des Fetisch, die Identität die Tatsächlichkeit. So muss die kapitalistische Produktionsweise zur geschlossenen Totalität werden, in der Widersprüche nur scheinbare sind und tatsächlich transzendierende Momente nicht existieren. Antikapitalismus, der nicht die von ihm behauptete geschlossene Totalität thematisiert, sei letztlich antisemitisch. Daher muss es auch einen linken Antisemitismus geben. Die Geschichte zeigt, dass jeglicher Widerstand, jegliche Opposition gegen die Verhältnisse, partiellen Charakter hat und haben muss. Wird Kapitalismus jedoch als alles umfassende und verschlingende Totalität imaginiert, so muss jeglicher Widerstand, der diesem Level nicht gerecht wird, als tendenziell antisemitisch bezeichnet werden. Die Tragweite dieser Sichtweise ist kaum zu ermessen.

3 Inwieweit es sich dabei um eine exklusive Dimension handelt, oder ob der Tauschwert tendenziell auch für andere Klassengesellschaft gültig ist, eröffnet eine eigene Debatte. Klar ist jedenfalls, dass die notwendige Arbeitszeit, »welche die Produktion der Lebensmittel kostet, den Menschen« (MEW 23, S. 85) in jeder denkbaren Gesellschaft interessieren muss.

Mit CamScanner gescannt

Soziale Herrschaft in der antisemitischen Ideologie und bei Postone

Die bedrückendsten Passagen im Essay von Postone sind jene, in denen die Darstellung des antisemitischen Bewusstseins bezüglich sozialer Herrschaft mit der Auffassung von Postone bezüglich sozialer Herrschaft bis zur Unkenntlichkeit verschwimmt. Wie ist Herrschaft, wie stellt sie sich dar im Bewusstsein und in der Realität? Wie erscheint sie dem Antisemiten/der Antisemitin und wie ist sie tatsächlich? Lesen wir aufmerksam folgende Aussage:

> Die abstrakte Herrschaft des Kapitals, wie sie besonders mit der raschen Industrialisierung einhergeht, verstrickte die Menschen in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermochten, in Gestalt des »Internationalen Judentums« wahrgenommen wurden.

Herrschaft, so werden wir informiert, erfahren die Menschen als verstrickt sein in ein Netz dynamischer Kräfte. Oder lesen wir diese Aussage: Das »System von Herrschaft« sei »unpersönlich, sachlich und ›objektiv‹«. Postones Analyse des Antisemitismus kulminiert in der Aussage, dass »die abstrakte Herrschaft des Kapitals nicht nur als bedrohlich, sondern auch als mysteriös und fremd wahrgenommen« werde. Soziale Herrschaft wurde und wird allerdings konkret erfahren und in konkreten Geschichten und Anklagen formuliert. Sie dem Gedächtnis und den Herzen der Menschen zu entreißen, war eine der wesentlichsten Strategien der Faschisten. An die Stelle der Herrschaftserfahrungen setzten sie die Erzählung über eine kaum greifbare, anonyme Macht, die diffus für alle Übel verantwortlich sei. Faschistischer »Antikapitalismus« verleugnet die realen Erfahrungen der Herrschaft und will die Erinnerung an real stattgefundene Kämpfe auslöschen. Das gilt insbesondere für die sozialen und ökonomischen Verhältnisse des damaligen Deutschen Reiches. In den Fabriken herrschte der Despotismus des Kapitals mit allen Schikanen und Gemeinheiten, auf die ArbeiterInnen mit Streiks antworteten. Frauen erfuhren die Abwertung durch Männer und suchten nach emanzipatorischen Orientierungen. Unmittelbar auf den Körper zielend, stellte sich die soziale Herrschaft im Heer dar. Die Nazis hatten mit dem Problem zu kämpfen, dass der Erste Weltkrieg durch die Revolte der Matrosen und Soldaten ein frühes Ende fand. Kaum ein Buch hassten die Faschisten mehr als das Werk *Im Westen nichts Neues* von Erich Maria Remarque. Kampffeld war nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg nicht zuletzt die Armee. Niemals wieder, so schworen sich die Nazis, durfte Wehrkraftzersetzung passieren. Körper und Geist mussten gedrillt werden: »Rechts um, stillgestanden, präsentiert die Gewehre!« Auf Opposition stand die Todesstrafe – Wehrkraftzersetzung. Postone behauptet, der Antisemitismus liefert eine umfassende Weltanschauung, »die verschiedene Arten antikapitalistischer Unzufriedenheit scheinbar erklärt und ihnen politischen Ausdruck verleiht«. Genau das tut er nicht. Er verleugnet, denunziert, bekämpft und verbietet jeglichen Reflex gegen real erfahrene Herrschaft. Weder der Kapitalist noch der Hausbesitzer, nicht der Mann oder der Feldwebel

trägt seiner Ansicht nach Schuld. Wenn der Soldat, die Frau, der Arbeiter gegen ihre reale Unterdrückung aufbegehren, so ist es Verrat am Vaterland, Entweiblichung und Verleugnung der natürliche Rolle der Frau, kommunistische, volksfeindliche Propaganda. Postone propagiert stattdessen ein diffuses Hintergrundrauschen, erzählt, dass die Juden *irgendwie* an allem schuld seien. An die Stelle der empfundenen und erfahrenen Herrschaft setzt der Antisemitismus das Ressentiment gegen irgendwelche anonymen Mächte, die letztlich als »die Juden« entlarvt werden. Postone hat durchaus recht, wenn er schreibt, dass »der moderne Antisemitismus« den Juden folgende »Charakteristika der Macht« zuordnen würde: »nämlich Abstraktheit, Unfaßbarkeit, Universalität, Mobilität«. Das Problem seiner Position ist der zweite Teil seiner Aussage: *Und so sei die Macht auch.* Sie sei so abstrakt wie die »Charakteristika der Wertdimension jener gesellschaftlichen Formen«, die Marx analysiert habe. Der Antisemitismus formuliere, wie sich Macht tatsächlich darstelle, nur begreife er sie nicht. Er erfährt sie als abstrakt und verleugnet, dass diese Abstraktheit nur die andere Seite des Konkreten ist. Dies stellt die Hauptbotschaft des Essays von Postone dar. Der Antisemitismus erkenne wohl die Charakteristiken der Macht, so Postone, setze aber das Konkrete dagegen, ohne erkennen zu wollen, dass das Konkrete nur die Kehrseite des Abstrakten sei. Von der historischen Vernichtungswucht des Antisemitismus geblendet und erschüttert, gesteht Postone dem Antisemitismus Einsichten zu, die dieser niemals hatte. In der geschichtlichen und sozialen Realität erweist sich die Macht als durchaus konkret. Die marxschen Schriften sind voll von diesbezüglichen Ausführungen und geschichtlichen Beispielen. Die Verleugnung realer Herrschaftserfahrungen im Antisemitismus, seine unbarmherzige Opposition gegen jede Form des Aufbegehrens gegen Herrschaft, und sei sie noch so diffus und wirr, diesen Aspekt will Postone nicht wahrhaben. Je mehr Postone seine Zentralkategorie des Abstrakten auch auf die Herrschaft ausdehnt – und dies tut er durchgehend und systematisch –, desto weniger kann er tatsächliche Herrschaft beschreiben, desto mehr setzt er sich in Gegensatz zu den ökonomischen und historischen Analysen von Marx. Postones Ansatz beruht auf dem exzessiven Gebrauch der Kategorie des Abstrakten, die den Schlüssel zum Verständnis nicht nur des Antisemitismus, sondern auch des Kapitalismus und seiner Herrschaft überhaupt abgeben soll.

Einer kritisch, insbesondere antisemitismuskritisch gemeinten Beschwörung des »Abstrakten« folgen auch journalistische oder wissenschaftliche Texte zum »linken Antisemitismus«, welche sich gern auf Postone beziehen und die Formel von der »verkürzten Kapitalismuskritik« verwenden. Eine solche äußere sich insbesondere in Personalisierungen, also in der Kritik an bestimmten Personen und ihren Handlungen. Damit wäre das Tor zum Antisemitismus zumindest geöffnet, wenn nicht gar bereits durchschritten. Nun finden sich bei Marx zahlreiche Passagen, in denen er heftige Kritik an

Mit CamScanner gescannt

bestimmten Personen übt. Diese Passagen sind kaum in seinen Schriften zur Ökonomie, aber gehäuft in seinen Arbeiten zu politischen Kämpfen und Auseinandersetzungen zu finden. In einer wenig bekannten Schrift[4] skizziert der noch junge Marx zwei unterschiedliche Dimensionen revolutionärer Prozesse:

> Jede Revolution löst die *alte Gesellschaft* auf; insofern ist sie *sozial*. Jede Revolution stürzt die *alte Gewalt*; insofern ist sie *politisch*. (MEW 1, S. 409)

Die Bedingungen für die Auflösung der alten Gesellschaft analysiert Marx im *Kapital* und in seinen zahlreichen Vorarbeiten. Hier ist für personalisierte Kritik tatsächlich wenig Anlass. Umso mehr tritt die Rolle von konkreten Personen in der politischen Dimension in den Vordergrund. Marx thematisiert Politik und Staat bereits in seiner frühen Schrift *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* und setzt diese mit *Zur Judenfrage* sowie mit den großen Frankreichschriften, *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* und *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, um nur die wichtigsten zu nennen, fort. In diesen Schriften spielen Kategorien des *Kapital* wie etwa der tendenzielle Fall der Profitrate eine eher untergeordnete Rolle, was manche Interpreten sehr verwundert. So schreibt etwa David Harvey, es ließe sich kaum »ökonomische Theorie« in diesen Texten finden.

> Im Mittelpunkt steht fast ausschließlich die instabile und in vielen Fällen scheinbar zufällige politische Dynamik. (Harvey 2018, S. 27)

Tatsächlich besitzt nach Marx die politische Sphäre eine Eigenlogik, die sich nicht unmittelbar auf ökonomische Prozesse zurückführen lässt. In dieser Sphäre sind die agierenden Personen, ihr Charisma, ihr Temperament und ihre Entscheidungen tatsächlich von Relevanz. Sie besitzen zwar nicht jene Geschichtsmächtigkeit, die Marx in der Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise erkennt, aber sie bestimmen das Tagesgeschehen. Vor allem tragen sie persönliche Verantwortlichkeit für ihr Tun. So musste etwa die Zerschlagung der Pariser Commune organisiert, befohlen und exekutiert werden. Kein Kapitalverhältnis als »Abstraktion« kann dies bewerkstelligen. Marx zögert daher nicht, die Akteure der politisch herrschenden Klassen entsprechend zu charakterisieren. So wird Bonaparte als »heruntergekommener Glücksritter« (MEW 8, S. 150) bezeichnet, die Schlächter der Commune als »bonapartistische Gurgelabschneider« (MEW 17, S. 320). Drahtzieher dieses Massakers wie Jules Favre nennt Marx »Fälscher« (MEW 17, S. 321) und Erbschleicher, Adolphe Thiers bezeichnet Marx als »Zwergmißgeburt der französischen Bourgeoisie« (MEW 17, S. 322). Diese Aufzählung könnte leicht verlängert werden. Marx lässt es gegenüber den politisches Repräsentanten der herrschenden Klassen an Kraftausdrücken nicht fehlen, ebenso liebt er es, Apologeten der kapitalistischen Ökonomie als »Sykophanten« zu bezeichnen, was so viel wie Verleumder und Erpresser bedeutet. Diese von Marx

4 »Kritische Randglossen zu dem Artikel *Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen*« (MEW 1, S. 392–409).

verwendete Sprache resultiert aus dem Charakter der politischen Herrschaft und der intellektuellen Tätigkeit. Im Gegensatz zu den BesitzerInnen von Kapital, die in gewisser Weise objektiven Zwängen unterworfen sind, ist der Handlungsspielraum in der Sphäre der politischen Gewalt größer.

Doch auch bezüglich ökonomischer Verhältnisse wird Marx durchaus persönlich, gerade dann, wenn sich Ökonomie und Politik überschneiden, was insbesondere in der Sphäre des Finanzkapitals der Fall ist. Im Zusammenhang von Krediten und Aktiengeschäften spricht Marx immer wieder von »Schwindelcharakter der Unternehmungen« (MEW 25, S. 510) und »Kreditschwindel« (MEW 25, S. 522).

> Da das Eigentum hier in der Form der Aktie existiert, wird seine Bewegung und Übertragung reines Resultat des Börsenspiels, wo die kleinen Fische von den Haifischen und die Schafe von den Börsenwölfen verschlungen werden. (MEW 25, S. 456)

Ein Beispiel für das Zusammenspiel von politischer Macht, ökonomischer Manipulation und Aktienschwindel war der französische Crédit mobilier, dem Marx einige Artikel für die *New York Tribune* gewidmet hat. Mehrfach bezeichnet Marx den Crédit mobilier als »Schwindelunternehmen« und »unproduktive Spekulation« (MEW 12, S. 208). Dieses große Aktien- und Kreditunternehmen wurde unter der politischen Schirmherrschaft von Louis Bonaparte ins Leben gerufen, um ökonomische Großunternehmungen zu ermöglichen. Marx kommentiert:

> Wir werden bei nächster Gelegenheit zeigen, wie all diese hochtrabenden Phrasen nur schwach den einfachen Plan verdecken, die ganze Industrie Frankreichs in den Strudel der Pariser Börse zu ziehen und sie zum Spielball der Herren des Crédit mobilier und ihres Schutzpatrons Bonaparte zu machen. (MEW 12, S. 30)

Diese knappen Bemerkungen sollen die Tatsache illustrieren, dass Marx selbst im Kontext der Ökonomie Spielraum für bewusste Manipulation und Betrug aufzeigt, insbesondere in der Sphäre des fiktiven Kapitals. Marx abstrahiert im *Kapital* wohl weitgehend von staatlichen und politischen Interventionen, stellt aber unmissverständlich klar:

> In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle. (MEW 23, S. 742)

Und idyllisch ist die Ökonomie derjenigen, die sich wie Postone zwar auf Marx beziehen wollen, aber von Klassenkampf und Gewalt im Kapitalismus (vgl. dazu: Gerstenberger 2017) nicht sprechen wollen, was sie auch so kompatibel mit vorherrschenden Ideologien macht. Wohl hat ihre Idylle das negatives Vorzeichen des Fetisch. Aber gerade deshalb werden KapitalbesitzerInnen aus der Perspektive von Postone zu unschuldigen Marionetten, die an den Fäden der Profitlogik hängen. Dass es auch in der Sphäre der Ökonomie durchaus Raum für explizite Entscheidungen gibt, die als solche kritisiert und

Mit CamScanner gescannt

angeprangert werden müssen – Marx hat dies getan –, diese Einsicht würden die an Postone sich orientierenden AutorInnen infrage stellen.

Einige dieser AutorInnen führen sogar die Rede vom »automatischen Subjekt Kapital«, eine Wendung, die Postone in seinem vorliegenden Aufsatz nicht benutzt, aber mit der er sozusagen Seelenverwandtschaft aufweist: Diese Rede suggeriert, die Kapitalakkumulation sei ein schwereloser, widerstandsloser Kreislauf; Wert erzeuge Mehrwert, aus Geld werde mehr Geld. Als Kronzeuge dafür werden zumeist die Passagen zum »automatischen Subjekt Kapital« aus dem marxschen Hauptwerk zitiert.

> In der Tat also ist G – W – G' die allgemeine Formel des Kapitals, wie es unmittelbar in der Zirkulationssphäre *erscheint*. (MEW 23, S. 171, Herv. K. R.)

Es ist nicht ohne Ironie, dass Theorien à la Postone die Begriffe Schein, Fe-

tisch und das Abstrakte exzessiv benutzen. Wenn Marx aber explizit auf Scheinhaftigkeit hinweist, wird diese für das Wesen gehalten. Aus der Bewegung G – W – G' alleine lässt sich solange kein zureichender Begriff des Kapitals bilden, solange das »Geheimnis der Plusmacherei« (MEW 23, S. 189) nicht gelüftet ist. Und das ist es durch diese Formel und an dieser Stelle im *Kapital* keineswegs. Sie wird selbst zum Fetisch, wenn nicht erkannt wird, dass das Geheimnis der Plusmacherei darin besteht, den Kreislauf des Werts zu durchbrechen. Das Kapital *erscheint* als automatisches Subjekt, aber es *ist* kein automatisches Subjekt. Es wäre ein derartiges Subjekt, wenn alle Werte wiederum durch Werte bestimmt werden würden, wenn der Kreislauf des Werts in sich geschlossen wäre und kein von ihm Verschiedenes benötigen würde. Und dieses Verschiedene ist der offene Klassengegensatz, die repressive In-Wert-Setzung der Arbeitskraft. Zweifellos werden Werte wiederum durch Werte bestimmt. Der Wert des konstanten Kapitals geht auf die Ware über und bildet so einen fixen Wertteil. Der Wert der Ware Arbeitskraft löst sich in die Werte der zur Reproduktion nötigen Waren auf. Aber welche Wertgröße bestimmt die Länge der Mehrarbeit und somit den Mehrwert? Keine. Um diese Frage erstmals überhaupt stellen zu können, muss die Thematik der einfachen Warenproduktion, müssen die Aussagen des ersten Abschnitts des *Kapital* zur Thematik der Lohnarbeit weitergeführt werden. Länge und Intensität der Mehrarbeit sind ausschließlich durch den Klassenkampf bestimmt. Folgende Passage wird oft und gerne zitiert:

> Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andrerseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. (MEW 23, S. 249)

Selten wird hier hinzugesetzt, dass Marx damit klarstellt, dass Länge und Intensität der Mehrarbeit durch kein ökonomisches Gesetz geregelt sind. Der

Zyklus G – W – G' ist nur möglich dank einer nichtökonomischen, nicht durch Werte geregelten Größe, der Mehrarbeit. Diese resultiert zwar in Werten, ist aber selbst weder Wert noch durch Werte bestimmt. Existenz, Länge und Intensität der Mehrarbeit bestimmen sich durch den antagonistischen Klassenkonflikt. Es ist die durchgesetzte, aber stets umkämpfte Herrschaft des Kapitals, die Mehrarbeit generiert. Kein automatisches Subjekt, sondern das Klassenhandeln der besitzenden Klassen ist dafür vonnöten.

Postones marxisierende Theorie des Antisemitismus führt also die marxsche Kritik der politischen Ökonomie nicht adäquat fort und unterbietet bisherige, insbesondere historische Erkenntnisse der Antisemitismusforschung. Die AntisemitInnenbewegung entstand in erster Linie gegen eine und in Konkurrenz zu einer noch revolutionär ausgerichteten ArbeiterInnenbewegung. Der Antisemitismus negiert den antagonistischen Klassenkampf nicht nur, sondern bietet eine andere, quer zum Klassenkampf stehende Gemeinschaft an. Mit Postones Rede vom »verkürzten Antikapitalismus« wurden diese zentralen Erkenntnisse aus dem diskursiven Feld geschlagen. In einer merkwürdigen Verdrehung können sodann linken antikapitalistischen Initiativen »verkürzter Antikapitalismus« und »struktureller Antisemitismus« vorgehalten werden.

Literatur

Dirk Braunstein, Adornos Kritik der politischen Ökonomie, Bielefeld 2011.

Heide Gerstenberger, Markt und Gewalt, Münster 2004.

Gerhard Hanloser, Deutscher Vernichtungsantisemitismus – eine von »Antikapitalismus« angetriebene Revolte?, in: Gerhard Hanloser (Hg.), Deutschland.Kritik, Münster 2015, S. 64–101.

Gerhard Hanloser, »Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken.« Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004.

David Harvey, Marx' 2. Band des Kapital lesen, Hamburg 2018.

Reinhard Kößler, Henning Melber, Der Genozid an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika 1904–1908, in: Fritz Bauer Institut (Hg.), Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Berlin.

Karl Marx (MEW 1), Kritische Randglossen zu dem Artikel Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen, S. 392–409.

—, (MEW 7) Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, S. 9–107.

—, (MEW 7) Die Konstitution der Französischen Republik, angenommen am 4. November 1848, S. 494–506.

—, (MEW 8) Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, S. 111–207.

—, (MEW 12) Der französische Crédit mobilier, Teile 1 bis 3; S. 20–36.

—, (MEW 12) Der Crédit mobilier, S. 202–209.

—, (MEW 12) [Der französische Crédit mobilier], S. 289–292.

—, (MEW 13) Zur Kritik der Politischen Ökonomie, S. 3–160.

—, (MEW 17) Der Bürgerkrieg in Frankreich, S. 313–365.

—, (MEW 17) Erster Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich, S. 493–571.

Mit CamScanner gescannt

—, (MEW 17) Zweiter Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich, S. 572–610.
—, (MEW 16) Lohn, Preis und Profit, S. 103–152.
—, (MEW 25) Das Kapital Band 3, Berlin.
—, (MEW 24) Das Kapital Band 2, Berlin.
—, (MEW 23) Das Kapital Band 1, Berlin.
—, (MEW 42) Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin.
Moishe Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, 1979, online: http://www.krisis.org/1979/nationalsozialismus-und-antisemitismus.
Karl Reitter, Rubin, Backhaus und in Anschluss Heinrich – Wegbereiter der Neuen Marx-Lektüre. Oder was mit dem Vorwurf »Naturalismus«, an die Adresse von Marx eigentlich transportiert wird!, in: Karl Reitter (Hg.), Karl Marx – Philosoph der Befreiung oder Theoretiker des Kapitals? – zur Kritik der Neuen Marx-Lektüre, Wien 2015, S. 119–152.
Susanne Witt-Stahl, Michael Sommer (Hg.), »Antifa heiß Luftangriff«. Regression einer revolutionären Bewegung, Hamburg 2014.

MOSHE ZUCKERMANN

Metamorphosen des »selbsthassenden Juden«

Von einer Diagnose moderner Pathologie zur Denunziationsformel gegenüber kritischen Juden und Israelis

Im Jahr 1930 erschien das Buch *Der jüdische Selbsthaß* des deutsch-jüdischen Philosophen und Publizisten Theodor Lessing. Man mag im Nachhinein den Zeitpunkt der Publikation für geladen halten: Drei Jahre später gelangten die Nazis an die Macht, fünfzehn Jahre später vollendete sich die Menschheitskatastrophe Auschwitz. Angesichts der Monstrosität dessen, was nichtjüdischer Hass an Juden verbrochen hatte, will es den Anschein haben, als hätte es nichts Unzeitgemäßeres geben können, als eine Abhandlung über den Hass von Juden auf sich selbst. Zu leicht ließe sich der schiere Begriff als Erklärung, gar als eine Art Legitimation dessen, was ihnen angetan worden war, (fremdbestimmt) verwenden: Wenn schon Juden sich selbst hassen, kann man zumindest auch verstehen, dass sie von Nichtjuden gehasst werden. Und doch darf man bei der Erörterung von Lessings Schrift zweierlei einwenden: Zum einen bedeutet die ideologisierende Instrumentalisierung des »jüdischen Selbsthasses« durch Nichtjuden nicht, dass man das Phänomen des Selbsthasses des Juden als solchen (wenn es ihn denn in der Tat gibt) nicht untersuchen sollte. Die Konstellation von Auschwitz und jüdischem Selbsthass bezeichnet ja keinen kausalen sondern einen eher kontingenten Zusammenhang. Zum anderen muss aber hervorgehoben werden, dass Lessings Überlegungen selbst mitnichten gegen die Juden gerichtet sind; er redet dem »jüdischen Selbsthass« nicht das Wort, nicht um dessen Legitimierung geht es ihm, sondern um dessen Ergründung. Zwar war Theodor Lessing selbst nicht immer frei von antisemitischen Klischees, aber seine Biographie erweist ihn doch nahezu durchgehend, bis hin zu seiner Ermordung 1933 im tschechoslowakischen Exil, als Opfer des Antisemitismus.

Die Lessings Einstellung zu den Juden kennzeichnende Ambivalenz mag sich aus seiner Herkunft erklären. Selbst einer assimilierten jüdischen Familie aus Hannover entstammend, war er – zumindest in späten Jahren und eben in *Der jüdische Selbsthaß* – den assimilierten Juden gegenüber deutlich kritisch eingestellt. »Die modernen, freigesinnten, liberalen, fortschrittlichen, hochkultivierten Juden«, schreibt er,

> tun sich viel darauf zu gute, daß im letzten Jahrhundert auch Juden Staatskanzler, Minister, Generäle, hohe Offiziere, große Forscher Pro-

Mit CamScanner gescannt

fessoren, Autoritäten, Theaterlenker, Schriftsteller, Dichter und ich weiß nicht, was alles, geworden sind. Besser aber wäre es: Wir schämten uns der vielen Vermünzer unsres Volkshortes. Denn sie waren vielleicht nur ein phosphoreszierender Glanz des zerfallenden Volksleibs. Sie waren vielleicht nur das Flammenspiel eines kurzen aufleuchtenden europäischen Lichttages, darin unser Adel sich verbrannte. Schmach allen Söhnen, die es vorziehen, für die Luxuswelt westlicher Weltstädte »sich der Literatur zu widmen« oder »die akademische Laufbahn einzuschlagen«, statt Steine zu tragen zu der Landstraße nach Jeruschalajim.

Man sollte gemeinhin Werk und Person nicht in eins setzen, aber es fällt doch auf, dass Lessing sich selbst als charakteristisches Beispiel des Gegenstands seiner Kritik hätte wählen können: Er selbst war höchst erpicht darauf gewesen, Eingang ins akademische Leben zu finden; er selbst hatte sich der Literatur beruflich gewidmet. Der Antisemitismus hatte Ersteres vereitelt und Letzteres ihm zum Verhängnis werden lassen. Ob er mit dem Steine-Tragen »zu der Landstraße nach Jeruschalajim« den aktiven politischen Zionismus oder eher die geistige Besinnung auf die Wurzeln der sich erneuernden jüdischen Kultur meinte, sei dahingestellt. In jedem Fall sind diese seine Worte von einer unübersehbaren Selbstverleugnung durchwirkt, genau jener Selbstverleugnung – besser vielleicht: Selbstverachtung –, die er als allgemeines Charakteristikum des in der Diaspora lebenden Judentums beschreibt und analysiert.

Er verweist zu diesem Zweck auf Heine. Dieser habe gespöttelt:

> Meine deutschen Freunde behaupten, ich sei nicht wie sie ein naives Genie, sondern habe nur das bekannte jüdische Talent, immer nur so zu tun als ob. Da ich nun aber die feste Absicht hege, in jedem Augenblicke meines Lebens und bis zu seinem Ende fortzufahren, so zu tun als ob, so hoffe ich, daß im Ergebnis genau das gleiche dabei herauskommen wird, als wenn ich, wie meine Freunde, naiv gewesen wäre.

Auf dasselbe Phänomen weise Goethes Klage über das Zeitalter hin, »darin ›ein jeder jeden andern hasse und niemand sich oder dem andern etwas Gutes gönne‹«. Goethe bezeichne es gern mit dem griechischen Worte »Heautontimorumenie« (Neigung, sich selber zu quälen):

> Er sagt wiederholt, daß dies Leiden des modernen Menschen darauf beruhe, daß er im Kern »von sich selber schlecht denke«. Das sei aber eine Krankheit, die in Zukunft sich weiter ausbreiten werde.

An dieser Stelle nun geht Lessing dazu über, spezifisch über die Juden zu reden:

> Wie sehr diese Krankheit im jüdischen Volke verbreitet ist, bezeugen zahlreiche Volksworte und Redensarten, wie denn wohl kein anderes Volk eine solche Fülle selbstkritischer, ja selbstironischer Weisheit aufzuweisen hat. Man hört auch heute noch Sätze wie diese: »Der Jude kann nicht Jontef feiern« [d. h. er muss sich immer das Leben schwer machen]. Oder: »Wo der Goj lacht, da weint der Jüd.« Sehr viele tiefe Ein-

blicke in den Zusammenhang des Leidens mit dem Geiste, des Wissens mit der Not gehören zum ältesten Erbgut des leidendsten und daher gewitztesten unter den Völkern.

Lessing zählt rhetorische Belege für seine These auf:

»Gott wird nur in den Schwachen mächtig.« »Wissen ist Leiden.« »Der Buckel macht witzig.« »Not lehrt beten.«

Unterschiedliche Motive aus verschiedenen Kulturen kommen da zusammen: das Armutsmotiv aus der Bergpredigt, der Sündenfall im Paradies (das Verspeisen der Frucht vom Baum des Wissens), die kompensierende Rationalisierung eigener Defizite, das Erwachsen der Religion aus der Not (Marx). Lessing aber stellt einen weiteren Wirkzusammenhang her:

Solchen Erkenntnissen gemeinsam ist die Herleitung des Reiches menschheitlicher Werte aus einem Negativum des Lebens. Und von dieser Einsicht in das Negative ist der Selbsthass nur der unvermeidliche Schatten.

Das objektiv Negative des Lebens und der Selbsthass werden also in einen Kausalnexus gestellt. Dies ist insofern bemerkenswert, als hierbei die transzendente Instanz als Ursache dieses Lebensnegativen gleichsam ausgespart wird. Wenn nicht Gott um Rettung und Erlösung oder auch als Anklage angerufen wird, bleibt die Wirkung dessen, worüber man die Anklage erhebt, ohne äußere Adresse und gerinnt zur Selbstanklage, mithin zum Selbsthass. Lessing verweist in diesem Zusammenhang auf den nichtjüdisch-diasporischen (zum Gegenstand des Witzes verwandelten) Konnex:

Kennzeichnend ist eine ebenso alte wie oft erwähnte Anekdote. Ein Ostjude in jüdischer Kleidung macht es sich in einem Eisenbahnabteil bequem, indem er die Füße auf die Polster des gegenüberliegenden Sitzes legt, als ein modisch gekleideter Fremder einsteigt, worauf der Jude seine schmutzigen Schuhe zurückzieht und den Herrn um Entschuldigung bittet. Dieser beginnt ein Gespräch mit der Frage: »Fahren Sie über Pessach auch nach Hause?«, worauf der andere, im Fremden den Stammesgenossen erkennend, die Beine auf die Polster zurücklegt mit dem beruhigten Ausruf: »E soi.«

Lessing leitet aus diesem Witz phänomenologisch die Grundmatrix des jüdischen Selbsthasses ab:

Diese geheime oder offene Selbstmissachtung verkennt das Große und Schöne gerade darum, weil es aus jüdischem Boden steigt. Als stünde immer noch in Blüte der alte Zweifel: »Was kann Großes kommen aus Nazareth? Wie können Propheten wachsen in Galiläa?« Der Begriff »jüdischer Antisemitismus« scheint ein Widerspruch in sich selber zu sein. Aber er ist es so wenig, daß, wenn irgendwo von einem Juden gesagt wird, er sei ein Rosche [Judenhasser], die andern alsbald rufen: »Das ist echt jüdisch.«

Lessing folgert daraus:

Mit CamScanner gescannt

Es bedürfte einer langen Untersuchung, um vollständig festzustellen, aus welchen Quellen (fruchtbaren wie vergifteten) diese Neigung zur Selbstverkennung steigt. Hier sei nur darauf verwiesen, daß das erniedrigte Selbstgefühl lange Versklavter im Befehliger oder im Verächter den geborenen Herrn sieht, während der aus dem eigenen Leidenskreise Entborene auf das unausgesprochene Vorurteil stößt: »Dieser kann nichts Rechtes sein, denn sonst würde er nicht mit uns an einem Tische sitzen.« Oder: »Was kann dieser Mann schon gelten; er ist ja nicht anders wie wir.«

Lessing begnügt sich indes nicht mit der äußeren Beschreibung dieser von ihm diagnostizierten Kollektiveigenschaft der Juden; er ist bestrebt, sie zu ergründen. Dabei verweist er auf die anhaltende historische Leiderfahrung der Juden:

Dem jüdischen Volk ist zweifellos Unrecht zugefügt worden. Sein unwürdiges Dasein würde jedem der gesunden Völker, unter denen das kranke Volk fortvegetiert, zum Vorwurf geworden sein, wenn man nicht geschichtliche Formeln gehabt hätte, dank deren das am jüdischen Volke verübte Unrecht zum berechtigten Unrecht, also zum Rechte zurechtgerückt wurde. Solche sinngebende Formeln hatten die Juden wie die Nichtjuden nötig.

Er legt eine bemerkenswerte Rechenschaft über die Dynamik ab, die der Anfeindung durch Nichtjuden und der von Juden vollzogenen Verinnerlichung des in nämlicher Anfeindung angelegten Vorwurfs zugrunde liegt:

Wird man uns künftig vernutzen, dann wird man es begründen mit der Einsicht, dass wir die Vernutzer der anderen seien. Will man uns abdrängen und unser Lebensgefühl vermindern, dann wird man alles anführen, was Ausnahmebestimmungen und Sondergesetze berechtigt macht. Es gibt in der Geschichte kein Unrecht, das nicht nachträglich als berechtigt oder doch als notwendig erwiesen werden könnte. Wo immer eine Menschengruppe verflucht wird, ihr Kreuz zu tragen, da wird es stets heißen: »Sie hat den Heiland ans Kreuz geschlagen.«

Und so gelangt er zu der im hier erörterten Zusammenhang entscheidenden Einsicht:

Welcher Seelenforscher aber weiß, ob jahrhundertelanges Herabmindern von Seelen nicht auch wirklich das Wesen der Geminderten verwandelt, so dass am Ende aller Enden alles Unrecht der Geschichte wirklich zum begründbaren Unrecht, also zum Rechte wird? – Denn um Menschen in Hunde zu wandeln, braucht man nur lange genug ihnen zuzurufen: »Du Hund!«

Lessings Diagnose läuft also darauf hinaus, dass das (soziale) Elend jüdischen Seins im diasporischen Exil über Jahrhunderte unweigerlich – gleichsam als gottgegebenes Schicksal – zum Kriterium des Selbstwertgefühls erhoben wurde. Aus diesem realen geschichtlichen Wirkzusammenhang ließe sich zum einen die Nachhaltigkeit des messianischen Gedankens im Judentum er-

klären – die nie versiegende Hoffnung, dass die Erlösung jeden Moment eintreten könne beziehungsweise auf die ferne Zukunft deligiert werden müsse. Von Bedeutung war dabei, dass die Erlösung sich diesseitig vollziehen werde. Das orthodoxe Judentum übte sich dabei in einer Hinhalte-Mentalität, die vor allem darauf ausgerichtet war, nichts realgeschichtlich zu unternehmen, was dem Willen Gottes zuwiderlaufen könnte: Die Erlösung werde sich zwar im Diesseits ereignen, dürfe aber nicht forciert werden, nichts dürfe eigenmächtig initiiert werden, solange der Messias noch nicht angekommen ist. Dass dabei ein metaphysischer Zirkelschluss wirkt – die diesseitige Erlösung wird einem transzendenten Anzeichen unterworfen, da ja die Ankunft des Messias sich von Gottes unerfindlichem Ratschluss herleitet –, macht die Doppelbödigkeit des Hoffnungsgedankens aus: einerseits das drängende Gefühl, dass die Erlösung sich bald manifestieren möge, andererseits die kompensierende Zuversicht, dass sie auf jeden Fall kommen werde, so sehr sie sich auch verzögern mag, weil es »noch nicht so weit« sei.

Zum anderen, und in krassem Gegensatz zum messianischen Glauben des orthodoxen Judentums, mochte sich aus dem Elend der Juden das Drängen nach *geschichtlicher* Emanzipation gerade deshalb entfalten, weil der Erlösungsgedanke sich innerweltlich, also auf diesseitigen Vollzug, ausrichtete. Bedingt war die historische Verwirklichung eines solchen Bestrebens allerdings durch die Loslösung von der Religionsorthodoxie, mithin von der ihr eigenen Lebenspraxis. Eine solche Wende ergab sich im Judentum gleichwohl nicht von selbst, sondern erwuchs aus der allgemeinen Revolutionierung westlicher Lebensbereiche in der Moderne infolge der industriellen Revolution und der Heraufkunft der bürgerlichen Gesellschaft, der Französischen Revolution und der in deren Folge um sich greifenden Etablierung des modernen Nationalstaats sowie der diese Entwicklungen begleitenden, sich nicht zuletzt den Säkularisierungsprozessen verdankenden Verbreitung der europäischen Aufklärung. Für die Juden Europas bedeutete diese Entwicklung vor allem den Eingang in die moderne bürgerliche Gesellschaft (mithin die Aufgabe des halachisch-religiös bestimmten Ghetto- und Schtetl-Daseins) und das erste Aufkeimen eines jüdischen Nationalstaatsgedankens. Dies erfordert im hier erörterten Zusammenhang eine kurze Erörterung.

Es ist bezeichnend, dass die im 19. Jahrhundert aufgekommene sogenannte »jüdische Frage« gerade im Zuge der bürgerlichen Emanzipation Europas, welche, wie gesagt, den Auszug der Juden aus den Zwängen ihrer althergebrachten ghettoisierten Lebenspraxis bewirkte, an Bedeutung gewann. Denn solange der Ausschluss der Juden aus der Gesellschaft (teils selbstgewollt, teils aufgezwungen) formal strukturiert war, konnte kein Anspruch auf Integration der Minorität ins gesellschaftliche Ganze erhoben werden. Shyloks biblischer Zorn gegen das ihm angetane Unrecht war ja gerade die rachsüchtige Reaktion des Aussätzigen und nicht des gleichberechtigten Bürgers. Erst als sich der Begriff der bürgerlichen Gleichberechtigung in der neuen politischen und sozia-

Mit CamScanner gescannt

len Kultur des 19. Jahrhunderts verwurzelte, konnte sich auch ein Anspruch der Juden auf Gleichstellung artikulieren. Hierbei ergab sich nun aber der Gegensatz zwischen dem formal einklagbaren Anspruch und der gegen diesen wirkenden Realität, welche trotz ihres bürgerlichen Emanzipationspathos noch stark von den überkommenen Vorurteilen gegen die Juden geprägt war. Gerade die durch die Öffnung der bürgerlichen Gesellschaft ermöglichte Berührung von Juden mit einer bis dahin versperrten nichtjüdischen Umwelt ließ den Antagonismus hervorbrechen. Der nunmehr gegen die Juden gerichtete Antisemitismus war nicht mehr religiös begründet, sondern eher durch ein säkulares sozial-kulturelles Ressentiment motiviert (Konkurrenz) beziehungsweise im national-identitären Diskurs verankert (Zugehörigkeit zur neuerlich konstituierten Nation).

Auf die Herausforderung der antisemitisch beseelten »jüdischen Frage« reagierte man im modernen Judentum mit unterschiedlichen »Strategien«. Besonders verbreitet war – vor allem unter den zentral- und westeuropäischen Juden – das Bestreben nach Assimilation, nicht unbedingt im Sinne der Selbstaufgabe als Juden, aber doch als bewusste Anpassung des Judentums (und der jüdischen Religion) an die Forderungen des modernen Zeitalters. Wenn man heutzutage in Israel von Assimilation redet, ist der Begriff nahezu immer pejorativ besetzt. Dem war nicht so im 19. Jahrhundert: Zwar sah die jüdische Orthodoxie in der säkularisierten Assimilation ein Unglück für das jüdische Volk; aber die Juden, die sich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu emanzipieren trachteten, werteten sie als eine Chance, sich dem repressiven Ghetto-Dasein zu entwinden, und sei's um den Preis der Abwendung von der Religion beziehungsweise von ihrem halachischen Zwang. Aber auch unter den Assimilierten selbst mochte sich ein Unbehagen an der fortschreitenden Entfremdung machen, wie sich dem obigen Zitat aus Lessings Feder entnehmen lässt. Heinrich Heine verlieh dem beredten Ausdruck:

> [...] trotz der barbarischen Pelzmütze, die seinen Kopf bedeckt, und der noch barbarischeren Ideen, die denselben füllen, schätze ich den polnischen Juden weit höher als so manchen deutschen Juden, der seinen Bolivar auf dem Kopf, und seinen Jean Paul im Kopfe trägt. In der schroffen Abgeschlossenheit wurde der Charakter des polnischen Juden ein Ganzes; durch das Einatmen toleranter Luft bekam dieser Charakter den Stempel der Freiheit. Der innere Mensch wurde kein quodlibetartiges Kompositum heterogener Gefühle und verkümmerte nicht durch die Einzwängung Frankfurter Judengaßmauern, hochweiser Stadtverordnungen und liebreicher Gesetzbeschränkungen. Der polnische Jude mit seinem schmutzigen Pelze, mit seinem bevölkerten Barte und Knoblauchgeruch und Gemauschel, ist mir noch immer lieber als mancher in all seiner staatspapiernen Herrlichkeit.

Heine mag auch als herausragendes Beispiel für eine weitere »Strategie« angeführt werden, welche Juden in der ihnen von Nichtjuden aufgezwungenen

Konfrontation der »jüdischen Frage« verfolgten – die der jüdischen Emanzipation durch die revolutionäre Befreiung der gesamten Gesellschaft, der Menschheit insgesamt. Nicht von ungefähr verschrieben sich viele im assimilierten Judentum dem Sozialismus, zeichneten sich durch radikale Kritik der Gesellschaft aus und stellten nicht wenige Revolutionsführer im modernen Zeitalter. Diese »Strategie« betrachtete – ähnlich wie die der Assimilation – die »jüdische Frage« als epiphänomenal, ihre »Lösung« mithin als kontextabhängig. Während indes die Assimilation sich dem Kontext anzupassen trachtete, war die revolutionäre Befreiung darauf aus, den Kontext selbst von Grund auf zu verändern. Für die wohl bedeutendste Erörterung dieser zweiten »Strategie« darf *Zur Judenfrage* (1843) des jungen Marx erachtet werden. Kann die eindeutig pejorative Begrifflichkeit, mit der er den zu emanzipierenden Juden beschreibt und kennzeichnet, als »Judenhaß«, gar als indirektes Anzeichen für einen sogar Marx umtreibenden »jüdischen Selbsthaß« angesehen werden? Trotz solcher Behauptungen seitens eminenter Forscher und Geistesgrößen (etwa Hannah Arendt) müssen diese zurückgewiesen werden. Marx ging es um Kapitalismuskritik, mitnichten um Angriff auf die Juden als solche. Dass man aber dennoch einen solchen Vorwurf erheben zu sollen meinte, hat zum einen damit zu tun, dass sich Marx in der Tat einer negativen Nomenklatur »dem Juden« gegenüber bediente, die seiner (wie immer ungerechten) Bezichtigung des Antisemitismus Nahrung bieten mochte; zum anderen aber mit dem schon frühen ideologischen Bedürfnis der Beschuldiger, dem historischen Bodensatz eines »linken Antisemitismus« das Wort zu reden.

Aber auch im Sozialismus traten Protagonisten auf, die den Antisemitismus als eine vom Sozialismus nicht leicht zu überwindende Hürde ansahen. Repräsentativ für diese Einsicht war schon relativ früh Moses Hess, der vom Sozialismus kam, gar mit Marx und Engels fruchtbare geistige Verbindungen unterhielt – zuweilen ist behauptet worden, er habe ihnen den Weg zum Kommunismus gewiesen (was allerdings mehr als bezweifelt werden darf) –, aber in seiner Gesamtentwicklung vom sozialistischen Universalismus abkam, um zu einem nationalen Partikularismus überzugehen. Grund dafür war seine Wahrnehmung des um sich greifenden Antisemitismus, die ihn zu einer Rückbesinnung aufs Judentum trieb, und zwar weniger zur Religion per se, als zur nationalen Lösung der »jüdischen Frage«. In seinem bekannten Buch *Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage* postulierte er:

> Jeder ist, er mag es wollen oder nicht, solidarisch mit seiner ganzen Nation verbunden. Wir alle haben das Ol malchut schamajim [das Joch des Gottesreiches] zu ertragen.

Er nahm dabei auch praktischen Bezug auf die anzupeilende Lösung der »jüdischen Frage«:

> Erlauben [...] die Weltereignisse, welche sich im Orient vorbereiten, einen praktischen Anfang zur Wiederherstellung des jüdischen Staates,

Mit CamScanner gescannt

so wird dieser Anfang zunächst wohl in der Gründung jüdischer Kolonien im Lande der Väter bestehen.

Dieser von Hess immerhin bereits 1862 propagierte Zionismus hat sich im Nachhinein als wirkungsreichste »Strategie« in der Auseinandersetzung mit der »Judenfrage« erwiesen. Nicht nur sollten zwanzig Jahre später die ersten jüdischen »Kolonien« in Palästina errichtet werden, sondern der politische Zionismus, dessen institutionellen Beginn man am besten mit dem ersten zionistischen Kongress in Basel (1897) ansetzt, und der das historische Projekt der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk ins Werk setzte, kann – gemäß seiner ideologischen Eigenlogik – nur als eine beeindruckende Erfolgsgeschichte gewertet werden. Was es mit ihr auf sich hatte, kann im hier umrissenen Rahmen nicht erörtert werden. Hingewiesen sei stattdessen auf ein Moment, welches das Verhältnis des Zionismus zum europäischen Judentum am Ende des 19. Jahrhunderts in entscheidender Weise prägte. Denn wenn es eine institutionalisierte Form des »Hasses« innerhalb des jüdischen Kollektivs Europas jener Zeit gab, war es in erster Linie der dem »diasporischen Judentum« gegenüber artikulierte Abscheu des Zionismus. Das zionistische Ideologem der »Negation der Diaspora« entstammte zwar einer nachvollziehbaren Zweckrationalität: Wenn ein Judenstaat errichtet werden sollte, konnte er nur von den »in der Diaspora« lebenden Juden bevölkert und besiedelt werden; ihre realen Lebenswelten in Europa sollten zugunsten der Einwanderung in den zionistischen Judenstaat verlassen, mithin aufgehoben werden. Aber es waren ebendiese für die Umsetzung der zionistischen Ziele notwendigen Juden, die (als noch in der Diaspora lebende) vom Zionismus pejorativ, ja nachgerade feindselig wahrgenommen und behandelt wurden. Dies betraf nicht nur die religiöse Gesinnung der Schtetl- und Ghettojuden, sondern ihren gesamten Habitus, ihre Opfer- und Wehrlosigkeitsmentalität, ihre gebückte Haltung gegenüber dem nichtjüdischen Umfeld, ihre von Berufen der Zirkulationssphäre zur Unproduktivität verdammte Lebenspraxis etc. Diese verächtliche Grundhaltung des Zionismus erwies sich als nachhaltig: Noch viele Jahre später galt selbst im bereits existierenden Staat Israel »diasporisch« (*galuti*) als eines der schlimmsten Attribute, deren man einen (zionistischen) Juden bezichtigen konnte.

Besonders deutlich manifestiert sich dies bis zum heutigen Tag im wechselseitigen Verhältnis zwischen den säkularisierten Juden Israels und den im Staat lebenden orthodoxen Juden, wobei die nicht- beziehungsweise antizionistischen Orthodoxen als die Inkarnation des Diasporischen in unseren Tagen erachtet werden. Man pflegt gemeinhin »sachliche« Begründungen dafür anzuführen, dass zionistische Israelis orthodoxen Juden gegenüber eine zumeist unverhohlene Abneigung bezeugen: Sie würden sich dem obligatorischen Militärdienst entziehen; ließen sich (als ewige Thora-Studenten) auch nicht in den israelischen Arbeitsmarkt integrieren, dafür aber vom Staat aushalten, seien mithin »Parasiten«. Dass sie am Holocaust-Gedenktag

beim Erklingen der zweiminütigen Gedenksirene nicht öffentlich strammstehen wie alle jüdischen Israelis im Land, wird für besonders provokant erachtet; und es hilft nicht, wenn sie erklären, dass Strammstehen nicht zum Gedenk- und Erinnerungsrepertoire von Juden gehöre. Orthodoxe Juden hätten dafür eigene althergebrachte Sitten, eigene Gebetspraktiken und andere Gedenktage. Für die allermeisten zionistischen Israelis ist dies nicht hinnehmbar – das schiere Nichteinhalten des kollektiv Geforderten löst bei ihnen eine unbändige Wut aus. Nicht selten verwandelt sich diese in offen bekundeten Hass. Jüdischer Selbsthass?

Nun, nicht direkt, und doch bedenkenswert im hier erörterten Kontext. Denn es will scheinen, als spiele da noch ein anderes Moment mit hinein: Der orthodoxe Jude ist zum einen die leibhaftige Verkörperung des als überwunden Geglaubten, gleichsam der »Beweis« für das mögliche Misslungensein des historischen kollektiven »Vatermordes«; er ist zum anderen aber auch – uneingestandenermaßen! – die Inkarnation eines vermeintlich *authentischen* Ursprungs, wenn man will: die Personifizierung eines »wahren« Judentums. Das schlechte Gewissen, das säkulare Israelis oft beschleicht, wenn man sie nach ihrer »jüdischen Identität« fragt, hat unter anderem damit zu tun, dass sich die einst ideologisch proklamierte, positive Bestimmung des »Neuen Juden« in Israel als amorph erweist, seitdem die traditionelle Hegemonie der europäisch-säkularen Kultur immer mehr hinterfragt wird, nicht- und antizionistische Entwürfe in den israelischen Diskurs eindringen, und das Religiöse einen ganz neuen Stellenwert in der Debatte um die »Identität« (der Israelis) erhält. Die berühmte Metapher vom »vollen Wagen« der Religiösen und vom »leeren« der Säkularen ist mittlerweile zur Matrix eines handfesten Kulturkampfes mutiert, bei dem die Säkularen in emphatischem Zorn »ihr« Land verteidigt wissen wollen, dabei aber doch vom latenten Gefühl der Identitätsminderwertigkeit getrieben sind, dem Ansturm des »wahren« Judentums nichts Rechtes entgegenhalten zu können. Vormodernes vermengt sich da mit Modernem, vor allem aber ist die brisante Debatte von der »Unheimlichkeit« durchherrscht, »etwas« historisch voreilig abgeschrieben zu haben – eben von der »Wiederkehr eines Verdrängten«.

Ähnliches, wenn auch auf anderer Ebene, lässt sich hinsichtlich der Holocaust-Überlebenden sagen. Für den Zionismus stellten sie den endgültigen Beweis für die Berechtigung seines ideologischen Postulats der Diaspora-Negation dar. Da sich jedoch im Postulat der Diaspora-Negation immer schon ein Moment der Schuld sedimentiert hatte, das zionistische Argument aber zugleich um der eigenen Raison d'être willen erhalten wurde, musste der Holocaust im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung beschwiegen, die in Israel eingewanderten Überlebenden aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden. Als sich dann aber der israelische Holocaust-Diskurs seiner hegemonialen zionistischen Dimension entledigte, verschiedene Narrative partikularer Lebenswelten und Gemeinschaften sich dabei zunehmend parzellierten,

Mit CamScanner gescannt

und andere – nichtzionistische – Rezeptionsmuster in die Auseinandersetzung mit der jüdischen Vergangenheit eingingen, erwies sich auch diese erst spät einsetzende Konfrontation mit dem latent immer schon Vorhandenen als die »Wiederkehr eines Verdrängten«: etwas, das mit der herkömmlichen zionistischen Teleologisierung des Holocaust auf den Staat Israel hin nichts, mit der realen Leiderfahrung der diasporischen Generation der Älteren dafür umso mehr zu tun hatte. Zwar konnte auch diese »Neuentdeckung« flugs zionisiert werden, zugleich ließ sie aber auch das Bewusstsein verdrängter Schuld hinsichtlich des ideologisierten Umgangs mit der Diaspora, vor allem mit ihren prototypisierten Protagonisten, zu. Inwieweit freilich diese Schichten psycho-kollektiver Erkenntnis einen Beitrag zum Aufbrechen verkrusteter ideologischer Glaubenssätze und Überzeugungen in der israelischen politischen Kultur leisten können, muss erst abgewartet werden. Zu leicht lassen sie sich wegrationalisieren; zu leicht lassen sie sich zudem ideologisch vereinnahmen.

Zum regelrechten Instrument im Dienste der staatstragenden Ideologie Israels verkam der Vorwurf des jüdischen Selbsthasses aber erst in jüngerer Zeit. Um dies zu verstehen, muss zunächst darauf hingewiesen werden, mit welch ideologischer Verve sich in Israel eine Freund-Feind-Dichotomie breitgemacht und staatsoffiziell etabliert hat. Man postuliert freudig den »Ausnahmezustand« und verschreibt sich der ideologischen »Ernüchterung« von vermeintlich naiven Friedensbestrebungen, der politischen Abkehr von vormaliger pazifizierender Gesinnung, der Verfemung von »Verrätern«, die sich solcher Abkehr widersetzen, und dem Suhlen in chauvinistisch-patriotischem Schlamm. Den wenigsten fällt dabei ein, dass in gewissen Zeiten, insbesondere solchen, in denen der »Ausnahmezustand« einer verbrecherischen Praxis des eigenen Kollektivs geschuldet ist, gerade der Widerstand gegen die eigenen »Freunde«, die Loslösung von »natürlichen« Bindungen und die bewusste Wandlung zum »Feind« ideologischer Selbstviktimisierung würdig wären, als wahrhafter Patriotismus ausgelegt zu werden. Zentral wirkt sich dabei die instrumentelle Vereinnahmung der Opfer-Kategorie aus: Man basiert die Selbstviktimisierung auf der paranoiden Grundannahme, dass »alle Welt gegen uns« sei, auf dem religiös begründeten Fundamentalglauben, dass »wir allein in der Welt« seien, mithin uns »in alle Ewigkeit auf Waffengewalt« werden stützen müssen – ohne sich aber Rechenschaft darüber ablegen zu wollen, welchen gravierenden Anteil man an der Genese der beklagten »Einsamkeit« selbst hat, beziehungsweise wie blind man mittlerweile gegenüber dem unabweisbaren Kausalnexus zwischen der israelischen Gewaltanwendung gegen die Palästinenser und der weltweiten Verurteilung Israels angesichts seiner verbrecherischen Okkupationspraxis geworden ist. Sich selbst als Opfer zu wähnen, während man sich historisch zum Täter gewandelt hat, ist letztlich nichts als moralischer Verrat an den historischen Opfern des eigenen Kollektivs, deren (beziehungsweise deren »Andenken«) man sich bedient, um die eigene gewaltdurchwirkte, immer neue Opfer zei-

tigende Politik zu rechtfertigen. Denn genau das bedeutet ja, der Opfer im Stande ihres Opfer-Seins nicht gedenken zu wollen. Wer sich bewusst selbst einmauert, darf sich nicht wundern, dass es ihm im eigenen Gemäuer einsam werden mag, unter Umständen sogar lebensbedrohlich einsam; wenn er aber diese Einsamkeit zur Ideologie erhebt, mithin das eigene falsche Bewusstsein mit der Erinnerung an der Verfolgungsgeschichte des eigenen Kollektivs begründet, instrumentalisiert er nicht nur das Andenken der Opfer nämlicher Verfolgungsgeschichte, sondern pervertiert es aus letztlich narzisstischen Beweggründen und Bedürfnissen.

Komplementär zu dieser Entwicklung in Israel hat sich in Deutschland eine gewisse (nicht zuletzt staatsoffizielle) Israel-Solidarität herangebildet, die sich aus einer abstrakt ideologisierten »Empathie« mit »den Juden« speist, welche sich ihrerseits als historische Schuldabtragung dem »jüdischen Volk« gegenüber begreift und darstellt. Das Instrumentalisierende dieser »Solidarität« erweist sich nicht nur daran, dass man im Namen der historischen Opfer, die das eigene Täterkollektiv geschaffen hat, einem repressiv agierenden und gewalttätig sich ausrichtenden Israel die Konformität zugesteht, sondern vor allem daran, dass die Beweggründe solcher Konformität eher mit dem zu tun hat, was Walser im Jahre 1998 artikuliert hat, als mit dem Andenken an die historischen Opfer als solche. Das mag sich widersinnig ausnehmen – hat doch Walser öffentlich (und mit suggestiver Emphase) proklamiert, wie sehr ihm die vorherrschende Andenkenspraxis zuwider sei, wohingegen die Israel-»Solidarisierer« genau das Gegenteil vertreten, nämlich die Permanenz des »Andenkens« mittels der unabdingbaren »Solidarität« mit »Israel«. Was aber beiden Seiten gemeinsam ist, darf nicht am Inhalt ihrer Proklamationen bemessen werden, sondern an dem sie (nolens volens gemeinsam) antreibenden Impuls: dem narzisstischen Umgang mit der Schuld, der spätestens dann zur Ideologie gerät, wo die eigene identitäre Befindlichkeit zum Maßstab der Verhaltenspraxis »den Juden«, »dem Zionismus« und »Israel« gegenüber erhoben wird. Der Realitätsverlust dem realen Israel gegenüber ist angelegt im Drang, sich aus geschichtlichen Gründen mit »den Juden« solidarisieren zu wollen, welche aber als Abstraktum nichts mit realen Juden, geschweige denn mit den historischen Opfern der Nazi-Verbrechen zu tun haben. Die Abkoppelung der »Juden« als Projektionsfläche von realen Juden sowie von den historischen Opfern der Nazi-Verfolgung ist, so besehen, in der instrumentalisierenden Gedenkpraxis, die ihrerseits einer primär narzisstischen Befindlichkeitsregulierung entstammt, angelegt. Die neuralgische Reaktion vieler Platzhalter solcher »Israel«- und »Juden«-Solidarität auf die Aufforderung, sich auf Juden und Israel real einzulassen, bezeugt und reproduziert stets das mittlerweile zur kruden Ideologie verkommene Grundmuster besagten »Gedenkens«.

Und es ist nun dieser Kontext, der den instrumentalisierenden, ideologisch und also fremdbestimmt gebrauchten Antisemitismus-Vorwurf und

Mit CamScanner gescannt

die parallel dazu rekrutierte Bezichtigung eines »jüdischen Selbsthasses« generiert hat. Was vielen deutschen Israel-»Solidarisierern« nur dadurch erträglich wird, dass sie sich herausnehmen, Israel-Kritiker pauschal dem Antisemitismus-Vorwurf auszusetzen, ist israelischen Rechten (aber auch rechtsgesinnten Juden außerhalb Israels), die sich scheuen, den Begriff des Antisemitismus auf Juden anzuwenden (wenngleich auch dies nicht selten vorkommt), die Bezichtigung des »Selbsthasses«. Es will ihnen schlicht nicht in den Sinn kommen, dass Juden sich der Politik des zionistischen Staates aus universellen humanistischen, völkerrechtskompatiblen und freiheitlich ausgerichteten Gründen widersetzen könnten. Weil sie Judentum, Zionismus und Israel gleichsetzen, sind sie narzisstisch solchermaßen gekränkt, dass sie sich nicht anders zu helfen wissen als durch Besudelung jener, die sie als »Verräter« ansehen – »Verräter« am Judentum, am Zionismus, am Staat Israel, »Verräter«, die es nur aus Selbsthass sein können. Für die außerhalb Israels lebenden Juden spielt dabei eine Rolle, »was die Gojim [Nichtjuden] sagen werden«, wenn sie die Argumente gegen Israels Politik aus jüdischem, gar berufenem israelischen Munde hören. Für die in Israel lebenden Rechten (die sich nicht wirklich darum scheren, was »die Gojim« denken und sagen) spielt eher ein latentes Bedrohtsein durch den von ihnen als solchen wahrgenommenen Angriff auf die »israelisch-jüdische Gemeinschaft« eine Rolle. Ironischerweise manifestiert sich in beiden Reaktionen das, was der klassische Zionismus zu überwinden trachtete: eine paranoide diasporische Mentalität, die sich stets der Welt verschließen zu sollen meinte und ein nicht zu hinterfragendes jüdisches »Zusammenhalten« gegenüber der »Welt« forderte. Den Einwand, dass es gerade sie sind, die dabei Verrat am traditionsreichen jüdischen Humanismus begehen, lassen sie deshalb schon nicht zu, weil sie ihn als »nichtjüdisch« verwerfen, aber auch, weil sie ihn selbst – zumal er einer diasporischen Vergangenheit entstammt – als »jüdischen Selbsthass« abschmettern. Den deutschen Israel-»Solidarisierern« gilt diese humanistische Traditionslinie ohnehin nur etwas, wenn sie sie als Waffe »für Israel« und als Instrument der vorgeblichen »Bekämpfung des Antisemitismus« einsetzen können. Ihr Verrat an dieser Tradition wiegt nicht weniger schwer als der von israelischen Faschisten an ihr begangenen.

Die Kritik der Instrumentalisierung von historischer Vergangenheit zur Verfolgung fremdbestimmter Interessen in aktuellen Zusammenhängen und Bezügen sieht sich also zweierlei Problemen ausgesetzt. Zum einen muss sie davon ausgehen, dass eine wie immer geartete Vereinnahmung von Vergangenem durch dessen Rezeptionspraxis schon dadurch unumgänglich ist, dass man sich der Last nachmaligen Wissens und der entsprechenden Aufladung des Vergangenen mit Inhalten des Gegenwartskontexts schlechterdings nicht entschlagen kann. Zu fragen bleibt dabei einzig, in welcher Absicht instrumentalisiert wird und, insofern man sich der Erinnerung als Andenken verschreibt, inwiefern im Andenkensprozess das Wesen des zu Erinnernden –

bei aller heteronomen Vereinnahmung – erfasst und gewahrt wird. Zum anderen kommt man aber nicht um die Einsicht herum, dass selbst noch die wohlmeinende, die Koordinaten des zu Erinnernden vermeintlich einhaltende Gedenkpraxis in die ideologische Falle einer sekundären Instrumentalisierung der Vergangenheit hineintappen mag. Nicht nur wirkt sich dabei eine interessengeleitete Emphase aus, die dem Fremdbestimmten in der Gegenwart das Primat über die Vergangenheit verschafft, sondern die damit einhergehende ideologische Verblendung trägt ein Eigenes dazu bei, das Wesen des zu Erinnernden vor dem Bewusstsein der Gegenwart immer hermetischer abzuriegeln. Dem ist einzig durch die fortwährende kritische Reflexion der Andenkenspraxis und der ihr zugrunde liegenden Gedenkmatrix beizukommen. Eine zutiefst sisyphische Unternehmung, die der Vermutung Recht zu geben scheint, dass die authentische Erinnerung vergangenen Leids sich letztlich nur in einer Gesellschaft einzustellen vermag, die die Bekämpfung dessen, was das Leid gesellschaftlich generiert, zu ihrer eigentlichen Raison d'être hat werden lassen und zur moralischen Maxime erhoben hat. Eine Gesellschaft wäre dies mithin, in der die heteronome Instrumentalisierung der Vergangenheit sich erübrigt haben wird.

Mit CamScanner gescannt

ILSE BINDSEIL

Antisemitismus als Beute der Intellektuellen

Einleitung

Die Antisemitismustheorie gehört zu den Gegenständen, die für mich mit einem Trauma verbunden sind: Ich schäme mich. Geprägt von der Studentenrevolte, zugleich von der nie explizierten Schuld der Eltern, auch der von ihnen implementierten Angst, etwas zu tun, was mir erst hinterher klar würde, schäme ich mich heute nicht etwa für die Begleiterscheinungen der Studentenbewegung, für die unvermeidliche Blindheit gegenüber allem, was nicht im Fokus war, oder die Bilder, die in älteren Zeitgenossen manch ungute Erinnerung weckten. Ich schäme mich für den nicht hinterfragten Glauben an die Intelligenz. Heute erscheint mir dieser Glaube, vorsichtig ausgedrückt, sonderlich. Waren unsere Eltern dumm? Hat es daran gehapert? Oder bloß nicht kritisch erzogen? Wurde in der Weimarer Republik nicht diskutiert? Wie konnten wir die Intelligenz nur so hochschätzen, ohne uns in gleicher Proportion um das zu kümmern, was sie nicht kann? Hätte sich nicht darin die wahre Wertschätzung ausgedrückt? Und wie konnten wir sie hochschätzen, nachdem nicht sie sich, sondern der Holocaust ihr ihre Grenzen aufgezeigt hatte, indem sie an ihm versagte, indem sie von ihm zur Lappalie erklärt und von ihr hinweggefegt wurde?

Dank dieses Traumas erscheint mir die heutige Antisemitismustheorie und -kritik in einem womöglich übertrieben schäbigen Licht. Ich sehe sie im Kontext peinlicher Erinnerungen, wie etwa unserer damaligen Inanspruchnahme von Geistesgrößen, der Verehrung von Anführern, der beharrlichen Verwechslung von intellektueller und praktischer Kompetenz, des unentwegten Herauspräparierens von Schlüsseltexten und Fragestellungen, die die Gesellschaft auf ihren Begriff bringen, vor allem aber der Theorie ihren Platz sichern sollten. Als eine solche Fragestellung mauserte sich auch der Antisemitismus von einer nur schwer zu tragenden Last zunehmend zur Herausforderung, ja wurde so etwas wie der Gegenstand der Bewährung, die Knacknuss der intellektuellen Linken. Eine Knacknuss aber musste er sein, ein Umstand oder – wie schon vor Jahren bündig formulier wurde – eine Krankheit, das durfte nicht zugelassen werden. So definiert, wäre er dem Verstand entglitten. Salopp gesagt: Antisemit konnte jeder sein, den Antisemitismus begreifen durften nur wenige. Postone zu verstehen, gar zu kritisieren war

Mit CamScanner gescannt

nicht nur eine Aufgabe, sondern eine Preisfrage. Sie betraf nicht bloß den Zusammenhang von Antisemitismus und Gesellschaft, Antisemitismus als Unterbegriff aufgefasst. Sie zielte auf Antisemitismus als möglichen Oberbegriff der Gesellschaft. Wer ihn in seiner Doppelnatur – als gesellschaftlich erklärt und die Gesellschaft erklärend – begriff, hatte den Zusammenhang von Kapitalismus, Holocaust und Gesellschaft verstanden. Er hatte das Rätsel gelöst. Oder vielmehr: Er hatte ihn in ein Rätsel verwandelt. Ein Rätsel für Intellektuelle, versteht sich.

Antisemitismustheorie, so kommt es mir heute vor, war eine Option weniger für einen Sachverhalt als für die Theorie. Sie konnte nicht mehr als ein hybrides Gebilde zustande bringen, eine Chimäre. Mehr als vom Willen, den Antisemitismus zu begreifen, gar »aufzuheben«, zeugt sie von der intellektuellen Inanspruchnahme eines Gegenstands, der dank der Zurüstung, die er im

Holocaust erfuhr, nach dem Zugriff zwar förmlich verlangte, ihm allerdings mehr Widerstand als gewöhnliche Forschungsgegenstände entgegensetzte. Immerhin hatte er es nicht nur zu einem schier unbegreiflichen Schrecken gebracht, sondern in seiner Durchführung auch zu einer eigenen Form gefunden, einer Apotheose des praktischen Verstands, die sich dem theoretischen Verständnis nicht nur verschloss, sondern es gewissermaßen überflüssig machte, dazu noch die eigene Aufhebung einschloss. Antisemitismus, in der Logik der Endlösung, wäre ein Anachronismus geworden, ein Widerspruch in sich, die Gesellschaft hätte fortan ohne ihn klarkommen müssen. Wollte man dem Antisemitismus in der gewohnten Weise begegnen, musste man seine radikale Verselbständigung und Selbstgenügsamkeit übersehen oder überwinden: in der Weise einer Milchmädchenrechnung – je mehr Schrecken, desto mehr Theorie – und mehr noch durch einen Sprung in die Metaphysik, der den Paradigmenwechsel des Gegenstands nachahmte. Je fremder das Geschehen, desto unergründlicher sollte es sein, desto mehr Abstraktion schien nötig, es zu erklären, um nicht zu sagen, es nachzubilden. Gegenüber einem im wahrsten Sinn des Wortes ungeheuerlichen Gegenstand, der sich in den gesellschaftlichen Zusammenhang nicht einfügte, sondern sich ihm übergestülpt und ihn überwältigt hatte – ein Vorgang von einer Ungeheuerlichkeit, die sich nicht abnutzte und auf die Verwicklung des Verstandes, den Kurzschluss von Plan und Praxis verwies –, hielt man an der alten Objektbeziehung nicht nur fest, sondern konnte gar nicht anders, als sich seinerseits der Gesellschaft überzustülpen: als Verwalter und Verweser der Aufgabe, so wie der Holocaust sie gestellt hatte.

Diese Überhöhung der Theorie mutet mich aus dem historischen Abstand grotesk an. Wenn nicht, wie man in alten Zeiten gesagt hätte, gute Erziehung – das heißt Selbstbegrenzung – und allgemeine Menschenliebe, sondern nur abstrakte Einsicht vor Antisemitismus schützen konnte, dann war das günstige Schicksal nicht nur wenigen vorbehalten, solche Überhöhung war auch nicht in den Blick zu kriegen, zumal nicht von ihnen. Sie

hätten sich buchstäblich um sich selbst drehen, sich gewissermaßen von hinten sehen, sich nicht – wie im ideologischen Getümmel des Antisemitismusvorwurfs seitdem tausendmal verlangt – »an der eigenen Nase«, sondern im Genick packen müssen.

Der sogenannte linke Antisemitismus spielt in diesem Zusammenhang eher eine lächerliche als eine tragische Rolle. Als klassischer Kollaps, Zerrform einer theoretischen Erklärung der gesellschaftlichen Nöte, ist er einerseits ein triviales historisches Faktum im Zuge einer Aufklärung, die an sich selbst glaubt, andererseits geradezu eine logische Unmöglichkeit, die Drohung seiner Aufdeckung eine nicht zu verwindende Kränkung. Dazu ist er als gewissenhafte Spezifizierung natürlich ein Fake, allein schon wegen seiner strategischen Funktion, den übergeordneten Gegenstand durch den untergeordneten gleichsam zu naturalisieren, seine fraglichen Anteile vergessen zu machen. Nimmt man beides zusammen, dann ergibt sich jenes Ineinander von missbräuchlicher Absicht und klarem Verstand, von dem schon Hamlet sagte, »Ist es Wahnsinn, hat es doch Methode« und zu dem jeder, der in die Auseinandersetzung eingreift, sein Scherflein, damit aber zur Demontage jenes als zweckfreie Erkenntnis definierten Vermögens beiträgt, auf das er »in Gefahr und höchster Not« sich gern noch berufen können würde.

1

Angesichts der zielstrebigen Verwicklung der Theorie in den Gegenstand, den sie begreifen soll, lohnt sich ein Schritt zurück. Geht man etwa vom naiven Objektbezug, wie er das Erkennen eines Gegenstands regelt, aus, dann kann der Holocaust nur wie alle anderen möglichen Gegenstände ein Objekt der intellektuellen Bemächtigung und, in dieser Logik, das Ergebnis der Bemächtigung nur die hegelsche Aufhebung sein. Aber wie soll man sich des Holocaust bemächtigen, was kann Aufhebung angesichts des spezifischen Gegenstands bedeuten? Auf ihn bezogen, kehrt der Begriff vor allem sein verleugnendes Moment hervor. Aufheben oder, wie es in der Parodie heißt, ›wegerklären‹ bedeutet ja so viel wie ungeschehen machen, wenigstens geistig, und das wiederum heißt, wenn nicht in der Vergangenheit, dann für die Zukunft. Aber wie darf man sich das gegenüber dem Holocaust vorstellen? Wie kann die Vernunft ihn aufheben, ohne ihn zu verleugnen? Wo verlaufen überhaupt die Bezüge, die sie als einschlägig ausweisen? Wie konnte man nachdenken, ohne sich dazu ausersehen zu fühlen? Entweder man bricht mit der Naivität, oder man setzt noch eins drauf.

Die Vernichtung der Gesellschaft als solche, als welche den Holocaust zu verstehen kein normaler Mensch umhin kann, musste auch die Reflexion in ihren Grundfesten erschüttern; Erschütterung, gefasst als objektiver Prozess, nicht bloß als psychologische Anmutung. Womöglich war ihr mit ihm nicht wie stets eine Aufgabe gestellt, sondern eine Grenze gezogen worden. Das wäre eine Hypothese gewesen, bei der zu verharren gelohnt hätte. Wo-

Mit CamScanner gescannt

möglich und obwohl der Holocaust doch eindeutig Menschenwerk war, war auf dem durch ihn besetzten Feld für das Denken nicht der gewohnte Platz reserviert. Womöglich war er anders konfiguriert, als die Reflexion es von ihren Gegenständen gewohnt war, auf seine Art vollständig und ohne Appell, in all seiner Rätselhaftigkeit sonnenklar, rätselhaft lediglich für die Reflexion. Womöglich hatte sie, obwohl als Metainstanz für alles kompetent, an ihn gar nicht die richtigen Fragen.

Eine solche Verzögerung des Zugriffs öffnet den Blick nicht nur für die eigene fragile Existenz, sondern auch für den befremdlichen Gegenstand selbst, der die Reflexion gleichsam um ihr Objekt bringt. Der Holocaust war ja von Anfang an ein in doppelter Hinsicht ungeheuerliches Projekt, die irrationale Absicht verband er mit einem rationalen Verfahren. Die technisch-bürokratisch inspirierte »Endlösung« bezeichnete die Vernichtung des Judentums und schloss das Ende des Antisemitismus ein: »Ziel erreicht.« Zwar war das Projekt, dank der ihm inhärenten Verklammerung von Barbarei und Kalkül für den technischen Verstand von Anfang an eine grenzwertige Aufgabe, die ihn mit der Unmöglichkeit einer sauberen Lösung für schmutzige Absichten konfrontierte und einen eigenen heroischen Elan kreierte, wie er von den Zeugen in Lanzmanns *Shoah* in unnachahmlicher Wiedergabe des O-Tons dokumentiert wird. Aber das war nur eine Randfrage. Das Entscheidende vollzog sich in der Durchführung, und wo diese ihrem inneren Anspruch nicht mehr genügte, gar an ihren Aporien zu scheitern drohte, vollzog es sich in der noch einmal um Sinn und Absicht gekappten Form, die man heute als »Durchziehen« bezeichnet.

Die existentielle Befremdung angesichts eines solchen Gegenstands in eine verdoppelte Autorität der kritischen Vernunft umzumünzen, ist eine Konsequenz, die Verwunderung auslösen muss, zumal in der Konstruktion der »Endlösung« Leidenschaft und Interesse doch auffällig anders verteilt waren, als die Vernunft es von ihren Gegenständen gewohnt ist: Der Furor der Vernichtung war nicht der Furor des Antisemitismus, dieser war Ideologie, jener pure Durchführung, mit reiner geistiger Anstrengung war ihm nicht beizukommen. Wie sollte angesichts dieses Befunds die kritische Vernunft ihrerseits Leidenschaft und Interesse verteilen? Lediglich eine an intellektueller Bemächtigung desinteressierte Historie, die vor den Abgründen nicht zurückscheute, in die der NS seine Adepten geführt hatte, konnte den Spalt zwischen dem Antisemitismus als halluzinative Form der Welterklärung und massenmörderisches Projekt verkleinern, indem sie die rationalen Anteile an den Verbrechen freilegte, die sachliche Arbeit des Verstands, der nur getan hatte, was er immer tat, die Praxis anleiten und das kompakte Ziel in eine Schritt-für-Schritt-Prozedur übersetzen; Genaueres siehe bei Hilberg. Durch eine Rekonstruktion, die der Selbsterklärung nahekommt, konnte sie deutlich machen, dass die Ungeheuerlichkeit der Vernichtung in der Normalisierung bestand, der sie unterworfen wurde. Mit dieser Rekonstruktion, die

auf das letzte Urteil der Vernunft verzichtete, dafür die immanente Rationalität der Vernichtung, also auf ihre Weise das Verhältnis von Vernunft und Verbrechen, in den Blick genommen hatte, war ihre Arbeit beendet. Für die Reflexion schien sie an der Stelle erst zu beginnen. Sie musste aufheben, so schien es ihr, was doch niemand aufheben konnte. Anstatt sich aufzuheben und den Blick auf das Andersgeartete des Gegenstandes freizugeben, machte sie sich ihren Gegenstand kompatibel, ja schuf ihn förmlich um, sodass er wieder ihr Gegenstand war. Ihn schaffen und ihn aufheben wurde eins. In einer doppelten Abgrenzung einerseits vom Verstand, der sich schuldig gemacht, andererseits vom Historiker, der bloß den Beweis angetreten hatte, wurde ein ebenfalls doppelter Schritt, vermeintlich über die Empirie hinaus und hinein in die Abstraktion, ja in die Metaphysik vollzogen und die Identität der Vernunft mit sich selbst so wiederhergestellt. Der Gegenstand aber, der zu ihr passte, musste in die Abstraktion mit hineingenommen und zu einem metaphysischen Gegenstand erhoben werden. Metaphysisch, wohlgemerkt, das heißt hier affirmativ, affirmativ heißt: etwas, worauf man nie und nimmer verzichten kann.

Das kuriose Resultat ist die bekannte Mischung aus Hellsicht und Verblendung, wie sie die heutige Einstellung zum Antisemitismus kennzeichnet. Diese Mischung war von Grund auf ambivalent. Sie verwies auf den intellektuellen, den konstruierten, den künstlichen Anteil des Antisemitismus, so wie er sich nach dem Holocaust als Gegenstand der theoretischen Bearbeitung neu etablierte und vom gewöhnlichen, vom faktischen Antisemitismus überheblich abgrenzte, der in seiner altmodischen Vorkriegsgestalt im schmuddeligen Untergrund der Gesellschaft überlebte, auf seine Weise den Holocaust leugnend und sich für künftige Aktualisierung bereithaltend, aber einfach kein »geistiger Gegner«. Der heutige Antisemitismusbegriff in seinem totalen Anspruch ist dagegen im Projekt der »Endlösung« vorgeformt worden; kein Wunder, ist er ja eine Antwort auf sie. Er hat sie nicht nur als »totales Problem« wahrgenommen, von ihr vielmehr die totalisierende Form übernommen. Als Begriff ist er nicht nur aus jedem Zusammenhang herausgelöst, hoffnungslos überfrachtet und überschätzt, sondern lebt auch von der Nichtachtung jener elementaren Unterscheidung zwischen Denken und Tun – als Unterbegriff auch Philosophieren und Politisieren –, die als Bollwerk fungiert gegen das Böse, das nicht vergleichsweise harmlos aus dem Affekt, sondern, exponentiell gesteigert, aus dem Verstand kommt.

Die traditionelle Vorurteilsforschung übersah zwar die kategoriale Nichteinschlägigkeit ihres Begriffs für den Holocaust, hielt dafür aber in fortdauernder Unterscheidung den Gegenstand sich vom Leib und durfte weiter auf die Beseitigung des Vorurteils durch Aufklärung hoffen. Die Antisemitismustheorie, die den Holocaust nicht umging, vielmehr gegen den relativierenden Geschichtsverlauf auf ihm als dem Kulminationspunkt nicht nur des Antisemitismus, auch der Geschichte beharrte, geriet zu ihrem Gegen-

Mit CamScanner gescannt

stand in eine verhängnisvolle Parallelität. Jede Aussage, die sich auf den Antisemitismus bezog, trug in einem Zug wie zu seiner Erkenntnis zu seiner Ausgestaltung bei. Sie wurde ein förmlicher Beweis, dass er existierte. Die Wiedergutmachungsdebatte, die den gesellschaftlichen Bezugsrahmen wiederherstellte, indem sie Leid in Ansprüche umrechnete, Opfer in Nutznießer umwandelte, half, an das durch den Holocaust in den Hintergrund getretene, eigentümlich bezugslos gewordene Stereotyp des raffenden Juden wiederanzuknüpfen. Sie leistete so etwas wie eine Relativierung des Absoluten, die, da nie abgeschlossen und wirklich erreicht, nur in eine Wiederholungsschleife führen konnte. Das war zwar monströs und in seiner offenen Widersprüchlichkeit den logischen Kapriolen nicht auszuhalten, aber es war zugleich der unverstellte Gang der Geschichte, zumal der verrechtlichten, die das Böse nur rationalisiert, nicht besiegt. Aber wie in Rivalität zur ordinären

Geschichte erhob auch die kritische Vernunft Anspruch auf den Holocaust. Sie war durch ihn ins Abseits gestellt worden, seine Position im Erkenntniszusammenhang stand infrage, oder vielmehr ihre. Aus dem Abseits heraus musste sie beweisen, dass er immer noch in ihr Ressort fiel, und diese Grundkonstellation erhielt sich: Antisemitismustheorie wurde zum philosophischen Angebot an die Politik, ein Angebot zur Bewältigung der Vergangenheit und zur handlungsanleitenden Deutung der Gegenwart, das befremdet. Was war sie eigentlich: eine Domäne für Philosophen, die es politisch besser wussten? Das hatte noch nie funktioniert.

2

Um Spielraum für die Betrachtung zu gewinnen, ein Schritt nach innen: Zwischen dem konventionellen und dem exterminatorischen Antisemitismus findet eine Veränderung im System statt, nicht nur ein Übergang von der Parole zur mörderischen Tat, sondern eine Verschiebung von der Idee hin zur Durchführung; diese wird wichtiger als jene. So die Kritik den Paradigmenwechsel, der sie ins Abseits stellt, verleugnet, wird sie umgekehrt in den Prozess hineingezogen. Sie wird ein Teil dessen, was sie erkennen sollte, und selbst – praktisch. Nicht nur meldet sie umso mehr Kompetenz an, je weniger zuständig sie ist, konstruiert den Gegenstand neu, auf den sie schließlich passt, sondern konstruiert auch sich selbst neu. Sie verlässt das eng umschriebene Feld der Theorie und wird total, sie verliert die Fähigkeit, die eigene Begrenztheit zu erkennen und sich zu begrenzen. Im Verlauf der Nachkriegsjahrzehnte wird die ambitionierte Absicht, das kontingente Geschehen unter die Herrschaft der Erkenntnis zurückzubringen, sich wandeln in das absurde Projekt, sich in der politischen Praxis zu behaupten, wohlgemerkt, die Theorie in der Praxis. In der Selbstdefinition des Vernichtungsprojekts als emphatisches Projekt einer technischen Lösung muss für die Vernunft eine solche Herausforderung liegen, dass sie den Sprung in eine von vornherein als Selbstbehauptung definierte Praxis nicht scheut und, wie oben angedeutet, die Formlosigkeit des

Gegenstands und des eigenen Vermögens in Kauf nimmt: den Verlust kategorialer Unterschiede, wie der zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Metaphysik und Geschichte, Philosophie und Politik. Antisemitismus, von den Fesseln seiner Empirie befreit, saugt alle Unterschiede auf. Er ist metaphysisch und brachial, philosophisch und praktisch, manifest und latent, strukturell und intentional, wie vielfach hervorgehoben wird, nicht nur bewusst, sondern ebenso gut unbewusst. Vor allem *ist* er.

Aus dem angemessenen historischen Abstand heraus lässt sich verstehen, dass der Holocaust für den Intellektuellen im elementaren Sinn das gewesen ist, was man heute geläufig eine narzisstische Kränkung nennt. Stellt der Holocaust ihn ins beziehungslose Abseits, so gerät er durch die Verleugnung dieser Tatsache in eine Zwickmühle. Presst er den neuen Gegenstand in seine alte Form, hört dieser auf zu existieren. Wird er selbst praktisch, greift mit der Autorität des mächtigen Worts ins Tagesgeschehen ein, hört er als Intellektueller auf zu existieren. Angesichts dieses Dilemmas müsste er seiner selbst in einem umfassenden Sinn ungewiss werden. Auf der Basis welcher Legitimation engagiert er sich überhaupt?

Angesichts der Selbstdemontage des Intellekts verklärt sich mir die frühzeitige – um nicht zu sagen vorzeitige – Kritik Horkheimers, deren Ruhm nicht zufällig der Renaissance von Antisemitismus und Antisemitismustheorie nicht standgehalten hat. Ich gebe meine Lektüre so wieder, wie sie mich vor Jahren geprägt hat: als Erinnerung. Von Horkheimer glaube ich gelernt zu haben, dass der reflektierende Verstand gar nicht die Instanz war, an die man sich wenden musste, wenn man den Holocaust verstehen wollte, da das Wesentliche des Holocausts in der Durchführung bestand. Sich an ihn zu wenden, war der Konvention eher geschuldet als den Tatsachen; Horkheimer hält das fest. Sein Beitrag »Die Juden und Europa« spiegelt in seiner Bündigkeit, der dem Text innewohnenden Verweigerung, den Konkurs des traditionellen hermeneutischen Konzepts. Er spiegelt die Abwendung des Gegenstands vom Subjekt, das ihn erkennt, seine Zuwendung zu einem anderen Konzept, das in seiner Selbstgenügsamkeit von geistiger Leitung und Inspiration durchaus unabhängig und auf seine Art vollständig ist. Der Gegner, den Horkheimer beschreibt, war auf ihn, den Repräsentanten der reflektierenden Vernunft, schlicht nicht mehr bezogen. Horkheimer schaute ihn an, der in eine andere Richtung blickte. Diesen Moment hielt er fest. Diese für die Erkenntnis hoch bedeutsame Konstellation drückte er aus, und ich will diesen Eindruck von meiner Horkheimer-Lektüre hier noch einmal festhalten. So, wie man bei einem Toten die Richtung, in die er blickt, nicht bestimmen kann, mag man ihn noch so genau ansehen, ja, um in sein Blickfeld zu geraten, um ihn herum- und herumgehen, so kann auch der Theoretiker, der in gewohnter Weise auf den Holocaust schaut, er als Subjekt aufs Objekt, nichts Bedeutsames mehr erkennen. Einem Paradigmenwechsel, einem Unterschied »der Art, nicht des Grades« sieht er sich konfrontiert. Ihm wird man nur gerecht,

Mit CamScanner gescannt

wenn man ihn selbst wahrnimmt, nicht das, was er verstellt. Horkheimer – dies der prägende Eindruck auf mich –, machte es vor. Er blickte auf die – nach allen Regeln der abendländischen Philosophie konfigurierte – Sache, der NS auf die Durchführung, und genau das wollte er zeigen.

An Horkheimers Statement fällt gerade heute auf, dass er für das gewöhnliche intellektuelle Selbstbestätigungsinteresse keinen Sinn hatte; womöglich aus Arroganz. Heute ist das Gegenteil von Loslassen zu bemerken: Niemand hält den Antisemitismus so fest, es ist auch niemand so auf ihn angewiesen wie der Antisemitismuskritiker. Was würde aus dem Antisemitismus – wäre aus ihm geworden – wenn ihm die Unterstützung durch die Antisemitismustheorie nicht zuteil geworden wäre, die, anstatt die eigene Ohnmacht in karge Worte zu fassen, das Ungeheuerliche des nazistischen Vernichtungsprogramms in einer ungeheuerlichen theoretischen Konstruktion abbildete und verewigte, um diese sodann in – wie soll es anders gehen – kurzschlüssige politische Einmischung umzumünzen. Wenn die Antisemitismustheorie und -kritik, anstatt den Antisemitismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln am Leben zu erhalten, den Blick für die Faktizität und die Implikationen der Vernichtung freigehalten hätte, wenn sie den Blick nicht nur für die Schuld – die die Deutschen den Juden bekanntlich nicht verzeihen können –, sondern auch für das Ende des Antisemitismus geschärft hätten, wenn sie, anstatt die Sinngebung zu verdoppeln, an ihrem Realitätsbewusstsein gearbeitet hätten: Was wäre dann aus dem Antisemitismus geworden? Was würde aus den Wahnideen und strategischen Manövern der Antisemiten, aus ihren Taten, ihrer Identität, wenn sie von der Antisemitismuskritik mit den für den Anspruch von Normalität und Tragweite notwendigen intellektuellen Verknüpfungen, ja auch vom Pathos der argumentierenden Rede und intellektuellen Aufklärung nicht systematisch ausgerüstet würden? Für den Antisemitismus bliebe in der Tat keine andere Rolle und kein anderes Personal als das von vorgestern in der Welt von heute. Er wäre erratisch wie der »vierbeinige Antisemit« aus Isaac B. Singers Erzählungen: ein waschechter Köter, für den der Antisemitismus als Metapher dient, nicht wie im NS-Antisemitismus umgekehrt der Hund als Metapher für den Juden. Nicht dass das antisemitische Stereotyp von der Existenz des Gegenstands unabhängig ist, nicht dieser Fortschritt in der Vorurteilsforschung wäre die Pointe der Nach-Nazizeit gewesen, sondern wie die Gegenwart sich ohne Antisemitismus orientiert hätte. Stattdessen wurde er, so als ginge es nun mal nicht ohne ihn, von allen Seiten und aus allen nur denkbaren Gründen am Leben gehalten und wiederbelebt. Man stelle sich einmal vor, auch der Nahe Osten hätte sich ohne das reichhaltige Kompendium des Antisemitismus orientieren müssen und – dürfen!

3

Gegenüber den Bedenken von politischer und praktischer Relevanz mögen die theoretischen Einwände nicht ins Gewicht fallen. Zu Unrecht, denn die Beschädigung des theoretischen Vermögens, mehr noch ihre Inkaufnahme zugunsten vermeintlich höherer Interessen, hat Auswirkungen noch und noch. Nicht mehr und nicht weniger drückte sich darin aus als der Zusammenbruch des intellektuellen Systems, das auch für die Antisemitismustheorie den Rahmen stellt, ohne den sie nicht reflektieren und ohne den sie nicht reflektiert werden kann.

Zu seinen wichtigsten Symptomen zählt der Kippmechanismus, der aus dem Antisemitismus eine Wesenheit macht, die einer Würdigung statt bloß einer Kritik bedarf. Die verblüffende Nähe solcher Würdigung zu Ritualen, die unseren psychologischen, ethnologischen, auch religiösen Lektüren ein Moment von exotischer Spannung zu verleihen pflegen, zeigt auf schockierende Weise, dass dieser Mechanismus jeglicher Theorie inhärent ist, besteht sie doch im Aushalten der Distanz gleichermaßen zum Wahn und zur Praxis, und im Moment, wo sie sie nicht aushält, kippt sie. Die Frage, die sich angesichts der der Theorie inhärenten Zerrformen stellt, ist stets nicht nur, was sie taugt, sondern auch, was sie bei sich selbst anrichtet. Will sie sich dem Holocaust unbedingt gewachsen zeigen, gibt sie sich selbst preis. Indem sie ihn als entscheidendes Politikum der Gegenwart präsentiert, wird sie übersprunghaft praktisch. Als Verwirklichung von »Gedanken« wirkt sie unvermeidlich bizarr.

Ein anderes Symptom ist die Verwandlung des Antisemitismus in einen Gegenstand der Wissenschaft im doppelten Sinn des Genitivs, ihr immer schon zugehörig. So kann er von ihr mühelos erkannt werden, freilich stets mit tautologischem Ergebnis: *You get out what you put in.* So wird anknüpfend an die »Studien zum autoritären Charakter« Antisemitismus als ein sowohl unerkanntes wie unbekanntes Verhalten behandelt, mit dem im Kampf der klugen Aufklärung gegen die dummen Menschen der Proband und seine Umwelt in einem doppelten Prozess der Information und Überführung zuallererst bekannt gemacht werden müssen. Die bündige, im Wortlaut so zu googelnde Formel lautet: »Viele sind antisemitisch und merken es nicht.« Ebenso wichtig wie die Frage nach dem Selbstverständnis solcher Theorie, die vermittels Forschungsansätzen und Fragebögen ihren Forschungsgegenstand gleichzeitig aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus und sich in sie hinein operiert, ist die nach der Konstruktion des Gegenstands: Was hat es mit dem Antisemitismus auf sich, und wie darf man ihn sich vorstellen? Sitzt er im Antisemiten, oder ist er ihm »aufgehuckt«? Ist er die Eigenschaft oder das Wesen des Antisemiten? Man möchte fortfahren: Ist er bloß die Eigenschaft des Antisemiten, aber das Wesen der Antisemitismustheorie? Wenn der Antisemitismus als eine Krankheit bezeichnet wird, kann man sich als Theoretiker durchaus ins Visier genommen fühlen. Mit den eigenen Mitteln

Mit CamScanner gescannt

wird man den Antisemitismus nicht knacken. Keine Chance, ihn theoretisch in den Griff zu bekommen.

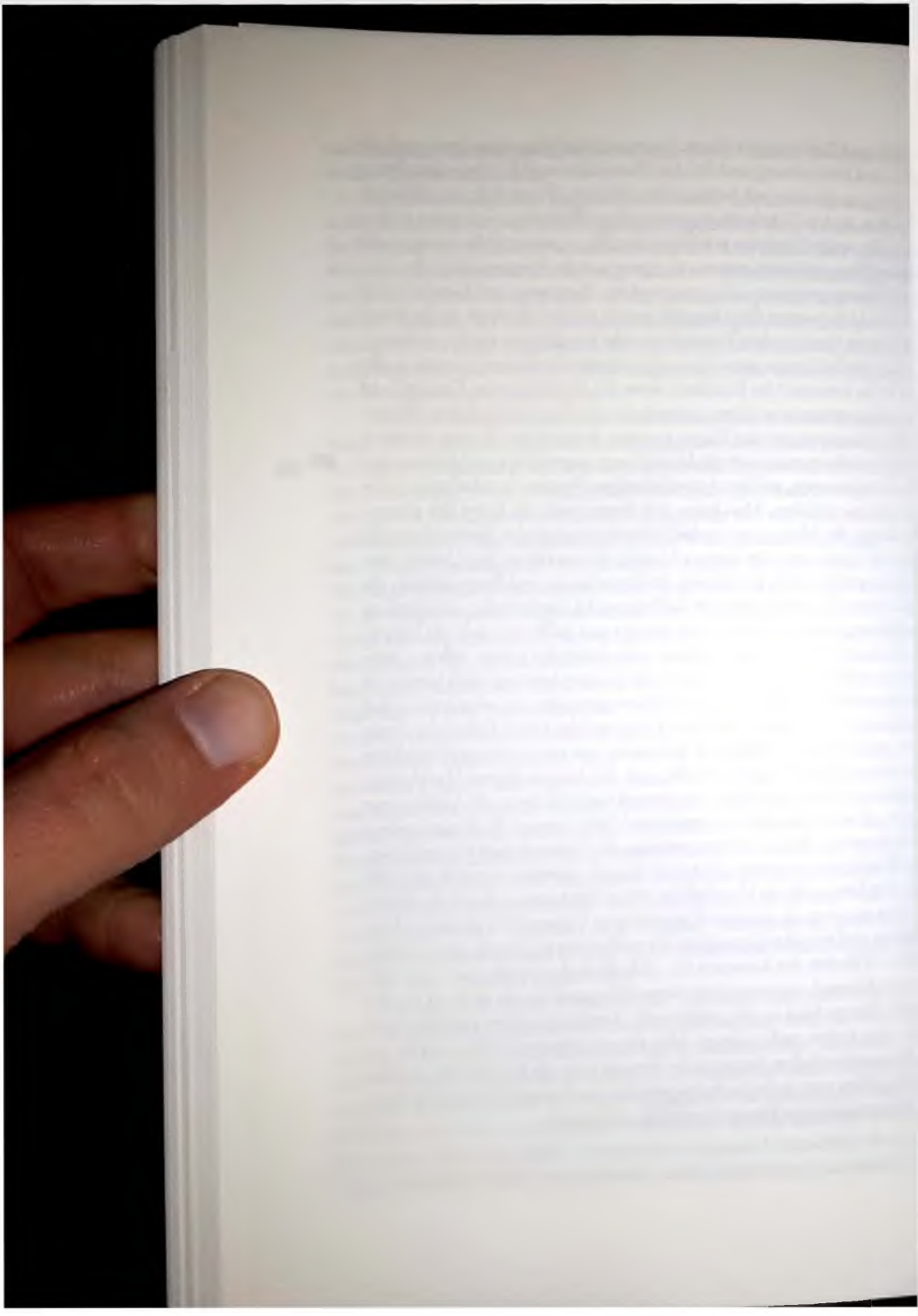
Die schwerwiegendste Folge ist die Tatsache, dass die Antisemitismuskritik, so entschlossen sie ihrem Gegenstand gegenübertritt, es nicht schafft, ihr Schicksal von seinem zu trennen. Sie lebt mit ihm, und sie lebt von ihm. Alles, was sie an ihm denunziert, trägt zu seiner Virulenz und ihrer Relevanz bei, erhält ihn und sie am Leben. So sehr sind die empirische und die theoretische Existenz des Antisemitismus ineinander gerutscht, dass der Entschluss, ihn als einen Gegenstand der Geschichte zu behandeln, etwas, was nicht begriffen und schon gar nicht aufgehoben, aber dennoch vergangen ist, der Selbstaufgabe gleichkäme.

Die Entdeckung des linken Antisemitismus gehört in diesen Zusammenhang. Die Diagnose, so kritisch sie sich gegenüber der Linken ausnimmt, ist denn auch mindestens so affirmativ wie entlarvend. Das Attribut materialisiert die Behauptung: Wenn es linken Antisemitismus gibt, muss es Antisemitismus geben. Als Attribut ist links ein ideologischer Ort wie jeder andere, ein Schlachtfeld, auf dem die gesellschaftlichen Widersprüche ausgetragen werden. Als eine fundamentale Orientierung ist es gegen Antisemitismus immun: Wer links ist, kann nicht Antisemit sein, es sei denn, er weiß nicht, was links ist. Als zeitgenössische Diagnose ist der linke Antisemitismus daher in mehrfacher Hinsicht erratisch. Einerseits spezifiziert mit ihm der Antisemitismus sich fort und fort. Andererseits wird der Antisemitismus einem Zusammenhang implementiert, der ihn selbst an seine Grenze, das heißt, zu der Doppelfrage führt: Was ist Antisemitismus? Und was ist eigentlich links? Drittens ist der linke Antisemitismus auch ein trivialer Ausdruck der gesellschaftlichen Wirklichkeit und in gewisser Weise normal. Natürlich gibt es Antisemitismus unter Linken, und es gibt auch linken Antisemitismus, nicht zuletzt als eine Rationalisierung der eigenen Spießigkeit ebenso wie als einen »Kurzschluss« im System der gehätschelten Abstraktionen. Aber wenn er auch eine Provokation für das linke Selbstverständnis ist, so ist er doch kein Beweis für eine kategorial höhere oder übergreifende Existenz des Antisemitismus. Vielmehr ist er eine Alltäglichkeit für ein Denken, das dank der ihm inhärenten Mechanismen – der Sehnsucht nach radikaler Vereinfachung, nach Monokausalität und dem Modell »Schuld statt Grund«, dem Modell »Person statt Abstraktion« – jederzeit kippen kann.

Wer sich heute für die Schicksale des Verstandes interessiert und dabei den intellektuellen Standard der Studentenbewegung noch im Kopf hat, den muss am meisten das Moment von Selbstdemontage frappieren, die stille Revolution, in der das Bewusstsein der gesellschaftlichen Abstraktheit dahingeschwunden oder, wie Papst Franziskus vom christlichen Glauben treffender formuliert, buchstäblich »verdunstet« ist. Die kritische Vernunft ist eindimensional geworden. Sie kann ihren eigenen Unterschied, den zwischen Abstraktheit und Unmittelbarkeit, nicht mehr fassen. Antisemitismus

ist Vorfall und Erklärung in einem. Im mittelalterlichen Sinn ist er zugleich Ursache und Erscheinung und für den Theoretiker und Kritiker ohne Bezug zu den Fragen, die ihn doch heimsuchen müssten: Wie verhält der solcherart aufgeladene, in den Zirkelschluss geratene Begriff des Antisemitismus sich zu anderen, die, in der Tradition mächtiger Begriffe, an seiner Stelle standen oder auf diesen Platz aspirieren, wie ein Gespenst aus der Vergangenheit der marxistische Klassengegensatz oder, postmodern, Rassismus und Gender? Und was für ein Licht werfen diese Begriffe jeweils auf ihn? Fördern sie das Interesse an seinem theoretischen Verständnis, oder beschädigen sie ihn, indem sie durch ihre bloße Existenz seine Unvergleichbarkeit bestreiten? Gewinnt oder verliert er an Interesse? Im Desiderat, etwa das Verhältnis von Gender- und Antisemitismustheorie zu klären, spiegelt sich die Not, das nach dem Niedergang des Marxismus aus den Fugen geratene theoretische System wieder in den Griff zu bekommen, auch die Versuchung, angesichts verschiedenartiger und darin autonomer, auf ihre Art vollständiger Systeme in scholastische Erörterungen zu verfallen. Man kann sich fragen, was, als Folge des prägenden Traumas des Holocaust, an der Selbstdemontage des Verstandes noch beteiligt ist. Ist es, was die Theorie betrifft, die gerade in der Linken jahrzehntelang geübte Verleugnung von Strukturalismus und Postmoderne, die die reklamierte Dialektik erstarren ließ? Ist es die idealistische Anknüpfung an Aufklärung und Marxismus, mit der wir uns nicht nur naiv im historischen Vorher des Nationalsozialismus – wie hätte das gehen sollen – positionierten, sondern durch die theoretische Vorentscheidung auch bereits für den Unterschied zu den NS-affinen Eltern sorgten, der uns, als ein nie sicher gewährleisteter Unterschied, ein Leben lang verfolgt hätte? Gehört in diesen Kontext auch die übersprunghafte Solidarität mit den antiimperialistischen Volksbefreiungsbewegungen, für die vom NS traumatisierte Nachkriegsgeneration ein Buch mit sieben Siegeln und zugleich die große Verführung: so zu tun, als wäre man nicht traumatisiert? Oder, um auf die Eingangsthese zurückzukommen, geht es immer noch um die Vorherrschaft des Intellekts, der die Wirklichkeit zurichtet, bis nur er sie noch verstehen kann? In dem Fall hätte er den Beweis für das Unmögliche solcher Aspiration schon bekommen; wenn etwa aus dem als existentiell verteidigten Unterschied zwischen Antisemitismus und Israelkritik zunächst die radikalisierte Version, dass Ersterer die tiefere Wahrheit der Letzteren ist, schließlich die triviale und quasi offizielle Sprachformel »antisemitische Vorwürfe gegen Israel« wird, in der der kriterielle Unterschied in die traditionelle Attributsposition zurückgekehrt ist, die – gar nichts mehr aussagt. Mag das entschlossene Bewusstsein sich noch des ursprünglichen Sachverhalts bewusst sein, die Sprache hält solchen in den Begriffen statt in der Sache ausgefochtenen Kampf nicht aus; im Sinne des Ökonomieprinzips klappt sie einfach zusammen.

Mit CamScanner gescannt



Autorinnen und Autoren

Ilse Bindseil, Jahrgang 1945, Studium an der Freien Universität Berlin, von 1978 bis 2008 Lehrerin für Deutsch und Französisch, ab 1995 auch für Philosophie an der Sophie-Scholl-Oberschule in Berlin-Schöneberg. Seit Ende der 60er Jahre Veröffentlichungen im gesellschaftstheoretischen Bereich von Philosophie, Politik, Psychoanalyse, seit Ende der 70er Jahre dazu im Bereich der schönen Literatur. Seit Ende der 90er Jahre Redakteurin von Ästhetik & Kommunikation. Bindseil war Mitherausgeberin der Schriftenreihe *Frauen* beim Verlag Ça ira in Freiburg.

Gerhard Hanloser, Jahrgang 1972, studierte Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Neuere und Neueste Geschichte auf Magister. Arbeitete in der Erwachsenenbildung, später Studium von Geschichte und Deutsch auf Lehramt in Freiburg im Breisgau. Er lebt und arbeitet als Publizist und Lehrer in Berlin. Publizistische Schwerpunkte sind: Antisemitismus, Geschichte der Neuen Linken und der Linke nach der Wiedervereinigung, dazu seine letzte Veröffentlichung: *Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs.*

Peter Menne, Jahrgang 1964, ist Unternehmensberater und Publizist. Fassbinders Drama *Der Müll, die Stadt und der Tod* war bereits Gegenstand seiner Magisterarbeit »Die Dramatisierung eines Romans«. Zum 30. Jahrestag der Bühnenbesetzung organisierte er mit der KunstGesellschaft das Symposium »Der Müll, die Stadt und der Skandal« im Frankfurter Gallustheater, wo er das Stück mit einem der damaligen Bühnenbesetzer und dem damaligen Intendanten diskutierte. Menne ist Träger der Hessischen Medaille für Zivilcourage und engagiert sich seit Langem für Bürgerrechte und säkularen Humanismus.

Markus Mohr, Jahrgang 1962, ist mit einer 2001 veröffentlichten Arbeit über die Gewerkschaften und den Atomkonflikt als Politikwissenschaftler promoviert worden. Er ist langjähriger Aktivist der autonomen Szene. Zuletzt veröffentlichte er zur Geschichte der Roten Hilfe der 70er Jahre, zu MfS-Spitzelaktivitäten gegen die linke DDR-Opposition und brachte den Sammelband »Legenden um Entebbe. Ein Akt der Luftpiraterie und seine Dimensionen in der politischen Diskussion« heraus.

Karl Reitter, Jahrgang 1953, ist ein österreichischer marxistischer Philosoph. Reitter promovierte zu Herbert Marcuses Befreiungstheorie und ist Lektor für Sozialphilosophie an der Universität Wien und wurde 2011 an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt auf Grundlage einer Arbeit zu Marx und Spinoza für das Fach Philosophie habilitiert. Reitter war Redaktionsmitglied der 2014 eingestellten Zeitschrift *grundrisse*. Seit 2015 ist er Redaktionsmitglied der Monatszeitschrift *Volksstimme*.

Karin Wetterau, Jahrgang 1945, studierte Germanistik und Geschichte an den Universitäten Kiel und Berlin und erlebte den studentischen Aufbruch 1968 als beteiligte Zeitzeugin an der Freien Universität. Nach dem Ersten und Zweiten Staatsexamen arbeitete sie als Lehrerin in Berlin und Bielefeld. Seit Anfang der 90er Jahre war sie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld als Lehrbeauftragte und als Lehrerin im Hochschuldienst in den Lehramtsstudiengängen Sozialwissenschaften tätig mit den Schwerpunkten Politische Bildung und Geschlechterverhältnisse. Sie lebt in Bielefeld und Italien.

Mit CamScanner gescannt

Moshe Zuckermann, Jahrgang 1949, als Sohn polnisch-jüdischer Holocaust-Überlebender in Tel Aviv geboren. Seine Eltern emigrierten 1960 nach Frankfurt am Main, wo Zuckermann auch studierte. Mit 21 Jahren kehrte er von Frankfurt nach Israel zurück. Später lehre er am Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas der Universität Tel Aviv. Von Februar 2000 bis 2005 leitete er das Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. 2006/2007 war er Gastprofessor am Institut für Jüdisch-Christliche Forschung (IJCF) der Universität Luzern. Seit 2009 ist er wissenschaftlicher Leiter der Sigmund-Freud-Privatstiftung in Wien.

Gerhard Hanloser ist Soziologe, Historiker und Germanist. Er lebt und arbeitet in Berlin als Lehrer und Publizist, seine Schwerpunkte sind die Geschichte der Linken und Antisemitismus.

Mit CamScanner gescannt